Boston Athenæum.

From the income of the fund given by

John Bromfield

of Boston, merchant, b. 1773, d. 1849.

CANCELLED

Received May 14, 1896.

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM.

"If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matter shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set."

UNIVERSITY
OF FLORIDA
LIBRARIES

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Florida, George A. Smathers Libraries

http://www.archive.org/details/staatsarchiv57inst

Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

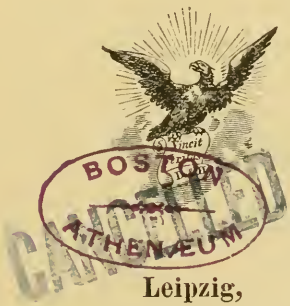
Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Siebenundfünfzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1896.

327.08
S775
v.57

I. Inhaltsverzeichniss.

Aktenstücke zur Geschichte des Ursprungs des Krieges von 1870.

(Vgl. Bd. XIX, XX, XXI u. XXVI.)

1870. März-Juli. Hohenzollern. Mittheilungen über die spanische Thronfrage . . . . . 10769.

„ Juni 30. Frankreich. Bericht des Generals Lebrun an den Kaiser über seine Verhandlungen mit Kaiser Franz Joseph und Erzherzog Albrecht über einen Feldzugsplan gegen Preussen . . . . . 10757.

„ „ „ Oesterreich-Ungarn. Bemerkungen des Erzherzogs Albrecht über den Feldzug gegen Preussen . . . . 10758.

„ Juli 9. Frankreich. Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. Unterredung mit Herrn v. Werther . . . . . 10761.

„ „ „ — Derselbe an denselben. Der König von Preussen will nicht die Initiative in der Thronfrage ergreifen 10762.

„ „ 10. — Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. Unterredung mit Herrn v. Werther . . . . . 10763.

„ „ „ — Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. Unterredung mit dem König . . . . . 10764.

„ „ 11. Oesterreich. Graf Beust an Fürst Metternich. Missbilligt Gramonts Auftreten gegen Preussen und räth zum Frieden . . . . . 10760.

„ „ „ Frankreich. Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. König Wilhelm weigert sich, den Prinzen Leopold zum Rücktritt von der Kandidatur zu bewegen . . 10765.

„ „ 12. — Napoleon an den Herzog v. Gramont. Instruktionen zur Verhandlung mit Preussen . . . . . 10766.

„ „ 13. — Graf Benedetti an den Herzog v. Gramont. Erwartet, vom König zur Audienz berufen zu werden 10767.

„ „ 15. — Kaiser Napoleon an den Herzog v. Gramont. Ueber die Rückberufung der französischen Brigade aus Civita-Vecchia . . . . . 10770.

„ „ 17. Italien. König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Ueber die Haltung Oesterreichs und die römische Frage . . . . . 10771.

„ „ „ Frankreich. Herzog v. Gramont an den Grafen Beust. Haltung der deutschen Mittelstaaten und Oesterreichs 10772.

„ „ 21. Italien. König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Die römische Frage . . . . . 10773.

„ „ „ — König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Aufrechterhaltung der Septemberkonvention . . . . . 10774.

„ „ 24. Oesterreich. Fürst Metternich an den Herzog v. Gramont. Haltung Russlands. Oesterreichs Rüstungen . . . 10775.

„ „ „ Frankreich. Kaiser Napoleon an den Herzog v. Gramont. Die römische Frage . . . . . 10776.

„ „ 26. Italien. König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. Oesterreich schlägt einen österreichisch-italienischen Neutralitätsvertrag vor . . . . . 10777.

1870. Juli 27. Frankreich. Herzog v. Gramont an den franz. Botschafter in London. Verhältniss Preussens zu Frankreich seit 1865 . . . . . 10768.
„ „ 28. Oesterreich. Fürst Metternich an den Herzog v. Gramont. Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien 10778.
„ „ 29. Italien. Visconti Venosta an Nigra. Aufrechterhaltung der Septemberkonvention . . . . . 10779.
„ „ 30. Frankreich. Herzog v. Gramont an La Tour d'Auvergne. Räumung des Kirchenstaats angekündigt . . . . 10780.
1874. April 28. Oesterreich. Beust an Andrassy. Bericht über Oesterreichs Haltung im Jahre 1870 . . . . . 10759.
1878. „ 20. — Herr v. Vitzthum an den Herzog v. Gramont. Die Idee eines Kongresses 1870 . . . . . 10781.
„ „ 21. Frankreich. Der Herzog v. Gramont an einen Ungenannten. Bei Ausbruch des Krieges hatten sich Frankreich, Oesterreich und Italien geeinigt, aber den Vertrag noch nicht unterzeichnet . . . . . 10783.
— Herzog v. Gramont an Herrn v. Vitzthum. Die Kongressidee stammt von Gramont . . . . . 10782.

Bündnisse, Conventionen, Verträge, Protokolle etc.

1882. Juni 28. Grossbritannien und Frankreich. Grenzregulirung der beiderseitigen Besitzungen im Norden von Sierra Leone 10673.
1885. Febr. 5. Frankreich und die internationale Kongogesellschaft. Abkommen über die Begrenzung ihrer Besitzungen . 10595.
1887. März 23. Frankreich und Almamy Samadu. Frankreich übernimmt das Protektorat über die Staaten Almamy Samadu's 10683.
„ April 29. Frankreich und der Kongostaat. Protokoll über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in der Region des Ubanghi 10598.
1889. Febr. 21. Frankreich und Almamy Samadu. Bestätigung und Erweiterung des Vertrages vom 23. März 1887 . . . 10684.
1890. Juli 2. Grossbritannien und Spanien. Vertrag zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels . . . . . 10719.
„ „ 24. Grossbritannien und Südafrikanische Republik. Abkommen über das Swaziland . . . . . 10696.
„ Aug. 5. Grossbritannien und Frankreich. Es soll eine Kommission zur Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen eingesetzt werden . . . . . 10674.
„ „ 20. England und Portugal. Vertrag über die afrikanischen Besitzungen . . . . . 10620.
„ Nov. 14. Grossbritannien und Portugal. Modus vivendi . . . . 10644.
1891. April 14. Grossbritannien, Frankreich, Spanien, Schweiz, Tunis. Abkommen zum Schutze des industriellen Eigenthums . . . . . 10720.
„ Mai 2. Grossbritannien und Belgien. Erklärung zur Vermeidung von Konflikten in der Nordseefischerei . . . . . 10721.
„ „ 28. Grossbritannien und Portugal. Vertrag über die Besitzungen in Ostafrika . . . . . 10663.
„ Juni 11. — — Unterzeichnung des Vertrages . . . . . 10664.
„ „ 26. Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Interessensphären im Nigerdistrikt . . . . . 10675.
1892. April 13. Deutsches Reich und die Schweiz. Abkommen, betr. den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz nebst Zusatzprotokoll und erläuternder Denkschrift 10718.
1893. April 4. Grossbritannien und Frankreich. Erneuerung des modus vivendi in der Neufundländer Fischereifrage . . . 10743.
„ „ 14. Deutsches Reich und Grossbritannien. Abkommen über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Kamerun- und dem Oelflussgebiet . . . . . 10668.
„ Juni 5. Portugal und Grossbritannien. Modus vivendi als Ergänzung des Vertrages vom 11. Juni 1891 . 10666. 10667.
„ Juli 12. Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Goldküste . . . . . 10685.

1893.	Juli 25.	Deutsches Reich und Grossbritannien. Grenzregulirung in Ostafrika	10669.
„	Sept. 30.	Grossbritannien und Südafrikan. Republik. Verlängerung der Konvention vom 24. Juli 1890 . . . . 10708.	10709.
„	Nov. 8.	— — Vertrag über das Swaziland . . . . 10698.	10710.
„	„ 15.	Deutsches Reich und Grossbritannien. Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten	10670.
1894.	Febr. 24.	— — Abkommen über ein gemeinsames Zollsystem für die östlich des Voltaflusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste	10671.
„	März 1.	Grossbritannien und China. Vertrag über das Burmah-Thibetgebiet	10711.
„	„ 15.	Deutsches Reich und Frankreich. Abkommen, betr. die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des franz. Kongo, sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphäre im Gebiete des Tschadsees	10619.
„	Mai 5.	England und Italien. Abgrenzung ihrer Einflusssphären in Ostafrika	10618.
„	„ 12.	Grossbritannien und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Interessensphären	10569.
„	Juni 23.	— — Aufhebung des Artikels III des Abkommens vom 12. Mai 1894	10586.
„	Juli 16.	Grossbritannien und Japan. Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Grossbritannien und Japan . . .	10712.
„	„ „	Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den japanischen Gesandten in London. Verlangt Erläuterung des Artikels II	10713.
„	„ „	Japan. Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Giebt die Erläuterung . .	10714.
„	„ „	— Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Erläuterung zu Artikel XXI . .	10715.
„	Aug. 14.	Frankreich und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Besitzungen und die Schlichtung anderer Fragen	10603.
„	Dez. 20.	Grossbritannien und Japan. Die Frist zum Abschluss einer Zusatzkommission soll um 6 Monate verlängert werden . . . . . 10716.	10717.
1895.	Jan. 11.	Kongostaat. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Brüssel. Grenzen des neutralen Kongostaates	10609.
„	„ 21.	Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Besitzungen nördlich und östlich von Sierra Leone .	10686.
„	Febr. 5.	Frankreich und Belgien. Arrangement portant réglement du droit de préférence de la France sur les territoires de l'Etat du Congo	10614.
„	„ „	— — Erklärung über die Abgrenzung der französischen und belgischen Besitzungen im Stanley-Pool . . .	10615.
„	März 30.	China und Japan. Waffenstillstand	10790.
„	April 23.	— — Friedensvertrag	10799.

Die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan.

1895.	März 19.	Japan. Der japanische Bevollmächtigte an den chinesischen Bevollmächtigten. Zeigt seine Ernennung an . . .	10784.
„	„ „	China. Der chinesische Bevollmächtigte an den japanischen. Zeigt seine Ernennung und Ankunft an	10785.
„	„ 20.	— Vorschlag eines Waffenstillstandes	10786.
„	„ 21.	Japan. Japan stellt Bedingungen für den Waffenstillstand	10787.
„	„ 24.	China. Ablehnung der japanischen Bedingungen . . .	10788.
„	„ 28.	Japan. Bewilligung einer bedingungslosen Waffenruhe .	10789.

1895. März 30. China und Japan. Waffenstillstand . . . . . 10790.
„ April 1. Japan. Erster Entwurf eines Friedensvertrages . . . 10791.
„ „ 5. China. Entgegnung auf das vorige . . . . . 10792.
„ „ 6. Japan. China soll seinen Vorschlag formuliren . . . . 10793.
„ „ 9. China. Gegenentwurf eines Friedensvertrages . . . . 10794.
„ „ 10. Japan. Antwort auf den Gegenentwurf . . . . . 10795.
„ „ 11. — Ultimatum . . . . . 10796.
„ „ 12. China. Letzter Protest . . . . . 10797.
„ „ 13. Japan. Antwort auf das vorige . . . . . 10798.
„ „ 23. China und Japan. Friedensvertrag . . . . . 10799.

Katholische Kirche.

1894. Juni 20. Rom. Apostolisches Sendschreiben an alle Fürsten und Völker der Erde . . . . . 10567.

Die Neufundländer Fischereifrage. (Vergl. Bd. LII, LIV, LVI.)

1891. Juni 4. Grossbritannien. Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Frankreich verlangt dauernde Garantien für die Ausführung der Verträge . . . . . 10722.
„ „ 7. Frankreich. Der Botschafter in London an das englische auswärtige Amt. Derselbe Gegenstand . . . . . 10723.
„ „ 8. Grossbritannien. Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Die englische Regierung wird keine Kabinetsfrage aus der Neufundlandangelegenheit machen 10724.
„ „ 10. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Botschafter über die Ausführung des Schiedsspruches . . . . . 10725.
„ Juli 15. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Frankreich zweifelt, dass England seine Verpflichtungen erfüllen kann . . . . . 10726.
1892. März 19. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Will die französische Regierung den modus vivendi erneuern? . . . . . 10727.
„ Mai 17. — Kolonialamt an das Auswärtige Amt. Ablehnung des Vertragsentwurfs durch die Legislatur in Neufundland 10728.
„ „ „ — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Die Gesetzgebung von Neufundland beschliesst die Verlängerung des Provisoriums . . 10729.
„ „ 24. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Unterredung mit dem französischen Botschafter über die Ausführung des Schiedsgerichts . . . . . 10730.
„ „ 25. — Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Unterredung mit Ribot über denselben Gegenstand . . . 10731.
„ „ 31. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. Derselbe Gegenstand. Frankreich hat nicht das Recht, die englischen Maassregeln zu kritisiren . . . . . 10732.
1893. Febr. 7. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Fordert Bericht über die Anschauung der neufundländischen Regierung . . . . . 10733.
„ „ 14. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Antwort auf das Vorige . . . . . 10734.
„ „ 16. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Beschleunigung der gesetzlichen Maassnahmen ist wünschenswerth . . . . . 10735.
„ „ 27. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Antwort auf das Vorige . . . . . 10736.
„ „ „ — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Uebersendet den Entwurf einer Note an den französischen Botschafter . . . . . 10737.
„ März 2. — Kolonialamt an das Auswärtige Amt. Billigt den Entwurf . . . . . 10738.
„ „ 9. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Beschluss der neufundländlichen Kommission über das Schiedsgericht und den modus vivendi 10739.

1893. März 13. Grossbritannien. Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Annahme des Kommissionsbeschlusses . . . . . 10740.
„ „ „ — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Uebersendet den Bericht über die Verhandlungen des Parlaments in Neufundland . . 10741.
„ April 4. Frankreich. Botschafter in London an das englische auswärtige Amt. Frankreich stimmt der Erneuerung des modus vivendi für 1893 zu . . . . . 10743.
„ „ 6. Grossbritannien. Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Der französische Botschafter hat eine Note über die Erneuerung des modus vivendi überreicht . . . . 10742.
„ „ 15. — Kolonialamt an das Auswärtige Amt. Bemerkungen über den neufundländischen Beschluss und Waddingtons Depesche . . . . . 10744.
„ „ 19. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Unterhandlungen über ein allgemeines Abkommen sind vorläufig unmöglich . . . . . 10745.
„ „ „ — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Antwort auf Nr. 10744; stimmt dem Kolonialamt zu . . . . . 10746.
„ „ „ — Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Antwort auf Nr. 10743 . . . 10747.
„ „ 26. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Die neufundländische Regierung will das Provisorium um 1 Jahr verlängern . . . . . 10748.
„ „ 27. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Verlangt Verlängerung um zwei Jahre . . . . . 10749.
„ Mai 2. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Die Verlängerungsbill soll eingebracht werden . . . . . 10750.
„ „ „ — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. Bemerkungen über die neufundländischen Beschlüsse . . . . . 10751.
„ „ 6. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Antwort auf Nr. 10750 . . . . . 10752.
„ „ 16. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Beschluss der Kommission über die Verlängerung . . . . . 10753.
„ „ 19. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Antwort auf das Vorige . . . . . 10754.
„ „ „ — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. Uebersicht über die Verhandlungen; Nothwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich 10755.
„ „ 23. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. Annahme der Verlängerung . . . 10756.

Verträge und Verhandlungen über Afrika. Der englisch-kongolesische Vertrag vom 12. Mai 1894.

1894. Mai 12. Grossbritannien und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Interessensphären . . . . . 10569.
„ „ „ Grossbritannien. Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. Die Rechte der Türkei und Aegyptens werden durch den Vertrag nicht berührt 10570.
„ „ „ Kongostaat. Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. Dasselbe . . . . . 10571.
„ „ „ — Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. Erlaubniss zur Werbung im Kongostaate . 10572.
„ „ „ Grossbritannien. Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. Erlaubniss zu Werbungen im englischen Westafrika . . . . . 10573.
„ „ 23. — Minister des Auswärtigen an Mr. Hardinge. Begründung des Vertrages mit dem Kongostaate . . 10568.

1894. Mai 29. Kongostaat. Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. Begrenzung des deutschen Gebietes . . . . . 10574.
„ Juni 1. Deutschland. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Staatssekretär des Kongostaates. Deutschland erwartet eine amtliche Mittheilung über die Ausführung des Vertrages vom 12. Mai und behält sich seine Ansprüche vor . . . . . 10575.
„ „ „ — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London. Mittheilung des Schriftwechsels 10576.
„ „ 3. — Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Mittheilung des deutschen Protestes 10577.
„ „ 6. — Der Botschafter in London an den Reichskanzler. Uebersendet eine Note des englischen Ministers des Auswärtigen. England billigt die Meinung der deutschen Regierung . . . . . 10580.
„ „ 7. — Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. Mittheilung einer Note des Staatssekretärs des Kongostaates an den deutschen Staatssekretär . . . . 10578.
„ „ 9. — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Uebersendet die Antwort auf die Note des Staatssekretärs des Kongostaates . . 10579.
„ „ 11. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Protest gegen Artikel III des Abkommens vom 12. Mai 1894 . . . . . 10581.
„ „ 16. Kongostaat. Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. Der Kongostaat hat die Aufhebung des Artikels III vorgeschlagen . . . . . 10583.
„ „ 17. Deutschland. Der Gesandte in Brüssel an das Auswärtige Amt . . . . . 10582.
„ „ „ England. Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet den Vorschlag des Kongostaates, den Artikel III aufzuheben . . . . . 10584.
„ „ 21. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. England stimmt der Aufhebung des Artikels III zu . . . . . 10585.
„ „ 22. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet die Erklärung, durch die der Artikel III aufgehoben wird . . . . . 10586.
„ „ 25. Kongostaat. Der Staatssekretär an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen. Theilt die Aufhebung des Artikels III mit . . . . . 10587.
„ „ 26. England. Der Minister des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in London. Theilt die Aufhebung des Artikels III mit . . . . . 10588.
„ Juli 1. Deutschland. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Der deutsche Protest ist erledigt . . . . . 10589.
„ „ 2. England. Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. Rückblick auf die Verhandlungen über den Vertrag vom 12. Mai . . . . . 10590.
„ „ 5. Deutschland. Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. Bemerkungen zu der englischen Note vom 2. Juli . . . . . 10591.

Frankreich und der Kongostaat 1884–95.

1884. April 23. Kongogesellschaft. Die internationale Kongogesellschaft an den französischen Minister des Auswärtigen. Bei Landabtretungen seitens der Gesellschaft hat Frankreich das Vorzugsrecht . . . . . 10592.
„ „ 24. Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an die internationale Kongogesellschaft. Antwort auf das Vorige. Frankreich erkennt die Rechte der Gesellschaft an 10593.

1884. Mai 31. Frankreich. Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen an die Missionen. Erklärung über das Abkommen mit der Kongogesellschaft . . . . . 10594.

1885. Febr. 5. Frankreich und die internationale Kongogesellschaft. Abkommen über die Begrenzung ihrer Besitzungen . . 10595.

1887. April 22. Kongostaat. Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten an den französischen Gesandten in Brüssel. Das französische Vorzugsrecht ist Belgien gegenüber ungültig . . . . . 10596.

„ „ 29. Frankreich. Der Gesandte in Brüssel an den Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Kongostaates. Bestätigt den Empfang des Vorigen . . . . . 10597.

„ „ „ Frankreich und der Kongostaat. Protokoll über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in der Region des Ubanghi . . . . . 10598.

1890. Juli 12. Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Der Kongostaat kann seine Besitzungen an Belgien nur mit Wahrung des französischen Vorzugsrechtes abtreten . . . . . 10599.

„ „ 17. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Hat dem Baron Lambermont die Forderung Frankreichs vorgetragen . . . . . 10600.

„ „ 30. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet den Bericht der belgischen Kammerverhandlungen über den Vertrag zwischen Belgien und dem Kongostaate . . . . . 10601.

„ Aug. 21. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Bemerkungen zu den belgischen Beschlüssen 10602.

1891. „ 14. Frankreich und der Kongostaat. Vertrag über die Abgrenzung ihrer Besitzungen und Schlichtung anderer Fragen . . . . . 10603.

1895. Jan. 5. Frankreich. Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Gerücht von der bevorstehenden Annexion des Kongostaates durch Belgien . . . . . 10604.

„ „ 6. — Der französische Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Graf Merode bestätigt die Absicht Belgiens, den Kongostaat zu annektiren . . . . . 10605.

„ „ 9. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Frankreich verlangt Garantien für den Fall der Annexion . . . . . 10606.

„ „ „ — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Graf Merode . . . . 10607.

„ „ 10. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Unterredung mit Baron Anethan. Frankreich hält alle seine Ansprüche aufrecht . . . . 10808.

„ „ 11. Kongostaat. Der Staatssekretär des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Brüssel. Grenzen des neutralen Kongostaates . . . . . 10609.

„ „ „ Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Belgien ist zu Verhandlungen über das französische Vorzugsrecht bereit . . . . 10610.

„ „ 13. Belgien. Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die Annexion widerspricht den Verträgen nicht . . . . . 10611.

„ „ 15. Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Bestätigt den Empfang des Vorigen . . . . . 10612.

„ Febr. 5. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Abschluss eines Vertrages mit Belgien . . 10613.

„ „ „ Frankreich und Belgien. Arrangement portant réglement du droit de préférence de la France sur les territoires de l'État du Congo . . . . . 10614.

„ „ „ — Erklärung über die Abgrenzung der französischen und belgischen Besitzungen in Stanley-Pool . . . 10615.

1895. Febr. 5. Belgien. Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Einsetzung einer gemischten Kommission zur Grenzbestimmung im Gebiete des Manyanga und Niadi-Quillou . . . . . 10616.
„ „ 6. Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Antwort auf das Vorige 10617.
1894. Mai 5. England und Italien. Abgrenzung ihrer Einflusssphären in Ostafrika . . . . . 10618.
„ März 15. Deutschland und Frankreich. Abkommen vom 15. März 1894, betr. die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des französischen Kongo sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphäre im Gebiete des Tschadsees 10619.

Verhandlungen zwischen England und Portugal.

1890. Aug. 20. England. Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten in London. Verlangt eine Zusage über die Eisenbahn am Zambesi . . . . . 10621.
„ „ 22. Portugal. Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Giebt die verlangte Versicherung . . . . . 10622.
„ „ 23. England. Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Opposition in Portugal gegen das Abkommen . . . . . 10623.
„ „ 25. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Uebersendet einen am 20. August mit dem portugiesischen Gesandten abgeschlossenen Vertrag 10620.
„ Sept. 2. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Opposition in Portugal gegen das Abkommen . . . . . 10624.
„ „ 11. — Derselbe an denselben. Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen . . . . . 10625.
„ „ 13. — Derselbe an denselben. Uebersendet eine Note an den portugiesischen Minister . . . . . 10626.
„ „ 16. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Bericht über die Cortesverhandlungen über die Convention . . . . . 10628.
„ „ 18. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten über Modifikationen des Vertrages . . 10627.
„ „ „ — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Ministerkrisis in Portugal . . . . . 10630.
„ „ 21. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Die Ratifikation der Konvention darf nicht aufgeschoben werden . . . . . 10629.
„ „ 26. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Billigt die Note an den portugiesischen Minister vom 13. September 1890 . . . . . 10631.
„ Okt. 6. — Derselbe an denselben. Wenn die Convention nicht in dieser Session der Cortes ratifizirt wird, fühlt sich England nicht mehr dadurch gebunden . . . . . 10632.
„ „ „ — Der Gesandte in Portugal an den Minister des Auswärtigen. Hat der portugiesischen Regierung die englische Ansicht mitgetheilt . . . . . 10633.
„ „ 7. — Derselbe an denselben. Uebersendet eine an die portugiesische Regierung gerichtete Note . . . . 10634.
„ „ 14. — Derselbe an denselben. Unterredung mit dem neuen portugiesischen Minister des Auswärtigen . . . . 10635.
„ „ 20. — Derselbe an denselben. Schluss der Cortessession . 10636.
„ „ „ — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Die Convention bindet die beiden Mächte nicht mehr . . . . . 10637.
„ „ „ — Derselbe an denselben Unterredung mit dem portugiesischen Geschäftsträger über neue Verhandlungen 10638.

1890.	Okt.	22.	England. Derselbe an denselben. Billigt die Mittheilungen an die portugiesische Regierung vom 7. Okt.	10639.
„	„	27.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen über den modus vivendi . .	10641.
„	„	28.	Portugal. Der portugiesische Geschäftsträger in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Vorschläge für einen modus vivendi	10640.
„	Nov.	4.	England. Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Geschäftsträger in London. England nimmt die ersten drei Punkte des modus vivendi an	10642.
„	„	7.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal ist befriedigt über die Annahme des modus vivendi.	10643.
„	„	14.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Uebersendet den modus vivendi, der sechs Monate in Kraft bleiben soll	10644.
„	„	19.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal schlägt neue Verhandlungen in Lissabon über ein definitives Abkommen vor . . .	10645.
„	„	21.	— Derselbe an denselben. Uebersendet zwei portugiesische Dekrete	10646.
„	„	27.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. England ist zu neuen Verhandlungen bereit	10647.
„	Dez.	6.	— Derselbe an denselben. England wird keinen Vertrag unterzeichnen, der nicht von den Cortes angenommen ist	10648.
1891.	Jan.	7.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Verhandlungen mit Portugal über ein neues Abkommen	10649.
„	„	18.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet die portugiesischen Vorschläge für ein neues Abkommen	10650.
„	„	22.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Ueber die englischen Bedingungen der Unterzeichnung des Vertrages	10651.
„	Febr.	4.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten	10652.
„	„	18.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Unterredungen mit dem portugiesischen Gesandten. Lage von Gungunhana und andere Fragen	10653.
„	„	24.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Aeusserungen des portugiesischen Ministers über die Grenzbestimmung und Gungunhana	10654.
„	März	1.	— Derselbe an denselben. Uebersendet einen Notenwechsel mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen	10655.
„	„	11.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Bemerkungen zu der portugiesischen Note vom 28. Februar	10656.
„	„	12.	— Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Uebersendet eine portugiesische Denkschrift über Gungunhana	10657.
„	„	30.	— Derselbe an denselben. Uebersendet eine portugiesische Note über die Grenzen am Zambesi. Antwort auf Salisburys Bemerkungen	10658.
„	April	3.	— Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Uebersendet die englischen Vorschläge zum Abkommen mit Portugal	10659.
„	„	11.	— Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Der Artikel III des modus vivendi soll möglichst schnell ausgeführt werden	10660.

1891. April 17. England. Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal wünscht den baldigen Abschluss eines Vertrages mit England . . . . . 10661.
„ Mai 14. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Verlängerung des modus vivendi auf einen Monat . . . . . 10662.
„ „ 28. — Derselbe an denselben. Uebersendet den Text des Vertrages mit Portugal. Der Gesandte erhält Vollmacht, ihn zu unterzeichnen . . . . . 10663.
„ Juni 11. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Der Vertrag mit Portugal ist unterzeichnet. Uebersendet die gewechselten Noten . . 10664.
„ Juli 3. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Ratifikation des Vertrages mit Portugal 10665.
1893. Mai 31. — Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten. Vorschlag eines modus vivendi als Ergänzung zu dem englisch-portugiesischen Vertrage . 10666.
„ Juni 5. Portugal. Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Nimmt den modus vivendi an . . . . . 10667.

Verträge zwischen Deutschland und Grossbritannien.

1893. April 14. Deutschland und Grossbritannien. Abkommen über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Kamerun- und dem Oelfluss-Gebiet . . . . . 10668.
„ Juli 25. — — Grenzregulirung in Ostafrika . . . . . 10669.
„ Nov. 15. — — Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten vom 15. November 1893 . . . . . 10670.
1894. Febr. 24. — — Abkommen über ein gemeinsames Zollsystem für die östlich des Voltaflusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste . . . . . 10671.

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und Frankreich.

1882. Juni 28. Grossbritannien und Frankreich. Grenzregulirung der beiderseitigen Besitzungen im Norden von Sierra Leone . 10673.
1888. Febr. 2. Frankreich. Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Vorschläge zur Abgrenzung der englischen und französischen Besitzungen an der Somalikküste . . . . . 10693.
„ „ 9. England. Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an . . . . . 10694.
„ „ „ Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Unterredung mit dem türkischen Botschafter . . . . . 10695.
1890. Aug. 5. Grossbritannien und Frankreich. Es soll eine Kommission zur Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen eingesetzt werden . . . . . 10674.
1891. Juni 26. — — Abgrenzung ihrer Interessensphären im Nigerdistrikt 10675.
„ Okt. 26. Frankreich. Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Frankreich hat das Protektorat über das Land zwischen Lahou und Cavally übernommen . . . . . 10676.
„ Dez. 10. Grossbritannien. Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. Antwort auf das vorige . . . . . 10677.
„ „ „ — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Stimmt die französische Annexion mit dem Vertrage vom 10. August 1889 überein? . . . . . 10678.

1891.	Dez.	30.	Frankreich. Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Frankreich hat neue Verträge mit afrikanischen Häuptlingen abgeschlossen	10679.
1892.	Jan.	6.	Grossbritannien. Botschafter in Paris an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit dem französischen Minister über das französische Protektorat . . .	10680.
„	März	30.	— Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Giebt eine Uebersicht über die englisch-französischen Beziehungen in Westafrika	10672.
„	April	28.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Mittheilung über das französische Zollsystem zwischen Assinien und Lahou	10681.
1893.	Juli	12.	Grossbritannien und Frankreich. Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Goldküste	10685.
1895.	Jan.	21.	— — Abgrenzung ihrer Besitzungen nördlich und östlich von Sierra Leone	10686.
„	„	22.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Zusatzerklärung über Liberia	10687.
„	„	„	Grossbritannien. Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die englische Regierung nimmt die Zusätze an	10688.
„	„	„	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Vorschläge zur Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den englischen und französischen Besitzungen	10689.
„	„	„	Grossbritannien. Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an	10690.
„	„	„	— Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Erklärung über die Ausführung des Artikels I des Abkommens vom 21. Januar . .	10691.
„	Febr.	4.	Frankreich. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. Die französische Regierung stimmt der Erklärung zu	10692.
1890.	Juni	16.	— Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Uebersendet zwei Verträge mit Almamy Samadu	10682.
1887.	März	23.	Frankreich und Almamy Samadu. Frankreich übernimmt das Protektorat über die Staaten Almamy Samadu's	10683.
1889.	Febr.	21.	— Bestätigung und Erweiterung des vorigen Vertrages	10684.

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und der Südafrikanischen Republik über das Swaziland.

1890.	Juli	20.	Grossbritannien und Südafrikanische Republik. Abkommen über das Swaziland	10696.
1893.	Juni	7.	Südafrikanische Republik. Beschluss des Volksraths über die Verhandlungen mit England	10699.
„	„	8.	Grossbritannien und Südafrikanische Republik. Vertragsentwurf	10698.
„	„	10.	Grossbritannien. Der englische Gouverneur in Kapstadt an den Staatssekretär der Kolonien. Mittheilungen über die Verhandlungen mit der Südafrikanischen Republik	10697.
„	Juli	21.	— Der englische Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Interpretation einiger Artikel in dem Vertragsentwurfe	10700.
„	Aug.	17.	— Derselbe an denselben. Dasselbe	10701.
„	„	„	Südafrikanische Republik. Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das vorige	10702.
„	„	22.	Grossbritannien. Der Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Antwort auf das vorige	10703.

1893. Sept. 15. Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Die britische Regierung will die Konvention auf 7 Jahre abschliessen 10704.
„ „ 20. Südafrikanische Republik. Das Saatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Ablehnung des englischen Vorschlags . . . . . 10705.
„ „ 25. Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Widerlegung der Bedenken der Südafrikan. Regierung . 10706.
„ „ 27. Südafrikanische Republik. Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das vorige . . . . . 10707.
„ „ 30. Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. Verlängerung der Konvention . . . . . 10708.
„ Okt. 6. Südafrikanische Republik. Der Staatssekretär an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Verlängerung der Konvention bis zum 30. Juni 1894 . . . . . 10709.
„ Nov. 8. Grossbritannien. Der Gouverneur in Kapstadt an den Minister der Kolonien. Meldet die Unterzeichnung der Konvention . . . . . 10710.

Katholische Kirche.

Nr. 10567. ROM. — Apostolisches Sendschreiben an alle Fürsten und Völker der Erde. 20. Juni 1894.

„Principibus populisque universis Leo PP. XIII. salutem et pacem in domino." Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

Praeclara gratulationis publicae testimonia, quae toto superiore anno, ob memoriam primordiorum episcopatus Nostri, undique accepimus, quaeque proximo tempore insignis Hispanorum pietas cumulavit, hunc imprimis attulere Nobis laetitiae fructum, quod in illa similitudine concordiaque voluntatum eluxit Ecclesiae unitas, eiusque cum Pontifice maximo mira coniunctio. Videbatur per eos dies orbis catholicus, quasi rerum ceterarum cepisset oblivio, in aedibus Vaticanis obtutum oculorum animique cogationem defixisse. Principum legationes, peregrinorum frequentia, plenae amoris epistolae, caerimoniae sanctissimae id aperte significabant, in obsequio Apostolicae Sedis cor unum esse omnium catholicorum et animam unam. Quae res hoc etiam accidit iucundior et gratior, quia cum consiliis coeptisque Nostris admodum congruens. Siquidem gnari temporum et memores officii, in omni pontificatus Nostri cursu, hoc constanter spectavimus, atque hoc, quantum docendo agendoque potuimus, conati sumus, colligare Nobiscum arctius omnes gentes omnesque populos, atque in conspicuo ponere vim pontificatus romani, salutarem in omnes partes. Maximas igitur et agimus et habemus gratias primum quidem benignitati divinae, cuius munere beneficioque id aetatis attigimus incolumes: deinde viris principibus, episcopis, clero, privatisque universis, quotquot multiplici testificatione pietatis et obsequii dedere operam, ut personam ac dignitatem Nostram honore, Nosque privatim opportuno solatio afficerent. || Quamquam ad plenum solidumque solatium multum sane defuit. Nam inter ipsas popularis laetitiae studiique significationes obversabatur animo multitudo ingens, in illo gestientium catholicorum consensu aliena, partim quod evangelicae sapientiae est omnino expers, partim quod, licet christiano initiata nomini, a fide catholica dissidet. Qua re graviter commovebamur, commovemur: neque enim fas est sine intimo doloris sensu cogitationem intendere in tantam generis humani partem longe a Nobis, velut itinere devio, digredientem. — Iamvero, cum Dei

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

omnipotentis vices in terris geramus, qui vult omnes homines salvos fieri et ad agnitionem veritatis venire, eumque Nos et sera aetas et amara curarum ad humanum urgeant exitum, visum est redemptoris magistrique nostri Iesu Christi in eo imitari exemplum, quod proxime ad caelestia rediturus summis precibus a Deo Patre flagitavit, ut alumni sectatoresque sui et mente et animo unum fierent: Rogo . . . ut omnes unum sint, sicut tu Pater in me et ego in te, ut et ipsi in nobis unum sint[1]. Quae quidem precatio obsecratioque divina quoniam non eos tantum complectitur, qui tunc in Iesum Christum crederent, sed etiam quotquot crediturі reliquo tempore essent, idcirco dat illa Nobis caussam non ineptam aperiendi fidenter vota Nostra, conandique, quoad possumus, ut homines, nullo generis locorumve discrimine, ad fidei divinae unitatem vocentur atque incitentur universi. || Urgente propositum caritate, quae illuc accurrit celerius, ubi opitulandi necessitas maior, primum quidem provolat animus ad gentes omnium miserrimas, quae Evangelii lumen vel nullo modo acceperunt, vel acceptum, incuria seu longinquitate, restinxerunt: propterea que Deum ignorant, et in summo errore versantur. Quoniam salus omnis a Iesu Christo proficiscitur, nec enim aliud nomen est sub caelo datum hominibus, in quo nos oporteat salvos fieri[2], votorum Nostrorum hoc est maximum, posse sacrosancto Iesu nomine cunctas terrarum plagas celeriter imbui atque compleri. Qua in re munus efficere sibi demandatum a Deo Ecclesia quidem nullo tempore praetermisit. Quid enim undeviginti saecula laboravit, quid egit studio constantiaque maiore, quam ut ad veritatem atque instituta christiana gentes adduceret? Hodieque frequenter maria transmittunt, ad ultima loca progressuri, ex auctoritate Nostra praecones Evangelii: quotidieque a Deo contendimus, ut multiplicare benigne velit sacrorum administros, dignos munere apostolico, qui scilicet commoda sua et incolumitatem et vitam ipsam, si res postulaverit, pro Christi regno amplificando non dubitent devovere. || Tu vero propera, humani generis servator et parens Iesu Christe: exequi ne differas quod olim te dixisti facturum, ut, cum exaltatus esses a terra, omnia traheres ad te ipsum. Ergo illabere aliquando, atque ostende te multitudini infinitae, beneficiorum maximorum, quae cruore tuo peperisti mortalibus, adhuc experti: excita sedentes in tenebris et umbra mortis, ut radiis illustrati sapientiae virtutisque tuae, in te et per te sint consummati in unum. || Cuius quidem unitatis sacramentum cogitantibus, occurrit Nobis universitas populorum, quos ab erroribus diuturnis ad evangelicam sapientiam divina pietas iamdiu traduxit. Nihil profecto ad recordationem iucundius, neque ad laudem providentissimi numinis praeclarius veterum memoria temporum, cum fides divinitus accepta patrimonium commune atque individuum vulgo habebatur: cum excultas humanitate gentes, locis, ingenio, moribus dissitas, licet aliis de rebus saepe dissiderent, dimicarent, nihilominus in eo, quod ad religionem pertinet, fides christiana universas

[1] Io. 17, 20. 21.
[2] Act. 4, 12.

coniugabat. Ad huius recordationem memoriae, nimis aegre fert animus, quod successu aetatum, suspicionibus inimicitiisque commotis, magnas ac florentes nationes de sinu Ecclesiae romanae male auspicata tempora abstraxerint. Utcumque sit, Nos quidem gratia confisi misericordiaque omnipotentis Dei, qui novit unus opitulandi maturitates, et cuius in potestate est eo, quo vult, voluntates hominum flectere, ad eas ipsas nationes adiicimus animum, easdemque caritate paterna hortamur atque obsecramus, ut redire, compositis dissidiis, velint ad unitatem. || Ac primo peramanter respicimus ad Orientem, unde in orbem universum initio profecta salus. Videlicet expectatio desiderii Nostri iucundam spem inchoare iubet, non longe abfore ut redeant, unde discessere, fide avita gloriaque vetere illustres, Ecclesiae orientales. Eo vel magis quod non ingenti discrimine seiunguntur: imo, si pauca excipias, sic cetera consentimus, ut in ipsis catholici nominis vindiciis non raro ex doctrina, ex more, ex ritibus, quibus orientales utuntur, testimonia atque argumenta promamus, Praecipuum dissidii caput: de romani Pontificis primatu. Verum respiciant ad initia, videant quid maiores senserint sui, quid proxima originibus aetas tradiderit. Inde enimvero illud Christi divinum testimonium, Tu es Petrus, et super hanc petram aedificabo Ecclesiam meam, luculenter extat de romanis pontificibus comprobatum. Atque in Pontificum numero lectos ex Oriente ipso non paucos prisca vidit aetas, imprimisque Anacletum, Evaristum, Anicetum, Eleutherium, Zosimum, Agathonem: quorum plerisque contigit, ut universae christianae reipublicae administrationem sapienter sancteque gestam, profuso etiam sanguine consecrarent. — Plane liquet quo tempore, qua caussa, quibus auctoribus infelix excitata discordia. Ante illud tempus, quo tempore homo separavit quod Deus coniunxerat, sanctum erat apud omnes christiani orbis gentes Sedis Apostolicae nomen, romanoque Pontifici, ut beati Petri successori legitimo, ob eamque rem Iesu Christi in terris vicario, Oriens pariter atque Occidens consentientibus sententiis sine ulla dubitatione parebant. Hanc ob caussam, si respiciatur ad initia dissidii, Photius ipse oratores de rebus suis Romam destinandos curavit: Nicolaus vero I. Pontifex maximus Constantinopolim legatos suos, nullo contra dicente, ab Urbe misit, ut Ignatii Patriarchae caussam diligenter investigarent, et Sedi Apostolicae plenis ac veracibus referrent indiciis: ita ut tota rei gestae historia primatum romanae Sedis, quacum dissensus tum erumpebat, aperte confirmet. — Denique in Conciliis magnis tum Lugdunensi II., tum Florentino, supremam romanorum pontificum potestatem nemo ignorat, facili consensione et una omnes voce, latinos graecosque, ut dogma sanxisse. || Ista quidem ob hanc rem consulto revocavimus, quia ad reconciliandam pacem velut incitamenta sunt: eo vel magis, quod hoc tempore perspicere in orientalibus videmur multo mitiorem erga catholicos animum, imo propensionem quamdam benevolentis voluntatis. Id nominatim non multo ante apparuit, cum scilicet nostris, pietatis caussa in Orientem advectis, egregia humanitatis amicitiaeque praestita officia vidimus. — Itaque os Nostrum patet ad vos, quotquot estis, graeco aliove orientali

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

ritu, Ecclesiae catholicae discordes. Magnopere velimus, reputet unusquisque apud se illam Bessarionis ad patres vestros plenam amoris gravitatisque orationem: Quae nobis relinquetur apud Deum responsio, quare a fratribus divisi fuerimus, quos ut uniret et ad unum ovile redigeret, ipse descendit de caelo, incarnatus et crucifixus est? quae nostra defensio erit apud posteros nostros? non patiamur haec, Patres optimi: non habeamus hanc sententiam, non ita male nobis consulamus et nostris. — Quae sint postulata Nostra, probe per se ipsa et coram Deo perpendite. Nulla quidem humana re, sed caritate divina communisque salutis studio permoti, reconciliationem coniunctionemque cum Ecclesia romana suademus: coniunctionem intelligimus plenam ac perfectam: talis enim esse nullo modo potest ea, quae nihil amplius inducat, quam certam aliquam dogmatum credendorum concordiam fraternaeque caritatis commutationem. Vera coniunctio inter christianos est, quam auctor Ecclesiae Iesus Christus instituit voluitque, in fidei et regiminis unitate consistens. Neque est cur dubitetis, quidquam propterea vel Nos vel successores Nostros de iure vestro, de patriarchalibus privilegiis, de rituali cuiusque Ecclesiae consuetudine detracturos. Quippe hoc etiam fuit, idemque est perpetuo futurum in consilio disciplinaque Apostolicae Sedis positum, propriis cuiusque populi originibus moribusque ex aequo et bono non parce tribuere. — At vero redintegrata nobiscum communione, mirum profecto quanta Ecclesiis vestris dignitas quantum decus, divino munere, accedet. Sic igitur vestram ipsorum supplicationem Deus perbenigne audiat: Fac cessent schismata ecclesiarum*), atque: Congrega dispersos et reduc errantes, et coniunge sanctae tuae catholicae et apostolicae Ecclesiae**): sic ad illam restituamini unam sanctamque fidem, quam ultima vetustas nobis perinde vobisque constantissime tradidit; quam patres ac maiores vestri inviolate servarunt: quam ipsam splendore virtutum, magnitudine ingenii, excellentia doctrinae certatim illustravere Athanasius, Basilius, Gregorius Nazianzenus, Ioannes Chrysostomus, uterque Cyrillus, aliique magni complures, quorum gloria ad Orientem atque Occidentem, tamquam communis hereditas aeque pertinet. || Vosque nominatim compellare hoc loco liceat, Slavorum gentes universae, quarum claritudinem nominis multa rerum gestarum monumenta testantur. Nostis quam egregie de Slavis meruerint sancti in fide patres Cyrillus et Methodius, quorum memoriam Nosmetipsi honore debito augendam aliquot ante annis curavimus. Eorum virtute et laboribus parta plerisque e genere vestro populis humanitas et salus. Quo factum, ut Slavoniam inter et romanos pontifices pulcherrima vicissitudo hinc beneficiorum, illinc fidelissimae pietatis diu extiterit. Quod si maiores vestros misera temporum calamitas magnam partem a professione romana alienavit, considerate quanti sit redire ad unitatem. Vos quoque Ecclesia pergit ad suum revocare complexum, salutis,

*) *Παῦσον τὰ σχίσματα τῶν ἐκκλησιῶν* (In liturg. S. Basilii).

**) *Τοὺς ἐσκορπισμένους ἐπισυνάγαγε, τοὺς πεπλανημένους ἐπανάγαγε, καὶ σύναψον τῇ ἁγίᾳ σου καθολικῇ καὶ ἀποστολικῇ Ἐκκλησίᾳ* (In liturg. S. Basilii).

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

prosperitatis, magnitudinis praesidium multiplex praebitura. || Caritate non minore ad populos respiciimus, quos, recentiore memoria, insolita quaedam rerum temporumque conversio ab Ecclesia romana seiunxit. Variis exactorum temporum casibus oblivione dimissis, cogitationem supra humana omnia erigant, animoque veritatis et salutis unice cupido, reputent apud se constitutam a Christo Ecclesiam. Quacum si velint congregationes conferre suas, et quo loco in illis religio sit aestimare, facile dabunt, se quidem multis maximisque in rebus, primordiorum oblitos, ad nova errore vario defluxisse; neque diffitebuntur, ex eo velut patrimonio veritatis, quod novarum rerum auctores secum in secessione avexerant, nullam fere formulam fidei certam atque auctoritate praeditam apud ipsos superesse. Immo vero illuc iam deventum, ut multi non vereantur fundamentum ipsum convellere, in quo religio tota et spes omnis mortalium unice nititur, quod est divina Iesu Christi Servatoris natura. Pariter, quos antea novi veterisque Testamenti libros affirmabant divino afflatu conscriptos, iis nunc talem abnegant auctoritatem: quod sane, data cuilibet potestate interpretandi sensu iudicioque suo, omnino consequi erat necesse. — Hinc sua cuiusque conscientia, sola dux et norma vitae, qualibet alia reiecta agendi regula: hinc pugnantes inter se opiniones et sectae multiplices, eaedemque persaepe in naturalismi aut rationalismi placita abeuntes. Quocirca, desperato sententiarum consensu, iam coniunctionem praedicant et commendant fraternae caritatis. Atque id sane vere: quandoquidem caritate mutua coniuncti esse universi debemus. Id enim maxime Iesus Christus praecepit, atque hanc voluit esse sectatorum suorum notam, diligere inter se. Verum qui potest copulare animos perfecta caritas, si concordes mentes non effecerit fides? — His de caussis complures eorum, de quibus loquimur, sano iudicio, veritatisque studiosi, certam salutis viam in Ecclesia catholica quaesivere, cum plane intelligerent, nequaquam se posse cum Iesu Christo tamquam capite esse coniunctos, cuius non adhaerescerent corpori, quod est Ecclesia: nec sinceram Christi fidem adipisci, cuius magisterium legitimum, Petro et successoribus traditum, repudiarent. Ii videlicet in Ecclesia romana expressam verae Ecclesiae speciem atque imaginem dispexere, inditis ab auctore Deo notis plane conspicuam: ideoque in ipsis numerantur multi, acri iudicio subtilique ad antiquitatem excutiendam ingenio, qui Ecclesiae romanae ab Apostolis continuationem, dogmatum integritatem, disciplinae constantiam scriptis egregiis illustrarint. Igitur horum virorum proposito exemplo, compellat vos plus animus quam oratio, fratres nostri, qui tria iam saecula nobiscum de fide christiana dissidetis, itemque vos, quotcumque deinceps quavis de caussa seorsum a nobis abiistis. Occurramus omnes in unitatem fidei et agnitionis filii Dei*). Ad hanc unitatem, quae nullo tempore Ecclesiae catholicae defuit, nec potest ulla ratione deesse, sinite ut vos invitemus, dextramque peramanter porrigamus. Vos Ecclesia, communis parens, iamdiu revocat ad se, vos catholici universi

*) Eph. 4, 13.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

fraterno desiderio expectant, ut sancte nobiscum colatis Deum, unius Evangelii, unius fidei, unius spei professione in caritate perfecta coniuncti. || Ad plenum optatissimae unitatis concentum, reliquum est ut ad eos, quotquot toto orbe sunt, transgrediatur oratio, quorum in salute diu evigilant curae cogitationesque Nostrae: catholicos intelligimus, quos romanae professio fidei uti obedientes facit Apostolicae Sedi, ita tenet cum Iesu Christo coniunctos. Non ii quidem ad veram sanctamque unitatem cohortandi, quippe cuius iam sunt, divina bonitate, compotes: monendi tamen ne, ingravantibus undique periculis, summum Dei beneficium socordia atque ignavia corrumpant. — Huius rei gratia, quae Nosmetipsi gentibus catholicis vel universis vel singulis alias documenta dedimus, ex iis cogitandi agendique normam opportune sumant: illudque imprimis velut summam sibi legem statuant, magisterio auctoritatique Ecclesiae non anguste, non diffidenter, sed toto animo et perlibente voluntate omnibus in rebus esse parendum. — Qua in re animum advertant, illud quam valde sit unitati christianae perniciosum, quod germanam formam notionemque Ecclesiae varius opinionum error passim obscuravit, delevit. Ea quippe, Dei conditoris voluntate ac iussu, societas est genere suo perfecta; cuius officium ac munus est imbuere praeceptis institutisque evangelicis genus humanum, tuendaque integritate morum et christianarum exercitatione virtutum ad eam, quae unicuique hominum proposita in caelis est, felicitatem adducere. Quoniamque societas est, uti diximus, perfecta, idcirco vim habet virtutemque vitae, non extrinsecus haustam, sed consilio divino et suapte natura insitam: eademque de caussa nativam habet legum ferendarum potestatem, in iisque ferendis rectum est eam subesse nemini: itemque aliis in rebus, quae sint iuris sui, oportet esse liberam. Quae tamen libertas non est eiusmodi, ut ullum det aemulationi invidiaeque locum: non enim potentiam consectatur Ecclesia, neque ulla cupiditate sua impellitur, sed hoc vult, hoc expetit unice, tueri in hominibus officia virtutum, et hac ratione, hac via, sempiternae eorum saluti consulere. Ideoque facilitatem indulgentiamque maternam adhibere solet: immo etiam non raro contingit, ut plura temporibus civitatum tribuens, uti iure suo abstineat: quod sane pacta ipsa abunde testantur cum imperiis saepe conventa. — Nihil magis ab ea alienum, quam rapere ad se quicquam de iure imperii: sed vicissim vereatur imperium necesse est iura Ecclesiae, caveatque ne ullam ex iis partem ad se traducat. — Nunc vero, si res et facta spectentur, cuiusmodi est temporum cursus? Ecclesiam videlicet suspectam habere, fastidire, odisse, invidiose criminari, nimis multi consuevere: quodque multo gravius, id agunt omni ope et contentione, ut ditioni gubernatorum civitatis faciant servientem. Hinc sua ipsi et erepta bona, et deducta in angustum libertas: hinc alumnorum sacri ordinis circumiecta difficultatibus institutio: perlatae in Clerum singulari severitate leges: dissolutae, prohibitae, optima christiani nominis praesidia, religiosorum sodalitates: brevi, regalistarum praecepta atque acta acerbius renovata. Hoc quidem est vim afferre sanctissimis Ecclesiae iuribus: quod maxima gignit civitatibus mala, propterea quod cum divinis consiliis

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

aperte pugnat. Princeps enim atque opifex mundi Deus, qui hominum congregationi et civilem et sacram potestatem providentissime praeposuit, distinctas quidem permanere eas voluit, at vero seiunctas esse et confligere vetuit. Quin immo cum Dei ipsius voluntas, tum commune societatis humanae bonum omnino postulat, ut potestas civilis in regendo gubernandoque cum ecclesiastica conveniat. Hinc sua et propria sunt imperio iura atque officia, sua item Ecclesiae: sed alterum cum altera concordiae vinclo colligatum esse necesse est. — Ita sane futurum, ut Ecclesiae imperiique necessitudines mutuae ab illa sese expediant perturbatione, quae nunc est, non uno nomine improvida, bonisque omnibus permolesta: pariterque impetrabitur, ut non permixtis, neque dissociatis utriusque rationibus, reddant cives quae sunt Caesaris, Caesari, quae sunt Dei, Deo. || Simili modo magnum unitati discrimen ab ea hominum secta impendet, quae Massonica nominatur, cuius funesta vis nationes praesertim catholicas iamdiu premit. Turbulentorum temporum nacta favorem, viribusque et opibus et successu insolescens, dominatum suum firmius constabilire, latiusque propagare summa ope contendit. Iamque ex latebra et insidiis in lucem erupit civitatum, atque in hac Urbe ipsa, catholici nominis principe, quasi Dei numen lacessitura consedit. Quod vero calamitosissimum est, ubicumque vestigium posuit, ibi in omnes sese ordines in omniaque instituta reipublicae infert, si tandem summam arbitriumque obtineat. Calamitosissimum id quidem: eius enim manifesta est quum opinionum pravitas tum consiliorum nequitia. Per speciem vindicandi iuris humani civilisque societatis instaurandae, christianum nomen hostiliter petit: traditam a Deo doctrinam repudiat: officia pietatis, divina sacramenta, tales res augustiores, tamquam superstitiosa vituperat: de matrimonio, de familia, de adolescentium institutione, de privata omni et publica disciplina, christianam formam detrahere nititur, omnemque humanae et divinae potestatis reverentiam ex animo evellere populorum. Praecipit vero colendam hŏmini esse naturam, atque huius unius principiis aestimari ac dirigi veritatem, honestatem, iustitiam oportere. Quo pacto, uti perspicuum est, compellitur homo ad mores fere vitaeque consuetudinem ethnicorum, eamque multiplicatis illecebris vitiosiorem. — Hac de re, quamquam alias a Nobis gravissimeque est dictum, Apostolica tamen vigilantia adducimur in idem ut insistamus, etiam atque etiam monentes, in tam praesenti periculo nullas esse cautiones tantas, quin suscipiendae sint maiores. Clemens prohibeat Deus nefaria consilia: sentiat tamen atque intelligat populus christianus, indignissimum sectae iugum excutiendum aliquando esse: excutiantque enixius, qui durius premuntur, Itali et Galli. Quibus armis, qua ratione id rectius possint, iam Nos ipsi demonstravimus: neque victoria incerta eo fidentibus duce, cuius perstat divina vox: Ego vici mundum*). || Utroque depulso periculo, restitutisque ad fidei unitatem imperiis et civitatibus, mirum quam efficax medicina malorum et quanta bonorum copia manaret. Praecipua libet attingere. || Pertinet primum

*) Io. 16, 33.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

ad dignitatem ac munera Ecclesiae: quae quidem receptura esset honoris gradum debitum, atque iter suum et invidia vacuum et libertate munitum pergeret, administra evangelicae veritatis et gratiae; idque singulari cum salute civitatum. Ea enim cum magistra sit et dux hominum generi a Deo data, conferre operam potest praecipue accommodatam maximis temporum conversionibus in commune bonum temperandis, caussis vel impeditissimis opportune dirimendis, recto iustoque, quae firmissima sunt fundamenta reipublicae, provehendo. || Praeclara deinde coniunctionis inter nationes accessio fieret, desideranda maxime hoc tempore, ad taetra bellorum discrimina praecavenda. — Ante oculos habemus Europae tempora. Multos iam annos plus specie in pace vivitur, quam re. Insidentibus suspicionibus mutuis, singulae fere gentes pergunt certatim instruere sese apparatu bellico. Improvida adolescentium aetas procul parentum consilio magisterioque in pericula truditur vitae militaris: validissima pubes ab agrorum cultura, a studiis optimis, a mercaturis, ab artificiis ad arma traducitur. Hinc exhausta magnis sumptibus aeraria, attritae civitatum opes, afflicta fortuna privatorum: iamque ea, quae nunc est, veluti procincta pax diutius ferri non potest. Civilis hominum coniunctionis talemne esse natura statum? Atqui hinc evadere et pacem veri nominis adipisci, nisi Iesu Christi beneficio, non possumus. Etenim ad ambitionem, ad appetentiam alieni, ad aemulationem cohibendam, quae sunt maximae bellorum faces, christiana virtute imprimisque iustitia, nihil est aptius: cuius ipsius virtutis munere tum iura gentium et religiones foederum integra esse possunt, tum germanitatis vincula firmiter permanere, eo persuaso: Iustitia elevat gentem*). || Pariter domi suppetet inde praesidium salutis publicae multo certius ac validius, quam quod leges et arma praebent. Siquidem nemo non videt, ingravescere quotidie pericula incolumitatis et tranquillitatis publicae, cum seditiosorum sectae, quod crebra testatur facinorum atrocitas, in eversiones conspirent atque excidia civitatum. Scilicet magna contentione agitatur ea duplex caussa, quam socialem, quam politicam appellant. Utraque sane gravissima: atque utrique sapienter iusteque dirimendae, quamvis laudabilia studia, temperamenta, experimenta sint in medio consulta, tamen nihil aliud tam opportunum fuerit, quam si passim animi ad conscientiam regulamque officii ex interiore fidei christianae principio informentur. — De sociali caussa in hanc sententiam a Nobis non multo ante, data opera, tractatum est, sumptis ab Evangelio, itemque a naturali ratione principiis. — De caussa politica, libertatis cum potestate conciliandae gratia, quas multi notione confundunt et re intemperanter distrahunt, ex christiana philosophia vis derivari potest perutilis. Nam hoc posito et omnium assensu approbato, quaecumque demum sit forma reipublicae, auctoritatem esse a Deo, continuo ratio perspicit, legitimum esse in aliis ius imperandi, consentaneum in aliis officium parendi, neque id dignitati contrarium, quia Deo verius quam homini paretur: a Deo autem iudicium durissimum iis qui praesunt denuntiatum

*) Prov. 14, 34.

est, nisi personam eius recte iusteque gesserint. Libertas vero singulorum nemini potest esse suspecta et invisa, quia nocens nemini, in iis quae vera sunt, quae recta, quae cum publica tranquillitate coniuncta, versabitur. — Denique si illud spectetur, quid possit populorum ac principum parens et conciliatrix Ecclesia, ad utrosque iuvandos auctoritate consilioque suo nata, tum maxime apparebit, quantum salutis communis intersit ut gentes universae inducant animum idem de fide christiana sentire, idem profiteri. || Ista quidem cogitantes ac toto animo concupiscentes, longe intuemur qualis esset rerum ordo in terris futurus, nec quidquam novimus consequentium bonorum contemplatione iucundius. Fingi vix animo potest, quantus ubique gentium repente foret ad omnem excellentiam prosperitatemque cursus, constituta tranquillitate et otio, incitatis ad incrementa litteris, conditis insuper auctisque christiano more, secundum praescripta Nostra, agricolarum, opificum, industriorum consociationibus, quarum ope et vorax reprimatur usura et utilium laborum campus dilatetur. || Quorum vis beneficiorum, humanarum atque excultarum gentium nequaquam circumscripta finibus, longe lateque, velut abundantissimus amnis, defluceret. Illud enim est considerandum, quod initio diximus, gentes multitudine infinitas plura iam saecula et aetates praestolari, a quo lumen veritatis humanitatisque accipiant. Certe, quod pertinet ad sempiternam populorum salutem, aeternae mentis consilia longissime sunt ab hominum intelligentia remota: nihilominus si per varias terrarum plagas tam est adhuc infelix superstitio diffusa, id non minima ex parte vitio dandum subortis de religione dissidiis. Nam, quantum valet mortalis ratio ex rerum eventis existimare, hoc plane videtur Europae munus assignatum a Deo, ut christianam gentium humanitatem ad omnes terras sensim perferat. Cuius tanti operis initia progressusque, superiorum aetatum parta laboribus, ad laeta incrementa properabant, cum repente discordia saeculo XVI. deflagravit. Discerpto disputationibus dissidiisque nomine christiano, extenuatis Europae per contentiones et bella viribus, funestam temporum vim sacrae expeditiones sensere. Insidentibus discordiae caussis, quid mirum si tam magna pars mortalium moribus inhumanis et vesanis ritibus implicita tenetur? Omnes igitur pari studio demus operam ut concordia vetus, communis boni caussa, restituatur. Eiusmodi reconciliandae concordiae, pariterque beneficiis christianae sapientiae late propagandis, opportuna maxime fluunt tempora, propterea quod humanae fraternitatis sensa numquam altius in animos pervasere, neque ulla aetate visus homo sui similes, noscendi opitulandique caussa, studiosius anquirere. Immensos terrarum marisque tractus celeritate incredibili currus et navigia transvehuntur; quae sane egregios usus afferunt, non ad commercia tatummodo curiositatemque ingeniosorum, sed etiam ad verbum Dei ab ortu solis ad occasum late disseminandum. || Non sumus nescii, quam diuturni laboriosique negotii sit rerum ordo, quem restitutum optamus: nec fortasse deerunt, qui Nos arbitrentur nimiae indulgere spei, atque optanda magis, quam expectanda quaerere. Sed Nos quidem spem omnem ac plane fiduciam collocamus in humani generis Ser-

Nr. 10567. Rom., 20. Juni 1894.

Nr. 0567. Rom. 20. Juni 1894.

vatore Iesu Christo, probe memores, quae olim et quanta per stultitiam Crucis et praedicationis eius patrata sint, huius mundi obstupescente et confusa sapientia. — Principes vero et rectores civitatum nominatim rogamus, velint pro civili prudentia sua et fideli populorum cura consilia Nostra ex veritate aestimare, velint auctoritate et gratia fovere. Quaesitorum fructuum si vel pars provenerit, non id minimi fuerit beneficii loco in tanta rerum omnium inclinatione, quando impatientia praesentium temporum cum formidine iungitur futurorum. || Extrema saeculi superioris fessam cladibus trepidamque perturbationibus Europam reliquere. Haec, quae ad exitum properat aetas, quidni, versa vice, humano generi hereditate transmittat auspicia concordiae cum spe maximorum bonorum, quae unitate fidei christianae continentur? || Adsit optatis votisque Nostris dives in misericordia Deus, cuius in potestate tempora sunt et momenta, benignissimeque implere maturet divinum illud Iesu Christi promissum, fiet unum ovile et unus pastor*). || Datum Romae apud S. Petrum die XX. Junii anno MDCCCXCIV., Pontificatus Nostri decimoseptimo.

Leo PP. XIII.

„Papst Leo XIII. Allen Fürsten und Völkern der Erde Gruss und Frieden im Herrn."

Die glänzenden Kundgebungen und öffentlichen Glückwünsche, die Uns im ganzen verflossenen Jahre anlässlich der Gedenkfeier Unserer Bischofsweihe von allen Seiten zu Theil geworden, und die kürzlich in der frommen Begeisterung der Spanier ihren Höhepunkt erreichten, bereiteten Uns vor allem den Trost, zu sehen, wie in der Eintracht und Einmüthigkeit des Willens so vieler die Einheit der Kirche und ihre wundersame Verbindung mit dem Heiligen Stuhle hervorleuchtete. In jenen Tagen schien es, die ganze katholische Welt habe gleichsam alles andere vergessen und den Blick ihrer Augen und die Gedanken ihrer Seele nur auf den Vatican gerichtet. Die Gesandtschaften der Fürsten, die zahlreichen Pilgerzüge, so viele Briefe von Liebe überströmend, die hochfeierlichen kirchlichen Feste, alles dieses brachte den einen Gedanken zum klaren Ausdruck: In der Verehrung des Apostolischen Stuhles sind alle Katholiken ein Herz und eine Seele. Und diese Erscheinung war Uns noch um so angenehmer und wohlthuender, als sie so ganz und gar mit Unseren Absichten und bisherigen Bemühungen übereinstimmte. Denn vertraut mit den Bedürfnissen der Zeit und eingedenk Unseres Amtes, haben Wir während der ganzen Dauer Unseres Pontificates dieses beständig im Auge gehabt, darauf immer nach Kräften durch Wort und That hingearbeitet: alle Völker, alle Nationen enger mit Uns zu verbinden und auf jede Weise den heilsamen Einfluss des römischen Pontificates in helles Licht zu setzen.

*) Io. 10, 16.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

Darum sprechen Wir auch Unseren tiefgefühlten Dank an erster Stelle dem gütigen Gott aus, durch dessen Huld und Gnade Wir in guter Gesundheit dieses Alter erreicht haben, sodann allen Fürsten, Bischöfen, Priestern und einzelnen Gläubigen, welche es sich in mannigfacher Kundgebung ihrer Liebe und Ergebenheit angelegen sein liessen, Uns in Unserer Würde Ehre zu erweisen und Uns persönlich willkommenen Trost zu bereiten. || Aber freilich, dass Unser Trost voll und ganz gewesen wäre, daran fehlte noch gar vieles. Denn mitten unter den allgemeinen Kundgebungen der Liebe und der Freude schwebte immer die ungeheuere Menge derjenigen vor Unserer Seele, welche dem einmüthigen Jubel der Katholiken fern standen, weil ihnen entweder das Licht des Evangeliums noch nicht aufgegangen, oder weil sie, obgleich Christen, doch dem katholischen Glauben entfremdet sind. Dieser Umstand ging und geht Uns sehr zu Herzen. Denn wie sollte Uns nicht der Gedanke tief betrüben, dass ein so grosser Theil der Menschheit wie auf Irrwegen fern von Uns wandelt? — Allein Gott will, dass alle Menschen selig werden und zur Erkenntniss der Wahrheit gelangen. Und da Wir Stellvertreter des allmächtigen Gottes hier auf Erden sind und Uns andererseits das hohe und sorgengebeugte Alter mahnt, dass das Ende der Zeitlichkeit für Uns unaufhaltsam herannahe, so haben Wir geglaubt, das Beispiel unseres Erlösers und Lehrmeisters Jesus Christus nachahmen zu sollen, der kurz vor seiner Rückkehr in den Himmel in heissem Gebete vom ewigen Vater erflehte, dass seine Anhänger und Jünger eines Sinnes, eines Herzens seien: „Ich bitte, ... dass alle eins seien, wie du Vater in mir bist und ich in dir bin, damit auch sie in uns eins seien“*). Da aber dieses so inbrünstige Gebet des Gottmenschen nicht bloss jene einschloss, welche damals an Jesus Christus glaubten, sondern auch alle jene, die in Zukunft an ihn glauben würden, so gibt Uns dasselbe einen passenden Anlass, vertrauensvoll Unsere Wünsche darzulegen und nach besten Kräften dahin zu wirken, dass alle Menschen, welchem Lande und welcher Nation sie auch angehören, zur Einheit des göttlichen Glaubens berufen und mächtig angezogen werden. || Da die Liebe Uns in Unserem Vorhaben drängt: die Liebe, welche sich dorthin zuerst wendet, wo die Hilfsbedürftigkeit am grössten, so eilen Unsere Gedanken zuerst zu den unglücklichsten aller Völker, zu jenen nämlich, welchen das Licht des Evangeliums entweder niemals aufging oder später durch eigene Fahrlässigkeit oder unglückliche Zeitverhältnisse wieder erlosch, die daher, aller Erkenntniss Gottes bar, im grössten Irrthum befangen sind. Weil nun alles Heil von Jesus Christus kommt und kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben ist, durch den wir selig werden sollen**), so haben Wir keinen sehnlicheren Wunsch, als dass dieser hochheilige Name Jesus recht bald in allen heidnischen Ländern bekannt und anerkannt werde. In dieser Hinsicht hat

*) Joh. 17, 20. 21.
**) Apg. 4, 12.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

übrigens die Kirche das ihr von Gott anvertraute Amt allezeit gewissenhaft zu erfüllen gesucht. Denn was verfolgte, was betrieb sie in neunzehnhundert Jahren mit mehr Eifer und Ausdauer, als die Heiden zur Wahrheit zu führen und zur Annahme des christlichen Gesetzes zu bewegen? Auch in unseren Tagen durchschiffen oftmals die Boten des Evangeliums die Meere, um kraft apostolischer Sendung in die entlegensten Theile der Erde vorzudringen, und täglich flehen Wir zu Gott, dass er in seiner Barmherzigkeit die Zahl der Priester mehren wolle, welche des apostolischen Amtes würdig sind: der Priester nämlich, welche entschlossen sind, ihre Bequemlichkeiten, ihre Gesundheit, ja selbst ihr Leben, wenn es nothwendig ist, für die Ausbreitung des Reiches Jesu Christi hochherzig hinzugeben. || Du aber, Erlöser und Vater des menschlichen Geschlechtes, Jesus Christus, eile und säume nicht, das zu vollbringen, was du einst zu thun verheissen hast, indem du sagtest, du würdest, wenn du von der Erde erhöht wärest, alles an dich ziehen. Steige also endlich herab in die Herzen und zeige dich all den Unzähligen, die noch bis zur Stunde der grössten Wohlthaten beraubt sind, welche du mit deinem Blute der Menschheit erworben hast. Wecke sie auf, die schlafbefangen in der Finsterniss und im Schatten des Todes sitzen, damit sie, erleuchtet durch die Strahlen deiner alles durchdringenden Weisheit, in dir und durch dich vollendet seien in der Einheit. || Indem Wir bei dem Gedanken an diese geheimnissvolle Einheit verweilen, begegnen Uns ferner die Völker alle, welche die Erbarmung Gottes schon längst vom alten Irrwahn zur Weisheit des Evangeliums herübergeleitet. In der That, es gibt nichts Angenehmeres für die Erinnerung, nichts Geeigneteres für die Lobeserhebung der göttlichen Vorsehung, als das Andenken an die alten Zeiten, wo noch alle den Glauben, der uns vom Himmel gebracht, als ein unantastbares Gemeingut betrachteten; wo sämmtliche Culturvölker, so verschieden nach Wohnort, Anlage und Charakter, mochten sie auch öfters über andere Dinge uneins sein und streiten, gleichwohl, wenn es sich um die Religion handelte, alle eins und durch das Band des christlichen Glaubens aufs innigste verbunden waren. Um so schmerzlicher wird die Seele berührt, wenn sie wahrnehmen muss, wie später unglückliche Zeiten grosse und blühende Nationen durch Misstrauen und Feindseligkeiten von der römischen Kirche losgerissen haben. Im Vertrauen auf die Gnade und Barmherzigkeit des allmächtigen Gottes, der allein die gelegene Zeit und Stunde seiner Erbarmungen weiss, der es in seiner Macht hat, den Willen der Menschen zu lenken, wohin er will, wenden Wir Uns an eben diese Nationen und ermahnen und beschwören sie mit väterlicher Liebe, doch allen Zwist und Hader abzulegen und zur Einheit des Glaubens zurückzukehren. || Zu allererst lenken Wir Unseren Blick mit inniger Liebe auf das Morgenland, von dem zu Anfang das Heil ausgegangen und sich über den ganzen Erdkreis verbreitet hat. Unsere glühende Sehnsucht nämlich flösst Uns die süsse Hoffnung ein, dass die Zeit nicht mehr fern sei, wo die morgenländischen Kirchen, so gefeiert wegen ihres angeerbten Glaubens

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

und ihres alten Ruhmes, wieder aufsuchen, was sie verlassen haben. Trennt uns ja doch auch nicht eine unendliche Kluft, wissen wir uns ja sogar, wenn wir von einigem wenigen absehen, so vollkommen eins mit ihnen, dass wir selbst bei der Vertheidigung des katholischen Dogmas nicht selten aus der Lehre, aus den Riten und Gebräuchen, wie sie bei den Morgenländern üblich sind, Zeugnisse und Beweise entnehmen. Den wesentlichen Streitpunkt bildet der Primat des römischen Papstes. Aber Wir möchten sie ersuchen, auf die Anfänge ihrer Kirchen zurückzuschauen, zu sehen, was ihre Vorfahren gedacht und geglaubt, was die Zeit, welche sich unmittelbar an die ersten Anfänge anschloss, überliefert hat. Denn daraus wird sich klar ergeben, dass sich das Zeugniss des Gottmenschen Jesus Christus: Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, in den römischen Päpsten bewahrheitet hat. Auch hat das christliche Alterthum unter den Päpsten nicht wenige gesehen, die dem Morgenlande selbst angehörten: unter anderen einen Anakletus, Evaristus, Anicetus, Eleutherius, Zosimus, Agatho. Die meisten von ihnen hatten sogar das Glück, ihren Apostolat, nachdem sie die allgemeinchristliche Kirche in aller Heiligkeit und Weisheit regiert hatten, mit dem Blute zu besiegeln. — Man weiss auch ganz genau, zu welcher Zeit, aus welchen Gründen, durch welche Urheber der unselige Zwiespalt heraufbeschworen wurde. Vor jener Zeit, wo der Mensch noch nicht getrennt, was Gott verbunden, war der Name des Apostolischen Stuhles bei allen Völkern der christlichen Welt heilig und hoch in Ehren, und Morgenland wie Abendland gehorchten einmüthig ohne Sträuben dem römischen Papste als dem rechtmässigen Nachfolger des hl. Petrus und demgemäss als dem Stellvertreter Jesu Christi auf Erden Darum auch säumte, wenn wir auf den Ursprung des Zwiespaltes zurückgehen, selbst Photius nicht, Vertreter nach Rom zu schicken, die ihn vertheidigen sollten, und hinwiederum sandte Papst Nikolaus I. seine Legaten von Rom nach Konstantinopel, ohne dass irgend ein Widerspruch erhoben worden wäre. Und zu welchem Zwecke? „Damit sie sorgfältig die Sache des Patriarchen Ignatius studirten und dann den Apostolischen Stuhl vollständig und wahrheitsgemäss vom Sachverhalte unterrichten könnten.“ So ist denn die ganze Geschichte dieses Vorganges eine augenfällige Bestätigung des römischen Primates, von welchem man eben damals anfing sich loszusagen. — Endlich sind, wie Jedermann weiss, in zwei allgemeinen Concilien, in dem zweiten von Lyon und in dem von Florenz, alle, Lateiner wie Griechen, ohne Mühe eins geworden und haben die Lehre von der obersten Regierungsgewalt der römischen Päpste als Dogma aufgestellt. || Wir machen absichtlich auf diese Einzelheiten aufmerksam, weil dieselben eine Einladung zum Frieden und zur Versöhnung enthalten, um so mehr, da Wir beobachtet haben, wie sich die Morgenländer in unseren Tagen viel versöhnlicher gegen die Katholiken zeigen, ja sogar ein gewisses Entgegenkommen und Wohlwollen an den Tag legen. Dieses trat kürzlich zu Unserer grossen Freude noch besonders hervor, indem die Unserigen, welche zu einem frommen Zwecke im Oriente

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

zusammengekommen waren, mit der ausgesuchtesten Zuvorkommenheit und Herzlichkeit aufgenommen wurden. — Daher richten Wir Unsere Worte an Euch alle, die Ihr, gleichviel ob Ihr dem griechischen oder einem anderen morgenländischen Ritus angehört, von der katholischen Kirche getrennt seid. Es wäre Unser sehnlichster Wunsch, ein jeder von Euch möchte bei sich die so eindringlichen und liebevollen Worte erwägen, die einst Bessarion an Euere Väter richtete: „Was werden wir Gott antworten, wenn er uns fragt, weshalb wir uns von unseren Brüdern getrennt haben, wir, die zu vereinigen und dem einen Schafstall zuzuführen er selbst vom Himmel herabgestiegen, Mensch geworden und am Kreuze gestorben ist? Wie werden wir uns vor unseren Nachkommen rechtfertigen können? Nein, ehrwürdige Väter, dulden wir eine solche Schmach nicht! Lassen wir eine solche Gesinnung nicht in uns aufkommen! Erweisen wir uns und den Unserigen nicht diesen üblen Dienst!“ — Erwäget aufmerksam, was Wir fordern, und erwäget es im Angesichte Gottes. Nicht geleitet von irdischen Interessen, sondern einzig gedrängt von der göttlichen Liebe und dem Verlangen, dass alle selig werden, reden Wir der Aussöhnung und Vereinigung mit der römischen Kirche das Wort: Wir meinen jedoch eine vollkommene, rückhaltslose Vereinigung. Das kann aber nicht jene sein, die nur in einer gewissen Gemeinschaft von Glaubenslehren und in einer gewissen gegenseitigen brüderlichen Liebe besteht. Die wahre Vereinigung unter den Christgläubigen ist die vom Stifter der Kirche Jesus Christus angeordnete und gewollte: jene nämlich, welche in der Einheit des Glaubens und in der Einheit der Leitung besteht. Auch habt Ihr keinen Grund zur Besorgniss, Wir oder Unsere Nachfolger möchten Euere Rechte und die Privilegien Euerer Patriarchen schmälern und die Riten und Gebräuche der einzelnen Kirchen beschränken. Denn auch das war von jeher Grundsatz und Gepflogenheit des Apostolischen Stuhles und wird es für alle Zukunft sein, der eigenthümlichen Entwicklung und den besonderen Gewohnheiten jedes einzelnen Volkes gebührende Rechnung zu tragen ohne alle Engherzigkeit. — Wenn Ihr dagegen wieder mit uns in Gemeinschaft getreten seid, werden Euere Kirchen unter dem göttlichen Beistande wunderbar an Glanz und Ansehen gewinnen. So wolle denn Gott Euer eigenes Gebet gnädig erhören: „Verleihe, dass die Trennung der Kirchen aufhöre“*), und: „Sammle die Zerstreuten, führe die Irrenden zurück und vereinige sie mit deiner heiligen, katholischen und apostolischen Kirche“**). So lasset also wiederum jenen einen heiligen Glauben in Euch erstehen, welchen das graue Alterthum Euch wie uns beharrlich überliefert, welchen Euere Väter und Vorfahren unverletzt bewahrt, welchen auch Männer wie Athanasius, Basilius, Gregor von Nazianz, Johannes Chrysostomus, die beiden Cyrillus und so viele andere durch ihre

*) *Παῦσον τὰ σχίσματα τῶν ἐκκλησιῶν* (vgl. die Liturgie des hl. Basilius).

**) *Τοὺς ἐσκορπισμένους ἐπισυνάγαγε, τοὺς πεπλανημένους ἐπανάγαγε καὶ σύναψον τῇ ἁγίᾳ σου καθολικῇ καὶ ἀποστολικῇ Ἐκκλησίᾳ* (Lit. des hl. Basilius).

unvergleichlichen Tugenden, durch ihr glänzendes Talent, durch ihre gediegene Lehre in heiligem Wetteifer verklärt haben: Männer, deren Ruhm in aller Wahrheit das Morgenland und das Abendland wie ein gemeinsam ererbtes Gut ihren eigenen nennen können. || Hier möchten Wir Uns noch in besonderer Weise an Euch wenden, Ihr slawischen Völker alle, von deren Ruhme uns die Geschichtswerke so Mannigfaches erzählen. Ihr wisset, was die Slawen den hll. Cyrillus und Methodius verdanken, diesen Vätern Eueres Glaubens, deren Andenken Wir selbst vor einigen Jahren mit neuem Glanze umgaben. Sie sind es, die durch ihre Tugend und ihre Arbeiten den meisten Völkern Eueres Stammes die Wohlthaten der allgemeinen Bildung und der Erlösung zugänglich gemacht. So geschah es, dass zwischen den Slawen und den römischen Päpsten lange Zeit die schönste Gegenseitigkeit bestand: von Wohlthaten auf der einen, von treuester Hingebung auf der anderen Seite. Wenn nun eine unglückselige Zeit Euere Väter zum grossen Theile dem römischen Glauben, den sie einst bekannten, entfremdet hat, so bedenket wohl, welchen Segen es Euch bringen wird, wenn Ihr zur Einheit des Glaubens zurückkehret. Auch Euch ruft die Kirche unablässig in ihre Arme zurück, um Euch mancherlei Hilfsmittel zu bieten zur Förderung Eueres Heiles, Euerer irdischen Wohlfahrt und Euerer Grösse. || Mit nicht geringerer Liebe weilt Unser Blick bei jenen Völkern, welche in neuerer Zeit eine ganz ungewöhnliche Umwälzung aller Zustände und Verhältnisse von der römischen Kirche getrennt hat. Mögen sie die verschiedenen Wechselfälle vergangener Zeiten vergessen, ihren Blick über alles Irdische erheben und, einzig von dem Wunsche beseelt, die Wahrheit und mit ihr das Heil zu finden, die von Jesus Christus gegründete Kirche bei sich betrachten. Wenn sie ihre Religionsgesellschaften mit der Kirche vergleichen und erwägen wollen, wie es in denselben mit der Religion bestellt ist, so werden sie leicht einräumen, dass sie, des alten Glaubens uneingedenk, sich durch mannigfachen Irrthum in vielen und hochwichtigen Stücken zu Neuerungen haben hinreissen lassen. Ebensowenig werden sie leugnen, dass ihnen von dem Erbtheil der Wahrheit, welches die Urheber der Neuerungen bei ihrer Lossagung von der Kirche mit sich genommen, kaum eine sichere und verbürgte Glaubensformel übrig geblieben ist. Ja, so weit ist es schon gekommen, dass viele sich nicht entblöden, das Fundament selbst, auf welchem die ganze Religion und alle Hoffnung der Menschenkinder ruht, und welches kein anderes ist als die göttliche Natur des Erlösers Jesus Christus, dieses Fundament anzugreifen. Ebenso sprechen sie den Büchern des Alten und Neuen Testaments, welche sie ehedem als vom Heiligen Geiste inspirirt annahmen, nunmehr alles göttliche Ansehen ab. Freilich, dahin musste es unbedingt kommen, nachdem einmal einem jeden das Recht zugestanden war, die Schrift nach eigenem Gutdünken und Ermessen zu erklären. — Daher auch die Erscheinung, dass unter Zurückweisung jeder anderen Lebensregel das Gewissen des Einzelnen als alleinige Norm, als einzige Richtschnur ihrer Handlungen aufgestellt wird. Daher die vielen sich einander widersprechenden

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

Meinungen und Secten, die schliesslich in erklärten Naturalismus und Rationalismus ausarten. Aus diesem Grunde verzweifeln sie an einer Einigung in den Lehrmeinungen und predigen und empfehlen nur noch eine Vereinigung, deren Band die brüderliche Liebe ist. An diesem letzteren nun thun sie allerdings gut; denn wir alle müssen durch gegenseitige Liebe miteinander verbunden sein. Hat ja doch auch Jesus Christus dieses vor allem anderen anbefohlen und gewollt, dass eben diese gegenseitige Liebe das Kennzeichen seiner Jünger sei. Aber wie kann die vollkommene Liebe die Gemüther verbinden, wenn die Geister nicht durch den Glauben geeinigt sind? — Aus diesen Gründen haben viele der Männer, von denen Wir hier reden, ihrem gesunden Urtheile und ihrer Liebe zur Wahrheit folgend, den sicheren Weg des Heiles in der katholischen Kirche gesucht. Denn es war ihnen klar, sie könnten nicht mit Jesus Christus als dem Haupte vereinigt sein, wenn sie nicht mit seinem geheimnissvollen Leibe, welcher die Kirche ist, verbunden wären, noch die unverfälschte Lehre Christi empfangen, wenn sie das rechtmässige Lehramt, das dem Petrus und seinen Nachfolgern übertragen ist, zurückwiesen. Sie gewahrten nämlich, wie in der römischen Kirche die wahre Kirche zum vollkommenen Ausdruck gebracht ist, die sich durch die ihr vom göttlichen Stifter verliehenen Merkmale allen kenntlich macht. Darum finden sich auch unter ihnen viele Männer von scharfsinnigem Urtheile und gediegenen Alterthumskenntnissen, welche in bedeutsamen Schriften die Fortdauer der Kirche von der Zeit der Apostel her, die Unveränderlichkeit der Dogmen und ihre sich selbst stets gleichbleibende Verfassung auf das klarste nachgewiesen haben. Angesichts dieses herrlichen Beispieles so vieler Männer redet viel mehr Unser Herz als Unser Mund zu Euch, theuerste Brüder, die Ihr nun schon dreihundert Jahre von uns im Glauben getrennt seid, und zu Euch, die Ihr Euch in der Folge aus irgend einem Grunde von uns losgesagt: „Finden wir uns alle zusammen in der Einheit des Glaubens und der Erkenntniss des Sohnes Gottes“*). Zu dieser Einheit, welche zu keiner Zeit der katholischen Kirche gefehlt hat noch irgendwie fehlen kann, möchten Wir Euch einladen, indem Wir Euch in Liebe die Rechte entgegenstrecken. Euch ruft die gemeinsame Mutter, die Kirche, schon längst zu sich zurück; Euch erwarten mit Sehnsucht alle Euere katholischen Brüder, damit Ihr Gott mit uns in Heiligkeit dienet, in vollkommener Liebe mit uns vereint durch das Bekenntniss eines Evangeliums, eines Glaubens, einer Hoffnung. || Um die heisserschnte Einheit zur harmonischen Vollendung zu führen, wenden Wir Uns nun auch an alle diejenigen, soviele ihrer auf dem weiten Erdenrunde sind, deren Heil längst der Gegenstand Unserer wachsamen Sorgen und Gedanken ist: Wir meinen die Katholiken, welche durch das Bekenntniss des römischen Glaubens dem Apostolischen Stuhle untergeben und dadurch mit Christus vereinigt sind. Sie brauchen nicht erst zur wahren und heiligen Einheit aufgemuntert zu

*) Eph. 4, 13.

werden, da sie derselben schon durch Gottes Gnade angehören, müssen aber ermahnt werden, nicht zuzulassen, dass bei den allerorts wachsenden Gefahren das höchste Gnadengeschenk Gottes durch Trägheit und Fahrlässigkeit Schaden leide. — Mögen sie zu dem Ende aus den Wahrheiten, die Wir den katholischen Nationen einzeln und insgesamt eingeschärft, ihre Richtschnur im Denken und Handeln entnehmen. Mögen sie sich vor allem dieses zum leitenden Grundsatze machen: dem Lehramte und der Autorität der Kirche müsse in allem nicht engherzig und misstrauisch, sondern mit ganzer Seele und liebender Hingabe gehorcht werden. — Bei dieser Gelegenheit mögen sie ins Auge fassen, wie höchst nachtheilig es für die christliche Einheit ist, dass der Irrthum unter verschiedenen Formen von Meinungen das wahre Wesen, den wahren Begriff der Kirche vielfach verdunkelt, ja selbst zerstört hat. Nach dem Willen und nach der Anordnung ihres göttlichen Stifters nämlich soll sie eine in ihrer Art vollkommene Gesellschaft sein, deren Aufgabe und Befugniss es ist, die Menschheit in den Vorschriften und Gesetzen des Evangeliums zu unterrichten und sie durch Reinerhaltung der Sitten und durch Uebung der christlichen Tugenden derjenigen Seligkeit entgegenzuführen, die jedem Menschen im Himmel in Aussicht gestellt ist. Und weil die Kirche, wie gesagt, eine vollkommene Gesellschaft ist, deshalb hat sie ein Lebensprincip, eine Lebenskraft, die nicht von aussen kommt, sondern von innen aus ihrer eigenen Natur nach göttlicher Anordnung. Aus eben diesem Grunde hat sie auch naturgemäss die Gewalt, Gesetze zu geben, und muss in ihrer Gesetzgebung von Jedermann unabhängig sein, wie auch in allen anderen Dingen, welche zu ihrem Rechtsgebiete gehören. Diese Freiheit ist jedoch nicht von der Art, dass sie irgendwie Anlass böte zu Eifersucht und Scheelsucht. Denn die Kirche strebt nicht nach Macht, noch lässt sie sich irgendwie durch Interessen leiten. Sie will, sie sucht nur eines: nämlich die Uebung der Tugend unter den Menschen aufrechtzuerhalten und auf diese Weise, auf diesem Wege für deren ewiges Heil zu sorgen. Daher pflegt sie sich auch gefällig zu erweisen und mütterliche Nachsicht zu üben, ja oft unter Berücksichtigung besonderer staatlicher Verhältnisse auf die Ausübung eines Rechtes zu verzichten. Ein sprechender Beweis hierfür sind die Concordate, die oftmals mit Reichen und Staaten abgeschlossen worden sind. — Nichts liegt ihr ferner, als in die Rechte der staatlichen Gewalt einzugreifen; ebenso muss aber auch der Staat die Rechte der Kirche achten und sich hüten, irgend eines derselben sich aneignen zu wollen. — Aber welches sind die Zeitläufe in unseren Tagen, wenn wir die Dinge nach ihrem wahren Gehalte betrachten? Es ist fast zur Gewohnheit geworden, die Kirche mit Misstrauen anzusehen, sie stolz zu verachten, sie zu hassen und hämisch zu verleumden. Aber was noch schlimmer ist, alles wird aufgeboten und ins Werk gesetzt, um sie der Botmässigkeit der weltlichen Herrscher zu unterwerfen. Zu diesem Zwecke hat man sie ihrer Güter beraubt und ihre Freiheit aufs äusserste beschränkt, zu dem Ende auch die Seminarbildung der Geistlichen so schwierig

Nr. 10567. Rom, 20. Juni 1894.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

gemacht, gegen den Clerus Gesetze von unerbittlicher Strenge aufgestellt, die religiösen Genossenschaften, die doch eine Hauptstütze der Kirche sind, aufgelöst und sie aus dem Lande verwiesen, mit einem Worte: die Febronianischen Grundsätze theoretisch und praktisch, nur noch in verschärfter Form, wieder ins Leben gerufen. Das heisst nichts anderes, als den heiligsten Rechten der Kirche Gewalt anthun. Dabei bedenkt man aber nicht, dass dieses den Staaten die grössten Nachtheile bringt, eben weil es in offenem Widerspruche steht mit den göttlichen Absichten. Denn Gott, der Schöpfer und Herr des Weltalls, welcher die menschliche Gesellschaft unter die weltliche und geistliche Gewalt stellte, wollte allerdings, dass es verschiedene Gewalten gebe, jedoch keineswegs, dass sie geschieden seien und sich gegenseitig befehden. Aber nicht bloss der Wille Gottes selbst, sondern auch das Gesamtwohl der menschlichen Gesellschaft fordern schlechterdings, dass sich die weltliche Gewalt bei ihren Regierungsmassregeln in vollen Einklang setze mit der kirchlichen. Daher hat der Staat seine ihm allein eigenthümlichen Pflichten und Rechte, aber ebenso hat die Kirche die ihrigen; beide aber, Staat und Kirche, müssen durch vollkommene Eintracht miteinander verbunden sein. — Auf diese Weise werden die Beziehungen zwischen Staat und Kirche von dem gegenwärtig auf ihnen lastenden Drucke befreit, der aus mehr als einem Grunde wenig den Regeln der Klugheit entspricht und allen Gutgesinnten äusserst peinlich ist. Dann werden auch die Unterthanen, da beider Mächte Interessen nicht vermengt, nicht geschieden sind, unbehindert dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. || Eine andere grosse Gefahr droht der Einheit seitens der Secte, welche man Freimaurerei nennt, die schon lange mit unheimlicher Wucht namentlich auf den katholischen Nationen lastet. Begünstigt durch die verworrenen Zeitverhältnisse, stolz sich erhebend wegen ihrer Macht, ihrer Mittel und ihres Erfolges, bietet sie das Aeusserste auf, ihre Herrschaft zu befestigen und immer weiter auszubreiten. Aus ihren Verstecken und Schlupfwinkeln ist sie bereits mitten in den Städten an das Tageslicht gekommen, hat sogar, um gleichsam Gott herauszufordern, in dieser Stadt, dem Mittelpunkte der katholischen Welt, ihren Sitz aufgeschlagen. Und was das Traurigste bei der Sache ist: wohin immer sie den Fuss setzt, dringt sie in alle Schichten des Volkes ein, mischt sie sich in alle Einrichtungen des Staates, um schliesslich alles und jedes in ihrer Hand zu haben und von sich abhängig zu machen. Das ist eine höchst traurige Thatsache; denn die verwerflichen Grundsätze dieser Secte, ihre gottlosen Pläne sind aller Welt bekannt. Unter dem Vorwande, die allgemeinen Menschenrechte zu vertheidigen und die bürgerliche Gesellschaft zu erneuern, greift sie das Christenthum in feindseliger Weise an, verwirft die übernatürliche Offenbarung, verhöhnt die Uebungen der Frömmigkeit, die Sakramente und alles Heilige als Aberglauben. Die Ehe, die Familie, die Jugenderziehung, den privaten und öffentlichen Unterricht sucht sie des christlichen Charakters zu entkleiden und dabei alle Ehrfurcht vor menschlicher und göttlicher Autorität

aus dem Herzen der Völker zu reissen. Ferner lehrt die Secte, der Mensch müsse die Natur verehren und aus ihren Grundsätzen allein Mass und Richtschnur für alle Wahrheit, Sittlichkeit und Gerechtigkeit nehmen. Auf diese Weise muss der Mensch mehr oder weniger in heidnische Sitten und Gewohnheiten zurückfallen, die infolge der so sehr vermehrten Reizmittel unserer Zeit nur noch um so ungebundener sein werden. — Obgleich Wir über diesen Gegenstand bei anderer Gelegenheit auf das eindringendste gesprochen haben, so macht es Uns doch die Apostolische Wachsamkeit zur Pflicht, darauf zurückzukommen und wieder und wieder einzuschärfen, dass bei so grosser Gefahr keine Massregel wirksam genug ist, um eine andere noch wirksamere überflüssig zu machen. Wolle Gott gnädig das frevelhafte Beginnen verhüten! Aber das christliche Volk wisse und sei davon durchdrungen, dass das so unwürdige Joch der Secte einmal abgeschüttelt werden muss; und diejenigen mögen um so eifriger trachten, es abzuschütteln, die am empfindlichsten davon bedrückt werden: die Italiener und Franzosen. Mit welchen Waffen, auf welche Weise sie am sichersten zum Ziele kommen, haben Wir selbst schon dargethan. Auch ist der Sieg für jeden unzweifelhaft, der auf den göttlichen Führer vertraut, welcher das Wort gesprochen: „Ich habe die Welt besiegt“*). Wenn so die zwei Gefahren beseitigt und die Reiche und Staaten wieder zur Einheit des Glaubens zurückgekehrt sind, welch' wirksames Heilmittel gegen alle Uebel, welch' wunderbarer Ueberfluss an allen Gütern wäre damit der Welt gegeben! Wir wollen die hauptsächlichsten wenigstens berühren. Das erste geht die Würde und die Stellung der Kirche an. Sie würde nämlich alsdann den ihr gebührenden Rang der Ehre und des Vorzuges wieder einnehmen und ihren Weg als Spenderin der Wahrheit und der Gnade neidlos und mit voller Freiheit wandeln zum Segen und Heile der Völker. Denn da sie der Menschheit zur Lehrerin und Führerin von Gott gegeben ist, kann sie mehr als irgend Jemand die geeigneten Mittel und Wege an die Hand geben, um die tief eingreifenden Wandlungen der Zeit zum Besten der Gesamtheit zu lenken, um die verwickeltsten Fragen zu lösen, um Recht und Gerechtigkeit, welche ja die sichersten Stützen des Staates sind, zu heben. Ferner würde die gegenseitige Annäherung der Nationen wesentlich gefördert werden: eine Annäherung, die in unseren Tagen mehr als je zu wünschen ist, um unheilvolle Kriege abzuwenden. — Welches die Lage Europas ist, sehen wir mit unseren Augen. Schon seit vielen Jahren haben wir vom Frieden nicht viel mehr als den Schein. Da das gegenseitige Vertrauen geschwunden und dem Argwohn Platz gemacht, sind fast alle Nationen um die Wette damit beschäftigt, sich zum Kriege zu rüsten. Die unerfahrene Jugend wird in die Gefahren des Militärlebens gestürzt, wo sie des Rathes der Eltern entbehren muss und ihrer Autorität entzogen ist. In der Blüthe und Kraft der Jahre wird die junge Männerwelt weg vom Ackerbau, von heilsamen Studien, von

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

*) Joh. 16, 33.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

Handel und Gewerbe zu den Waffen einberufen. Daher ist auch infolge von ungeheueren Ausgaben der Staatsschatz erschöpft, der Reichthum der Länder zusammengeschmolzen, das Vermögen der Einzelnen schwer geschädigt. Wir sind bereits so weit gekommen, dass der bewaffnete Friede allgemach unerträglich geworden. Sollte ein derartiger Zustand der bürgerlichen Gesellschaft ein natürlicher sein? Und doch können wir uns desselben nicht entledigen und zu einem wahren Frieden gelangen, es sei denn durch die Gnade Jesu Christi. Denn um den Ehrgeiz, die Begierde nach fremdem Gute, den Neid — Laster, welche ja vorzugsweise die Kriegsflammen entfachen —, um diese Laster zu unterdrücken, gibt es kein wirksameres Mittel als die christliche Tugend und namentlich die Gerechtigkeit. Nur durch das Walten dieser Tugend können die Rechte der Völker und die Heiligkeit der Verträge ihre Unverletzlichkeit, nicht minder die Bande der Brüderlichkeit ihre dauernde Festigkeit erhalten, indem alle von dem einen Gedanken durchdrungen sind: „Die Gerechtigkeit erhebt die Völker“*). || Ferner würde damit, wie nach aussen so nach innen, eine Bürgschaft der öffentlichen Wohlfahrt und Ruhe geschaffen, viel sicherer und wirksamer, als Gesetze und Waffen sie bieten können. Denn wer verkennt, dass die Gefahren für die öffentliche Ruhe und Sicherheit mit jedem Tage wachsen, nachdem, wie schaurige Attentate beweisen, die Aufruhrparteien zum Umsturze und zum gänzlichen Untergange der Staaten sich das Wort gegeben. Zwei Fragen werden darum mit grosser Heftigkeit erörtert: die sociale und die politische Frage, wie man sie nennt. Beide sind ohne Zweifel von grösster Bedeutung. Für eine weise und gerechte Lösung beider sind auch anerkennenswerthe Studien, Ausgleichungsmassregeln und Versuche erörtert worden. Aber viel mehr als durch alles andere würde die Lösung beschleunigt, wenn die Menschen allgemein angeleitet würden, von innen heraus durch die Grundsätze des christlichen Glaubens ihren Sinn für Recht und Pflicht auszubilden. — Von der socialen Frage haben Wir bereits in diesem Sinne vor nicht zu langer Zeit gehandelt, indem wir die Wahrheiten des Evangeliums und der natürlichen Vernunft zu Grunde legten. — Was die politische Frage betrifft, so wird sie zu dem Zwecke erörtert, die Freiheit mit der Autorität auszusöhnen: zwei Begriffe, die sich bei vielen in der Theorie fast decken, in der Praxis dagegen oftmals nur zu weit auseinandergehen. Für ihre Lösung nun lassen sich die geeignetsten Anhaltspunkte aus der christlichen Philosophie gewinnen. Denn wenn man davon ausgeht, was alle zugeben, dass nämlich die Autorität von Gott komme, gleichviel welches die Regierungsform ist, so sieht die Vernunft sofort, dass bei den einen das Recht zu befehlen durchaus gesetzlich, bei den anderen die Pflicht zu gehorchen ganz ordnungsgemäss sei. Durch den Gehorsam wird auch keineswegs der menschlichen Würde zu nahe getreten; denn schliesslich wird doch viel mehr Gott als den Menschen der Gehorsam geleistet. Anderer-

*) Spr. 14, 34.

seits wird denjenigen, welche befehlen, von Gott das strengste Gericht angekündigt, wofern sie ihn nicht vertreten, wie sie sollen, als Förderer des Rechtes und der Gerechtigkeit. Die Freiheit der Einzelnen kann aber Niemand verhasst, Niemand verdächtig sein; denn ohne Jemand zu schaden, entfaltet sie sich nur in dem, was wahr, was recht, was in vollem Einklange mit der öffentlichen Ruhe steht. — Wenn endlich die Dienste in Betracht gezogen werden, welche die Kirche leisten kann: sie, die Mutter und Vermittlerin zwischen Fürsten und Völkern, die dazu berufen ist, beiden mit ihrem Rathe und ihrem Ansehen beizustehen, dann wird sich klar herausstellen, nichts sei für das öffentliche Wohl ersprieslicher, als dass alle Völker sich entschlössen, dasselbe innerlich im christlichen Glauben festzuhalten, dasselbe äusserlich zu bekennen. || Während Wir bei diesen Gedanken verweilen und mit ganzer Seele ihre Verwirklichung wünschen, sehen Wir in der Ferne, welch' glückliche Ordnung der Dinge dann auf Erden anheben würde, und Wir kennen nichts Angenehmeres, als die Betrachtung des Guten, das daraus erfolgt. Man kann sich kaum vorstellen, zu welcher Höhe, zu welchem Wohlstande sich überall die Völker alsbald aufschwingen würden, wenn Ruhe und Friede der Erde wiedergegeben, wenn die Wissenschaft auf alle Weise gefördert, wenn überdies nach Unserer Anweisung auf christlicher Grundlage Vereine von Landwirten, Handwerkern, Geschäftsleuten gegründet und vervielfältigt würden, mit deren Hilfe der alles verschlingende Wucher aus der Welt geschafft und heilsamen Arbeiten ein weites Feld geöffnet wäre. || Der Segen dieser Wohlthaten würde keineswegs auf die Gebiete der gesitteten und gebildeten Völker beschränkt bleiben, sondern sich wie ein hochgehender Strom nach allen Seiten verbreiten. Denn man muss bedenken, wie Wir bereits zu Anfange sagten, dass unzählige Völker schon jahrhundertelang sehnsüchtig ausschauen, wer ihnen das Licht der Wahrheit und den Segen der Gesittung bringe. Nun ist es ja wahr: In dem, was das ewige Heil der Völker betrifft, sind die Pläne der göttlichen Weisheit himmelweit entfernt von den Gedanken der Menschenkinder. Gleichwohl kann man, ohne Furcht zu irren, behaupten, wenn in so vielen Ländern der Erde der unglückliche Irrwahn immer noch so weit ausgebreitet ist, so kommt das nicht zum geringsten Theile auf Rechnung der ausgebrochenen Religionsstreitigkeiten. Denn soweit es der menschlichen Vernunft erlaubt ist, Schlüsse aus den Ereignissen der Vergangenheit zu ziehen, hat Gott Europa den Beruf gegeben, die christliche Bildung der Völker allmählich in alle Länder zu tragen. Die Anfänge und Fortschritte eines so schönen Werkes, erzielt durch die Arbeit früherer Jahrhunderte, versprachen immer herrlicher zu werden, als der religiöse Zwist im 16. Jahrhundert entbrannte. Da die Christenheit durch Hader und Streit gespalten, die Kräfte Europas durch Feindseligkeiten und Kriege aufgerieben waren, mussten die apostolischen Unternehmungen zur Bekehrung der Heiden den traurigen Rückschlag fühlen. Da nun immer noch die Ursachen der Zwietracht fortbestehen, was Wunder, dass der grösste Theil der Menschheit

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

Nr. 10567. Rom. 20. Juni 1894.

noch bis zur Stunde Sklave verwilderter Sitten und wahnwitziger Gebräuche ist. Gehen wir daher alle mit gleichem Eifer ans Werk, dass die alte Eintracht zur allgemeinen Wohlfahrt wiederhergestellt werde. Unsere Zeiten sind der Wiederherstellung der Eintracht und der weiteren Verbreitung der Wohlthat des christlichen Glaubens äusserst günstig; denn niemals hat das Gefühl allgemein menschlicher Brüderlichkeit die Geister so tief bewegt, und zu keiner Zeit sah man die Menschen sich eifriger aufsuchen, um sich gegenseitig kennen zu lernen und sich zu nützen. Schiffe und Wagen durcheilen mit unglaublicher Schnelligkeit ungeheure Strecken zu Wasser und zu Lande: ein Umstand, welcher die namhaftesten Vortheile mit sich bringt nicht bloss für den Handel und die Erforschung der Länder durch die Gelehrten, sondern ebensosehr für die Verkündigung des Evangeliums. || Wir wissen wohl, dass eine lange und mühsame Arbeit erforderlich ist, um die Ordnung der Dinge herzustellen, die Wir so sehnlich wünschen. Möglich auch, dass dem einen oder anderen Unsere Hoffnungen allzu rosig erscheinen, da sie sich auf Dinge beziehen, die viel mehr zu wünschen als zu erwarten seien. Aber Wir setzen all' Unsere Hoffnung, all' Unser Vertrauen auf den Erlöser des Menschengeschlechtes, Jesus Christus, und ermuthigen Uns in dem Gedanken, wie vieles und wie Grosses einstmals vollbracht wurde durch die Thorheit des Kreuzes und die Predigt vom Kreuze zum Staunen der Welt und zur Beschämung ihrer Weisheit. — Dann bitten und beschwören Wir ganz besonders die Fürsten und Lenker der Staaten, Unsere Rathschläge gemäss ihrer einsichtsvollen Klugheit und ihrer treuen Sorge für die Unterthanen vorurtheilsfrei in Erwägung zu ziehen und sie mit ihrem Ansehen und Wohlwollen zu unterstützen. Wenn auch nur ein kleiner Theil der erhofften Früchte eingesammelt würde, so wäre das wahrlich schon eine grosse Wohlthat inmitten des allgemeinen Niederganges, der mit dem Gefühle der unerträglichen Last der Gegenwart die Furcht vor der Zukunft verbindet. || Das Ende des vorigen Jahrhunderts liess Europa müde und erschöpft zurück von all' den erlittenen Drangsalen und in bebender Angst ob all der Erschütterungen. Warum sollte nicht umgekehrt das gegenwärtige, schon dem Ende zueilende Jahrhundert der Menschheit als Erbe heitere Aussichten auf Einheit und Frieden mit der Hoffnung auf die höchsten Güter hinterlassen, die mit der Einheit des Glaubens gegeben sind? || Gott, der reich ist an Erbarmungen und die Zeiten und die Stunden kennt, die er in seiner Macht festgestellt, wolle Unsere Wünsche und Hoffnungen gnädig anschauen und in seiner unendlichen Güte verleihen, dass sich die Verheissung Christi bald erfülle: Es wird nur ein Schafstall und ein Hirt sein. „Fiet unum ovile et unus pastor“*). || Gegeben zu Rom bei Sanct Peter den 20. Juni des Jahres 1894, des siebzehnten Unseres Pontificates.

Leo XIII., Papst.

*) Joh. 10, 16.

Verträge und Verhandlungen über Afrika.

Der englisch-kongolesische Vertrag vom 12. Mai 1894 *).

Nr. 10568. **ENGLAND.** — Minister des Auswärtigen an Mr. Hardinge. — Begründung des Vertrages mit dem Kongostaate.

Foreign Office, May 23, 1894.

Nr. 10568. England. 23. Mai 1894.

Sir, || When Her Majesty's Government decided upon assuming the Protectorate of Uganda, it became incumbent on them to consider the position of Great Britain as regards that part of the British sphere described in the Anglo-German Agreement as the western watershed of the Nile. It was understood, that in 1890 arrangements were made between the Administrator of the Congo Free State and the late Sir W. Mackinnon, under which the East Africa Company agreed to waive in favour of the Free State any powers which it might acquire in the territory so described as a Chartered Company administering in the British sphere with the sanction of the Crown. The documents recording whatever arrangements may have been concluded were not officially communicated to, nor sanctioned by, Her Majesty's Government, and obviously could not have validity without that sanction. The Free State Administration, however, appears to have considered that, in virtue of these arrangements, it was justified in sending exploring parties into the territory affected by them. The expeditions are believed to have travelled over a considerable portion of the territory, and it appears that their leaders made Treaties and established posts. || Her Majesty's Minister at Brussels was, from time to time, directed to point out, that, though Her Majesty's Government had no accurate information as to the destination and proceedings of these expeditions, the territory thus explored was well known to be included in the British sphere of influence. || Her Majesty's Government, in examining this situation in connection with the Protectorate of Uganda, desired, in order to put an end to all controversy as to these preceedings, to arrive at an arrangement which would be satisfactory to both parties. They could not fail to recognize the sacrifices which had been made in endeavouring to open up the country by His Majesty the King

*) Englisches Blaubuch Afrika Nr. 4. (1894).

Nr. 10568. England. 23. Mai 1894.

of the Belgians, whose efforts to promote the civilization of Africa have commanded their warm sympathy. On approaching His Majesty they found him fully disposed to enter into an arrangement which, while enabling him to continue the work he had commenced, would record his recognition of the position of Great Britain in her sphere, and of such claims as Egypt, and through her Turkey, may have to the Equatorial Provinces whose administration was abandoned owing to the evacuation of the Soudan. || I inclose copy of an Agreement by which His Majesty having recognized, on behalf of the Congo State, the British sphere of influence as laid down in the Anglo-German Agreement of 1890, receives from Great Britain leases of the territory specified in the Agreement under certain conditions. || Her Majesty's Government are satisfied, that, under the Agreement, this portion of the British sphere will be administered in a spirit in full accordance with the requirements of civilization, and of the Acts of Berlin and Brussels. || The Agreement also effects certain frontier rectifications with the Congo Free State, which remove causes of possible local friction, and adds to the delimitations already concluded with Italy on the north and Germany on the south, delimitation between the British sphere and the conterminous Power on the west. || Finally, Article 3 provides for the lease to Great Britain of a port at the northern end of Lake Tanganyika. As the southern end of the Lake is within the British sphere in Central Africa, this Concession will materially facilitate communication between the two British spheres. In order to secure access to this port, the lease has been obtained of a road passing through the Free State territory, connecting Lake Albert Edward, the eastern shore of which is in the British sphere, with the leased port. The navigation of Lake Tanganyika being declared to be free by the IInd Article of the Act of Berlin of 1885, this arrangement secures to British trade uninterrupted communication, the value of which is completed by the guarantees as to freedom of transit recorded in the IVth Article of the Berlin Act, and the VIIIth Article of the Anglo-German Agreement of 1890. || A map is annexed showing the effect of the Agreement.

Kimberley.

Nr. 10569. ENGLAND und der KONGOSTAAT. — Vertrag über die Abgrenzung ihrer Interessensphären.

Mai 12, 1894.

Nr. 10569. England und der Kongostaat. 12. Mai 1894.

The Undersigned, the Honourable Sir Francis Richard Plunkett, a Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the King of the Belgians, on behalf of the British Government, and M. van Eetvelde, Officer of the Order of Leopold, Grand Cross of the Orders of St. Gregory the Great, of Christ of Portugal, and of the African Redemption, &c., Secretary of State of the Interior of the Independent State of the Congo, on behalf of the Government of the Independent State of the Congo, duly

Nr. 10569. England und der Kongostaat. 12. Mai 1894.

authorized by their respective Governments, have agreed as follows: — || His Majesty the King of the Belgians, Sovereign of the Independent State of the Congo, having recognized the British sphere of influence, as laid down in the Anglo-German Agreement of the 1st July, 1890, Great Britain undertakes to give to His Majesty a lease of territories in the western basin of the Nile, under the conditions specified in the following Articles:—

Article I.

(*a.*) It is agreed, that the sphere of influence of the Independent Congo State shall be limited to the north of the German sphere in East Africa by a frontier following the 30th meridian east of Greenwich up to its intersection by the watershed between the Nile and the Congo, and thence following this watershed in a northerly and north-westerly direction. || (*b*) The frontier between the Independent Congo State and the British sphere to the north of the Zambesi shall follow a line running direct from the extremity of Cape Akalunga on Lake Tanganika, situated at the northernmost point of Cameron Bay at about 8° 15′ south latitude, to the right bank of the River Luapula, where this river issues from Lake Moero. The line shall then be drawn directly to the entrance of the river into the lake, being, however, deflected towards the south of the lake so as to give the Island of Kilwa to Great Britain. It shall then follow the "thalweg" of the Luapula up to its issue from Lake Bangweolo. Thence it shall run southwards along the meridian of longitude of the point where the river leaves the lake to the watershed between the Congo and Zambesi, which it shall follow until it reaches the Portuguese frontier.

Article II.

Great Britain grants a lease to His Majesty King Leopold II, Sovereign of the Independent Congo State, of the territories hereinafter defined, to be by him occupied and administered on the conditions and for the period of time hereafter laid down. || The territories shall be bounded by a line starting from a point situated on the west shore of Lake Albert, immediately to the south of Mahagi, to the nearest point of the frontier defined in paragraph (*a*) of the preceding Article. Thence it shall follow the watershed between the Congo and the Nile up to the 25th meridian east of Greenwich, and that meridian up to its intersection by the 10th parallel north, whence it shall run along that parallel directly to a point to be determined to the north of Fashoda. Thence it shall follow the "thalweg" of the Nile southward to Lake Albert, and the western shore of Lake Albert to the point above indicated south of Mahagi. || This lease shall remain in force during the reign of His Majesty Leopold II, Sovereign of the Independent Congo State. || Nevertheless, at the expiration of His Majesty's reign, it shall remain fully in force as far as concerns all the portion of the territories above mentioned situated to the west of the 30th meridian east of Greenwich, as well as a strip of 25 kilom. in breadth, to be delimitated by common consent, stretching from the watershed

Nr. 10569. England und der Kongostaat. 12. Mai 1894.

between the Nile and the Congo up to the western shore of Lake Albert, and including the port of Mahagi. || This extended lease shall be continued so long as the Congo territories as an Independent State or as a Belgian Colony remain under the sovereignty of His Majesty and His Majesty's successors. || Throughout the continuance of a lease there shall be used a special flag in the leased territories.

Article III.

The Independent Congo State grants under lease to Great Britain, to be administered when occupied, under the conditions and for the period hereafter determined, a strip of territory 25 kilom. in breadth, extending from the most northerly port on Lake Tanganika, which is included in it, to the most southerly point of Lake Albert Edward. || This lease will have similar duration to that which applies to the territories to the west of the 30th meridian east of Greenwich.

Article IV.

His Majesty King Leopold II, Sovereign of the Independent Congo State, recognizes, that he neither has nor seeks to acquire any political rights in the territories ceded to him under lease in the Nile Basin other than those which are in conformity with the present Agreement. || Similarly, Great Britain recognizes, that she neither has nor seeks to acquire any political rights in the strip of territory granted to her on lease between Lake Tanganika and Lake Albert Edward other than those which are in confirmity with the present Agreement.

Article V.

The Independent Congo State authorizes the construction through its territories by Great Britain, or by any Company duly authorized by the British Government, of a line of telegraph connecting the British territories in South Africa with the British sphere of influence on the Nile. The Government of the Congo State shall have facilities for connecting this line with its own telegraphic system. || This authorization shall not confer on Great Britain or any Company, person or persons, delegated to construct the telegraph line, any rights of police or administration within the territory of the Congo State.

Article VI.

In the territories under lease in this Agreement the subjects of each of the Contracting Parties shall reciprocally enjoy equal rights and immunities, and shall not be subjected to any differential treatment of any kind. || In witness whereof the Undersigned have signed the present Agreement, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done in duplicate at Brussels, this 12th day of May, 1894.

Francis Richard Plunkett.
Edm. van Eetvelde.

Nr. 10570. ENGLAND. — Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. — Die Rechte der Türkei und Aegyptens werden durch den Vertrag nicht berührt.

British Legation, Brussels, May 12, 1894.

Nr. 10570. England. 12. Mai 1894.

M. le Secrétaire d'État, || The Earl of Kimberley, in authorizing me to sign the Agreement of this day's date for a lease of certain territories in the British sphere of influence in East Africa to His Majesty King Leopold II, has directed me to record the assurance that the parties to the Agreement do not ignore the claims of Turkey and Egypt in the basin of the Upper Nile.

F. R. Plunkett.

Nr. 10571. KONGOSTAAT. — Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. — Dasselbe.

Brussels, May 12, 1894.

Nr. 10571. Kongostaat. 12. Mai 1894.

Sir, || In signing, on behalf of His Majesty Leopold II, the Agreement of this day's date, for a lease of certain territories in the British sphere of influence in East Africa, I reciprocate the assurance that the parties to the Agreement do not ignore the claims of Turkey and Egypt in the basin of the Upper Nile.

Edm. van Eetvelde.

Nr. 10572. KONGOSTAAT. — Der Bevollmächtigte des Kongostaates an den englischen. — Erlaubniss zur Werbung im Kongostaate.

Bruxelles, le 12 Mai, 1894.

Nr. 10572. Kongostaat. 12. Mai 1894.

M. le Ministre, || Au cours des pourparlers auxquels a donné lieu la Convention de ce jour entre l'État Indépendant du Congo et la Grande-Bretagne, j'ai eu l'occasion de déclarer à votre Excellence que l'État du Congo s'engage à autoriser, le cas échéant, les recrutements de soldats que les Agents dûment commissionnés à cet effet par les autorités Britanniques désireraient effectuer dans les territoires situés entre le 30° méridien et le Lac Albert.

J'ai l'honneur de confirmer cet engagement, et je saisis, &c.

Edm. van Eetvelde.

Nr. 10573. ENGLAND. — Der englische Bevollmächtigte an den des Kongostaates. — Erlaubniss zur Werbung in Englisch-Westafrika.

British Legation, Brussels, Mai 12, 1894.

Nr. 10573. England. 12. Mai 1894.

M. le Secrétaire d'État, || In accordance with the wish which you have expressed, I have to convey to your Excellency the assurance, on the part of the Earl of Kimberley, that his Lordship will be ready to recommend to Her Majesty's Secretary of State for the Colonies that facilities shall be given, so far

Nr. 10573. England. 12. Mai 1894.

as it may be found to be practicable, for recruitment, under suitable conditions, in the British Colonies on the West Coast of Africa, to facilitate the prompt and complete occupation by His Majesty King Leopold II of the territories in the western basin of the Nile comprised in the lease contained in the Agreement of this day's date.

F. R. Plunkett.

Schriftwechsel zwischen Deutschland, England und dem Kongostaate, betreffend den Artikel III des englisch-kongolesischen Vertrages vom 12. Mai 1894*).

Nr. 10574. **KONGOSTAAT.** — Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Begrenzung des deutschen Gebietes.

Bruxelles, le 29 Mai 1894.

Nr. 10574. Kongostaat. 29. Mai 1894.

Monsieur le Comte, || Comme suite à notre entretien de hier, j'ai l'honneur de donner à Votre Excellence l'assurance que lorsque le moment sera venu de procéder à la détermination de la bande de 25 Kilomètres donnée à bail par l'Etat Indépendant du Congo à la Grande Bretagne, entre le port le plus septentrional du Tanganika et le lac Albert Edouard, la limite orientale de cette bande sera fixée de telle façon qu'elle s'écartera au moins de 20 Kilomètres de la frontière des possessions Allemandes.

Le Secrétaire d'Etat:

Comte de Grelle Rogier.

Nr. 10575. **DEUTSCHLAND.** — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Staatssekretär des Kongostaates. — Deutschland erwartet eine amtliche Mittheilung über die Ausführung des Vertrages vom 12. Mai und behält sich seine Ansprüche vor.

Berlin, den 1. Juni 1894.

Nr. 10575. Deutschland. 1. Juni 1894.

Herr Graf, || Graf Alvensleben hat das Schreiben, welches Eure Excellenz unterm 29. v. M. an ihn gerichtet haben, zu meiner Kenntniss gebracht, und ich habe namens der Kaiserlichen Regierung davon Akt genommen, dass nach der von der Regierung des Unabhängigen Kongostaates gegebenen Zusicherung bei einer etwaigen pachtweisen Ueberlassung eines 25 km breiten Streifens zwischen dem Albert Edward-See und dem Tanganika-See an Grossbritannien die östliche Grenze dieses Streifens sich mindestens 20 km von den deutschen Besitzungen entfernt halten soll. || Im Hinblick darauf, dass nach dem Vertrage

*) Die Aktenstücke sind entnommen dem „deutschen Reichs- und Königl. Preuss. Staats-Anzeiger" 1894, Nr. 167 und dem engl. Blaubuche Africa. Nr. 5 (1894).

vom 8. November 1884 für die auf dem erwähnten Gebietsstreifen ruhenden Verpflichtungen die Regierung des Unabhängigen Kongostaates insolange haftet, bis dieselben mit Zustimmung Deutschlands auf den neuen Erwerber übergegangen sind, erwartet die Kaiserliche Regierung, dass sie vor Ueberlassung des Landstreifens an Grossbritannien von der Regierung des Unabhängigen Kongostaates so rechtzeitig in Kenntniss gesetzt werden wird, dass sie ihre vertragsmässig gesicherten Rechte und sonstigen Interessen zu wahren in der Lage ist. || Die Kaiserliche Regierung wird ihre hierauf bezüglichen Ansprüche geltend machen, so bald ihr die amtliche Mittheilung von der bevorstehenden Ausführung der beabsichtigten Gebietsabtretung zugegangen sein wird. || Bis dahin behält sich die Kaiserliche Regierung die vollständige Freiheit ihrer Aktion vor.

Nr. 10575. Deutschland. 1. Juni 1894.

Marschall.

Nr. 10576. DEUTSCHLAND. — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter in London. — Mittheilung des Schriftwechsels.

Berlin, den 1. Juni 1894.

Im Anschluss an den Erlass vom 31. v. M. beehre ich mich Eurer Excellenz beifolgend in Abschrift den Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Brüssel vom 29. Mai d. J. nebst Schreiben des Grafen de Grelle von demselben Tage zur gefälligen Kenntnissnahme zu übersenden. || Die darauf von hier aus ergangene Antwort ist ebenfalls in Abschrift ganz ergebenst beigefügt. || Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, eine dem beifolgenden Entwurf entsprechende Note an Lord Kimberley gefälligst richten zu wollen.

Nr. 10576. Deutschland. 1. Juni 1894.

Marschall.

Nr. 10577. DEUTSCHLAND. — Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Mittheilung des deutschen Protestes.

London, 3. Juni 1894.

Milord, || Nachdem meine hohe Regierung aus den öffentlichen Blättern Kenntniss davon erhalten hat, dass in einem zwischen der Königlich Grossbritannischen Regierung und der Regierung des Unabhängigen Kongostaates geschlossenen Vertrage eine Bestimmung vereinbart worden sei, wonach ein zwischen dem Albert Eduard-See und dem Tanganika-See belegener Landstreifen der Königlich Grossbritannischen Regierung pachtweise abgetreten werden soll, hat die Kaiserliche Regierung behufs Wahrung der ihr durch den Vertrag mit dem Kongostaate vom 8. November 1884 zugesicherten Rechte bei der Regierung dieses Staates Einspruch eingelegt und hierbei insbesondere hervorgehoben, dass die durch jenen Vertrag zwischen den deutschen Besitzungen und dem Kongostaate festgesetzten Grenzen ohne Zustimmung der Kaiserlichen

Nr. 10577. Deutschland. 3. Juni 1894.

Nr. 10577. Deutschland. 3. Juni 1894.

Regierung einseitig nicht abgeändert werden können. || Die Regierung des Unabhängigen Kongostaates hat die Berechtigung dieses Anspruchs anerkannt und dies in dem abschriftlich beigefügten, an den Kaiserlichen Gesandten in Brüssel gerichteten Schreiben des Grafen de Grelle vom 29. v. M. amtlich zum Ausdruck gebracht. Graf Alvensleben hat hierauf den Auftrag erhalten, mit der in Abschrift anliegenden Note das Schreiben zu beantworten. || Indem der Unterzeichnete einer Empfangsbestätigung seiner Note entgegensieht, benützt er etc.

Hatzfeldt.

Nr. 10578. DEUTSCHLAND. — Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. — Mittheilung einer Note des Staatssekretärs des Kongostaates an den deutschen Staatssekretär.

Brüssel, den 7. Juni 1894.

Nr. 10578. Deutschland. 7. Juni 1894.

Mit Bezugnahme auf den hohen Erlass vom 31. v. M. beehre ich mich Euerer Excellenz beifolgend eine Note des Grafen de Grelle gehorsamst zu überreichen, welche mich derselbe gebeten hat, in vorläufiger Erwiderung auf die an ihn gerichtete Note des Herrn Staatssekretärs vom 1. d. M., betreffend den Vertrag zwischen dem Kongostaate und England, an ihre Bestimmung gelangen zu lassen.

Alvensleben.

Beilage.

Bruxelles, le 7 Juin 1894.

Monsieur le Baron, || J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence, de Sa lettre du 1er de ce mois. || Je me ferai un devoir de communiquer à Votre Excellence, au moment opportun, les observations que m'aura suggérées l'examen de cette lettre. Je tiens à Lui faire connaître dès aujourd'hui le vif et sincère désir du Gouvernement de l'Etat Indépendant du Congo de donner au Gouvernement allemand toutes les satisfactions compatibles avec ses engagements internationaux et son intention de veiller à la stricte observation de la Convention du 8 Novembre 1884. || Je saisie cette occasion etc. etc.

Cte. de Grelle Rogier.

Nr. 10579. DEUTSCHLAND. — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — Uebersendet die Antwort auf die Note des Staatssekretärs des Kongostaates.

Berlin, den 9. Juni 1894.

Nr. 10579. Deutschland. 9. Juni 1894.

Auf den gefälligen Bericht vom 7. d. M. beehre ich mich Eure Excellenz zu ersuchen, die beifolgende, an den Grafen de Grelle-Rogier unter dem heutigen Tage gerichtete Note an ihre Adresse gelangen lassen zu wollen.

Marschall.

Beilage.

Nr. 10579. Deutschland. 9. Juni 1894.

Berlin, den 9. Juni 1894.

Herr Graf! || Die durch Vermittelung des Herrn Grafen von Alvensleben an mich gerichtete Note Eurer Excellenz vom 7. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. || Die Kaiserliche Regierung ist nicht in der Lage, den Zeitpunkt der Beantwortung ihrer, wichtige und ernste Fragen berührenden Note vom 1. Juni d. J. lediglich dem Ermessen der Regierung des Unabhängigen Kongostaates zu überlassen. Vielmehr muss die Kaiserliche Regierung entscheidenden Werth darauf legen, dass sie von der Stellung unverzüglich unterrichtet werde, welche der Kongostaat gegenüber den in der letzterwähnten Note auseinandergesetzten Beschwerden des Deutschen Reiches einzunehmen gedenkt. || Wenn Eure Excellenz erklären, dass die Regierung des Unabhängigen Kongostaates den lebhaften und aufrichtigen Wunsch habe, der Kaiserlichen Regierung jede mit den internationalen Verpflichtungen vereinbare Genugthuung zu gewähren, so gestatte ich mir hierauf zu bemerken, dass die Kaiserliche Regierung sich die Prüfung vorbehält, ob das Abkommen vom 12. Mai d. J. mit den Pflichten der Neutralität und den sonstigen dem Deutschen Reiche gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten des Kongostaates sich in Uebereinstimmung befindet. ||

Gleichzeitig beehre ich mich Eurer Excellenz Abschrift einer Note zu übersenden, welche der Kaiserliche Botschafter in London an Lord Kimberley zu richten beauftragt ist.

Genehmigen etc.

Marschall.

Nr. 10580. DEUTSCHLAND. — Der Botschafter in London an den Reichskanzler. — Uebersendet eine Note des englischen Ministers des Auswärtigen. — England billigt die Meinung der deutschen Regierung.

London, den 6. Juni 1894.

Nr. 10580. Deutschland. 6. Juni 1894.

Eurer Excellenz beehre ich mich, in der Angelegenheit, betreffend den Vertrag zwischen England und dem Kongostaate, eine Note Lord Kimberley's vom gestrigen Tage in Abschrift beifolgend gehorsamst zu überreichen. Der Minister bestätigt in derselben den Empfang der von mir in Gemässheit des hohen Erlasses vom 1. d. M. an ihn gerichteten Note und spricht sodann den Dank der Königlich Grossbritannischen Regierung für die in der gedachten Note enthaltene Mittheilung aus. Bei den dem Vertrage mit dem Kongostaate vorausgehenden Verhandlungen habe die Regierung Ihrer Majestät sich bemüht, in keiner Weise die Rechte Deutschlands, mit welchem sie so lange freundschaftliche Beziehungen in Ost-Afrika unterhalten habe, zu beeinträchtigen. || Die Königlich Grossbritannische Regierung stimme völlig mit der in meiner Note vertretenen Auffassung überein, dass die Grenze zwischen dem Deutschen

Nr. 10580. Deutschland. 6. Juni 1894.

Schutzgebiete und dem Kongostaate nicht ohne Deutschlands Zustimmung geändert werden könne. Was den von dem Kongostaate an Grossbritannien verpachteten Landstrich betreffe, so erkenne die Regierung Ihrer Majestät vollkommen an, dass die Bestimmungen des Vertrages zwischen Deutschland und dem Kongostaate in Kraft blieben und für diesen Landstrich auch nach dessen Uebergabe an Grossbritannien ihre Gültigkeit behielten.

Hatzfeldt.

Beilage.

Foreign Office June 5. 1894.

Your Excellency || I have the honour to acknowledge receipt of Your Excellency's Note of the 3nd instant in which you are so good as to communicate copies of the Notes which have been exchanged between the Imperial German Government and the Government of the Independent Congo State on the subject of the Agreement of the 12th ultimo between that State and Her Majesty's Government, under which a strip of territory extending from the most northerly port on Lake Tanganyika to the most southerly point of Lake Albert Edward is leased to Great Britain. || I have to convey to Your Excellency the thanks of Her Majesty's Government for this communication which affords them an opportunity of explaining that in the negotiations, which preceded the signature of the Agreement, the position of the Congo State towards Germany did not escape their attention. They were careful not to interfere in any way with the rights of Germany, with whom they have so long had cordial relations in East Africa. || Her Majesty's Government fully agree in the view expressed in the correspondence forwarded by Your Excellency, that the boundary between Germany and the Congo State cannot be altered without the assent of Germany. || As regards the obligations attaching to the strip of territory leased by the Congo State to Great Britain, Her Majesty's Government entirely recognise, that the stipulations of the Convention between Germany and the Congo State will remain in force, and apply to that strip after it has been handed over to Great Britain. || I have the honour to be etc. etc.

Kimberley.

Nr. 10581. DEUTSCHLAND. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Protest gegen Artikel III des Abkommens vom 12. Mai 1894.

London, den 11. Juni 1894.

Nr. 10581. Deutschland. 11. Juni 1894.

Milord! || Eurer Excellenz gefällige Note vom 5. d. M. habe ich zur Kenntniss meiner Regierung gebracht. Namens derselben nehme ich davon Akt, dass die Königlich Grossbritannische Regierung in Uebereinstimmung mit der Kaiserlichen Regierung der Ansicht ist, dass eine Aenderung der zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongostaate bestehenden Grenzen nicht ohne Zustimmung Deutschlands eintreten kann. || Eine Aenderung dieser Grenzen wird

Nr. 10581. Deutschland. 11. Juni 1894.

nach Artikel III des zwischen Grossbritannien und dem Kongostaate unter dem 12. Mai d. J. abgeschlossenen Uebereinkommens von den vertragschliessenden Theilen beabsichtigt; denn die daselbst als „lease" bezeichnete Ueberlassung eines Landstreifens kommt bei der Unbestimmtheit der Zeitdauer und ihrer unabsehbaren Ausdehnung im Effekt einer völligen Abtretung gleich. Hierdurch würden die Rechte des Deutschen Reiches beeinträchtigt werden und die vorerwähnte Abmachung seiner Zustimmung ebenso bedürfen, als wenn die Ueberlassung des Streifens durch Cession erfolgt wäre. Der Charakter dieser Ueberlassung wird dadurch nicht geändert, dass die Königlich Grossbritannische Regierung sich bezüglich dieses Landstreifens dem Deutschen Reiche gegenüber verbindlich macht, die hierüber vertragsmässig bestehenden Verpflichtungen des Kongostaates zu übernehmen. Das ist schon nach den Grundsätzen des internationalen Rechts selbstverständlich und folgt übrigens auch ausdrücklich aus dem zwischen dem Deutschen Reiche und dem Kongostaate geschlossenen Vertrage vom 8. November 1884, wonach im Fall einer Cession der Erwerber in die Pflichten des Kongostaates gegenüber dem Deutschen Reiche einzutreten hat. || Hiernach ist zu den Abmachungen in Artikel III des Abkommens vom 12. Mai d. J. die Genehmigung Deutschlands erforderlich. Diese Genehmigung wird seitens der Kaiserlichen Regierung erst ertheilt werden, nachdem ihre durch jenes Abkommen verletzten Interessen ihre volle Befriedigung erhalten haben werden. Bereits bei den Verhandlungen, welche zu dem Deutsch-Englischen Abkommen vom 1. Juli 1890 geführt haben, hat Deutschland den von seiten Grossbritanniens gestellten Wunsch auf Ueberlassung eines derartigen Streifens zurückgewiesen, weil dadurch seine politische Lage verschlechtert und seine unmittelbaren Handelsbeziehungen zum Kongostaate unterbrochen werden würden. Diese ungünstige Lage Deutschlands wird unter allen Umständen herbeigeführt, gleichgültig, ob sich der an Grossbritannien überlassene Streifen unmittelbar an der Deutschen Grenze befindet, oder sich von ihr einige Kilometer entfernt hält. Durch den Artikel III des mehrerwähnten Abkommens wird der Versuch gemacht, zur Benachtheiligung Deutschlands den im Jahre 1890 nicht erreichten Zweck zu verwirklichen. || Aus diesen Gründen hat die Kaiserliche Regierung gegen das Abkommen vom 12. Mai d. J. Einspruch eingelegt; sie wird dasselbe nicht eher anerkennen, bis ihre dadurch verletzten Rechte und Interessen volle Genugthuung erfahren haben.

Hatzfeldt.

Nr. 10582. **DEUTSCHLAND.** — Der Gesandte in Brüssel an das Auswärtige Amt.

Brüssel, den 17. Juni 1894.

Nr. 10582. Deutschland. 17. Juni 1894.

Telegramm. || Durch Note bestätigt Kongoregierung das nach London wegen Aufhebung von Artikel 3 gerichtete Ersuchen.

Alvensleben.

Nr. 10583. KONGOSTAAT. — Der Staatssekretär an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Der Kongostaat hat die Aufhebung des Artikels III vorgeschlagen.

Bruxelles, le 16 Juin 1894.

Nr. 10583. Kongostaat. 16. Juni 1894.

Monsieur le Comte. || J'ai l'honneur de porter à votre connaissance que, par déference pour le Gouvt. Impérial et à la suite des communications de V. E., nous venons de demander au Gouvt. Britannique de consentir au retrait de l'article III de l'arrangement anglo-congolais du 12 mai, qui donnait à bail à l'Angleterre une bande de territoire entre les lacs Tanganica et Albert Edouard.

Je saisis cette occasion etc.

Cte. de Grelle-Rogier.

Nr. 10584. ENGLAND. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet den Vorschlag des Kongostaates, den Artikel III aufzuheben.

Brussels, June 17, 1894. (Received June 18.)

Nr. 10584. England. 17. Juni 1894.

My Lord, || I have the honour to forward herewith copy of a note, which was brought to me this morning by M. van Eetvelde, in which his Excellency states that he is instructed by the King to beg I will inform your Lordship that, in view of the difficulties raised by Germany, His Majesty would be greatly obliged to Her Majesty's Government if they would consent to the withdrawal of Article III of the Agreement of the 12th May. || I said I would at once telegraph the substance of this note to your Lordship, and send you a copy by to-night's messenger.

F. R. Plunkett.

Inclosure.

Bruxelles, le 17. Juin, 1894.

M. le Ministre, || Je suis chargé par le Roi-Souverain de prier votre Excellence de vouloir bien faire connaître à son Gouvernement qu'en présence des sérieuses difficultés que nous souscite avec l'Allemagne la cession en bail d'une bande entre les Lacs Tanganyika et Albert Edouard, Sa Majesté serait reconnaissante au Gouvernement Britannique s'il voulait consentir au retrait de l'Article III de l'Arrangement du 12 Mai dernier.

Edmond van Eetvelde.

Nr. 10585. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — England stimmt der Aufhebung des Artikels III zu.

Foreign Office, June 21, 1894.

Nr. 10585. England. 21. Juni 1894.

Sir, || Her Majesty's Government have given immediate consideration to the note from M. van Eetvelde, inclosed in your despatch of the 17th instant, and conveying a request from His Majesty the King of the Belgians, as

Sovereign of the Congo State, that in view of the objections raised by the German Government to the lease provided for in Article III of the Agreement of the 12th May, that Article may be withdrawn. || Her Majesty's Government are willing to meet the King's wishes in this respect. || The object and effect of the Article appear to them to have been greatly misunderstood at Berlin. By the provisions of Article IV, the projected lease was sedulously divested of all political significance. It could only have been used for the purpose for which it was intended, namely, to give to Great Britain the means of constructing, maintaining and protecting, at her own expense, a line of telegraph, and eventually a road, connecting her East African territories with those within her sphere of influence to the north of the Zambesi. || Such a road could not have diverted nor impeded the communications between the German East African possessions and the Congo State; and Her Majesty's Government would have been perfectly willing at any time to do all that was in their power to facilitate such communications across the strip of territory leased to them. || But the time for the construction of such a road has not yet come; and as regards the more immediate object, the construction of a telegraph line, there are provisions in Article V of the Agreement which will give facilities for its construction. || In these circumstances, while Her Majesty's Government feel that the objections which have been raised to the Article are founded on a misconception, they consent to its withdrawal rather than that it should be a cause of misunderstanding between the Contracting Parties and the German Government. || I transmit to you herewith the draft of Declaration formally recording the withdrawal of the Article, which you are authorized to sign with M. van Eetvelde.

Nr. 10585. England. 21. Juni 1894.

Kimberley.

Nr. 10586. ENGLAND. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet die Erklärung, durch die der Artikel III aufgehoben wird.

Brussels, June 22, 1894. (Received June 23.)

My Lord, || I have the honour to forward herewith the Declaration which I signed this morning with M. van Eetvelde, in duplicate, as directed by your Lordship's despatch of yesterday, withdrawing Article III of the Agreement of the 12th May of this year between Great Britain and the King of the Belgians, Sovereign of the Independent State of the Congo.

Nr. 10586. England. 22. Juni 1894.

F. R. Plunkett.

Inclosure. Declaration signed on the 22nd June, 1894.

In compliance with the request made by His Majesty the King of the Belgians, Sovereign of the Independent State of the Congo, that the Government of Her Britannic Majesty will consent to the withdrawal of Article III

Nr. 10586. England. 22. Juni 1894.

of the Agreement of the 12th May, 1894, the Undersigned, duly authorized by their respective Governments, agree that the said Article be withdrawn. || Done, in duplicate, at Brussels, the 22nd day of June, 1894.

F. R. Plunkett.
Edmond van Eetvelde.

Nr. 10587. KONGOSTAAT. — Der Staatssekretär an den deutschen Staatssekretär des Auswärtigen. — Theilt die Aufhebung des Artikels III mit.

Bruxelles, le 25 Juin 1894.

Nr. 10587. Kongostaat. 25. Juni 1894.

Monsieur le Baron, || Comme j'ai eu l'occasion d'en informer M. le Comte d'Alvensleben par ma lettre en date du 16 juin, le Gouvernement du Roi-Souverain de l'Etat Indépendant du Congo, en présence des dernières communications de Votre Excellence ainsi que de celles dont le Ministre d'Allemagne à Bruxelles s'est fait l'organe auprès de moi, et dans son désir de donner un nouveau témoignage de déférence au Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur, s'est empressé de se mettre en rapport avec le Gouvernement de Sa Majesté Britannique à l'effet de supprimer l'article III de l'arrangement du 12 Mai conclu entre l'Angleterre et l'Etat du Congo. || A la suite de ces pourparlers, l'article III a été abrogé à Bruxelles le 22 de ce mois. Le texte qui en fait foi a été remis à la même date à Son Excellence le Comte d'Alvensleben. Je m'empresse, Monsieur le Baron, d'en faire parvenir un double à votre Excellence, aujourd'hui que le Gouvernement Britannique a déjà porté, par écrit, à la connaissance du Gouvernement Impérial, les termes de l'accord en question. || Je saisis cette occasion etc. etc.

Cte de Grelle Rogier.

Nr. 10588. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den deutschen Botschafter in London. — Theilt die Aufhebung des Artikels III mit.

Foreign Office, June 26, 1894.

Nr. 10588. England. 26. Juni 1894.

Your Excellency, || I have had the honour to discuss with you personally the contents of the note which you addressed to me on the 11th instant, stating the objections of the German Government to Article III of the agreement, signed on the 12th May last, between Great Britain and His Majesty the King of the Belgians, as Sovereign of the Independent State of the Congo, and protesting against the agreement on that account. || Her Majesty's Government have given those objections their most careful attention, and I propose to address to Her Majesty's Ambassador at Berlin some explanations of the views and objects of Her Majesty's Government in regard to the Article, which will, I hope, enable him to satisfy your Government that there was not, and could not have been, any intention of infringing the rights or injuring the interests of Germany. || But they would greatly regret, that such a matter should

be allowed to become a cause of difference, or to impair, even for a moment, the friendly feeling happily existing between the two countries, and they are particularly anxious that no action should be taken, and no agreement entered into by them, that could in any way be deemed by the German Government to be opposed to the spirit and general tenour of their agreement with Germany of the 1st July, 1890, which was concluded in the mutual interests of the British and German possessions, and to the maintenance of which they attach the greatest value. || They have, therefore, had no hesitation in complying with the request of His Majesty the king of the Belgians, that the Article shall be withdrawn. || I have the honour to inclose herewith copy of a formal Declaration which has been signed at Brussels to that effect, and I shall be obliged if Your Excellency will at once bring it to the knowledge of your Government. || I have the honour to be etc. etc.

Nr. 10588. England. 26. Juni 1894.

Kimberley.

Nr. 10589. DEUTSCHLAND. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Der deutsche Protest ist erledigt.

London, den 1. Juli 1894.

Milord. || Eurer Excellenz gefällige Note vom 26. Juni 1894 nebst Anlage habe ich mich beeilt zur Kenntniss meiner Regierung zu bringen. Dieselbe nimmt mit Genugthuung und Befriedigung davon Akt, dass es bei Abschluss des Abkommens zwischen der Königlich Grossbritannischen Regierung und der Regierung des Unabhängigen Kongostaates vom 12. Mai d. J. nicht in der Absicht der Regierung Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien und Irland gelegen hat, die Rechte und Interessen des Deutschen Reiches zu verletzen. In dieser loyalen Erklärung der Königlich Grossbritannischen Regierung ist die Kaiserliche Regierung erfreut eine erneute Bürgschaft dafür zu sehen, dass die freundschaftlichen Beziehungen, welche bisher zwischen den beiden Reichen bestanden haben, auch in Zukunft fortdauern werden. || Indem die Kaiserliche Regierung von der neuen Vereinbarung zwischen der Königlich Grossbritannischen Regierung und der Regierung des Unabhängigen Kongostaates über die Aufhebung von Art. III des Abkommens vom 12. Mai 1894 gern Akt nimmt, erklärt sie auch ihrerseits ihren hiergegen erhobenen Einspruch für erledigt. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung etc. etc.

Nr. 10589. Deutschland. 1. Juli 1894.

Hatzfeldt.

Nr. 10590. ENGLAND. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Berlin. — Rückblick auf die Verhandlungen über den Vertrag vom 12. Mai.

Foreign Office, July 2, 1894.

Sir, || I have forwarded to you in my despatch No. 90 of the 13th ultimo a copy of Count Hatzfeldt's Note of the 11th ultimo, protesting against the Agreement recently concluded between Great Britain and His Majesty the

Nr. 10590. England. 2. Juli 1894.

Nr. 10590. England. 2. Juli 1894.

King of the Belgians, as Sovereign of the Independent State of the Congo. The protest of the German Government is based, as Your Excellency will have observed, upon their objections to Article III of the Agreement, which they consider to be an infringement of the rights of Germany, and injurious to German interests. || Her Majesty's Government had been informed by the Government of the Congo State, shortly after the publication of the Agreement, that the German Government required from them an assurance that the strip of territory to be leased to Great Britain under Article III should be at a distance of at least twenty kilometres from the German frontier. Her Majesty's Government at once and willingly acquiesced in this assurance being given. || From the correspondence inclosed in Count Hatzfeldt's note of the 3rd. ultimo, I gathered that, while the German Government made no objection to the principle of the lease, they maintained that, under the Treaty of the 8th of November, 1884, the Government of the Independent Congo State was responsible for the fulfilment of the obligations attaching to the strip of territory in question until the new occupier had, with the consent of Germany, taken over those obligations, and they required that, before the strip of land was handed over to Great Britain, they should be informed in sufficient time to enable them to secure the rights and interests guaranteed to them by Treaty. || Although the treaty of the 8th November 1884 between Germany and the Congo State stipulates in Article IV, that, in cases of cession of the actual or future territories of the Association, the obligations of the Congo State towards Germany should be binding on the new possessor, I have been unable to find in that instrument any stipulation, either expressed or implied, that the transfer of territory with the accompanying obligations is to be dependent on the consent of Germany. || It seemed to Her Majesty's Government however just and reasonable, that in regard to territory lying in such close proximity to her frontiers as that now under discussion, Germany should receive every assurance that due regard would be had to her rights and interests. I therefore at once, and spontaneously, addressed to Count Hatzfeldt my note of the 5th ultimo, in which I expressed agreement in the view that the frontier between Germany and the Congo Free State cannot be altered without the assent of Germany, and gave an explicit assurance that Her Majesty's Government recognized that all the stipulations of the Treaty between Germany and the Congo State would continue to apply to the strip of territory to be leased to Great Britain after it had been handed over to her. || I learned, however, with regret, from Count Hatzfeldt's note of the 11th ultimo, that these explanations and assurances had not satisfied the German Government. || It seems, that, in the first place, the assurance which was given at their request, that the territory to be leased should be removed to a certain distance from their frontier, did not, in their opinion, suffice to meet their objections to the lease as constituting an alteration of that frontier. || Secondly, although Her Majesty's Government declared that they acknowledged, and were ready to fulfil, all the

obligations which are stipulated in Article IV of the Treaty of the 8th November 1884, yet German Government continued to hold that their rights were infringed, and that their interests would be injuriously affected. || In regard to this latter point, Count Hatzfeldt states that in the course of the negotiations, which preceded the Treaty between Germany and Great Britain of the 1st July 1890, Germany refused to consent to the acquisition by Great Britain of a strip of territory in this situation, because it would have prejudiced the political position of Germany and have interrupted direct trade communications with the Congo State. || After careful examination of the papers relating to those negotiations, I cannot find any record that a proposal for the acquisition of a narrow strip of this kind was actually made on behalf of Great Britain, or rejected on behalf of Germany, although it may undoubtedly be inferred from the general tenour of the negotiations, and from observations made by Lord Salisbury in the House of Lords after their conclusion, that if made it would not have been accepted. || It did not, however, occur to Her Majesty's Government, or to the Government of the Congo State, that the objections of the Imperial Government to an acquisition of territory by Great Britain in full sovereignty would apply to the very different arrangement contemplated by Article III of the present Agreement. For by the IV Article, Great Britain distinctly declares that she neither has, nor seeks to acquire any political rights in the strip of territory. The right of administration, therefore, conceded to her during the period of the lease, could only be used for purposes of commerce or communication. In these, as in all other respects, the British Administration would have been subject to all the obligations of the Congo State in regard to neutrality, freedom of commerce and absence of all restrictions or burdens on transit across the strip under lease. || Such an arrangement did not appear to Her Majesty's Government to threaten either the progress or the security of the German colonial possessions. || They have thought it right to make these observations in reply to the note which Count Hatzfeldt has been instructed to address to me. || But since the German Government consider, that Article III modifies to the detriment of Germany the situation created by the Treaty of the 1st July, 1890, an instrument to which Her Majesty's Government attach the highest importance, Her Majesty's Government have had no hesitation in complying with the request addressed to them by His Majesty the King of the Belgians, Sovereign of the Congo State, that the Article should be withdrawn, and accordingly as Your Excellency is aware, they have entered into a formal undertaking to that effect with the Government of the Congo State. I have forwarded a copy of the Declaration withdrawing the Article to Count Hatzfeldt for communication to the German Government, who will, I trust, see in it a practical proof of the friendly feelings and intentions of Her Majesty's Government. || I request Your Excellency to read this despatch to Baron von Marschall, and to leave a copy of it with His Excellency if he should desire it.

Nr. 10590. England. 2. Juli 1894.

He will understand, that it has been written, not for the purpose of controversy upon an Article which has now been removed from the Agreement, but in order to clear up what appeared to be misconceptions as to the views and objects of Her Majesty's Government in regard to it. || I am etc. etc.

Kimberley.

Nr. 10591. DEUTSCHLAND. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in London. — Bemerkungen zu der englischen Note vom 2. Juli.

Berlin, den 5. Juli 1894.

Nr. 10591. Deutschland. 5. Juli 1894.

Der Königlich Grossbritannische Botschafter hat mir heute den in Abschrift beifolgenden Erlass von Lord Kimberley vom 2. d. M. vorgelesen und mir auf Verlangen Abschrift hiervon zurückgelassen. || Da die Königlich Grossbritannische Regierung, nachdem sie in bereitwilliger Weise den unseren Rechten und Interessen widersprechenden Artikel III des Abkommens vom 12. Mai d. J. aufgehoben hat, bei ihren Erörterungen nicht den Zweck verfolgt, die aus diesem Anlass entstandenen Streitfragen fortdauern zu lassen, vielmehr die Absicht hat, die nach ihrer Auffassung vorhanden gewesenen Missverständnisse zu beseitigen, so erachtet es auch die Kaiserliche Regierung nicht mehr für angezeigt, ihren gegenüber dem Artikel III mehrfach zum Ausdruck gebrachten Standpunkt zu wiederholen. || Die Bemerkung in dem Erlass von Lord Kimberley, dass die Kaiserliche Regierung gleich nach dem Bekanntwerden des Abkommens von dem Kongostaate das Zurücktreten des verpachteten Landstreifens um 20 km von der Grenze gefordert habe, könnte den Anschein erwecken, als ob wir mit dieser freiwillig von der Regierung des Kongostaates gegebenen Zusicherung zufrieden gewesen seien und erst später materielle Anstände gegen den Artikel III des Abkommens erhoben hätten. Es mag sein, dass die Kongoregierung die Meinung gehabt hat, durch ein derartiges Zurücktreten des an Grossbritannien überlassenen Streifens die von der Kaiserlichen Regierung erhobenen Ansprüche beseitigt zu haben. Diese Meinung wurde aber durch eine dem Grafen von Alvensleben aufgetragene und von ihm dem Grafen de Grelle-Rogier gegenüber abgegebene Erklärung sofort in ihrem ersten Keime erstickt. Der Kaiserliche Gesandte in Brüssel erklärte, dass die Absicht des Kongostaates, unmittelbar an unserer Grenze einen Landstreifen an Grossbritannien zu übertragen, nach unserer Auffassung eine Verletzung der dem Deutschen Reiche gebührenden Rücksicht enthalten würde, dass vor der formellen Beseitigung dieser unmittelbaren Abtretung ein Verhandeln mit der Regierung des Kongostaates über die materielle Bedeutung des Artikels III für die Kaiserliche Regierung unmöglich sei und dass ihr anderen Falles nur übrig bleibe, den Vertrag vom 12. Mai d. J. Deutschland gegenüber als nicht geschehen zu betrachten. || Dass die Regierung des Kongostaates dieser Auffassung bereitwillig Rechnung getragen hat, ergiebt das weitere von ihr eingeschlagene Verfahren. || Die Kaiserliche Regie-

rung weiss es zu schätzen, wenn die Königlich Grossbritannische Regierung in dem eingangs erwähnten Erlass bestrebt ist, die Loyalität ihrer Absicht uns gegenüber zum Ausdruck zu bringen. || Angesichts dieser entgegenkommenden Haltung und der zu unserer vollkommenen Befriedigung erfolgten Aufhebung des Artikels III erübrigt es sich, auf die einzelnen Argumente von Lord Kimberley, welche noch nach einer oder der anderen Seite einer Berichtigung bedürfen würden, näher einzugehen. || Eure Excellenz ersuche ich ergebenst, diesen Erlass Lord Kimberley vorzulesen und Seiner Herrlichkeit auf einen in dieser Beziehung zu erkennen gegebenen Wunsch eine Abschrift zurückzulassen.

Rotenhan.

Nr. 10591. Deutschland. 5. Juli 1894.

Frankreich und der Kongostaat. 1884—1895*).

Nr. 10592. **KONGOGESELLSCHAFT.** — Die internationale Kongogesellschaft an den französischen Minister des Auswärtigen. — Bei Landabtretungen seitens der Gesellschaft hat Frankreich das Vorzugsrecht.

Bruxelles, le 23 avril 1884.

Monsieur le Ministre, l'Association internationale du Congo, au nom des stations et territoires libres qu'elle a fondés au Congo et dans la vallée du Niadi-Quillou, déclare formellement qu'elle ne les cédera à aucune Puissance, sous réserve des conventions particulières qui pourraient intervenir entre la France et l'Association, pour fixer les limites et les conditions de leur action respective. Toutefois, l'Association, désirant donner une nouvelle preuve de ses sentiments amicaux pour la France, s'engage à lui donner le droit de préférence, si, par des circonstances imprévues, l'Association était amenée un jour à réaliser ses possessions.

Strauch.

Nr. 10592. Kongogesellschaft. 23. April 1884.

Nr. 10593. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an die internationale Kongogesellschaft. — Antwort auf das vorige. — Frankreich erkennt die Rechte der Gesellschaft an.

Paris, le 24 avril 1884.

Monsieur, j'ai l'honneur de vous accuser réception de la lettre, en date du 23 courant, par laquelle, en votre qualité de Président de l'Association internationale du Congo, vous me transmettez des assurances et des garanties

Nr. 10593. Frankreich. 24. April 1884.

---

*) Die folgenden Aktenstücke Nr. 10592 bis 10617 sind entnommen dem französ. Gelbbuche Affaires du Congo 1884–1895.

Nr. 10593. Frankreich. 24. April 1884.

destinées à consolider nos rapports de cordialité et de bon voisinage dans la région du Congo. || Je prends acte avec grande satisfaction de ces déclarations et, en retour, j'ai l'honneur de vous faire savoir que le Gouvernement français prend l'engagement de respecter les stations et territoires libres de l'Association et de ne pas mettre obstacle à l'exercice de ces droits. Jules Ferry.

Nr. 10594. FRANKREICH. — Der französische Minister des Auswärtigen an die französischen Botschafter in Berlin, London, Wien, St. Petersburg, Madrid, Constantinopel, Bern und Rom; an die Gesandten in Kopenhagen, Stockholm, Belgrad, Bukarest, Athen, Washington, Tanger, Tokio, Teheran; an die Geschäftsträger in München, im Haag und in Peking. — Erklärung über das Abkommen mit der Kongogesellschaft.

Paris, le 31 mai 1884.

Nr. 10594. Frankreich. 31. Mai 1884.

Le Président de l'Association internationale du Congo m'a adressé, le 23 avril dernier, une lettre dont j'ai l'honneur de vous envoyer, ci-joint, copie; vous trouverez également, ci-annexé, copie de la réponse que j'ai faite à sa communication. || Cette correspondance constate l'accord conclu avec nous par l'Association internationale, et aux termes duquel cette société s'engage à ne céder à aucune Puissance autre que la France les territoires et stations fondés par elle au Congo et dans la vallée du Niadi-Quillou. Nous promettons, en retour, de respecter les stations et territoires de l'Association, et de ne pas mettre obstacle à l'exercice de ses droits. || L'entente, ainsi intervenue, aura donc pour effet immédiat de faciliter les opérations du Commissaire du Gouvernement français dans l'Ouest africain. Elle garantit, pour l'avenir, l'œuvre poursuivie dans ces régions par le Gouvernement de la République contre l'intervention d'une Puissance tierce qui se substituerait à l'Association; à ce double point de vue, je n'ai pas hésité à y donner mon assentiment. J'ai tenu à vous fixer sur la nature et sur l'objet de ces arrangements; rien ne s'oppose, d'ailleurs, à ce que dans vos entretiens vous fassiez usage des indications qui précèdent. Jules Ferry.

Nr. 10595. FRANKREICH UND DIE INTERNATIONALE KONGOGESELLSCHAFT. — Abkommen über die Begrenzung ihrer Besitzungen.

Nr. 10595. Frankreich und die internationale Kongo-Gesellschaft. 5. Febr. 1885.

Le Gouvernement de la République française et l'Association internationale du Congo, désirant fixer d'une manière définitive les limites de leurs possessions respectives dans l'Afrique occidentale, ont muni de pleins pouvoirs à cet effet, savoir: || Le Gouvernement de la République française, M. Jules Ferry, député, Président du Conseil des ministres, Ministre des Affaires étrangères; || L'Asso-

Nr. 10595. Frankreich und die internationale Kongo-Gesellschaft. 5. Febr. 1885.

ciation internationale du Congo, M. le Comte Paul de Borchgrave d'Altena, secrétaire de S. M. le Roi des Belges; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Article premier.

L'Association internationale du Congo déclare étendre à la France les avantages qu'elle a concédés aux États-Unis d'Amérique, à l'Empire d'Allemagne, à l'Angleterre, à l'Italie, à l'Autriche-Hongrie, aux Pays-Bas et à l'Espagne, en vertu des conventions qu'elle a conclues avec ces diverses Puissances aux dates respectives des 22 avril, 8 novembre, 16, 19, 24, 29 décembre 1884 et 7 janvier 1885, et dont les textes sont annexés à la présente Convention.

Article 2.

L'Association s'engage, en outre, à ne jamais accorder d'avantages, de quelque nature qu'ils soient, aux sujets d'une autre nation, sans que ces avantages soient immédiatement étendus aux citoyens français.

Article 3.

Le Gouvernement de la République française et l'Association adoptent pour leurs frontières entre leurs possessions: || La rivière Chiloango, depuis l'Océan jusqu'à sa source la plus septentrionale; || La crête de partage des eaux du Niadi-Quillou et du Congo jusqu'au delà du méridien de Manyanga; Une ligne à déterminer et qui, suivant autant que possible une division naturelle du terrain, aboutisse entre la station de Manyanga et la cataracte de Ntombo Mataka, en un point situé sur la partie navigable du fleuve; || Le Congo jusqu'au Stanley-Pool; || La ligne médiane du Stanley-Pool; || Le Congo jusqu'en un point à déterminer en amont de la rivière Licona-Nkundja; || Une ligne à déterminer depuis ce point jusqu'au 17e degré Est de Greenwich, en suivant autant que possible la ligne de partage d'eaux du bassin de la Licona-Nkundja, qui fait partie des possessions françaises; || Le 17e degré de longitude Est de Greenwich.

Article 4.

Une commission composée de Représentants des Parties contractantes, en nombre égal des deux côtés, sera chargée d'exécuter sur le terrain le tracé de la frontière, conformément aux stipulations précédentes. || En cas de différend, le règlement en sera arrêté par des délégués à nommer par la Commission internationale du Congo.

Article 5.

Sous réserve des arrangements à intervenir entre l'Association internationale du Congo et le Portugal pour les territoires situés au sud du Chiloango, le Gouvernement de la République française est disposé à reconnaître la neutralité des possessions de l'Association internationale comprises dans les frontières indiquées sur la carte ci-jointe, sauf à discuter et à régler les conditions

Nr. 10595. Frankreich und die internationale Kongo-Gesellschaft. 5. Febr. 1885

de cette neutralité d'accord avec les autres Puissances représentées à la Conférence de Berlin.

Article 6.

Le Gouvernement de la République française reconnaît le drapeau de l'Association internationale du Congo, drapeau bleu avec étoile d'or au centre, comme drapeau d'un Gouvernement ami. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, le 5 février 1885.

Jules Ferry.
Comte Paul de Borchgrave d'Altena.

Nr. 10596. KONGOSTAAT. — Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten an den französ. Gesandten in Brüssel. — Das französische Vorzugsrecht ist Belgien gegenüber ungiltig.

Bruxelles, le 22 avril 1887.

Nr. 10596. Kongostaat. 22. April 1887.

L'Association internationale africaine, lorsqu'elle a fait avec le Gouvernement de la République l'Arrangement de 1884, confirmé par la lettre du 5 février 1885, n'a pas entendu et n'a pas pu entendre qu'en cas de réalisation de ses possessions le droit de préférence reconnu à la France envers toutes les autres Puissances pût être opposé à la Belgique, dont le Roi Léopold était souverain; mais il va de soi que l'État du Congo ne pourrait céder ces mêmes possessions à la Belgique sans lui imposer l'obligation de reconnaître le droit de préférence de la France pour le cas où elle-même viendrait ultérieurement à les réaliser. || Cette explication n'enlève et n'ajoute rien aux actes rappelés ci-dessus; loin de leur être contraire, elle ne fait qu'en constater le sens; je suis autorisé à ajouter que c'est celui qu'y a attaché l'Auguste Fondateur de l'Association internationale africaine en les autorisant.

van Eetevelde.

Nr. 10597. FRANKREICH. — Der Gesandte in Brüssel an den Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Kongostaates. — Bestätigt den Empfang des vorigen.

Bruxelles, le 29 avril 1887.

Nr. 10597. Frankreich. 29. April 1887.

Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire, à la date du 22 avril, une lettre qui a pour objet d'établir que l'Association internationale africaine, lorsqu'elle a contracté avec le Gouvernement de la République l'arrangement de 1884, confirmé par la lettre du 5 février 1885, n'avait pas entendu qu'en cas de réalisation de ses possessions le droit de préférence reconnu à la France envers toutes les autres Puissances pût être opposé à la Belgique, dont le Roi Léopold était souverain. Vous ajoutiez qu'il allait de soi, toutefois, que l'État du Congo ne pourrait céder ces mêmes possessions à la Belgique sans

lui imposer l'obligation de reconnaître le droit de préférence de la France, pour le cas où elle voudrait, elle-même, les réaliser. || Vous faites remarquer, d'autre part, que cette explication n'enlève ni n'ajoute rien aux actes rappelés ci-dessus; que, loin de leur être contraire, elle ne fait qu'en constater le sens, et que tel est bien celui qu'y a attaché l'Auguste Fondateur de l'Association internationale africaine en les autorisant. || En vous accusant réception de cette communication, je suis autorisé à vous dire que je prends acte, au nom du Gouvernement de la République, de l'interprétation qu'elle renferme et que vous présentez comme ayant toujours été celle que vous avez attachée à la Convention de 1884, en tant que cette interprétation n'est pas contraire aux actes internationaux préexistants.

Nr. 10597. Frankreich. 29. April 1887.

Bourée.

Nr. 10598. FRANKREICH UND DER KONGOSTAAT. — Protokoll über die Abgrenzung ihrer Besitzungen in der Region des Ubanghi.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de l'État indépendant du Congo, après s'être fait rendre compte des travaux des Commissaires qu'ils avaient chargés d'exécuter sur le terrain, autant qu'il serait possible, le tracé des frontières entre leurs possessions, se sont trouvés d'accord pour admettre les dispositions suivantes comme réglant définitivement l'exécution des derniers paragraphes de l'article 3 de la Convention du 5 février 1885. Depuis son confluent avec le Congo, le thalweg de l'Oubanghi formera la frontière jusqu'à son intersection avec le quatrième parallèle nord. || L'État indépendant du Congo s'engage, vis-à-vis du Gouvernement de la République française, à n'exercer aucune action politique sur la rive droite de l'Oubanghi, au nord du quatrième parallèle. Le Gouvernement de la République française s'engage de son côté à n'exercer aucune action politique sur la rive gauche de l'Oubanghi au nord du même parallèle, le thalweg formant dans les deux cas la séparation. || En aucun cas, la frontière septentrionale de l'État du Congo ne descendra au-dessous du quatrième parallèle nord, limite qui lui est déjà reconnue par l'article V de la Convention du 5 février 1885. || Les deux Gouvernements sont convenus de consigner ces dispositions dans le présent Protocole. En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés, l'ont revêtu de leurs signatures et y ont apposé leurs cachets.

Nr. 10598. Frankreich und der Kongostaat. 29. April 1887.

Fait à Bruxelles, le 29 avril 1887.

L'Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de la République française à Bruxelles,

Bourée.

L'Administrateur général des Affaires étrangères de l'Etat indépendant du Congo,

Edm. van Eetevelde.

Nr. 10599. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — Der Kongostaat kann seine Besitzungen an Belgien nur mit Wahrung des französischen Vorzugsrechtes abtreten.

Paris, le 12 juillet 1890.

Nr. 10599. Frankreich. 12. Juli 1890.

J'ai reçu la communication que vous m'avez faite des documents qui viennent d'être distribués, à Bruxelles, à la Chambre des Représentants et desquels il résulte que le Roi Léopold cède éventuellement à la Belgique et, en tous cas, lui lègue et transmet, après sa mort, tous ses droits souverains sur l'État indépendant du Congo. || Cette publication n'a pas manqué d'attirer l'attention de mon Département, qui vous avait déjà fait connaître tout le prix qu'il attachait à être exactement renseigné sur les dispositions qui paraissaient devoir être prises, à bref délai, en ce qui concerne le sort de l'État indépendant. L'opinion publique s'en est également préoccupée en France, et M. Brisson m'avait annoncé, ce matin, qu'il me poserait aujourd'hui même, à ce sujet, une question qu'il a cru devoir retarder, mais qui peut se reproduire sous peu de jours. Cette question aurait eu naturellement pour objet la nature et la portée de l'échange des vues qui s'est produit en avril 1887 entre le Gouvernement du Congo et le Gouvernement de la République, au sujet de la clause des arrangements de 1884—1885 qui assurait à la France un droit de préférence sur l'État indépendant. || A cette époque, ainsi que vous vous en souvenez, le Roi des Belges nous a fait connaître par votre intermédiaire que "l'Association internationale africaine, lorsqu'elle avait contracté avec le Gouvernement de la République l'arrangement de 1884, confirmé par la lettre du 5 février 1885, n'avait pas entendu qu'en cas de réalisation de ses possessions ce droit de préférence reconnu à la France envers toutes les autres Puissances pût être opposé à la Belgique, dont le Roi Léopold était souverain". || Vous avez été alors autorisé à procéder à un échange de communications officielles avec M. van Eetevelde, administrateur général des Affaires étrangères de l'État indépendant du Congo. Celui-ci vous faisait connaître l'interprétation donnée par le Souverain du Congo à la clause relative au droit de préférence, et vous répondiez, le 22 avril 1887, à M. van Eetevelde dans les termes suivants. || "En vous accusant réception de cette communication, je suis autorisé à vous dire que je prends acte, au nom du Gouvernement de la République, de l'interprétation qu'elle renferme et que vous présentez comme ayant toujours été celle que vous avez attachée à la Convention de 1884, en tant que cette interprétation n'est pas contraire aux actes internationaux préexistants." || Depuis lors, cet échange de correspondances n'a été, de part ni d'autre, l'objet d'aucune publication. || Mais l'initiative qui vient d'être prise par le Roi Léopold nous met, de notre côté, dans la nécessité de faire connaître au Parlement français la situation, telle qu'elle résulte des documents que je viens de rappeler. || Si je suis amené à m'expliquer devant les Chambres, mon intention est, bien

entendu, de me placer sur le terrain circonscrit par votre lettre du 22 avril 1887, avec les réserves qu'elle comporte. || Vous voudrez bien faire connaître exactement la situation au Roi Léopold ou à son Représentant, et, en même temps, lui rappeler que nous entendons, quoi qu'il arrive, maintenir les autres passages de communications précitées, desquels il résulte: || 1° Que l'État du Congo ne pourra céder ses possessions à la Belgique sans lui imposer l'obligation de reconnaître le droit de préférence de la France pour le cas où elle voudrait elle-même les réaliser; || 2° Et que l'explication en question n'enlève ni n'ajoute rien aux actes de 1884 et 1885, et que, loin de leur être contraire, elle ne fait qu'en consolider le sens. || En vous priant de faire cette démarche auprès du Roi Léopold dans le plus bref délai possible, je vous serai obligé de me tenir exactement renseigné sur ses résultats et, en général, sur l'ensemble des faits qui peuvent se produire à Bruxelles, au sujet de la cession éventuelle de l'État indépendant. Ribot.

Nr. 10599. Frankreich. 12. Juli 1890.

Nr. 10600. FRANKREICH. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Hat dem Baron Lambermont die Forderung Frankreichs vorgetragen.

Bruxelles, le 17 juillet 1890.

Je n'ai reçu que le 14, au matin, la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'écrire à la date du 12, et par laquelle Elle me prescrivait d'entretenir les Ministres du Roi des réflexions que suggère au Gouvernement de la République la récente Convention passée entre le Gouvernement belge et l'État libre et dont communication a été donnée à la Chambre des Représentants de Belgique, le 9 de ce mois. J'ai été trop absorbé par mes multiples devoirs publics, le jour anniversaire de notre Fête nationale, pour qu'il m'ait été possible, avant le lendemain, de m'acquitter de cette démarche auprès du Baron Lambermont. C'est donc avant-hier, dans la soirée, que je me suis rencontré avec le secrétaire général du Ministère des Affaires étrangères; en lui tenant le langage que vous me recommandiez, j'étais assuré que le Roi, qui se trouve actuellement à Ostende, en aurait immédiatement l'écho. Bourée.

Nr. 10600. Frankreich. 17. Juli 1890.

Nr. 10601. FRANKREICH. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet den Bericht der belgischen Kammerverhandlungen über den Vertrag zwischen Belgien und dem Kongostaate.

Bruxelles, le 30 juillet 1890.

Je m'empresse, selon le désir que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'exprimer, de lui adresser, sous ce pli, le compte rendu officiel de la séance de la Chambre des Représentants relative à la récente convention conclue entre la Belgique et l'État du Congo, et qui s'est terminée par un vote, rendu

Nr. 10601. Frankreich. 30. Juli 1890.

Nr. 10601. Frankreich. 30. Juli 1890.

à l'unanimité des voix moins une, approuvant cet arrangement. || La même question a été portée hier au Sénat et je ne manquerai pas de transmettre à Votre Excellence le détail de cette nouvelle discussion, dès que le Moniteur belge l'aura publié. Bourée.

Nr. 10602. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — Bemerkungen zu den belgischen Beschlüssen.

Paris, le 21 août 1890.

Nr. 10602. Frankreich. 21. Aug. 1890.

J'ai pris connaissance du compte rendu in extenso de la séance de la Chambre des Représentants du 25 juillet dernier, dans laquelle a eu lieu la discussion du projet de loi portant approbation de la convention conclue entre l'État belge et l'État indépendant du Congo. || J'ai été heureux de constater que les déclarations portées à la tribune par le Ministre des finances au sujet des droits assurés à la France par les stipulations de 1884 et 1887 étaient, d'une manière générale, d'accord avec les vues que j'avais eu récemment l'occasion d'échanger sur cette question avec les Représentants du Roi. || J'ai remarqué, toutefois, qu'en rappelant les déclarations de 1887 et en indiquant que le Gouvernement de la République avait donné acte à l'État du Congo de son interprétation, le Chef du Cabinet a omis de parler des réserves formulées par nous à cette époque. || M. Bernaërt n'a pas fait davantage allusion aux observations que nous a suggérées le projet de loi soumis à la Chambre des Représentants, en ce qui concerne l'exercice futur du droit de préférence reconnu à notre pays. D'après les termes de la Déclaration de 1884, ce droit s'ouvrirait dans le cas où "l'Association serait amenée un jour à réaliser ses possessions". Cette expression "réaliser" se comprenait parfaitement quand il s'agissait d'une association commerciale qui ne pouvait consentir à céder ses droits qu'à titre onéreux; en présence du nouvel état des choses, qui résulterait d'une cession au profit d'un État souverain comme la Belgique, il ne nous avait point paru superflu de préciser le sens du mot "réaliser", et de bien spécifier que toute cession qui serait faite par la Belgique de ses droits sur le Congo donnerait équitablement ouverture au droit de préférence de la France. || Ainsi que vous le savez, M. Bernaërt avait paru tout d'abord disposé à entrer dans ces vues, pourvu que de notre côté nous consentissions à donner notre adhésion explicite à l'interprétation faite en 1887 de l'engagement de M. Strauch par l'Administration des Affaires étrangères du Congo, au nom de Sa Majesté. || Mais le Président du Conseil, avant d'avoir reçu notre réponse à ses ouvertures, a cru devoir indiquer dans une lettre qu'il vous a adressée certaines considérations de politique générale qui ne lui permettaient pas de donner suite à ses propositions. || Au cours d'un entretien que j'ai eu moi-même avec le Baron Lambermont, j'ai été amené à lui expliquer que nous ne voulions pas créer de difficultés au Gouvernement belge, mais qu'il ne dépendait

pas de nous de renoncer aux avantages qui résultent pour notre pays des déclarations de 1884 et de 1887. S'il peut entrer, en effet, dans les vues du Gouvernement de la République de ne pas se prévaloir vis-à-vis de la Belgique des termes généraux de la déclaration de 1884 et des réserves insérées dans celle de 1887, il n'en serait pas de même à l'encontre d'une autre Puissance qui viendrait à être substituée à la Belgique par un mode de cession quelconque. M. Bernaërt a exactement traduit notre pensée sur ce point, en disant que "si la France voit avec satisfaction la Belgique s'installer à ses côtés sur les rives du Congo, toute modification à la souveraineté de ces territoires autre que celle réglée par la convention soumise à la Chambre des Représentants ne laisserait pas la France indifférente". || Il vous appartient de faire comprendre au Gouvernement du Roi, dans les entretiens que vous aurez, soit avec le Président du Conseil, soit avec le Ministre des Affaires étrangères, la portée des observations qui précèdent, et qui ne sont, d'ailleurs, que le résumé des communications que vous avez été chargé de faire précédemment au Gouvernement de Sa Majesté. Je n'ai pas besoin d'ajouter que vous devrez éviter avec le plus grand soin tout ce qui pourrait enlever à ces communications le caractère amical que nous avons toujours entendu leur donner.

Nr. 10602. Frankreich. 21. Aug. 1890.

Ribot.

Nr. 10603. FRANKREICH UND DER KONGOSTAAT. — Vertrag über die Abgrenzung ihrer Besitzungen und Schlichtung anderer Fragen.

Les soussignés, Gabriel Hanotaux, Ministre des Affaires étrangères de la République française, Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, etc. || Et Jacques Haussmann, Directeur des Affaires politiques et commerciales au Ministère des Colonies, Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, Chevalier de l'Ordre de Léopold de Belgique, etc.; || Joseph Devolder, ancien Ministre de la justice et ancien Ministre de l'Intérieur et de l'Instruction publique de S. M. le Roi des Belges, Vice-Président du Conseil supérieur de l'État indépendant du Congo, Officier de l'Ordre de Léopold de Belgique, Grand Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, etc., || Et le Baron Constant Goffinet, Chevalier de l'Ordre de Léopold de Belgique, Chevalier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, etc., || Plénipotentiaires de la République française et de l'État indépendant du Congo délégués à l'effet de préparer un accord relatif à la délimitation des possessions respectives des deux États et de régler les autres questions pendantes entre eux, sont convenus des dispositions suivantes:

Nr. 10603. Frankreich und der Kongostaat. 14. Aug. 1894.

Article premier.

La frontière entre l'État indépendant du Congo et la Colonie du Congo français, après avoir suivi le thalweg de l'Oubanghi jusqu'au confluent du M'Bomou et du Ouellé, sera constituée ainsi qu'il suit: || 1° Le thalweg du M'Bomou jusqu'à sa source; || 2° Une ligne droite rejoignant la crête de par-

Nr. 10603. Frankreich und der Kongostaat. 14 Aug. 1894.

tage des eaux entre les bassins du Congo et du Nil. || A partir de ce point, la frontière de l'État indépendant est constituée par ladite crête de partage jusqu'à son intersection avec le 30e degré de longitude Est Greenwich (27° 40′ Paris).

Article 2.

Il est entendu que la France exercera, dans des conditions qui seront déterminées par un arrangement spécial, le droit de police sur le cours du M'Bomou, avec un droit de suite sur la rive gauche. Ce droit de police ne pourra s'exercer sur la rive gauche qu'exclusivement le long de la rivière, en cas de flagrant délit, et autant que la poursuite par les agents français serait indispensable pour amener l'arrestation des auteurs d'infractions commises sur le territoire français ou sur les eaux de la rivière. || Elle aura, au besoin, un droit de passage sur la rive gauche pour assurer ses communications le long de la rivière.

Article 3.

Les postes établis par l'État indépendant au nord de la frontière stipulée par le présent arrangement seront remis aux agents accrédités par l'autorité française, au fur et à mesure que ceux-ci se présenteront sur les lieux. || Des instructions, à cet effet, seront concertées immédiatement entre les deux Gouvernements et seront adressées à leurs agents respectifs.

Article 4.

L'État indépendant s'engage à renoncer à toute occupation et à n'exercer, à l'avenir, aucune action politique d'aucune sorte à l'ouest et au nord d'une ligne ainsi déterminée: || Le 30e degré de longitude Est de Greenwich (27° 40′ Paris), à partir de son intersection avec la crête de partage des eaux des bassins du Congo et du Nil, jusqu'au point où ce méridien rencontre le parallèle 5° 3′, puis ce parallèle jusqu'au Nil.

Article 5.

Le présent arrangement sera ratifié, et les ratifications en seront échangées, à Paris, dans le délai de trois mois ou plus tôt, si faire se peut.

Article 6.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont dressé le présent arrangement et y ont apposé leurs signatures.

Fait à Paris, en double exemplaire, le 14 août 1894.

G. Hanotaux.
J. Haussmann.
J. Devolder.
Baron C. Goffinet.

Nr. 10604. FRANKREICH. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. — Gerücht von der bevorstehenden Annexion des Kongostaates durch Belgien.

Paris, le 5 janvier 1995.

Nr. 10604. Frankreich. 5. Jan. 1895.

Divers journaux publient des informations de Bruxelles annonçant que le Cabinet, à la suite de plusieurs délibérations sous la présidence du Roi, aurait résolu de proposer aux Chambres la cession du Congo à la Belgique. La Droite de la Chambre aurait tenu hier une réunion dans laquelle, après avoir entendu le Président du Conseil, elle se serait, en majorité, montrée favorable à cette proposition. || Vous comprenez l'intérêt que nous avons à être tenus exactement au courant des vues du Gouvernement belge sur cette question. Je ne doute pas que vous ne vous soyez mis en mesure de me renseigner à ce sujet, et je vous serai obligé de me transmettre d'urgence les indications que vous auriez été à même de vous procurer.

Hanotaux.

Nr. 10605. FRANKREICH. — Der französische Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Graf Merode bestätigt die Absicht Belgiens, den Kongostaat zu annektiren.

Bruxelles, 6 janvier 1895.

Nr. 10605. Frankreich. 6. Jan. 1895.

Le Comte de Mérode, confirmant la note du Journal de Bruxelles d'hier soir, m'a dit ce matin qu'aucun pourparler n'avait encore eu lieu entre les Ministres et les membres du Parlement au sujet des affaires du Congo, mais qu'il était exact que le Cabinet en eût délibéré, jugeant qu'il convenait sans plus tarder de mettre à l'étude la question de l'annexion de l'État indépendant à la Belgique; à la suite de circonstances nouvelles et plus favorables qu'il n'avait été permis de l'espérer d'abord (telle que la défaite et la soumission des Arabes du Manyanga), il avait paru avantageux d'avancer le terme primitivement fixé pour la prise de possession prévue en 1890, et que, selon toute apparence, les Chambres seraient bientôt saisies d'un projet tendant à cette fin. || Sans entrer dans le fond du sujet, je me suis borné à présenter, à titre purement personnel, des réflexions tirées de la crainte que m'inspirait une détermination dont la soudaineté surprendrait et inquiéterait l'opinion en France. N'était-il pas à craindre que des difficultés nouvelles ne résultassent de la hâte mise ainsi à régler dès à présent des points douteux dont l'examen avait été tacitement ajourné jusqu'en 1900? || Le Comte de Mérode ne parut pas admettre la possibilité d'un malentendu de cette nature. Il estime, quant à lui, qu'à la suite de la mission du Baron Lambermont à Paris, en 1890, toutes les obscurités ont été dissipées et que l'accord est devenu parfait entre les deux Gouvernements.

Bourée.

Nr. 10606. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Frankreich verlangt Garantien für den Fall der Annexion.

Paris, 9 janvier 1895.

Nr. 10606. Frankreich. 9. Jan. 1895.

Je vous serais obligé de voir, le plus tôt possible, le Comte de Mérode et de lui faire savoir combien nous désirons qu'on ne s'engage pas à Bruxelles dans une affaire aussi importante, sans tenir compte des actes et des engagements réciproques sur lesquels s'appuie le droit de préférence de la France. || Au cours des entretiens que j'ai eus dans ces derniers temps avec le Baron Goffinet, la question du droit de préférence de la France n'a jamais été abordée. L'affaire en est donc restée exactement au point où elle se trouvait en 1890. || Peut-être pourrions-nous reprendre la pensée qui a dominé les instructions à vous adressées par M. Ribot, en juillet 1890, mais à la condition que l'on nous accordât, en échange d'un assentiment dont l'importance devrait être appréciée par le Gouvernement belge, des garanties analogues à celles qui étaient réclamées par mon prédécesseur. Si, réellement, le Gouvernement du Roi est disposé, comme vous l'a dit le Comte de Mérode, à se mettre d'accord avec nous, notamment sur "la question de l'aliénation éventuelle à titre gratuit", il est évident que son intérêt est de réaliser l'accord dont il s'agit avant que la discussion ne s'engage au Parlement belge. || Je vous autorise, en tous cas, s'il y a véritablement urgence, et si vous le croyez utile, à remettre au Comte de Mérode un court aide-mémoire par lequel vous lui rappellerez que la question de droit de préférence de la France n'a nullement été abordée dans les pourparlers qui ont eu lieu entre les représentants de l'État du Congo et le Gouvernement français au sujet de la convention du 12 mai 1894 et que, d'autre part, dans la pensée du Gouvernement français, la question en est restée exactement au point où elle a été mise par les actes synallagmatiques échangés en 1885 et 1887, aucune modification n'ayant été apportée à ces actes ni en 1890, ni à aucune date ultérieure.

Hanotaux.

Nr. 10607. FRANKREICH. — Der Gesandte in Brüssel an den Minister des Auswärtigen. Unterredung mit Graf Merode.

Bruxelles, 9 janvier 1895.

Nr. 10607. Frankreich. 9. Jan. 1895.

J'ai fait auprès du Comte de Mérode la démarche que vous m'avez prescrite. L'acte de cession a été signé ce matin avant mon arrivée aux Affaires étrangères par M. van Eetevelde, au nom du Congo, et le Comte de Mérode, au nom de la Belgique. || Cet acte ne sera pas déposé avant mardi sur le bureau de la Chambre. J'ai très vivement insisté pour qu'avant de le soumettre à la discussion du Parlement l'accord s'établisse avec nous sur les points restés en suspens, et dont nous avons fait ressortir l'importance en

1890. || Le Comte de Mérode s'est déclaré prêt à rechercher les bases d'une entente, tout en faisant ses réserves quant à l'extension que nous entendions donner au sens de la lettre de M. Strauch, laquelle ne visait pas "l'aliénation éventuelle à titre gratuit". Il incline aussi à penser que notre droit de préférence ne s'applique pas aux territoires acquis par le Congo au-delà des limites primitives de l'Association africaine. Cette situation étant donnée, je n'ai pas hésité à remettre au Ministre des Affaires étrangères l'aide-mémoire dont vous m'avez suggéré le sens. Nr. 10607. Frankreich. 9. Jan. 1895.

Bourée.

Nr. 10608. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Unterredung mit Baron Anethan. Frankreich hält alle seine Ansprüche aufrecht.

Paris, 10 janvier 1895.

J'ai vu hier le Baron d'Anethan à mon audience diplomatique. Je lui ai exposé les vues du Gouvernement français dans la question qui se pose, d'une façon si soudaine, de la reprise éventuelle du Congo par la Belgique. Je lui ai rappelé que la question n'avait nullement été réglée au cours des entretiens qui ont eu lieu, tant à Paris qu'à Bruxelles, en 1890, et que, si elle avait été visée incidemment d'un mot par M. Devolder au mois d'août dernier, j'avais simplement saisi cette occasion de déclarer que la question n'était pas réglée et que c'était là un ordre d'idées sur lequel il y aurait lieu de revenir ultérieurement. J'ai prié le Baron d'Anethan de faire part de ces observations à son Gouvernement, et je lui ai dit que je vous avais donné pour instruction de remettre dès hier, entre les mains du Comte de Mérode, un aide-mémoire destiné à bien établir la situation au point de vue diplomatique. J'ai ajouté, d'ailleurs, que j'étais prêt à entrer en pourparlers immédiats pour un règlement amiable de la difficulté. || Je vous serais obligé de vouloir bien, dès que vous aurez reçu la présente dépêche, remettre entre les mains du Comte de Mérode une nouvelle note visant particulièrement la question de droit et qui pourrait être rédigée ainsi qu'il suit: || Le Gouvernement français ayant été informé de la signature de l'acte de cession du Congo à la Belgique qui doit être très prochainement soumis à la ratification du Parlement, croit devoir formuler à ce sujet toutes les protestations et réserves résultant de la situation de droit qui lui est acquise tant par les actes synallagmatiques intervenus entre la France et l'Association internationale du Congo ou l'État indépendant, les 23—24 avril 1884 et 22—29 avril 1887, que par tous autres engagements et actes internationaux pouvant être mis en cause par la Convention entre la Belgique et l'État du Congo incluse dans le projet de loi dont il s'agit. Nr. 10608. Frankreich. 10. Jan. 1895.

Hanotaux.

Nr. 10609. KONGOSTAAT. — Der Staatssekretär des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Brüssel. Grenzen des neutralen Kongostaates.

Bruxelles, le 11 janvier 1895.

Nr. 10609. Kongostaat. 11. Jan. 1895.

J'ai l'honneur de porter à la connaissance de Votre Excellence que le régime de la neutralité, qui a fait l'objet de la déclaration notifiée aux Puissances par l'État indépendant du Congo, le 1er août 1885, s'appliquera désormais au territoire de l'État délimité comme suit, en conséquence du Protocole du 29 avril 1887 et de l'Arrangement du 14 août 1894 conclus avec la République française, des conventions conclues le 25 mai 1891 et des déclarations signées le 24 mars 1894 avec le Gouvernement de Sa Majesté Très Fidèle et de l'Arrangement conclu le 12 mai 1894 avec le Gouvernement britannique:

Au nord:

Une droite de 950 mètres, partant d'un point sur la plage de l'océan Atlantique à 300 mètres au nord de la maison principale de la factorerie hollandaise de Lungo; point dont la latitude est de 5° 47′ 14″, 31 Sud, et joignant, dans la direction sud-est, l'embouchure de la petite rivière de Lungo, qui se jette dans la lagune du même nom. || Le cours de la petite rivière de Longo jusqu'à la mare de Mallongo, les villages de Congo, N'Coude, Ilma, etc., restant à l'État indépendant du Congo; ceux de Cabo-Lombo, M'Venho, Iabe, Ganzy, Faly, Spita-Gagandjime, M'Goio, M'To, Fortalisa, Sokki, etc., au Portugal; || Le cours des rivières Veuzo et Lulofe, jusqu'à la source de cette dernière sur le versant de la montagne Nime-Tchiamo, les coordonnées géographiques de cette source étant: latitude Sud, 5° 44′ 19″, 60; longitude Est Greenwich, 12° 17′ 25″, 28; || Le parallèle de cette source, jusqu'à son intersection avec le méridien du confluent de la Luculla et de la rivière appelée par les uns N'Geuze et par d'autres Culla-Calla, les coordonnées de ce confluent étant: latitude Sud. 5° 10′ 49″, 30; longitude Est Greenwich, 12° 32′ 6″, 60; || Le méridien ainsi déterminé jusqu'à sa rencontre avec la rivière Luculla; || Le cours de la Luculla jusqu'à son confluent avec le Chiloango (Loango-Luce); || La rivière Chiloango, depuis l'embouchure du Lucullo, jusqu'à sa source la plus septentrionale; || La crête de partage des eaux du Niadi-Quilcou et du Congo, jusqu'au delà du méridien de Manyanga; || Une ligne à déterminer et qui, suivant autant que possible une division naturelle du terrain, aboutisse entre la station de Manyanga et la cataracte de Ntombo-Mataka, en un point situé sur la partie navigable du fleuve*); || Le Congo, jusqu'au Stanley-Pool; || La ligne médiane du Stanley-Pool; || Le Congo, jusqu'au con-

*) Cette ligne a été déterminée partiellement ainsi qu'il suit: || Le fond du ravin dont la communication avec le Congo est située à environ 440 mètres et au sud 43° Est par rapport au mât de pavillon du poste de l'Etat indépendant du Congo à Manyanga; || Le prolongement de ce ravin jusqu'à sa rencontre avec le chemin allant

fluent de l'Oubanghi; || Le thalweg de l'Oubanghi, jusqu'au confluent de M'Bomou et du Ouellé; || Le thalweg du M'Bomou jusqu'à sa source; || Une ligne droite rejoignant la crête de partage des eaux entre les bassins du Congo et du Nil.

Au nord-est:

La crête de partage des eaux du Nil et du Congo, jusqu'à l'intersection de cette crête avec le 30° méridien Est de Greenwich (27° 40′ Paris); || La prolongation de cette même crête de partage, jusqu'à sa seconde intersection avec le susdit 30° méridien Est de Greenwich.

A l'est:

Le 30° degré de longitude Est de Greenwich jusqu'à la hauteur du 1° 20′ de la latitude Sud; || Une ligne droite menée de l'intersection du 30° degré de longitude Est avec le parallèle de 1° 20′ de latitude Sud, jusqu'à l'extrémité septentrionale du lac Tanganika; || La ligne médiane du lac Tanganika; || Une ligne allant directement de l'extrémité du cap Akalunga sur le lac Tanganika, situé au point le plus septentrional de la baie de Cameron, par environ 8° 15′ de latitude Sud, à la rive droite de la rivière Luapula, au point où cette rivière sort du lac Moëro; || De ce point, une ligne menée directement jusqu'à l'embouchure de la rivière Luapula dans le lac Moëro; cette ligne, toutefois, déviant vers le sud du lac, de façon à laisser l'île de Kilwa à la Grande-Bretagne; || Le thalweg de la Luapula, jusqu'au point où cette rivière sort du lac Bonguélo; || Le méridien de longitude, dans la direction du Sud, passant par ce point jusqu'à la crête de partage du Congo et du Zambèze.

Au sud:

La crête de partage du Congo et du Zambèze jusqu'à la source de celui des affluents du Kassaï qui prend naissance dans le lac Dilolo; || Le cours de cet affluent depuis sa source jusqu'à son embouchure; || Le thalweg du Kassaï, jusqu'au parallèle 7° 17′ de latitude Sud; || Le parallèle 7° 17′ de latitude Sud, jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Chikapa; || Le thalweg de la rivière Chakapa, jusqu'à son intersection avec le parallèle 6° 55′ de lati-

---

du poste de Manyanga au village de N'Souso; || Ce chemin jusqu'à sa rencontre avec la Loufou; || La Loufou, en descendant le courant sur un parcours d'environ 400 mètres; || Une ligne se dirigeant vers le nord, laissant à l'ouest les villages de N'Souso et allant rejoindre le chemin de Manyanga; || Ce chemin, jusqu'à sa rencontre avec le premier ruisseau affluent de la rivière Ntimbo; || Ce ruisseau, jusqu'à son confluent avec ladite rivière Ntimbo; || Cette rivière, jusqu'à sa source la plus occidentale; || Une ligne sinueuse remontant vers le nord jusqu'au bord du plateau de Kouyanga, et suivant ensuite une ligne de partage des eaux, jusqu'à sa rencontre avec le bassin de la Louaïa, au nord et à l'ouest du village de Koumbi; || Une ligne se dirigeant sur le coude de la Louaïa près du village de Kiloumbou: || La rivière Louaïa, jusqu'au village de Kaouga. || La ligne, ainsi déterminée, laisse à l'Ouest, c'est-à-dire sur le territoire de l'Etat indépendant du Congo, les villages de N'Souso, Massangui, Usanga, Kin-Kendo et Kintombo; et à l'est, c'est-à-dire sur le territoire de la France, le groupe de Ntombo, le village de Nsomé, le marché de Manyanga, les villages de Kinsonia, Bondo, Kounyanga, le marché de Konso, les villages de Mbango, Banza-Baha, Kiloumbou et Kaanga.

Nr. 10609. Kongostaat. 11. Jan. 1895.

tude Sud; || Le parallèle 6° 55′ de latitude Sud, jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Lovna; || Le thalweg de la Lovna, jusqu'à son intersection avec le 7e degré de latitude Sud; || Le 7e degré de latitude Sud jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Loangué; || Le thalweg de la Loangué jusqu'au confluent de la Kangulungu ou Kama-Bomba; || Le thalweg de la Kangulungu jusqu'à son intersection avec le parallèle du confluent du Kwilu et de la Luita (7° 34′ de latitude Sud approximativement); || Ce parallèle, jusqu'au confluent du Kwilu et de la Luita; || Le thalweg de la Luita, depuis la jonction de ses eaux avec le Kwilu jusqu'au 8e degré de latitude Sud; || Le 8e degré de latitude Sud, jusqu'à son intersection avec le thalweg du Kwengo; || Le thalweg du Kwengo, jusqu'à son intersection avec le parallèle 7° 55′ de latitude Sud; || Le parallèle 7° 55′ de latitude Sud, jusqu'au thalweg de la Lucaïa; || Le thalweg de la Lucaïa, jusqu'au 8e degré de latitude Sud; || Le 8e degré de latitude Sud, jusqu'au thalweg de la Kamanguna, rivière par laquelle les eaux de la rivière Lué entrent dans le N'Kombo; || Le thalweg de la Kamanguna et du N'Kombo, jusqu'à sa jonction avec l'Uövo; || Le thalweg de l'Uövo, jusqu'à son embouchure dans la Wamba; || Le thalweg de la Wamba, depuis l'embouchure de l'Uövo jusqu'à son intersection avec le parallèle du point de jonction entre la Komba et la Lola; || Ce parallèle, jusqu'au point de jonction de la Komba et de la Lola (8′ Ouest de la Wamba, et 8° 5′ 40″ de latitude Sud approximativement); || Le thalweg du canal par lequel s'écoulent les eaux de la Lola, jusqu'à son intersection avec le thalweg de la Tungila; || Le thalweg de la Tungila, jusqu'à son embouchure dans le Kwango, (8° 7′ 40″ de latitude Sud approximativement); || Le thalweg du Kwango, jusqu'à la rencontre du parallèle passant par la résidence de Nokki; Le parallèle passant par la résidence de Nokki (latitude Sud, 5° 52′ 10″, 14; longitude adoptée Est de Greenwich, 13° 28′ 25″, 25), depuis le Kwango jusqu'à un point pris sur ce parallèle, à 2,000 mètres à l'est de la rive gauche du Congo; une droite joignant ce dernier point au point d'intersection de la rive gauche du Congo avec le parallèle passant à 100 mètres au nord de la maison principale de la factorerie de Domingos de Souza à Nokki; || Ce parallèle jusqu'à son intersection avec la ligne moyenne du chenal de navigation généralement suivi par les bâtiments de grand tirant d'eau; || Cette ligne moyenne, jusqu'à l'embouchure du fleuve Congo, ligne qui actuellement laisse à droite et comprises entre cette ligne et la rive droite du fleuve, notamment et entre autres, les îles fluviales nommées Bulambemba, Matébo et île des Princes et à gauche et comprises entre cette ligne et la rive gauche du fleuve, notamment et entre autres, les îles fluviales connues sous les noms de Bulicaco et îles de Sacran Amboca.

A l'ouest:

L'océan Atlantique, entre le point d'aboutissement à la mer de la ligne ci-dessus décrite et le point situé à 300 mètres au nord de la maison principale de la factorerie hallandaise de Lungo.

Van Eetevelde.

Nr. 10610. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Belgien ist zu Verhandlungen über das französische Vorzugsrecht bereit.

Paris, le 11 janvier 1895.

Nr. 10610. Frankreich. 11. Jan. 1895.

Le Baron Beyens est venu me dire, au nom du Baron d'Anethan, souffrant, que son Gouvernement était disposé à entrer immédiatement en pourparlers au sujet des conditions dans lesquelles la reprise de l'État indépendant par la Belgique peut se concilier avec notre droit de préférence.

Hanotaux.

Nr. 10611. BELGIEN. — Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Die Annexion widerspricht den Verträgen nicht.

Paris, le 13 janvier 1895.

Nr. 10611. Belgien. 13. Jan. 1895.

Monsieur le Ministre, D'après une communication que M. Bourée a faite le 11 janvier à M. le Comte de Mérode Westerloo, Ministre des Affaires étrangères "le Gouvernement français ayant été informé de la signature de l'acte de cession du Congo à la Belgique, qui doit être très prochainement soumis à la ratification du Parlement, croit devoir formuler à ce sujet toutes les protestations et réserves résultant de la situation de droit qui lui est acquise, tant par les actes synallagmatiques intervenus entre lui et l'Association internationale africaine ou l'État indépendant, les 23—24 avril 1884 et 22—29 avril 1887, que par tous engagements et actes internationaux pouvant être mis en cause par la convention dont il s'agit entre la Belgique et l'État du Congo". || Le Gouvernement du Roi ne se rend pas compte des motifs de droit sur lesquels se basent les protestations et réserves du Cabinet de Paris. Mais il a la sincère et complète conviction que l'arrangement en question n'est en désaccord avec aucun des engagements pouvant résulter, soit pour l'État du Congo, soit pour la Belgique, des actes cités et de ceux auxquels il peut avoir été fait allusion. || Les obligations de l'Association internationale africaine envers la France ont passé à l'État du Congo; en passant intégralement à la Belgique, elles ne peuvent acquérir qu'une garantie de plus. || Au Gouvernement personnel du Roi souverain aura succédé le Gouvernement constitutionnel du Roi des Belges.

Baron d'Anethan.

Nr. 10612. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. Bestätigt den Empfang des Vorigen.

Paris, le 15 janvier 1895.

Nr. 10612. Frankreich. 15. Jan. 1895.

Monsieur le Baron, Vous avez bien voulu, par votre lettre en date du 13 de ce mois, m'accuser réception de la note remise récemment par M. Bourée au Gouvernement du Roi relativement au projet de cession à la Belgique des

Nr. 10612. Frankreich. 15. Jan. 1895.

territoires de l'État indépendant du Congo. || Bien que divers passages de la lettre susmentionnée me paraissent pouvoir soulever de la part du Gouvernement français certaines réserves ou demandes d'éclaircissement, je ne crois pas à propos, en raison des pourparlers actuellement en cours, d'entrer en discussion à ce sujet, et j'ai la confiance qu'à la suite de l'échange de vues, qui se poursuit actuellement, l'entente pourra s'établir entre les Gouvernements intéressés.

Hanotaux.

Nr. 10613. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Brüssel. Abschluss eines Vertrages mit Belgien.

Paris, le 5 février 1895.

Nr. 10613. Frankreich. 5. Feb. 1895.

Les pourparlers que j'avais engagés avec le Baron d'Anethan viennent d'aboutir à la signature d'un arrangement réglant et précisant le droit de préférence de la France, en cas de transfert du Congo à la Belgique. Il a été entendu que l'acte ne serait publié que dans quelques jours.

Hanotaux.

Nr. 10614. FRANKREICH UND BELGIEN. — Arrangement portant règlement du droit de préférence de la France sur les territoires de l'État du Congo.

Nr. 10614. Frankreich und Belgien. 5. Feb. 1895.

Considérant qu'en vertu des lettres échangées les 23—24 avril 1884, entre M. Strauch, Président de l'Association internationale du Congo, et M. Jules Ferry, Président du Conseil et Ministre des Affaires étrangères de la République française, un droit de préférence a été assuré à la France pour le cas où l'Association serait amenée un jour à réaliser ses possessions; que ce droit de préférence a été maintenu, lorsque l'État indépendant du Congo a remplacé l'Association internationale; || Considérant qu'en vue du transfert à la Belgique des possessions de l'État indépendant du Congo, en vertu du traité de cession du 9 janvier 1895, le Gouvernement belge se trouvera substitué à l'obligation contractée sous ce rapport par le Gouvernement dudit État; Les soussignés sont convenus des dispositions suivantes qui régleront désormais le droit de préférence de la France à l'égard de la Colonie belge du Congo.

Article premier.

Le Gouvernement belge reconnaît à la France un droit de préférence sur ses possessions congolaises, en cas d'aliénation de celles-ci à titre onéreux en tout ou en partie. || Donneront également ouverture au droit de préférence de la France, et feront, par suite, l'objet d'une négociation préalable entre le Gouvernement de la République française et le Gouvernement belge, tout échange des territoires congolais avec une Puissance étrangère; toute location

desdits territoires, en tout ou en partie, aux mains d'un État étranger ou d'une Compagnie étrangère investie de droits de souveraineté. Nr. 10614. Frankreich und Belgien. 5. Feb. 1895.

Article 2.

Le Gouvernement belge déclare qu'il ne sera jamais fait de cession à titre gratuit de tout ou partie de ces mêmes possessions.

Article 3.

Les dispositions prévues aux articles ci-dessus s'appliquent à la totalité des territoires du Congo belge. || En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent Arrangement qu'ils ont revêtu de leur cachet. || Fait, en double exemplaire, à Paris, le 5 février 1895.

G. Hanotaux.
Baron d'Anethan.

Nr. 10615. **FRANKREICH UND BELGIEN.** — Erklärung über die Abgrenzung der französischen und belgischen Besitzungen im Stanley-Pool.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement belge conviennent d'adopter pour limites de leurs possessions respectives dans le Stanley-Pool: || La ligne médiane du Stanley-Pool jusqu'au point de contact de cette ligne avec l'île de Bamou, la rive méridionale de cette île jusqu'à son extrémité orientale, ensuite la ligne médiane du Stanley-Pool. || L'île de Bamou, les eaux et les îlots compris entre l'île de Bamou et la rive septentrionale du Stanley-Pool seront à la France; les eaux et les îles comprises entre l'île de Bamou et la rive méridionale du Stanley-Pool seront à la Belgique. || Il ne sera pas créé d'établissements militaires dans l'île de Bamou. En foi de quoi les soussignés ont dressé la présente déclaration, qu'ils ont revêtue de leur cachet. Nr. 10615. Frankreich und Belgien. 5. Feb. 1895.

Fait, en double exemplaire, à Paris, le 5 février 1895.

G. Hanotaux.
Baron D'Anethan.

Nr. 10616. **BELGIEN.** — Der Gesandte in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. — Einsetzung einer gemischten Kommission zur Grenzbestimmung im Gebiete des Manyanga und Niadi-Quillou.

Paris, le 5 février 1895.

Monsieur le Ministre, La frontière entre l'État indépendant du Congo et le Congo français n'ayant pas été complètement délimitée dans la région de Manyanga et du Niadi-Quillou, Votre Excellence désire qu'une Commission mixte se réunisse aussitôt que possible à Paris pour compléter et rectifier, s'il Nr. 10616. Belgien. 5. Feb. 1895.

Nr. 10616. Belgien. 5. Feb. 1895.

y a lieu, le tracé de cette frontière, d'après les documents les plus récents recueillis par les agents des deux pays. || J'ai l'honneur de faire connaître à Votre Excellence que mon Gouvernement est disposé à nommer des délégués pour prendre part aux travaux de cette Commission. Baron d'Anethan.

Nr. 10617. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den belgischen Gesandten in Paris. — Antwort auf das Vorige.

Paris, le 6 février 1895.

Nr. 10617. Frankreich. 6. Feb. 1895.

Monsieur le Baron, Par votre lettre du 5 de ce mois vous avez bien voulu me faire connaître qu'en vue de répondre au désir que je vous avais exprimé, au cours de nos récents pourparlers relatifs aux affaires du Congo, le Gouvernement belge est disposé à donner son assentiment à la constitution d'une Commission mixte qui se réunira aussitôt que possible à Paris pour compléter et rectifier, s'il y a lieu, d'après les documents les plus récents recueillis par les agents des deux pays, le tracé de la frontière entre l'État indépendant et le Congo français dans la région de Manyanga et du Niadi-Quillou. || Je m'empresse de vous remercier de cette obligeante communication.

Hanotaux.

Nr. 10618. ENGLAND UND ITALIEN. — Abgrenzung ihrer Einflusssphären in Ostafrika*).

Nr. 10618. England und Italien. 5. Mai 1894.

In order to complete the delimitation of the spheres of influence of Great Britain and Italy in Eastern Africa, which formed the subject of the Protocols signed at Rome on the 24th March and the 15th April, 1891, the Undersigned, || Francesco Crispi, President of the Council of Ministers of His Majesty the King of Italy, Knight of the Supreme Order of the Holy Annunciation, Knight Grand Cross of the Orders of St. Maurice and St. Lazarus, and of the Crown of Italy, Member of Parliament; and || Sir Francis Clare Ford, Grand Cross of the Most Honourable Order of the Bath, Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, a Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, and Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, to His Majesty the King of Italy; || authorized by their respective Governments, have agreed as follows: —

1. The boundary of the spheres of influence of Great Britain and of Italy in the regions of the Gulf of Aden shall be constituted by a line which, starting from Gildessa and running towards the 8th degree of north latitude, skirts the north-east frontier of the territories of the Girrhi, Bertiri and Rer Ali tribes, leaving to the right the villages of Gildessa, Darmi, Gig-giga, and

*) Engl. Blaubuch Treaty Series 17. (1894). 378 b.

Milmil. On reaching the 8th degree of north latitude the line follows that parallel as far as its intersection with the 48th degree of longitude east of Greenwich. It then runs to the intersection of the 9th degree of north latitude with the 49th degree of longitude east of Greenwich, and follows that meridian of longitude to the sea. Nr. 10618. England und Italien. 5. Mai 1894.

2. The two Governments engage to conform, in the regions of the British Protectorate and in those of the Ogaden, to the stipulations contained in the General Act of Berlin and in the Declaration of Brussels relative to freedom of trade, in favour as well of British and Italian subjects and protected persons as of the tribes inhabiting those territories.

3. In the port of Zeyla there shall be equality of treatment between British and Italian subjects and protected persons, in all that relates to their persons, their property and to the exercise of trade and industry.

Rome, May 5th, 1894.

Francis Clare Ford.
Francesco Crispi.

Nr. 10619. DEUTSCHLAND UND FRANKREICH. — Abkommen vom 15. März 1894, betreffend die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des französischen Kongo sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphäre im Gebiete des Tschadsees*).

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Nachdem die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und die Regierung der Französischen Republik im Sinne eines gegenseitigen guten Einvernehmens beschlossen haben, das von ihren beiderseitigen Bevollmächtigten über die Abgrenzung des Schutzgebietes von Kamerun und der Kolonie des französischen Kongo sowie über die Festsetzung der deutschen und französischen Interessensphären im Gebiete des Tschadsees vorbereitete Abkommen in Kraft und Wirksamkeit zu setzen, haben die hierzu gehörig ermächtigten Unterzeichneten, nämlich: || der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches Freiherr v. Marschall und || der ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter der Französischen Republik bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser Jules Herbette, || das am 4. Februar dieses Jahres aufgenommene Protokoll (nebst seinen Anlagen), dessen Wortlaut hier folgt, bestätigt.

Protokoll.

Die Unterzeichneten: || Doktor Paul Kayser, Wirklicher Geheimer Legationsrath und Dirigent der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amts; || Doktor Alexander Freiherr v. Danckelman, Professor; || Jacques Haussmann, Abtheilungschef im Unterstaatssekretariat der Kolonien; || Parfait-Louis Monteil, Bataillons-

*) Deutsches Kolonialblatt (Extranummer). 16. März 1894.

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

chef der Marine-Infanterie, || bevollmächtigt von der Kaiserlich deutschen Regierung und von der Regierung der Französischen Republik, ein Abkommen vorzubereiten, welches bestimmt ist, die zwischen Deutschland und Frankreich in dem Gebiete zwischen Kamerun und dem französischen Kongo schwebenden Fragen zu regeln und die Grenzlinie der beiderseitigen Interessensphären in dem Gebiete des Tschadsees festzusetzen, haben sich über die nachstehenden Artikel geeinigt:

Artikel 1.

Die Grenzlinie zwischen dem Schutzgebiete von Kamerun und dem französischen Kongo soll von dem Schneidepunkte, wo der die bestehende Grenze bildende Breitenparallel den 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) trifft, dem genannten Längengrade bis zu seinem Zusammentreffen mit dem Ngokoflusse folgen, sodann diesen Fluss bis zu dessen Schneidepunkt mit dem 2. Grade nördlicher Breite*) entlang gehen und von dort, sich ostwärts wendend, diesem Breitengrade bis zu seinem Zusammentreffen mit dem Sangaflusse folgen. Sie soll dann, nordwärts gehend, auf eine Länge von 30 km dem Sanga folgen; von dem so festgestellten Punkte auf dem rechten Ufer des Sanga läuft die Grenze in gerader Richtung auf einen Punkt des Breitengrades von Bania zu, der 62 Minuten westlich von Bania liegt, und geht von hier in gerader Richtung auf einen Punkt des Breitengrades von Gasa, der 43 Minuten westlich von Gasa liegt. || Von dort soll die Grenze in gerader Linie auf Kunde zu laufen, Kunde östlich lassend mit einer Bannmeile, welche im Westen durch einen mit einem Radius von 5 km gezogenen Kreisabschnitt bestimmt wird, der im Süden von seinem Schneidepunkte mit der nach Kunde führenden Linie ausgeht und im Norden am Schneidepunkt mit dem Längengrade von Kunde endet. Dem Breitengrade dieses letztgenannten Schneidepunktes folgt die Grenze von hier nach Osten bis zum Zusammentreffen mit dem 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlich von Paris)**). || Die Grenzlinie soll dann dem 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlich Paris) bis zu seinem Zusammentreffen mit dem Breitengrade 8 Grad 30 Minuten nördlicher Breite und von da einer geraden, auf Lame zu laufenden Linie folgen, welche zur Bildung einer Bannmeile von 5 km Halbmesser für Lame westlich von diesem Punkte ausbiegt. || Die Linie von Lame wird sodann in gerader Richtung auf das linke Ufer des Mayo-Kebbi in der Höhe von Bifara***) fortgesetzt. Von ihrem Schneidepunkte mit dem linken Ufer des Mayo-Kebbi soll die Grenze den Fluss überschreiten und in gerader Richtung gegen Norden, Bifara östlich lassend, bis zum Zusammentreffen mit dem 10. Breitengrade

*) Siehe Anlage § II.
**) Siehe Anlage § III.
***) Siehe Anlage § IV.

laufen. Sie soll diesem Breitengrade bis zu seinem Schneidepunkte mit dem Shari*) und schliesslich dem Laufe des Shari bis zum Tschadsee**) folgen.

Artikel 2.

Die deutsche Regierung und die französische Regierung verpflichten sich gegenseitig, keinerlei politische Einwirkung in den Interessensphären auszuüben, welche sie einander durch die im vorigen Artikel festgestellte Grenzlinie zuerkannt haben. Keine der beiden Mächte wird demgemäss in der der anderen Macht vorbehaltenen Interessenspäre Gebietserwerbungen machen, Verträge abschliessen, Souveränetäts- oder Protektoratsrechte annehmen oder den Einfluss der anderen Macht hindern oder anfechten.

Artikel 3.

Deutschland bezüglich der Gewässer des Benuë und seiner Zuflüsse, soweit sie in der deutschen Interessensphäre liegen, und Frankreich bezüglich desjenigen Theils des Mayo-Kebbi und der anderen Zuflüsse des Benuë, welche in der französischen Interessenspäre liegen, erkennen gegenseitig ihre Verpflichtung an, die in den Artikeln 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33 der Berliner Akte vom 26. Februar 1885 aufgeführten, auf die Freiheit der Schifffahrt und des Handels bezüglichen Bestimmungen anzuwenden und ihnen Geltung zu verschaffen, ebenso wie sie dies auch bezüglich der Vorschriften der Brüsseler Akte über die Einfuhr von Waffen und Spirituosen thun werden. || Deutschland und Frankreich sichern sich beiderseitig den Genuss dieser nämlichen Bestimmungen zu, soweit sie sich auf die Schifffahrt auf dem Shari, Logone und ihren Zuflüssen und auf die Einfuhr von Waffen und Spirituosen in die Becken dieser Gewässer beziehen.

Artikel 4.

In den beiderseitigen Interessensphären, welche in den Becken des Benuë und seiner Zuflüsse, des Shari, des Logone und ihrer Zuflüsse liegen, sowie auch in den Gebieten südlich und südöstlich vom Tschadsee sollen die Handeltreibenden und Reisenden der beiden Länder bezüglich der Benutzung der Landstrassen und anderer Verbindungswege zu Lande auf dem Fuss vollkommener Gleichheit behandelt werden. In den genannten Gebieten sollen die beiderseitigen Staatsangehörigen bezüglich der zur Ausübung und Entwickelung ihres Handels und ihrer Industrie erforderlichen Erwerbungen und Anlagen denselben Vorschriften unterworfen sein und dieselben Vergünstigungen geniessen. || Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind die Landstrassen und Verbindungswege zu Lande in den Küstenbecken von Kamerun und in den Küstenbecken des französischen Kongo, die nicht in dem in der Berliner Akte festgesetzten konventionellen Kongobecken belegen sind. || Dagegen finden die obengedachten

*) Siehe Anlage § III.
**) Siehe Anlage § V.

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Bestimmungen Anwendung auf die Strasse Yola, Ngaundere, Kunde, Gasa, Bania und zurück, wie sie auf der diesem Protokoll beigefügten Karte vermerkt ist, sollte diese Strasse auch durch Zuflüsse der Küstenbecken durchschnitten sein. || Die Zoll- oder Steuertarife, welche etwa von einem oder dem anderen Theile aufgestellt werden, sollen hinsichtlich der Handeltreibenden beider Länder keinerlei verschiedenartige Anwendung zulassen.

Artikel 5.

Zur Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll errichtet und ihre Unterschrift darunter gesetzt.

Geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung am 4. Februar 1894.

Die deutschen Bevollmächtigten:

Kayser.
von Danckelman.

Die französischen Bevollmächtigten:

Haussmann.
Monteil.

Anlage.

§ I. Die von den vertragschliessenden Mächten vereinbarte Grenzlinie ihrer beiderseitigen Interessensphären, wie sie im Artikel 1 des Protokolls vom heutigen Tage beschrieben ist, soll übereinstimmen mit derjenigen Linie, welche auf der dem gegenwärtigen Protokoll beigefügten Karte eingezeichnet ist. Diese Karte ist nach den zur Zeit bekannten und von beiden Seiten anerkannten geographischen Angaben angefertigt.

§ II. Sollte sich herausstellen, dass der Ngokofluss, nachdem er den 15. Grad östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) getroffen hat, den 2. Grad nördlicher Breite nicht mehr schneidet, so soll die Grenze dem Ngoko auf eine Strecke von 35 km östlich von seinem Schneidepunkt mit dem 15. Grade östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) folgen. Von dem östlich in dieser Weise festgelegten Punkte würde sie dann in gerader Linie wieder nach dem 2. Grade nördlicher Breite gehen und zwar nach demjenigen Punkte, wo dieser Grad den Sanga schneidet.

§ III. Wenn sich auf Grund neuerer, gehörig geprüfter Beobachtungen herausstellen sollte, dass die Lage von Bania, Gasa oder Kunde irrig angenommen ist, und wenn infolge dessen die Grenze, wie sie durch das gegenwärtige Protokoll festgelegt ist, sich bezüglich eines dieser drei Punkte um mehr als 10 Bogenminuten westlich des 15. Grades östlicher Länge von Greenwich (12 Grad 40 Minuten östlicher Länge von Paris) zurückschieben würde, so werden sich die beiden Regierungen ins Einvernehmen setzen, um zu einer Grenzberichtigung zu schreiten, durch welche Deutschland in dem fraglichen

Gebiete eine gleichwerthige Kompensation erhält. || Eine gleiche Berichtigung würde behufs Zubilligung einer Kompensation an Frankreich einzutreten haben, wenn sich herausstellen sollte, dass der Schnittpunkt des 10. Grades nördlicher Breite mit dem Shari die Grenze um mehr als 10 Bogenminuten östlich des auf der Karte bezeichneten Punktes verschiebt (17 Grad 10 Minuten östlicher Länge von Greenwich — 14 Grad 50 Minuten östlicher Länge von Paris).

§ IV. Was den Zugangspunkt zum Mayo-Kebbi betrifft, so besteht darüber Einverständniss, dass, wie auch die Lage dieses Punktes sich endgültig herausstellen wird, die Grenze die Ortschaften Bifara und Lame in der französischen Interessensphäre lässt.

§ V. Für den Fall, dass sich der Shari von Gulfeï bis zu seiner Einmündung in den Tschadsee in mehrere Arme theilen sollte, würde die Grenze dem schiffbaren Hauptarme bis zur Mündung in den Tschadsee zu folgen haben, mit dem Vorbehalte, dass diese Linie als endgültige nur dann anzusehen ist, wenn der Längenunterschied zwischen dem auf diese Weise am Südufer des Tschadsee erreichten Grenzpunkte und Kuka, der Hauptstadt von Bornu, welche als fester Punkt angenommen wird, einen Grad beträgt. Sollten spätere, gehörig geprüfte Beobachtungen ergeben, dass der Längenunterschied zwischen Kuka und jener Mündung von dem soeben angegebenen nach der einen oder der anderen Seite um mehr als 5 Bogenminuten abweicht, so soll durch ein freundschaftliches Uebereinkommen dieser Theil der Grenzlinie so abgeändert werden, dass die beiden Theile bezüglich des Zuganges zum Tschadsee und bezüglich der ihnen in dieser Gegend zuerkannten Gebiete solche Vortheile erhalten, welche gleichwerthig mit denjenigen sind, die ihnen durch die Grenzlinie zugesichert sind, wie sie auf der dem gegenwärtigen Protokolle anliegenden Karte eingezeichnet ist.

§ VI. Wo der Lauf eines Stromes oder Flusses als Grenzlinie bestimmt ist, wird der Thalweg des Stromes oder Flusses als Grenze angesehen.

§ VII. Die beiden Regierungen sind damit einverstanden, dass die gedachten Linien, durch welche die Grenze in dem gegenwärtigen Protokoll festgesetzt wird, nach und nach durch Grenzlinien ersetzt werden sollen, welche sich der natürlichen Gestalt des Geländes anpassen und durch genau bestimmte Punkte festgelegt sind, wobei darauf Bedacht genommen werden soll, dass bei den zu diesem Zwecke zu treffenden Vereinbarungen keiner der beiden Theile ohne gleichwerthige Kompensation für den anderen einen Vortheil erhält. || Als Anlage zum Protokoll vom 4. Februar 1894 genehmigt.

Die deutschen Bevollmächtigten:

Kayser.
von Danckelman.

Die französischen Bevollmächtigten:

Haussmann.
Monteil.

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Das gegenwärtige Abkommen wird ratifizirt und die Ratifikationsurkunden werden in Berlin innerhalb einer Frist von längstens sechs Monaten ausgetauscht werden.

Geschehen zu Berlin, den 15. März 1884.

Freiherr v. Marschall.
Jules Herbette.

Denkschrift zum Abkommen vom 15. März 1894.

Bereits im Frühjahr 1885 hatte die Kaiserliche Regierung zum Zwecke der Erweiterung der deutschen Besitzergreifungen in den Küstengebieten von Kamerun nach Osten und Norden hin die Entsendung zweier Expeditionen ins Auge gefasst. Die eine, welche in das nördliche Kamerunhinterland eindringen sollte, war dazu ausersehen, der Flegel'schen Adamauaexpedition entgegenzugehen, während die Ostexpedition, von der Batangaküste aus, möglichst weit in das südliche Hinterland von Kamerun vordringen und den Kongo oder einen seiner damals noch fast völlig unbekannten nördlichen Zuflüsse zu erreichen bestrebt sein sollte. || Die Regierung beabsichtigte in dieser Angelegenheit, soweit es irgend angängig war, im Einverständniss mit den in Kamerun thätigen Hamburger Handelsfirmen vorzugehen, welche ihrerseits, da sie Werth darauf legten, das Handelsgebiet namentlich an der bis dahin noch nicht völlig erforschten Küste und an deren unmittelbarem Hinterlande zu erweitern, die Unterstützung der Unternehmungen nach besten Kräften zugesagt hatten. || Die Auffindung geeigneter Expeditionsleiter bereitete der Ausführung dieser Pläne von vornherein grosse Schwierigkeiten und verzögerte die auch nur theilweise Ausführung derselben bis in das Jahr 1886 hinein. Die Führung der Nordexpedition wurde, nachdem der einzige aus früherer persönlicher Anschauung mit den Verhältnissen des Sudan und der Tschadseegebiete vertraute deutsche Reisende eine Betheiligung mit dem Hinweis auf seinen den Anstrengungen eines solchen Unternehmens nicht mehr gewachsenen Gesundheitszustand abgelehnt hatte, dem von geographischen Sachverständigen empfohlenen Dr. Schwarz übergeben. || Bekanntlich kam diese Expedition nicht über den oberen Mungo hinaus und verlief trotz Aufwendung erheblicher Mittel nahezu ohne jedes Ergebniss gleichwie die Expedition Flegel's nach Adamaua selbst. Die Südexpedition musste überhaupt, da es trotz längerer Verhandlungen nicht gelang, einen geeigneten Leiter zu finden, zunächst vertagt werden, was sich um so eher rechtfertigen liess, als sie im Hinblick auf das am 24. Dezember 1885 mit der französischen Republik getroffene Abkommen, welches die Südgrenze des Schutzgebietes bis zum 15.° östl. Gr. gegen schon damals zu befürchtende Uebergriffe sicherstellte, nicht so dringend nöthig schien, um die Gefahr zu laufen, dass ihr Schicksal einem in Afrika unerprobten Reisenden anvertraut würde. || Um die Mitte des Jahres 1885 langten die ersten Nachrichten nach

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Europa, dass der englische Missionar Grenfell mit seinem Dampfer „Peace“ einen grossen nördlichen Nebenfluss des Kongo, den Ubangi, entdeckt und bis zu 4° 30′ nördl. Br. befahren habe und dass durch diese Reise eine sehr bequeme Zugangsstrasse zu den Hinterländern des Kamerungebietes entdeckt sei. Die damalige „Afrikanische Gesellschaft in Deutschland“ machte in einer Eingabe vom 18. Januar 1886 an das Auswärtige Amt auf die Wichtigkeit dieser Entdeckung aufmerksam und erbat sich aus dem vom Reichstage bewilligten, damals im Reichsamt des Innern verwalteten Fonds „zur Förderung der auf Erschliessung Centralafrikas und anderer Ländergebiete gerichteten wissenschaftlichen Bestrebungen“ den Betrag von 60 000 bis 70 000 Mk. zur Beschaffung eines Dampfers und Ueberführung desselben auf den Kongo, sowie die Summe von 50 000 Mk. zur Begründung einer oder mehrerer Stationen an dem Ubangi und Erwerbung des Gebietes zwischen diesem Flusse und der Küste für Deutschland. || In der ausführlichen Begründung wurde von Seiten des Vorstandes der Gesellschaft auf die Nothwendigkeit eines schnellen Handelns zur Erreichung dieses Zieles hingewiesen, weil die französische Regierung die Erwerbung dieses Gebietes durch die Gebrüder de Brazza gleichfalls in Aussicht genommen habe. Kurze Zeit vor dieser Eingabe hatte der damals von seiner Kongoreise zurückgekehrte Dr. Zintgraff unter dem 11. Dezember 1885 eine Denkschrift an das Auswärtige Amt gerichtet, in der auch er auf die grosse Wichtigkeit der Grenfell'schen Entdeckung für die Erforschung und Erwerbung des Hinterlandes von Kamerun hinwies und auf die Vortheile, welche der Besitz eines Dampfers auf diesen Gewässern für die genannten Zwecke nach sich ziehen müsse. Er erbot sich gleichzeitig, seinen Vorschlag selbst zur Ausführung zu bringen und vom Ubangi aus nach dem Küstengebiete von Kamerun eine Expedition zu unternehmen. Dr. Zintgraff verlangte ausser den Kosten der Anschaffung und der Ueberführung des Dampfers einen Betrag von 50 000 Mk. zur Ausführung seines Planes. || Lieutenant C. v. François reichte etwas später einen ähnlichen Vorschlag ein, zu dessen Durchführung er einen Kostenaufwand von insgesammt 140 000 Mk. in Anschlag brachte. Es ist zweifellos, dass alle diese von drei verschiedenen Seiten gemachten und trotzdem übereinstimmenden Pläne eine grosse Kolonialpolitik der Zukunft von der Kameruner Küste aus im Auge hatten. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass bei Befolgung dieser Vorschläge das Recht der unmittelbaren Gegenwart zu kurz gekommen wäre. Die Theorie der Zukunft und die Praxis der Gegenwart — letztere durch die an der eben erworbenen Kolonie unmittelbar Betheiligten vertreten — standen einander gegenüber. Die Meinung derjenigen überwog, deren Handelsthätigkeit am Kamerunfluss überhaupt zu dem Erwerb des Schutzgebietes geführt hatte. Im November 1885 hatte sich die Kaiserliche Regierung in Rücksicht auf den Umstand, dass weite Strecken des Schutzgebietes Kamerun in nächster Nähe des Meeres noch unerforscht waren, schon dahin schlüssig gemacht, dass weitere Verwendungen aus dem Afrikafonds ausschliesslich für die Erforschung dieser

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Gebiete hergegeben und Forschungsreisen nach weiter im Innern belegenen völlig unbekannten Ländern als ohne Werth für die Zwecke des Handels und für die Ausnutzung der bestehenden Kolonie nicht mehr berücksichtigt werden sollten. || Die Afrikanische Gesellschaft, welche die Pläne Dr. Zintgraff's zu den ihrigen gemacht und dieselben lebhaft unterstützt hatte, wurde mit der Begründung, dass es Absicht der Regierung sei, die für die Afrikaforschung verfügbaren Reichsmittel zunächst auf die Erforschung des noch ganz unbekannten unmittelbaren Hinterlandes von Kamerun und Togo von der Küste aus zu verwenden, unter dem 2. März 1886 abschlägig beschieden. Der Bescheid hob noch besonders hervor, dass nach Ansicht anderweiter Sachverständiger die Erforschung des Hinterlandes von Kamerun zuvörderst am besten von der Küste aus unternommen werde. Dementsprechend wurden auch die Pläne von Dr. Zintgraff und Lieutenant v. François abgelehnt. || Der Kameruner Kolonialpolitik wurde durch diese Entscheidung eine Wendung gegeben, welche für das spätere Schicksal des Hinterlandes massgebend gewesen ist. Sie hat ihre guten Früchte insofern getragen, als der Handel einen unmittelbaren und grösseren Aufschwung erhielt, die Kolonie in kürzester Zeit ohne einen Zuschuss vom Reiche sich selbst erhalten konnte und schon fünf Jahre nach dem Erwerb durch Deutschland Einnahmen von mehr als einer halben Million aufzubringen und einen Waarenaustausch von nahezu 9 Millionen Mark herbeizuführen vermochte. Dagegen wurde jede Möglichkeit eines rechtzeitigen Eingreifens deutscher Forscher am Ubangi, die, wenn überhaupt, nur noch in jenem Abschnitt der Entdeckungsperiode des Kongobeckens ausführbar gewesen wäre, unwiederbringlich aufgegeben und die mit Hülfe von Dampfern, wie die Thatsachen später gelehrt haben, ungleich leichtere Erschliessung des Hinterlandes von Kamerun vom Kongo aus abgelehnt. Die Beweggründe der Regierung im Jahre 1886 waren durch den praktischen und unter den obwaltenden Verhältnissen mit Recht für sie in kolonialen Dingen massgebenden Sinn der Kameruner Betheiligten beeinflusst, welcher, wie bemerkt, mehr darauf gerichtet war, für die Gegenwart einen Vortheil aus dem noch unerforschten Küstengebiete zu ziehen, als für eine anscheinend weit entfernte und gänzlich ungewisse Zukunft durch unsichere, in ihrem Ausgang zweifelhafte Expeditionen Vorkehrungen für eine Erweiterung und Sicherstellung der Grenzen des Schutzgebietes zu treffen. Die Afrikanische Gesellschaft sah sich sehr bald infolge der Entziehung der Beihülfe aus dem Afrikafonds zur Einstellung ihrer Thätigkeit und zur Auflösung veranlasst, während Dr. Zintgraff behufs Erforschung der im Kamerungebiet mündenden Flüsse Verwendung im Reichsdienste fand. || Das aus den Hamburger Firmen gebildete, der Regierung als Rathgeberin dienende sogenannte Kamerunsyndikat hatte sich, zu einer gutachtlichen Aeusserung über die zunächst in Angriff zu nehmenden Gebiete aufgefordert, für eine Reihe einstweilen nicht weiter als etwa 50 englische Meilen landeinwärts dringender Expeditionen zur planmässigen Erforschung der für Handel und Plantagenbau wichtigen Gebiete von Kamerun ausgesprochen und die

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Unterstützung solcher Expeditionen seinerseits durch Ueberlassung von Waaren zum Selbstkostenpreise zugesagt. || Zu dieser „allmählichen und gründlichen Erforschung von Kamerun“ griff man im Jahre 1887 auf die Gründung einer wissenschaftlichen Station zurück, zu der noch die Afrikanische Gesellschaft unter dem 12. Mai 1886 die Anregung gegeben und zu deren Leitung sie den nachmaligen Hauptmann Kund nach dessen Rückkehr von seiner erfolgreichen Reise im südlichen Kongobecken weiterhin in Vorschlag gebracht hatte. Die Geschicke der Kundschen Batangaexpedition sowie der auf sie bis zur Gegenwart gefolgten zahlreichen weiteren Unternehmungen, welche die Erschliessung des Hinterlandes von Kamerun zum Zweck und zur Aufgabe hatten, sind aus den Veröffentlichungen der erstatteten Berichte im Deutschen Kolonialblatt, in den Mittheilungen aus den deutschen Schutzgebieten, sowie aus sich daran anschliessenden anderweitigen Veröffentlichungen allgemein bekannt. Es genügt und ist erforderlich, an dieser Stelle einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Reihe dieser Unternehmungen zu geben, um zu zeigen, wie sie, trotzdem durch sie Vieles für die Aufhellung der geographischen Verhältnisse des unmittelbaren Kamerun-Hinterlandes in dankenswerther Weise geschehen ist, ihr politisches Ziel, soweit es auch noch auf eine erhebliche Erweiterung des deutschen Machtgebietes gerichtet war, nicht zu verwirklichen vermochten. || Mit zäher Thatkraft gelang es der Kundschen Expedition, zum ersten Male die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die um die alleinige Ausübung des Zwischenhandels besorgte Küstenbevölkerung und der die Küstengebiete von den Savannengebieten des inneren Hochlandes trennende Urwaldgürtel dem Vordringen der Expedition in den Weg legten. || Die Expedition vermochte in östlicher Richtung längs des Nyong bis auf etwa 12° 30′ östl. Gr. vorzudringen. Aus welchen Ursachen die Expedition veranlasst wurde, den weiteren Vorstoss in der gleichen Richtung aufzugeben und mehr nach Nordosten hin in einem kurzen Marsch vorzudringen, geht aus den vorläufigen Berichten des Expeditionsführers nicht mit Deutlichkeit hervor. Die schwere Zerrüttung seiner Gesundheit gab Kund später keine Möglichkeit mehr, sich eingehend über die Gründe seiner Umkehr am oberen Nyong zu äussern. Zwar wurde bei dem beabsichtigten Vorstoss nach Adamaua der Sannaga erreicht. Die durch Missverständnisse und Mangel an Dolmetschern hier eintretenden kriegerischen Verwickelungen mit den Eingeborenen brachten indess das Vorgehen nach dieser Richtung bald zum Stillstand. Bei dem Versuche, vom Sannaga in möglichst gerader Richtung nach Kamerun zurückzukehren, brach in Gestalt des Ueberfalles der Expedition durch die Bakokos das Unglück über das anfänglich so aussichtsvolle Unternehmen herein. Die schweren Verwundungen, welche Hauptmann Kund ebenso wie sein Gefährte Lieutenant Tappenbeck bei dieser Gelegenheit erlitten, wirkten auch in der Folge lähmend auf den Weitergang der ganzen Expedition. Zwar gelang es den Anstrengungen Lieutenant Tappenbecks im Jahr 1889 durch Ausbau der Yaúndestation im Binnenlande festen Fuss zu fassen; aber sein im Juli erfolgter Tod setzte seiner Thätigkeit ein

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

jähes Ende, und auch das aufopfernde Eingreifen des selbst noch unter den Einflüssen des Klimas schwer leidenden Hauptmanns Kund vermochte die Lage nicht zu bessern. Schwer erkrankt musste er im Oktober 1889 nach kurzer Anwesenheit an der Küste den Schauplatz seiner Thätigkeit für immer verlassen. An seine Stelle trat der jetzige Hauptmann Morgen, welcher zunächst der Yaúndestation Ersatz brachte, bei seinem Rückmarsch zur Küste den Unterlauf des Sannaga erforschte und dann im Juni 1890 zu einer zweiten Expedition von der Küste aufbrach, die ihn über Yaúnde und den Sannaga in das Herz von Adamaua nach Tibati brachte. Die eigenthümlichen Verhältnisse in den mittelafrikanischen Reichen, welche es einem Reisenden nicht gestatten, das Bereich eines solchen Herrschers zu durchziehen, ohne zunächst den Wohnsitz desselben aufgesucht zu haben, wurden auch für die Morgensche Expedition insofern zum Verhängniss, als sie ihr nicht erlaubten, so weit als möglich nach Osten zu ziehen, sondern sie nach Norden über das Kriegslager des Tibatiherrschers nach Banyo und Ibi zum mittleren Benuë ablenkten. || Auch vom nördlichen Theil des Schutzgebietes aus war während dieser im Süden sich abspielenden Vorgänge Dr. Zintgraff bemüht gewesen, gegen Adamaua vorzudringen. Schritt für Schritt war dieser Reisende in den Jahren 1888/89 nach der Gründung der Barombi-Station gegen Nordost vorgedrungen, hatte im Baligebiete Fuss gefasst und war von da aus bestrebt gewesen, Adamaua zu erreichen. Aber auch er wurde bei diesem Zuge nach Westen abgedrängt und erreichte den Benuë über Takum in Ibi auf unbestritten englischem Gebiete. Auf dem von dort über Land angetretenen Rückwege nach Baliburg wurden solche Ergebnisse, welche im Sinne einer Befestigung der deutschen Ansprüche auf Adamaua hätten verwerthet werden können, nicht erreicht. Von einer Ausdehnung der deutschen Interessensphäre nach Osten über den 15.° östl. Gr. war überhaupt keine Rede mehr. Das zweite mit Aufwendung noch erheblicherer Mittel in der zweiten Hälfte des Jahres 1890 von Dr. Zintgraff im Balilande begonnene Unternehmen, von dem die Erreichung des Sharigebietes erhofft wurde, schlug infolge der kriegerischen Verwickelungen, in welche die Expedition durch den Balihäuptling hineingezogen wurde, fehl und endete 1893 mit der gänzlichen Aufgabe der im nördlichen Kamerungebiete ins Werk gesetzten Unternehmungen, die ihr Endziel immer auf Adamaua und den Tschadsee gerichtet hatten. || Die von der Morgenschen Adamauaexpedition heimgebrachten Nachrichten und die Meldungen über die Fortschritte französischer Forschungsreisenden in jenen Gebieten, welche in den deutschen kolonialen Kreisen als das natürliche Hinterland von Kamerun betrachtet wurden, drängten dazu, unverzüglich, auf die von der genannten Expedition erzielten Ergebnisse fussend, eine neue, möglichst starke Expedition in das Hinterland von Kamerun zu entsenden. Zum Führer derselben, welche für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich reich mit Mitteln versehen war, wurde der in Ostafrika bewährte Hauptmann Freiherr v. Gravenreuth ausersehen. Sein frühzeitiger Tod vor Buëa im Kamerungebirge und die bei der Anwerbung

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

der für die Expedition bestimmten Träger und Soldaten begangenen schweren Missgriffe beraubten auch dieses Unternehmen der gehofften Erfolge: Der Nachfolger des Freiherrn v. Gravenreuth, der in Ostafrika bewährte Kompagnieführer in der dortigen Schutztruppe, Ramsay, vermochte mit den sehr geschwächten Mitteln der Expedition und den grösstentheils sehr wenig brauchbaren Trägern nicht über Balinga und Yaúnde vorzudringen. || Im Hinblick auf die immer näher rückende Gefahr, durch die englischen und französischen Bestrebungen das Schutzgebiet Kamerun im Nordosten von seiner Verbindung mit dem Tschadsee und dem Shari abgeschnitten zu sehen, entschloss sich die Kaiserliche Regierung, unter Aufbietung der noch übrig gebliebenen Mittel noch einen letzten Versuch zu machen, um durch die Entsendung einer neuen Expedition von Balinga nach Nordosten gegen Yola den drohenden Verlust abzuwenden. Sie beauftragte im November 1892 den Gouverneur in Kamerun, mit dem für andere Zwecke im Schutzgebiete verwendeten jetzigen Rittmeister v. Stetten wegen Uebernahme dieser neuen Expedition unter Benutzung der von den früheren Unternehmungen noch vorhandenen Vorräthe in Verbindung zu treten. Im Februar 1893 war v. Stetten bereits nach Balinga unterwegs. Er gerieth bei seinem Weitermarsch nach Nordosten auf dem Morgenschen Wege in die gleiche Zwangslage wie seine Vorgänger, den Herrscher von Tibati in seinem Kriegslager aufsuchen zu müssen, so dass er infolge dessen von dem Marsch nach Ngaundere weiter gegen Norden abgelenkt wurde. Wegen der höchst zweideutigen, ja verrätherischen Haltung des Tibati-Sultans der Expedition gegenüber konnte v. Stetten nur durch einen kühnen, das Schicksal der Expedition aufs Spiel setzenden Handstreich sich der Gewalt dieses Herrschers entziehen und Yola noch kurz vor Eintreffen der den Benuë heraufkommenden französischen Expedition des Schiffslieutenants Mizon erreichen. Sein Gesundheitszustand und die durch die Vorgänge in Tibati bewirkte wesentliche Herabminderung seiner Mittel gestatteten ihm nicht, von Yola aus weiter nach Osten vorzudringen. Er musste über den Benuë und Niger zur Küste zurückkehren. Unterwegs begegnete ihm die von dem 1892, angesichts der immer bedrohlicher sich gestaltenden Verhältnisse im Kamerunhinterlande ins Leben getretenen Deutschen Kamerunkomité ausgerüstete v. Uechtritzsche Expedition, welche dank den Empfehlungen und Nachrichten, welche sie durch die v. Stettensche Expedition erhielt, in Yola eine freundlichere Aufnahme fand. || Mitte des Jahres 1893 war die Sachlage die, dass trotz aller im Vorstehenden kurz geschilderten Anstrengungen der Kaiserlichen Regierung, trotz Aufwendung von sehr erheblichen Beträgen und trotz der schmerzlichsten Verluste an Menschenleben keine einzige deutsche Expedition ausser der ihr für die Erforschung des unmittelbaren Hinterlandes gestellten Aufgabe die weitere auf die Vergrösserung der deutschen Interessensphäre gerichtete gelöst hatte. Im Süden war keine über 12° 30′ ö. L. vorgedrungen, und auch im Norden war das seit 1886 im englischen Besitz befindliche Yola der äusserste nach Osten zu erreichte Punkt geblieben; der 15.° ö. Gr. war nicht berührt, geschweige

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

denn überschritten worden. || Von deutschen Privatunternehmern war in dieser siebenjährigen Periode, abgesehen von der in zwölfter Stunde entsandten Expedition v. Uechtritz, überhaupt nichts geschehen. Jede von der Regierung gegebene Anregung war gescheitert. Handelszüge waren zu gefahrvoll und boten nicht den entsprechenden Gewinn, der zu den Aufwendungen im Verhältniss gestanden hätte. Die in Kamerun am meisten betheiligten Hamburger Kaufleute verhielten sich aus den bereits erörterten Gründen, und ihrem von Anfang an in dieser Frage eingenommenen Standpunkt entsprechend, seit Jahren wie noch heute gegen alle auf das ferne Hinterland von Kamerun bezüglichen Pläne vollständig ablehnend. Die öffentliche Meinung im Reiche war nicht so mächtig, um, wie in ähnlichen Fällen in Frankreich nach dem Untergange der Crampelschen Expedition, unverzüglich aufs Neue weitere gleiche Unternehmungen zu Stande zu bringen. Im Gegentheil ist die Bildung der Uechtritzschen Expedition, die in richtiger Erkenntniss und in kluger Benutzung der gemachten Erfahrungen nur mit Unterstützung der Royal-Niger-Company zu einem Ergebniss gelangen konnte, in dem Schoosse der massgebenden kolonialen Kreise aus diesem Grunde auf den erheblichsten Widerstand gestossen. In diesen wollte man Unternehmungen zur Sicherung des Hinterlandes überhaupt nicht mehr machen und Geldmittel nur noch zu einer wissenschaftlich planmässigen Erforschung des Schutzgebietes selbst bewilligen. || Die von englischer Seite her drohende Ueberflügelung und Abschneidung vom Tschadsee war zwar durch das Abkommen vom 15. November 1893 beseitigt. Es muss hervorgehoben werden, dass das hierdurch für Deutschland erzielte günstige Ergebniss ausschliesslich die Frucht diplomatischer Verhandlungen war, welche die der Royal-Niger-Company durch die Expedition Mizon drohenden Gefahren zu benutzen verstanden. Denn während diese Gesellschaft Jahre lang von Station zu Station vorgedrungen war und unter Aufwendung der erheblichsten Kosten bis nach Bornu hinein festen Fuss gefasst hatte, konnte die deutsche Regierung sich weder auf Erwerbstitel irgend welcher Art, noch auf deutsche Unternehmungen berufen. Dass das mit England geschlossene Abkommen Ansprüche Frankreichs hervorrufen müsste und würde, war nicht einen Augenblick zweifelhaft. Dieser Gesichtspunkt ist oft genug in kolonialen Versammlungen wie in förmlichen Beschlüssen des Kolonialraths zum Ausdruck gelangt. Denn die Gefahr, welche von dem französischen kolonialen Unternehmungsgeist dem Hinterlande von Kamerun drohte und welche die kaiserliche Regierung seit dem Scheitern der Kundschen Expedition keinen Augenblick verkannt hatte, war im Laufe der Zeit gewachsen. Es kam hinzu, dass die den französischen Expeditionen gestellten Aufgaben sehr viel leichter gewesen sind, als es die von den Deutschen zu lösenden waren. Während die französischen Reisenden, um in das Innere zu gelangen, auf weiten Strecken sich schiffbarer Flüsse bedienen konnten, mussten vermöge der geographischen Lage des Schutzgebietes, bei dem Mangel an schiffbaren bis an den Tschadsee führenden Flüssen und mit Rücksicht darauf, dass man im Jahre 1885 den Plan, ebenfalls vom Kongo

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

und Ubangi aus in das östliche Hinterland von Kamerun vorzudringen, ein für alle Mal aufgegeben hatte, die deutschen Forschungsreisenden sich ihren Weg zu Lande suchen, wo sie mit den Gefahren des Klimas, wie mit den Tücken der Eingeborenen und mit den Hindernissen der tropischen Urwaldnatur gleichzeitig zu kämpfen hatten. Wo die deutschen Expeditionen mit ihren Mitteln und Kräften zu Ende waren, da konnten die französischen ihr Werk mit Menschen, die durch keinen monatelangen Landmarsch geschwächt, sondern so gut wie frisch waren, erfolgreich beginnen. Der abgesehen vom Kongo und Ubangi den Deutschen noch zugängliche Wasserweg auf dem Niger konnte angesichts des Umstandes, dass die Royal-Niger-Company vor Abschluss des Abkommens mit England am 15. November v. J. in jeder nichtenglischen Expedition einen ihr unbequemen Mitbewerber sah, den zu fördern von ihr nicht erwartet werden konnte, für Deutschland nicht verwerthet werden. Eine jede deutsche Expedition lief bei der Natur der in Betracht kommenden Verhältnisse Gefahr, zu scheitern, auch ohne dass es möglich gewesen wäre, immer ein fremdes Verschulden nachzuweisen. || Seit 1880 war am Kongo im französischen Interesse Savorgnan de Brazza thätig, dem Frankreich es verdankte, dass es am Stanleypool und Kongo unter theilweiser Ueberflügelung des Stanleyschen Unternehmens festen Fuss fassen, und dass es binnen wenigen Jahren einen ausgedehnten Zuwachs an kolonialem Gebiete zwischen seinen alten Besitzungen am Gabun und dem Kongo unter der Bezeichnung „Congo français“ aufweisen konnte. Schon im Jahre 1886 liegt Frankreich im Streit mit dem belgischen Kongounternehmen über die Begrenzung der gegenseitigen Interessensphären an der Hauptwasserader des äquatorialen Afrika, und am 29. April 1887 wird in Brüssel nach langen vergeblichen Unterhandlungen ein Protokoll zwischen dem Kongostaate und Frankreich unterzeichnet, welches in Vervollständigung eines früheren Vertrages vom 5. Februar 1885 jedenfalls das Eingreifen einer dritten Macht am Ubangi ausschloss. || Bereits im November 1887 hat Frankreich auf dem Kongo drei Dampfer zur Verfügung, und es erfolgt die Gründung des ersten Militärpostens am Ubangi durch den Kolonialbeamten Dolisie, nachdem schon im Mai 1887 dieser Fluss zum ersten Mal von einem französischen Dampfer befahren worden war. Während des mehr als zwei Jahre langen Aufenthaltes de Brazzas in Europa (1888 bis 1890) blieben die französischen Fortschritte in diesen Gebieten gering. Mit seiner im Mai 1890 erfolgten Rückkehr nach dem Kongo wurde die Erforschung des Landes mit allen Mitteln wiederaufgenommen. Frankreich verfügte bereits in jener Zeit über einen Stab von tüchtigen Reisenden, die sich bei der Erforschung des Ogowe- und Kuilugebietes reiche Erfahrungen gesammelt hatten. Einer dieser Beamten, Cholet, unternahm im April 1890 an Bord des Dampfers „Ballay“ eine erste Erforschungsfahrt auf dem bis dahin ganz unbekannten Sanga, die ihn bis zum Zusammenfluss des Ngoko mit dem Sanga führte. Vom 4. bis 19. Mai 1890 wurde dieser etwa 200 m breite Fluss, soweit er damals befahren werden konnte, erforscht. Die Choletsche Entdeckung und ihre Bedeutung für eine Aus-

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

dehnung des französischen Kolonialbesitzes nach Norden gegen den Tschadsee hin wurde alsbald von Frankreich richtig erkannt. Bereits im Februar 1891 sind die Beamten Fourneau und Gaillard mit zwei Dampfbooten an der weiteren Erforschung des Sanga und seiner Nebenflüsse thätig. Die Schiffbarkeit des Ngoko wird bis zu einem Punkt unter 2° 3′ n. Br. und 14° 53′ ö. L. ermittelt und der Sanga weiter nach Norden befahren. Hier wird festgestellt, dass sein Oberlauf durch zwei Flüsse, den Lekela (Mambere) und Massiepa, gebildet wird, die beide bis zu einer nördlichen Breite von etwas über 3° 30′ erforscht werden. An dem Zusammenfluss des Ngoko mit dem Sanga wurde ein französischer Posten gegründet, und Fourneau gelang es, über Land bis über den 5.° n. Br. hinaus an die Grenzen von Adamaua vorzudringen. || Den Forschungspionieren folgten alsbald französische, belgische und holländische Kaufleute, welche in diesem Gebiete Faktoreien anlegten. Vom November 1891 an nahm de Brazza die Ausdehnung des französischen Einflusses am Sanga selbst in die Hand. An der Stelle des oberen Sanga, wo bedeutende Schnellen die Befahrbarkeit des hier Mambere genannten Stromes mit grösseren Booten unmöglich machen, wurde etwa unter 4.° n. Br. der Posten Bania errichtet. Es gelang de Brazza, seinen kleinen Dampfer „Courbet“ über diese Schnellen hinwegzubringen und weiter nördlich eine zweite Station, Djambala, zu gründen. Hierauf wandte er sich der Erforschung des westlichen Sangaarmes, des Massiepa, zu. Hier war es, wo er am 4. April 1892 mit Lieutenant Mizon zusammentraf. Mizon war im Dezember 1891 von Yola nach Süden aufgebrochen, von einer kleinen Truppe von 8 Mann begleitet, und hatte, auf einem ungewöhnlich schnellen Zuge von Ngaundere aus auf der von Flegel bereits erkundeten Strasse das ganze südöstliche Adamaua durchquerend, über Kunde und Gasa den französischen Posten Djambala erreicht. || Die Mizonsche Expedition war durch Privatkreise ermöglicht worden. Seit Ende des Jahres 1890 wurde der französische Unternehmungsgeist mehr und mehr thätig, um beträchtliche Geldmittel für die Fortführung des französischen Kongogebietes bis zum Tschad und seine territoriale Vereinigung mit dem französischen Sudan zu beschaffen. Unter dem Namen „Comité de l'Afrique française“ hatte eine aus allen Ständen und Berufsarten sich zusammensetzende Gesellschaft im November 1890 sich gebildet, welche den Zweck verfolgte, alle französischen Besitzungen Nord- und Westafrikas durch Erschliessung und Erwerbung des Innern unter sich zu verbinden und den französischen Kongobesitz nördlich bis zum Tschadsee auszudehnen. Die erste Frucht dieser Bestrebungen war die Entsendung der Expedition Crampel im Jahre 1890, welche den ausgesprochenen Zweck verfolgte, von Ubangi aus in das Sharibecken und zum Tschadsee vorzudringen. Ihr folgte im Jahre 1891 mit dem gleichen Zweck in dasselbe Gebiet die Expedition Dybowski. Waren auch beide Expeditionen nicht vom Glück begünstigt und wurde die Expedition Crampel sogar vernichtet, so führten doch beide Unternehmungen eine Stärkung der französischen Stellung am Ubangi durch die von ihnen ausgehende Anlage neuer Stationen und Posten herbei. Da sich

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

die Dybowskische Expedition als nicht genügend stark für ein selbständiges Vorgehen erwies, wurde von dem Comité de l'Afrique française im August 1891 eine öffentliche Sammlung für eine neue, stark ausgerüstete Expedition eröffnet, welche den Tod Crampels rächen und sein Werk fortführen sollte. || Schon wenige Wochen später hatte das Komité für seine Pläne 130 000 Francs gesammelt*) und konnte die Expedition Maistre entsenden, welche, im März 1892 in Brazzaville am Stanley-Pool angekommen, von dort nach dem oberen Ubangi fuhr und von hier den oberen Shari erreichte. Längs dieses Flusses nach Norden ziehend, bog sie unter dem 9. Grad nördl. Br. nach Westen ab und erreichte im März 1893 Yola, auf ihrem Marsche überall Verträge mit den Eingeborenen schliessend, welche das durchzogene Gebiet Frankreich sichern sollten. Diese Verträge haben gegen Westen bis in das vom 15. Grad östl. Gr. durchschnittene Gebiet die Zustimmung des Staatsoberhauptes erhalten und waren formell wie materiell unanfechtbar. Mittlerweile blieb de Brazza, der in der Station Bania sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, nicht unthätig. Durch Anlegen neuer Stationen, wie in Gasa, und durch andauernde Entsendung kleinerer Expeditionen wurde die französische Herrschaft im ganzen Becken des oberen Sanga und seiner Quellflüsse, des Kadei oder Massiepa und des Lekela oder Mambere, befestigt; der Dampfer „Courbet" drang auf dem letzteren Fluss bis über 5 Grad nördl. Br. vor; mit dem Sultan von Ngaundere wurden Beziehungen angeknüpft und durch die Entsendung des Beamten Ponel dorthin diese noch fester zu gestalten gesucht. || Auch Mizon erschien wenige Tage nach dem Eintreffen der v. Stettenschen Expedition von Neuem in Yola, um seine Bestrebungen im Interesse Frankreichs wiederaufzunehmen. Ihm gelang es, mit dem Emir ein Uebereinkommen zu treffen, das zwar infolge der eingetretenen Verhandlungen staatlich nicht anerkannt ist, aber auf nichts Anderes als auf einen förmlichen Schutzvertrag mit Frankreich hinauslief. || Die vorstehende kurze Aufzählung des in jahrelangem Wettstreit durch die Entsendung zahlreicher Expeditionen und Aufwendung sehr erheblicher Geldmittel auf deutscher und auf französischer Seite Erreichten lässt erkennen, dass bei Erweiterung der Einflussgebiete der Vortheil nicht auf deutscher Seite lag. Die staatliche Klugheit wie das koloniale Interesse erheischten es, darauf zu sinnen, wie durch diplomatische Verhandlungen der Schaden abgewendet werden könnte, der durch die mangelnden Ergebnisse deutscher Expeditionen und durch das Zurücktreten deutschen privaten Unternehmungsgeistes auf diesem Gebiet einerseits und durch das Vordringen französischer Expeditionen und das reichlich fliessende französische, von Staat und Privaten aufgewendete Kapital andererseits einer weiteren Ausdehnung des deutschen Einflusses schon über einen mässigen Küstengürtel hinaus drohte. || Anlässlich des Erwerbes der ostafrikanischen, zum Sultanat von Zanzibar gehörigen Küste im Jahre 1890 durch Deutschland, worin Frankreich eine Verletzung des auch von ihm unterzeichneten

*) Ende 1892 betrug diese Summe 257 000 Francs.

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Garantievertrages vom Jahre 1862 sah, wurde französischerseits eine Abgrenzung der Gebiete von Kamerun und des Congo français auf der Grundlage des Zutrittes der beiderseitigen Gebiete zum Südufer des Tschadsees angeregt. || Die Kaiserliche Regierung ging in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung auf diesen Vorschlag nicht ein, weil nach ihrer Auslegung der Zugang zum Tschad Deutschland bereits durch das Uebereinkommen vom 24. Dezember 1885 gesichert erschien und sie östlich des 15. Grades auf ein Gebiet nicht verzichten wollte, das noch von keinem Staate in Besitz genommen war und das noch der Aktion eines jeden offen stand. Bei diesem Standpunkt theilte die Kaiserliche Regierung wiederum in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung die Hoffnung, dass es den deutschen Expeditionen gelingen werde, über den 15. Grad östlich vorzudringen, und sie war zu dieser Hoffnung um so mehr berechtigt, als zu diesem Zweck um dieselbe Zeit die grosse Gravenreuthsche Expedition nach Kamerun entsandt war. Infolge dieser Ablehnung wurden die Verhandlungen über diese Frage auf beiderseitigen Wunsch hin vertagt. || Einerseits die Fortschritte der französischen Unternehmungen am Sanga und Ubangi, in einem Gebiete, das nach den Grundsätzen des kolonialen Völkerrechts ebenso wie nach allgemeiner in Deutschland und Frankreich herrschender Meinung herrenlos war und das als solches derjenigen europäischen Macht zufallen musste, welche zuerst einen entsprechenden politischen Einfluss ausüben würde, — andererseits aber der Umstand, dass die deutschen Expeditionen von der Küste nicht allzuweit in das Innere Kameruns zu gelangen vermochten, mussten im Laufe der nächsten Jahre der deutschen Regierung, wie dies auch seitens des Kolonialraths und der kolonialen Kreise wiederholt gewünscht wurde, den Gedanken nahe legen, die diplomatischen Verhandlungen mit Frankreich bei einem neuen Anerbieten nicht wieder abzulehnen. Dieselben wurden im wohlverstandenen kolonialen Interesse zur Nothwendigkeit, als es auch der v. Stettenschen Expedition nicht gelungen war, über den 15. Grad östl. Gr. hinaus vorzudringen. Die Gefahr wurde um so dringender, als bekannt wurde, dass seit Mitte 1893 zwei neue mit sehr erheblichen Mitteln ausgestattete französische Expeditionen vom Kongo her im Anzuge nach dem Tschadsee sich befänden. || Die Möglichkeit, dass unter diesen Verhältnissen noch eine Verschiebung zu Gunsten Deutschlands eintreten werde, war fast ganz verschwunden. Der für die wissenschaftliche Erforschung Afrikas ausgesetzte Fonds, an sich schon nicht genügend für die mannigfachen Zwecke, denen er zu dienen hat, reichte auch nicht im Entferntesten aus, um die Kosten einer hinreichend starken und gut ausgerüsteten wissenschaftlichen Expedition, die gleichzeitig mit politischen Aufgaben betraut werden konnte, zu decken. Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches war, wie sich überdies aus geeigneten Erkundigungen ergab, nicht die geringste Aussicht vorhanden, dass der Reichstag die bisherige massvolle Kolonialpolitik verlassen und zu einer unbegrenzten Ausdehnung erhebliche Mittel für Expeditionen ins Hinterland von Kamerun bewilligen werde. Privatkreise hatten schon ge-

nügende Schwierigkeiten gehabt, um die Uechtritzsche Expedition auf den Weg zu bringen. Die Möglichkeit, in der kürzesten Zeit und noch im Herbst des Jahres 1893 nach Rückkehr der Stettenschen Expedition Gelder für eine zweite grosse auf dem Wege öffentlicher oder privater Sammlung zusammenzubringen, nachdem die erste unter erschwerenden Umständen zu Stande gebracht war, erschien auch den wärmsten Fürsprechern dieses Gedankens ausgeschlossen. Die Möglichkeit etwaiger Erfolge der kleinen Uechtritzschen Expedition war nicht zu bestreiten, obwohl die Geringfügigkeit ihrer Mittel gespannte Hoffnungen nicht zulässt. || Was bis jetzt von Nachrichten und Ergebnissen dieses Unternehmens vorliegt, bestätigt, dass das deutsche Kamerunkomité bei der Auswahl der Mitglieder der Expedition sehr glücklich gewesen ist. Verdankt man doch dem zweiten Theilnehmer derselben, Dr. Passarge, ausser anderweitigen werthvollen wissenschaftlichen Beobachtungen und Berichten über das Gebiet des Benuë die erste zuverlässige Ortsbestimmung von Yola, welche das Kartenbild dieses Theiles von Afrika nicht unwesentlich geändert hat und die, wie sich aus einer Mittheilung der französischen Regierung ergiebt, durch die mittlerweile stattgehabte Berechnung der Mizonschen Beobachtungen in Yola ihre Bestätigung gefunden hat. Schon hat die Expedition, noch bevor sie das im Aufstande und in schweren inneren Kämpfen befindliche Baghirmi erreicht hat, den ihr von den Eingeborenen bereiteten Widerstand mit Waffengewalt niederschlagen und sich behufs Einschlagung eines andern Weges eine Zeit lang wieder zurückziehen müssen, so dass ihr Schicksal durchaus nicht gesichert erscheint. Jedenfalls aber wird nach der hoffentlich glücklichen Rückkehr der beiden Reisenden die Kaiserliche Regierung dank diesem Privatunternehmen in der Lage sein, durch die zu erwartenden weiteren Berichte und Mittheilungen der Herren v. Uechtritz und Dr. Passarge über die thatsächlichen Verhältnisse und die Hülfsquellen der nunmehr für Deutschland gesicherten Gebiete östlich vom Benuë bestens unterrichtet zu werden, um dann auf Grund dieser Nachrichten weitere Massnahmen im Interesse der Verwerthung dieser Gebiete treffen zu können. || In Erwartung etwaiger politischer Erfolge der Expedition Uechtritz aber unthätig zu bleiben, würde, wie einer ihrer Förderer selbst hervorhob, demjenigen gleichkommen, der einen sicheren, aber massvollen Vortheil aufgiebt und diesem gegenüber eine unsichere und ungewisse Hoffnung auf einen grösseren Gewinn vorzieht; so handelt ein Spieler, aber kein treuer Haushalter. Auch hatten die an diesem Unternehmen betheiligten Männer und Kreise sich schon dadurch um die koloniale Sache verdient gemacht, dass man in Frankreich mit einiger Besorgniss auf diese Expedition blickte und daher mehr als bisher zu Verhandlungen und zu einem Entgegenkommen bereit erschien. Besonders aber die wirthschaftlichen Interessen des Schutzgebietes Kamerun liessen den Abschluss einer Vereinbarung mit Frankreich dringend wünschenswerth erscheinen. Mit den Expeditionen war — nach einer auch in Ostafrika gemachten Erfahrung — eine grosse Beunruhigung der eingeborenen Stämme eingetreten

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

und eine Erschütterung des Handelsverkehrs mit der Küste erfolgt. Durch ein Abkommen musste für die Gegenwart in den Bestrebungen der beiden Mächte im Kameruner Hinterland eine gewisse Beruhigung gewonnen und der von rein kolonialem Standpunkt nicht hoch genug zu schätzende Vortheil geschaffen werden, alle zur Verfügung stehenden Kräfte und Mittel auf die wirthschaftlichen Interessen und auf die Entwickelung der Hülfskräfte der grossen und fruchtbaren Kolonie zu verwenden. Eine wesentliche Bedingung war, unter allen Umständen nur ein solches Abkommen zu treffen, welches auch für die Zukunft die Möglichkeit wirthschaftlicher Bethätigung in den streitigen Gebieten Deutschland auf alle Fälle sicherte. || Als es bekannt geworden war, dass die Orte Gasa und Kunde, welche nach den deutschen Karten im unzweifelhaft deutschen Schutzgebiete lagen, von französischen Expeditionen besetzt worden waren, legte die Kaiserliche Regierung hiergegen in Paris Verwahrung ein und bemühte sich, schleunigst mit England zu einer Vereinbarung zu gelangen, welche die Ernstlichkeit ihrer Absicht, bis zum Tschadsee das Hinterland zu erstrecken, deutlich erkennen liess. || An diesen Protest und an die französischerseits gegen den Abschluss des Abkommens vom 15. November 1893 in Berlin und London eingelegte Verwahrung knüpften sich die am 6. Dezember 1893 zwischen deutschen und französischen Bevollmächtigten begonnenen Verhandlungen. || In dieselben trat Deutschland mit der Rechtsauffassung, welche auch von der Kaiserlichen Regierung der französischen gegenüber stets und bestimmt zum Ausdruck gebracht war, ein, dass nach dem Abkommen vom 24. Dezember 1885 sämmtliche Gebiete westlich des 15.° ö. Gr. bis zum Tschadsee zur deutschen Interessensphäre gehörten, dass deshalb das Vordringen der Franzosen nach Gasa, Kunde und Ngaundere eine Vertragsverletzung in sich schlösse und es sich nur um Verständigung über die Gebiete östlich des erwähnten Längengrades handeln könnte. Dieser Standpunkt wurde nicht aufgegeben. Französischerseits war einer solchen Auslegung des Abkommens vom 24. Dezember 1885 stets widersprochen worden. Man hob hervor, dass es sich damals nur darum gehandelt habe, für die Ausbreitung der beiderseitigen Herrschaft von der Küste aus ein gewisses freies Hinterland zu erhalten, und dass man deshalb, da nur eine Demarkationslinie gezogen sei, prüfen müsse, wie weit diese Herrschaft zu begründen in der Absicht der vertragschliessenden Theile gelegen habe. In dieser Hinsicht wurde geltend gemacht, dass zur Zeit des Abschlusses des deutsch-französischen Abkommens von 1885 die alleinige Westgrenze des deutschen Schutzgebietes Kamerun nach der damaligen Uebereinkunft mit England im Nordwesten nur bis zu den Stromschnellen des Alt-Kalabar-Flusses gereicht habe. Dieses englische Abkommen gebe einen festen Anhalt zur richtigen Auslegung der deutsch-französischen Vereinbarung. Denn nach der Theorie des Hinterlandes könne das Abkommen vom Jahre 1885, welches jedem Theile ein gewisses Hinterland sichern, darüber hinaus aber Spielraum für den freien Wettbewerb lassen wollte, so weit das deutsche Einflussgebiet in Frage komme, nur so

verstanden werden, dass als Südgrenze desselben die im Vertrage von 1885 festgesetzte Linie bis zum 15.° ö. Gr., im Norden aber der durch die Schnellen des Alt-Kalabar-Flusses gehende Breitenparallel (etwa der 6.° n. Br.) und im Osten der 15.° ö. Gr. gemeint sei. || Dieses wie oben gekennzeichnete Gebiet, welches auch von Frankreich unzweifelhaft als deutsche Interessensphäre betrachtet wurde, wollten französische Reisende wissentlich nie betreten haben. || Gegen die deutsche Auslegung des Vertrages, welche den 15.° ö. Gr. bis zum Tschadsee verlängerte, hat man französischerseits stets eingewandt, dass dadurch dem Abkommen von 1885 ein zu dehnbarer und daher völkerrechtlich unhaltbarer Umfang gegeben werde; denn es sei eigentlich willkürlich, wenn man den Tschadsee als äusserste deutsche Grenze ansehe, und man könne ebenso gut das deutsche Hinterland bis zum Mittelmeere oder dem sonst anerkannten Besitz einer civilisirten Macht erweitern. Unmöglich hätte eine solche Unbestimmtheit in dem Willen der vertragschliessenden Theile gelegen. Die französische Auffassung stützte sich insbesondere auch auf die thatsächlich von Frankreich in dem sogenannten freien Gebiete ausgeübte Herrschaft, während Deutschland auf eine solche für seine Auffassung nicht zu verweisen vermochte. Nach dieser französischen Auslegung lag auch in der Besetzung von Gasa und Kunde keine Verletzung des Abkommens, wie sie bisher deutscherseits auf Grund der deutschen Karten angenommen wurde und Anlass zu dem vorerwähnten Protest gegeben hatte. || Die Besetzung von Gasa wie überhaupt die Besitzergreifungen in dem Gebiete des oberen Sanga wurden mit der Vorlage von Karten gerechtfertigt, auf denen die in Besitz genommenen Gebiete östlich des 15.° ö. Gr. lagen. || Der wesentliche Theil der Originalmaterialien, welche diesen neuen Karten zu Grunde lagen, wurde geprüft, und um ganz sicher zu gehen, wurden namentlich die astronomischen Längenbestimmungen de Brazzas aus Bania, welche einen Angelpunkt der französischen Karten bildeten, zur Beurtheilung in Urschrift einem anerkannten Fachmann, dem ersten Observator an der Universitäts-Sternwarte in Leipzig Dr. Peter, übergeben, der nach sorgfältiger Prüfung das in der Anlage abgedruckte Gutachten erstattet hat, worin er die französischerseits aus diesen Beobachtungen abgeleitete geographische Länge von Bania bis auf eine ganz bedeutungslose Abweichung als richtig anerkennt. || Die grossen Unterschiede in der Lage von Gasa und dem ganzen Sangagebiete in den deutschen und französischen Karten konnten den Sachverständigen nicht überraschen. Beruhte doch die Angabe der Lage dieses Ortes, der vor den Franzosen nie von einem Weissen erreicht worden war, auf Erkundigungen, die R. Flegel 1882 bei seinem mehrmonatlichen Aufenthalt in Ngaundere von den eingeborenen Händlern eingezogen und auf einer vorläufigen, die angeführten Ergebnisse seiner Reise darstellenden Karte gelegentlich eines Vortrages in den Verhandlungen der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1884 veröffentlicht hatte. Dass bezüglich der Lage eines solchen, auf eine Entfernung von etwa 400 km hin erkundeten Ortes eine grosse Unsicherheit herrschen muss, ist einleuchtend, und es kann

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

für einen solchen aus so unsicheren Nachrichten hervorgegangenen Irrthum Niemand verantwortlich gemacht werden. || Da das Gebiet östlich vom 15.° ö. Gr. unstreitig nach dem Wortlaut des Vertrages von 1885 ein freies war, so gab es nicht den entferntesten rechtlichen oder politischen Grund, um Frankreich aus dem Besitz von Gasa und Kunde zu weisen. || Wesentlich anders gestalteten sich die Verhältnisse im Norden des Schutzgebietes, wo französischerseits Ansprüche auf Adamaua erhoben wurden. Es fragte sich, ob es im deutschen Interesse liegen konnte, diese Ansprüche an der Hand der von französischen Reisenden, wie von dem Lieutenant Mizon geschlossenen Verträge zu prüfen und danach zu einer Entscheidung des Streites zu gelangen. Diese Frage musste schon aus dem Grunde verneint werden, weil in der Prüfung der Verträge das Fallenlassen des deutschen Rechtsanspruchs in Auslegung des Abkommens vom 24. Dezember 1885 enthalten gewesen wäre. || Auch erschien es politisch richtiger, die von Mizon etwa mit dem Emir von Yola geschlossenen Verträge überhaupt aus dem Spiel zu lassen. Wären die Mizonschen Verträge aus irgend einem Grunde überhaupt ohne Werth gewesen, dann hätte Deutschland in der von dem Rittmeister v. Stetten aus Adamaua zurückgebrachten Urkunde einen Titel ins Feld zu führen nicht erst nöthig gehabt. Wollte man aber jenen Verträgen irgend welche Bedeutung beimessen, dann hätte die Kaiserliche Regierung durch die Berufung auf die Stettensche Konzession nur in Verlegenheit gerathen können. Denn wenn auch das Schriftstück, welches der des Arabischen nicht kundige Rittmeister v. Stetten von dem Emir von Yola ausgehändigt erhalten hatte, als ein Beweis dafür angesehen werden konnte, dass — wenn man die Frage eines französischen Protektorats ausser Acht liess — der Emir jedenfalls nicht geneigt war, Frankreich territoriale Zugeständnisse zu machen, so war doch das v. Stettensche Schriftstück kein Rechtsakt, der sich auch nur entfernt im Sinne der deutschen Ansprüche hätte verwerthen lassen. Der Emir von Yola hat die gegen ihn andrängenden Europäer durch Urkunden wieder zu entfernen gewusst, deren Inhalt wenig Bedeutung hatte. || Es ist hier und da in der deutschen öffentlichen Meinung und vor Beginn der Verhandlungen in schärferer Tonart von der französischen Presse die Ansicht vertreten worden, dass die Frage, wie weit nach Norden die im Abkommen von 1885 mit dem 15.° ö. Gr. geschaffene Grenzlinie als gültig anzunehmen sei, einem Schiedsgerichte unterworfen werden solle. || Die Kaiserliche Regierung hätte ein Leichtes gehabt, auf einen solchen Ausweg einzugehen. Internationale, unter Grossmächten entstandene Streitfragen durch ein Schiedsgericht zum Austrag zu bringen, gilt unter allen Umständen als ehrenvoll. Wäre der Schiedsspruch zu Ungunsten Deutschlands ausgefallen, so hätte Niemand daraus der Regierung einen Vorwurf machen können. Allein dieselbe musste aus sachlichen Gründen und im wohlverstandenen kolonialen Interesse gerade einen solchen Schiedsspruch vermeiden. Wenn man die deutsch-französische Auffassung der Uebereinkunft vom 24. Dezember 1885 einer objektiven Beurtheilung unterzog, so konnte es nicht über alle Zweifel erhaben gelten,

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

ob ein Schiedsgericht den deutschen Rechtsstandpunkt als richtig anerkennen würde. Es lag die Gefahr vor, dass Deutschland sein Hinterland von Kamerun nicht über den 6. Grad nördl. Br. behalten würde und dass unter solchen Umständen mit dem Verlust von Adamaua und von dem Zugang zum Tschad und Shari gerechnet werden musste. Ueber den 15. Grad östl. L. war kein Deutscher seit Beginn des kolonialen Zeitalters hinausgekommen. Dieses Gebiet aber als natürliches Hinterland von Kamerun anzusehen war vielleicht bei einer gewissen Phantasie denkbar, entbehrte aber jeder thatsächlichen und rechtlichen Grundlage. Von einem Schiedsspruch konnte nicht erwartet werden, dass er Deutschland Gebiete zuweisen werde, zu deren Erwerb von deutscher Seite nichts geschehen war. Die Reisen von Barth, Overweg, Vogel, Rohlfs, Nachtigal liessen sich schon deshalb nicht im Sinne einer Geltendmachung deutscher Ansprüche auf die Länder im Süden des Tschadsees verwerthen, weil diese Reisenden jene Länder lange vor dem Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte einzig und allein in wissenschaftlichem Interesse besucht hatten. Die Verwerthung dieser Reisen im kolonialen Interesse Deutschlands ist ebenso unhaltbar, als wenn Frankreich auf Grund der zahlreichen französischen Reisenden, welche Abessynien besucht haben, oder England auf Grund der zahlreichen Expeditionen, welche es in früheren Jahren nach Deutsch-Ostafrika entsandt hat, Rechtsansprüche auf diese Gebiete erhoben haben würde. Wenn dabei soweit gegangen wird, zu behaupten, dass Wadai von Rechts wegen zu Deutschland gehört, weil es durch das deutsche Märtyrerblut Vogels geweiht sei, so ist zunächst zu bemerken, dass der in London angestellt gewesene Astronom Vogel diese Reise, von der er nicht wiederkehren sollte, im Auftrage und im Dienste der englischen Regierung unternommen hat, ebenso wie dies bei Barths bedeutendem Unternehmen fast ausschliesslich der Fall war. Es findet aber auch im Völkerrecht eine solche Behauptung keine Unterstützung. Sie enthält nur insoweit eine Wahrheit, dass Deutschland zu spät in eine Kolonialpolitik eingetreten sei und die Zeit unbenutzt habe verstreichen lassen, in welcher es die Forschungen seiner grossen Reisenden als Titel zum Erwerb der von ihnen erschlossenen Länder hätte verwerthen und sie zum Abschluss von Verträgen hätte ermächtigen können. Alle diese Reisen fallen in die voreinheitliche Zeit, vor 1871. Wenn ferner mehrfach darauf hingewiesen worden ist, dass den Flegelschen Verträgen von Seiten der Kaiserlichen Regierung ein zu geringer Werth beigelegt und dieselben im politischen Sinne zu wenig ausgenutzt worden seien, so muss hierzu bemerkt werden, dass die von dem Reisenden R. Flegel im Niger- und Benuëgebiet abgeschlossenen Verträge Handels- und Freundschaftsbündnisse oder nur Kaufverträge über Grundstücke für die spätere Anlage von Faktoreien waren. Gerade diejenigen unter diesen Verträgen, welche bei den Verhandlungen mit Frankreich am meisten hätten in Frage kommen können, wie die von Flegel in Yola, Ngaundere, Kontsha, Tshamba u. s. w. 1882 abgeschlossenen, waren nur mündliche Abreden, über die eine schriftliche Urkunde oder ein sonst irgendwie verwerthbarer Be-

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

weis leider nicht vorlag. || Nach allen Erwägungen der gesammten Sachlage konnte es gar keinem Zweifel unterliegen, dass Frankreich in dem Hinterlande von Kamerun uns überall zuvorgekommen war, sowohl in politischer wie in kommerzieller Beziehung. || Die deutsche Privatthätigkeit hatte, abgesehen von der mehrerwähnten, in letzter Stunde mit etwa 50 000 Mark ausgerüsteten verdienstvollen, aber schwachen Expedition v. Uechtritz, nichts für die Erschliessung und Erweiterung unserer Beziehungen zum Hinterlande von Kamerun gethan. Die Wünsche auf eine weitere Ausdehnung der Kolonialpolitik über Baghirmi nach dem Centralsudan hin standen in einem schreienden Missverhältniss zu den hierfür von öffentlichen und privaten Kreisen aufgewandten Mitteln und liessen Verwickelungen so schwerer Art erkennen, dass die Regierung bei einer Befolgung so abenteuerlicher Pläne, die für die Gegenwart nur kriegerische und politische Schwierigkeiten, wirthschaftliche Vortheile aber kaum noch für eine in den Bereich von Erwägungen zu ziehende Zukunft in Aussicht stellte, die Anhänger einer massvollen Kolonialpolitik, die sie sich in den Ausschlag gebenden Kreisen des Reichstags mit Mühe in den letzten Jahren erworben hat, bald wieder verloren haben würde. || Die Gegner einer Verständigung mit Frankreich meinten: „Wir sollten bessere Zeiten abwarten.“ Auch die Befolgung dieses Standpunktes wäre für die Kaiserliche Regierung eine überaus bequeme gewesen. Sie wäre dadurch jeder Verlegenheit in der Gegenwart überhoben gewesen, hätte sich auch Angriffe erspart; aber sie hätte sich damit nicht der Verantwortung vor der Zukunft entzogen. || Von Jahr zu Jahr war unsere Stellung im Kameruner Hinterlande Frankreich wie England gegenüber eine schlechtere geworden. Gegen die Uebergriffe Englands schützte das Abkommen vom 15. November 1893, gegen die Uebergriffe Frankreichs hätte alle Hoffnung nur auf neue und grosse Expeditionen gesetzt werden müssen, für deren Ausrüstung Mittel nicht mehr zu erlangen waren. Seit 1890 war diese Verschlechterung von Jahr zu Jahr gewachsen. Es galt jetzt in kolonialem Interesse, ehe es zu spät wurde, zu sichern, was von dem Hinterlande in Kamerun zu dessen wirthschaftlicher Ausnutzung bis in die weiteste Zukunft nöthig war, und es musste die Zeit benutzt werden, in der sich auch in Frankreich das Bedürfniss nach einer Verständigung um so mehr zeigte, als man daselbst nicht ohne Besorgniss auf etwaige Erfolge der Uechtritzschen Expedition blickte. || Nur durch diplomatische und langwierige Verhandlungen war es gelungen, England gegenüber eine Abgrenzung zu finden, die Deutschland mit dem grössten Theile von Adamaua auch den Zugang zum Tschadsee sicherte, und das gleiche Ziel mussten auch die Verhandlungen mit Frankreich anstreben. Da Frankreich den Mitbesitz des südlichen Tschadsee-Ufers östlich von der Sharimündung als conditio sine qua non für alle weiteren Verhandlungen bezeichnete, und Deutschland, wenn es nicht eine Verwerthung des östlichen Theiles seines Schutzgebietes, wohin noch nicht einmal ein einziger deutscher Reisender gedrungen war, gänzlich aufgeben wollte, unter allen Umständen einen Zugang zum Sanga fordern musste, — eine Forderung, deren

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Nothwendigkeit auch in kolonialen Kreisen auf das lebhafteste betont worden war —, so erhob Frankreich gleichsam als Gegenwerth den Anspruch auf einen Zugang zum Benuë. Letztere Forderung musste von vornherein zurückgewiesen werden, und man einigte sich schliesslich dahin, dass Frankreich sich mit einem territorialen Zugang zum Mayo Kebbi gegen Gewährung eines gleichen Zugangs zum Ngoko und Sanga begnügte. || Unter möglichster Wahrung des deutschen Standpunktes nach dem Abkommen von 1885 sollte die Grenzlinie im Norden des Mayo Kebbi so gegen Osten nach dem Logone und Shari gezogen werden, dass ein thunlichst grosses Stück des linken Schariufers und ein Theil von Baghirmi bis zum Schnittpunkt mit dem 17.° ö. Gr. Deutschland zufallen solle. Diese nach langen Verhandlungen erreichten Grundzüge zu einem Abkommen wurden während der durch die Weihnachtsfeiertage veranlassten Unterbrechung der Verhandlungen zur vertraulichen Kenntnissnahme einer Versammlung von Persönlichkeiten unterbreitet, welche in kolonialen Dingen besonderes Interesse und besondere Sachkunde hatten, um deren Rath und Ansichten zu hören. Nach einer eingehenden Berathung dieser Grundzüge zu einem Abkommen wurden dieselben von der Mehrheit der Anwesenden mit 11 gegen 3 Stimmen als für die Fortführung der Verhandlungen geeignet anerkannt. || Letztere konnten nach weiteren langwierigen Unterhandlungen über die Einzelheiten der Grenzführung endlich am 4. Februar durch ein Protokoll festgestellt werden, welches nach erfolgter Nachprüfung einzelner noch unsicher gelassener Punkte zu dem Abkommen vom 15. März 1893 führte. || Das nunmehr rechtskräftig gewordene neue Abkommen mit Frankreich geht zwar von dem 15. Längengrad als der in dem Abkommen von 1885 festgesetzten Grenze aus, ohne diesen Grad als etwas Unüberschreitbares betrachten zu wollen. Es überschreitet denselben zu Gunsten Deutschlands an zwei Stellen, wie es ihn ebenso zum Vortheil Frankreichs an ebenfalls zwei Stellen zurücktreten lässt. || Dabei muss hervorgehoben werden, dass in denjenigen Gebieten, die Deutschland östlich des 15.° gewinnt, bereits eine reiche französische Forschung und Thätigkeit sich entfaltet hatte, Frankreich hier thatsächlich die Ergebnisse seiner Arbeit aufgiebt, während umgekehrt in denjenigen Gebieten, welche Deutschland westlich des 15.° an Frankreich überliess, weder deutsche Forschung noch deutsche Arbeit vorhanden waren. Die Uebereinkunft sichert Deutschland eine Grenze, die es ermöglicht, auf dem Ngoko und Sanga, die hier das ganze Jahr hindurch für geeignet gebaute Schiffe befahrbar erscheinen, denjenigen Theil des Hinterlandes von Kamerun zu erschliessen, welcher bisher wegen seiner grossen Entfernung von der Küste für deutsche Interessenten bis zu dem in unabsehbarer Ferne liegenden Bau einer Eisenbahn gänzlich werthlos und unausbeutbar bleiben musste. Die besonderen Abmachungen über die Freiheit der Schifffahrt auf dem Sanga und über die nach der Kongoakte bereits gegebene durch das gegenwärtige Abkommen aber erst verwerthbare Bewegungsfreiheit auf der Ueberlandroute von Loango durch Französisch-Kongo nach dem Stanleypool gewährleisten dem deutschen Kaufmann dieselben Vor-

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

theile und Rechte wie dem französischen. Das Gleiche gilt von der Freiheit des Handels und der Schifffahrt im Gebiete des Sharibeckens, in dem keine politischen Grenzen die deutschen Unternehmungen im Wettbewerb mit den französischen stören sollen. Sache der deutschen Kolonialinteressenten wird es nun sein, in Befolgung des in anderen Kolonialstaaten gegebenen Beispiels durch thatkräftiges Vorgehen in den durch den Vertrag gesicherten Gebieten den Beweis zu liefern, dass die deutsche Kolonialbewegung nicht nur auf die der Regierung anheimgegebene oder von ihr geforderte Erwerbung möglichst zahlreicher Quadratkilometer des afrikanischen Erdtheils gerichtet ist, sondern sich auch in der thatkräftigen Ausbeutung der in den erworbenen Ländergebieten verborgenen Hülfsquellen zu bethätigen vermag. In Bezug auf das südöstliche Hinterland von Kamerun wird ein solches Vorgehen um so angezeigter sein, als am oberen Sanga und am Ngoko nicht nur bereits 7 Handelsfaktoreien der Société anonyme belge pour le commerce du Haut Congo, sondern auch mehrere Faktoreien der Rotterdamer Nieuwe Afrikaansche Handels Vennootschap thätig sind. Kunde und Gasa bleiben französisch; doch ist in dem Anhang zu dem Protokoll dafür Sorge getragen, dass, falls es sich durch spätere, noch genauere astronomische Ortsbestimmungen herausstellen sollte, dass Kunde oder gar Gasa, was für letzteren Punkt aber durchaus unwahrscheinlich ist, um mehr als 10 Bogenminuten (18 km) westlich vom 15.° liegen würden, diese Orte unbedingt der deutschen Interessensphäre zufallen. Bei der bekannten Schwierigkeit genauer astronomischer Längenbestimmungen innerhalb der tropischen Wildniss musste ein solcher Spielraum gelassen werden. Die westliche Einbuchtung des Grenzlaufes am Mayo Kebbi schneidet aus dem deutschen Gebiet ein Stück heraus, das durch den territorialen Gewinn am Sanga vollauf ausgeglichen wird. Der Ort Bifara bezeichnet den äussersten östlichen Punkt der Schiffbarkeit des Mayo Kebbi, den der englische Major Mac Donald mit einem nur 15 Zoll tief gehenden Dampfboot zu erreichen vermochte. Frankreich tritt hierdurch als Mitbewerber in den Bezirk des Niger-Benuë ein. Dieser Mitbewerb schafft jedoch für Deutschland, von dem es zur Zeit ungewiss ist, wann es in diesen Gebieten eigene Handelsinteressen, die jetzt gänzlich fehlen, zu vertreten haben wird, keine Schwierigkeit, sondern stellt vielmehr zu seinen Gunsten das wirthschaftliche Gleichgewicht schon jetzt her, welches durch das bisherige Uebergewicht nichtdeutscher Interessen gestört und auf deren Ausgleich angesichts der bisherigen Verhältnisse nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge von selbst nicht zu rechnen war. Wie in dem Abkommen mit England, so sind auch in dem Abkommen mit Frankreich die Bestimmungen der Kongo-Akte über Freiheit des Handels und der Schifffahrt auf dem Niger zum Gegenstand besonderer Vereinbarung gemacht und die Verpflichtung ausgesprochen, Sorge zu tragen, dass diese Bestimmungen auch von dritter Seite streng beobachtet werden müssen. Die Bestimmungen der Brüsseler Generalakte über Einführung von Waffen und Spirituosen haben in dem Abkommen in Bezug auf das Shari-, Logone- und, soweit es sich um

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

hierbei in Betracht kommende Theile des Benuëgebietes handelt, eine ausdrückliche Anerkennung und Bestätigung erfahren. || Als ein territorialer Gewinn ist es zu betrachten, dass Deutschlands Besitz östlich des 15.° sich bis zum Schnittpunkt des 10.° nördl. Br. mit dem Sharilaufe erstreckt, also bis auf etwa 17° 10′ östl. L. v. Gr. || Vor Allem aber ist der grösste Theil Adamauas nunmehr nach hartem Kampf Deutschland gesichert. Die Schilderungen Heinrich Barths — den man, als im Auftrage von Lord Palmerston reisend, gewiss nicht als Anhänger überschwänglich kolonialer Bestrebungen, wie sie in neuerer Zeit hervortreten, wird bezeichnen können —:

„Sicherlich ist Adamaua eines der schönsten Länder Centralafrikas, befruchtet von einer Anzahl Gewässer und von einer mannigfaltigen Gestaltung von Berg und Thal belebt. Mit stummem Entzücken schaute ich sprachlos in das reiche Land hinein. Wie es die Natur geschaffen, ohne von der künstelnden Hand des Menschen berührt zu sein, lag diese reiche Landschaft da, ein Feld der Thätigkeit kommender Geschlechter“,

— diese Worte beziehen sich nunmehr auf zum grössten Theil unzweifelhaft deutschen Kolonialbesitz. || Der territoriale Zutritt zum südlichen Tschadsee und der handelspolitische Zugang zum Centralsudan ist Deutschland auf alle Fälle gesichert, eine Thatsache, die gegenüber der Behauptung, Deutschland habe mit dem vorliegenden Abkommen jeden Zugang zum mittelafrikanischen Sudan preisgegeben, ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient; sie gewährt Deutschland alle wirthschaftlichen Vortheile, ohne es zu einer Theilnahme an den unerfreulichen politischen Zuständen des Sudans zu nöthigen. Französischer und englischer Besitz bilden für das deutsche Gebiet einen Schutzwall gegen den Anprall mohammedanischer Völkerstämme Mittelafrikas. Gegenüber dem bisher unsicheren, durch deutsche Expeditionen noch nicht erschlossenen Hinterlande von Kamerun hat das deutsche Schutzgebiet im Vergleich mit der Grösse, wie sie selbst bei einer Durchführung des Abkommens von 1885 im deutschen Sinne hatte erhofft werden können, noch einen erheblichen Zuwachs erhalten. Im Ganzen ist die Grösse des Schutzgebietes Kamerun nunmehr auf rund 495 000 Quadratkilometer zu schätzen, kommt also Deutschland an Flächeninhalt nahezu gleich. || Soweit dieses grosse Gebiet erforscht ist, bietet es ausreichende Hülfsquellen, um dem deutschen Unternehmungsgeist für eine unabsehbare Zukunft genügenden Spielraum zu bieten und die Grundlage für ein deutsches Eingreifen zu bilden, wenn etwaige Veränderungen in den territorialen Machtverhältnissen Afrikas eintreten sollten.

Anlage.

Zur Herleitung der geographischen Länge von Bania am mittleren Sanga sind mir drei Fascikel Originalbeobachtungen übergeben worden. Die Beobachtungen sind in der Zeit vom 4. Januar bis 14. März 1892 von Herrn de Brazza ausgeführt worden. Zwei Beobachtungsreihen bestehen aus Mond-

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

kulminationen, die dritte aus Mondhöhen. Die eine Reihe der Mondkulminationen ist von vornherein von der Bearbeitung auszuschliessen, da sie den Vermerk „observations douteuses“ trägt. Eine genauere Durchsicht der Beobachtungen ergab, dass die beobachteten Mondkulminationen sich nicht kurzer Hand reduziren lassen. Nördlich und südlich von der Station war je ein Signal errichtet worden, das als Mire diente. Das Azimuth dieser Miren ist unabhängig von der Beobachtung der Mondkulminationen bestimmt. Bei der Beobachtung des Mondes wurden nicht unmittelbare Beobachtungen zur Ermittlung des Azimuthes des Instrumentes angestellt, sondern dieses Azimuth immer auf die Miren bezogen. Direkte Bestimmungen der Kollimation des Instrumentes scheinen zu fehlen. Die Herleitung einer sicheren Länge aus diesen Mondbeobachtungen hätte vorher eine eingehende Diskussion der Azimuthbestimmung der Miren erfordert. Hierzu kam noch, dass über die Konstruktion des zu den Beobachtungen benutzten Gambeyschen Universalinstrumentes und über die Art der Ablesung der Niveaus nähere Angaben nicht zu erhalten waren. Eine Bearbeitung dieser Beobachtungen würde auf Schwierigkeiten gestossen sein, deren Ueberwindung zum mindesten einen erheblichen Zeitaufwand erfordert hätte, so dass auch von dieser zweiten, als gut bezeichneten Serie von Mondkulminationen abgesehen werden musste. || Die dritte Beobachtungsreihe betrifft Mondhöhen, gemessen in Verbindung mit Jupiterhöhen. Die Methode der Mondhöhen ist für niedere Breiten zur Bestimmung der Länge eine sehr zu empfehlende. Die Verhältnisse bei den hier in Frage kommenden Beobachtungen sind noch besonders günstige. Mond und Jupiter hatten einen gegenseitigen Abstand von nur wenigen Graden; ihre Durchgangszeiten durch das nämliche Almukantarat waren im ungünstigsten Falle nur um $2^m\ 34^s$ von einander verschieden. Es war daher möglich, Mond und Jupiter unmittelbar hintereinander bei unveränderter Einstellung des Instrumentes in Höhe zu beobachten, indem nur kleine Drehungen im Azimuth auszuführen waren. Die Instrumentalfehler und etwaige kleine Fehler in der gemessenen Höhe üben nur sehr geringen Einfluss aus. Eine Kenntniss des Uhrganges ist nicht erforderlich, da die Zwischenzeit als verschwindend angesehen werden kann und jeder Beobachtungssatz ein unabhängiges Resultat liefert. Die Kleinheit der Zwischenzeit lässt es auch als sehr wahrscheinlich erscheinen, dass zwischen der Beobachtung von Mond und Jupiter keine Veränderungen in der Aufstellung des Instrumentes stattgefunden haben; ein ziffernmässiger Nachweis ist in dieser Hinsicht nicht zu führen, da in jeder Fernrohrlage das Niveau nur einmal abgelesen worden ist, häufig sogar nur das eine Ende der Blase. Da über die Art der Niveauablesung nichts bekannt ist, auch Zweifel über den anzuwendenden Werth eines Niveautheils bestehen, habe ich die Niveauablesungen nicht berücksichtigt. Die einzelnen Kreisablesungen können dadurch etwa auf $5''$ unsicher werden; diese Grösse kommt bei dem differentiellen Charakter der Beobachtungen nicht in Betracht; die einzelnen Resultate werden dadurch noch nicht um $0^s.1$ geändert. || Das Fadenkreuz enthielt 7 vertikale und 7 horizontale Fäden; Mond und Ju-

piter wurden an den beiden äussersten und dem mittelsten Horizontalfaden beobachtet. Zur Rechnung wurde das Mittel aus diesen drei Durchgangszeiten verwendet, nachdem die Zahlen auf etwaige grobe Schreibfehler geprüft worden waren. Von Jupiter wurden Bisektionen beobachtet; Beobachtungen der einzelnen Ränder sind versucht worden, haben sich aber wahrscheinlich wegen der Kürze der Zwischenzeit als unpraktisch erwiesen. Die allerersten Beobachtungen habe ich von der Reduktion ausgeschlossen. Die Beobachtungszeiten enthalten eine grössere Anzahl von Fehlern um 10^s, bezw. 1^m; bis auf einen Fall lassen sich die Zahlen mit Sicherheit richtig stellen. || Ich habe die Reduktion der Beobachtungen in der Weise ausgeführt, dass ich für jeden einzelnen Beobachtungssatz aus der gemessenen Jupiterzenithdistanz den Uhrstand hergeleitet und mit diesem Uhrstande aus der Mondzenithdistanz die Rectascension des Mondes berechnet habe. Jeder Satz giebt so ein selbständiges Resultat. Zu Grunde gelegt habe ich der Rechnung die Oerter des Nautical Almanac. Ausgegangen wurde von den Werthen:

$$\lambda = 1^h\ 2^m\ 53^s \text{ östlich von Greenwich}$$
$$\varphi = +\ 4^\circ\ 1'\ 0''.$$

Luft- und Quecksilbertemperatur wurden als gleich angenommen.

Als Endresultat ergiebt sich:

Bania $1^h\ 4^m\ 11^s = 16^\circ\ 2'\ 45''$ östlich von Greenwich.

Der mittlere Fehler des Resultates beträgt:

$$\pm\ 4^s.9 = \pm\ 1'\ 14''.$$

Für den Einfluss der verschiedenen Fehlerquellen hat man den nachstehenden Ausdruck:

$$+\ 2^s.5\ d\alpha ☾ + 3^s.3\ d\delta ☾ - 2^s.5\ d\alpha ♃ - 2^s.5\ d\delta ♃ - 0^s.7\ d\varphi - 0^s.3\ d\lambda + 1^s.8\ dz.$$

Hierin ist die Einheit

für	$d\alpha ☾$ und	$d\alpha ♃$ $0^s.1$
„	$d\delta ☾$ „	$d\delta ♃$ $10''$
„	$d\varphi$	$100''$
„	$d\lambda$	1^m
„	dz	$60''$.

Im Nautical Almanac sind bei den Mondörtern die Newcombschen Korrektionsglieder berücksichtigt; direkte Bestimmungen der für die Oerter des N. A. noch erforderlichen Korrektionen liegen nicht vor, da die Greenwich Observations für 1892 noch nicht erschienen sind. Nach Beobachtungen auf dem Radcliffe Observatory vom Dezember 1891 ist indessen anzunehmen, dass in beiden Koordinaten Fehler des Mondortes von mehr als $5''$ nicht zu erwarten sind. || Nach Monthly Notices LII, Nr. 8, S. 564 betrug laut Angabe des Astronomer-Royal die Korrektion des Jupiterortes Ende 1891 $+\ 0^s.18 - 0''.1$. In Ermangelung anderweiten Materials kann man diese Grösse auch als für den Anfang 1892 giltig ansehen. || Für die übrigen Grössen sind sehr reichlich bemessene Beträge: $d\varphi = 100''$. $d\lambda = 1^m$. $dz = 60''$.

Nr. 10619. Deutschland und Frankreich. 15. März 1894.

Die Korrektionen der Jupiterörter sind das einzige sicher zu ermittelnde Fehlerelement; ihre Berücksichtigung würde die abgeleitete Länge um — 4ˢ.5 ändern. Führt man $d\alpha C$, $d\delta C$, $d\varphi$, $d\lambda$ und dz mit den oben angegebenen Beträgen ein und nimmt den ungünstigsten Fall an, dass die an die berechnete Länge anzubringenden Verbesserungen alle nach derselben Seite fallen, so würde sich 12ˢ.9 als Verbesserung der Länge ergeben. || In Betracht zu ziehen ist nun noch der Umstand, dass nur ein Mondrand und nur bei wachsender Zenithdistanz beobachtet ist. Es sind daher systematische Fehler, welche von individueller Auffassung der Ränder und dergleichen herrühren, nicht aus dem Resultate eliminirt. Welche Beträge diesen Fehlern im vorliegenden Falle thatsächlich zukommen, ist nicht festzustellen, da Material zur Diskussion dieses Punktes nicht vorliegt. Es ist indessen nicht sehr wahrscheinlich, dass hierdurch die Beobachtungszeiten des Mondes um 1ˢ falsch aufgefasst worden sind. Nimmt man indessen, um allen Eventualitäten Rechnung zu tragen, an, ein derartiger Auffassungsfehler sei im Betrage von 2ˢ vorhanden gewesen, so würde die erhaltene Länge um 51ˢ falsch sein. || In Berücksichtigung aller dieser angeführten Umstände ist als sicher anzunehmen, dass die abgeleitete Länge von Bania ($1^h\ 4^m\ 11^s$ östlich von Greenwich) nicht um mehr als 1^m falsch sein kann; es erscheint sogar als sehr wahrscheinlich, dass die wirkliche Unsicherheit weit unterhalb dieses Betrages liegt.

Kgl. Sternwarte Leipzig, den 18. Dezember 1893.

Dr. B. Peter,
1. Observator der Kgl. Sternwarte.

Verhandlungen zwischen England und Portugal*).

Nr. 10620. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Uebersendet einen am 20. August mit dem portugiesischen Gesandten abgeschlossenen Vertrag.

Foreign Office, August 25, 1890.

Nr. 10620. England. 25. Aug. 1890.

Sir, || I transmit herewith a copy of a Convention between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Portugal and the Algarves with respect to Territories in Africa, which was signed on the 20th instant.

Salisbury.

*) Engl. Blaubücher Africa Nr. 2 (1890—91), Africa Nr. 5 (1891) und Africa Nr. 7 (1891).

Inclosure. Convention between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Portugal and the Algarves with respect to Territories in Africa.

Nr. 10620. England. 25. Aug. 1890.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., &c., &c., and His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, &c., &., &., being animated with the desire to draw closer the ties of friendship which unite the two nations, and to settle by common accord certain matters relative to their respective spheres of influence in Africa, have determined to conclude a Convention to that effect, and have named as their respective Plenipotentiaries—that is to say:— || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Baron Cecil, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c.; || And His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, August Cesar Barjona de Freitas, Councillor of His Majesty and of State, Peer of the Realm, Minister and Honorary Secretary of State, Grand Cross of Christ and Grand Cross of several foreign Orders, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Most Faithful Majesty at the Court of Her Britannic Majesty, &c.; || Who, having communicated to each other their respective full powers found in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Article I.

Great Britain agrees to recognize, as within the dominion of Portugal in East Africa, the territories bounded — || 1. To the north by a line which follows the course of the River Rovuma from its mouth up to the confluence of the River M'Sinje, and thence westerly along the parallel of latitude to the shore of Lake Nyassa. || 2. To the west by a line which, starting from the above-mentioned frontier on Lake Nyassa, follows the eastern shore of the lake southwards as far as the parallel of latitude 13° 30′ south; thence it runs in a south-easterly direction to the eastern shore of Lake Chiuta, which it follows. Thence in a direct line to the eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa, which it follows to its south-easternmost point; thence in a direct line to the easternmost affluent of the River Ruo, and thence follows that affluent, and, subsequently, the centre of the channel of the Ruo to its confluence with the River Shiré. From thence it runs in a direct line to a point half-way between Tété and the Kabra-bassa Rapids. || The Settlement of Zumbo, with a radius on the northern bank of 10 English miles, remains under the dominion of Portugal, but shall not, without the previous consent of Great Britain, be transferred to any other Power.

Nr. 10620.
England.
25. Aug. 1890.

Article II.

To the south of the Zambesi, the territories within the Portuguese sphere of influence are bounded by a line which, starting from a point opposite the western extremity of the 10-mile radius of Zumbo, runs directly southwards as far as the 16th parallel of south latitude, follows that parallel to its intersection with the 31st degree of east longitude (Greenwich), thence running eastward direct to the point where the River Mazoe is intersected by the 33rd degree of east longitude; it follows that degree southwards to its intersection by the 18° 30′ parallel of south latitude; runs along that parallel westward to the affluent of the River Save or Sabi, which is called the River Masheke; follows that affluent, and afterwards the centre of the main channel of the Save, to the confluence of the Lunte, whence it strikes direct to the north-eastern point of the frontier of the South African Republic, and follows the eastern frontier of the Republik, and the frontier of Swaziland, to the River Maputa. || Portugal engages not to cede her territories to the south of the Zambesi to any other Power without the previous consent of Great Britain.

Article III.

Great Britain engages not to make any objection to the extension of the sphere of influence of Portugal, south of Delagoa Bay, as far as a line following the parallel of the confluence of the River Pongola with the River Maputa to the sea-coast. || Portugal engages, that the territory of which the limits are defined in this Article shall not, without the consent of Great Britain, be transferred to any other Power.

Article IV.

It is agreed, that the western line of division separating the British from the Portuguese sphere of influence in Central Africa shall follow the centre of the channel of the Upper Zambesi, starting from the Katima Rapids up to the junction with that river of the River Kabompo, and thence up the centre of the channel of the Kabompo. || The country hereby recognized as Portuguese shall not, without the consent of Great Britain, be transferred to any other Power. || It is understood on both sides, that nothing in this Article shall affect the existing rights of any other State. Subject to this reservation, Great Britain will not oppose the extension of the Portuguese sphere of influence beyond the above-mentioned limits.

Article V.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain on the north of the Zambesi, the territories extending from the line described in the preceding Article to Lake Nyassa, including the islands in that lake south of parallel 11° 30′, and to the line described in Article I, with the exception of Zumbo and a radius of 10 English miles round it.

Article VI.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain to the south of the Zambesi, the territories bounded on the east and north-east by the line described in Article II.

Article VII.

All the lines of demarcation traced in Articles I to VI shall be subject to rectification by Agreement between the two Powers, in accordance with local requirements.

Article VIII.

The two Powers engage, that neither will interfere with any sphere of influence assigned to the other by Articles I to VI. One Power will not in the sphere of the other make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights or Protectorates. || It is understood, that no Companies nor individuals subject to one Power can exercise sovereign rights in a sphere assigned to the other, except with the assent of the latter.

Article IX.

Trading and mineral Concessions, and rights to real property, held by Companies or individuals, subjects of one Power, shall, if their validity is duly established, be recognized in the sphere of the other Power. It is understood, that Concessions must be worked in accordance with local Laws and Regulations. || If a difference of opinion shall arise between the two Governments as to the validity of the Concession, or as to the equitable character or suitability of the above-mentioned local Laws and Regulations, it shall be settled by the arbitration of a jurisconsult of a neutral nationality.

Article X.

In all territories in Africa belonging to or under the influence of either Power, missionaries of both countries shall have full protection. Religious toleration and freedom for all forms of divine worship and religious teaching are guaranteed.

Article XI.

The two Powers engage, that, in their respective spheres, as defined in Articles I to VI, trade shall enjoy complete freedom; the navigation of the lakes, rivers and canals, and of the ports on those waters, shall be free to both flags; and no differential treatment shall be permitted as regards transport or coasting-trade; goods, of whatever origin, shall be subject to no dues except those, not differential in their incidence, which may be levied for objects directly connected with the administration, or the suppression of the Slave Trade under the provisions of the Act of the Brussels Conference, or to meet expenditure in the interest of trade; no transit-dues shall be permitted, and no monopoly or favour in matters of trade can be granted. The sub-

Nr. 10620. England. 25. Aug. 1890.

jects of either Power will be at liberty to settle freely in the territories within the respective spheres. || Portugal reserves her right to exclude from the operation of the free zone provisions of the Act of Berlin, and from the provisions of the preceding paragraph, her ports on the East Coast. She also reserves the right to exclude from the operation of the provisions of the preceding paragraph her ports on the West Coast. || She engages, however, not to charge transit-dues exceeding a maximum of 3 per cent on goods passing in transit inwards or outwards between the coast and the British sphere of influence, either by land or water. These dues shall in no case have a differential character, and shall not exceed the customs dues levied on the same goods at the above-mentioned ports. || It is understood, that, under the terms of this Article, there shall be freedom for the passage of subjects and goods of both Powers across the Zambesi, and through the districts adjoining the river for the purpose of such passage, along its whole course, without hindrance of any description and without payment of transit-dues. || It is further understood, that within a zone of 20 English miles on the north bank of the Zambesi Portugal shall have the right to construct roads, railways, bridges and telegraph-lines across the territories reserved to British influence on the north of the Zambesi. Both Powers shall have the same right within a zone of 10 English miles on the south of the Zambesi between Tété and the confluence of the Chobe, and within a zone of the same dimensions running from the north-east of the British sphere south of the Zambesi to the above-mentioned zone. The two Powers shall have the power, in these zones, of acquiring, on reasonable conditions, the land necessary for such objects, and shall receive all other requisite facilities. They shall also be allowed facilities for the construction on the river, between the above-named limits, of piers and landing-places for the purpose of trade or navigation. All materials for the construction of roads, railways, bridges and telegraph-lines shall be admitted free of charge. || Differences of opinion between the two Governments as to the execution of their respective obligations, incurred in accordance with the provisions of the preceding paragraph, shall be referred to the arbitration of two experts, one of whom shall be chosen on behalf of each Power, who shall select an Umpire, whose decision, in case of difference between the Arbitrators, shall be final. If the two experts cannot agree upon the choice of an Umpire, this Umpire shall be selected by a neutral Power.

Article XII.

The navigation of the Zambesi and Shiré, without excepting any of their branches and outlets, shall be entirely free for the ships of all nations.

Article XIII.

Merchant-ships of the two Powers shall in the Zambesi, its branches and outlets, have equal freedom of navigation, whether with cargo or ballast, for

the transportation of goods and passengers. In the exercise of this navigation the subjects and flags of both Powers shall be treated, in all circumstances, on a footing of perfect equality, not only for the direct navigation from the open sea to the inland ports of the Zambesi, and vice versa, but for the great and small coasting trade, and for boat trade on the course of the river. Consequently, on all the course and mouths of the Zambesi there will be no differential treatment of the subjects of the two Powers; and no exclusive privilege of navigation will be conceded by either to Companies, Corporations, or private persons. || The navigation of the Zambesi shall not be subject to any restriction or obligation based merely on the fact of navigation. It shall not be exposed to any obligation in regard to landing-station or depôt, or for breaking bulk, or for compulsory entry into port. In all the extent of the Zambesi the ships and goods in process of transit on the river shall be submitted to no transit dues, whatever their starting-place or destination. No maritime or river toll shall be levied based on the sole fact of navigation, nor any tax on goods on board of ships. There shall only be collected taxes or duties which shall be an equivalent for services rendered to navigation itself. The Tariff of these taxes or duties shall not warrant any differential treatment. || The affluents of the Zambesi shall be in all respects subject to the same rules as the river of which they are tributaries. || The roads, paths, railways, or lateral canals which may be constructed with the special object of obviating the innavigability or correcting the imperfections of the river route on certain sections of the course of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, shall be considered, in their quality of means of communication, as dependencies of this river, and as equally open to the traffic of both Powers. And, as on the river itself, so there shall be collected on these roads, railways and canals only tolls calculated on the cost of construction, maintenance and management, and on the profits due to the promoters. As regards the Tariff of these tolls, strangers and the natives of the respective territories shall be treated on a footing of perfect equality. || Portugal undertakes to apply the principles of freedom of navigation enunciated in this Article on so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. The rules which she may establish for the safety and control of navigation shall be drawn up in a way to facilitate, as far as possible, the circulation of merchant-ships. || Great Britain accepts, under the same reservations and in identical terms, the obligations undertaken in the preceding Articles in respect of so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. || Any questions arising out of the provisions of this Article shall be referred to a Joint Commission, and, in case of disagreement, to arbitration. || Another system for the administration and control of the Zambesi may be substituted for the above arrangements by common consent of the Riverain Powers. || Portugal will, on application

Nr. 10620. England. 25. Aug. 1890.

from Great Britain, grant to a Company a lease for 100 years of 10 acres at the mouth of the Chindé, for purposes of transhipment. The ground so leased shall not in any case be fortified.

Article XIV.

In the interest of both Powers, Portugal agrees to grant absolute freedom of passage between the British sphere of influence and Pungwé Bay for merchandize of every description, and to give the necessary facilities for the improvement of the means of communication. She undertakes to construct a railway to serve this region within a period fixed by surveys which shall be completed with the least possible delay. An engineer named by the British Government shall take part in these surveys, which shall commence within a period of four months from the signature of this Convention. In case these conditions should not be precisely carried out, Portugal will grant to a Joint Company under the control of Portuguese and British Directors, and with seats in Lisbon and London, with the least possible delay, a Concession for the construction of a railway, with all requisite facilities for the acquisition of land, cutting timber and free importation and supply of materials and labour. || It is understood, that no dues shall be levied at the port of entry or exit on goods in transit exceeding the maximum of 3 per cent. under the conditions stipulated in Article XI. || It is further understood that the same provision as to goods in transit applies to the Limpopo, the Save and all other navigable rivers flowing to the coast of the Portuguese spheres in East or West Africa, with the exception of the Zambesi.

Article XV.

Great Britain and Portugal engage to facilitate telegraphic communication in their respective spheres. || The stipulations contained in Article XIV as regards the construction of a railway from Pungwé Bay to the interior shall be applicable in all respects to the construction of a telegraph-line for communication between the coast and the British sphere south of the Zambesi. Questions as to the points of departure and termination of the line, and as to other details, if not arranged by common consent, shall be submitted to the arbitration of experts under the prescribed conditions. || Portugal engages to maintain telegraphic service between the coast and the River Ruo, which shall be open to the use of the subjects of the two Powers without any differential treatment. || Great Britain and Portugal engage to give every facility for the connection of telegraphic lines constructed in their respective spheres. || Details in respect to such connection, and in respect to questions relating to the settlement of through tariffs and other charges, shall, if not settled by common consent, be referred to the arbitration of experts under the prescribed conditions.

Article XVI.

Nr. 10620. England. 25. Aug. 1890.

All differences not specifically mentioned in the preceding Articles which may arise between the two Governments with regard to this Convention shall be submitted to arbitration.

Article XVII.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention, and have affixed thereto the seal of their arms. || Done in duplicate at London, the twentieth day of August, in the year of Our Lord one thousand eight hundred and ninety.

Salisbury.
Barjona de Freitas.

Nr. 10621. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten in London. — Verlangt eine Zusage über die Eisenbahn am Zambesi.

Foreign Office, August 20, 1890.

Nr. 10521. England. 20. Aug. 1890.

M. le Ministre, || In view of the great importance, in the interests of British and Portuguest commerce, of an easy and economical means of transport between the sphere of influence reserved to Great Britain on the south of the Zambesi and the sea-coast, I have the honour to state that it would be satisfactory to Her Majesty's Government, if you could give me an assurance, that the traffic rates to be charged on the railway to be constructed under Article XIV of this Agreement shall not be unreasonably in excess of the proportionate rates per mile charged on other railway systems in South Africa.

Salisbury.

Nr. 10622. PORTUGAL. — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Giebt die verlangte Versicherung.

His Most Faithful Majesty's Legation, London,
August 22, 1890. (23. Aug.*)

Nr. 10622. Portugal. 22. Aug. 1890.

(Uebersetzung.) || My Lord, || On the 20th instant I had the honour to receive a note in which your Excellency, referring to the railway mentioned in Article XIV of the Convention which has now been concluded between the Government of His Most Faithful Majesty and the Government of Her Britannic Majesty, expresses a hope, that I may be able to give an assurance that the rates chargeable on the railway in question will not be unreasonably high, or out of proportion per kilometre to the rates on other South African

*) Die eingeklammerten Zahlen geben das Datum der Ankunft an.

Nr. 10622. Portugal. 22. Aug. 1890.

railways. || I have the honour to state, in reply, that as it is stipulated that the railway is to be constructed in the interests of the two Powers, Portugal would gain nothing by fixing rates which would hinder the transit of goods and passengers, and so preclude the possibility of earning the profits expected from such an undertaking. || I have therefore no doubt that I may declare that it is the intention of the Government of His Most Faithful Majesty that the rates on the above-mentioned railway shall be moderate and on a par with those of other African railways, without prejudice to the capital employed, and to certain other circumstances which must be had in consideration.

Barjona de Freitas.

Nr. 10623. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Opposition in Portugal gegen das Abkommen.

Lisbon, August 23, 1890. (August 27.)

Nr. 10623. England. 23. Aug. 1890

(Extract.) || The Anglo-Portuguese Convention, the bases of which were published here on the evening of the 21st, has been violently assailed by the whole of the Progressist and Republican press as involving even a deeper humiliation for Portugal than the ultimatum of the 11th January, and one paper, the "Novidades", goes so far in condemning what it calls this supreme act of spoliation, as to say that it would be better for Portugal to dispose altogether of the Province of Mozambique than to retain it under the conditions of the Convention which has just been signed. || On the other hand, the Ministerial press, and such respectable papers as the "Jornal do Commercio" and the "Economista" defend the Convention as being an honourable solution of the conflict, and, under all the circumstances, not disadvantageous to Portugal. The following concluding paragraph of a long article in this morning's issue of Senhor Serpa Pimentel's paper, the "Gazeta de Portugal," written in refutation of the criticisms of the Progressist newspapers, typifies the language used by the defenders of the settlement with England:— || "We cannot conclude without declaring, and this without fear of being contradicted in good faith, that the Convention is an honourable termination of a conflict which kept us daily in suspense and on the brink of an unpleasant quarrel; it introduces the peaceable system of arbitrations, which is one of the best conceived aspirations of modern times; it means permanent peace, and, finally, it puts an end to all the vexations to which we have hitherto been subject; and, although all aspirations have not been satisfied, a dispute has been honourably settled which placed the Portuguese nation on the border of an abyss. || This is the truth felt by every one, and these are the facts palpable to all."

Nr. 10624. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Dasselbe.

Lisbon, September 2, 1890. (September 5.)

Nr. 10624. England. 2. Sept. 1890.

My Lord, || The battle which has been waged continuously in the Portuguese press since the publication of the bases of the Anglo-Portuguese Convention between the Government supporters and the Opposition and Republicans has received a fresh impetus from the publication of the text itself. This appears to have rather strengthened the objections and intensified the animosity of those who denounce this Treaty as equivalent to the annihilation of Portuguese sovereignty in East Africa. || As far as I can gather, the two points which excite the loudest opposition are the obligation to construct a railway from Pungwé Bay to the British sphere of influence, as being mostly, if not entirely, for the benefit of Great Britain at the expense of Portugal, and the engagement entered into by Portugal not to cede certain territories "without the consent of Great Britain." This is interpreted as differing from and going beyond the ordinary right of pre-emption clause. The Opposition papers maintain, that it virtually establishes a British Protectorate, and that the King of Portugal ceases to be an independent Sovereign there. || The Government papers, in reply to this, refer to the IIIrd Article of the Treaty between Portugal and China of 1887, which says that "Portugal confirms, in its entirety, the 3rd Article of the Protocol of Lisbon relating to the engagement never to alienate Macao without previous agreement with China."

George G. Petre.

Nr. 10625. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen.

Lisbon, September 11, 1890. (September 15.)

Nr. 10625. England. 11. Sept. 1890.

(Extract.) || I saw Senhor Hintze Ribeiro yesterday at the Ministry for Foreign Affairs, who said that there was nothing in the Treaty which had so irritated and offended the public mind as the wording of this "previous consent" clause, because it was interpreted as a humiliation to Portugal, and not because there was an objection to giving Great Britain a prior right to the territories in question in the event of Portugal wishing to cede them I told Senhor Hintze Ribeiro that I thought it was very unfortunate that this did not occur either to himself or the Portuguese negotiators when the terms of the Treaty were being discussed and drawn up, and that it could not possibly have occurred to Her Majesty's Government, who of course had no thought of wounding Portuguese susceptibility, but simply of preventing a future transfer injurious to the interests of Great Britain. || Neither the Minister nor the negotiator seem to have been at all prepared for the passionate opposition which this clause, or at least the wording of it, has excited. To any one unacquainted with the Portuguese it is almost unintelligible, but it is none the less real. ||

Nr. 10625. England. 11. Sept. 1890.

Senhor Hintze Ribeiro did not dwell so much on the point relating to the appointment of an engineer, although he spoke of it as a condition which was likewise strongly objected to, and which he was most anxious to see withdrawn from the obstacles to the adoption of the Treaty by the Cortes.

Nr. 10626. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Uebersendet eine Note an den portugiesischen Minister.

Lisbon, September 13, 1890. (September 13.)

Nr. 10626. England. 13. Sept. 1890.

(Extract.) || I have received your Lordship's telegram of to-day, informing me of the concurrence of Her Majesty's Government in the modifications urged by Senhor Barjona de Freitas in his recent interview with your Lordship, and I have called on Senhor Hintze Ribeiro and acquainted him with the decision of Her Majesty's Government, which undoubtedly deprives the reasonable portion of the opponents of the Treaty of their strongest weapon of attack, and cannot fail to remove the scruples of wavering supporters. I look upon the ratification of the Treaty, therefore, as secured. || Senhor Hintze Ribeiro requested me to write him a few lines officially informing him of the concurrence of Her Majesty's Government in the points specified in your Lordship's telegram, and, in accordance with this request, I wrote the note of which I have the honour to inclose a copy.

Inclosure.

Lisbon, September 13, 1890.

M. le Ministre, || With reference to the verbal communications which have taken place within the last few days between the Marquis of Salisbury and Senhor Barjona de Freitas, and between your Excellency and myself, relative to certain clauses in the Anglo-Portuguese Convention which have been apparently interpreted in a sense hurtful to the susceptibilities of the Portuguese nation, I have the pleasure to inform your Excellency that Her Majesty's Government concur generally (1) in the understanding that the Province of Angola is exempt from free trade; (2) in the substitution of a preferential right in favour of Great Britain, for the clauses in which Portugal engages not to transfer certain territories to any other Power without the consent of Great Britain; and (3) in a modification of that part of Article XIV which stipulates that an engineer named by the British Government shall take part in the survey for the proposed railway from Pungwé Bay. Her Majesty's Government agree to the nomination of a neutral, instead of a British, engineer.

George G. Petre.

Nr. 10627. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten über Modifikationen des Vertrages.

Foreign Office, September 18, 1890.

Nr. 10627. England. 18. Sept. 1890.

Sir, || The Portuguese Minister called upon me at Dieppe on the 9th instant, and informed me, that considerable feeling had been raised in Portugal by the inferences — mistaken inferences, as he thought — which had been drawn from the language of the Convention on certain points. He explained to me the modifications which his Government desired to make in the wording of the Convention upon these points in order to disarm the criticism which they might possibly meet with in Parliament, and left with me a pro memoria, which I inclose. I promised to let them have an answer through you. || The proposed modifications do not seem to me likely to affect the operation of the Convention in any important respect. I have, therefore, to reply that, in the view of Her Majesty's Government, with the exception of Article X, paragraphs 2 and 3 of Article XI, and paragraphs 2 and 3 of Article XIV, the provisions of the Convention as regards the western side of Africa do not apply to the Province of Angola, but only to the territories recognized by Great Britain in that Agreement as being within the Portuguese sphere of influence. || The limits of the Province of Angola shall be taken to be those laid down in Stieler's Atlas (Berlin, 1889). || 2. Her Majesty's Government are willing that, in place of the stipulations in the Convention, to the effect that certain territories shall not be ceded by Portugal without the consent of Great Britain, it should be provided that Great Britain shall have a preferential right of acquiring those territories on the same terms as those on which it may be proposed at any time to transfer them to any other Power. || 3. The object of Her Majesty's Government in stipulating that one of the engineers employed to make the surveys for the railway to Pungwé Bay should be nominated by them was to satisfy public opinion in England that the survey would be prompt and satisfactory. This condition might, however, be waived on the understanding, that one of the engineers would be of neutral nationality if the Portuguese Government should desire it, and that his selection should be made by mutual agreement between the two Governments, the arbitration clause being applied in the event of disagreement.

Salisbury.

Nr. 10628. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über die Cortesverhandlungen über die Convention.

Lisbon, September 16, 1890. (September 20.)

Nr. 10628. England. 16. Sept. 1890.

My Lord, || The Cortes reassembled yesterday amidst great popular excitement, which, except for the extraordinary precautions taken by the Government and the display of military and police force, would probably have

Nr. 10628. England. 16. Sept. 1890.

led to serious disorders. As it was, there were conflicts between the police and the populace in the neighbourhood of the Cortes, in which one young man was killed, and several (eleven is the number stated) seriously hurt. Artillerymen, who mixed with the crowd, are said to have taken part against the police. || In the Chamber of Deputies, Senhor Hintze Ribeiro, amidst interruptions which at one time caused a temporary suspension of the sittings, read his Report upon the Anglo-Portuguese Convention, and introduced the Bill authorizing its ratification. || I have the honour to inclose translations of these documents*). Your Lordship will see, that the Bill states the effect of the modification and explanation of certain clauses in the Convention concurred in by Her Majesty's Government since the signature. || Senhor Hintze Ribeiro also laid a White Book which contains papers relating to the negotiations between the two Governments down to the latest date, copies of which I will endeavour to procure and forward to your Lordship as soon as possible. || A White Book, with African correspondence, ending with the fall of the late Ministry in January, was likewise published a few days ago, and shall be forwarded as soon as I have had time to analyze the contents. || The Treaty has been referred to the Joint Parliamentary Committees of Foreign Affairs, Colonies and Finance, and the Chamber adjourned until Thursday next. || It is evident, that the concessions made by Her Majesty's Government in the wording of the clauses above referred to have not produced the effect of lessening the violence of the opposition to the Treaty, nor, as far as can be judged at present, has Senhor Hintze Ribeiro's confident anticipation that they would at least remove the objections of many of the Ministerial supporters who either wavered or refused point blank to vote for the ratification been altogether verified. || It is said, that many of the Ministers shrink from facing the storm of opposition if it is persisted in by the country, and that there is a possibility of their resigning in consequence, in which case a Coalition Ministry would be formed, and the ratification of the Treaty would be indefinitely postponed. It is difficult at present to judge what degree of probability there is of this happening, but the state of affairs is uncertain. || Senhor Hintze Ribeiro himself maintains a firm and consistent attitude, and believes in the power of the Government to get the Treaty ratified. If it is rejected, it will not be owing to ignorance of the consequences to Portugal in Africa, which will, in all probability, follow from it, but to the animosity, apparently regardless of all consequences, which it has created.

George G. Petre.

Bill.

Article 1. The Treaty concluded on the 20th August last between Portugal and England, with reference to their respective spheres of influence in

*) Die Rede des portugiesischen Ministers ist hier fortgelassen.

Africa, is approved, in order that it may be ratified by the Executive Power, subject to the following declarations: — || (1.) That the commercial and fluvial régime, as laid down in the Treaty, does not apply to the ancient Portuguese Province of Angola. || (2.) That the question of transit was alone regulated by the Treaty, and therefore the right of Portugal, as far as regards the levying of import and export duties, remains wholly unfettered. || (3.) That the clause requiring the previous consent of England for the cession of the territories specified in the Treaty will be changed into a simple reservation of a right of preference in favour of England. || (4.) That the clause which provides for the appointment of an engineer by the British Government to carry out the surveys for the Pungwé Railway will be modified in the sense that an engineer of a neutral nation is to be appointed. Nr. 10628. England. 16. Sept. 1890.

Art. 2. Any laws contrary thereto are revoked.

E. R. Hintze Ribeiro.

Nr. 10629. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Die Ratifikation der Konvention darf nicht aufgeschoben werden.

Foreign Office, September 21, 1890.

(Telegraphic.) || I have to request you, unofficially, to inform the Portuguese Government that, if the ratification of the Anglo-Portuguese Agreement is adjourned by the Cortes, Her Majesty's Government will regard it as equivalent to its rejection. It is impossible for Great Britain to remain bound, while Portugal is not bound by the Convention. Nr. 10629. England. 21. Sept. 1890.

Nr. 10630. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Ministerkrisis in Portugal.

Lisbon, September 18, 1890. (September 22.)

(Extract.) || Senhor Serpa went to Cintra yesterday and placed the resignation of the whole Cabinet in the hands of the King, by whom it was accepted. || His Majesty did not either charge Senhor Serpa to form a new Ministry nor did he send for any one, but reserved to himself, before doing so, to consult some of the leading political men. || The Ministry will announce their resignation to-day in the Cortes; but it is mere conjecture so far as to who will be their successors. It does not seem probable, as Senhor Hintze Ribeiro seemed to think yesterday, that Senhor Serpa will continue to be at the head of a new Ministry. Public opinion points rather to a Ministry composed of no very pronounced party colour, and amongst the names put forward as most acceptable in the grave crisis through which this country is passing is that of Senhor Martens Ferrão, the Ambassador to the Vatican, who is a very able and experienced man and erudite lawyer, who conducted the late Nr. 10630. England. 18. Sept. 1890.

Nr. 10630. England. 18.Sept.1890. negotiations with the Papal See for the settlement of the affairs connected with the ecclesiastical jurisdiction claimed by the Crown of Portugal in India. He has also been constantly consulted both by Senhor Barros Gomes and Senhor Hintze Ribeiro on African questions, and several of his Reports on the matters in dispute between us are published in the White Book, which your Lordhsip will shortly receive; Count de Casal Ribeiro, the Minister at Madrid, who is a member of the Council of State, is also mentioned as one who will probably be asked to join the new Ministry, and would undoubtedly give it weight. || It is difficult to say, what its policy will be with regard to England; but it is safe to predict that it will drop the Treaty, whilst at the same time it would try to keep on friendly terms with us.

Nr. 10631. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon.

Foreign Office, 26. September, 1890.

Nr. 10631. England. 26.Sept.1890. Billigt die Note an den portugiesischen Minister vom 13. September 1890.

Nr. 10632. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Wenn die Konvention nicht in dieser Session der Cortes ratifizirt wird, fühlt sich England nicht mehr dadurch gebunden.

Foreign Office, October 6, 1890.

Nr. 10632. England. 6. Okt. 1890. (Telegraphic.) || As Article XVII of the Anglo-Portuguese Convention binds the parties to proceed to ratification as soon as possible, Her Majesty's Government have cause for grave complaint against the Portuguese Government, in the fact that application has not yet been made to the Cortes. || If the Portuguese Government allow the Session to close without applying for the ratification, Her Majesty's Government will not consider themselves bound by the signature of the Convention of the 20th August. || I have to request you to speak in this sense to the Portuguese Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10633. ENGLAND. — Der Gesandte in Portugal an den Minister des Auswärtigen. — Hat der portugiesischen Regierung die englische Ansicht mitgetheilt.

Lisbon, October 7, 1890. (October 13.)

Nr. 10633. England. 7. Okt. 1890. My Lord, || Having learnt, that Senhor d'Ornellas, the Under-Secretary of State for Foreign Affairs, or Political Director, as he is here styled, had returned to Lisbon, I called to-day at the Foreign Office, and repeated to him the substance of your Lordship's telegram of the 6th instant, to the effect that Her Majesty's Government would not consider themselves bound by the signature of the 20th August if the Cortes are closed without the necessary authority for the ratification of the Treaty being obtained. Senhor d'Ornellas

took this down in writing, and promised to communicate it immediately to the Minister for Foreign Affairs as soon as the new Ministry was formed. There will thus be no delay in his being placed in possession of the views of Her Majesty's Government. || Senhor d'Ornellas said, that the late Government had not failed in the obligation imposed upon them by Article XVII of the Treaty, because they had lost no time in submitting the Treaty to the Cortes, and applying for the authorization to ratify it, although they had resigned almost immediately afterwards.

Nr. 10633. England. 7. Okt. 1890.

George G. Petre.

Nr. 10634. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Uebersendet eine an die portugiesische Regierung gerichtete Note.

Lisbon, October 7, 1890. (October 13.)

My Lord, || Although I communicated the contents of your Lordship's despatch of the 18th ultimo, on the subject of the modifications in the Anglo-portuguese Convention agreed to by Her Majesty's Government, to Senhor Hintze Ribeiro privately, because it did not reach me until some time after the resignation of Senhor Serpa's Ministry, I have waited until there was an immediate prospect of a new Minister for Foreign Affairs assuming office before communicating it to the Portuguese Government in extension of my note of the 31th ultimo. || As I have now reason to believe, that General Chrisostomo d'Abreu will be in a position to announce the formation of the new Ministry within the next day or two, I have addressed a note, of which I have the honour to inclose a copy, to the Minister for Foreign Affairs, for his information on assuming office.

Nr. 10634. England. 7. Okt. 1890.

George G. Petre.

Inclosure.

Lisbon, October 7, 1890.

M. le Ministre, || With reference to the note which I had the honour to address to his Excellency Senhor Hintze Ribeiro on the 13th ultimo, informing the Portuguese Government, by direction of the Marquis of Salisbury, that Her Majesty's Government agreed generally to certain modifications of the Convention of the 20th August, therein specified, I received subsequently from his Lordship a despatch in which the nature and extent of the modifications are more fully stated. || In the view, therefore, of Her Majesty's Government, with the exception of Article X, paragraphs 2 and 3 of Article XI, and paragraphs 2 and 3 of Article XIV, the provisions of the Convention, as regards the western side of Africa, do not apply to the Province of Angola, but only to the territories recognized by Great Britain in that Agreement as being within the Portuguese sphere of influence. The limits of the Province of Angola should be taken to be those laid down in Stieler's Atlas (Berlin, 1889). ||

Nr. 10634. England. 7. Okt. 1890.

2. Her Majesty's Government are willing that, in place of the stipulations in the Convention to the effect that certain territories shall not be ceded by Portugal without the consent of Great Britain, it should be provided that Great Britain shall have a preferential right of acquiring those territories on the same terms as those on which it may be proposed at any time to transfer them to any other Power. || 3. The object of Her Majesty's Government in stipulating that one of the engineers employed to make the surveys for the railway to Pungwé Bay should be nominated by them was to satisfy public opinion in England that the survey would be prompt and satisfactory. This condition, however, might be waived, on the understanding that one of the engineers would be of neutral nationality if the Portuguese Government should desire it, and that his selection should be made by mutual agreement between the two Governments, the arbitration clause being applied in the event of disagreement.

George G. Petre.

Nr. 10635. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit dem neuen portugiesischen Minister des Auswärtigen.

Lisbon, October 14, 1890, 1.45 P.M. (October 14.)

Nr. 10635. England. 14. Okt. 1890.

(Telegraphic.) || A statement will probably be made in the Cortes tomorrow by the new Portuguese Cabinet, as I am informed by Senhor Barboza du Bocage, the Minister for Foreign Affairs, who called on me and said that the Session of the Cortes would be brought to an end on the 15th instant; it will not be adjourned to any fixed date, in order that it may be convoked in case it should be found necessary to do so. || I told his Excellency, that Her Majesty's Government would not consider themselves any longer bound by the stipulations of the Treaty of the 20th August, in the event of the Cortes being closed without approving the Treaty. || Senhor du Bocage assured me he was greatly concerned at this intimation, but he added it was a case of force majeure, and that it was a sheer impossibility for the new Cabinet to have the Treaty approved by the Cortes in its present form. The Portuguese Government hoped, that your Lordship would accede to some modifications in the Treaty, with a view to enable them to secure its ratification. || My reply to his Excellency was that it was out of my power to countenance any hope of Her Majesty's Government consenting to reopen the question of the Treaty.

Nr. 10636. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Schluss der Cortessession.

Lisbon, October 20, 1890, 11·30 A.M. (October 20.)

Nr. 10636. England. 20. Okt. 1890.

(Telegraphic.) || On Wednesday, the 15th instant, the Session of the Cortes was closed, and in the Statement read in the Cortes by the Government, it

was declared that the Treaty would not be pressed for ratification in its present shape, but that the Portuguese Government would endeavour to get it modified. I gather that the Portuguese Chargé d'Affaires in London has either already been or will be instructed to address a communication to your Lordship with regard to the Treaty.

Nr. 10636. England. 20. Okt. 1890.

Nr. 10637. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Die Konvention bindet die beiden Mächte nicht mehr.

Foreign Office, October 20, 1890, 6·10 P.M.

(Telegraphic.) || If any representations are addressed to you respecting the Convention of the 20th August, you should reply that the Government of Portugal has failed to proceed to ratification in accordance with the engagement contained in the last Article, and that neither of the Signatory Powers is bound by the Convention. || No representation based on it can, therefore, be admitted by Her Majesty's Government; any territorial question or other which may arise in the course of any future negotiations which may be entered into between the two Powers will not be prejudged, either on one side or the other, by the stipulations which the Convention contains.

Nr. 10637. England. 20. Okt. 1890.

Nr. 10638. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Unterredung mit dem portugiesischen Geschäftsträger über neue Verhandlungen.

Foreign Office, October 20, 1890, 6·50 P.M.

(Telegraphic.) || I have seen the Portuguese Chargé d'Affaires since I dispatched to you my telegram of to-day's date, and I have repeated its substance to him. || In reply to his inquiry whether Her Majesty's Government would be willing to open fresh negotiations at Lisbon with the view of concluding a new Treaty, I said that there was every willingness on our part to negotiate with his Government either at Lisbon or in London. || But I warned him that proposals for altering the stipulations of the Convention of August would not be confined to one side alone; that since the signature the situation of affairs was changed, and that it might prove impossible for Her Majesty's Government to consent now precisely to the same terms which they were able to accept in the signed Convention.

Nr. 10638. England. 20. Okt. 1890.

Nr. 10639. ENGLAND. — Derselbe an Denselben.

Foreign Office, October 22, 1890.

Billigt die Mittheilungen an die portugiesische Regierung vom 7. Oktober.

Nr. 10639. England. 22. Okt. 1890.

Nr. 10640. PORTUGAL. — Der portugiesische Geschäftsträger in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Vorschläge für einen modus vivendi.

Portuguese Legation, London, October 28, 1890. (October 31.)

Nr. 10640. England. 28. Okt. 1890.

(Uebersetzung.) || My Lord, || With reference to the interview which I had the honour to have with your Excellency at the Foreign Office, I have to state that the Government of His Most Faithful Majesty, without inquiring into the reasons alleged by the British Government for holding the Treaty of the 20th August last as abandoned, at once accepts the declaration made by your Excellency to the effect that you are prepared to enter into negotiations for the conclusion of a new Treaty. || But as these negotiations may be protracted, and as results must depend on the sanction of Legislature, the Portuguese Government suggests, that it would be well at once to establish a modus vivendi to meet the more pressing requirements of the interests involved, and proposes the following bases, which it possesses the necessary legal authority to put into immediate execution: — || 1. To decree at once the freedom of navigation of the Zambezi and of the Shiré. || 2. To permit and to facilitate transit over the water ways of the Zambezi, the Shiré and Pungué, and also over the land ways which supply means of communication where those rivers are not navigable. || 3. To facilitate communications between the Portuguese ports on the coast and the territories included in the sphere of action of Great Britain, especially as regards the establishment of postal and telegraphic communications, and as regards the transport service. || 4. Both High Contracting Parties to maintain the territorial status quo, on the basis of the delimitation established by the Treaty of the 20th August last, during the negotiations of and until the ratification of the future Treaty.

Luiz de Soveral.

Nr. 10641. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen über den modus vivendi.

Lisbon, October 27, 1890. (November 1.)

Nr. 10641. England. 27. Okt. 1890.

(Extract.) || I called to-day on the Minister for Foreign Affairs at his Excellency's request, and he showed me the instruction which he had telegraphed to the Portuguese Chargé d'Affaires in London to make certain proposals to your Lordship for the immediate establishment of a modus vivendi between the two countries in Africa. As I understood from his Excellency, that M. de Soveral expected to have an interview with your Lordship this afternoon, when he would of course fully explain the nature of the proposed compromise, it is unnecessary that I should do more than inform your Lordship that I have been made acquainted with it. || With reference to the proposed consent to allow the British South Africa Company to communicate with the coast at the mouth

of the Pungwé for postal purposes and for supplies, I observed to Senhor du Bocage that, although facilities of the kind mentioned would be very useful, yet that the speedy construction of a railway was of more importance, and that there was no mention of this in the proposals which M. de Soveral was instructed to make to your Lordship. || His Excellency said, that the Mozambique Mining Company, at the head of which were several solid capitalists, were about to apply to the Government for a Concession, without a guarantee, for the construction of a railway from the coast to Manica, and that this Concession would be granted. It would then he said be both easy and desirable for the two Companies themselves at once to come to an agreement respecting the direction of the line and its point of contact with the British frontier. || I also drew Senhor du Bocage's attention to the last paragraph of Article XIII of the Treaty. He said he thought, that the lease of a piece of land at the mouth of the Zambesi for transhipment purposes might be granted by the Governor-General to a British Company. He did not foresee much difficulty in that Concession following the modus vivendi, provided it was not made an international obligation. It was that, he said, which had caused irritation here more than the thing itself.

Nr. 10641. England. 27. Okt. 1890.

Nr. 10642. **ENGLAND.** — Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Geschäftsträger in London. — England nimmt die ersten drei Punkte des modus vivendi an.

Foreign Office, November 4, 1890.

M. le Chargé d'Affaires, || I have received your note of the 28th ultimo, stating the bases on which the Portuguese Government propose that a modus vivendi should be established between the two Governments in Africa pending negotiations for a new Treaty. || I have the honour to inform you in reply, that Her Majesty's Government are willing to accept the three first bases in the terms of your note, but that the fourth should, in their judgment, contain a more particular recital of the effect which the signature of this provisional agreement will have upon the future position and engagements of the signatory Powers. || I have accordingly prepared an alternative draft of the fourth basis, which I have to request you to suggest for the consideration of your Government. || I propose, that the modus vivendi should be concluded for a term of six months.

Salisbury.

Nr. 10642. England. 4. Nov. 1890.

Nr. 10643. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Portugal ist befriedigt über die Annahme des modus vivendi.

Lisbon, November 7, 1890. (November 12.)

My Lord, || I received a note this morning from M. du Bocage, asking me to call upon him to-day, and when I went to the Foreign Office his Ex-

Nr. 10643. England. 7. Nov. 1890.

Nr. 10643. England. 7. Nov. 1890.

cellency showed me the decypher of a telegram which he received last night from the Portuguese Chargé d'Affaires in London, and in which M. de Soveral gives very fully the substance of a note which he had received from your Lordship in reply to the proposals which he had been instructed to make by the Portuguese Government for the establishment of a modus vivendi between the two Governments relating to African affairs pending further negotiations. || The decision of Her Majesty's Government has been looked for with some anxiety, and has caused a satisfaction which there is no attempt to disguise. Senhor du Bocage told me, that as soon as the text of your Lordship's note was before him he would reply to it, and that a Royal Decree would be published to give immediate effect to what had been agreed upon. || In answer to an inquiry of mine, his Excellency said, that this Decree would not come under the head of what is called here "dictatorial," that it to say, extra constitutional, and therefore requiring a Bill of Indemnity when the Cortes met, because by the Constitution the Government had exceptional powers in respect to Colonial matters of urgency.

George G. Petre.

Nr. 10644. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Uebersendet den modus vivendi, der sechs Monate in Kraft bleiben soll.

Foreign Office, November 14, 1890.

Nr. 10644. England. 14. Nov. 1890.

Sir, || I transmit herewith copy of an Agreement between Great Britain and Portugal, signed to-day, recording a modus vivendi respecting the spheres of the two countries in Africa, which will be in force for six months from this date.

Salisbury.

Inclosure.

The Undersigned, duly authorized to that effect by their respective Governments, have agreed as follows: — || I. The Government of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves engages to decree at once the freedom of navigation of the Zambesi and of the Shiré. || II. The Government of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves engages also to permit and to facilitate transit over the waterways of the Zambesi, the Shiré and the Pungué, and also over the land-ways which supply means of communication where those rivers are not navigable. || III. The Government of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves further engages to facilitate communications between the Portuguese ports on the coast and the territories included in the sphere of action of Great Britain, especially as regards the establishment of postal and telegraphic communications, and as regards the transport service. || IV. The Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and the Government of

His Most Falthful Majesty the King of Portugal and the Algarves, engage to recognize the territorial limits indicated in the Convention of the 20th August, 1890, in so far that from the date of the present Agreement to the termination thereof neither Power will make Treaties, accept Protectorates, or exercise any act of sovereignty within the spheres of influence assigned to the other party by the said Convention. || But neither Power will thereby be held to prejudge any question whatever which may arise as to the said territorial limits in the course of the ulterior negotiations. || V. The present Agreement shall come into operation from the date of its signature, and shall remain in force for a period of six months. || Done at London, the 14th day of November, 1890.

Nr. 10644. England. 14. Nov. 1891.

Salisbury.
Luiz de Soveral.

Nr. 10645. **ENGLAND.** — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Portugal schlägt neue Verhandlungen in Lissabon über ein definitives Abkommen vor.

Lisbon, November 19, 1890. (November 24.)

(Extract.) || The official copy of the modus vivendi signed by your Lordship and M. de Soveral on the 14th instant had not reached Lisbon when I saw Senhor du Bocage yesterday; but he expected to receive it this morning, and the two texts will, in that case, be published in the Official Gazette tomorrow, together with the notes exchanged between the Portuguese Representative and your Lordship, and also the Decree or Decrees giving effect to the engagements undertaken by Portugal. || Senhor du Bocage said, that he was anxious that no time should be lost unnecessarily in negotiating a permanent Convention between Great Britain and Portugal, and he begged me to inform your Lordship at once that, if you were still willing that negotiations should be opened here, in compliance with the wish already expressed by the Portuguese Government, he was prepared, on being informed by me to that effect, to communicate to me without further delay the bases which he would propose for your Lordship's consideration. || If I may judge from what fell from his Excellency, and also from my knowledge of his views and practical good sense, no effort will be spared by him to keep the Portuguese proposals as far as possible within limits which will afford a reasonable basis of discussion between the two Governments.

Nr. 10645. England. 19. Nov. 1890.

Nr. 10646. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Uebersendet zwei portugiesische Dekrete.

Lisbon, November 21, 1890. (November 25.)

(Extract.) || The official journal of yesterday published the following documents relating to the modus vivendi: || — 1. A Decree granting the right of

Nr. 10646. England. 21. Nov. 1890.

Nr. 10646. England. 21. Nov. 1890. transit for merchandize from Pungwé to the sphere of British influence on payment of a 3 per cent. ad valorem duty. || 2. A Decree granting free navigation of the Zambesi and Shiré to the vessels of all nations. || I send your Lordship translations of the two Decrees*).

Nr. 10647. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. England ist zu neuen Verhandlungen bereit.

Foreign Office, November 27, 1890.

Nr. 10647. England. 27. Nov. 1890. (Telegraphic.) || With reference to your despatch of the 19th instant, I authorize you to receive and transmit any proposals M. du Bocage may communicate to you with a view to negotiations being renewed.

Nr. 10648. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. England wird keinen Vertrag unterzeichnen, der nicht von den Cortes angenommen ist.

Foreign Office, December 6, 1890.

Nr. 10648. England. 6. Dec. 1890. (Telegraphic.) || The Portuguese Chargé d'Affaires has been told by me more than once that, after what had taken place, I would not sign, on behalf of Her Majesty, any Treaty until it should have been ascertained by vote that the Cortes would ratify it. || It would be advisable, that you should repeat this to the Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10649. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Verhandlungen mit Portugal über ein neues Abkommen.

Foreign Office, January 7, 1891.

Nr. 10649. England. 7. Jan. 1891. (Telegraphic.) || Her Majesty's Government are not prepared, as you have been already informed, to enter into any Agreement with Portugal of a more favourable nature to her than that concluded on the 20th August. || The drift of events since that date will more probably render it impossible for Great Britain to make the concessions now which it was then possible to offer. Her Majesty's Government may, however, be able to assent to modifications of that Agreement on some points; but it must be on the understanding that Portugal will meet, by large concessions on her part elsewhere, any concessions which may be made to her by Great Britain.

Nr. 10650. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet die portugiesischen Vorschläge für ein neues Abkommen.

Lisbon, January 18, 1891. (January 22.)

Nr. 10650. England. 18. Jan. 1891. (Extract.) || I have the honour to inclose translations of a note, with its inclosure, which I received late yesterday evening from the Minister for Foreign

*) Sind hier fortgelassen.

Affairs, transmitting the Portuguese proposals for a new Treaty. Senhor du Bocage at the same time informed me in a private letter, that the Memorandum, which is referred to in the note, and which was to have accompanied it, would not be ready until to-morrow. || The Minister's note is not simply a transmitter. Senhor du Bocage evidently desires to place on record the contention, that these proposals for a new Treaty represent only a portion of what Portugal considers to be her rights in East and Central Africa, and which she is prepared to waive partially for the sake of the future security which an amicable understanding with Great Britain will afford her.

Inclosure 1.

Lisbon, January 17, 1891.

(Uebersetzung.) Sir, || On the 20th October last the First Minister of Her Britannic Majesty, on receiving from the Portuguese Chargé d'Affaires a communication, that His Majesty's Government was unable to have the Treaty of the 20th August ratified without modifications, informed M. L. de Soveral that he considered the Treaty as abandoned, but that he was nevertheless disposed to enter into fresh negotiations for a new Treaty. || Lamentable incidents, which are too well known for it to be necessary now to refer to them, prevented me from presenting sooner the project of this new Treaty, which I now transmit to your Excellency in order that you may bring it to the knowledge of the British Government. || The project of Treaty, which you will receive with this note, does not represent the expression of the continuous ("nunca interrompidas") aspirations of the Portuguese nation, nor does this document even contain what the Government of His Most Faithful Majesty considers to be a sincere expression of justice and of right. The Government of Her Britannic Majesty must look upon it as a compromise, seemly for both nations, between British interests and the legitimate rights of Portugal. || The heavy sacrifice represented by such a compromise can only be justified by the necessity, which the Portuguese Government admits, of putting an end definitely to a long and painful conflict, and its only compensation will be the security against the return in African territories of the disputes and rivalities which in later years have done so much to disturb the traditional friendship between Portugal and Great Britain. || When once then boundaries which determine the Portuguese dominions in East and Central Africa are fixed by a solemn document, we shall possess a sure pledge that Her Majesty's Government will respect, and cause to be respected, our rights in the territories which are left to us, and that in this portion at least of our ancient colonial patrimony we may be able henceforth to diffuse peacefully civilization and progress. || Very vast territories which were and are ours are about to pass under the dominion of Great Britain, nor shall I stop now to justify their possession, as Her Britannic Majesty's Government has one more than once occasion declined to give heed to the arguments,

Nr. 10650. England. 18. Jan. 1891.

founded on right, by which my predecessors have defended it. || I will refrain here from putting forward the titles which we have to much more than we now claim, although they are various and numerous. Some are based on remote facts, either derived from primitive conquests, or establishing a continuity of possession in the past century and in the first part of the present one; others are recent; many are perpetuated to the present time; and others find their expression in visible demonstrations, such as Portuguese flags flying in the "aringas" of vassal Chiefs, as tributes regularly paid to the Suzerain Power, and as taxes annually levied in the Crown fiefs. Some are arguments in favour of Portuguese sovereignty, others are proofs of effective and real dominion. || But it is useless to allege rights, as the Government of His Most Faithful Majesty is only endeavouring now to reconcile the extreme limit of its own sacrifices with the interests which Her Britannic Majesty's Government supports and protects. || This is the real point of view from which the First Minister of Her Britannic Majesty should appreciate the Memorandum and project of Treaty which accompany this note.

J. V. Barboza du Bocage.

Inclosure 2. Vertragsentwurf.

Article I.

(Uebersetzung.) Her Majesty the Queen of Great Britain, &c., agrees to recognize as within the dominion of His Majesty the King of Portugal in East and Southern Africa the territories bounded as follows: — || 1. By a line ascending the course of the River Rovuma from its mouth to the confluence of the River Messinge, and thence pursuing a westerly course along the parallel of latitude at which this confluence is situated, until it meets the eastern shore of Lake Nyassa. || 2. By the eastern shore of Lake Nyassa from the point where it is intersected by the parallel of latitude of the confluence of the River Messinge with the River Rovuma as far as the source of the River Shiré in Lake Nyassa itself. || 3. By a direct line starting from the source of the River Shiré in Lake Nyassa drawn to the northernmost point of the shore of Lake Chirua. || 4. By a direct line joining the northernmost point to the southernmost point of the shores of Lake Chirua. || 5. By a line starting from the southernmost point of the shore of Lake Chirua and following the crest of the Milange Mountains until it meets the source of the easternmost affluent of the River Ruo. || 6. Along the course of the easternmost affluent of the River Ruo from its source in the Milange Mountains to its mouth, and from thence along the course of the River Ruo as far as its confluence with the River Shiré. || 7. By a direct line which, starting from the right bank of the River Shiré at the point opposite to the confluence of the River Ruo, will run to the point where the 16th parallel of south latitude intersects a line dividing the waters of the Rivers Shiré and Revugo. || 8. By a line dividing the waters of the Rivers

Shiré and Revugo between parallels 16 and 15 south latitude || 9. Along the 15th parallel of south latitude between the line dividing the waters of the Rivers Shiré and Revugo and the course of the River Luia. || 10. Along the course of the River Luia from the point where it is intersected by the 15th parallel of south latitude as far as its confluence with the River Zambesi. || 11. Along the Zambesi River from the confluence of the River Luia up stream to a point situated on the left bank of the said River Zambesi, and at a distance of 10 English miles below the village of Zumbo. || 12. By an arc of a circle drawn to the north of the River Zambesi having a radius of 10 English miles, and its centre in the village of Zumbo, its extremities being below and above that village on the left bank of the same river. || 13. By an arc of the meridian 10 English miles to the west of the village of Zumbo, and comprised between the right bank of the River Zambesi and the 16th parallel of south latitude. || 14. By the 16th parallel of south latitude between the meridian which runs 10 English miles to the west of the village of Zumbo and the 31st meridian of longitude east of Greenwich. || 15. By a direct line which, starting from the point where the 31st meridian of longitude east of Greenwich intersects the 16th parallel of south latitude, will be continued to the northernmost point at which the course of the River Mazoe intersects the 33rd meridian of longitude east of Greenwich. || 16. Along the course of the River Mazoe, up stream, to its source close to the ruins of Bocuto. || 17. By a line which, starting from the source of the River Mazoe, close to the ruins of Bocuto, will be continued as far as the source of the River Macheque. || 18. Along the course of the River Macheque from its source close to the ruins of Bocuto as far as its confluence with the River Save. || 19. Along the course of the River Save from the point of affluence of the River Macheque, as far as the point of affluence of the River Lunde. || 20. By a direct line which, starting from the confluence of the River Lunde with the River Save, will be continued to the north-east point of the South African Republic. || 21. By the frontier-line which separates the Portuguese possessions and the South African Republic from the north-east point above mentioned as far as the Swaziland frontier. || 22. By the frontier-line between the Portuguese possessions and Swaziland, from the frontier of the South African Republic as far as the course of the River Maputo. || 23. Along the course of the River Maputo, down its stream, as far as its confluence with the River Pongolo. || 24. Along the course of the River Pongolo from the point of confluence of the River Maputo, up stream, until it meets the parallel of Sorduana Point. || It is expressly understood, that, whenever in this Article the course of a river is mentioned as a boundary, the dividing line corresponds to the thalweg of the respective river.

Article II.

The two High Contracting Parties agree to define the limits of their respective spheres of influence in Central Africa by a new line which will follow

Nr. 10650. England. 18. Jan. 1891.

the thalweg of the River Cambompo as far as its confluence with the River Zambesi, and will be continued along the thalweg of the last-named river as far as the rapids of Catima. || It is understood by the two High Contracting Parties, that the previously existing rights of any other Sovereign State, recognized by them as such, are not affected by this Article; and, subject to this sole reservation, Great Britain will not offer any opposition, either directly, or indirectly, to the free extension of the sphere of Portuguese influence in Western and Central Africa within the boundaries laid down in this Article.

Article III.

Each of the High Contracting Parties formally engages not to interfere, make any acquisitions, conclude Treaties, or accept any sovereign rights or recognitions of Protectorate in the territories which, in virtue of this Treaty, may be assigned to the dominions or to the sphere of influence of the other High Contracting Party. || It is expressly understood, that neither any individuals, the subjects of one of the High Contracting Parties, nor any Companies, Societies, or collective bodies deriving their nationality from the same High Contracting Party can exercise any sovereign rights within the dominions or in the sphere of influence of the other High Contracting Party as defined in this Treaty.

Article IV.

The two High Contracting Parties mutually bind themselves to respect (and to cause them to be respected) the Concessions made by one of the Parties, in a legal manner, in any territory which may, in virtue of this Treaty, be comprised in the spheres of influence or of sovereignty of the other Party, and likewise to respect (and to cause it to be respected) any private property whatsoever that may have been legally established within the aforesaid territories.

Article V.

British subjects in the territories comprised in the spheres of influence and of the sovereignty of Portugal in East and Southern Africa, as above defined, as well as Portuguese subjects in the territories assigned to Great Britain in virtue of the same Treaty, will be entitled, as regards the protection of their persons and property, the acquisition and transfer of real property, and the carrying out of their industrial pursuits, to the same treatment without any difference whatsoever, and to the same rights as the subjects of the nation holding the Sovereignty or Protectorate over the territories referred to in this Article.

Article VI.

His Most Faithful Majesty will maintain in force the Decree of the 18th November, 1890, which enforces, as regards the Rivers Zambesi and Shiré, in so far as they are under the sovereignty of Portugal or comprised

in its sphere of influence, similar principles to those laid down in the Act of Navigation of the River Niger, so long as this Act of Navigation, as well as that of the Congo, are maintained by the Signatory Powers of the General Act of the Conference of Berlin of the 26th February, 1885. || Her Britannic Majesty on her part engages to enforce a similar régime as regards the same rivers, during the same period, in so far as the rivers in question shall be under the sovereignty of Great Britain or included in her sphere of influence.

Article VII.

Merchandize intended for the territories under the sovereignty of Great Britain, or comprised in her sphere of influence and adjoining the Portuguese Province of Mozambique, as well as merchandize dispatched from those territories, will be allowed a free transit through the territories of the same Portuguese province by the rivers, canals, railways, ordinary roads and bridges, on sole payment of the same transit duty leviable, under similar circumstances, upon Portuguese merchandize forwarded to the same distination, which transit duty, however, is not to exceed 3 per cent. ad valorem. || Vice versâ, merchandize intended for any Portuguese territory in East and Southern Africa, or dispatched therefrom, will be entitled in transit through the territorial possessions assigned to Great Britain by this Treaty to the same facilities and treatment as British merchandize, and will pay the same transit duty, which is not to exceed 3 per cent. ad valorem. || Merchandize in transit through the territories referred to in this Article will not be liable, while in transit or on account of such transit, to the payment of any other fiscal duty or tolls, unless it be in remuneration for any service rendered beyond the aforesaid duty.

Article VIII.

The stipulations set forth in the preceding Article with reference to transit duties are to come into force three months after the date of the ratification of this Treaty, and will continue in force during fifteen years reckoning from that date; but they can be prolonged for a further period of ten years.

Article IX.

The Portuguese Government guarantee the construction, within the term of four years reckoning from the date of the ratification of this Treaty, of a railway and of a telegraph between the port of Beira and the Portuguese frontier, in order to connect Pungwé Bay with the sphere of influence of Great Britain in Mashonaland. British subjects will be allowed to make use of this railway and telegraph, as well as of the means of communication afforded by the River Pungwe, under the same conditions as those under which Portuguese subjects can make use of the said means of communication. || §. Until the completion of the railway referred to in this Article, and its being thrown open to public traffic, the Government of His Most Faithful Majesty will grant

Nr. 10650. England. 18. Jan. 1891.

to British subjects already settled or who may hereafter settle in Mashonaland all possible facilities, in accordance with the stipulations of this Treaty, for the purpose of carrying on communications and for the conveyance of their persons and merchandize between the aforesaid territory and the coast.

Article X.

The two High Contracting Parties formally bind themselves to submit to the arbitration of a friendly Power any doubts, differences, or questions that may arise with regard to the interpretation of the clauses of this Treaty, or derived from its execution.

Article XI.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Lisbon as soon as possible.

Nr. 10651. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Ueber die englischen Bedingungen der Unterzeichnung des Vertrages.

Lisbon, January 22, 1891. (January 27.)

Nr. 10651. England. 22. Jan. 1891.

My Lord, || The publication in the Blue Book of the instruction sent to me by your Lordship on the 6th ultimo to inform the Portuguese Government, that you would sign no Treaty on behalf of the Queen until it was ascertained by a vote that it would be ratified by the Cortes, has caused another slight ebullition of wrath which has found expression in a portion of the Portuguese press. The Minister for Foreign Affairs certainly raised no objection to it in principle when I spoke to him on the subject, although I think he would rather it had not been published in the Blue Book just issued. The constitutional argument brought against it is that the Cortes cannot be asked to ratify or sanction an unsigned Treaty; but I presume it was not your Lordship's intention to ask them to do so, but simply to require that the general conditions of the Treaty should receive legislative approval in such a form as to afford a certainty of its being ratified when signed. An exactly similar course was pursued with respect to the Treaty in 1887 with China.

George G. Petre.

Nr. 10652. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Unterredung mit dem portugiesischen Gesandten.

Foreign Office, February 4, 1891.

Nr. 10652. England. 4. Febr. 1891.

(Telegraphic.) || I have been informed to-day by M. de Soveral, that the Portuguese Government were waiting to receive counter-proposals from Her Majesty's Government. || I informed M. de Soveral, in reply, that I would communicate with you in fuller detail in regard to the railway and other com-

mercial provisions. I said that, as regarded the territorial stipulations, there were changes which appeared essential. || It is rendered necessary by the present condition of our mining population in those regions, that our boundary-line should approximately follow the 33rd degree of east longitude up to the River Sabi, or that it should at least follow the watershed with which that meridian closely coincides. I added, that compensation in the neighbourhood of Tete might, I thought, be given in return. || This suggestion was strongly resisted by M. de Soveral, who urged that, if Mutassa were formally ceded to Great Britain by Portugal, an internal revolution would probably be the result.

Nr. 10652. England. 4. Febr. 1891.

Nr. 10653. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Unterredungen mit dem portugiesischen Gesandten. — Lage von Gungunhana und andere Fragen.

Foreign Office, February 18, 1891.

Sir, || Since the dispatch to you of my telegram of the 4th instant I have had further interviews with M. de Soveral, but I have not received from him any intimation of the view taken by his Government of the suggestion I then made, that the line between the British and Portuguese spheres south of the Zambesi should approximately follow the 33rd meridian as far as the River Sabi, but leaving Massi-Kessi to Portugal, and that compensation for this modification should be given to Portugal in the neighbourhood of Tete. || I have thought it useless to furnish you with formal proposals for a new Treaty without some such intimation, and I am anxiously awaiting it. The compensation I have referred to might have a territorial extent equal to that portion of the plateau between the Sabi River and the 33rd meridian which is now claimed by Her Majesty's Government. || I am informed, that M. Bartissol has arrived in London, and is in communication, as representative of the Mozambique Company, with the managers of the South Africa Company. It is to be hoped, that they will come to an arrangement with regard to the railway to the coast which will be satisfactory to British interests. || A further point which will have to be settled when any new agreement is arrived at between the two Governments is the position of Gungunhana. Trustworthy reports which have been received from agents of the Company who have visited his kraal represent him as repudiating, in the most decided terms, his alleged vassalage as regards Portugal. || It is evident, that he disposes of a military force whith which the Portuguese colonial troops would be wholly inadequate to cope, and that, whatever line of boundary may be finally settled between the two Governments, serious difficulties would arise if any attempt is made to interfere with his independence unless backed by a numerous and well-appointed force. The course which appears to Her Majesty's Government to

Nr. 10653. England. 18. Febr. 1891.

Nr. 10653. England. 18. Febr. 1891.

be the wisest in the interests of Great Britain and Portugal is that a joint guarantee of Gungunhana's independence should be entered into by the Governments of both countries. If preferred, this engagement might be concluded for a limited number of years. Under such an arrangement the Chartered Companies could peacefully carry on their operations without exciting the dangerous enmity of this powerful Chieftain. || I have informed M. de Soveral that, in order to meet the susceptibilities of Portugal in regard to the clauses of the August Convention stipulating that certain territories should not be alienated without the consent of Great Britain, Her Majesty's Government would be willing to make the engagement a mutual one, by which each country should give the other the right of pre-emption in specified districts. || We must adhere to the terms of Article X relative to the protection of missionaries, religious toleration and freedom of worship and religious teaching, and we should require that the Articles relating to trade and navigation, which are based on the clauses of the Berlin Act relating to the navigation of the Niger, shall be retained. || There are some other points, such as the lease of a piece of ground at the mouth of the Chinde, which need not be included in a Convention, but which must be settled at the time of its signature. || For the reasons given in the second paragraph of this despatch, no formal draft of Convention has been prepared; but the above observations will serve to guide you in any conversations which you may hold with the Portuguese Minister for Foreign Affairs in regard to future arrangements.

Salisbury.

Nr. 10654. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Aeusserungen des portugiesischen Ministers über die Grenzbestimmung und Gungunhana.

Lisbon, February 24, 1891. (March 2.)

Nr. 10654. England. 24. Febr. 1891.

My Lord, || I had a long conversation to-day with the Minister for Foreign Affairs on the subject of your Lordship's despatch of the 18th instant, which I received this morning. || The suggestion made by your Lordship to M. de Soveral on the 4th instant, respecting the adoption of meridian 33 to the River Sabi as the boundary between the British and Portuguese spheres south of the Zambesi, leaving, however, Massi-Kessi to Portugal, does not appear to have been before Senhor du Bocage in a precise form, and, consequently, Senhor du Bocage seemed somewhat surprised when I told him that you were waiting for an intimation of the opinion of the Portuguese Government with reference to the suggestion before sending me in a formal shape the proposals of Her Majesty's Government for a new Treaty. || I explained to his Excellency fully, and, I believe, with sufficient clearness, the various points mentioned in your Lordship's despatch, and I invited an expression of his opinion upon

them. || Senhor du Bocage said, with reference to the suggested boundary, that what struck him at once was that it would deprive Portugal at one stroke of the whole of the rich auriferous region, with the exception of Massi-Kessi, stretching from latitude 18° 30′ to the south of Gungunhana's kraal, which was the only auriferous district between the Sabi River and the coast of any value whatever, and was, and had been for some time past, the sphere of the Mozambique Company's mining operations and Concessions. || He did not appear to look upon any increase of territory north of the Zambesi as an acceptable equivalent or compensation for a loss on the south which would take from Portugal all that was of any real value to her. || With regard to Massi-Kessi, which it was proposed to leave in the Portuguese sphere, there was no indication, he said, as to what extent of territory would be attached to it, and therefore he was not yet in a position to express an opinion in regard to the proposal. || The suggested guarantee of the independence of Gungunhana has produced apparently, if possible, a more unfavourable impression on his Excellency than the proposal to take the 33rd meridian as the boundary. It appears, that he had already been made acquainted with the suggestion through M. de Soveral, to whom Mr. Cecil Rhodes had spoken in support of it. || Apart from Gungunhana's relations with the Crown of Portugal, which, in spite of what I have told them about the decided repudiation expressed by the Chief himself of any subjection to or dependence upon Portugal, they maintain here to be unaltered up to the present time, notwithstanding what Senhor du Bocage called the unfair attempts which have been made ever since the signature of the modus vivendi by the agents of the British South Africa Company to enlist him on their side as against Portugal, he considered that a joint guarantee of independence would be beset with difficulties. To guarantee his independence would mean to guarantee his territory, and how was that to be ascertained and determined? There were many independent Chiefs, and powerful ones, in Gazaland, who would not be at all disposed to submit to the claims of the Zulu Chief. || I can see, that the real objection, however, on the part of the Portuguese Minister to this proposed joint guarantee arises from a suspicion that the British South Africa Company is behind it, and that their object is by means of Gungunhana to oust Portugal eventually from the possession of the coast. || The other points mentioned in your Lordship's despatch did not elicit any comments on the part of the Minister for Foreign Affairs, and they are not likely, as far as I can see at present, to create difficulties. || Senhor du Bocage asked me if I would give him a memorandum of the points which I had brought under his notice verbally, as he could not be quite sure of retaining them distinctly in his recollection, and I have accordingly done so. He said he would communicate with me shortly again on the subject.

George G. Petre.

Nr. 10655. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Uebersendet einen Notenwechsel mit dem portugiesischen Minister des Auswärtigen.

Lisbon, March 1, 1891. (March 6.)

Nr. 10655. England. 1. März 1891.

My Lord, || I have received from Senhor du Bocage a Memorandum, of which a translation is inclosed, replying to the one mentioned in my despatch of the 24th ultimo, recording the substance of my verbal communication to his Excellency on the subject of suggested bases for a new Treaty. It deals only with the question of the proposal of parallel 33 as the new boundary. || I have also the honour to inclose the copy of my Memorandum to which it refers.

George G. Petre.

Inclosure 1.

Memorandum given to Senhor du Bocage, February 24, 1891.

Lord Salisbury has been waiting for some intimation of the view taken by the Portuguese Government of the suggestion which he made to M. de Soveral on the 4th instant, that the line between the British and Portuguese sphere of influence south of the Zambesi should follow approximatively the 33rd meridian as far as the Sabi River, but leaving Massi-Kessi in the possession of Portugal, and that compensation for this should be given to Portugal in the neighbourhood of Tete; this compensation to have a territorial extent equal to that portion of the plateau between the Sabi and the 33rd meridian which is now claimed by Her Majesty's Government. || Lord Salisbury has thought it useless to furnish Her Majesty's Representative at Lisbon with formal proposals for a new Treaty without the intimation above mentioned, which he is anxiously awaiting. He hopes, that the Representative of the Mozambique Company, who is in London, will succeed in coming to an arrangement with the managers of the British South Africa Company with regard to the railway to the coast which will be satisfactory to British interests. In the view of Her Majesty's Government, another point which will have to be settled when any new agreement is arrived at between the two Governments is the position of Gungunhana. Trustworthy reports received from persons who have visited his kraal represent him as repudiating in the most decided terms his alleged vassalage as regards Portugal. He disposes of a military force with which the Portuguese colonial troops would be wholly inadequate to cope, and, whatever line of boundary may be finally settled between the two Governments, any attempt to interfere with Gungunhana's independence would give rise to serious difficulties, and would have to be backed by a numerous and well-appointed force. || Her Majesty's Government think, therefore, that the wisest course in the interest of both Great Britain and Portugal would be for a joint guarantee of Gungunhana's independence to be

entered into by the two Governments. If preferred, the engagement might be for a limited number of years, and under it the two Chartered Companies could peacefully carry on their operations without exciting Gungunhana's dangerous enmity. || In order to meet the susceptibilities of Portugal in regard to those clauses of the Treaty of August stipulating that certain territories should not be alienated without the consent of Great Britain, the British Government is willing to make the engagement mutual in regard to the right of pre-emption in specified districts. || The terms of Article X of the August Treaty will have to be adhered to, as also the Articles relating to trade and navigation, which are based on the clauses of the Berlin Act relating to the navigation of the Niger. || There are a few other points, such as the lease of a piece of ground at the mouth of the Chinde, which need not be included in the Convention, but which will have to be settled at the time it is signed. || British Legation, Lisbon, February 24, 1891.

Inclosure 2.

Memorandum received from Senhor du Bocage.

(Uebersetzung.) || The Memorandum of the 24th instant does not contain indications sufficiently explicit to enable His Majesty's Government to give at once a definite opinion in regard to certain matters to which their attention is called in that document. || This is more especially the case in regard to a suggestion made on the 4th instant by the Marquis of Salisbury to M. Luiz de Soveral, which, according to the Memorandum, consists of a proposition that longitude 33° east of Greenwich should be substituted for a portion of the boundary-line established by the Convention of the 20th August last. Such a proposal taken absolutely would tend to the abandonment by Portugal of the whole plateau, which, if not all, constitutes nearly all the auriferous region of Manica: the interpretation put upon it by Her Britannic Majesty's Government must certainly be different from this. || The British Government knows, that the whole district of Manica, even beyond the limits assigned by the Convention of the 20th August, has been always subject to the effective dominion of Portugal, with all the requisite accompaniments of permanent occupation and of regular administration, composed of a Governor, at present an officer in the army, and of other civil and military authorities; and that Government also knows, that the greater portion of that plateau is included in the Concessions of the Mozambique Company, which already owns a number of mines there in effective working and several organized stations, with good dwelling-houses and magazines, which contained furniture, utensils, arms and abundant stores, of which the agents of the British South Africa Chartered Company, when they invaded those territories in November and December last, took forcible possession. || In view of all these circumstances, and of the legitimate rights and of the important interests which they represent, it is obvious that

Nr. 10655. England. 1. März 1891.

His Majesty's Government cannot give their assent to the suggestion made in the terms in which it appears to be put forward. || This Government, however, with the desire and hope of arriving at a solution, would not refuse to take into consideration any well-defined plan for a rectification of the boundary fixed on the 20th August, proposing a cession of a portion of territory included in it, in exchange for other territories which might give them equitable compensation, keeping in view their real value and practical utility, and not their mere equivalence in geometrical extent. || The agreement at which Her Britannic Majesty's Government hope that the two privileged Companies, the Mozambique and the British South Africa, will arrive in respect to the construction of the railway, and any other mutual interests, will certainly not fail to facilitate a conciliatory settlement between the two Governments. || The other points mentioned in the Memorandum, concerning which Lord Salisbury does not desire an immediate answer, will be considered separately by His Majesty's Government as a more favourable opportunity arises for their examination. || Lisbon, February 28, 1891.

Nr. 10656. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Bemerkungen zu der portugiesischen Note vom 28. Februar.

Foreign Office, March 11, 1891.

Nr. 10656. England. 11. März 1891.

Sir, || I have received your despatch of the 1st instant, forwarding the reply of Senhor du Bocage to that part of your Memorandum of the 24th February which deals with the boundary of the British and Portuguese spheres of influence to the south of the Zambesi. || The statement made by the Minister, that the whole district of Manica has been "always subject to the effective dominion of Portugal, with all the requisite accompaniments of permanent occupation and of regular administration," is entirely at variance with the information received by Her Majesty's Government, which is based on the reports of persons who have visited the district in question. They found, it is true, an agent of the Mozambique Company at Massi-Kessi, and a few mining prospectors, chiefly Englishmen; but the civil and military authorities referred to in Senhor du Bocage's Memorandum as carrying on a regular Administration did not exist. || As to the alleged inclusion of the plateau in the Concessions of the Mozambique Company, I understand that the Charter of 1888, under which that Company claimed and granted mining rights, did not extend beyond the valleys of the Pungwé and Bosi Rivers, and that the mining claims which are being worked in the Mutassa district are, therefore, beyond their limits. Her Majesty's Government cannot admit that Portugal has established any valid claim to the district included between the River Sabi and the 33rd meridian of longitude. The failure of the Cortes to ratify the Convention of the 20th August left that district open to English enterprise, and it has been occupied by British subjects who are now engaged in mining, under a Con-

cession granted by Mutassa to the agents of the South Africa Company. Her Majesty's Government have no wish, that the other persons who are working mines in virtue of Concessions obtained from the Mozambique Company should be disturbed, although their claim to carry on operations beyond the valleys of the two rivers I have named is not admitted; but Her Majesty's Government consider that the rights conferred by the Concession obtained from Mutassa cannot be disputed. || The Portuguese Government will, no doubt, recognize the importance of the maintenance of order by a competent authority among the mining population, and, consisting as it does almost entirely of men of English or Scotch extraction, it is evident that this authority can be most effectually exercised under the British flag. || It is mainly on these grounds that I have proposed, that the boundary between the two spheres of influence should approximately follow the 33rd meridian of longitude. || On the other hand, Her Majesty's Government would be prepared to agree that a portion of territory to the north of the Zambesi, where Portugal claims to have interests, which was not assigned to her by the Convention of August last, should be included in the Portuguese sphere. This portion of territory would be bounded on the east by a line starting from the point where the 34th meridian of longitude cuts the boundary of the Anglo-Portuguese spheres north of the Zambesi, as settled by the Convention of August 1890, would run thence in a north-easterly direction to a point on the 15th parallel of latitude near Mapoka, and would follow that parallel till it crosses longitude 32°, which it would follow to the Zambesi. || You are authorized to propose the above arrangements to the Portuguese Government, leaving the other questions referred to in my despatch of the 18th ultimo for further discussion.

Nr. 10656. England. 11. März 1891.

Salisbury.

Nr. 10657. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Uebersendet eine portugiesische Denkschrift über Gungunhana.

Lisbon, March 12, 1891. (March 16.)

My Lord, || I have received a note, transmitting a further Memorandum, from the Minister for Foreign Affairs, of which I have the honour to inclose translations, replying to that portion of my Memorandum of the 24th ultimo which refers to Gungunhana and his future relations with the British and Portuguese Governments. || In objecting to the suggested guarantee of Gungunhana's independence, the Portuguese Minister, as your Lordship will see, assumes as an incontestable fact that the Chief cheerfully acknowledges and accepts his position as a vassal of the Crown of Portugal, and in support of this contention his Excellency refers to the Minute of meeting, of which I transmitted a translation to your Lordship in my despatch of the 9th instant

Nr. 10657. England. 12. März 1891.

George G. Petre.

Nr. 10657.
England.
12. März 1891.

Inclosure 1.

Senhor du Bocage to Sir G. Petre.

Foreign Department, Lisbon, March 10, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || In replying on the 28th February to the first point in the Memorandum of the 24th of that month, with respect to which the Marquis of Salisbury appeared to be anxious to ascertain the opinion of His Majesty's Government, I informed your Excellency that as regards the other points of that document, which seemed to be less pressing, I would reply as an opportunity occurred. || His Majesty's Government have thought proper not to delay their reply to the second point of the Memorandum above referred to, which treats of Gungunhana and of his future relations with the Portuguese Government. I therefore transmit herewith to your Excellency a Memorandum, with an urgent request to your Excellency to cause it to reach Lord Salisbury's hands as soon as possible.

Jozé Vicente Barboza du Bocage.

Inclosure 2.

Memorandum.

(Uebersetzung.) || In the Memorandum of the 24th February it is proposed that the two Governments interested in the matter should agree to guarantee simultaneously the independence of Gungunhana, either for ever or for a limited period of time, the two Chartered Companies peaceably carrying on their operations in the territories of that Chief. || The proposal in the Memorandum is based on three grounds, namely:— || 1. According to trustworthy reports received from persons who have visited Gungunhana, this Chief denies in the most positive terms his alleged vassalage to Portugal. || 2. Gungunhana has at his disposal forces against which the Portuguese colonial forces are not able to contend. || 3. Whatever boundary-line may be adopted, any attempt to interfere with the independence of Gungunhana would give rise to serious difficulties, which could not be overcome except by numerous and well-provided forces. || It is clear, that the value of the second and third grounds is exclusively derived from the rigorous accuracy of the first; if the latter is void of foundation, the two following ones will be so likewise. || In point of fact, it is only in case of Gungunhana either being or declaring himself independent that the alleged superiority of his forces might be a source of danger. It is certain, that the Portuguese colonial troops have not, up to the present, proved to be insufficient. It is also certain that, if at a given place or time they should show themselves to be so, there would be no difficulty — and recent facts prove, that this is no rash assertion — in dispatching from the mother country the troops that might be considered to be indispensably necessary. Under the circumstances of independence there would indeed be a justifiable cause for apprehending danger from Gungunhana's forces; but as a vassal of

the Portuguese Crown, as indeed he actually is, and as he wishes to be in future, his forces, far from being a source of danger, might become the effectual defenders of European interests in the regions which are ruled over by that powerful Chief. || With respect to the third ground, the same argument holds good entirely. It is only in case of Gungunhana refusing to acknowledge the sovereignty of Portugal over his dominions that, in the words of the Memorandum, "any attempt to interfere with his independence might give rise to serious difficulties," &c. But if Gungunhana accepts not only without reluctance, but even with joy his capacity as a vassal of the Crown of Portugal, it is clear that any act interfering with his independence would not meet with opposition in the event of its being carried into effect in the name of the Crown of which he considers himself and professes to be a vassal. || If, therefore, the inaccuracy of "the trustworthy reports of the persons who have visited Gungunhana" be proved, the groundlessness of the two reasons to which I have referred will likewise be at once established, without the necessity of any further argument. || Now it is not true that Gungunhana denies his vassalage to the King of Portugal. "The trustworthy reports" are erroneous in which he is charged with hostile sentiments or insubordination to Portugal. It is no wonder, that they are erroneous, inasmuch as they emanate from the agents of the British South Africa Company, who have never ceased to exert their earnest endeavours to extort such a declaration from him, even when such endeavours on their part were altogether prohibited as being manifestly contrary to the engagements imposed upon the Government of their own country in the modus vivendi. || The authentic copy of the Minute of a meeting which was held at Violante (Zefunha) on the 29th December, 1890, at the request of Gungunhana himself, will have already been brought to the knowledge of Her Britannic Majesty's Government at the date of this Memorandum. It was inclosed in the note of the 7th March addressed to Her Britannic Majesty's Representative at Lisbon. || At that meeting Gungunhana declared of his own accord, that "he as well as his people, and his grandfather Manecusse, and his father Muzila, were the faithful and submissive vassals of His Majesty the King of Portugal." The Minute alluded to is signed not only by all the Portuguese who were present, but also by a Russian subject, and even by a subject of Her Britannic Majesty. This testimony cannot be invalidated by any vague declarations to the contrary on the part of the agents of the British South Africa Company, which has kept them, as already stated, and still continues to keep in Gazaland, for the purpose of injuring Portuguese interests, in contravention of the clauses of the modus vivendi of the 14th November. The Chief clearly refers to their intriguing schemes in the Minute of the 29th December. || It is not easy to understand on what grounds Her Britannic Majesty's Government consider the presentation of such a proposal justifiable. It is at variance with the opinions and views of European Governments, and of all enlightened minds engaged in the consideration of African questions; in

Nr. 10657. England. 12. März 1891.

all of them the predominant view is that of placing Africa, apportioned among different nations in virtue of International Agreements, under the immediate action of civilized nations in the interest of Africa itself and of those who are zealously labouring there; one cannot well understand why the territories of Gungunhana should, in contrast to this humane purpose, form an unnecessary and even dangerous exception. The general interests of civilization are on this point in harmony with the private interests of those who are actively engaged in Africa, and have capital invested there. They are all asking for the dominion and influence of a civilized nation both there and at other points of the great continent. Moreover, the wishes of the Chief, historical tradition and actual influence are pointing out to Portugal as the nation to which such a Protectorate ought naturally to be intrusted. || It is evident, that the South Africa Company can alone profit by such a proposal. In Manicaland it tried to rule by force, because by mere accident it was able to make use of it, although this happened at a time when the Treaty of the 20th August, the modus vivendi, and its own Charter prohibited all hostile interference with Portugal on its part. In Gazaland, as it is not able to make use of force, it may more successfully make use, in a disloyal contest, of schemes and intrigues such as those now employed by it. || His Majesty's Government do not for one moment entertain the slightest suspicion, that Her Britannic Majesty's Government contemplate giving their assent to the evil designs of an English Company. But it is for that very reason that such a suspicion does not and cannot enter their minds, that His Majesty's Government consider it expedient to call the attention of Her Britannic Majesty's Government to the dangers to which it is to be feared Portuguese interests would remain exposed in the event of such a proposal being approved on the part of a Company which, unscrupulous as it is, and unprovided with means of any kind, does not refrain, whenever any opportunity offers, and even when the Conventions to which their own country is a Contracting Party forbid such a course, from injuring the rights and interests of the Portuguese Crown.

Foreign Department, Lisbon, March 10, 1891.

Nr. 10658. ENGLAND. — Derselbe an Denselben. — Uebersendet eine portugiesische Note über die Grenzen am Zambesi. Antwort auf Salisburys Bemerkungen.

Lisbon, March 30, 1891. (April 2.)

Nr. 10658. England. 30. März 1891.

My Lord, || I have the honour to inclose translation of a note which I have received from the Minister for Foreign Affairs in reply to the note which I addressed to his Excellency by your Lordship's instructions of the 11th instant, with reference to the boundaries of the British and Portuguese spheres of influence south of the Zambesi.

George G. Petre.

Inclosure.

Senhor du Bocage to Sir H. Petre.

Foreign Department, Lisbon, March 25, 1891.

(Uebersetzung.) Your Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 16th instant, containing an analysis of my Memorandum of the 28th ultimo. || Your Excellency's note maintains the proposal—drawn up, however, in somewhat more explicit terms—which was communicated to me in your Memorandum of the 24th February, which consists in the substitution of the 33rd meridian instead of the western frontier of Manicaland, as laid down in the Treaty of the 20th August, in return for a limited territorial compensation to the north of the Zambesi. || Your Excellency bases this proposal on various allegations which I propose to examine in the order in which they were presented. || My assertion, that "the whole of the district of Manica, even beyond the limits laid down in the Convention of the 20th August, was always subject to the effective dominion of Portugal, with all the requisite accompaniments of permanent occupation and of regular administration," is met by your Excellency with the objection that it is at variance with the information received by Her Britannic Majesty's Government from persons who have visited the district above referred to, and you add that no civil and military authorities so as to constitute a regular administration were in existence there. || It does not seem to me, that anonymous reports, possibly from a suspicious source, can so peremptorily counterbalance an assertion grounded on positive facts and on official documents of incontestable authority. || It is, indeed, an incontrovertible fact, that at the time when the South Africa Company's forces so unexpectedly invaded the district of Manica, a regular administration was established there which possessed all the essential requisites of an effective occupation. The Governor of the district and his Secretary resided at Gouveia, which is the capital, and the Superintendent of native affairs resided at Massi-Kessi, which is the seat of the Mozambique Company; there were Portuguese authorities and agents of that Company at several places in the district, as for instance at Chimoio, Sarmento, Neves Ferreira and Beira; a mining engineer exercised a supervision on the part of the State over the mining operations; a small European force and another more numerous native force, consisting of sepoys of the "Capitão-Môr" of Manica, maintained order and secured for a great many explorers, partly British subjects and partly subjects of other nations, the free and peaceable exercise of their industrial pursuits. || I may add, for further information, that Captain Jayme Ferreira was and still is the Governor of Manica, his Secretary being Ensign Freire, who was recently taken prisoner at Massi-Kessi by the so-called police force of the South Africa Company; that João de Rezende is the Superintendent of native affairs, who was taken prisoner by the said police force on the 15th September at Mutassa's kraal, and was subsequently expelled

Nr. 10658. England. 30. März 1891.

by them from Massi-Kessi, together with the officials and miners of the Mozambique Company; that Manuel Antonio de Souza is the "Capitão Môr" of Manica, who was treacherously invited by Mutassa to his kraal, together with Colonel Paiva d'Andrada, where they, as well as João de Rezende and the French engineer, Llamby, were all surprised and taken prisoners by the said police force; finally, Guilherme d'Albuquerque d'Orey, a mining engineer, is the fiscal engineer on the part of the Government. || This is the truth. It is not, however, to be wondered at that those whose object it has always been, since that premeditated and highly culpable invasion of Manica, to deceive the good faith of the British Government, should endeavour to conceal the truth and to gainsay it. || I shall now proceed with my reply to your Excellency's note. || With reference to the remarks made by me, that the greater part of the Manica plateau was comprised in the Concession of the Mozambique Company, and that, according to the proposed delimitation, that Company would be unjustly deprived of the best part of their Concession, your Excellency states that it is the opinion of Her Britannic Majesty's Government that the Concession from which the Company derive their rights does not extend beyond the basins of the Pungwé and Busi, and that the mining plots which are being actually worked in the Mutassa district are therefore situated beyond their limits. || With regard to this a mistake, no doubt involuntary, has been made, but which it is easy to clear up; the statement contained in the Memorandum of the 28th February is that the greater part of the plateau, which, in accordance with the proposed frontier of the 33rd meridian, would remain outside the Portuguese territory, is comprised in the Concessions of the Mozambique Company; the allegation made that the Concession of 1888 does not extend beyond the basins of the Pungwé and Busi does not contradict that assertion. The mere inspection of a Chart containing a faithful representation of the district of Manica (and I wish in this place to refer especially to the Chart published in the month of February of this year in the "Proceedings of the Royal Geographical Society") cannot fail to dispel the slightest doubt that may exist in any impartial mind as to the fact that Massi-Kessi, the seat of the Mozambique Company, as well as a large longitudinal stripe of territory comprised in that Company's Concession, are situated to the west of the 33rd meridian. || Her Britannic Majesty's Government, your Excellency continues to say, cannot admit that Portugal has any legitimate right to the territory comprised between the River Save and the 33rd meridian. Your Excellency does not say so clearly, but you appear to endeavour to justify a proposition so absolute in its nature, by merely stating that inasmuch at the Cortes failed to ratify the Treaty of the 20th August, that district would, ipso facto, remain open to English enterprise, that is to say, to a violent and premeditated spoliation by the forces of the South Africa Company. || There is a good deal to be said against so peremtory an allegation. || In no case whatever could the forces of the South Africa Company invade and occupy a territory lawfully

held and regularly occupied by Portugal, and no doubt whatever can be raised as regards such possession and occupation, inasmuch as there can be no doubt that Mutassa and the other native Chiefs of that region are vassals of the Crown of Portugal in view of the documents which cannot be contradicted, and which have already been brought under the knowledge of Lord Salisbury. I allude to Gungunhana's deed of vassalage, and more especially to the record of the meeting held at Zefunha on the 29th December last in which are recorded the declarations solemnly made by Gungunhana, which confirm, not only his intention of remaining faithful to his sworn allegiance to Portugal, but also his right of suzerainty as regards Mutassa. || Should, however, Mutassa be, which he is not, an independent Chieftain, even so, the invasion effected on the 14th September by the forces of the South Africa Company would be entirely illegal, and, as such, it would have to be annulled in all its effects: — || 1. Because it took place during the time when the Treaty of the 20th August was in force; and || 2. Because the invasion of Manica in itself, and by all the acts which followed it, involved a manifest infraction of the 22nd Article of the South Africa Company's Charter. This was admitted by Lord Salisbury in the statements which he made on the subject to the Portuguese Representative in London on the 17th December, to the effect that he would cause the forces of the South Africa Company to withdraw immediately from Massi-Kessi, and that with respect to Mutassa, he would merely wait before sending similar orders until it was ascertained whether his territory was really within the limits recognized as Portuguese in the Treaty of the 20th August, and in the modus vivendi. || It is positive, that the South Africa Company have not confined themselves to making use of mineral Concessions granted them, however illegally, by Mutassa; on the contrary, they have exercised sovereignty and performed administrative acts, in manifest violation of Articles 3, 4, and 22 of their Charter, not only in the territories of that Chief, but beyond them, in the territories of other Chiefs not subject to him. || This appears to be even admitted by your Excellency in endeavouring to lessen the responsibility of the Company, when you say that "I must recognize the importance of the maintenance of order by a competent authority among a numerous mining population, and consisting, as it does, almost entirely of men of English and Scotch extraction, is it evident that this authority can be most effectually exercised under the British flag." || With regard to this point, your Excellency will allow me to observe that, if the forces of the South Africa Company take upon themselves the duty of maintaining order among the mining population of Manica, it is because they succeeded by surprise and treachery in expelling those who had always maintained order there among the mining population which consisted then, as it does now, not merely of Portuguese, but of British and other foreign subjects, causing the Portuguese authority to be respected both by Europeans and natives, without any violent acts or conflicts. || I will not conclude without repeating the declaration previously made in my Memo-

Nr. 10658. England. 30. März 1891.

randum of the 28th February, that His Majesty's Government, animated by the sincere desire of arriving at an Agreement with Her Britannic Majesty's Government honourable ("decoroso") to both countries, is willing to examine and discuss any proposal of a rectification of the frontier laid down in the Treaty of the 20th August which does not involve giving up the whole plateau of Manica, but only some more limited portion of territory, and in exchange for other territory which may serve as a fair compensation. || The rectification of the frontier of Manica, suggested to Lord Salisbury by M. de Soveral in his interview of the 19th instant, and of which I took an opportunity of informing your Excellency, may serve as a complete proof of the conciliatory disposition of this Government. || On the 17th January, more than two months ago, I had the honour to communicate to you a proposal to serve as a basis of negotiation for the new Treaty. It was submitted to Lord Salisbury for his examination, and he promised to draw up a counter-proposal which would contain the modifications which it might be considered essential to introduce in the project of His Most Faithful Majesty's Government. This counter-proposal has, however, not yet been submitted to me, although the term of the modus vivendi is drawing to a close. || Your Excellency will join with me in recognizing how urgently necessary it is that the whole of the clauses of the future Treaty should be at once frankly and sincerely examined and discussed, which rests entirely with Lord Salisbury. J. V. Barboza du Bocage.

Nr. 10659. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Uebersendet die englischen Vorschläge zum Abkommen mit Portugal.

Foreign Office, April 3, 1891.

Sir, || I understand, that Senhor du Bocage has expressed his anxiety to receive as soon as possible the proposals of Her Majesty's Government for a new Convention. Her Majesty's Government are equally anxious to resume the negotiations without delay. I inclose herewith a draft of a Convention which they would be prepared to accept, and which will, they earnestly hope, be acceptable to the Portuguese Government. I have to request you to communicate it to Senhor du Bocage, and to request that it may be taken into consideration with the least possible delay. Salisbury.

Nr. 10659. England. 3. April 1891.

Inclosure. Vertragsentwurf.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., &c., &c., and His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, &c., &c., &c., being animated with the desire to draw closer the thies of friendship which unite the two nations, and to settle by common accord certain matters relative to their respective spheres of influence in Africa, have determined to conclude a Convention to that effect,

and have named as their respective Plenipotentiaries, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India. || And His Most Faithful Majesty the King of Portugal and the Algarves, || Who, having communicated to each other their respective full powers found in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Article I.

Great Britain agrees to recognize, as within the dominion of Portugal in East Africa, the territories bounded — || 1. To the north by a line which follows the course of the River Rovuma from its mouth up to the confluence of the River M'Sinje, and thence westerly along the parallel of latitude of the confluence of these rivers to the shore of Lake Nyassa. || 2. To the west by a line which, starting from the above-mentioned frontier on Lake Nyassa, follows the eastern shore of the lake southwards as far as the parallel of latitude 13° 30′ south; thence it runs in a south-easterly direction to the eastern shore of Lake Chiuta, which it follows. Thence in a direct line to the eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa, which it follows to its south-easternmost point; thence in a direct line to the easternmost affluent of the River Ruo, and thence follows that affluent, and, subsequently, the centre of the channel of the Ruo to its confluence with the River Shiré. From thence it runs in a direct line westwards to the point where the line of the Convention of the 20th August intersects the meridian of longitude 34°, follows that meridian to latitude 15°, which it follows to meridian 32°, and southwards along that meridian to the Zambesi. || The Settlement of Zumbo, with a radius on the northern bank of 10 English miles, remains under the dominion of Portugal.

Article II.

To the south of the Zambesi, the territories within the Portuguese sphere of influence are bounded by a line which, starting from a point opposite the western extremity of the 10-mile radius of Zumbo, runs directly southwards as far as the 16th parallel of south latitude, follows that parallel to its intersection with the 31st degree of east longitude (Greenwich), thence running eastward direct to the point where the River Mazoe is intersected by the 33rd degree of east longitude; it follows that degree southwards to its intersection by the 18° 30′ parallel of south latitude; thence it follows the upper part of the eastern slope of the Manica plateau southwards to the centre of the main channel of the Sabi, follows that channel to its confluence with the Lunte, whence it strikes direct to the north-eastern point of the frontier of the South African Republic, and follows the eastern frontier of the Republic, and the frontier of Swaziland, to the River Maputa. || It is understood, that in tracing the frontier along the slope of the plateau no territory west of longitude 32° 30′ shall be comprised in the Portuguese sphere, and no territory east of longitude 33° shall be comprised in the British sphere. The line shall,

Nr. 10659. England. 3. April 1891.

however, if necessary, be deflected so as to leave Mutassa in the British sphere, and Massi-Kessi in the Portuguese sphere.

Article III.

Great Britain engages not to make any objection to the extension of the sphere of influence of Portugal, south of Delagoa Bay, as far as a line following the parallel of the confluence of the River Pongola with the River Maputa to the sea-coast.

Article IV.

It is agreed, that the western line of division separating the British from the Portuguese sphere of influence in Central Africa shall follow the centre of the channel of the Upper Zambesi, starting from the Katima Rapids up to the point where it reaches the territory of the Barotse Kingdom. That territory shall remain within the British sphere, its limits to the westward, which will constitute the boundary between the British and Portuguese spheres of influence, being decided by a Joint Anglo-Portuguese Commission. || It is understood on both sides, that nothing in this Article shall affect the existing rights of any other State. Subject to this reservation, Great Britain will not oppose the extension of Portuguese administration outside of the limits of the Barotse country.

Article V.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain on the north of the Zambesi, the territories extending from the line to be settled by the Joint Commission mentioned in the preceding Article, to Lake Nyassa, including the islands in that lake south of parallel 11° 30′, and to the line described in Article I, with the exception of Zumbo and a radius of 10 English miles round it.

Article VI.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain to the south of the Zambesi, the territories bounded on the east and north-east by the line described in Article II.

Article VII.

All the lines of demarcation traced in Articles I to VI shall be subject to rectification by agreement between the two Powers, in accordance with local requirements. || The two Powers agree, that in the event of one of them proposing to part with any of the territories assigned by these Articles to their respective spheres of influence, the other shall be recognized as possessing a preferential right to the territories in question, or any portion of them, upon terms similar to those proposed.

Article VIII.

The two Powers engage that neither will interfere with any sphere of influence assigned to the other by Articles I to VI. One Power will not, in

the sphere of the other, make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights or Protectorates. || It is understood, that no Companies nor individuals subject to one Power can exercise sovereign rights in a sphere assigned to the other, except with the assent of the latter.

Article IX.

In all territories in Africa belonging to or under the influence of either Power, missionaries of both countries shall have full protection. Religious toleration and freedom for all forms of Divine worship and religious teaching are guaranteed.

Article X.

Portugal engages not to charge transit dues on goods passing in transit outwards, from the British sphere of influence to the East Coast, and not more than 3 per cent. transit duty on goods passing in transit inwards from the East Coast to the British sphere, either by land or water. These dues shall in no case have a differential character, and shall not exceed the customs dues levied on the same goods at the above-mentioned ports. || When the total amount of the transit dues on imports shall have reached 30,000 l. the transit duty shall be reduced to $1^1/_2$ per cent. || Her Majesty's Government shall have the option, within five years from the date of the signature of this Agreement, to claim freedom of transit on payment of 1,000,000 l. to Portugal. || Coin of all descriptions shall be imported free of transit duty into the British sphere. || It is understood, that there shall be freedom for the passage of subjects and goods of both Powers across the Zambesi, and through the districts adjoining the river for the purpose of such passage, along its whole course, without hindrance of any description and without payment of transit dues. || It is further understood, that within a zone of 20 English miles on the north bank of the Zambesi each Power shall have the right to construct roads, railways, bridges and telegraph-lines across the territories reserved to the influence of the other on the north of the Zambesi. Both Powers shall have the same right within a zone of 10 English miles on the south of the Zambesi between Tété and the confluence of the Chobe, and within a zone of the same dimensions running from the north-east of the British sphere south of the Zambesi to the British sphere north of the Zambesi. The two Powers shall have the power, in these zones, of acquiring, on reasonable conditions, the land necessary for such objects, and shall receive all other requisite facilities. They shall also be allowed facilities for the construction on the river, between the above-named limits, of piers and landing-places for the purpose of trade or navigation. || All materials for the construction of roads, railways, bridges and telegraph-lines shall be admitted free of charge. || Differences of opinion between the two Governments as to the execution of their respective obligations, incurred in accordance with the provisions of the preceding paragraph, shall be referred to the arbitration of two experts, one of whom shall be chosen

Nr. 10659. England. 3. April 1891.

on behalf of each Power, who shall select an Umpire, whose decision, in case of difference between the Arbitrators, shall be final. If the two experts cannot agree upon the choice of an Umpire, this Umpire shall be selected by a neutral Power.

Article XI.

The navigation of the Zambesi and Shiré, without excepting any of their branches and outlets, shall be entirely free for the ships of all nations. || The second Article of the Agreement of the 14th November, 1890, so far as it applies to the Pungwé, shall be made perpetual, and the terms applied to the Pungwé shall apply also to the Busi, the Limpopo, the Save and their tributaries.

Article XII.

Merchant-ships of the two Powers shall in the Zambesi, its branches and outlets, have equal freedom of navigation, whether with cargo or ballast, for the transportation of goods and passengers. In the exercise of this navigation the subjects and flags of both Powers shall be treated, in all circumstances, on a footing of perfect equality, not only for the direct navigation from the open sea to the inland ports of the Zambesi, and vice versa, but for the great and small coasting trade, and for boat trade on the course of the river. Consequently, on all the course and mouths of the Zambesi there will be no differential treatment of the subjects of the two Powers, and no exclusive privilege of navigation will be conceded by either to Companies, Corporations, or private persons. || The navigation of the Zambesi shall not be subject to any restriction or obligation based merely on the fact of navigation. It shall not be exposed to any obligation in regard to landing-station or depôt, or for breaking bulk, or for compulsory entry into port. In all the extent of the Zambesi the ships and goods in process of transit on the river shall be submitted to no transit dues, whatever their starting-place or destination. No maritime or river toll shall be levied based on the sole fact of navigation, nor any tax on goods on board of ships. There shall only be collected taxes or duties which shall be an equivalent for services rendered to navigation itself. The Tariff of these taxes or duties shall not warrant any differential treatment. || The affluents of the Zambesi shall be in all respects subject to the same rules as the river of which they are tributaries. || The roads, paths, railways, or lateral canals which may be constructed with the special object of correcting the imperfections of the river route on certain sections of the course of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, shall be considered, in their quality of means of communication, as dependencies of this river, and as equally open to the traffic of both Powers. And, as on the river itself, so there shall be collected on these roads, railways and canals only tolls calculated on the cost of construction, maintenance and management, and on the profits due to the promoters. As regards the Tariff of these tolls, strangers and the natives of the respective territories shall be treated on a footing of perfect equality. || Portugal

undertakes to apply the principles of freedom of navigation enunciated in this Article on so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. The rules which she may establish for the safety and control of navigation shall be drawn up in a way to facilitate, as far as possible, the circulation of merchant-ships. || Great Britain accepts, under the same reservations, and in identical terms, the obligations undertaken in the preceding Articles in respect of so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. || Any questions arising out of the provisions of this Article shall be referred to a Joint Commission, and, in case of disagreement, to arbitration. || Another system for the administration and control of the Zambesi may be substituted for the above arrangements by common consent of the Riverain Powers.

Article XIII.

In the interest of both Powers, Portugal agrees to grant absolute freedom of passage between the British sphere of influence and Pungwé Bay for merchandize of every description, and to give the necessary facilities for the improvement of the means of communication. She undertakes to construct a railway to serve this region from the coast to the boundary between the British and Portuguese spheres of influence with the least possible delay. Should 50 miles of the railway not have been completed within twelve months from the signature of this Convention, or should the entire line not have been completed within three years, the Portuguese Government shall, on the demand of Her Majesty's Government, assign to any British Company named by the latter the right of making the line, with all requisite facilities for the acquisition of land, cutting timber, and free importation and supply of materials and labour, and such Company shall have control over the railway until the sum expended on its construction has been repaid out of the traffic receipts, which, after payment of expenses and interest on capital, shall be applied for that purpose. When the repayment is completed the line shall be transferred to the control of the Portuguese Government, subject to a previous understanding between the two Governments as to the grant of sufficient running powers to the British Government. If a difference of opinion shall arise as to the stipulations necessary to secure to Great Britain free and effective communication with the coast, they shall be settled by a neutral Arbitrator before the line is handed over. || It is understood, that no dues shall be levied at the port of entry on goods in transit exceeding the maximum of 3 per cent. under the conditions stipulated in Article X.

Article XIV.

Great Britain and Portugal engage to facilitate telegraphic communication in their respective spheres. || The stipulations contained in Article XIII, as

Nr. 10659. England. 3. April 1891.

regards the construction of a railway from Pungwé Bay to the interior, shall be applicable in all respects to the construction of a telegraph-line for communication between the coast and the British sphere south of the Zambesi. Questions as to the points of departure and termination of the line, and as to other details, if not arranged by common consent, shall be submitted to the arbitration of experts under the prescribed conditions. || Portugal engages to maintain telegraphic service between the coast and the River Ruo, which shall be open to the use of the subjects of the two Powers without any differential treatment. || Great Britain and Portugal engage to give every facility for the connection of telegraphic lines constructed in their respective spheres. || Details in respect to such connection, and in respect to questions relating to the settlement of through Tariffs and other charges, shall, if not settled by common consent, be referred to the arbitration of experts under the prescribed conditions.

Article XV.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London on the of . || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention, and have affixed thereto the seals of their arms. || Done in duplicate

---

Nr. 10660. PORTUGAL. — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Der Artikel III des modus vivendi soll möglichst schnell ausgeführt werden.

Londres, le 11 Avril, 1891. (April 11.)

Nr. 10660. Portugal. 11. April 1891.

My Lord, || Le Gouvernement du Roi, reconnaissant combien il serait utile, dans l'intérêt du commerce et de la civilisation, de faciliter autant que possible le transit entre le littoral de l'Afrique Méridionale et la sphère d'influence de la Grande-Bretagne, m'a ordonné de porter à la connaissance de votre Excellence qu'il est très désireux de rendre immédiatement effectives les dispositions contenues dans l'Article 3 du modus vivendi. Cependant, comme des informations de différentes sources affirment que les ordres donnés par votre Excellence pour l'évacuation des territoires compris dans la sphère d'influence du Portugal n'ont pas été exécutés, il se verrait dans l'impossibilité de donner suite à son désir avant de demander à votre Excellence de vouloir bien lui donner l'assurance formelle du contraire, c'est-à-dire, qu'il ne se trouve actuellement plus d'agents de la "South Africa Company" dans le territoire assigné à la souveraineté Portugaise par l'Article 4 du modus vivendi.

Luiz de Soveral.

Nr. 10661. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. Portugal wünscht den baldigen Abschluss eines Vertrages mit England.

Lisbon, April 17, 1891. (April 22.)

Nr. 10661. England. 17. April 1891.

My Lord, || I have now the honour to inclose a translation of a note which I have just received from Senhor du Bocage, in which his Excellency acknowledges the receipt of my note transmitting the new draft Convention, as proposed by Her Majesty's Government, for the settlement of the Anglo-Portuguese African question. || As your Lordship will perceive from Senhor du Bocage's note, his Excellency has asked me to have a conference with him at the Foreign Office to-morrow.

George G. Petre.

Inclosure.

Senhor du Bocage to Sir G. Petre.

Foreign Department, Lisbon, April 17, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || I have received the note which your Excellency did me the honour to address to me on the 14th instant, forwarding to me a draft Convention sent by the Marquis of Salisbury to your Excellency to be delivered into my hands, and which represents the counter-proposal of Her Britannic Majesty's Government in reply to the proposal which I had the honour to communicate, on the part of His Majesty's Government, to your Excellency on the 17th of last January, with the request that you should cause the same to reach Lord Salisbury's hands. || His Majesty's Government are desirous of arriving, as soon as possible, at a final settlement upon this grave question, and feeling sure that both Her Britannic Majesty's Government and your Excellency share this wish, I have the honour, with a view to proceeding to consider, with the least delay possible, the several clauses of the counter-proposal transmitted to me by your Excellency, to invite your Excellency to a conference to-morrow, the 18th instant, at 3 P.M., in this Department of State.

J. V. Barboza du Bocage.

Nr. 10662. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. Verlängerung des modus vivendi auf einen Monat.

Foreign Office, May 14, 1891.

Nr. 10662. England. 14. Mai 1891.

Sir, || I have to inform you, that to-day the modus vivendi between Great Britain and Portugal of the 14th November last, which was passed originally for six months, and which consequently expired to-day, was continued for another month in order to give time for the conclusion of the Treaty and its acceptance by the Portuguese Cortes. At the same time the Articles of the

Nr. 10662. England. 14. Mai 1891.

new Convention were agreed upon between the Portuguese Minister and myself and were initialled, and now await the approval of Her Majesty and of the Portuguese Government and Cortes. || The principal territorial change is an extension of the English sphere in the neighbourhood of Manica, which is so drawn as to include the whole of the plateau of Manica, saving what may be necessary for the purpose of leaving the Settlement of Massi-Kessi to the Portuguese. As a set-off to this alteration, it has been agreed to make a large change, in favour of Portugal, of the territorial dominion upon the north bank of the Zambesi above Tete. The whole of the north bank between Tete and Zumbo, as far north as the 15th parallel of south latitude, will be recognized in this Convention as Portuguese. This arrangement will have the advantage of recognizing some historical claims which at one time did exist, though their present scope cannot be very clearly determined, as well as of providing an equivalent for the territory ceded in Manica. The exact extent of this concession northwards is not absolutely decided yet, as a discretion has been left to the Portuguese Government whether they will be satisfied to leave the boundary coincident with the 15th degree of latitude, or whether they will accept a further limited extension northward in accordance with the geographical features of the district, and in exchange for an addition to the British territory on the west bank of the Shiré. Full powers have been reserved of transit across the portion of Portuguese territory which now follows the line of the Zambesi on both its banks below the Settlement of Zumbo. In the present instrument the engagement of the modus vivendi which bound Portugal to facilitate and promote transit over the waterways of the Shiré and the Pungwé, and also over the landways which supply means of communication where those rivers are not navigable, is extended to the Limpopo, the Busi and the Save, and is made perpetual. An export duty of 3 per cent. for goods across Portuguese territory situated between the East Coast and the British sphere has been accepted, with the provision that coin and bullion of all descriptions shall be imported and exported to and from the British sphere free of transit duty. The boundary of the Barotse territory, which is recognized as British, is not defined in this Convention, as the knowledge which we possess is inadequate to enable us to draw the frontier accurately at the present time. The task of examining these details and fixing the line of our western frontier has been assigned to a Joint International Commission. || By a separate instrument it has been agreed, that the provisions of the Conference of Brussels for the exclusion of ardent spirits from parts of Africa where they have not yet been introduced shall be applied to the banks of the Zambesi and the Shiré; and arrangements have been made by which Portugal undertakes to lease, for the purpose of wharves and landing-places, a sufficient quantity of ground at the Chinde mouth of the Zambesi. || The other provisions of the Treaty of the 20th August, which was never submitted to the Cortes for ratification, have been reinserted in the present instrument. With the

exception of the alternative line of frontier to the north of the Zambesi, which I have already mentioned, all points at issue between the two Governments are resolved in the accompanying stipulations; but the signature of them must be deferred until the approval of the Cortes has been obtained, so that the inconveniences of a Treaty which has been signed, but not ratified, may be avoided in the present case.

Nr. 10662. England. 14. Mai 1891.

Salisbury.

Nr. 10663. **ENGLAND.** — Derselbe an Denselben. — Uebersendet den Text des Vertrages mit Portugal. Der Gesandte erhält Vollmacht, ihn zu unterzeichnen.

Foreign Office, May 28, 1891.

Sir, || I transmit herewith the Convention between Great Britain and Portugal, the terms of which were finally arranged to-day with the Portuguese Minister at this Court. || You will receive full powers authorizing you to sign with the Portuguese Minister for Foreign Affairs.

Nr. 10663. England. 28. Mai 1891.

Salisbury.

Inclosure.

Convention between Great Britain and Portugal.

Article I.

Great Britain agrees to recognize, as within the dominion of Portugal in East Africa, the territories bounded — || 1. To the north by a line which follows the course of the River Rovuma from its mouth up to the confluence of the River M'Sinje, and thence westerly along the parallel of latitude of the confluence of these rivers to the shore of Lake Nyassa. || 2. To the west by a line which, starting from the above-mentioned frontier on Lake Nyassa, follows the eastern shore of the lake southwards as far as the parallel of latitude 13° 30′ south; thence it runs in a south-easterly direction to the eastern shore of Lake Chiuta, which it follows. Thence it runs in a direct line to the eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa, which it follows to its south-easternmost point; thence in a direct line to the easternmost affluent of the River Ruo, and thence follows that affluent, and, subsequently, the centre of the channel of the Ruo to its confluence with the River Shiré. || From the confluence of the Ruo and Shiré the boundary will follow the centre of the channel of the latter river to a point just below Chiwanga. Thence it runs due west-ward until it reaches the watershed between the Zambesi and the Shiré, and follows the watershed between those rivers, and afterwards between the former river and Lake Nyassa until it reaches parallel 14° of south latitude. From thence it runs in a south-westerly direction to the point where south latitude 15° meets the River Aroangwa or Loangwa, and follows the mid-channel of that river to its junction with the Zambesi.

Article II.

Nr. 10663. England. 28. Mai 1891.

To the south of the Zambesi, the territories within the Portuguese sphere of influence are bounded by a line which, starting from a point opposite the mouth of the River Aroangwa or Loangwa, runs directly southwards as far as the 16th parallel of south latitude, follows that parallel to its intersection with the 31st degree of longitude east of Greenwich, thence running eastward direct to the point where the River Mazoe is intersected by the 33rd degree of longitude east of Greenwich; it follows that degree southwards to its intersection by the 18° 30′ parallel of south latitude; thence it follows the upper part of the eastern slope of the Manica plateau southwards to the centre of the main channel of the Sabi, follows that channel to its confluence with the Lunte, whence it strikes direct to the north-eastern point of the frontier of the South African Republic, and follows the eastern frontier of the Republic, and the frontier of Swaziland, to the River Maputa. || It is understood, that in tracing the frontier along the slope of the plateau no territory west of longitude 32° 30′ east of Greenwich shall be comprised in the Portuguese sphere, and no territory east of longitude 33° east of Greenwich shall be comprised in the British sphere. The line shall, however, if necessary, be deflected so as to leave Mutassa in the British sphere, and Massi-Kessi in the Portuguese sphere.

Article III.

Great Britain engages not to make any objection to the extension of the sphere of influence of Portugal, south of Delagoa Bay, as far as a line following the parallel of the confluence of the River Pongola with the River Maputa to the sea-coast.

Article IV.

It is agreed, that the western line of division separating the British from the Portuguese sphere of influence in Central Africa shall follow the centre of the channel of the Upper Zambesi, starting from the Katima Rapids up to the point where it reaches the territory of the Barotse Kingdom. That territory shall remain within the British sphere; its limits to the westward, which will constitute the boundary between the British and Portuguese spheres of influence, being decided by a joint Anglo-Portuguese Commission, which shall have power, in case of difference of opinion, to appoint an Umpire. || It is understood on both sides, that nothing in this Article shall affect the existing rights of any other State. Subject to this reservation, Great Britain will not oppose the extension of Portuguese administration outside of the limits of the Barotse country.

Article V.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain on the north of the Zambesi, the territories extending from the line to be settled by the Joint Commission mentioned in the preceding Article, to

Lake Nyassa, including the islands in that lake south of parallel 11° 30′ south latitude, and to the territories reserved to Portugal by the line described in Article I.

Article VI.

Portugal agrees to recognize, as within the sphere of influence of Great Britain to the south of the Zambesi, the territories bounded on the east and north-east by the line described in Article II.

Article VII.

All the lines of demarcation traced in Articles I to VI shall be subject to rectification by agreement between the two Powers, in accordance with local requirements. || The two Powers agree, that in the event of one of them proposing to part with any of the territories to the south of the Zambesi assigned by these Articles to their respective spheres of influence, the other shall be recognized as possessing a preferential right to the territories in question, or any portion of them, upon terms similar to those proposed.

Article VIII.

The two Powers engage, that neither will interfere with any sphere of influence assigned to the other by Articles I to VI. One Power will not, in the sphere of the other, make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights or Protectorates. || It is understood, that no Companies nor individuals subject to one Power can exercise sovereign rights in a sphere assigned to the other, except with the assent of the latter.

Article IX.

Commercial or mineral Concessions and rights to real property possessed by Companies or inviduals belonging to either Power shall, if their validity is duly proved, be recognized in the sphere of the other Power. || For deciding on the validity of mineral Concessions given by the legitimate authorithy within 30 miles of either side of the frontier south of the Zambesi a Tribunal of Arbitration is to be named by common agreement. || It is understood, that such Concessions must be worked according to local Regulations and Laws.

Article X.

In all territories in East and Central Africa, belonging to or under the influence of either Power, missionaries of both countries shall have full protection. Religious toleration and freedom for all forms of Divine worship and religious teaching are guaranteed.

Article XI.

The transit of goods across Portuguese territories situated between the East Coast and the British sphere shall not, for a period of twenty-five years

Nr. 10663. England. 28. Mai 1891.

from the ratification of this Convention, be subjected to duties in excess of 3 per cent. for imports or for exports. These dues shall in no case have a differential character, and shall not exceed the customs dues levied on the same goods in the above-mentioned territories. || Her Majesty's Government shall have the option, within five years from the date of the signature of this Agreement, to claim freedom of transit for the remainder of the period of twenty-five years on payment of a sum capitalizing the annual duties for that period at the rate of 30,000 *l.* a-year. || Coin and precious metals of all descriptions shall be imported and exported to and from the British sphere free of transit duty. || It is understood, that there shall be freedom for the passage of subjects and goods of both Powers across the Zambesi, and through the districts adjoining the left bank of the river situated above the confluence of the Shiré, and those adjoining the right bank of the Zambesi situated above the confluence of the River Luenha (Ruenga), without hindrance of any description and without payment of transit dues. || It is further understood, that in the above-named districts each Power shall have the right, so far as may be reasonably required for the purpose of communication between territories under the influence of the same Power, to construct roads, railways, bridges, and telegraph lines across the district reserved to the other. The two Powers shall have the right of acquiring in these districts on reasonable conditions the land necessary for such objects, and shall receive all other requisite facilities. Portugal shall have the same rights in the British territory on the banks of the Shiré and in the British territory comprised between the Portuguese territory and the banks of Lake Nyassa. Any railway so constructed by one Power on the territory of the other shall be subject to local Regulations and Laws agreed upon between the two Governments, and, in case of differences of opinion, subject to arbitration as hereinafter mentioned. || The two Powers shall also be allowed facilities for constructing on the rivers within the above districts piers and landing-places for the purpose of trade and navigation. || Differences of opinion between the two Governments as to the execution of their respective obligations, incurred in accordance with the provisions of the preceding paragraph, shall be referred to the arbitration of two experts, one of whom shall be chosen on behalf of each Power. These experts shall select an Umpire, whose decision, in case of difference between the Arbitrators, shall be final. If the two experts cannot agree upon the choice of an Umpire, this Umpire shall be selected by a neutral Power to be named by the two Governments. || All materials for the construction of roads, railways, bridges and telegraph-lines shall be admitted free of charge.

Article XII.

The navigation of the Zambesi and Shiré, without excepting any of their branches and outlets, shall be entirely free for the ships of all nations. || The Portuguese Government engages to permit and to facilitate transit for all

persons and goods of every description over the waterways of the Zambesi, the Shiré, the Pungwe, the Busi, the Limpopo, the Sabi, and their tributaries, and also over the landways which supply means of communication where these rivers are not navigable.

Article XIII.

Merchant-ships of the two Powers shall in the Zambesi, its branches and outlets, have equal freedom of navigation, whether with cargo or ballast, for the transportation of goods and passengers. In the exercise of this navigation the subjects and flags of both Powers shall be treated, in all circumstances, on a footing of perfect equality, not only for the direct navigation from the open sea to the inland ports of the Zambesi, and vice versa, but for the great and small coasting trade, and for boat trade on the course of the river. Consequently, on all the course and mouths of the Zambesi there will be no differential treatment of the subjects of the two Powers; and no exclusive privilege of navigation will be conceded by either to Companies, Corporations, or private persons. || The navigation of the Zambesi shall not be subject to any restriction or obligation based merely on the fact of navigation. It shall not be exposed to any obligation in regard to landing-station or depôt, or for breaking bulk, or for compulsory entry into port. In all the extent of the Zambesi the ships and goods in process of transit on the river shall be submitted to no transit dues, whatever their starting-place or destination. No maritime or river toll shall be levied based on the sole fact of navigation, nor any tax on goods on board of ships. There shall only be collected taxes or duties which shall be an equivalent for services rendered to navigation itself. The Tariff of these taxes or duties shall not warrant any differential treatment. || The affluents of the Zambesi shall be in all respects subject to the same rules as the river of which they are tributaries. || The roads, paths, railways, or lateral canals which may be constructed with the special object of correcting the imperfections of the river route on certain sections of the course of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, shall be considered, in their quality of means of communication, as dependencies of this river, and as equally open to the traffic of both Powers. And, as on the river itself, so there shall be collected on these roads, railways and canals only tolls calculated on the cost of construction, maintenance and management, and on the profits due to the promoters. As regards the Tariff of these tolls, strangers and the natives of the respective territories shall be treated on a footing of perfect equality. || Portugal undertakes to apply the principles of freedom of navigation enunciated in this Article on so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. The rules which she may establish for the safety and control of navigation shall be drawn up in a way to facilitate, as far as possible, the circulation of merchant-ships. || Great Britain accepts, under the same reservations and in identical terms, the obligations undertaken in the

Nr. 10663. England. 28. Mai 1891.

preceding Articles in respect of so much of the waters of the Zambesi, its affluents, branches and outlets, as are or may be under her sovereignty, protection, or influence. || Any questions arising out of the provisions of this Article shall be referred to a Joint Commission, and, in case of disagreement, to arbitration. || Another system for the administration and control of the Zambesi may be substituted for the above arrangements by common consent of the Riverain Powers.

Article XIV.

In the interest of both Powers, Portugal agrees to grant absolute freedom of passage between the British sphere of influence and Pungwé Bay for all merchandize of every description, and to give the necessary facilities for the improvement of the means of communication. || The Portuguese Government agree to construct a railway between Pungwé and the British sphere. The survey of this line shall be completed within six months, and the two Governments shall agree as to the time within which the railway shall be commenced and completed. If an agreement is not arrived at, the Portuguese Government will give the construction of the railway to a Company which shall be designated by a neutral Power, to be selected by the two Governments, as being in its judgment competent to undertake the work immediately. The said Company shall have all requisite facilities for the acquisition of land, cutting timber, and free importation and supply of materials and labour. || The Portuguese Government shall either itself construct or shall procure the construction of a road from the highest navigable point of the Pungwé, or other river which may be agreed upon as more suitable for traffic, to the British sphere, and shall construct or procure the construction in Pungwé Bay and on the river of the necessary landing-places. || It is understood, that no dues shall be levied on goods in transit by the river, the road, or the railway exceeding the maximum of 3 per cent. under the conditions stipulated in Article XI.

Article XV.

Great Britain and Portugal engage to facilitate telegraphic communication in their respective spheres. || The stipulations contained in Article XIV, as regards the construction of a railway from Pungwé Bay to the interior, shall be applicable in all respects to the construction of a telegraph-line for communication between the coast and the British sphere south of the Zambesi. Questions as to the points of departure and termination of the line, and as to other details, if not arranged by common consent, shall be submitted to the arbitration of experts under the conditions prescribed in Article XI. || Portugal engages to maintain telegraphic service between the coast and the River Ruo, which service shall be open to the use of the subjects of the two Powers without any differential treatment. || Great Britain and Portugal engage to give every facility for the connection of telegraphic lines constructed in their respective spheres. || Details in respect to such connection, and in respect to

questions relating to the settlement of through tariffs and other charges, shall, if not settled by common consent, be referred to the arbitration of experts under the conditions prescribed in Article XI. Nr. 10663. England. 28. Mai 1891.

---

1. A note shall be addressed to Her Majesty's Government by the Portuguese Government, undertaking to lease for ninety-nine years to persons named by Her Majesty's Government land at the Chinde mouth of the Zambesi, to be used under Regulations for the landing, storage and transhipment of goods. Sites, price and regulations to be arranged by three Commissioners to be named one by each of the two Governments and the third by a neutral Power to be selected by them. In case of difference of opinion among the Commissioners, the decision of the majority to be final. A note shall also be addressed to the Portuguese Government by Her Majesty's Government undertaking, on the demand of the former, to lease on similar conditions and for similar purposes to persons named by the Portuguese Government land in some spot on the south-western coast of Lake Nyassa which shall be agreed upon between the two Governments as suitable for the purpose. || 2. Notes shall be exchanged between Her Majesty's Government and the Portuguese Government with regard to the traffic rates to be charged on the railway similar to those exchanged on the 20th August, 1890. || 3. Notes shall be exchanged between the two Governments, agreeing that the importation of ardent spirits to either bank of the Zambesi and Shiré by those rivers, whether in the British or Portuguese sphere, shall be interdicted, and that the authorities of the two States shall agree upon the arrangements necessary to prevent and punish infractions of this Article.

Nr. 10664. ENGLAND. — Der Gesandte in Lissabon an den Minister des Auswärtigen. — Der Vertrag mit Portugal ist unterzeichnet. — Uebersendet die gewechselten Noten.

Lisbon, June 11, 1891. (June 16.)

(Extract.) || I have the honour to inclose the Anglo-Portuguese Treaty which was signed this day at the Foreign Ministry by Count Valbom, the Portuguese Minister for Foreign Affairs and myself, after collation with the bases initialled in London on the 28th ultimo by your Lordship and M. de Soveral. These bases having been approved, as I have already had the honour of informing you, by the Chamber of Deputies on the 8th instant, were also approved by the House of Peers yesterday evening by a very large majority. || The Law authorizing the signature and ratification of the Treaty was sanctioned by the Council of State, and signed by the King this morning. || I inclose copies also of the notes exchanged between Count Valbom and myself after we had signed the Treaty. Nr. 10664. England. 11. Juni 1891.

Nr. 10664.
England.
11. Juni 1891.

Inclosure 1.

Count de Valbom to Sir G. Petre.

Lisbon, June 11, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || The untersigned, His Most Faithful Majesty's Minister for Foreign Affairs, formally declares, with reference to the wish expressed by Her Britannic Majesty's Government, that he will lease for the term of ninety-nine years, to persons named by the British Government, land at the Chinde mouth of the Zambesi, to be used under special regulations, for the landing, storage and transhipment of goods. Sites, price and regulations will be arranged by three Commissioners to be named one by each of the two Governments, and the third by a neutral Power to be selected by them. || In case of difference of opinion among the Commissioners, the decision of the majority to be final. || The Portuguese Government trust, that the British Government will have no hesitation in granting, whenever an application to that effect may be addressed to it, to persons named by the Portuguese Government, land under identic conditions, and for an identic purpose, at a point on the south-west shore of Lake Nyassa, which may, by agreement between the two Governments, be deemed adequate for that object.

Count de Valbom.

Inclosure 2.

Sir G. Petre to Count de Valbom.

Lisbon, June 11, 1891.

M. le Ministre. || I am instructed by Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to inform your Excellency, that Her Majesty's Government, in conformity with the desire expressed by the Portuguese Government, undertake on their demand to lease for ninety-nine years to persons named by them land in some spot on the south-western coast of Lake Nyassa, to be agreed upon between the two Governments, on similar conditions and for similar purposes as the land which the Portuguese Government undertake to lease for ninety-nine years to persons named by Her Majesty's Government at the Chinde mouth of the Zambesi, to be used under regulations for the landing, storage and transhipment of goods. The sites, price and regulations to be arranged by three Commissioners, to be named one by each of the two Governments, and the third by a neutral Power to be selected by them.

George G. Petre.

Inclosure 3.

Sir G. Petre to Count de Valbom.

Lisbon, June 11, 1891.

M. le Ministre, || In view of the great importance, in the interests of British and Portuguese commerce, of an easy and economical means of trans-

port between the sphere of influence reserved to Great Britain on the south of the Zambesi and the sea-coast, I am instructed to state that it would be satisfactory to Her Majesty's Government if you could give me an assurance that the traffic rates to be charged on the railway to be constructed under Article XIV of this Convention shall not be unreasonably in excess of the proportionate rates per mile charged on other railway systems in South Africa.

George G. Petre.

Inclosure 4.

Count de Valbom to Sir G. Petre.

Lisbon, June 11, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || The untersigned, His Most Faithful Majesty's Minister for Foreign Affairs, formally declares, with reference to the wish expressed by the British Government, that the Tariff rates of the railway to be constructed, in compliance with Article XIV of the Treaty signed to-day, should not be excessive, that it is the intention of the Portuguese Government that the Tariff rates on the railway in question should be moderate, and on a par with those of other African railways, without prejudice to the capital employed, and to certain other circumstances which must be had in consideration.

Count de Valbom.

Inclosure 5.

Count de Valbom to Sir G. Petre.

Lisbon, June 11, 1891.

(Uebersetzung.) || Your Excellency, || The undersigned, His Most Faithful Majesty's Minister for Foreign Affairs, agrees, with reference to the wish expressed by Her Britannic Majesty's Government, that the importation of ardent spirits to either bank of the Zambesi and Shiré, by those rivers, whether on the Portuguese or British sphere of influence, shall be interdicted, and that the authorities of the two States shall agree upon the arrangements necessary to prevent or punish any infractions of these provisions.

Count de Valbom.

Inclosure 6.

Sir G. Petre to Count de Valbom.

Lisbon, June 11, 1891.

M. le Ministre. || With reference to the understanding between Her Britannic Majesty's Government and the Government of His Most Faithful Majesty on the subject of the importation of ardent spirits to either bank of the Zambesi and the Shiré, I have the honour to inform your Excellency, that Her Majesty's Government agree that the said importation by those rivers,

Nr. 10664. England. 11. Juni 1891.

whether in the British or Portuguese sphere, shall be interdicted, and that the authorities of the two States shall agree upon the arrangements to prevent and punish infractions of this provision.

George G. Petre.

Nr. 10665. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den Gesandten in Lissabon. — Ratifikation des Vertrages mit Portugal.

The Marquis of Salisbury to Mr. E. Goschen.

Nr. 10665. England. 3. Juli 1891.

Foreign Office, July 3, 1891.

Sir, || I have to inform you, that the ratifications of the Treaty between Great Britain and Portugal of the 11th June, 1891, respecting spheres of influence in Africa, were exchanged at London this day.

Salisbury.

Nr. 10666. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den portugiesischen Gesandten. Vorschlag eines modus vivendi als Ergänzung zu dem englisch-portugiesischen Vertrage*).

Nr. 10666. England. 31. Mai 1893.

Foreign Office, May 31, 1893.

M. le Ministre, || In compliance with the desire of the Portuguese Government, that a formal exchange of notes should take place recording the understanding come to between the two Governments in the early part of 1892 for a modus vivendi pending the delimitation of the boundaries of the British and Portuguese spheres of influence north of the Zambesi under the Treaty of the 11th June, 1891, I have the honour to submit the following draft of Articles which Her Majesty's Government trust will be found to meet the purpose: —

"Art. 1. Pending actual delimitation, all natural lines of demarcation specified in sub-head 2, Article I, of the Anglo-Portuguese Treaty of the 11th June, 1891, shall be considered for all purposes as constituting the boundaries between the British and Portuguese spheres of influence in all localities in which there can be no doubt as to their coinciding with the line described in the above-mentioned sub-head. || "The natural lines of demarcation above referred to are as follows, viz.:— || "The eastern shore of Lake Chinta. || "The eastern shore of Lake Chilwa, or Shirwa. || "The easternmost affluent of the River Ruo. || "The River Ruo below the confluence of its easternmost

*) Die beiden folgenden Aktenstücke sind dem Blaubuche Treaty Series Nr. 10. 1894 (7032) entnommen.

affluent to its junction with the River Shiré. || "The River Shiré between the point where the River Ruo flows into it and a point situated just below Chiwanga. || "The watershed between Lake Nyassa and the River Zambesi south of latitude 14° south. || "The River Aroangwa, or Loangwa, south of latitude 15° south to its junction with the River Zambesi.

"Art. 2. Pending the exact determination of the point where latitude 13° 30′ south cuts the eastern shore of Lake Nyassa, Padimba, and Makanjira, and the shore south of those places, shall be recognized as being within the British sphere of influence; and similarly the eastern shore of the lake north of the River Lomazi, and as far as the point where it is intersected by the line described in sub-head 1, Article I, of the Treaty of the 11th June, 1891, shall be recognized as being within the Portuguese sphere of influence.

"Art. 3. Pending a definite agreement, the post erected as a boundary beacon by Mr. Johnston on the right bank of the River Shiré shall be accepted provisionally as the 'point just below Chiwanga,' mentioned in Article I of the Anglo-Portuguese Convention; and a line traced by the Portuguese authorities from that point due west to the watershed between the Shiré and the Zambesi shall be similarly accepted as a temporary boundary between the British and Portuguese spheres of influence.

"Art. 4. The Islands of Chisamulu and Lukomo, or Dikomo, and all other islands of Lake Nyassa further to the south, shall be recognized as being within the British sphere of influence.

"Art. 5. Pending the delimitation of a boundary-line as laid down in Article IV of the Treaty of the 11th June, 1891, the line formed by the course of the Zambesi from the cataracts at Katima up to its confluence with the Cabompo River, and thence by the course of the Cabompo, shall be the provisional boundary between the respective spheres of influence in that region, and the provisions of Article VIII of the Treaty above referred to shall be applicable to the territories separated by the said provisionul boundary until a definitive boundary shall have been substituted in its stead.

"Art. 6. Wherever, previous to delimitation, the actual course of the boundary-line described in sub-head 2, Article I, of the Anglo-Portuguese Treaty appears to be doubtful, neither the Government of Great Britain nor that of Portugal shall make acquisitions, conclude Treaties, or accept sovereign rights in territories which after delimitation are likely to be proved to be within the sphere of influence of the other; and neither of them will recognize, nor lead to suppose that the other will recognize, any rights of whatever nature which the subjects of the one may claim to have acquired in such territories subsequently to the 11th June, 1891, either by means of Treaties with the natives, or any other title.

"Art. 7. As soon as the definitive demarcation of the boundary, or of any section of it, is completed, there shall cease, in territories which, in virtue of such demarcation, become subject to the sovereignty, protection, or influence

Nr. 10666. England. 31. Mai 1893.

of one of the two Powers, all acts of jurisdiction or government by the officials, and all occupation by the military or police forces of the other Power or its concessionnaires; and there shall lapse, ipso facto, all Concessions, which the latter may have made to individuals, and all rights to property, usufruct, or exploration which its subjects or dependents may claim to have acquired in those territories subsequently to the 11th June 1891.

"Art. 8. Acts of occupation or jurisdiction performed by the officials or concessionnaires of one of the two Powers subsequently to the 11th June, 1891, and Concessions or proprietary rights of whatever nature which the subjects or dependents of that Power may claim to have acquired since that date in territory which, after demarcation, proves to be within the sphere of influence of the other, shall in no case be used as a motive for demanding the rectification of the boundary under the provisions of Article VII of the Anglo-Portuguese Treaty.

"Art. 9. In all questions between the military or police forces of the two Powers as to rights of occupation, passage, or jurisdiction, which may arise in consequence of the demarcation of the boundary being incomplete, the local officials of the two Powers shall try to come to an understanding, failing which the matter in dispute shall be referred for the decision of such persons as may be appointed for the purposes of this Article and by them, if necessary, to their respective Governments. || "It shall be clearly understood, that, pending such decision, no coercive measures whatsoever shall be adopted, and that should force be used, notwithstanding the provisions of this Article, by the military or police forces of either of the Powers, the Government of the other shall be entitled to demand redress.

"Art. 10. Neither in the Nyassaland, nor in the Loangwa, nor in the Barotze territories shall the modus vivendi be held as prejudging in any way the ultimate territorial rights of Great Britain or of Portugal.

"Art. 11. The modus vivendi shall continue in force till the 1st July 1896. After that date, it may be denounced by either Government with three months' notice, the work of delimitation to begin before the expiration of the three months. || "The modus vivendi shall not interfere with, or be vitiated by, any delimitation which it may be found possible, during its continuance, to carry out of any portion or portions of the frontier-line."

I should esteem it a favour if you would notify to me the consent of your Government to these Articles, if accepted by them, and on the receipt of a communication to that effect, Her Majesty's Government will consider the said exchange of notes as an agreement between the two Governments.

Rosebery.

Nr. 10667. **PORTUGAL.** — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. Nimmt den modus vivendi an.

Londres, le 5 Juin, 1893. June 6.

Nr. 10667. Portugal. 5. Juni 1893.

Milord, En réponse à la note que votre Excellence a bien voulu m'adresser le 31 du mois de Mai dernier, j'ai l'honneur de vous communiquer que le Gouvernment du Roi m'a autorisé à accepter les termes du modus vivendi contenu dans la susdite note.

Luiz de Soveral.

Verträge zwischen Deutschland und Grossbritannien.

Nr. 10668. **DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN.** — Abkommen über die Festsetzung der Grenze zwischen dem Kamerun- und dem Oelfluss-Gebiet.*)

14. April 1893.

Nr. 10668. Deutschland und Grossbritannien. 14. Apr. 1893.

Die Unterzeichneten: || 1. The Honourable P. le Poer Trench, Königlich Grossbritannischer Geschäftsträger und Botschaftsrath; || 2. Der Königlich Grossbritannische Kommissar und General-Konsul des Oil Rivers Protektorats, Sir Claude Macdonald; || 3. Der Kaiserliche Wirkliche Geheime Legationsrath Dr. Kayser, Dirigent der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amts des Deutschen Reichs; || 4. Der Kaiserliche Legationsrath B. von Schuckmann;

Haben nach Berathung verschiedener Fragen, welche die Zollinteressen der Deutschland und Grossbritannien gehörigen Gebiete am Golf von Guinea betreffen, Namens ihrer Regierungen, unbeschadet der Bestimmungen in Artikel IV, 2, des Deutsch-Englischen Abkommens vom 1. Juli 1890, sowie unbeschadet der Bestimmungen der Deutsch-Englischen Abkommen von 29. April und 7. Mai 1885, und 27. Juli und 2. August 1886, folgende Uebereinkunft getroffen:

1. Das im Artikel IV, 2 des Deutsch-Englischen Abkommens vom 1. Juli 1890 erwähnte "obere Ende des Rio del Rey Krieks wird an dem Punkte festgesetzt, wo die auf der Deutschen Admiralitätskarte von 1889—90 mit Urüfian und Ikankan bezeichneten Wasserarme am Nordwestende der westlich von Oron gelegenen Insel zusammentreffen.

2. Von diesem oberen Ende des Rio del Rey bis zum Meere, das heisst, bis zu dem auf der gedachten Karte mit West Huk bezeichneten Vorsprung soll das rechte Ufer des Rio del Rey Wasserlaufs die Grenze zwischen dem Oil Rivers Protektorate und der Kolonie von Kamerun bilden.

3. Die Deutsche Kolonialverwaltung verpflichtet sich, nicht zu gestatten, dass auf dem rechten Ufer des Rio del Rey Krieks beziehungsweise Wasserlaufs irgendwelche Handelsniederlassungen bestehen oder errichtet werden.

*) Blaubuch Treaty Series Nr. 9. 1893 (7026).

Nr. 10668. Deutschland und Grossbritannien. 14. Apr. 1893.

Ebenso übernimmt die Verwaltung des Oil Rivers Protektorates die Verpflichtung, nicht zu erlauben, dass auf dem westlichen Ufer der Bakassey Halbinsel vom ersten Kriek unterhalb Arsibonsdorf bis zum Meere und ostwärts von diesem Ufer bis zum Rio del Rey irgend welche Handelsniederlassungen bestehen oder errichtet werden.

P. le Poer Trench.
Claude M. Macdonald.
Dr. Kayser.
B. von Schuckmann.

Nr. 10669. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Grenzregulirung in Ostafrika*).

Berlin, den 25. Juli 1893.

Nr. 10669. Deutschland und Grossbritannien. 25. Juli 1893.

Die Unterzeichneten, der Königlich Grossbritannische ausserordentliche und bevollmächtigte Botschafter Sir Edward Malet; der Königlich Grossbritannische Konsul in Zanzibar, Mr. Charles Stewart Smith; der Staatssecretär des Auswärtigen Amts des Deutschen Reichs, Wirkliche Geheime Rath, Freiherr Marschall von Bieberstein; der Kaiserliche Kommissar Dr. Carl Peters, haben Namens ihrer Regierungen in theilweiser Ausführung der Bestimmungen von Artikel I des unter dem 1. Juli, 1890, zwischen Grossbritannien und Deutschland geschlossenen Abkommens als Grenze der beiderseitigen Interessensphären in Ostafrika vom Indischen Ocean bis zur Nordseite des Kilimandscharo die nachfolgende Linie festgesetzt: —

§ 1. An der Küste soll die Grenzlinie beginnen am Hochwasserstand des Ras Jimbo, und von dort soll sie in gerader Linie bis zu dem Punkt laufen, wo 3° 40′ 40·3″ südlicher Breite (nach astronomischer Bestimmung) das Ostufer des Jipe-Sees schneidet. Indess soll die Grenze an der Küste folgende Abänderung erfahren: Sie soll vom Indischen Ocean dem nördlichen Ufer des Jimbo-Creeks entlang laufen, so dass der Strand in die englische Interessensphäre fällt, bis zur östlichen Ausmündung des Ngobwe Ndogo, soll dann dem östlichen Ufer des Ngobwe folgen bis zu seinem Ende und von dort bis zu dem Punkt, wo die oben beschriebene gerade Linie zwischen Ras Jimbo und Jipe-See die Ufererhöhung von Jassini trifft, fortgeführt werden.

§ 2. Von dem im § 1 gekennzeichneten Punkt am Jipe-See soll die Grenzlinie dem Ostufer des Jipe-Sees folgen, dann um das Nordufer des Sees herumgehen, den Lumi-Fluss überschreitend, dem nördlichen Wasserstand des Rufu-Flusses, beziehentlich des Rufu-Sumpfes entlang gehen bis zu einem Punkt, welcher eine englische Meile östlich von der Deutschen Strasse liegt, die von der Marangu-Station an die Küste geht. Von hier soll sie zu der höchsten Spitze vom Dschala-Hügel gemäss der Einzeichnung in beigefügter Karte laufen. Sodann soll die Grenzlinie den Dschala-See in zwei gleiche

*) Blaubuch Treaty Series Nr. 14. 1893 (7203).

Theile schneiden. Von der Nordseite des Dschala-Sees an soll die Grenzlinie in der Entfernung von einer englischen Meile westlich von der in beiliegender Karte eingetragenen Wegeroute bis zur geographischen Breite des sogenannten Useri-Lagers laufen und von da ab in einer Entfernung von einem Kilometer südwestlich dieser auf der beigefügten Karte bis Laitokitok laufenden Wegeroute bis zu dem Punkt, wo sie den Ngare Longei (Rongei) durchschneidet, fortgeführt werden. Nr. 10669. Deutschland und Grossbritannien. 25. Juli 1893.

§ 3. Betreffs der diesem Abkommen beigefügten Karten soll die Vereinbarung des angeschlossenen Protokolls vom 8. Juli d. J. zu Kraft bestehen.

Freiherr von Marschall.
Carl Peters.
Edward B. Malet.
Charles Stewart Smith.

Protocol.

Berlin, den 8. Juli 1893.

Die beiden Endesunterzeichneten, Dr. Carl Peters, Kaiserlich Deutscher Kommissar, und Consul Charles Stewart Smith, der Königlich Grossbritannische Kommissar für die deutsch-englische Grenzregulirung in Ostafrika, vereinigen sich, für die Verhandlungen über die deutsch-englische Grenze in Ostafrika die auf Triangulationen gestützte Karte des Herrn Konsuls Smith zu Grunde zu legen mit Hinzuziehung der von Herrn Lieutenant z. S. Fromm unweit Wanga gemachten Vermessungen. || Indess sollen zukünftige Berichtigungen von Irrthümern, falls solche sich bei einer etwaigen Nachprüfung herausstellen sollten, beiderseitig vorbehalten bleiben.

Dr. Carl Peters, Kaiserlicher Kommissar.
C. S. Smith, British Commissioner.

Nr. 10670. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten vom 15. November 1893.*)

Berlin, den 15. November 1893.

Die Unterzeichneten: || 1. der Staatssekretär des Auswärtigen Amts des Deutschen Reichs, Wirkliche Geheime Rath Freiherr von Marschall, || 2. der Königlich grossbritannische Geschäftsträger Mr. Martin Gosselin, || haben nach Berathung verschiedener Fragen, welche die Abgrenzung der Interessensphären der beiden Regierungen in den vom Golf von Guinea nach dem Innern sich erstreckenden Gebieten betreffen und deren theilweise Erledigung bereits durch Nr. 10670. Deutschland und Grossbritannien. 15. Nov. 1893.

*) Deutsches Kolonialblatt 1. Dezember 1893.

Nr. 10670. Deutschland und Grossbritannien. 15. Nov. 1893.

die deutsch-englischen Abkommen vom 29. April, 7. Mai 1885, 27. Juli, 2. August 1886, 1. Juli 1890 und 14. April 1893 erfolgt ist, namens ihrer Regierungen folgendes Abkommen getroffen:

Artikel 1.

Das vorerwähnte Abkommen vom Jahre 1886 hatte vereinbart, dass die Grenzlinie bis zu einem am Benuëfluss im Osten und in der unmittelbaren Nähe der Stadt Yola zu bestimmenden Punkt laufen sollte, welcher sich nach vorgenommener Untersuchung praktisch als geeignet zur Festsetzung der Grenze herausstellen würde. In Ausführung dieser Bestimmung wird dieser Punkt nunmehr, wie folgt, festgelegt: || Von dem Endpunkt der in dem Abkommen vom Jahre 1885 vereinbarten Grenzlinie, welcher am rechten Ufer des Alt-Calabar- oder Cross-Flusses ungefähr auf dem 9° 8′ östlicher Länge von Greenwich belegen und auf der englischen Admiralitätskarte als „Rapids" bezeichnet ist, folgt die Grenze einer geraden Linie, welche auf den Mittelpunkt der heutigen Stadt Yola zuläuft. Von diesem Mittelpunkt aus wird eine Richtlinie nach einem am linken Ufer des Benuëflusses gelegenen Punkt gezogen, welcher fünf Kilometer unterhalb des Mittelpunkts der Haupteinmündung des Flusses Faro liegt. Von dem letztgenannten Punkte aus soll südlich des Benuëflusses die Peripherie eines Kreises, dessen Mittelpunkt mit demjenigen der heutigen Stadt Yola zusammenfällt und dessen Radius die vorerwähnte Richtlinie bildet, beschrieben und bis dahin fortgesetzt werden, wo sie die vom Alt-Calabar- oder Cross-Fluss gezogene gerade Linie trifft. || An diesem Treffpunkt biegt die Grenze von jener geraden Linie ab und folgt der Peripherie des Kreises bis zu dem Punkt, wo dieselbe den Benuëfluss erreicht. || Dieser Punkt am Benuëfluss soll von nun an als der Punkt im Osten und in unmittelbarer Nähe der Stadt Yola betrachtet werden, dessen Festlegung in dem Abkommen vom Jahre 1886 vorbehalten war.

Artikel 2.

Die im vorhergehenden Artikel bestimmte Grenze soll nach Norden hin in folgender Weise fortgesetzt werden: || Von dem im vorigen Artikel festgelegten Punkte am linken Ufer des Benuëflusses wird eine Linie gezogen, welche den Fluss überschreitend in gerader Richtung zu dem Schnittpunkt des 13. Grades östlicher Länge von Greenwich mit dem 10. Grade nördlicher Breite läuft. Von diesem Punkte wird die Grenzlinie in gerader Richtung nach einem Punkte am Südufer des Tschadsees weitergeführt, welcher 35 Minuten östlich von dem Meridian des Mittelpunkts der Stadt Kuka belegen ist; dies entspricht der Entfernung zwischen dem Meridian von Kuka und dem 14. Grade östlicher Länge von Greenwich nach der von Kiepert in dem deutschen Kolonialatlas von 1892 veröffentlichten Karte. || Für den Fall, dass künftige Aufnahmen ergeben, dass die vorerwähnte Festlegung des Punktes der britischen Interessensphäre einen geringeren Theil des Südufers des Tschad-

sees zuweist, als die erwähnte Karte angiebt, soll zur Abhülfe des Mangels möglichst bald im Wege beiderseitiger Uebereinkunft ein neuer Endpunkt festgesetzt werden, welcher so weit als möglich mit dem gegenwärtig bezeichneten übereinstimmt. Bis eine solche Vereinbarung zu Stande gekommen ist, soll der Punkt am Südufer des Tschadsees, welcher 35 Minuten östlich des Meridians des Mittelpunktes der Stadt Kuka belegen ist, als Endpunkt gelten.

Artikel 3.

Bei allen Theilen der in diesem und in den voraufgegangenen Abkommen bezeichneten Grenzlinie können Berichtigungen durch Vereinbarung der beiden Mächte getroffen werden.

Artikel 4.

Die Gebiete östlich der in dem gegenwärtigen und den voraufgegangenen Abkommen bezeichneten Grenzlinie sollen in die deutsche, die Gebiete westlich der Linie sollen in die englische Interessensphäre fallen. || Dabei wird vereinbart, dass der Einfluss Deutschlands Grossbritannien gegenüber sich nicht östlich über das Flussgebiet des Schari hinaus ausdehnen soll und dass die Gebiete Darfur, Kordofan und Bahr-el-Ghazal, wie sie in der im Oktober 1891 von Justus Perthes veröffentlichten Karte verzeichnet sind, von der deutschen Interessensphäre selbst dann ausgeschlossen sein sollen, wenn sich herausstellt, dass Nebenflüsse des Schariflusses innerhalb der vorerwähnten Gebiete belegen sind.

Artikel 5.

Die beiden Mächte übernehmen hinsichtlich der erweiterten Interessensphären, wie sie in diesem Abkommen bezeichnet sind, eine gleiche Verpflichtung, wie sie in den früheren, oben erwähnten Abkommen hinsichtlich der beiderseitigen Interessensphären übernommen ist, nämlich sie kommen folgenderweise überein: || Jede der beiden Mächte wird sich jeglicher Einwirkung in der Interessensphäre der anderen enthalten, und keine Macht wird in der Interessensphäre der anderen Erwerbungen machen, Verträge schliessen, Souveränetätsrechte oder Protektorate übernehmen oder den Einfluss der anderen hindern oder streitig machen.

Artikel 6.

Grossbritannien erkennt seine Verpflichtung an, auf die seiner Souveränetät oder seinem Protektorat unterliegenden Gewässer des Niger und seiner Nebenflüsse die auf die Freiheit der Schiffahrt bezüglichen Bestimmungen anzuwenden, welche in den Artikeln 26, 27, 28, 29, 30 und 33 der Generalakte der Berliner Konferenz vom 26. Februar 1885 enthalten sind. || Deutschland erkennt an, seinerseits durch den Artikel 32 derselben Akte an jene Bestimmungen für denjenigen Theil der gedachten Gewässer gebunden zu sein, welcher seiner Aufsicht unterliegt.

Freiherr von Marschall.
Martin Gosselin.

Nr. 10671. DEUTSCHLAND und GROSSBRITANNIEN. — Abkommen über ein gemeinsames Zollsystem für die östlich des Voltaflusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste *).

24. Februar 1894.

Nr. 10671. Deutschland und Gross-britannien. 24. Feb. 1894.

Die Regierung Ihrer Majestät der Königin von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, und die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers, in der Absicht, die Entwickelung des Handels in den Gebieten beider Staaten an der Gold- und Sklavenküste zu sichern, haben nachstehenden Vertrag abgeschlossen:

Artikel I.

Die östlich des Volta-Flusses belegenen britischen und die deutschen Besitzungen an der Gold- und Sklavenküste sollen ein einheitliches Zollgebiet bilden, ohne Zwischenzollgrenze, dergestalt, dass daselbst ein und dieselben Zölle erhoben werden und dass die auf einem Gebiet verzollten Waaren, ohne einer neuen Abgabe zu unterliegen, in das andere eingeführt werden können.

Artikel II.

Die Einfuhr in das gemeinschaftliche Zollgebiet unterliegt folgenden Zöllen:

1.

Gegenstand der Verzollung	Zollsatz in deutschem Gelde	Zollsatz in englischem Gelde
	ℳ ₰	s. d
Gin, Brandy, Rum, Liqueure und Spirituosen oder alkoholische Flüssigkeiten jeder Art ohne Rücksicht auf den Markegrad per Liter	— 22	— $9^3/_4$ der old wine gallon.
Tabak, per Kilogramm	— 50	— $2^3/_4$ das lb.
Pulver, per Pfund	— 50	— 6
Feuerwaffen, per Stück	2 —	2 —

2. Alle übrigen Einfuhrartikel unterliegen einem Einfuhrzoll von 4 Proz. vom Werth, sofern sie nicht von der Verzollung ausdrücklich ausgenommen sind. || 3. Die in der beigefügten Anhangstabelle aufgeführten Gegenstände sind von der Verzollung ausgenommen.

Artikel III.

Die Zahlung der Zölle kann in deutschem oder englischem Gelde erfolgen. Deutsche und englische Scheidemünzen brauchen nur in Höhe bis zu 20 ℳ oder 1 *l.* angenommen zu werden.

Artikel IV.

Die vertragschliessenden Mächte verpflichten sich ausdrücklich, sich jeder ungerechtfertigten und willkürlichen Beeinflussung der Eingeborenen hinsichtlich der Wahl ihrer Einkaufs- und Verkaufsplätze zu enthalten, und werden Alles

*) Englisches Blaubuch Treaty Series Nr. 16. 1894 (7387).

thun, um derartige Beeinflussung durch Händler oder andere Personen zu hindern.

Artikel V.

Das neue Zollsystem tritt zu gleicher Zeit in den englischen und deutschen Gebieten in Kraft und zwar vom 1. Mai 1894 ab. Es wird für die Dauer von zwei Jahren eingeführt und soll darüber hinaus weiter in Kraft bleiben, bis einer der vertragschliessenden Theile den gegenwärtigen Vertrag löst, nachdem er 6 Monate vorher die Kündigung ausgesprochen hat. || Zu Urkund dessen haben die von Ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten den vorliegenden Vertrag unterschrieben und ihre Siegel beigesetzt, || Geschehen in doppelter Ausfertigung zu Berlin, den vierundzwanzigsten Februar 1894.

(L. S.) Freih. von Marschall.

(L. S.) Edward B. Malet.

Tabelle der von der Verzollung befreiten Gegenstände.

(Zu Artikel 2, No. 3 des Vertrages vom 24. Februar 1894.

Anker und Ketten. Arzneien und Droguen. Blasebälge. Besen. Bettzeug. Bittere, welche nicht mit Zucker oder Zuckersurrogaten versetzt oder mit Alkohol gemischt sind. Blauer Indigo. Bücher, Zeitungen und Drucksachen. Bürsten und Kämme. Chemikalien. Dampfboote. Drainröhren. Eisenwaaren, welche zu Kochzwecken dienen. Farben. Feuersteine. Filter. Flaggen. Frisches Fleisch. Geflügel. Geldbörsen und Taschenbücher. Geldschränke und Kassetten. Gemälde. Gemünztes, zum Umlauf zugelassenes Geld. Glaswaaren. Glocken. Grabsteine. Gummi. Handwerkszeug. Holzkohlen. Holzwaaren, ausser Baumaterial und Möbeln. Putzmacherwaaren. Quecksilber. Reisekoffer. Reisetaschen und Toilettekasten. Rind- und Schweinefleisch. Ruder. Säcke, kleine und grosse. Särge. Salz. Sämereien, Säuren. Scheabutter. Schirme. Schreibmaterialien. Segeltuch. Servirbretter. Spiegel. Spielzeug. Spiritus, der zum Genuss untauglich gemacht und nicht zum Verstärken anderer Spirituosen bestimmt ist. Stickereien. Medizinische, musikalische und wissenschaftliche Instrumente. Juwelierwaaren. Kalabaschen. Kalk. Ketten. Kleider, welche zum persönlichen Gebrauch von Reisenden bestimmt sind. Knöpfe. Kohlen. Konfekt. Korkholz. Lampen. Landwirthschaftliche und Gartengeräthe. Leere demijohns. Lichter. Maschinen für Baugewerks- und landwirthschaftlichen Betrieb. Masten. Matten. Mineralwasser. Mühlsteine. Musterkarten. Nadelarbeit, Näthereien. Oel, ausser Petroleum und Brennöl. Pech und Theer. Pferde, Maulthiere, Esel. Pferdegeschirr. Pflanzen. Photographische Apparate und Zubehör. Persennings (getheerte Leinwand). Streichhölzer. Strohwaaren. Stühle. Syrup. Talg. Uhren jeder Art. Unterrichtsmittel, welche mit Genehmigung der Behörde eingeführt werden. Velocipede. Vieh. Waagschalen. Wagen und Karren. Werg. Wichse. Ziegen und Schafe. Alle Gegenstände, welche mit Genehmigung des Gouverneurs, beziehungsweise Landeshauptmanns im öffentlichen oder dienstlichen Interesse eingeführt werden. Böttchereierzeugnisse, Tonnen, Fassdauben, Reifen, Klammern und Haken zum Böttchereibetrieb.

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und Frankreich.

Nr. 10672. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. Giebt eine Uebersicht über die englisch-französischen Beziehungen in Westafrika*).

Foreign Office, March 30, 1892.

Nr. 10672. Grossbritannien. 30. März 1892.

My Lord, || Among the questions under discussion with the French Government I have to draw your Excellency's special attention to that affecting the interests of Great Britain and France in West Africa, including the Western Soudan, which has been the subject of repeated negotiations during the tenure of the Embassy by your two immediate predecessors. || It was found convenient, in the time of Lord Lytton, to place the management of this question, involving special study and an intimate knowledge of detail, in the hands of Mr. Egerton, under his Excellency's guidance; and Sir Joseph Crowe was associated with him in treating with the officials deputed on behalf of the Government of the Republic. The experiment proved successful, and I propose, with your Excellency's concurrence, that Mr. Phipps, who has succeeded Mr. Egerton as Secretary of Embassy, should undertake the task on the same footing, having also the assistance of Sir Joseph Crowe, who has studied the local conditions, and whose large experience of British and French commercial interests enables him correctly to estimate their comparative importance. The necessary powers for negotiation will be furnished to Mr. Phipps. They will be sufficiently wide, as were those of Mr. Egerton, to cover all questions connected with delimitation. || It may be advisable that I should give your Excellency a general résumé of the situation, which may be useful to Mr. Phipps in enabling him to take up the different threads of discussion. || A glance at a map shows the relative position of the possessions of the two countries on the coast. In the north-west those of France preponderate. French possessions, including the Colony of Senegambia and the Rivières du Sud, extending northward nearly to Cape Blanco, stretch southward to the frontier of Sierra Leone, thus covering about 12 degrees of latitude — their continuity being interrupted only by the British Gambia Colony, which is confined to the districts immediately bordering on that river, and by the Portuguese possessions to the south of the Gambia. Besides the Gambia territory, Great Britain possesses only in this quarter that of Sierra Leone — a Colony to which high value is attached, but which has a coast-line inconsiderable when compared with that of France. It covers rather more than one degree of latitude. || On the Gulf of Guinea, after the intervening Republic of Liberia is passed, the relative

*) Die folgenden Aktenstücke bis Nr. 10684 sind dem Blaubuch Africa Nr. 7. 1892 (6701) entnommen.

position of the two countries is reversed. The French flag is first met, as the old Colony of Assinie has lately been extended so as to be conterminous with Liberia. But from the eastern frontier of Assinie no French coast-line is found except the small districts connected with Aghwey and Grand Popo to the west, and with Porto Novo to the east, of Dahomey; whereas Great Britain holds the thriving Colonies of the Gold Coast and Lagos, and from the borders of the latter exercises protectorate over the mouths of the Niger and the adjacent territory as far as the German Protectorate of the Cameroons. || One feature was, originally, common to all these possessions: their frontiers were open in the rear. In most cases, also, their boundaries were ill-defined where they were conterminous, owing to the want of correct surveys, to defective and disputed titles, and to conflicting tribal claims. || The colonial policy of Great Britain and France in West Africa has been widely different. France, from her basis on the Senegal coast, has pursued steadily the aim of establishing herself on the Upper Niger and its affluents. This object she has attained by a large and constant expenditure, and by a succession of military expeditions. She has overcome by arms the Almamy Ahmadoo, who ruled to the north of the river, and has connected his territories with the coast by a chain of military posts. She is now at war with the Almamy Samadu, or Samory, who lays claim to vast regions in the interior on the southern affluents of the river, extending southward to the frontiers of Liberia, eastward to the territory of his enemy Tieba, and westward to the confines of the Rivières du Sud and Sierra Leone. Great Britain, on the other hand, has adopted the policy of advance by commercial enterprise. She has not attempted to compete with the military operations of her neighbour. || If the policy enjoined by Government and Parliament twenty-five years ago had been obeyed, no addition whatever would have been made to the strips of territory then possessed by Great Britain upon the West African Coast. In 1865 a strong Committee of the House of Commons investigated the subject, and came unanimously to the following Resolution: — || "That all further extension of territory or assumption of Government, or new Treaties offering any protection to native tribes, would be inexpedient; and that the object of our policy should be to encourage in the natives the exercise of those qualities which may render it possible for us more and more to transfer to them the administration of all the Governments, with a view to our ultimate withdrawal from all, except probably Sierra Leone." Among the members of the Committee who concurred in this Resolution were Mr. Cardwell, Mr. Chichester Fortescue, Lord Stanley, Mr. Adderley and Mr. W. E. Forster. Under the guidance of the policy thus laid down, the Imperial Government for a long period made no effort to check the advances accomplished by France, at the cost of much treasure and many lives, in the interior of the country around the head-waters of the Niger, which rises at the back of Sierra Leone; or to anticipate her in concluding Treaties of Protection with the native Chiefs. ||

§ Nr. 10672. Grossbritannien, 30. März 1892.

Nr. 10672. Grossbritannien. 30. März 1892.

The Colonies of the Gambia and Sierra Leone, with limited revenues barely sufficing for their administrative expenditure, would have been unable to bear any strain in the direction of military expenditure, an the sanction of Parliament was not to be expected for the employment of Imperial resources adequate for the purpose. The punitive expedition to Ashanti of 1873, necessary for the protection of the Gold Coast Colony, has been the sole exception to this pacific policy. Nevertheless, as the upshot of it, the British Government have made substantial progress. While guarding the stability of the old Colonies they have added to them the whole territory of the Oil Rivers, where, by breaking down the restrictive system of the native middlemen, they have given an important impulse to trade, which is evidenced by the growing interest of the Chambers of Commerce; and the spirit and energy of the Royal Niger Company have, without the expenditure of Imperial funds, or the sacrifice of the life of a single British soldier, placed under the protection of the Crown the whole of the Lower, a great portion of the Central, Niger, and its affluent, the Benué, up to Yola. The Company has concluded treaties with the powerful Sultan of Sokoto, and with the Sultan of Gandu, whose power extends over vast territories on both sides of the Niger. On the rivers an effective administration has been established, and security is maintained by patrolling steamers and police. || In 1885 the two Powers undertook engagements under the Act of Berlin as having, respectively, control over the Lower and Upper Niger. || As far back as 1868 frontier difficulties were developing: these, however, affected the coast districts alone; the two countries were not in contact in the remote interior. || In 1870 negotiations were opened for the settlement of the respective positions of the two countries in Western Africa, on the basis of a mutual exchange of territories, the principle being that French influence and authority should be confined to the north of a certain line, while Great Britain should have a free hand to the south of the same line. The negotiations were suspended by the outbreak of the Franco-German war, but they were renewed in 1876. Definite proposals were at that time formulated, by which the Gambia was to be exchanged for all posts held by France between the Rio Pongas and the Gaboon. This would have been a comprehensive and intelligible arrangement; but so strong a feeling of opposition to any cession of British territory was manifested in Parliament, and by various mercantile bodies, that the Government of the day was unable to press the scheme. || The difficulties continued and became so acute that it was felt to be necessary to make an effort to compose them. Accordingly, in 1881, Commissioners were appointed on both sides, who met at Paris to arrange the questions at issue. || From that date various Agreements have been signed, dated the 28th June, 1882, 10th August, 1889, 5th August, 1890, and 26th June, 1891. Copies of these are annexed.*) The correspondence with the

*) S. Nr. 9775. Bd. 50. Anm. der Red.

French Ambassador, and with the Embassy at Paris, respecting the extension westward of the Assinie frontier, is also inclosed. || The objects of the Convention of 1882, as regards demarcation, were limited. They were confined to the endeavour to settle differences within the drainage area of rivers running down to the coast to the north of Sierra Leone, by mutual concessions in regard to rival claims. The result was an arrangement, the effect of which was to insure to England the complete control of the Scarcies, and to France that of the Mellicourie, River. || The Convention was subject to ratification. This condition was not satisfied owing to the hesitation of the French Chambers, the Committee of the Chamber of Deputies being doubtful whether French interests had been adequately secured. The respective Governments, however, accepted it, after signature, as a completed arrangement, and its stipulations were thenceforth observed on both sides. By this course conflicts, which would otherwise have arisen, were, no doubt, avoided. || In 1888 it became evident, that the arrangement of 1882 was insufficient, and negotiations were commenced which resulted in the Agreement of August 1889. By this Agreement boundaries were settled, and disputed points arranged affecting the Gambia, Sierra Leone, the Gold Coast, and Lagos, the settlement being based on mutual concessions. Provision was made for the appointment of Special Commissions to trace on the spot the boundaries which had been generally defined. A similar provision contained in the 1882 Convention had not hitherto been acted on. || This Agreement made a new departure in attempting also to close, at one point, an interior frontier. The position of Sierra Leone had become precarious. The great Mussulman Chief Samadu had, in 1883, and subsequently, raided close up to its frontiers, depopulating large districts, and carrying off immense numbers of slaves. Major Festing, sent to visit him in 1888, found the ground strewed with human remains, and the country completely devastated. This Chief has for some time back been in close relation with the French, so far as such a relation can be insured by treaties. In March 1886 he placed his territories under the Protectorate of the French Government, and he renewed that engagement by further treaties in 1887 and 1889. Copies of these two later treaties, together with an extract from a note received from the French Ambassador, are annexed. His failure to observe these treaties is understood to be the cause of the war with France in which he is now engaged. Her Majesty's Government, impressed by the danger to Sierra Leone, recognized the necessity of preserving to the Colony a sufficient outwork against aggression, and, by the Agreement, it was stipulated that France, whose Treaty gave her the right to stipulate on behalf of Samadu, should acknowledge as within the British sphere the Provinces of Soulimanieh and Falaba, claimed by him as a dependency, but held by Her Majesty's Government to be independent. || In 1890 a further important step was taken as regards internal delimitation. The French Government, noting that the progress of the two countries on the Upper and Lower Niger must, if unchecked, lead to conflicting claims,

Nr. 10672. Grossbritannien. 30. März 1892.

suggested that a point should be agreed on beyond which neither should pass. This was effected by the 2nd Article of the Declaration of 1890, which also laid down a basis for subsequent negotiations for the demarcation of spheres in the region which extends to the west and to the south of the Middle and Upper Niger. || At the same time it was clear to the two Governments that the Agreement of 1889 was inadequate in view of the possibility of collision from the activity of their agents in the interior, leading to difficulties as to the security of trade routes to the coast. The line of the Agreement had stopped, behind Sierra Leone, at the junction of the 10th degree of latitude with the 13th degree of longitude west of Paris. Below this lay the Province of Kouranko, claimed, as was Soulimanieh, by Samadu, but likewise declared by Her Majesty's Government to be independent. This province was, by the Agreement of 1891, placed within the British sphere, and the closing up of the interior frontier was completed. By the same Agreement a line was drawn inwards from the Gold Coast, separating the spheres of the action of the two countries up to the 9th degree of latitude, the frontier being so placed as to leave Gaman, with which country France had Treaty relations, on the French side, and to place on the British side the region connected with Ashanti. || Since the conclusion of this last Agreement the Boundary Commissions have been set to work in the Gold Coast and Sierra Leone districts. It will be the special duty of Mr. Phipps to make himself acquainted with the progress of their work, which has not, as regards Sierra Leone, advanced as satisfactorily as was hoped. The French Commissioner seems disposed to consider that the Commission may reopen questions of principle instead of pursuing the comparatively mechanical work of survey. Such questions could not be reopened without involving the reconsideration of the whole of our Agreement; and we have at present no ground for believing, that such a course would commend itself to the Government of the Republic. Mr. Phipps will, however, no doubt have an early opportunity of ascertaining their views upon this point. || He will also have before him a task requiring close attention in negotiating, in conjunction with Sir Joseph Crowe, the settlement of the demarcation of spheres east and west of the Niger contemplated in the Agreement of 1890. He should be ready to undertake this work as soon as his fellow-Commissioners shall be prepared to meet. || I should wish your Excellency to draw his special attention to the importance of the British commercial interests involved in the various demarcation negotiations; this branch of the question was fully understood, and its value correctly estimated, by Mr. Egerton. It falls within the special province of Sir Joseph Crowe. Wherever, in West Africa, Great Britain has undertaken the task of developing and civilizing the interior, French trade profits equally with that of this country; but the tendency of French arrangements with the natives is to obtain exclusive commercial privileges for French commerce. Her Majesty's Government have no evidence, that the trade of any of the British Colonies

has as yet suffered from diversion of trade routes in consequence of Treaty obligations with France; they are aware, that the Chiefs of the interior would not easily be compelled to abandon roads leading to favourable markets; but they cannot ignore the fact, that British merchants are apprehensive that attempts may be made to exclude them from sources of trade in territories under French influence, and they observe that these apprehensions are to some extent justified by the stipulations of the VIIIth Article of the French Treaty with Samadu of 1889. No effort should, consequently, be spared to obtain an understanding, that in territories under French, as in those under British, influence there shall be no differential treatment; and, as far as possible, to secure agreements as to Tariffs. Such an arrangement was, as your Excellency will observe, contained, as regards the settlement of Assinie, in the Agreement of 1889. A similar arrangement was also, as will be seen from section 5 of Article IV of the Agreement, contemplated in the case of Lagos and Porto Novo. It has not as yet been carried into effect; but correspondence on the subject is still going on between the two Governments.

Nr. 10672. Grossbritannien. 30. März 1892.

Salisbury.

Nr. 10673. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Grenzregulirung der beiderseitigen Besitzungen im Norden von Sierra Leone.

Paris, June 28, 1882.

SA Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et le Président de la République Française, désirant résoudre d'une manière satisfaisante certaines questions qui se sont élevées concernant l'étendue et les limites des territoires occupés ou revendiqués respectivement par la Grande-Bretagne et la France, dans le voisinage de Sierra-Leone, sur la Côte Occidentale d'Afrique, ont, en vue de conclure des arrangements à ce sujet, nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, savoir: || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Très Honorable Richard Bickerton Pemell, Vicomte Lyons, Pair du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Chevalier Grand-Croix du Très Honorable Ordre du Bain, Chevalier Grand-Croix de l'Ordre Très Distingué de St. Michel et St. George, Membre du Très Honorable Conseil Privé de Sa Majesté Britannique, et Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire de Sa dite Majesté auprès du Gouvernement de la République Française, &c.; || Et le Président de la République Française, M. Louis-Charles de Saulces de Freycinet, Sénateur, Président du Conseil, Ministre des Affaires Étrangères, Officier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, &c.; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Nr. 10673. Grossbritannien und Frankreich. 28. Juni 1882.

Nr. 10673. Grossbritannien und Frankreich. 28. Juni 1882.

Article I.

La ligne de démarcation entre les territoires occupés ou revendiqués respectivement par la Grande-Bretagne et la France, au nord de Sierra-Leone, sur la Côte Occidentale d'Afrique, sera tracée entre les bassins des Rivières Scarcies et Mellacorée. || La position exacte de la dite ligne de démarcation sera déterminée par une enquête faite sur les lieux par des Commissaires à nommer à cet effet dans les conditions prévues dans l'Article VII de la présente Convention. || Cependant, la dite ligne de démarcation sera tracée de façon à assurer à la Grande-Bretagne le contrôle complet des Rivières Scarcies et à la France le contrôle complet de la Rivière Mellacorée. || Le Point Mahela et le Comptoir de ce nom ainsi que la Communication par les eaux adjacentes, appartiendront à la nation, à laquelle, d'après la dite enquête, la possession en aura été reconnue nécessaire pour le contrôle des Rivières Scarcies, ou de la Rivière Mellacorée suivant le cas. S'il est constaté que la communication par eau, à Mahela, s'ouvre aussi bien sur la Rivière Mellacorée que sur la Rivière Scarcies, la dite ligne de démarcation partira sur la côte, du milieu du cours d'eau qui se jette dans la mer à Mahela, et sera continuée de manière à attribuer à la Grande-Bretagne la communication avec la Rivière Scarcies et à la France la communication avec la Rivière Mellacorée.

Article II.

L'Ile de Yelboyah, et toutes les îles revendiquées ou possédées par la Grande-Bretagne sur la Côte Occidentale d'Afrique et situées au sud de la dite ligne de démarcation, jusqu'à la limite méridionale de la Colonie Britannique de Sierra-Leone, seront reconnues par la France comme appartenant à la Grande-Bretagne, et l'Ile de Matacong, et toutes les îles revendiquées ou possédées par la France sur la Côte Occidentale d'Afrique, au nord de la dite ligne de démarcation jusqu'au Rio Nunez, seront reconnues par la Grande-Bretagne comme appartenant à la France, à l'exception des Iles de Los, lesquelles continueront d'appartenir à la Grande-Betragne.

Article III.

Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande s'engage à s'abstenir d'occuper aucun territoire et d'exercer ou de favoriser l'exercice de l'influence politique Britannique dans le pays compris entre la ligne de démarcation à fixer conformément à l'Article 1er et le Rio Nunez. || Il est bien entendu que rien dans les dispositions contenues dans le présent Article n'affectera aucun des droits que peut posséder la France sur le cours du Rio Nunez ou au nord de cette rivière.

Article IV.

Le Président de la République Française s'engage à s'abstenir d'occuper aucun territoire et d'exercer ou de favoriser l'exercice de l'influence politique

Française dans le pays compris entre la ligne de démarcation qui sera fixée conformément à l'Article Ier et la limite septentrionale de la République de Libéria.

Article V.

Les sujets Britanniques dans les possessions Françaises sur la Côte Occidentale d'Afrique, et les citoyens Français dans les possessions Britanniques sur la Côte Occidentale d'Afrique, seront traités sur un pied d'égalité avec les citoyens ou les sujets de la France et de la Grande-Bretagne respectivement, en ce qui concerne la protection de la vie et des propriétés.

Article VI.

Le droit de posséder des biens immeubles dans les possessions Britanniques sur la Côte Occidentale d'Afrique, sera accordé aux citoyens Français dans les mêmes conditions où ce droit est ou pourrait être assuré par la loi aux étrangers dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande. || Le droit de posséder des biens immeubles dans les possessions Françaises sur la Côte Occidentale d'Afrique sera accordé aux sujets Britanniques dans les mêmes conditions où ce droit est ou pourrait être assuré par la loi aux étrangers en France.

Article VII.

Les Commissaires chargés de déterminer, sur les lieux, la position exacte de la ligne de démarcation prévue par l'Article Ier de la présente Convention, seront nommés de la manière suivante, savoir: — || Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande nommera deux Commissaires, et le Président de la République Française nommera deux Commissaires. Ces Commissaires se réuniront à Sierra-Leone, afin de commencer leurs travaux, dans un délai de six mois à partir de l'échange des ratifications de la présente Convention, ou plus tôt si faire se peut. || Dans le cas où il se présenterait une question quelconque, sur laquelle les dits Commissaires ne pourraient se mettre d'accord, l'affaire sera soumise à la décision des Gouvernements des deux Hautes Parties Contractantes.

Articles VIII.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Paris, le plus tôt possible. || En foi de quoi les Plénipotentaires respectifs ont signé les présentes en duplicata, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Lyons.
C. de Freycinet.

Nr. 10674. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Es soll eine Kommission zur Abgrenzung der westafrikanischen Besitzungen eingesetzt werden.

Londres, le 5 Août, 1890.

Nr. 10674. Grossbritannien und Frankreich. 5. Aug. 1890.

(Extrait.) || Le Soussigné, dûment autorisé par le Gouvernement de la République Française, fait la déclaration suivante: —

* * *

2. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît la zone d'influence de la France au sud de ses possessions Méditerranéennes, jusqu'à une ligne de Say sur le Niger, à Barruve sur le Lac Tchad, tracée de façon à comprendre dans la zone d'action de la Compagnie du Niger tout ce qui appartient équitablement (fairly) au Royaume de Sokoto; la ligne restant à déterminer par les Commissaires qui seront nommés. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage a nommer immédiament deux Commissaires, qui se réuniront à Paris avec deux Commissaires nommés par le Gouvernement de la République Française, dans le but de fixer les détails de la ligne ci-dessus indiquée. Mais il est expressément entendu que quand même les travaux des Commissaires n'aboutiraient pas à une entente complète sur tous les détails de la ligne, l'accord n'en subsisterait pas moins entre les deux Gouvernements sur le tracé général ci-dessus indiqué. || Les Commissaires auront également pour mission de déterminer les zones d'influence respectives des deux pays dans la région qui s'étend à l'ouest et au sud du Moyen et du Haut Niger.

Waddington.
Salisbury.

Nr. 10675. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Abgrenzung ihrer Interessensphären im Nigerdistrikt.

Paris, le 26 Juin, 1891.

Nr. 10675. Grossbritannien und Frankreich. 26. Juni 1891.

Les Soussignés, Commissaires Plénipotentiaires chargés, en exécution des Déclarations échangées à Londres, le 5 Août, 1890, entre le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et le Gouvernement de la République Française, de procéder à l'établissement de la ligne de démarcation des zones d'influence respectives des deux pays dans la région qui s'étend à l'ouest et au sud du Moyen et du Haut Niger, sont convenues de ce qui suit: — || Les Commissaires Techniques qui seront désignés par les Gouvernements Anglais et Français, par application de l'Article II de l'arrangement du 10 Août, 1889, en vue de tracer la démarcation des zones respectives, suivront autant que possible, ainsi qu'il est indiqué au dit arrangement, la ligne du méridien 13 ouest de Paris, à partir du 10e degré de latitude en se dirigeant vers le sud. En établissant la frontière d'après la direction générale de ce méridien, ils pourront tenir compte d'un commun accord de la configurations du terrain et des circonstances

locales, et faire fléchir la ligne de démarcation soit à l'est soit à l'ouest du méridien, en prenant soin de ne pas avantager l'une des deux parties sans compensation équitable pour l'autre. Ces modifications ne seront d'ailleurs définitives qu'après ratification des deux Gouvernements. || Il est entendu que la ligne de démarcation suivra autant que possible la crête des hauteurs qui, d'après la Carte Monteil, avoisinent le cours du Niger sur la rive gauche entre le 10° degré et Tembé Counda. || Cependant au cas où la ligne de partage des eaux ne serait pas telle qu'elle figure sur la carte Monteil, les Commissaires des deux pays pourront tracer la frontière sans en tenir compte, sous la réserve expresse que les deux rives du Niger resteront dans la zone d'influence Française. || Par le terme Niger est entendu le Djalibi, ainsi que ses deux sources principales, le Fatiko et le Tembé. Dans le cas précité, la ligne-frontière à partir du 10e degré jusqu'à Tembé Counda suivra, à une distance de 10 kilom., la rive gauche du Djalibi, du Fatiko et ensuite du Tembé jusqu'à sa source, s'il y a lieu. || Au cas où la crête des montagnes se trouverait plus rapprochée de la rive gauche du Niger la frontière suivrait la ligne de partage des eaux. || Les Commissaires Techniques qui seront nommés par les deux Gouvernements, en exécution de l'Article III de l'entente du 10 Août, 1889, recevront pour instruction de tracer la frontière d'après les indications suivantes, relevées sur la Carte Binger:— || La ligne suivrait la frontière de Nougoua sur le Tanoé, entre la Sanwi et le Broussa, l'Indenié et le Sahué, laissant le Broussa, le Aowin et le Sahué à l'Angleterre; puis la frontière couperait la route d'Annibilekrou au Cape Coast Castle, à égale distance de Debison et d'Atiebendekrou, et longerait à une distance de 10 kilom. dans l'est la route directe d'Annibilekrou à Bondoukou, par Bodomfil et Dadiasi. Elle passerait ensuite par Bonko pour atteindre la Volta à l'endroit où cette rivière est coupée par le chemin de Bandagadi à Kirhindi, et la suivrait jusqu'au 9e degré de latitude nord.

Nr. 10675. Grossbritannien und Frankreich. 26. Juni 1891.

Edwin Henry Egerton.
Joseph Archer Crowe.
Gabriel Hanotaux.
Jacques Haussmann.

Nr. 10676. FRANKREICH. — Botschaft in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Frankreich hat das Protektorat über das Land zwischen Lahou und Cavally übernommen.

Londres, le 26 Octobre, 1891.

M. le Marquis, || M. le Ministre des Affaires Étrangères me charge d'informer le Gouvernement de Sa Majesté la Reine qu'en vertu de divers Traités, confirmant pour la plupart des Traités antérieurs et conclus avec les Chefs des pays de la Côte d'Ivoire, toute la partie de cette côte comprise entre le Lahou et la Rivière Cavally se trouve placée sous la souveraineté ou le Pro-

Nr. 10676. Frankreich. 26. Oct. 1891.

Nr. 10676. Frankreich. 26. Oct. 1891.

tectorat de la France. || En conséquence, j'ai l'honneur de notifier à votre Seigneurie, conformément aux dispositions de l'Article XXXIV de l'Acte Général de la Conférence de Berlin, les Traités dont il s'agit, qui ont été ratifiés par Décret de M. le Président de la République du 3 Août dernier et dont l'énumération suit: —

1. Traité conclu avec Coki, Roi des territoires du Moyen Lahou le 30 Août, 1890. || 2. Traité conclu avec Yéré, Roi de Fresco, le 31 Août, 1890. 3. Traité conclu avec Akla, Roi de Grand Drewin, le 25 Octobre 1890. || 4. Traité conclu avec Gra, Roi du Petit Lahou, le 5 Avril, 1891. || 5. Traité conclu evec Loffcé, Roi de Kotron, le 12 Avril, 1891. || 6. Traité conclu avec Levis, Roi du Grand Trepon ou Trepoint, le 16 Avril 1891. || 7. Traité conclu avec Toco, Roi de Trepon, le 16 Avril 1891. || 8. Traité conclu avec les Rois du Grand et du Petit Drewin Dateko et Bassa et Akla et Kagé, le 21 Avril, 1891. || 9. Traité conclu avec Buggery, Roi de Sassandra (Saint-André), le 22 Avril, 1891. || 10. Traité conclu avec Mani, Roi du pays situé entre la Rivière Cavally et la Rivière San Pedro, le 24 Avril 1891. || 11. Traité conclu avec Kougoua, Roi de San Pedro, le 27 Mai, 1891.

d'Estournelles de Constant.

Nr. 10677. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. — Antwort auf das vorige.

Foreign Office, December 10, 1891.

Nr. 10677. Grossbritannien. 10. Dez. 1891.

M. l'Ambassadeur, || I have the honour to acknowledge the receipt of the Note of the 26th October from Baron d'Estournelles, stating that he was instructed by the Government of the Republic to notify to Her Majesty's Government that France has assumed the sovereignty or protectorate over that portion of the Ivory Coast lying between Lahou and the River Cavally. || I observe, that this notification is made in accordance with the provisions of the XXXIVth Article of the Act of Berlin, in order to enable Her Majesty's Government to prefer, if they should be in a position to do so, antecedent claims on behalf of Great Britain. I have to state, that Her Majesty's Government have no objection to offer to the notification on this ground.

Salisbury.

Nr. 10678. GROSSBRITANNIEN. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in Paris. — Stimmt die französische Annexion mit dem Vertrage vom 10. August 1889 überein?

Nr. 10678. Grossbritannien. 10. Dez. 1891.

Foreign, Office, December 10, 1891.

Sir, || I inclose herewith copy of a note, dated the 26th October, in which Baron d'Estournelles notified, in accordance with the XXXIVth Article of the

Berlin Act, the assumption by France of sovereignty or protectorate over the portion of the Ivory Coast lying between Lahou and the Cavally River. || Copy of my reply is also inclosed. || I should wish you to explain to M. Ribot that, as the notification was made in compliance with the Article cited above, the answer has been framed within the limits of the terms of that Article, but that Her Majesty's Government do not, in so replying, intend to prejudice the controversy respecting the territory between the San Pedro and the Cavally Rivers understood to be claimed by the Republic of Liberia, which was not a party to the Act of Berlin. || I have also to request you to state, that Her Majesty's Government would be glad to receive an explicit assurance that the territory now annexed will be subject to the engagements as to Tariff contracted in the IIIrd Article of the Anglo-French Agreement of the 10th August, 1889, as regards the French possessions on the Gold Coast.

Nr. 10678. Grossbritannien. 10. Dez. 1891.

Salisbury.

Nr. 10679. FRANKREICH. — Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Frankreich hat neue Verträge mit afrikanischen Häuptlingen geschlossen.

Londres, le 30 Décembre 1891. (December 31.)

M. le Marquis, || J'ai l'honneur de porter à la connaissance de votre Seigneurie que de nouveaux Traités de Protectorat ont été conclus récemment par les Représentants du Gouvernement de la République avec divers Chefs de la Côte d'Ivoire. || Je suis chargé, en conséquence, par M. le Ministre des Affaires Étrangères, de notifier au Gouvernement de Sa Majesté la Reine, conformément aux dispositions de l'Article XXXIV de l'Acte Général de la Conférence de Berlin, les Traités dont il s'agit qui ont été ratifiés par Décret de M. le Président de la République en date du 6 Septembre, 1891, et dont l'énumération suit:— || 1. Traité conclu avec Yacabi, Roi de Petit Drewin, le 25 Avril, 1891. || 2. Traité conclu avec Samé, Roi de Roctown, le 26 Avril, 1891. || 3. Traité conclu avec Traga, Roi de Victory et des villages Bokiou Douaoudé et Dezah, le 27 Avril, 1891. || 4. Traité conclu avec James ou Djemma, Roi de Victory (village de Woumery), le 27 Avril, 1891. || 5. Traité conclu avec les Chefs Wobery et Meat Bati, des villages Douaoudé et Bokiou, le 28 Avril, 1891. || 6. Traité conclu avec Blabelay, Roi du village de Cavally (rive gauche) appelé Bliérow, le 5 Mai, 1891. || 8. Traité conclu avec Hyié, Roi du Grand Basha (village de Boutlé), le 7 Mai, 1891. || 8. Traité conclu avec Boba, Roi de Wappoo, le 7 Mai, 1891. || 9. Traité conclu avec Tagui et Guié, Rois de Tahou, le 9 Mai 1891.

Nr. 10679. Frankreich. 30. Dez. 1891.

Waddington.

Nr. 10680. GROSSBRITANNIEN. — Botschaft in Paris an den Minister des Auswärtigen. — Unterredung mit dem französischen Minister über das französische Protektorat.

Paris, January 6, 1892. (January 8.)

Nr. 10680. Grossbritannien 6. Jan. 1892.

My Lord, || On receipt of your Lordship's despatch of the 10th December last I mentioned both to M. Ribot and M. Hanotaux, that Her Majesty's Government had answered the French notification of the assumption of Protectorate over the Ivory Coast between Lahou and the Cavally, within the limits of the terms of the XXXIVth Article of the Berlin Act, and without prejudging the controversy with the Republic of Liberia respecting the territory between the San Pedro and Cavally Rivers. || This they understood; but M. Hanotaux told me, that he had to refer to the Colonial Department for the assurance, asked for in your Lordship's despatch, that the territory annexed would be subject to the engagements as to Tariff at Assinie contracted in the IIIrd Article of the Anglo-French Agreement of August 1889. He assumed, as a matter of course, that there would not be two Tariffs in the French Ivory Coast establishments, and would, after reference, inform me. || He to-day told me, that he had now learnt from the Colonial Department that the whole question of Tariff for the Ivory Coast, that is to say, from Assinie to the Cavally, was not definitely settled; but where the custom-houses are established the rates are the same.

Edwin H. Egerton.

Nr. 10681. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Mittheilung über das französische Zollsystem zwischen Assinien und Lahou.

Paris, le 28 Avril, 1892.

Nr. 10681. Frankreich. 28. Apr. 1892.

Le Ministre des Affaires Étrangères n'avait pas manqué de faire part à M. le Sous-Secrétaire d'État des Colonies du désir du Gouvernement Britannique d'être exactement renseigné sur le régime douanier actuellement en vigueur dans les établissements Français situés entre Assinie et la frontière de Libéria. || Il résulte des indications transmises par M. Jamais que le Tarif fixé par le Décret 3 Septembre, 1889, est toujours appliqué entre Assinie et Grand Lahou. En ce qui concerne la région située à l'ouest de cette localité, un Arrêté du Gouverneur de la Guinée Française, en date du 8 Mars dernier, a établi des droits de consommation égaux comme quotisé aux taxes perçues entre Lahou et Assinie, et portant sur les produits similaires, originaires de la Colonie ou provenant de la fabrication locale, aussi bien que sur ceux qui y sont introduits de l'extérieur. || M. Ribot s'empresse de porter ces informations à la connaissance de son Excellence l'Ambassadeur d'Angleterre, et il saisit, &c.

Nr. 10682. FRANKREICH. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Uebersendet zwei Verträge mit Almamy Samadu.

Londres, le 16 Juin, 1890.

Nr. 10682. Frankreich. 16. Juni 1890.

(Extrait.) || D'après les avis parvenus aux Commandants des postes Français de Couroussa et de Siguiri, une colonne Anglaise partie de Soulemana aurait traversé le Niger à Farannah, se dirigeant vers Bissandougou, capitale des États de Samory, où elle devait arriver le 22 Mai. || Les pays de la rive droite du Niger où se trouve Bissandougou appartiennent, depuis Farannah près de la frontière Anglaise de Sierra Leone, à l'Allemamy Samory qui a placé ses États sous le protectorat de la France par plusieurs Traités, en date des 5 Février et 28 Mars, 1886, et du 23. Mars, 1887, ratifiés par le Gouvernement Français, et dont le dernier a été porté à la connaissance du Gouvernement de Sa Majesté la Reine au mois de Mars 1888. Depuis lors, Samory a confirmé et précisé ses précédents engagements par une nouvelle Convention signée le 21 Février, 1889, avec M. Archinard, Commandant Supérieur du Soudan Français, et qui a été également ratifiée. Votre Seigneurie en trouvera ci-joint le texte. || Les droits de la France dans cette région se trouvent donc nettement établis, et mon Gouvernement ne saurait admettre une intervention étrangère dans ces États soumis è son protectorat.

Nr. 10683. FRANKREICH UND ALMAMY SAMADU. — Frankreich übernimmt das Protektorat über die Staaten Almamy Samadu's.

Bissandougou (Toron), le 23 Mars, 1887.

Nr. 10683. Frankreich und Almamy Samadu. 23. März 1887.

Entre le Gouvernement de la République Française, représenté par le Lieutenant-Colonel Gallieni et l'Almamy Samory-bin-la-Raufia, Emir-el-Mumenin.

Article I.

Le fleuve le Niger (Dialiba) jusqu'à Tiguiberri, la Rivière le Bafing ou Tankisso de Tiguiberri à ses sources servent de ligne de démarcation et de frontière entre les possessions Françaises dans le Soudan d'une part, et les États de l'Almamy Samory, Emir-el-Mumenin, de l'autre.

Article II.

L'Almamy Samory, Emir-el-Mumenin, se place, lui, ses héritiers qui sont dans l'ordre de primogéniture, et ses États présents et à venir sous le Protectorat de la France.

Article III.

Le commerce Français est entièrement libre et indemne de tout droit d'entrée, de sortie, de passage, ou de séjour sur les voies terrestres, fluviales, ou maritimes de l'Empire de l'Almamy Samory, &c. || Il en est de même pour le commerce des États de l'Almamy dans les limites de nos possessions Sénégaliennes.

Nr. 10683. Frankreich und Almamy Samadu. 23. März 1887.

Article IV.

Tout Acte, Convention, ou stipulation contraire aux trois Articles ci-dessus sont et demeurent abrogés.

Article V.

La présente Convention est exécutoire du jour de sa ratification par le Gouvernement de la République Française.

Marie Étienne Peroz.

Nr. 10684. FRANKREICH UND ALMAMY SAMADU. — Bestätigung und Erweiterung des vorigen Vertrages.

Niakha, le 21 Février, 1889.

Nr. 10684. Frankreich und Almamy Samadu. 21. Feb. 1889.

Entre le Gouvernement de la République Française représenté par le Chef d'Escadron d'Artillerie de Marine Archinard, Commandant Supérieur du Soudan Français; || Et l'Almamy Samory-ben-Laklaufice, Emir-el-Moulmenin. || A été conclu le Traité suivant: —

Article I.

Le fleuve le Niger (Djeliba) sert de ligne de démarcation et de frontière entre les possessions Françaises dans le Soudan, d'une part, et les États de l'Almamy Samory, Emir-el-Moulmenin de l'autre.

Article II.

L'Almamy Samory, Emir-el-Moulmenin, se place, lui, ses héritiers qui vont dans l'ordre de primogéniture et ses États présents et à venir sous le Protectorat de la France.

Article III.

Les Français et l'Almamy conservent leur liberté d'action dans les rapports avec les territoires non compris dans le Traité passé avec l'une ou l'autre des parties.

Article IV.

En aucun cas les troupes de l'une des Parties Contractantes ne pourront franchir le Niger sans autorisation de l'autre partie. Les Français et l'Almamy s'engagent à empêcher toute incursion de bandes armées d'une rive sur l'autre.

Article V.

La navigation du Niger est libre.

Article VI.

L'Almamy Samory, Emir-el-Moulmenin, s'engage à donner à l'avenir à tout voyageur Français aide et protection dans toute l'étendue de son territoire. Cet engagement est réciproque de notre part pour les sujets de l'Almamy.

Article VII.

Le commerce Français est entièrement libre et indemne de tout droit d'entrée, de sortie, de passage ou de séjour sur les vois terrestres, fluviales

ou maritimes de l'Empire de Samory, Emir-el-Moulmenin. || Il en est de même pour le commerce des États de Samory dans les limites de nos possessions Sénégalaises. Nr. 10684. Frankreich und Almamy Samadu. 21. Feb. 1889.

Article VIII.

L'Almamy s'engage à favoriser le commerce des caravanes venant du Haut Sénégal et à faire son possible pour que les marchandises provenant de son pays soient dirigées sur les escales Françaises.

Article IX.

Tout Traité, Acte, Clause, Convention ou stipulation antérieurs au présent Décret sont et demeurent abrogés.

Article X.

Le présent Traité est exécutoire du jour même de la signature par les deux parties; mais il ne deviendra définitif que du jour de sa ratification par le Gouvernement de la République Française.

Signature de Samory.

L. Archinard.

Signatures de—

Bonnardot, Capitaine d'Artillerie de Marine.

Tambo Ibrahim, Interprète.

Nr. 10685. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Goldküste*).

Paris, 12 Juillet, 1893.

Les Commissaires Spéciaux, nommés par les Gouvernements de la France et de la Grande-Bretagne, en vertu de l'Article 5 de l'Arrangement du 10 Août, 1889, n'étant pas parvenus à tracer, entre les territoires respectifs des deux Puissances, sur la Côte d'Or, une ligne de démarcation conforme aux dispositions générales de l'Article 3 de cet Arrangement et aux indications du paragraphe final de l'Arrangement du 26 Juin, 1891, les Plénipotentiaires soussignés, chargés, en exécution des déclarations échangées à Londres, le 5 Août, 1890, entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, de délimiter les sphères d'intérêt respectif des deux pays, dans les districts sud et ouest du Moyen- et du Haut-Niger, se sont entendus pour fixer, dans les conditions ci-après énoncées, la ligne de démarcation entre les possessions Françaises et Britanniques de la Côte d'Or: — Nr. 10685. Grossbritannien und Frankreich. 12. Juli 1893.

1. La frontière Britannique part de la côte à Newtown, à une distance de 1000 mètres à l'ouest de la maison occupée, en 1884, par les Commissaires Britanniques, puis se dirige droit vers le nord jusqu'à la lagune de Tanoe ou

*) Blaubuch Treaty Series 13. 1893. (7108.)

Nr. 10685. Grossbritannien und Frankreich. 12. Juli 1893.

Tendo, suit la rive sud de cette lagune jusqu'à l'embouchure de la Rivière Tanoe ou Tendo (des quatre îles qui se trouvent à proximité de cette embouchure, les deux qui sont au sud étant attribuées à la Grande-Bretagne, et les deux qui sont au nord, à la France). La frontière Britannique longe, à partir de cet endroit, la rive gauche de la Rivière Tanoe au Tendo jusqu'au village de Nougoua, que, vu sa situation sur la rive droite de cette rivière, l'Angleterre consent à reconnaître à la France.

2. La frontière Française part également sur la côte, de Newtown, à une distance de 1000 mètres à l'ouest de la maison occupée, en 1884, par les Commissaires Britanniques. Elle s'avance, de là, droit au nord, vers la lagune de Tanoe ou Tendo, puis, traversant cette lagune, en suit la rive nord, et les rives nord et est de la lagune Ehi, jusqu'à l'embouchure de la Rivière Tanoe ou Tendo, et suit la rive droite de cette rivière jusqu'au village de Nougoua.

3. La frontière Britannique continue à suivre la rive gauche du Tanoe ou Tendo durant 5 milles Anglais en amont de la maison qui sert actuellement de résidence au Chef de Nougoua. Elle traverse en ce point la rivière et se confond avec la frontière commune, déterminée ci-dessous. || La frontière Française suit la rive droite du Tanoe ou Tendo, également pendant 5 milles en amont de Nougoua, jusqu'au moment où elle est rejointe par la frontière Anglaise.

4. La frontière commune quitte la Rivière Tanoe et se dirige au nord vers le sommet de la colline de Terra-ferrako. De là, passant à 2 milles à l'est des villages d'Assikasso, Sankaina, Assambossoua et Akouakrou, elle court à 2 milles à l'est de la route conduisant de Souakrou a la Rivière Boi, pour atteindre cette rivière à 2 milles au sud-est de Bamianko, village qui appartient à la France. De là, elle suit le thalweg de la Rivière Boi et la ligne tracée par le Capitaine Binger (telle qu'elle est marquée sur la carte ci-annexée), laissant Edubi, avec un territoire s'étendant à 1 mille au nord de ce point, à la France, jusqu'à ce qu'elle atteigne un point situé à 16 000 mètres droit à l'est de Yaou. A partir de ce point, elle coïncide avec la ligne tracée par le Capitaine Binger (voir la carte ci-annexée), jusqu'à un point situé à 1000 mètres au sud d'Abourouferràssi, village appartenant à la France. Elle continue à se tenir ensuite à une distance de 10 kilom. à l'est de la route conduisant directement d'Annibilekrou à Bondoukou, par Bodomfil et Dadiassi, passe à mi-chemin entre Buko et Adjamrah, court à 10 kilom. à l'est de la route de Bondoukou viâ Sorobango, Tambi, Takhari et Bandagadi, et atteint la Volta au point d'intersection de cette rivière et de la route de Bandagadi à Kirhindi. Elle suit alors le thalweg de la Volta jusqu'à son intersection par le 9e degré de latitude nord.

5. Il est convenu que les habitants des villages Français qui, antérieurement à la conclusion du présent Arrangement, jouissaient du droit de pêche sur la Rivière de Tanoe ou de Tendo, continueront à jouir de ce droit, en se conformant aux Règlements locaux.

6. La frontière déterminée par le présent Arrangement est inscrite sur la carte ci-annexée. Nr. 10685. Grossbritannien und Frankreich. 12. Juli 1893.

7. Dans la pensée des Parties Contractantes, le présent Arrangement complète et interprète la section 1 de l'Article 3 de l'Arrangement du 10 Août, 1889, relatif à la délimitation des possessions Britanniques et Françaises sur la Côte d'Or, et le paragraphe final de l'Arrangement du 26 Juin, 1891.

Les Commissaires Britanniques,
E. C. H. Phipps.
J. A. Crowe.
Les Commissaires Français,
Gabriel Hanotaux.
J. Haussman.

Nr. 10686. GROSSBRITANNIEN UND FRANKREICH. — Abgrenzung ihrer Besitzungen nördlich und östlich von Sierra Leone*).

Paris, 21 Janvier 1895.

Les Commissaires Spéciaux nommés par les Gouvernements de la Grande-Bretagne et de la France, en vertu de l'Article V de l'Arrangement du 10 août, 1889, n'étant pas parvenus à tracer une ligne de démarcation entre les possessions des deux Puissances, au nord et à l'est de Sierra-Leone, conforme aux dispositions générales de l'Article II du dit Arrangement, de son Annexe I et de son Annexe II (Sierra-Leone), et aux indications de l'Arrangement du 26 juin, 1891, les Plénipotentiaires Soussignés, chargés, en exécution des déclarations échangées à Londres, le 5 Août, 1890, entre le Gouvernement de Sa Majesté Britannique et le Gouvernement de la République Française, de délimiter les sphères d'intérêt respectives des deux pays, dans les régions sud et ouest du Moyen- et du Haut-Niger, se sont entendus pour fixer, dans les conditions ci-après énoncées, la ligne de démarcation des territoires susmentionnés: — Nr. 10686. Grossbritannien und Frankreich. 21. Jan. 1895.

Article I.

La frontière part d'un point sur la côte de l'Atlantique au nord-ouest du village de Kiragba, déterminé par l'intersection d'un arc de cercle de 500 mètres de rayon, décrit du centre du dit village, avec la ligne des hautes eaux. || De ce point, elle se dirige vers le nord-est parallèlement au chemin de Kiragba à Roubani (Robenia), qui passe par ou près les villages Anglais de Fungala, Robant, Mengeti, Mandimo, Momotimenia, et Kongobutia, à une distance égale de 500 mètres du milieu du dit chemin, jusqu'à un point situé à égale distance du village de Kongobutia (Anglais) et du village de Diguipali (Français).

*) Die Aktenstücke Nr. 10685—92 sind dem Blaubuch Treaty Series 5. 1895 (7600) entnommen.

Nr. 10686. Grossbritannien und Frankreich. 21. Jan. 1895.

A partir de ce point elle tourne au sud-est, et coupe le chemin à angle droit, et arrivée à 500 mètres au sud-est du dit chemin, le suit parallèlement à la même distance de 500 mètres, mesurée comme ci-dessus, jusqu'à ce qu'elle atteigne un point situé au sud du village de Diguipali, d'où elle gagne en ligne droite la ligne de partage des eaux de la chaîne de collines qui commence au sud du village ruiné de Passimodia, et marque distinctement la ligne de séparation entre le bassin de la Rivière Mellacorée (Mellakori) et celui de la Grande Scarcies ou Kolenté. || La frontière suit cette ligne de partage des eaux laissant à la Grande-Bretagne les villages de N'Bogoli (Bogolo), Musaliya, Malaguia (Lukoiya), Maforé (Mufuri), Tanéné (Tarnenai), Madina (Modina), Oblenia, Oboto, Ballimir, Massini, et Gambiadi, et à la France les villages de Roubani (Robenia), N'Tugon (N'Tunga), Daragoué (Daragli), Kunia, Tombaiya, Erimakono (Herimakuno), Fonsiga (Fransiga), Talansa, Tagani (Tanganne), et Maodea, jusqu'au point le plus rapproché de la source de la Petite Mola; de là elle se dirige en ligne droite sur la dite source, suit le cours de la Petite Mola jusqu'à sa jonction avec la Mola, puis le thalweg de la Mola jusqu'à son confluent avec la Grande Scarcies ou Kolenté. || De ce point, la frontière suit la rive droite de la Grande Scarcies (Kolenté) jusqu'à un point situé à 500 mètres au sud de l'endroit où aboutit, sur la rive droite le chemin qui conduit de Ouelia (Wulia) à Ouossou (Wossu), par Lucenia. A partir de ce point, elle coupe la rivière et suit une ligne tirée au sud du chemin ci-dessus mentionné, à une distance égale de 500 mètres, mesurée du milieu du chemin, jusqu'à la rencontre d'une ligne droite déterminée à ses extrémités par les points suivants: — || 1. Un point situé en amont et à 500 mètres du coude que décrit la Rivière Kora au nord du village de Lucenia, à environ 2500 mètres de ce village et à environ 5 kilom. du confluent de la Rivière Kora avec la Grande Scarcies (Kolenté), mesurés le long de la rive. || 2. Une brèche formée dans le flanc nord-ouest de la chaîne de hauteurs qui se trouvent dans la partie est du Talla, à environ 2 milles Anglais (3200 mètres) au sud du village de Donia (Duyunia). || A partir du point où elle rencontre la ligne droite mentionnée ci-dessus, la limite suit la dite ligne, vers l'est, jusqu'au centre de la brèche susmentionnée, d'où elle gagne ensuite, par une autre ligne droite, la Rivière Kita, en un point situé en amont et à 1500 mètres, à vol d'oiseau, du centre du village de Lakhata; elle suit alors le thalweg de la Riviére Kita jusqu'à son confluent avec le Lolo. || De ce confluent, elle rejoint en ligne droite la petite Scarcies ou Kaba, en un point situé à 4 milles Anglais (6400 mètres) au sud du 10e parallèle de latitude nord; elle suit le thalweg de la Petite Scarcies jusqu'au dit parallèle, qui forme ensuite la limité jusqu'à son intersection avec la ligne de partage des eaux entre le bassin du Niger, d'une part, et les bassins de la Petite Scarcies et des autres rivières qui se jettent, vers l'ouest, dans l'Océan Atlantique d'autre part. || La frontière suit enfin la dite ligne de partage des eaux vers le sud-est, laissant Kalieri à la Grande-Bretagne et Erimakono (Herimakuna), à la France, jusqu'à

son intersection avec le parallèle de latitude qui passe par Tembikounda (Tembikunda), c'est-à-dire la source du Tembiko ou Niger. Nr. 10686. Grossbritannien und Frankreich. 21. Jan. 1895.

Article II.

La frontière déterminée par le présent Arrangement est inscrite sur la carte ci-annexée.

Article III.

Dans la pensée des Parties Contractantes le présent Arrangement complète et interprète l'Article II de l'Arrangemrnt du 10 août, 1889, ainsi que l'Annexe 1 et l'Annexe 2 (Sierra Leone), du dit Arrangement et l'Arrangement du 26 juin, 1891.

E. C. H. Phipps.
J. A. Crowe.
Georges Benoit.
J. Haussmann.

Anlage.

Bien que le tracé de la ligne de démarcation sur la carte annexée au présent Arrangement soit supposé être généralement exact, il ne peut être considéré comme une représentation absolument correcte de cette ligne jusqu'à ce qu'il ait été confirmé par de nouveaux levés. || Il est donc convenu que les Commissaires ou Délégués locaux des deux pays qui pourront être chargés par la suite de délimiter tout ou partie de la frontière sur le terrain, devront se baser sur la description de la frontière telle qu'elle est formulée dans l'Arrangement. Il leur sera loisible, en même temps, de modifier la dite ligne de démarcation, en vue de la déterminer avec une plus grande exactitude, et de rectifier la position des lignes de partage, des chemins, ou rivières, ainsi que des villes ou villages indiqués sur la carte susmentionnée. || Les changements ou corrections proposés d'un commun accord par les Commissaires ou Délégués seront soumis à l'approbation des Gouvernements respectifs.

Nr. 10687. **FRANKREICH.** — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Zusatzerklärung über Liberia.

Paris, le 22 Janvier 1895.

M. l'Ambassadeur, || Au cours des recents pourparlers relatifs à la délimitation des possessions Françaises et Britanniques au nord et à l'est de Sierra-Leone, les Commissaires des deux pays ont été amenés à examiner la situation qui résulte de l'Arrangement conclu le 8 Décembre, 1892, entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de la République de Libéria, en ce qui concerne la frontière est de la Colonie Britannique de Sierra-Leone. et ils sont tombés d'accord sur la déclaration suivante: — Nr. 10687. Frankreich. 22. Jan. 1895.

Nr. 10687. Frankreich. 22. Jan. 1895.

"D'après l'Arrangement conclu, le 8 décembre, 1892, entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de la République de Libéria, la ligne-frontière entre les possessions Françaises et la République de Libéria est déterminée, au nord, par le parallèle de Tembi-Counda, jusqu'à sa rencontre, au 13e degré de longitude ouest de Paris, avec la frontière Franco-Anglaise de Sierra-Leone. || La délimitation de la frontière Franco-Anglaise de Sierra-Leone doit donc s'arrêter au parallèle de Tembi-Counda. || Toutefois, il y a lieu de rappeler qu'en vertu des notes échangées les 2 Décembre, 1891, et 4 Mars, 1892, entre M. Ribot et M. Egerton, le 13e degré de longitude ouest de Paris devait, en tout état de cause, former la limite des possessions Françaises du Soudan et de la Colonie Britannique de Sierra-Leone jusqu'au point de rencontre de ce méridien avec la frontière Anglo-Libérienne. || C'est dans ces conditions que le Gouvernement Français a fait abandon au Gouvernement Libérien de certains territoires faisant partie du Soudan Français, au sud du parallèle de Tembi-Counda et à l'est du 13e degrée de longitude ouest de Paris. || En conséquence, il demeure entendu que la frontière de la Colonie de Sierra-Leone, à partir du point d'intersection de la ligne de partage des eaux entre le bassin du Niger, d'une part, et le bassin des rivières qui se jettent à l'ouest dans l'Océan Atlantique, d'autre part, avec le parallèle passant par Tembi-Counda, est formée par le dit parallèle jusqu'à sa rencontre avec le 13e degré de longitude ouest de Paris, et, ensuite, par ce méridien, jusqu'à sa rencontre avec la frontière Anglo-Libérienne."

J'ai l'honneur d'informer votre Excellence que le Gouvernement de la République est disposé à approuver les termes de cette déclaration, et je vous serais reconnaissant de vouloir bien me faire connaître si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique y donne également son assentiment.

G. Hanotaux.

Nr. 10688. Grossbritannien. 22. Jan. 1895.

Nr. 10688. GROSSBRITANNIEN. — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen.

Paris, January 22, 1895.

Die englische Regierung nimmt die Zusätze an.

Nr. 10689. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris. — Vorschläge zur Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den englischen und französischen Besitzungen.

Paris, le 22 Janvier 1895.

Nr. 10689. Frankreich. 22. Jan. 1895.

M. l'Ambassadeur, || Au cours des récents pourparlers relatifs à la délimitation des possessions Françaises et Britanniques au nord et à l'est de Sierra-Leone, les Commissaires de deux pays se sont mis d'accord sur le principe des dispositions destinées à régler les relations commerciales entre

la Colonie Britannique de Sierra-Leone et les possessions Françaises avoisinantes. Il a été en même temps convenu que les conditions de cette entente feraient l'objet d'un échange de notes, immédiatement après la signature de l'Arrangement. || En conséquence, j'ai l'honneur de faire connaître à votre Excellence que le Gouvernement de la République est disposé à donner son assentiment aux dispositions ci-après: — Nr. 10689. Frankreich. 22. Jan. 1895.

1. Dans les territoires dépendant de la Colonie de Sierra-Leone, d'une part, et des Colonies de la Guinée Française (y compris le Fouta Djallon) et du Soudan Français, d'autre part, les commerçants et les voyageurs des deux pays seront traités sur le pied d'une parfaite égalité en ce qui concerne l'usage des routes et autres voies de communication terrestre.

2. Les routes traversant la frontière déterminée par l'Arrangement du 21 janvier, 1895, entre la Colonie Britannique de Sierra-Leone et les Colonies Françaises voisines, seront, de part et d'autre, ouvertes au commerce, sous réserve de l'acquittement des droits et taxes qui pourraient être établis.

3. Les deux Gouvernements prennent l'engagement réciproque de ne pas établir sur la frontière terrestre déterminée par l'Arrangement du 21 janvier, 1895, entre leurs Colonies respectives, des droits, soit à l'entrée, soit à la sortie, supérieurs à ceux qui seront perçus à la frontière maritime, soit de la Colonie de Sierra-Leone, soit de la Colonie de la Guinée Française. || Les droits de sortie n'excéderont en aucun cas 7 pour cent de la valeur calculée d'après les mercuriales de chaque Colonie.

4. Pour la perception des droits ou taxes, à l'entrée ou à la sortie, des postes seront établis en des points déterminés de la frontière, de manière à ne pas détourner les caravanes des routes qu'elles auraient à suivre pour pénétrer de la Colonie de Sierra-Leone dans les Colonies Françaises voisines ou inversement.

Je serais reconnaissant à votre Excellence de vouloir bien me faire savoir si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique est disposé, de son côté, à donner son adhésion à l'accord dont il s'agit.

G. Hanotaux.

Nr. 10690. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. Nr. 10690. Grossbritannien. 22. Jan. 1895.

Paris, January 22, 1895.

Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an.

Nr. 10691. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Botschafter in Paris an den französischen Minister des Auswärtigen. — Erklärung über die Ausführung des Artikels I des Abkommens vom 21. Januar.

Paris, January 22, 1895.

M. le Ministre, || During the course of the recent negotiations relative to the délimitation of the British and French territories and possessions situated to the north and east of Sierra Leone, the Commissioners named by the two Nr. 10691. Grossbritannien. 22. Jan. 1895.

Nr. 10691. Grossbritannien. 22. Jan. 1895.

Powers were led to examine the situation created to the riverain inhabitants of a certain portion of the Great Skarcies by the execution of the Agreement of the 10th August, 1889. || Although by Article I of the Agreement of the 21st january, 1895, the British frontier follows the right bank of the Great Skarcies from a point on the right bank, 500 metres south of the road leading from Wulia to Wossu, viâ Lusenia, to the point where that river is joined by the Little Mola, Her Majesty's Government is, nevertheless, disposed to permit the riverain inhabitants dwelling on the right bank within the abovementioned limits to continue to use the river to the same extent as heretofore. || It is, however, understood, that the inhabitants of these villages will be subject to such Laws or Ordinances as may from time to time be promulgated by the authorities of the Colony of Sierra Leone with a view to regulating the navigation of the river or in connection with the control of its waters, due notice of the same being given by the Governor of Sierra Leone to the Governor of French Guinea.

Dufferin and Ava.

Nr. 10692. Frankreich. 4. Febr. 1895.

Nr. 10692. FRANKREICH. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter in Paris.

Paris, le 4 Février, 1895.

Die französische Regierung stimmt der Erklärung zu.

Nr. 10693. FRANKREICH. — Der Botschafter in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Vorschläge zur Abgrenzung der englischen und französischen Besitzungen an der Somaliküste.*)

Londres, le 2 Février, 1888.

Nr. 10693. Frankreich. 2. Febr. 1888.

M. le Marquis, || Le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Sa Majesté Britannique étant désireux d'arriver à un accord relativement à leurs droits respectifs dans le Golfe de Tadjourah et sur la Côte Somali, j'ai eu l'honneur d'entretenir votre Seigneurie à plusieurs reprises de cette question. Après un échange amical de vues nous sommes tombés d'accord hier sur les arrangements suivants: —

1. Les Protectorats exercés ou à exercer par la France et la Grande-Bretagne seront séparés par une ligne droite partant d'un point de la côte situé en face des puits d'Hadou et dirigée sur Abassouën en passant à travers les dits puits; d'Abassouën la ligne suivra le chemin des caravanes jusqu'à Bia-Kabouba, et de ce dernier point elle suivra la route des caravanes de Zeylah à Harrar, passant par Gildessa. Il est expressément convenu que l'usage des puits d'Hadou sera commun aux deux parties.

*) Die drei folgenden Aktenstücke sind dem Blaubuch France No. 1. 1894 (7389) entnommen.

2. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît le Protectorat de la France sur les côtes du Golfe de Tadjourah, y compris le groupe des Iles Muchah et l'Ilôt de Bab, situés dans le golfe, ainsi que sur les habitants, les tribus et les fractions de tribus situés à l'ouest de la ligne ci-dessus indiquée. || Le Gouvernement de la République Française reconnaît le Protectorat de la Grande-Bretagne sur la côte à l'est de la ligne ci-dessus jusqu'à Bender-Ziàdeh, ainsi que sur les habitants, les tribus et les fractions de tribus situés à l'est de la même ligne. Nr. 10693. Frankreich. 2. Febr. 1888.

3. Les deux Gouvernements s'interdisent d'exercer aucune action ou intervention, le Gouvernement de la République à l'est de la ligne ci-dessus, le Gouvernement de Sa Majesté Britannique à l'ouest de la même ligne.

4. Les deux Gouvernements s'engagent à ne pas chercher à annexer le Harrar ou à le placer sous leur Protectorat. En prenant cet engagement, les deux Gouvernements ne renoncent pas au droit de s'opposer à ce que toute autre Puissance acquière ou s'arroge des droits quelconques sur le Harrar.

5. Il est expressément entendu que la route des caravanes de Zeylah à Harrar, passant par Gildessa, restera ouverte dans toute son étendue au commerce des deux nations ainsi que des indigènes.

6. Les deux Gouvernements s'engagent à prendre toutes les mesures nécessaires pour empêcher le Commerce des Esclaves et l'importation de la poudre et des armes dans les territoires soumis à leur autorité.

7. Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique s'engage à traiter avec bienveillance les personnes, soit Chefs, soit membres des tribus, placées sous son Protectorat, qui avaient précédemment adopté le Protectorat Français. Réciproquement, le Gouvernement de la République prend le même engagement relativement aux personnes et aux tribus placées désormais sous son Protectorat.

En m'accusant réception de la présente note, je serais reconnaissant à votre Seigneurie si elle voulait bien constater officiellement l'accord que nous avons conclu au nom de nos Gouvernements respectifs.

Waddington.

Nr. 10694. ENGLAND. — Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London.

Nr. 10694. England. 9. Febr. 1888.

Foreign Office, February 9, 1888.

Die englische Regierung nimmt die Vorschläge an.

Nr. 10695. GROSSBRITANNIEN. — Der Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. — Unterredung mit dem türkischen Botschafter.

Foreign Office, February 9, 1888.

M. l'Ambassadeur, || With reference to the note which I have this day addressed to your Excellency, accepting, on behalf of Her Majesty's Government, the arrangement agreed upon between us respecting the British and Nr. 10695. Grossbritannien. 9. Febr. 1888.

Nr. 10695. Grossbritannien. 9. Febr. 1888.

French Protectorates in the Gulf of Tajourra and on the Somali Coast, I think it right to remind your Excellency that I received some months ago a request from the Turkish Ambassador at this Court that in any understanding which might be arrived at on this subject the rights of His Imperial Majesty the Sultan might be respected. || I assured his Excellency, in reply, that the British Government would carefully abstain in the future, as in the past, from any interference with the just rights of the Sultan, and that I was convinced that the Government of the French Republic would act in a similar spirit.

Salisbury.

Verhandlungen und Verträge zwischen Grossbritannien und der Südafrikanischen Republik über das Swaziland.

Nr. 10696. GROSSBRITANNIEN UND SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK.

Abkommen über das Swaziland.*)

Cape Town, July 24, 1890.

Nr. 10696. Grossbritannien und Südafrikan. Republik. 24. Juli 1890.

Whereas Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Honour the State President of the South African Republic, as representing the Government of the said Republic, have agreed that it is expedient that they should enter into a Convention relative to the settlement of the affairs of Swaziland, and with regard to other matters of importance connected with the affairs of South Africa; || Now, therefore, Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Honour the State President of the South African Republic as representing the Government of the said Republic, do hereby consent and agree that the following Articles, accepted finally by and between Her Majesty and his Honour shall, when duly signed, sealed and executed by Her Majesty's High Commissioner for South Africa on behalf of Her Majesty, and by his Honour the State President of the South African Republic on behalf of the Government of the said Republic, and when duly ratified by the Volksraad of the South African Republic, shall constitute and be a Convention by and between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain und Ireland and the South African Republic.

Article 1. The independence of the Swazis, as recognised by the Convention of London of 1884, is affirmed, and no inroad on that independence shall be allowed, even with the consent of the Swazi Government, without the consent of both Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic.

Article 2. With the consent of the Swazi Government, expressed in the form of an organic Proclamation by the Queen Regent and Council, the powers

*) Blaubuch South Africa 1890. (6217.)

and authorities of the Provisional Government Committee, conferred by Proclamation dated the 18th december 1889, and extended by subsequent Proclamation for a further period, to be continued for an indefinite period, subject to the following alterations and additions, and to the establishment of the following constitution and machinery of Government: || (*a.*) Each of the three Governments, Her Majesty's Government, the Government of the South African Republic and the Swazi Government, to have power from time to time to cancel the appointment of its nominated representative in the Government Committee, and to appoint another representative in his stead. || (*b.*) A Government Secretary and Treasurer to be appointed by the Government Committee upon the joint nomination of Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, such officer to furnish periodical reports to Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, and to communicate officially with them by instruction from the Government Committee upon matters relating to the affairs of Swaziland. || (*c.*) A Chief Court to be established composed of three judicial members approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, or of only one member, if Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic should deem one member sufficient, and approve such member. || (*d.*) Such Court to have full power and jurisdiction over all persons of European birth or extraction in Swaziland and over all questions, matters and things in which any such persons are concerned, with full power to decree against all persons execution by all forms of legal or equitable procedure, approved by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, of every order, judgment, decree or sentence made by it in the exercise of its jurisdiction. || (*e.*) All subordinate judicial appointments, whether of Magistrates, Justices of the Peace, or the like, and all appointments of Police Officers to be made by the Government Committee, the persons appointed to be previously approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic. || (*f.*) The jurisdiction conferred upon such subordinate judicial officers to be such as shall be approved by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic. || (*g.*) The laws to be administered by all Courts of Justice to be the Roman-Dutch Law as in force in South Africa, but subject to such alterations, additions, or amendments as may be made by Proclamation of the Government Committee of any laws, rules or regulations approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, without whose joint consent no law, rule or regulation shall be proclaimed by the Government Committee, or if proclaimed be binding; provided that laws enacted during the period of power of the provisionl Government Committee shall continue in force until altered, amended or repealed by some law, rule, or regulation proclaimed after approval as aforesaid. || (*h.*) The Chief

Nr. 10696. Grossbritannien und Südafrikan. Republik. 24. Juli 1890.

Court to undertake judicial inquiry into the validity of disputed concessions, so soon as the Swazi Government shall have framed and proclaimed a list of those concessions which it approves of; such inquiry to be conducted in accordance with such laws, rules and regulations as aforesaid. || (*i.*) The administrative and executive powers under such organic Proclamation as aforesaid to be vested in the Government Committee, but no powers or jurisdiction to be claimed or exercised by the Government Committee, or any judicial tribunal in respect of any question, matter, or thing in which Swazi natives alone are concerned. || (*j.*) All lawfully acquired rights vested in any person to be recognised by the Government Committee, and all judicial tribunals subject to such laws, rules and regulations as aforesaid. || (*k.*) The revenue from sources approved by the Proclamation of the 18th december 1889, to be collected by officers appointed by the Government Committee, and to be by such officers paid over to the Government Treasurer, subject to such rules and regulations as to accounts and audit as shall be approved of by Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic, provided that no revenue shall be derived from any source not lawfully recognised at the date of the organic Proclamation, unless and until a Proclamation establishing such source of revenue shall have been published in Swaziland by the Government Committee with the consent and approval of Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic.

Article 3. Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic mutually guarantee, that they will enforce the due observance by the Swazi Government and the Swazis of the provisions of the organic Proclamation aforesaid, and of good and orderly government established thereunder, but no steps shall be taken, and no act be done, by either Government to compel such due observance by force without the approval of the other, which approval shall be deemed to be given if no objection to any such step or act shall be communicated to the Government giving notice of intention to take such step or do such act within two weeks from the date of such notice; provided that either of the said Governments may, upon application by the aforesaid Government Committee, interfere by force in any urgent case to compel such due observance as aforesaid; and provided that, in case of such interference being applied for, the other Government may act upon such application.

Article 4. In all the Courts of Justice in Swaziland, and in all official communications of the Government Committee, the English and Dutch languages shall have equal rights.

Article 5. Saving all existing rights, the sovereignty and ownership of the Swazi nation in respect of all land within the boundaries of Swaziland shall be recognised and respected, but no disposition of any such land, or of any right in respect of such land, and no grant or concession whereby any privileged or exclusive right is granted or conceded, or any right directly or

indirectly interfering with the powers and jurisdiction of the Government Committee shall, after the date of such organic Proclamation be recognised as of any legal validity, unless it shall be made with the approval of Her Majesty's High Commissioner and of the State President of the South African Republic.

Article 6. The control and management by the Swazi Government of all affairs in which natives only are concerned shall remain unaffected by such organic Proclamation as aforesaid, and shall be regulated according to native laws and customs, save in so far as by such laws and customs any danger may arise affecting good and orderly government under the provisions of the organic Proclamation aforesaid.

Article 7. Her Majesty's Government recognises the validity of the concessions over and in respect of which the Government of the South African Republic possesses controlling power with respect to postal and telegraphic services with respect to the construction of railways in Swaziland, and the keeping of refreshment places thereon, and with respect to the making and navigation of waterways und to land surveying.

Article 8. Her Majesty further consents to the acquisition by the South African Republic, under and by virtue of a Treaty with the Queen Regent of the Swazis und her Council, of the ownership of land in Swaziland for the purpose of construction of a railway across Swaziland from the border of the South African Republic, the extent of such land to be three miles in width at the most; provided that || (*a.*) The sovereignty over land so acquired shall not be deemed to be acquired by the South African Republic, but such land shall in like manner with any other part of Swaziland remain under the Government and Administration of the Government Committee referred to in this Convention; and || (*b.*) Her Majesty shall, if occasion require, have the right of passage across such railway an land so acquired.

Article 9. Any deficiency on the revenue for the Government of Swaziland under the organic Proclamation shall, when duly certified according to the rules aforesaid as to accounting and audit, be borne in equal share annually by Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic, and any surplus shall be carried over to the account of the next succeeding year.

Article 10. The Government of the South African Republic withdraws all claim to extend the territory of the Republic, or to enter into Treaties with any natives or native tribes to the north or north-west of the existing boundary of the Republic, and undertakes to aid and support by its favouring influence the establishment of order and government in those territories by the British South Africa Company within the limits of power and territory set forth in the Charter granted by Her Majesty to the said Company.

Article 11. Notwithstanding anything to the contrary contained in the Convention of London of 1884, Her Majesty's Government approves of the

Nr. 10696. Grossbritannien und Südafrikan. Republik. 24. Juli 1890.

acquisition by the Government of the South African Republic of rights under Treaty with the Chieftain Umbegesa and the Queen Zambili of Amatongaland, over a strip of land not exceeding three miles in width, north of the 27th parallel of South Latitude, for the construction of a railway or for other purposes between the frontier of Swaziland and the sea-coast at or near Kosi Bai: provided that Her Majesty's Government undertakes to use its influence to obtain a concession to the South African Republic of an area of ten miles in radius from a point to be mutually agreed upon situate on the coast of Amatongaland, which area of land shall be deemed to be and to form portion of the Territory of the South African Republic.

Article 12. Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland agrees to recognise the Sovereignty of the Sout African Republic in respect of || (*a.*) The land acquired as aforesaid by such Treaties as are in the last preceding Article contemplated with the Chieftain Umbegesa and the Queen Zambili of Amatongaland, for the purposes therein referred to;|| (*b.*) So much land, connected with the land acquired from the said Chieftain as aforesaid for the purposes aforesaid as may be acquired for the purposes of the navigation of the Pongola River by the South African Republic by Treaty with the said Chieftain, as may not exceed in Area an extent of four miles as the crow flies in radius from some point within the territory of the said Chieftain and on the Pongola River, || and (*c.*) A strip of land for constructing a line of railway or other purposes, which strip of land may be acquired by a Treaty or Treaties with the Chieftains Zambaan and Umbegesa, and shall not exceed three miles in breadth, running lengthwise, either from Nyawos Hill, along the frontier of Swaziland, or from a point south of that Hill along the Pongola River to a point north of the 27th parallel of South Latitude, where such strip of land would cut across the strip of land referred to in the last preceding Article.

Article 13. If by any such Treaty as is referred to in Article 12 hereof the right of navigation of the Pongola River is conceded by the Chieftain Umbegesa to the South African Republic, Her Majesty's subjects, and all ships, vessels or other craft used in the navigation of the said river, and owned in whole or in part by any of Her Majesty's subjects, shall be entitled by such Treaty and by this Convention to the free navigation of the said river without obstruction from, and without the imposition of any duties or charges by, the Government of the South African Republic, or by any person or company holding rights protected by or derived from the said Government, other or higher than such lowest duties or charges as shall be imposed upon any person, or upon any ship, vessel, or other craft as aforesaid not owned as aforesaid by any of Her Majesty's subjects.

Article 14. In the event of the Government of the South African Republic acquiring rights by Treaty to land for the construction of either or both the lines of railway, or for other purposes as referred to in Articles 11 and 12

of this Convention, and notwithstandig the acquisition by the South African Republic of sovereignty in terms of this Convention, in respect of any land under and by virtue of any approved Treaty with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegesa, or the Queen Zambili of Amatongaland, Her Majesty reserves the right of passage across such lines of railway and all land so acquired by the South African Republic, at places to be mutually agreed upon, the further right to claim convenient facilities for crossing each of the said lines and the said land with one line of railway at the same places or others conveniently situated, and the right, at any place across either strip of land acquired under paragraph C. of Article 12, of passing troops if necessary into Swaziland in accordance with this Convention.

Article 15. No treaty entered into in manner recognised by this Convention with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegesa, or the Queen Zambili of Amatongaland shall be deemed to be valid and binding until approved of by Her Majesty, in manner provided by Article IV. of the London Convention of 1884.

Article 16. The Government of the South African Republic will in no case, without the approval of Her Majesty's Government, part with the sovereignty, control, or management of Kosi Bay or the harbour works in connexion therewith, or the area of land herein-before referred to; and will not without the like approval enter into any Treaty relating to Kosi Bay or the said works or area with any Foreign Power.

Article 17. Should any dispute arise between the Government of the South African Republic and any foreign Power relative to any act, omission, or alleged default on the part of the said Government in the exercise of its sovereignty in respect of Kosi Bay or the said works or area, the said Government, for the sake of protecting the sovereignty of the South African Republic with regard to the said bay, works and area, consents to assign to Her Majesty's Government the conduct, on behalf of the Government of the South African Republic, of all diplomatic representations and negotiations with such Foreign Power relative to such dispute. Such representations to be made and negotiations to be carried on in consultation with the Government of the South African Republic.

Article 18. The provisions of Article 16 of this Convention shall be construed so as to refer not only to Kosi Bay, the harbour works in connexion therewith, and the area of land referred to in the said Article, but also to any other land the sovereignty in respect of which shall be acquired by the South African Republic in terms of this Convention under and by virtue of any Treaty entered into with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegesa, or the Queen Zambili of Amatongaland and approved of by Her Majesty as aforesaid.

Article 19. The Government of the South African Republic consents, in the event of acquisition by it of Kosi Bay as aforesaid, and of sovereign

Nr. 10696. Grossbritannien und Südafrikan. Republik. 24. Juli 1890.

rights over the area of land referred to in Article 11 and over the land referred to in Article 12, to enter with Her Majesty's Colony of the Cape of Good Hope and the Orange Free State, and with such other Colonies or Dependencies of Her Majesty as may then be parties thereto, into the then existing Customs Union Convention; provided that terms and conditions of entrance are conceded with due regard to the existing contracts and to the existing treaties recognised by Her Majesty's Government, by which the Government of the South African Republic is bound.

Article 20. Notwithstanding anything to the contrary contained in any of the preceding Articles of this Convention, and notwithstanding that any treaty entered into by the South African Republic with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegesa, or the Queen Zambili, of Amatongaland, shall have been approved of by Her Majesty in manner provided in this Convention, such approval shall be deemed to be conditional upon the entering of the South African Republic into the said Customs Union Convention, and none of the rights or powers conferred by any such treaty may be validly claimed or exercised by the Government of the South African Republic unless, within six months after the date of Her Majesty's approval in respect of the first of any such treaties entered into as aforesaid, copy whereof shall be received by Her Majesty's Government in accordance with Article 4 of the London Convention of 1884, the Government of the South African Republic shall have entered into the said Customs Union Convention upon terms and conditions agreed upon by and between the said Government and the respective Governments of the Colonies, States, or Territories then parties to the said Convention.

Article 21. If before the expiration of three years from the 8th day of August 1890, || either (*a.*) The Government of the South African Republic shall not have entered into such treaties as aforesaid with the Chieftain Zambaan, the Chieftain Umbegesa, and the Queen Zambili of Tongaland, or their respective successors; || or (*b.*) Such treaties, if entered into, shall not have been approved of by Her Majesty in manner provided in this Convention; || or (*c.*) Though such treaties shall have been entered into and approved of, the Government of the South African Republic shall not have entered into the Customs Union Convention in accordance with Articles 19 and 20, || each party to this Convention shall have the option, at any time before the 8th day of May 1893, of giving notice, in writing, to the other party that at the expiration of the period of three years aforesaid the force and effect of this Convention shall terminate; provided that || (1.) Such termination shall not bind Her Majesty to recognise as valid any such treaties as aforesaid, notwithstanding that the same shall have been approved of. || (2.) Such termination shall not affect the binding force and effect of Articles 10 and 24 of this Convention.

Article 22. The Government of the South African Republic agrees to admit free of any duties of Customs into the South African Republic all

articles the produce and manufacture of any State, Colony, or territory bordering on the territory of the South African Republic, into which the produce and manufactures of the South African Republic are admitted free of such duties, subject for such period as it may be a party to the Custom Union Convention to such exceptions as may be thereby poescribed. Nr. 10696. Grossbritannien und Südafrikan. Republik. 24. Juli 1890.

Article 23. The Government of the South African Republic undertakes to withdraw all opposition, direct or indirect, to the extension of railways from or through any of Her Majesty's Colonies in South Africa or the Orange Free State to or towards the boundaries of the South African Republic, and further to take into consideration the extension of such railways, subject to all existing rights and Treaties, from the said boundaries into the territory of the South African Republic to the townships of Johannesburg and Pretoria.

Article 24. Her Majesty's Government consent to an alteration of the boundary of the South African Republic on the East so as to include the territory known as the Little Free State within the territory of the South African Republic.

Article 25. This Convention will be ratified by the Volksraad of the South African Republic on or before the 8th day of August 1890, and in default of such ratification this Convention shall be null and void.

Henry B. Loch, High Commissioner.
S. J. P. Kruger, State President of the S. A. Republic.
D. W. J. Leyds, State Secretary.

Nr. 10697 *). GROSSBRITANNIEN. — Der englische Gouverneur in Kapstadt an den Staatssekretär der Kolonien. — Mittheilungen über die Verhandlungen mit der Südafrikanischen Republik.

Johannesburg, South African Republic, June 10, 1893.

My Lord Marquess, || I have the honour to enclose, for your Lordship's information, a translation of a letter which I have received from the Government of the South African Republic covering the draft of a Convention relating to Swaziland which the Government and Volksraad of the South African Republic are prepared to accept. || I enclose also a translation of a resolution adopted by the Volksraad of the South African Republic in respect of the negotiations on the subject of Swaziland. || The draft Convention represents the result of four days' discussion between the State President and myself, and is also the outcome of several discussions in the Volksraad which have taken place in secret session. || The Convention is, as your Lordship will observe, confined to Swaziland; and the various questions relating to the territories of Nr. 10697. Grossbritannien. 10. Juni 1893.

*) Die folgenden Aktenstücke bis Nr. 10710 sind dem Blaubuch South Africa 1893 (7212) entnommen.

Nr. 10697. Grossbritannien. 10. Juni 1893.

Umbegesa, of Zambaan, the Widow Mdhlaleni and Tongaland, as well as the questions relating to Railways, Railway tariffs and the free importation of South African produce are not touched. || It would have been more satisfactory to me if I had been able to attach to the draft Swaziland Convention stipulations respecting tke Charlestown railway, and a general agreement on the subject of South African railway tariffs; but these questions, however important they may be in the general interest of South Africa, are not logically connected with the Swaziland question. The primary considerations to be borne in mind in dealing with the Swaziland question are the interests of the Swazi natives and of the Europeans who are either residents in Swaziland or have acquired property in that country. || Those interests have, I think, been very fully safeguarded in the draft Convention, and I beg to recommend that the draft may receive the approval of Her Majesty's Government. || I may add, that I have arranged for an extension of the existing Convention for three months, such extension to be terminable at any time with the mutual consent of the High Commissioner and the State President, and I enclose a copy of the memorandum of agreement on this point. || In reviewing the whole course of the negotiations I think I am in a position to congratulate your Lordship on the sitisfactory settlement of a difficult question. The pledges made by me with the authority of your Lordship's predecessor have been fulfilled. The rights and interests of the Swazi natives have been as fully safeguarded as if the Joint Government had continued. A dispute which was a constant source of anxiety and danger to British interest in South Africa has been satisfactorily adjusted. Her Majesty's Government have been relieved of a burdensome and unprofitable expenditure, and British interests in Swaziland have been fully safeguarded and protected. || There are, moreover, stipulations in the Convention which though apparently unimportant in themselves are likely to exercise an important influence on the future of British policy in South Africa to the great benefit of Imperial and native interests. || It is with pleasure therefore I have to inform your Lordship that all these ends have been attained without any sacrifice of any interest or principle, and that even the Charlestown railway extension, though not expressly stipulated for in the Convention, has been apparently secured by the closing sentences of the resolution of the Volksraad of the South African Republic.

Henry B. Loch,
High Commissioner for South Africa.

Nr. 10698. GROSSBRITANNIEN UND SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Vertragsentwurf.

Nr. 10698. Grossbritannien und Südafr. Rep. 8. Juni 1893.

Government Office, Pretoria, June 8, 1893.

Article I. — The Convention of 1890 between Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the South African Republic, with the exception of Articles 10 and 24 thereof shall, on the

8th day of august 1893 cease and determine, and the Article of this Convention shall have force and effect, but the provisions of all or any of the Articles of the said Convention of 1890 may, with the consent of Her Majesty's High Commissioner and the State President of the South African Republic be continued in force for a further period, to be mutually arranged, pending the completion of the Convention or organic proclamation provided for in Article 2 of this Convention.

Article II. — Her Majesty's Government agrees, notwithstanding anything to the contrary contained in Articles 2 or 12 of the Convention of London 1884, or in the Convention of 1890, that the Government of the South African Republic may enter into negotiations with the Swazie Queen Regent and Council, with a view to obtaining a Convention or an Organic Proclamation by which rights and powers of jurisdiction, protection and administration over Swazieland, without incorporation thereof into the said republic, may be conferred upon and secured to the last-mentioned Government, but no such Convention or Organic Proclamation would be entitled to recognition from Her Majesty's Government unless the said Government were satisfied: || (*a.*) that the Swazie Queen Regent and Council understood the nature, terms, articles and conditions thereof; || (*b.*) that just provision had been made for the protection of the Swazie natives with regard to the management of their own internal affairs according to their own laws und customs, including the laws and customs of inheritance and succession, in so far as the said laws and customs are not inconsistent with civilised laws and customs, or with any law in force in Swaziland made pursuant to such Convention or Organic Proclamation, and with regard to their continued use and occupation of land now in their possession, and of all grazing or agricultural rights to which they are at present entitled.

Article III. — In the event of any such Convention or Organic Proclamation as aforesaid being approved of by Her Majesty's Government, the following articles of this Convention shall be binding upon the Government of the South African Republic: —

Article IV. — All British subjects residing in Swazieland, or having in Swazieland any property, grant, privilege, or concession, or any right, title to, or interest in, any property, grant, privilege, or concession, shall be secured in the future enjoyment of all their rights and privileges of whatsoever nature or kind in like manner as burghers of the South African Republic, but shall obey the Government and conform to the laws established for Swazieland.

Article V. — Every white male who shall have been a bonâ fide resident in Swazieland (even if temporarily absent from Swazieland) on the 20th april 1893, shall become and be entitled to all the political privileges of a full burgher of the South African Republic as though he had been born in that Republic. || Provided, however: — || (*a.*) that every white male shall make

Nr. 10698. Grossbritannien und Südafrikan. Republik. 8. Juni 1893.

application, in writing, to an officer to be appointed at Bremersdorp, in Swazieland, by the Government of the said Republic to have his name enrolled upon a list of persons so entitled, and upon satisfactory proof, by a true and solemn declaration of his bonâ fide residence in Swazieland on the aforesaid day, such declaration to be made within six months from the date of public notification of the appointment of such officer as aforesaid, such officer shall be bound to enrol his name on such list, and such list shall be the list of burghers of the South African Republic so admitted under this head of this Article to the privileges aforesaid; || (*b.*) that every white son of any person admitted to the privileges of a burgher under the preceding paragraph of this Article, which son shall have been a minor on the aforesaid date, shall be entitled to the like political privileges which he would have had if his father had been a natural-born burgher of that Republic and he himself had been born therein, provided that the right under this section shall be claimed by such minor from the Government of the South African Republic by notice in writing within twelve months from his attaining his majority; || (*c.*) that every person admitted as a burgher shall, while resident in Swzieland, be entitled to register his vote at any election when and where a burgher resident in some convenient district of the South African Republic adjoining Swazieland would be entitled to vote, such district to be determined by the Government of the South African Republic, and if thereafter he shall come to reside in any district of the South African Republic such person shall there be entitled to register his vote.

Article VI. — The equal rights of the Dutch and Englisch languages in all courts of Swazieland shall be maintained. This provision shall be in force so long as the administration of Swazieland by the Government of the South African Republic continues under the provisions of the Convention or Organic Proclamation referred to in Article 2.

Article VII. — The customs duties shall not be higher in respect of any article imported into Swazieland than the duty thereon according to the tariff at present in force in the South African Republic or the tariff at present in force in the South African Customs Union, whichever is now the higher. This provision shall be in force so long as the administration of Swazieland by the Government of the South African Republic continues under the provisions of the Convention or Organic Proclamation referred to in Article 2. || No individual or individuals, corporation, or company shall have exclusive rights or privileges with regard to the imposition of, or exemption from, Customs duties on goods.

Article VIII. — The Government of the South African Republic agrees to prohibit the sale or supply of intoxicating liquor to Swazie natives in Swazieland.

Article IX. — No railway beyond the eastern boundary of Swazieland shall be constructed by the Government of the South African Republic save

Nr. 10698. Grossbritannien und Südafrikan. Republik. 8. Juni 1893.

under the provisions of a further contemplated Convention between Her Majesty the Queen and the South African Republic, or with the consent of Her Majesty's Government.

Article X. — Articles 10 und 24 of the Convention of 1890 are here again set forth for convenience of reference: —

"Article 10. The Government of the South African Republic withdraws all claim to extent the territory of the Republic, or to enter into treaties with any natives or native tribes to the north or north-west of the existing boundary of the Republic, and undertakes to aid and support, by its favouring influence, the establishment of order and government in those territories by the British South Africa Company within the limits of power and territory set forth in the Charter granted by Her Majesty to the said Company.

"Article 24. Her Majesty's Government consent to an alteration of the boundary of the South African Republic on the east, so as to include the territory known as the Little Free State within the territory of the South African Republic."

Article XI. — Her Majesty's Government reserves the power of exercising diplomatic representation in favour of Swazie natives or British subjects in case any provision of the Convention or Organic Proclamation referred to in Article 2 shall not be fairly and faithfully observed.

Article XII. — This Convention will be ratified by the Volksraad of the South African Republic on or before the day of 1893, and in default of such ratification this Convention shall be null and void.

Nr. 10699. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Beschluss des Volksraths über die Verhandlungen mit England.

Government Office, Pretoria, June 7, 1893.

Nr. 10699. Südafrikan. Republik. 7. Juni 1893.

The First Volksraad having considered the communications made by the Government and the Executive Council with reference to the course of negotiations which took place before, and which now are taking place with his Excellency the High Commissioner, taking into consideration that those negotiations did not confine themselves to Swazieland exclusively, but that from the side of the High Commissioner other matters have been included in the Swazieland affair, which have no reference to the Swazieland question, as, for instance:— ‖ The not claiming of certain rights on or in Zambaan land, or the acquiring thereof. ‖ The entering into of a railway tariff agreement. ‖ The extension of the Natal line of railway from Charlestown to Johannesburg and Pretoria. ‖ The free importation of the mutual produce of all the States and Colonies and territories of South Africa up to the Zambesi. ‖ Considering that his Excellency the High Commissioner is willing to agree that, with reference to Swazieland, a separate Convention be concluded, but that, on the other hand, the High Commissioner claims that in that same Convention a condition or promise be attached which has no relation to Swazieland, and, secondly,

Nr. 10699. Südafrikan. Republik. 7. Juni 1893.

that he wisches, simultaneously with the concluding of the Convention with reference to Swazieland, a second Convention to be entered into relative to the other above-mentioned subjects or, at any rate, to arrive at a certain understanding with the Government of the South African Republic with reference thereto. || Considering that the Swazieland question is and ought to stand as a separate one. || Considering the just right of the Republic to Swazieland. || Considering the promise of Her Majesty's Government in regard to their endeavour to, as far as possible, meet the wishes of the South African Republic. || Considering that on the other side repeated proofs have been given from the side of the South African Republic of its willingness to meet the wishes and interests of Her Majesty's Government, and that the Republic has more than fully performed its obligations. || Considering the Volksraads Resolution, Article 1204, dated August 7th, 1890, by which the Convention of august 1890 was explicitly declared to be regarded as a transitory measure. || Resolves: — || 1stly. To express its deep disapointment and regret on account of the fact that Her Majesty's Government again attaches conditions to the settlement of the Swazieland question which have no relation to that question. || 2ndly. That it is impossible in any Convention intended for the settlement of the Swazieland question to treat of other subjects, or to include other conditions, or to add any promises which are outside the settlement of the Swazieland question, such as the extension of the Natal railway line or the mutual free importation of South African products. || 3rdly. That the Volksraad, as yet, wishes to confine itself to the treatment of the Swazieland question only. || 4thly. That the Volksraad agrees, that, in the Convention intended to settle the Swazieland questions, stipulations and conditions be inserted referring to matters touching Swazieland, such as the protection of British interests, protection of the Swazies, the right to voting, the import duties for Swazieland, and the language question there, and the Government be empowered, as far as possible, to meet the wishes of Her Majesty's Government on these points. || 5thly. That the Volksraad hopes, that it will be possible for the Government, in terms of this resolution, to be able to come to an agreement. || 6thly. That the Volksraad regrets, that its duty to the people of the South African Republic makes it impossible for the Raad, having regard to the interests of the South African Republic and the expressed will of the people, to act otherwise than as is expressed herein. || That the Volksraad expresses the hope, and gives the assurance from its side, that, although it may be impossible to come to a settlement at this moment, such will not interfere with the friendly relations between this Government and Her Majesty's Government, which friendly relations it will ever be the wish of the Volksraad to strengthen. The Volksraad further resolves, with reference to the Natal Railway Extension (having in view its instructions of 1892 respecting the survey thereof), still to deal with the subject in this Session with observance of the interests of the South African Republic and of Natal.

Nr. 10700. GROSSBRITANNIEN. — Der englische Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Interpretation einiger Artikel in dem Vertragsentwurfe.

Government House, Cape Town, July 21, 1893.

Nr. 10700. Grossbritannien. 21. Juli 1893.

Sir, || I am authorised by Her Majesty's Government to sign the Convention proposed to be entered into between your Honour and myself; but, in making this communication to your Honour, to prevent any future misconstruction, I am directed to state that Her Majesty's Government understand the Convention to embody the unrestricted right of Her Majesty's Government to approve or dissent from any Convention or Organic Proclamation to be entered into between your Honour's Government and the Swazi Queen and Nation. || That the free assent of the Swazi Queen and Nation will constitute an essential preliminary to acceptance by Her Majesty's Government of the proposed Convention or Organic Proclamation with the Swazis. || That nothing contained in Article two is to be construed as giving validity to any law hereafter to be made which would be inconsistent with the terms and conditions of the present Convention or of the Convention or Organic Proclamation to be approved by Her Majesty's Government, and that the Convention or Organic Proclamation to be entered into between the Government of the South African Republic and the Swazi Nation cannot be altered or abrogated without the consent and approval of Her Majesty's Government. || I should be glad to learn, that your Honour accepts, on behalf of the South African Republic, this statement as correctly representing the effect of the terms of the Convention.

Henry B. Loch.

Nr. 10701. GROSSBRITANNIEN. — Derselbe an Denselben. — Dasselbe.

Nr. 10701. Grossbritannien. 17. Aug. 1893.

(Telegram.) || 17th August 1893. — I trust I may be allowed to remind your Honour, that nearly four weeks have elapsed since I addressed to you my despatch of the 21st ultimo, and as that despatch conveyed to your Honour the approval of Her Majesty's Government to the draft Convention which had been negotiated between your Honour and myself, and which had received the approval of the Executive and the Volksraad, I trust your Honour will not consider I am unduly pressing in expressing a wish to be informed when I may expect to receive a reply to that despatch, so that the further preliminaries in connection with signing the Convention may be proceeded with. I address to you this request in the same friendly spirit that I acknowledge with pleasure has characterised all our negotiatioes both at Colesburg and at Pretoria.

Nr. 10702. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. — Antwort auf das vorige.

Nr. 10702. Südafrikan. Republik. 17. Aug. 1893.

(Telegram.) || 17th August 1893. — Your Exellency's telgram of to-day. I am instructed to say, that his Honour thanks you very much for the friendly spirit expressed therein. To-day a written reply with translation is being sent to your Excellency, the text of which for the sake of expedition of the matter I cause to follow. Begins: —

Your Excellency, || I am directed and have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's despatch, dated 21st July last, and in reply thereto to say that the Government of the South African Republic has observed to its regret that the views of Her Majesty's Government respecting the terms of the proposed Convention so diverge from those terms themselves that it cannot agree with them, and that it can consequently also not submit to them. || The Government understands from the proposed Convention that the right of Her Majesty's Government to approve or disapprove the Convention or Organic Proclamation to be entered into with the Swazi Queen Regent and her Council, in contrast to what is said by your Excellency, is indeed limited by the provisions of Article 2, (*a*) und (*b*), of the proposed Convention in so far that, if in such Convention or Organic Proclamation the above-named conditions are complied with, the acknowledgment and approval thereof by Her Majesty's Government ought to follow. || From the contents of Article 2 of the proposed Convention the Government understands, that the consent of the Swazie Queen Regent and Council to the Convention or Organic Proclamation is sufficient to obtain acknowledgment and approval of Her Majesty's Government. In the Convention moreover, "The Queen and Council" are specially mentioned, and not the "Nation". || The Government can equally little share in the opinions of Her Majesty's Government respecting the validity of the laws to be made for Swaziland by the South African Republic, and the alteration or abrogation of the Organic Proclamation or Convention with the Swazie Queen Regent and Council, as those are additional matters which are not comprised in the Convention. || This Government trusts, that Her Majesty's Government, after full consideration of the matter, will perceive the reasonableness and justness of the above representations.

Nr. 10703. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Antwort auf das vorige.

Government House, Cape Town, August 22, 1893.

Nr. 10703. Grossbritannien. 22. Aug. 1893.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Honour's despatch of the 17th instant. || I agree with your Honour, that the expression "Swazi Queen Regent and Council" is more correct than the word's "Swazi Queen and Nation", and I readily agree that the free assent referred to in

my despatch of the 21st July, shall be that of the Queen Regent and Council. I regret, however, to find that on some points you appear to put a different interpretation from my own upon certain of the provisions of the draft Convention between Her Majesty's Government and the South African Republic recently drawn up at Pretoria. || I am advised, that the true legal interpretation of those provisions is not in accordance with the views expressed in your Honour's letter of the 17th insant, and I do not myself understand their meaning as you do. || But Her Majesty's Government are most anxious to avoid all possibility of future misunderstanding, and to deal in the most frank and friendly spirit with the Government of the South African Republic, and they have therefore instructed me to explain to you more in detail than I have previously done their views with respect to the points wich it is desirable to make clearer than they at present appear to be. || The difficulty with regard to the Article No. 2 arises from the introduction of the words — "or with any law in force in Swazieland, made pursuant to such Convention or "Organic Proclamation." An interpretation might be put upon those words which would render it possible so to frame the Convention or Organic Proclamation as to authorise the making under it of laws inconsistent with stipulations of Article No. 2 itself. This would not be in accordance with the intentions of Her Majesty's Government, and they must therefore either reserve to themselves an unrestricted right to refuse recognition to the Convention or Organic Proclamation, if they are not satisfied with its provisions in this respect, or they must make their acceptance of the proposed Convention between themselves and the South African Republic contingent on a clear understanding that no law is to be made hereafter in Swazieland which is inconsistent with the guarantees given in that Convention to the Swazi natives. This can be effected either by the acceptance of this understanding by the South African Republic or by an amendment of the wording of Article No. 2. || With regard to the other point referred to in your Honour's letter under reply, I am directed to point out that when the proposed Convention or Organic Proclamation has received the recognition of Her Majesty's Government it will have the character of an agreement between that Government and the South African Republic and therefore cannot be altered without the consent of both Governments: if this were not so, the proposed Convention between Her Majesty's Government and the South African Republic would be illusory. Henry B. Loch.

Nr. 10703. Grossbritannien. 22. Aug. 1893.

Nr. 10704. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Die britische Regierung will die Konvention auf 7 Jahre abschliessen.

(Telegram.) || 15th September 1893. — With reference to your Honour's despatch of the 7th instant, I am instructed to inform you that Her Majesty's Government highly appreciate the friendly spirit in which the Government of

Nr. 10704. Grossbritannien. 15. Sept. 1893.

Nr. 10704. Grossbritannien. 15.Sept.1893.

the South African Republic has given the assurance that no laws to be made for Swaziland shall be in conflict with the guarantees given to the Swazi people. Her Majesty's Government also note with satisfaction, that the Government of the South African Republic recognise that any alteration of the proposed Convention or Organic Proclamation of the Swazi Queen and Council, or any new Convention or Organic Proclamation, would be subject to the approval of Her Majesty's Government. || The only question requiring further elucidation is therefore whether the proposed Convention or Organic Proclamation may be abrogated without the consent of Her Majesty's Government. ||

Her Majesty's Government cannot admit, that there is any analogy between the proposed Convention or Organic Proclamation and treaties such as that with Germany mentioned by the South African Republic. || Her Majesty's Government have no desire to maintain indefinitely a Convention or Organic Proclamation which may, in the ordinary course of events, hereafter prove unsuitable, even with such alterations as might be mutually agreed upon, but they cannot agree that the Convention or Organic Proclamation made one day with the assent of Her Majesty's Government is liable to abrogation the next without their assent. They feel it unavoidable, that they should ask for some assurance of its reasonable duration. || Therefore, as a condition precedent to the signature of the Convention with Her Majesty's Government, they desire an assurance on the part of the South African Republic that one of the terms of the Convention with, or Organic Proclamation of, the Swazi Queen and Council shall be the provision for its duration for a period of not less than seven years, on the expiration of which term Her Majesty's Government will be ready to confer with the South African Republic as to any measures which may have then become desirable. || On receipt of the above assurance I am empowered at once to sign the Convention.

Nr. 10705. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Das Staatssekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. — Ablehnung des englischen Vorschlags.

Nr. 10705. Südafrikan. Republik. 20.Sept.1893.

(Translation.) || 20. September 1893. — I am instructed to acknowledge the receipt of your telegram which was confirmed by your Excellency's letter of the same date. This Government regrets, that it is impossible for it to accept the condition that one of the terms of the Convention with, or Organic Proclamation of, the Swazi Queen and Council shall be the provision for its duration for a period of not less than seven years. || The Swaziland question has already been so long pending that it is impossible for the Republic to bind itself to wait for seven years more after expiration of which time it would always still be uncertain what would happen to Swaziland. Moreover, the assent of the Swazis expressed according to the terms of the Convention taken into consideration must be final toward the Republic. It is impossible for the

Republic to assent, that there should be an opportunity afterwards to revert thereto. || The acceptance of the new condition imposed by Her Majesty's Government would, instead of making an end to the Swaziland question, create or prepare new difficulties for the future, and can therefore not be accepted by this Government, and this Government cannot do otherwise than abide by its last expressed opinion. The Government wishes again to repeat that they do not wish to act without assent of the Swazi Queen and Council. When they have agreed with them respecting a Convention or Organic Proclamation then it always still lies in the power of Her Majesty's Government to refuse its assent thereto, if it is not in accordance with the terms of the Convention with Her Majesty's Government.

Nr. 10705. Südafrikan. Republik. 20. Sept. 1893.

Nr. 10706. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Widerlegung der Bedenken der Südafrikanischen Regierung.

(Telegram.) || 25th September 1893. — With reference to your Honour's telegram of 20th instant, I am directed to inform you, that the South African Republic have quite misunderstood the object in my telegram of the proposal that the Convention or Organic Proclamation should stand for seven years certain. Her Majesty's Government gathered from your Honour's letter of 7th instant that you feared that Her Majesty's Government wished to make that Convention or Organic Proclamation permanent, however circumstances might alter, and it was to give a proof that Her Majesty's Government had not such an idea that Her Majesty's Government proposed the seven years' term. Far from wishing to have the question re-opened, it is the desire of Her Majesty's Government that any arrangement made now should have as durable a character as possible, and it is on this ground among others that they are unable to recognise a power in the South African Republic to abrogate that arrangement at any moment, without the assent of Her Majesty's Government. Her Majesty's Government feel confident, that the South African Republic cannot desire to deprive the new arrangement of all stability, and they must press the South African Republic to give such an assurance upon that point as will remove the last remaining obstacle to the signature of the Convention. The South African Republic may rest assured, that Her Majesty's Government will at all times be ready to consider with them in the most friendly spirit any modification of the Convention or Organic Proclamation now to be made with the Queen Regent and Council of Swaziland which experience may show to be required, and which the South African Republic may propose. Her Majesty's Government do not propose any alteration of the Convention with them.

Nr. 10706. Grossbritannien. 25. Sept. 1893.

Nr. 10707. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Das Staassekretariat an den englischen Gouverneur in Kapstadt. Antwort auf das vorige.

Nr. 10707. Südafrikan. Republik. 27. Sept. 1893.

(Telegram.) || 27th September 1893. — Your Excellency's telegram of the 25th September. The Government of the South African Republic gives the assurance that Organic Proclamation, &c., shall not be altered or abrogated without the joint assent of Her Majesty's Government and the Government of the South African Republic, and then only at the request of the Government of the South African Republic, whereby this Government assumes that if such a request be found reasonable it will be acceded to. Upon receiving the assurance of Her Majesty's Government that they accept the above understanding his Honour the State President will be prepared to sign the Convention.

Nr. 10708. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Präsidenten der Südafrikanischen Republik. — Verlängerung der Konvention.

Nr. 10708. Grossbritannien. 30. Sept. 1893.

(Telegram.) || 30th September 1893. — It affords me much pleasure to inform your Honour, that I am instructed by Her Majesty's Government that they accept as satisfactory the assurance of your Honour and of the Government of the South African Republic, on the understanding conveyed in the telegram of the Acting State Secretary of the 27th September, and I therefore suggest that the text of the telegram should be embodied in a letter from your Honour to me and I can then reply to it in a letter identical in terms. I also suggest, to allow time for the preliminary arrangements, and for your Honour's negotiations in connexion with the Organic Proclamation, that the Convention of 1890 should be prolonged to some fixed date, terminable, however, at an earlier date on the ratification of the Organic Proclamation, and I would suggest, therefore, to your Honour that it should be prolonged either to the 31st March or 30th June next. I name these two dates as being convenient on account of financial arrangements. || I am sending your Honour a further telegram with respect to the preamble and printing of the Convention.

Nr. 10709. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Der Staatssekretär an den englischen Gouverneur in Kapstadt. — Verlängerung der Konvention bis zum 30. Juni 1894.

Government Office, Pretoria, October 6, 1893.

Nr. 10709. Südafrikan. Republik. 6. Oct. 1893.

(Translation.) || Your Excellency, || I am directed to confirm hereby my telegram dated to-day, reading thus: — || "I am instructed to thank your Excellency for your telegram of the 30th September, and to say that the English and Dutch text of my telegram of the 27th September will, without

delay, be sent in a letter to be addressed to your Excellency. This Government further agrees with your Excellency's suggestion that in order to give it time to carry on negotiations in the matter of the Organic Proclamation to extend the Convention of 1890 to a certain date, it being, however, terminable before that time on ratification of the Organic Proclamation. The date of extension to be the 30th June next."

Nr. 10709. Südafrikan. Republik. 6. Oct. 1893.

C. van Boeschoten.

Nr. 10710. GROSSBRITANNIEN. — Der Gouverneur in Kapstadt an den Minister der Kolonien. — Meldet die Unterzeichnung der Konvention.

(Telegraphic.) || Cape Town, 8th November 1893. — Following telegram received from State Secretary this morning. Translation begins: — || "8th November. I am instructed to inform you, that the Swaziland Convention has been signed to-day by his Honour the State President, and that a copy thereof is being sent to your Excellency to-day."

Nr. 10710. Grossbritannien. 8. Nov. 1893.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle etc.

Nr. 10711. GROSSBRITANNIEN UND CHINA. — Vertrag über das Burmah- und Thibetgebiet*).

London, March 1, 1894.

Nr. 10711. Grossbritannien und China. 1. März 1894.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of China, being sincerely desirous of consolidating the relations of friendship and good neighbourhood which happily exist between the two Empires, have resolved to conclude a Convention with the view of giving effect to Article III of the Convention relative to Burmah and Thibet, signed at Peking on the 24th July, 1886, and have appointed as their Plenipotentiaries for this purpose, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable the Earl of Rosebery, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs; || And His Majesty the Emperor of China, Sieh Ta-jên, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of China at the Court of St. James', and Vice-President of the Imperial Board of Censors; || Who, having mutually communicated to each other their respective Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Article I.

It is agreed, that the frontier between the two Empires, from latitude 25° 35′ north, shall run as follows: — || Commencing at the high conical peak situated approximately in that latitude and in longitude 98° 14′ east of Greenwich and 18° 16′ west of Peking, the line will follow, as far as possible, the crest of the hills running in a south-westerly direction through Kaolang Pum and the Warong Peak, and thence run nearly midway between the villages of Wanchon and Kaolang — leaving the former to Burmah and the latter to China — on to Sabu Pum. || From Sabu Pum the frontier will run in a line slightly to the south of west through Shatrung Pum to Namienku Pum, thence it will be continued, still running in a south-westerly direction, along the crest

*) Blaubuch Treaty Series 19. 1894 (7547).

of the hills until it strikes the Tazar Kha River, the course of which it will follow from its source to its confluence with the nam Tabet or Tabak Kha, thus leaving Uka to the east and Laipong to the west. || From the confluence of the Tazar Kha River with the Tabak Kha, the frontier will ascend the latter river to its junction with the Lekra Kha, which it will follow to its source near Nkrang. From the source of the Lekra Kha, leaving Nkrang, Kukum, and Singra to the west, and Sima and Mali to the east, the line will follow the Lesa Kha from its western source to its junction with the Mali River, and thence will ascend the Mali to its source near Hpunra Shikong; thence it will run in a south-westerly direction along the Laisa Kha from its source down to the point where it falls into the Molé River near Kadon, leaving the village of Kadon to the west and that of Laisa to the east. || The line will then follow the course of the Molé in a south-easterly direction to the place where it receives the Che Yang Kha, which latter river it will follow to its source in the Alau Pum. It will then be directed along the Nampaung River from its western source down to where it enters the Taping River. This concludes the description of the first section of the frontier.

Article II.

The second section of the frontier, or that portion of it which extends from the Taping River to the neighbourhood of Meung Mao, will run as follows: — || Starting from the junction of the Khalong Kha with the Taping River, the frontier will follow the Khalong Kha and its western branch to its source; it will be drawn thence southward to meet the Sipaho or Lower Nanthabet at a spot immediately to the south-west of Hanton, leaving Matin to Great Britain and Loilong-ga-tong, Tiêh-pi-Kwan and Hanton to China; thence it will ascend the branch of the last-named river which has its source nearest to that of the Mantein Kha. It will thence follow the crests of the line of hills running in a south-easterly direction to the more southerly of the two places named Kadaw, which is close to the Namwan River, leaving Kadaw to China and Palen to Great Britain. It will follow the Namwan River in a south-westerly direction down to the point in about latitude 23° 55′, where that river takes a south-easterly course. Thence it will run in a direction somewhat west of south to Nammak River, leaving Namkhai to Great Britain. It will follow the Nammak River to the point where it bifurcates in about latitude 23° 47′, and will then ascend the southern branch till it reaches the crest of a high range of hills to the south of Mawsiu, in about latitude 23° 45′. It will follow the crest of this range (which runs slightly to the north of east) until it reaches the Shweli River at its junction with the Nammak, thus leaving to China the district of Mawsiu, the spot recently identified as Tien-ma-Kwan and the villages of Hinglon and Kongmow, lying to the north of the above-mentioned range. || It will then follow the course of the Shweli River, and where the river bifurcates, it will follow the more

Nr. 10711. Grossbritannien und China. 1. März 1894.

southerly of the two branches, leaving to China the island formed by them, until it reaches a point near the eastern end of the loop which the river forms opposite to Meung Mao, as indicated in the next Article of the Convention. || The Government of China consent that the most direct of the roads between Bhamo and Namkhan, where it passes through the small portion of Chinese territory south of the Namwan, shall, while remaining entirely open to Chinese subjects and to the tribesmen subject to China, be free and open to Great Britain for travellers, commerce and administrative purposes, without any restrictions whatever. Her Britannic Majesty's Government shall have the right, after communication with the Chinese authorities, to execute any works which may be desirable for the improvement or repair of the road, and to take any measures which may be required for the protection of the traffic and the prevention of smuggling. || It is equally agreed that British troops shall be allowed to pass freely along this road. But no body of troops more than 200 in number shall be dispatched across it without the consent of the Chinese authorities, and previous notice in writing shall be given of every armed party of more than twenty men.

Article III.

The third section of the frontier will run as fallows: — || It will commence from a point on the Shweli River, near to the east end of the loop formed by that river opposite to Meung Mao; thence paying due regard to the natural features and the local conditions of the country, it will trend in a south-easterly direction towards Ma-li-pa until it reaches, at a point in about longitude longitude 98° 7′ east of Greenwich (18° 23′ west of Peking), and latitude 23° 52′, a conspicuous mountain range. It will follow the crests of that range through Loiaipong and Loipanglom until it reaches the Salween River, in about latitude 23° 41′. || This portion of the frontier from the Shweli to the Salween River shall be settled by the Boundary Commission provided for in Article VI of the present Convention, and in such a manner as to give to China at least as much territory as would be included if the frontier were drawn in a straight line from Meung Mao towards Ma-li-pa. || If it should be found that the most suitable frontier will give to China a larger amount of territory than is stated above, the compensation to be given to Great Britain on some other part of the frontier shall be matter for subsequent arrangement. || From latitude 23° 41′ the frontier will follow the Salween until it reaches the northern boundary of the circle of Kunlong. It will follow that boundary in an easterly direction, leaving the whole circle of Kunlong, and the ferry of that name, to Great Britain, and leaving to China the State of Kokang. || It will then follow the course of the river forming the boundary between Somu, which belongs to Great Britain, and Mêng Ting, which belongs to China. It will still continue to follow the frontier between those two districts, which is locally well known, to where it leaves the afore-

said river and ascends the hills; and will then follow the line of water-parting between te tributaries of the Salween and the Meikong Rivers, from about longitude 99° east of Greenwich (17° 30′ west of Peking), and latitude 23° 20′, to a point about longitude 99° 40′ east of Greenwich (16° 50′ west of Peking), and latitude 23°, leaving to China the Tsawbwaships of Kêng Ma, Mengtung, and Mengko. || At the last-named point of longitude and latitude the line strikes a very lofty mountain range, called Kong-Ming-Shan, which it will follow in a southerly direction to about longitude 99° 30′ east of Greenwich (17° west of Peking), and latitude 22° 30′, leaving to China the district of Chen-pien T'ing. Then, descending the western slope of the hills to the Namka River, it will follow the course of that river for about 10′ of latitude, leaving Munglem to China, and Manglün to Great Britain. || It will then follow the boundary between Munglem and Kyaing Tong, wich is locally well known, diverging from the Namka River a little to the north of latitude 22°, in a direction somewhat south of east, and generally following the crest of the hills till it strikes the Namlam River in about latitude 21° 45′, and longitude 100° east of Greenwich (16° 30′ west of Peking). || It will then follow the boundary between Kyaing Tong and Kiang Hung, which is generally formed by the Namlam River, with the exception of a small strip of territory belonging to Kiang Hung, which lies to the west of that river just south of the last-named parallel of latitude. On reaching the boundary of Kyaing Chaing, in about latitude 21° 27′, and longitude 100° 12′ east of Greenwich (16° 18′ west of Peking), it will follow the boundary between that district and Kiang Hung until it reaches the Meikong River.

Article IV.

It is agreed, that the settlement and delimitation of that portion of the frontier which lies to the north of latitude 25° 35′ north shall be reserved for a future understanding between the High Contracting Parties when the features and condition of the country are more accurately known.

Article V.

In addition to the territorial concessions in Northern Theinni, and the cession to China of the State of Kokang, which result from the frontier as above described, Her Britannic Majesty, in consideration of the abandonment of the claims advanced by China to the territory lying outside and abutting on the frontier of the Prefecture of Yung Chang and Sub-Prefecture of Teng Yüeh, agrees to renounce in favour of His Majesty the Emperor of China, and of his heirs and successors for ever, all the suzerain rights in and over the States of Munglem and Kiang Hung formerly possessed by the Kings of Ava concurrently with the Emperors of China. These and all other rights in the said States, with the titles, prerogatives, and privileges thereto pertaining, Her Majesty the Queen-Empress renounces as aforesaid, with the sole proviso

Nr. 10711. Grossbritannien und China. 1. März 1894.

that His Majesty the Emperor of China shall not, without previously coming to an agreement with Her Britannic Majesty, cede either Munglem or Kiang Hung, or any portion thereof, to any other nation.

Article VI.

It is agreed, that, in order to avoid any local contention, the alignments of the frontier described in the present Convention, and shewn on the maps annexed thereto, shall be verified and demarcated, and, in case of its being found defective at any point, rectified by a Joint Commission appointed by the High Contracting Parties; and that the said Commission shall meet, at a place hereafter to be determined on by the two Governments, not later than twelve months after the exchange of the ratifications of the present Convention; and shall terminate its labours in not more than three years from the date of its first meeting. || It is understood that any alterations in the alignment which the Joint Commission may find it necessary to make thall be based on the principle of equivalent compensations, having regard not only to the extent, but also to the value, of the territory involved. Further, that should the members of the Commission be unable to agree on any point, the matter of disagreement shall at once be referred to their respective Governments. || The Commission shall also endeavour to ascertain the situation of the former frontier-post of China named Hanlung Kwan. If this place can be identified, and is found to be situated in British territory, the British Government will consider whether it can, without inconvenience, be ceded to China. || If it shall be found to the south-east of Meung Mao so as to be on the northern side of the straight line drawn from that place towards Ma-li-pa, it will in that case already belong to China.

Article VII.

It is agreed, that any posts belonging to either country which may be stationed within the territory of the other when the Commission of Delimitation shall have brought its labours to a conclusion shall, within eight months from the date of such conclusion, be withdrawn, and their places occupied by the troops of the other, mutual notice having in the meantime been given of the precise date at which the withdrawal and occupation will take place. From the date of such occupation the High Contracting Parties shall each within its own territories hold itself responsible for the maintenance of good order, and for the tranquillity of the tribes inhabiting them. || The High Contracting Parties further engage neither to construct nor to maintain within 10 English miles from the nearest point of the common frontier, measured in a straight line and horizontal projection, any fortifications or permanent camps, beyond such posts as are necessary for preserving peace and good order in the frontier districts.

Article VIII.

Subject to the conditions mentioned hereafter in Articles X and XI, the British Government, wishing to encourage and develop the land trade of China with Burmah as much as possible, consent, for a period of six years from the ratification of the present Convention, to allow Chinese produce and manufactures, with the exception of salt, to enter Burmah by land duty free, and to allow British manufactures and Burmese produce, with the exception of rice, to be exported to China by land free of duty. || The duties on salt and rice so imported and exported shall not be higher than those imposed on their import by sea.

Article IX.

Pending the negotiation of a more complete arrangement, and until the development of the trade shall justify the establishment of other frontier Customs stations, goods imported from Burmah into China or exported from China into Burmah shall be permitted to cross the frontier by Manwyne and by Sansi. || With a view to the development of trade between China and Burmah, the Chinese Government consent, that for six years from the ratification of the present Convention the duties levied on goods imported into China by these routes shall be those specified in the General Tariff of the Maritime Customs diminished by three-tenths, and that the duties on goods exported from China by the same route shall be those specified in the same Tariff diminished by four-tenths. || Transit passes for imports and exports shall be granted in accordance with the Rules in force at the Treaty ports. || Smuggling or the carrying of merchandize through Chinese territory by other routes than those sanctioned by the present Convention shall, if the Chinese authorities think fit, be punished by the confiscation of the merchandize concerned.

Article X.

The following articles, being munitions of war, shall neither be exported from Burmah into China, nor imported from China into Burmah, save at the requisition of the Government desiring their importation; neither shall they be sold to parties other than those who have been duly authorized by their respective Governments to purchase them: — || Cannon, shot and shell, cartridges and ammunition of all kinds, fire-arms and weapons of war of every description. Saltpetre, sulphur, brimstone, gunpowder, dynamite, gun-cotton, or other explosives.

Article XI.

The exportation from Burmah into China of salt is prohibited. || The exportation from China into Burmah of cash, rice, pulse and grains of every kind is prohibited. || The importation and exportation across the frontier of opium and spirituous liquors is prohibited, excepting in small quantities for the personal use of travellers. The amount to be permitted will be settled

under Customs Regulations. || Infractions of the conditions set forth in this and the preceding Article will be punishable by confiscation of all the goods concerned.

Article XII.

The British Government, wishing to promote frontier trade between the two countries by encouraging mining enterprise in Yünnan and in the new territorial acquisitions of China referred to in the present Convention, consent to allow Chinese vessels carrying merchandize, ores and minerals of all kinds, and coming from or destined for China, freely to navigate the Irrawaddy on the same conditions as to dues and other matters as British vessels.

Article XIII.

It is agreed, that His Majesty the Emperor of China may appoint a Consul in Burmah, to reside at Rangoon; and that Her Britannic Majesty may appoint a Consul to reside at Manwyne; and that the Consuls of the two Governments shall each within the territories of the other enjoy the same privileges and immunities as the Consuls of the most favoured nation. || Further, that, in proportion as the commerce between Burmah and China increases, additional Consuls may be appointed by mutual agreement, to reside at such places in Burmah and Yünnan as the requirements of the trade may seem to demand. || The correspondence between the British and Chinese Consuls respectively, and the chief authority at the place where they reside, shall be conducted on terms of perfect equality.

Article XIV.

Passports, written in Chinese and English, and identical in terms to those issued to foreigners at the Treaty ports in China, shall, on the application of the proper British authorities, be issued to British merchants and others wishing to proceed to China from Burmah, by the Chinese Consul at Rangoon or by the Chinese authorities on the frontier; and Chinese subjects wishing to proceed to Burmah from China shall, on the application of any recognized Chinese official, be entitled to receive similar passports from Her Britannic Majesty's Consul at Manwyne or other convenient places in China where there may be a British Consular officer.

Article XV.

Should criminals, subjects of either country, take refuge in the territory of the other, they shall, on due requisition being made, be searched for, and, on reasonable presumption of their guilt being established, they shall be surrendered to the authorities demanding their extradition. || "Due requisition" shall be held to mean the demand of any functionary of either Government possessing a seal of office, and the demand may be addressed to the nearest frontier officer of the country in which the fugitive has taken refuge.

Article XVI.

With a view to improving the intercourse between the two countries, and placing the Chinese Consul at Rangoon in communication with the High Provincial Authorities in Yünnan, the High Contracting Parties undertake to connect the telegraphic systems of the two countries with each other as soon as the necessary arrangements can be made; the line will, however, at first only be used for the transmission of official telegrams and of general messages for and from Burmah and the Province of Yünnan.

Article XVII.

It is agreed, that subjects of the two Powers shall each within the territories of the other enjoy all the privileges, immunities and advantages that may have been, or may hereafter be, accorded to the subjects of any other nation.

Article XVIII.

It is agreed, that the commercial stipulations contained in the present Convention being of a special nature and the result of mutual concessions, consented to with a view to adapting them to local conditions and the peculiar necessities of the Burmah-China overland trade, the advantages accruing from them shall not be invoked by the subjects of either Power residing at other places where the two Empires are conterminous, excepting where the same conditions prevail, and then only in return for similar concessions.

Article XIX.

The arrangements with regard to trade and commerce contained in the present Convention being of a provisional and experimental character, it is agreed that should subsequent experience of their working, or a more intimate knowledge than is now possessed of the requirements of the trade, seem to require it, they may be revised at the demand of either party after a lapse of six years after the exchange of ratifications of the present Convention, or sooner should the two Governments desire it.

Article XX.

The ratification of the present Convention under the hand of Her Bri-Britannic Majesty and of His Majesty the Emperor of China shall be exchanged in London in six months from this day of signature, or sooner if possible. || The Convention shall come into force immediately after the exchange of ratifications. || In token whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Convention in four copies, two in Chinese and two in English. || Done at London this first day of March, one thousand eight hundred and ninety-four, corresponding to the 24th day of the 1st moon of the 20th year of Kuang Hsü

Rosebery.

Sieh.

Nr. 10711. Grossbritannien und China. 1. März 1894.

Erklärung.

London, March 1, 1894.

On proceeding to the signature this day of the Convention between Great Britain and China, giving effect to Article III of the Convention relative to Burmah and Thibet, signed at Peking on the 24th July, 1886: || The undersigned Plenipotentiaries declare that, inasmuch as the present Convention has been concluded for the special purpose mentioned in the preamble thereof, the stipulations contained therein are applicable only to those parts of the dominions of Her Britannic Majesty and of His Majesty the Emperor of China to which the said Convention expressly relates, and are not to be construed as applicable elsewhere.

Rosebery.
Sieh.

Nr. 10712. GROSSBRITANNIEN UND JAPAN. — Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Grossbritannien und Japan *).

London, July 16, 1894.

Nr. 10712. Grossbritannien und Japan. 16. Juli 1894.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of Japan, being equally desirous of maintaining the relations of good understanding which happily exist between them, by extending and increasing the intercourse between their respective States, and being convinced that this object cannot better be accomplished than by revising the Treaties hitherto existing between the two countries, have resolved to complete such a revision, based upon principles of equity and mutual benefit, and, for that purpose, have named as their Plenipotentiaries, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable John, Earl of Kimberley, Knight of the Most Noble Order of the Garter, &c., &c., Her Britannic Majesty's Secretary of State for Foreign Affairs; || And His Majesty the Emperor of Japan, Viscount Aoki Siuzo, Junii, first class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, His Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at the Court of St. James; || Who, after having communicated to each other their Full Powers, found to be in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I.

The subjects of each of the two High Contracting Parties shall have full liberty to enter, travel, or reside in any part of the dominions and possessions of the other Contracting Party, and shall enjoy full and perfect protection for their persons and property. || They shall have free and easy access to the

*) Die Aktenstücke Nr. 10712 bis 10717 entstammen den Blaubüchern Treaty Series 23. 1894 (7588) und 3. 1895 (7598).

Courts of Justice in pursuit and defence of their rights; they shall be at liberty equally with native subjects to choose and employ lawyers, advocates and representatives to pursue and defend their rights before such Courts, and in all other matters connected with the administration of justice they shall enjoy all the rights and privileges enjoyed by native subjects. || In whatever relates to rights of residence and travel; to the possession of goods and effects of any kind; to the succession to personal estate, by will or otherwise, and the disposal of property of any sort in any manner whatsoever which the may lawfully acquire, the subjects of each Contracting Party shall enjoy in the dominions and possessions of the other the same privileges, liberties and rights, and shall be subject to no higher imposts or charges in these respects than native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation. The subjects of each of the Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other entire liberty of conscience, and, subject to the Laws, Ordinances and Regulations, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship, and also the right of burying their respective countrymen according to their religious customs, in such suitable and convenient places as may be established and maintained for that purpose. || They shall not be compelled, under any pretext whatsoever, to pay any charges or taxes other or higher than those that are, or may be, paid by native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation.

Article II.

The subjects of either of the Contracting Parties residing in the dominions and possessions of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether in the army, navy, National Guard, or militia, from all contributions imposed in lieu of personal service and from all forced loans or military exactions or contributions.

Article III.

There shall be reciprocal freedom of commerce and navigation between the dominions and possessions of the two High Contracting Parties. || The subjects of each of the High Contracting Parties may trade in any part of the dominions and possessions of the other by wholesale or retail in all kinds of produce, manufactures and merchandize of lawful commerce, either in person or by agents, singly, or in partnerships with foreigners or native subjects; and they may there own or hire and occupy the houses, manufactories, warehouses, shops and premises which may be necessary for them, and lease land for residential and commercial purposes, conforming themselves to the Laws, Police and Customs Regulations of the country like native subjects. || They shall have liberty freely to come with their ships and cargoes to all places, ports and rivers in the dominions and possessions of the other which are or may be opened to foreign commerce, and shall enjoy, respectively, the

Nr. 10712. Grossbritannien und Japan. 16. Juli 1894.

same treatment in matters of commerce and navigation as native subjects, or subjects or citizens of tho most favoured nation, without having to pay taxes, imposts, or duties, of whatever nature or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, Corporations, or establishments of any kind, other or greater than those paid by native subjects, or subjects or citizens of the most favoured nation, subject always to the Laws, Ordinances and Regulations of each country.

Article IV.

The dwellings, manufactories, warehouses and shops of the subjects of each of the High Contracting Parties in the dominions and possessions of the other, and all premises appertaining thereto destined for purposes of residence or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to make a search of, or a domiciliary visit to, such dwellings and premises, or to examine or inspect books, papers, or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the Laws, Ordinances and Regulations for subjects of the country.

Article V.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of Her Britannic Majesty of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, from whatever place arriving; and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, from whatever place arriving, than on the like article produced or manufactured in any other foreign country; nor shall any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article, the produce or manufacture of the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties, into the dominions and possessions of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like article, being the produce or manufacture of any other country. This last provision is not applicable to the sanitary and other prohibitions occasioned by the necessity of protecting the safety of persons, or of cattle, or of plants useful to agriculture.

Article VI.

No other or higher duties or charges shall be imposed in the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article to the dominions and possessions of the other than such as are, or may be, payable on the exportation of the like article to any other foreign country; nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the dominions and possessions of either of the two Contracting Parties to the dominions and possessions of the other which shall not equally extend to the exportation of the like article to any other country.

Article VII.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other exemption from all transit duties, and a perfect equality of treatment with native subjects in all that relates to warehousing, bounties, facilities and drawbacks.

Article VIII.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan in Japanese vessels may likewise be imported into those ports in British vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Japanese vessels; and reciprocally, all articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty in British vessels may likewise be imported into those ports in Japanese vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in British vessels. Such reciprocal equality of treatment shall take effect without distinction, whether such articles come directly from the place of origin or from any other place. || In the same manner there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same export duties shall be paid and the same bounties and drawbacks allowed in the dominions and possessions of either of the High Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Japanese or in British vessels, and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the Contracting Parties or of any third Power.

Article IX.

No duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine, or other similar or corresponding duties of whatever nature or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, Corporations, or establishments of any kind, shall be imposed in the ports of the dominions and possessions of either country upon the vessels of the other country which shall not equally and under the same conditions be imposed in the like cases on national vessels in general or vessels of the most favoured nation. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the respective vessels, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Article X.

In all that regards the stationing, loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the dominions and possessions of the two countries, no privilege shall be granted to national

Nr. 10712. Gross-britannien und Japan. 6. Juli 1894.

vessels which shall not be equally granted to vessels of the other country; the intention of the High Contracting Parties being that in this respect also the respective vessels shall be treated on the footing of perfect equality.

Article XI.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the Laws, Ordinances and Regulations of Japan and of Great Britain respectively. It is, however, understood, that Japanese subjects in the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, and British subjects in the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, shall enjoy in this respect the rights which are or may be granted under such Laws, Ordinances and Regulations to the subjects or citizens of any other country. || A Japanese vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, and a British vessel laden in a foreign country with cargo destined for two or more ports in the dominions and possessions of His Majesty the Emperor of Japan, may discharge a portion of her cargo at one port, and continue her voyage to the other port or ports of destination where foreign trade is permitted, for the purpose of landing the remainder of her original cargo there, subject always to the Laws and Custom-house Regulations of the two countries. || The Japanese Government, however, agrees to allow British vessels to continue, as heretofore, for the period of the duration of the present Treaty, to carry cargo between the existing open ports of the Empire, excepting to or from the ports of Osaka, Niigata and Ebisu-minato.

Article XII.

Any ship of war or merchant-vessel of either of the High Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by reason of any other distress, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary supplies, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable by national vessels. In cause, however, the master of a merchant-vessel should be under the necessity of disposing of a part of his cargo in order to defray the expenses, he shall be bound to conform to the Regulations and Tariffs of the place to which he may have come. || If any ship of war or merchant-vessel of one of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coasts of the other, the local authorities shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent of the district of the occurrence, or if there be no such Consular officer, they shall inform the Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent of the nearest district. || All proceedings relative to the salvage of Japanese vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of Her Britannic Majesty shall take place in accordance

with the Laws, Ordinances and Regulations of Great Britain, and reciprocally, all measures of salvage relative to British vessels wrecked or cast on shore in the territorial waters of His Majesty the Emperor of Japan shall take place in accordance with the Laws, Ordinances and Regulations of Japan. || Such stranded or wrecked ship or vessel, and all parts thereof, and all furnitures and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandize saved therefrom, including those which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents, when claimed by them. If such owners or agents are not on the spot, the same shall be delivered to the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, or Consular Agents upon being claimed by them within the period fixed by the laws of the country, and such Consular officers, owners, or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses wich would have been payable in the case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandize saved from the wreck shall be exempt from all the duties of the Customs unless cleared for consumption, in which case they shall pay the ordinary duties. || When a ship or vessel belonging to the subjects of one of the Contracting Parties is stranded or wrecked in the territories of the other, the respective Consul-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents shall be authorized, in case the owner or master, or other agent of the owner, is not present, to lend their official assistance in order to afford the necessary assistance to the subjects of the respective States. The same rule shall apply in case the owner, master, or other agent is present, but requires such assistance to be given.

Article XIII.

All vessels which, according to Japanese law, are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which, according to British law, are to be deemed British vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed Japanese and British vessels respectively.

Article XIV.

The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents of each of the Contracting Parties, residing in the dominions and possessions of the other, shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of their respective countries. || It is understood, that this stipulation shall not apply to the subjects of the country where the desertion takes place.

Article XV.

The High Contracting Parties agree, that, in all that concerns commerce and navigation, any privilege, favour, or immunity which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant, to the Government, ships,

Nr. 10712. Gross-britannien und Japan. 16. Juli 1894.

subjects, or citizens of any other State, shall be extended immediately and unconditionally to the Government, ships, subjects, or citizens of the other Contracting Party, it being their intention that the trade and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of the most favoured nation.

Article XVI.

Each of the High Contracting Parties may appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls and Consular Agents in all the ports, cities and places of the other, except in those where it may not be convenient to recognize such officers. || This exception, however, shall not be made in regard to one of the Contracting Parties without being made likewise in regard to every other Power. || The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls, Pro-Consuls and Consular Agents may exercise all functions, and shall enjoy all privileges, exemptions and immunities which are, or may hereafter be, granted to Consular officers of the most favoured nation.

Article XVII.

The subjects of each of the High Contracting Parties shall enjoy in the dominions and possessions of the other the same protection as native subjects in regard to patents, trade-marks and designs, upon fulfilment of the formalities prescribed by law.

Article XVIII.

Her Britannic Majesty's Government, so far as they are concerned, give their consent to the following arrangement: — || The several foreign Settlements in Japan shall be incorporated with the respective Japanese Communes, and shall thenceforth form part of the general municipal system of Japan. || The competent Japanese authorities shall thereupon assume all municipal obligations and duties in respect thereof, and the common funds and property, if any, belonging to such Settlements, shall at the same time be transferred to the said Japanese authorities. || When such incorporation takes place the existing leases in perpetuity under which property is now held in the said Settlements shall be confirmed, and no conditions whatsoever other than those contained in such existing leases shall be imposed in respect of such property. It is, however, understood, that the Consular authorities mentioned in the same are in all cases to be replaced by the Japanese authorities. || All lands which may previously have been granted by the Japanese Government free of rent for the public purposes of the said Settlements shall, subject to the right of eminent domain, be permanently reserved free of all taxes and charges for the public purposes for which they were originally set apart.

Article XIX.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable, so far as the laws permit, to all the Colonies and foreign possessions of Her Britannic

Majesty, excepting to those hereinafter named, that is to say, except to— || India, The Dominion of Canada, Newfoundland, The Cape, Natal, New South Wales, Victoria, Queensland, Tasmania, South Australia, Western Australia, New Zealand. || Provided always, that the stipulations of the present Treaty shall be made applicable to any of the above-named Colonies or foreign possessions on whose behalf notice to that effect shall have been given to the Japanese Government by Her Britannic Majesty's Representative at Tôkiô within two years from the date of the exchange of ratifications of the present Treaty.

Article XX.

The present Treaty shall, from the date it comes into force, be substituted in place of the Conventions respectively of the 23rd day of the 8th month of the 7th year of Kayei, corresponding to the 14th day of October, 1854, and of the 13th day of the 5th month of the 2nd year of Keiou, corresponding to the 25th day of June, 1866, the Treaty of the 18th day of the 7th month of the 5th year of Ansei, corresponding to the 26th day of August, 1858, and all Arrangements and Agreements subsidiary thereto concluded or existing between the High Contracting Parties; and from the same date such Conventions, Treaty, Arrangements and Agreements shall cease to be binding, and, in consequence, the jurisdiction then exercised by British Courts in Japan, and all the exceptional privileges, exemptions and immunities then enjoyed by British subjects as a part of or appurtenant to such jurisdiction, shall absolutely and without notice cease and determine, and thereafter all such jurisdiction shall be assumed and exercised by Japanese Courts.

Article XXI.

The present Treaty shall not take effect until at least five years after its signature. It shall come into force one year after His Imperial Japanese Majesty's Government shall have given notice to Her Britannic Majesty's Government of its wish to have the same brought into operation. Such notice may be given at any time after the expiration of four years from the date hereof. The Treaty shall remain in force for the period of twelve years from the date it goes into operation. || Either High Contracting Party shall have the right, at any time after eleven years shall have elapsed from the date this Treaty takes effect, to give notice to the other of its intention to terminate the same, and at the expiration of twelve months after such notice is given this Treaty shall wholly cease and determine.

Article XXII.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications thereof shall be exchanged at Tôkiô as soon as possible, and not later than six months from the present date. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries

Nr. 10712. Grossbritannien und Japan. 16. Juli 1894.

have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at London, in duplicate, this sixteenth day of July, in the year of our Lord one thousand eight hundred and ninety-four.

Kimberley.
Aoki.

Protokoll.

London, July 16, 1894.

The Government of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland and Empress of India, and the Government of His Majesty the Emperor of Japan, deeming it advisable in the interests of both countries to regulate certain special matters of mutual concern, apart from the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, have, through their respective Plenipotentiaries, agreed upon the following stipulations: —

1. It is agreed by the Contracting Parties, that one month after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, the Import Tariff hereunto annexed shall, subject to the provisions of Article XXIII of the Treaty of 1858 at present subsisting between the Contracting Parties, as long as the said Treaty remains in force and thereafter, subject to the provisions of Articles V and XV of the Treaty signed this day, be applicable to the articles therein enumerated, being the growth, produce, or manufacture of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty, upon importation into Japan. But nothing contained in this Protocol, or the Tariff hereunto annexed, shall be held to limit or qualify the right of the Japanese Government to restrict or to prohibit the importation of adulterated drugs, medicines, food, or beverages; indecent or obscene prints, paintings, books, cards, lithographic or other engravings, photographs, or any other indecent or obscene articles; articles in violation of patent, trade-mark, or copyright laws of Japan; or any other article which for sanitary reasons, or in view of public security or morals, might offer any danger. || The ad valorem duties established by the said Tariff shall, to far as may be deemed practicable, be converted into specific duties by a Supplementary Convention, which shall be concluded between the two Governments within six months from the date of this Protocol; the medium prices, as shown by the Japanese Customs Returns during the six calendar months preceding the date of the present Protocol, with the addition of the cost of insurance and transportation from the place of purchase, production, or fabrication, to the port of discharge, as well as commission, if any, shall be taken as the basis for such conversion. In the event of the Supplementary Convention not having come into force before the expiration of the period fixed for the said Tariff to take effect, ad valorem duties in conformity with the rule recited at the end of the said Tariff shall, in the meantime, be levied. || In respect of articles not enumerated in the said Tariff, the General Statutory Tariff of Japan for the

time being in force shall, from the same time, apply, subject, as aforesaid, to the provisions of Article XXIII of the Treaty of 1858 and Articles V and XV of the Treaty signed this day respectively. || Frem the date the Tariffs aforesaid take effect, the Import Tariff now in operation in Japan in respect of goods and merchandize imported into Japan by British subjects shall cease to be binding. || In all other respects the stipulations of the existing Treaties and Conventions shall be maintained unconditionally until the time when the Treaty ef Commerce and Navigation signed this day comes into force.

2. The Japanese Government, pending the opening of the country to British subjects, agrees to extend the existing passport system in such a manner as to allow British subjects, on the production of a certificate of recommendation from the British Representative in Tôkiô, or from any of Her Majesty's Consuls at the open ports in Japan, to obtain upon application passports available for any part of the country, and for any period not exceeding twelve months, from the Imperial Japanese Foreign Office in Tôkiô, or from the chief authorities in the Prefecture in which an open port is situated; it being understood that the existing Rules and Regulations governing British subjects who visit the interior of the Empire are to be maintained.

3. The Japanese Government undertakes, before the cessation of British Consular jurisdiction in Japan, to join the International Conventions for the Protection of Industrial Property and Copyright.

4. It is understood between the two High Contracting Parties, that, if Japan think it necessary at any time to lexy an additional duty on the production or manufacture of refined sugar in Japan, an increased customs duty equivalent in amount may be levied on British refined sugar when imported into Japan, so long as such additional excise tax or inland duty continues to be raised. || Provided always that British refined sugar shall in this respect be entitled to the treatment accorded to refined sugar being the produce or manufacture of the most favoured nation.

5. The undersigned Plenipotentiaries have agreed, that this Protocol shall be submitted to the two High Contracting Parties at the same time as the Treaty of Commerce and Navigation signed this day, and that when the said Treaty is ratified the agreements contained in the Protocol shall also equally be considered as approved, without the necessity of a further formal ratification. || It is also agreed, that this Protocol shall terminate at the same time the said Treaty ceases te be binding. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at London, in duplicate, this sixteenth day of July, in the year of our Lord one thousand eight hundred and ninety-four.

Kimberley.
Aoki.

Nr. 10712. Grossbritannien und Japan. 16. Juli 1894.

Anlage (Tarif).

Articles	*Ad valorem* Rates of Duty
	Per cent
Caoutchouk, manufactures of	10
Cement, Portland	5
Cotton—	
Yarns	8
Tissues of all sorts, plain or mixed with tissues of flax, hemp, or other fibre, including wool, the cotton, however, predominating	10
Glass, window, ordinary—	
(*a.*) Uncoloured and unstained	8
(*b.*) Coloured, stained, or ground	10
Hats, including also hats of felt	10
Indigo, dry	10
Iron and steel—	
Pig and ingot	5
Rails	5
Bar, rod, plate and sheet	7½
Tinned plates	10
Galvanized sheet	10
Pipes and tubes	10
Lead, pig, ingot and slab	5
Leather—	
Sole	15
Other kinds	10
Linen—	
Yarns	8
Tissues	10
Mercury or quicksilver	5
Milk, condensed or desiccated	5
Nails, iron	10
Oil, paraffin	10
Paint in oil	10
Paper, printing	10
Refined sugar	10
Saltpetre	5
Screws, bolts and nuts, iron	10
Silk, satins, and silk and cotton mixtures	15
Tin—	
Block, pig and slab	5
Plates	10
Wax, paraffin	5
Wire—	
Telegraph	5
Iron and steel, and small rod iron and steel not exceeding ¼ inch in diameter	10
Woollen and worsted—	
Yarns	8
Tissues of all sorts, plain or mixed with other material, the wool, however, predominating	10
Yarns of all sorts, not specially provided for	10
Zinc—	
Block, pig and slab	5
Sheet	7½

Rule for calculating ad valorem Duties.

Import duties payable ad valorem under this Tariff shall be calculated on the actual cost of the articles at the place of purchase, production, or fabrication, with the addition of the cost of insurance and transportation from the place of purchase, production, or fabrication, to the port of discharge, as well as commission, if any exists.

Nr. 10713. **GROSSBRITANNIEN.** — Der Minister des Auswärtigen an den japanischen Gesandten in London. — Verlangt eine Erläuterung des Artikels II. Nr. 10713. Grossbritannien. 16. Juli 1894.

Foreign Office, July 16, 1894.

Sir, || With reference to Article XIX of the Treaty between Great Britain and Japan signed this day, in view of the fact that some of the British Colonies and foreign possessions enumerated in that Article might be prevented from acceding to the present Treaty by reason of their inability to accept the stipulations relating to military service contained in Article II of the said Treaty, and in order to avoid future misunderstandings, Her Majesty's Government request from the Government of Japan an assurance that any of the said British Colonies and possessions may accede to the present Treaty under the condition that, notwithstanding such accession, they shall not be bound by the stipulations of Article II.

Kimberley.

Nr. 10714. **JAPAN.** — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Giebt die Erläuterung. Nr. 10714. Japan. 16. Juli 1894.

London, July 16, 1894.

M. le Comte, || In reply to the note of Her Majesty's Government, referring to Article XIX of the Treaty between Great Britain and Japan signed this day, and requesting, for the reasons given in the said note, an assurance that any of the British Colonies and foreign possessions enumerated in that Article may accede to the present Treaty under the condition that, nothwithstanding such accession, they shall not be bound by the stipulations of Article II, the Government of Japan hereby give the assurance desired.

Aoki.

Nr. 10715. **JAPAN.** — Der Gesandte in London an den englischen Minister des Auswärtigen. — Erläuterung zu Artikel XXI. Nr. 10715. Japan. 16. Juli 1894.

London, July 16, 1894.

The Undersigned, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan, in virtue of special authorization from His Imperial Japanese Majesty's Government, has the honour to announce to Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, that the Imperial Japanese Government, recognizing the advantage of having the Codes of the Empire which have already been promulgated in actual operation when the Treaty stipulations at present subsisting between the Government of Japan and that of Great Britain cease to be binding, engage not to give the notice provided for by the first paragraph of Article XXI of the Treaty of Commerce and Navigation, signed this day, until those portions of said Codes which are now in abeyance are brought into actual force.

Aoki.

Nr. 10716. GROSSBRITANNIEN. — Der Gesandte in Tokio an den japanischen Minister des Auswärtigen. — Die Frist zum Abschluss einer Zusatzkonvention soll um sechs Monate verlängert werden.

Tôkiô, December 20, 1894.

Nr. 10716. Grossbritannien. 20. Dec. 1894.

The Undersigned has the honour to inform his Excellency Viscount Mutsu, that he has received a telegram from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs stating that important papers having reference to cotton and woollen goods are on their way to him, having been dispatched by the mail which left London on the 8th instant, and directing him to arrange, if possible, for the extension of the term specified in the Protocol of the 16th July, 1894, for the signature of the Supplementary Convention, in order to give time for the consideration of these documents by the British Delegates on the Tariff Commission before the conversion of ad valorem duties into specific duties is finally determined. || The Undersigned has therefore the honour to propose to his Excellency, for the consideration and approval of the Imperial Japanese Government, that the term specified in the Protocol for the signature of the Supplementary Convention be extended for a further period of six months from the 16th January, 1895.

P. le Poer Trench.

Nr. 10717. JAPAN. — Der Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten in Tokio. — Stimmt dem Vorschlage zu.

Tôkiô, December 20, 1894.

Nr. 10717. Japan. 20. Dec. 1894.

The Undersigned has the honour to acknowledge the receipt of the note of his Excellency the Honourable Mr. Trench of this date, in which his Excellency, after explaining the reasons why some additional time is necessary for the conclusion of the Supplementary Convention provided for by the Protocol of the 16th July, 1894, proposes, for the consideration of the Imperial Government, that the time specified in the Protocol for the signature of the Supplementary Convention be extended for a further period of six months from the 16th January, 1895. || The Undersigned begs to say, in reply, that the Imperial Government have no objection to the extension proposed by his Excellency, and accordingly that they now understand that the period within which the Supplementary Convention is to be concluded will not expire until the 16th July, 1895.

Mutsu.

Nr. 10718*). DEUTSCHLAND UND DIE SCHWEIZ. — Abkommen, betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz nebst Schlussprotokoll, Zusatzprotokoll und erläuternder Denkschrift.

Berlin, 13. April 1892.

Nr. 10718. Deutschland und die Schweiz. 13. April 1892.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits, und der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits, von dem Wunsche geleitet, die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiete des Patent-, Muster- und Markenschutzes neu zu regeln, haben zu diesem Zweck Unterhandlungen eröffnen lassen und zu Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen: || Allerhöchstihren Wirklichen Geheimen Rath, Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herrn Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein, || Der Bundesrath der Schweizerischen Eidgenossenschaft: || Seinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, König von Preussen, Herrn Dr. A. Roth, || welche unter Vorbehalt der beiderseitigen Ratifikation das nachstehende Uebereinkommen vereinbart und abgeschlossen haben:

Artikel 1.

Die Angehörigen des einen der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen in Bezug auf den Schutz von Erfindungen, von Mustern (einschliesslich der Gebrauchsmuster) und Modellen, von Handels- und Fabrikmarken, von Firmen und Namen dieselben Rechte wie die eigenen Angehörigen geniessen. Sie werden demgemäss denselben Schutz und dieselben gesetzlichen Mittel gegen jede Verletzung ihrer Rechte haben, wie die Inländer, vorausgesetzt, dass sie die Förmlichkeiten erfüllen, welche die innere Gesetzgebung eines jeden der beiden Staaten den Inländern auferlegt.

Artikel 2.

Den Angehörigen im Sinne dieser Vereinbarung sind gleichgestellt andere Personen, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile ihren Wohnsitz oder ihre Hauptniederlassung haben.

Artikel 3.

Wird eine Erfindung, ein Muster oder Modell, eine Handels- oder Fabrikmarke in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile angemeldet und binnen einer Frist von drei Monaten die Anmeldung auch in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles bewirkt, so soll diese spätere Anmeldung dieselbe Wirkung haben, als wenn sie am Tage der ersten Anmeldung geschehen wäre.

---

*) Reichstag, 9. Legislaturperiode, II. Session 1893/94. Nr. 85.

Nr. 10118
Deutschland
und
die Schweiz.
13. April 1892.

Artikel 4.

Die im Artikel 3 vorgesehene Frist beginnt || a) bei Mustern und Modellen, sowie bei Handels- und Fabrikmarken mit dem Zeitpunkt, in welchem die erste Anmeldung erfolgt; || b) bei Erfindungen mit dem Zeitpunkt, in welchem auf die erste Anmeldung das Patent ertheilt wird; || c) bei Gegenständen, welche in Deutschland als Gebrauchsmuster, in der Schweiz als Erfindungen angemeldet werden, mit dem Zeitpunkt der ersten Anmeldung, falls diese in Deutschland erfolgt, und mit dem Zeitpunkt, in welchem das Patent auf die erste Anmeldung ertheilt wird, falls diese in der Schweiz erfolgt. || Der Tag der Anmeldung oder der Ertheilung wird in die Frist nicht eingerechnet. || Als Tag der Ertheilung gilt in Deutschland der Tag, an welchem der Beschluss über die endgültige Ertheilung des Patentes zugestellt, in der Schweiz der Tag, an welchem das Patent in das Patentregister eingetragen worden ist.

Artikel 5.

Die Rechtsnachtheile, welche nach den Gesetzen der vertragschliessenden Theile eintreten, wenn eine Erfindung, ein Muster oder Modell, eine Handels- oder Fabrikmarke nicht innerhalb einer bestimmten Frist ausgeführt, nachgebildet oder angewendet wird, sollen auch dadurch ausgeschlossen werden, dass die Ausführung, Nachbildung oder Anwendung in dem Gebiete des anderen Theiles erfolgt. || Die Einfuhr einer in dem Gebiete des einen Theiles hergestellten Waare in das Gebiet des anderen Theiles soll in dem letzteren nachtheilige Folgen für das auf Grund einer Erfindung, eines Musters oder Modells oder einer Handels- oder Fabrikmarke gewährte Schutzrecht nicht nach sich ziehen.

Artikel 6.

Dem Inhaber einer in den Gebieten des einen Theiles eingetragenen Handels- und Fabrikmarke kann die Eintragung in den Gebieten des anderen Theiles nicht aus dem Grunde versagt werden, weil die Marke den hier geltenden Vorschriften über die Zusammensetzung und äussere Gestaltung der Marken nicht entspricht.

Artikel 7.

Angehörige des einen der vertragschliessenden Theile, welche ein Patent in dem Gebiete des anderen Theiles erlangt haben, sind in dem letzteren von jeder gesetzlichen Verpflichtung befreit, behufs Geltendmachung der aus dem Patent sich ergebenden Rechte, die nach dem Patent hergestellten Gegenstände oder deren Verpackung als patentirt zu kennzeichnen. Ist eine solche Kennzeichnung nicht erfolgt, so muss behufs Verfolgung des Nachahmers der Nachweis schuldhaften Verhaltens besonders geführt werden.

Artikel 8.

Jeder der vertragschliessenden Theile wird, soweit dies noch nicht geschehen ist, Bestimmungen gegen den Verkauf und das Feilhalten solcher

Waaren treffen, welche unrichtigerweise und in der Absicht zu täuschen als von einem im Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles belegenen Orte oder Bezirke herrührend bezeichnet sind.

Artikel 9.

Das gegenwärtige Uebereinkommen soll ratifizirt und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgewechselt werden. || Das Uebereinkommen tritt mit dem Ablauf von zwei Wochen von dem Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden ab in Kraft und bleibt in Wirksamkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten nach erfolgter Kündigung seitens eines der vertragschliessenden Theile. || Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Freiherr von Marschall.
Roth.

Schlussprotokoll.

Berlin, 13. April 1892.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Uebereinkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz haben die beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Erklärungen in das gegenwärtige Protokoll niedergelegt.

1. Zu Artikel 1.

Die Gleichstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen soll hinsichtlich des Firmenschutzes auch die Wirkung haben, dass Firmen aus dem Gebiete des einen Theiles, um einen Schutz gegen missbräuchliche Verwendung zur Waarenbezeichnung in dem Gebiete des anderen Theiles zu geniessen, hier der Hinterlegung und Eintragung als Marke nicht bedürfen.

2. Zu Artikel 3.

Angehörige des einen der vertragschliessenden Theile, welche eine Erfindung, ein Muster oder Modell, eine Handels- oder Fabrikmarke in einem dritten Staate anmelden, können auf Grund dieser Anmeldung in dem Gebiete des anderen vertragschliessenden Theiles Rechte aus dem vorliegenden Uebereinkommen nicht herleiten.

3. Zu Artikel 4.

Im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 kann eine Erfindung auch vor dem Zeitpunkt, in welchem auf die erste Anmeldung das Patent ertheilt wird, in dem Gebiete des anderen Teiles mit der im Artikel 3 vorgesehenen Wirkung angemeldet werden, vorausgesetzt, dass die Ertheilung des Patentes auf die erste Anmeldung nachträglich erfolgt.

Nr. 10718. Deutschland und die Schweiz. 13. April 1892.

4. Zu Artikel 5.

Rechtsnachtheile, welche nach den Gesetzen der vertragschliessenden Theile bei Erfindungspatenten im Fall der Licenzverweigerung eintreten, werden durch die Vorschriften des Artikels 5 nicht ausgeschlossen.

5. Zu Artikel 6.

Die Bestimmung im Artikel 6 Absatz 1 des Uebereinkommens bezweckt nicht, der in den Gebieten des einen Theiles eingetragenen Marke in den Gebieten des anderen Theiles auch dann einen Anspruch auf Eintragung zu gewähren, wenn hier befunden wird, dass der Inhalt der Marke gegen die Sittlichkeit oder gegen die öffentliche Ordnung verstösst, oder mit den thatsächlichen Verhältnissen in einem das Publikum irreführenden Widerspruch steht. Liegt eine dieser Voraussetzungen vor, so kann die Eintragung versagt werden. || Das vorliegende Protokoll bildet einen integrirenden Bestandtheil des Uebereinkommens, auf das es sich bezieht, und ist ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache der Auswechselung der Ratifikationen dieses Uebereinkommens als von den vertragschliessenden Theilen gebilligt und bestätigt anzusehen. Dasselbe wurde in doppelter Ausfertigung zu Berlin am 13. April 1892 unterzeichnet.

Freiherr von Marschall.
Roth.

Zusatzprotokoll.

Berlin, 16. Juni 1893.

In Ergänzung zu dem zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz am 13. April 1892 abgeschlossenen Uebereinkommen über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz haben die Unterzeichneten auf Grund erhaltener Ermächtigung Folgendes vereinbart. || Die Bestimmungen des Artikels 5 des Uebereinkommens finden auf diejenigen Erfindungen nicht Anwendung, welche nach den Gesetzen eines der vertragschliessenden Theile vom Patentschutz ausgeschlossen sind. || Das vorliegende Zusatzprotokoll bildet einen integrirenden Bestandtheil des Uebereinkommens, auf das es sich bezieht, und ist ohne besondere Ratifikation durch die blosse Thatsache der Auswechselung der Ratifikationen dieses Uebereinkommens als von den vertragschliessenden Theilen gebilligt und bestätigt anzusehen. || Dasselbe wurde in doppelter Ausfertigung zu Berlin am 16. Juni 1893 unterzeichnet.

Freiherr von Marschall.
Roth.

Denkschrift*).

Die im Artikel 11 des früheren Handelsvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz enthaltene Bestimmung über den Schutz von Waaren-

*) Dem Deutschen Reichstage vorgelegt. Anm. der Red.

Nr. 10718. Deutschland und die Schweiz. 13. April 1892.

bezeichnungen und von Fabrik- und Handelsmarken ist in den Handels- und Zollvertrag vom 10. Dezember 1891 (Reichs-Gesetzbl. 1892 S. 195) nicht übernommen. Es wurde von beiden Theilen das Bedürfniss anerkannt, den früher in der Beschränkung auf die Waarenzeichen vertragsmässig verbürgten Grundsatz, dass die Angehörigen jedes Landes in dem anderen Lande denselben Schutz geniessen sollen, wie die eigenen Staatsangehörigen, auf das gesammte Gebiet der gewerblichen Schutzrechte auszudehnen; dieser Erweiterung wegen erschien es aber zweckmässig, die Einzelheiten ausserhalb des Rahmens der allgemeinen handelspolitischen Abmachungen in einem besonderen Uebereinkommen zu regeln. Die Verhandlungen haben zu der vorliegenden Vereinbarung geführt. Dieselbe entspricht in den meisten Beziehungen, zum Theile auch dem Wortlaute nach, den mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien getroffenen Abkommen; es kann daher auf die diesen Abkommen beigegebene Begründung, welche im Allgemeinen auch für unsere Beziehungen zu der Schweiz zutrifft, Bezug genommen werden. Die wichtigste Abweichung beruht in einer Bestimmung des schweizerischen Rechts, welche den Patentschutz auf die durch Modelle darstellbaren Erfindungen beschränkt, dergestalt, dass für Neuerungen, welche ein Herstellungsverfahren zum Gegenstande haben, weder schweizer Bürger noch Angehörige anderer Staaten — auch insoweit letztere in einem Vertragsverhältniss zu der Schweiz stehen — den gesetzlichen Schutz erlangen können. Diese Bestimmung hat namentlich in den Kreisen der chemischen Grossindustrie, welche, vorwiegend auf den Schutz von Fabrikationsmethoden angewiesen, ihre in Deutschland oder in dritten Staaten patentirten Erfindungen alsbald der allgemeinen Benutzung in der Schweiz preisgegeben sieht, zur Beschwerde Anlass gegeben. Bisher haben die Versuche, auch in der Schweiz den Patentschutz auf das ganze, in den übrigen Kulturstaaten geschützte Gebiet zu erstrecken, zu einem Ergebniss nicht geführt; und auch im Rahmen des vorliegenden Abkommens ist es nicht gelungen, einen Schutz, welchen das in der Schweiz zur Zeit geltende Recht den eigenen Staatsangehörigen versagt, deutschen Gewerbetreibenden zugänglich zu machen. Wenn hiernach die Unvollständigkeit des eidgenössischen Rechtssystems bis auf Weiteres einzelnen Zweigen auch des deutschen Gewerbefleisses in dem gleichen Maasse, wie bisher, fühlbar bleiben wird, so bietet dieser Umstand — so bedauerlich er vom Standpunkte unserer chemischen Grossindustrie erscheinen mag — doch keinen ausreichenden Anlass, um bis zur Abstellung jenes Mangels auch für die übrigen Zweige der Technik bei einem vertragslosen Zustande zu beharren und auf die Vortheile zu verzichten, welche die vertragsmässige Erleichterung in der Nachsuchung und Geltendmachung gewerblicher Schutzrechte erwarten lässt. Deutschland befindet sich hierbei in derselben Lage, wie andere Industriestaaten, namentlich Grossbritannien, Frankreich und Belgien, die vertragsmässig den Angehörigen der Schweiz den vollen Umfang ihres Rechtsschutzes gewährt haben, für die eigenen Angehörigen in der Schweiz aber einstweilen auf den Schutz neuer Fabrikationsmethoden verzichten müssen.

Nr. 1078. Deutschland und die Schweiz. 13. April 1892.

Wie wichtig das Abkommen gleichwohl für Deutschland ist, erhellt daraus, dass in den Jahren 1891 und 1892 von 1444, bezw. 1554 in der Schweiz ertheilten Patenten 429, bezw. 504 auf Reichsangehörige entfallen, während die Schweiz selbst mit 471, bezw. 560, das übrige Ausland zusammen mit 544 bezw. 490 Patenten betheiligt ist. || Insoweit im Uebrigen Abweichungen von dem Inhalt der Abkommen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien vorliegen, st Folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1.

Nach dem schweizerischen Markenschutzgesetz müssen ausländische Gewerbetreibende, um für den Gebrauch ihrer Firma als Waarenbezeichnung den gesetzlichen Schutz zu erlangen, die Firma als Marke hinterlegen, während schweizerische Gewerbetreibende, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist, von dieser Verpflichtung befreit sind. Die im Artikel 1 vereinbarte Gleichstellung der beiderseitigen Angehörigen verbürgt auch den in das deutsche Handelsregister eingetragenen Firmen in der Schweiz ohne Weiteres und unabhängig von einer besonderen Eintragung in das dortige Markenregister den Schutz gegen missbräuchliche Verwendung zur Waarenbezeichnung. Zur Vermeidung etwaiger Zweifel ist dies im Schlussprotokoll ausdrücklich ausgesprochen.

Zu Artikel 3.

In den mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien geschlossenen Abkommen sind die Wirkungen des Prioritätsrechtes, welches der in einem Vertragsstaate bewirkten Anmeldung in dem anderen Vertragsstaate eingeräumt werden soll, in zwei getrennten Absätzen, von denen der eine das Rangverhältniss konkurrirender Anmeldungen regelt, der andere den Vorbehalt der Neuheit zum Gegenstand hat, im Einzelnen festgesetzt. Dem Wortlaute nach abweichend, aber sachlich übereinstimmend, beschränkt sich der Artikel 3 des gegenwärtigen Uebereinkommens darauf, der späteren Anmeldung dieselbe Wirkung beizulegen, als wenn sie am Tage der ersten Anmeldung geschehen wäre. Dieser Fassung ist mit Rücksicht auf die schweizerische Patentgesetzgebung der Vorzug gegeben worden. || Der Vorbehalt in dem Schlussprotokoll zu Artikel 3 ist durch eine Sonderbestimmung der eidgenössischen Gesetzgebung veranlasst, der zufolge den schweizer Bürgern für diejenigen Anmeldungen, welche in einem auswärtigen, mit der Schweiz durch eine Patent- etc. Konvention verbundenen Lande zuerst erfolgt sind, ein Prioritätsrecht im Heimathsstaate zusteht. Der Grundsatz der Gleichbehandlung der deutschen und der schweizerischen Staatsangehörigen, auf diese Bestimmung angewendet, könnte zu der Auffassung führen, als ob Deutsche, welche zuerst in einem dritten Lande, etwa in Belgien, eine Patentanmeldung bewirkt haben, nunmehr berechtigt wären, auf Grund dieser Anmeldung den Anspruch auf prioritätische Rechte in der Schweiz geltend zu machen. Für Deutschland genügt es, wenn den deutschen Gewerbetreibenden für ihre zuerst im Inlande erfolgten Anmeldungen ein Vorrecht in der Schweiz gesichert wird.

Zu Artikel 4.

Dem Beschluss über die endgültige Ertheilung eines deutschen Patentes entspricht in der Schweiz die Eintragung des Patentes in das Register. Der Erfinder erhält von diesem Akte Nachricht, ohne dass jedoch der Tag feststellbar wäre, an welchem die Nachricht in die Hände des Empfängers gelangt. Um bei dieser Sachlage auch für die zuerst in der Schweiz bewirkten Anmeldungen in jedem Fall einen zuverlässigen Anhaltspunkt für die Berechnung der dreimonatlichen Frist zu gewinnen, ist der Beginn derselben nach dem Schlusssatze des Artikels 4 an die Eintragung des Patentes in das Register geknüpft, während für die zuerst in Deutschland bewirkten Patentanmeldungen nach dem Vorgange der mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien getroffenen Vereinbarungen der Tag der Zustellung des Ertheilungsbeschlusses maassgebend sein soll. || Die Fristbestimmung des Artikels 4 ist ebenso wie in den entsprechenden Vereinbarungen mit Oesterreich-Ungarn und mit Italien hinsichtlich der Erfindungen dahin zu verstehen, dass das durch die Anmeldung in einem Vertragsstaate begründete Vorrecht in dem anderen Staate jeder Zeit bis zu demjenigen Zeitpunkt hin geltend gemacht werden kann, zu welchem von der Patentertheilung ab drei Monate verstrichen sind. Es hat nicht in der Absicht gelegen, die Einräumung der prioritätischen Rechte von der Bedingung abhängig zu machen, dass erst nach dem Zeitpunkte der Ertheilung des Patentes in dem einen Staate die Anmeldung in dem anderen Staate bewirkt wird. Etwaigen Zweifeln in dieser Beziehung soll die Bestimmung in dem Schlussprotokoll zu Artikel 4 vorbeugen.

Zu Artikel 5.

Nach den deutschen wie nach den schweizerischen Gesetzen kann die Säumniss in der Ausführung einer unter Schutz gestellten Neuerung den Verlust des Schutzes zur Folge haben. Diese Bestimmung ist für diejenigen Gewerbetreibenden, welche in Deutschland und in der Schweiz den Schutz nachgesucht und erlangt haben, insofern lästig, als sie es nothwendig macht, in beiden Ländern oft mit erheblichen Kosten und Weiterungen Anstalten zur Herstellung des geschützten Gegenstandes zu treffen. Es liegt daher im beiderseitigen Interesse, dass im Sinne derjenigen Vorschriften, welche unter Androhung des Rechtsverlustes die Ausführung im Inlande erfordern, die im Gebiete des einen Theiles erfolgende Ausführung auch für das Gebiet des anderen Theiles als wirksam anerkannt wird. Eine entsprechende Vereinbarung hinsichtlich der Erfindungen, Muster und Modelle findet sich in dem mit Italien abgeschlossenen Uebereinkommen. Das schweizerische Gesetz verlangt aber auch für Handels- und Fabrikmarken die Anwendung innerhalb einer bestimmten Frist. Wenn hiernach die auf die Beseitigung des Ausführungszwanges bezügliche Bestimmung des deutsch-italienischen Uebereinkommens für unsere Be-

Nr. 10718. Deutschland und die Schweiz. 13. April 1892.

ziehungen zu der Schweiz eine Ergänzung erheischt, so erscheint auf der anderen Seite eine Einschränkung geboten. Es ist bereits im Eingange der Denkschrift erwähnt worden, dass in der Schweiz die nicht durch Modelle darstellbaren Erfindungen vom Patentschutz ausgeschlossen sind. Würde der Ausführungszwang auch für diese Arten von Erfindungen beseitigt, so würde der Vortheil den in der Schweiz ansässigen Gewerbetreibenden, welche in Deutschland auf solche Erfindungen Patente genommen haben, zu Gute kommen, ohne dass die in Deutschland ansässigen Gewerbetreibenden eines entsprechenden Vortheils in der Schweiz theilhaftig werden können. Dieser Ungleichmässigkeit will das unter dem 16. Juni 1893 vereinbarte Zusatzprotokoll vorbeugen. Findet der Artikel 5 des Uebereinkommens auf diejenigen Erfindungen, welche nach den Gesetzen eines der vertragschliessenden Theile vom Patentschutz ausgeschlossen sind, keine Anwendung, so bleibt uns auch für die Zukunft die Möglichkeit, die im Besitz eines deutschen Patentes auf Herstellungsmethoden befindlichen Schweizer nach Maassgabe der Vorschriften unseres Rechts zur Ausführung der Erfindungen in Deutschland selbst zu nöthigen. || Der Ausführungszwang steht mit dem Licenzzwange nicht derart im Zusammenhange, dass mit dem ersteren auch der letztere im internationalen Verkehr in Wegfall kommen müsste. Nach dem deutschen Patentgesetz muss auch derjenige, welcher die geschützte Erfindung im angemessenenen Umfange zur Ausführung bringt, unter gewissen Voraussetzungen Anderen die Erlaubniss zur Benutzung ertheilen. Daher liegt es nicht in unserem Interesse, schweizer Bürger, welche als Inhaber deutscher Patente von der Verpflichtung zur Ausführung ihrer Erfindung auf deutschem Gebiete befreit werden sollen, auch von dem Licenzzwange, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen desselben gegeben sein werden, zu entbinden. Der gleiche Gesichtspunkt trifft für die Schweiz zu. Beide Theile haben sich daher in dem Schlussprotokoll zu Artikel 5 die Anwendung der auf die Folgen der Licenzverweigerung bezüglichen Gesetzesvorschriften vorbehalten.

Zu Artikel 7.

Das schweizerische Gesetz macht die Verfolgbarkeit von Patentverletzungen davon abhängig, dass jeder nach dem Patent hergestellte Gegenstand oder dessen Verpackung mit dem eidgenössischen Wappenkreuz nebst Patentnummer versehen wird. Von dieser dem ausländischen Inhaber eines schweizerischen Patentes hinderlichen Bedingung sollen deutsche Reichsangehörige befreit werden. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch macht, verzichtet natürlich auf die aus der Kennzeichnung der Waare sich ergebende Vermuthung und muss behufs Verfolgung des Nachahmers auf anderem Wege den Nachweis schuldhaften Verhaltens erbringen.

Nr. 10719. GROSSBRITANNIEN UND SPANIEN. — Vertrag zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels*).

Brussels, July 2, 1890.

Nr. 10719. Grossbritannien und Spanien. 2. Juli 1890.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and Her Majesty the Queen Regent of Spain, in the name of her august son, His Majesty the King Don Alfonso XIII, being mutually animated by a sincere desire to co-operate by all means in their power towards the extinction of the Trade in African Slaves, wherever that Traffic may still exist, and being convinced of the necessity of terminating the ancient Treaties now in force, and of replacing them by another more in harmony with the present state of things, and with the provisions of the General Act of the Conference of Brussels, have resolved to conclude a special Treaty to that effect, and for this purpose have named as their Plenipotentiaires, that is to say: || Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, Lord Vivian, a Peer of the United Kingdom, Her Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the Court of the King of the Belgians; and Sir John Kirk, one of Her Majesty's Plenipotentiaries to the Conference of Brussels; || And Her Majesty the Queen Regent of Spain, Don José Gutierrez de Aguëra, her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to the Court of His Majesty the King of the Belgians; || Who, having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and Her Majesty the Queen Regent of Spain, engage to prohibit all Trade in Slaves carried on either by their respective subjects or under their respective flags, or by means of capital belonging to their respective subjects, and to punish all persons engaged in such Traffic with all the severity permitted by the laws which are actually or which hereafter may come into force in the respective countries. Their Majesties further declare, that any vessel which may attempt to carry on the Slave Trade shall, by that fact alone, forfeit all right to the protection of their respective flags.

Article II.

In order more fully to attain the object of the present Treaty, the High Contracting Parties have mutually agreed to restrict all measures for the more effectual suppression of the Slave Trade to the maritime zone within which the Traffic still exists, which is limited on the one side by the shores of the Indian Ocean (including the Persian Gulf and the Red Sea), from the coast of Beloochistan to Tangalani Point (Quilimane), and on the other by a con-

*) Engl. Blaubuch Treaty Series Nr. 3. 1892 (6592).

Nr. 10719. Grossbritannien und Spanien. 2. Juli 1890.

ventional line which, after following the meridian of Tangalani to the point of intersection with the 26° of south latitude, follows that parallel, skirting the Island of Madagascar on the eastern side, at a distance of 20 miles from its eastern and northern coasts, as far as its point of intersection with the meridian of Cape Amber; from this point the limit of the zone is fixed by an oblique line which strikes the coast of Beloochistan, keeping 20 miles outside of Cape Ras-el-Had.

Article III.

The two High Contracting Parties have likewise agreed to limit the operation of the present Treaty to vessels of less than 500 tons measurement, reserving the right of revising this clause whenever experience shows the necessity of it.

Article IV.

In addition to the measures adopted by common agreement by all the Signatory Powers of the General Act of the Conference of Brussels with a view to prevent the usurpation of their respective flags, and to insure the exercise of a strict supervision over native vessels authorized to hoist their colours, as well as for the liberation of slaves, and for the early exchange of information necessary for the suppression of the Slave Trade, the two High Contracting Parties have agreed that their respective ships of war may, within the above-defined zone, and after verification of the ships' papers, search all merchant-vessels of the tonnage indicated in Article III, belonging to one or other of the High Contracting Parties, which may afford reasonable ground of suspicion that they have been engaged in the Slave Trade, or have been fitted out for that purpose, or have been egaged in the Traffic during the voyage in which the vessel may have been met by the said cruizers; and all such cruizers may detain, send, or take such suspected vessels for trial in the manner hereinafter agreed to.

Article V.

In no case shall the mutual right of search and visit be exercised over ships of war or over vessels belonging to the Governments of either of the High Contracting Parties, but their cruizers shall afford each other mutual assistance in all cases in which it may be useful that they should act in concert.

Article VI.

Whenever a merchant-vessel, sailing under the flag of one of the High Contracting Parties, shall have been detained by a cruizer of the other Power in conformity with the provisions of the present Treaty, the vessel, together with the captain, crew, cargo and any slaves that may be found on board, shall be conveyed to one or other of the places designated in this Article, and given over to the authorities appointed for this purpose by the respective Governments, in order to their being proceeded against before the competent Tribunals in the manner hereinafter specified. || All British vessels which may

be detained within the abovementioned zone by a Spanish cruizer shall be conveyed and made over for trial to the competent authorities appointed for that purpose within the said zone by the Government of Her Britannic Majesty, or shall be handed over to a British man-of-war, provided the captain is willing to take charge of the prize. || All Spanish merchant-vessels that may be detained by a British cruizer shall be conveyed and made over for trial to the Consular authority whom Her Majesty the Queen Regent of Spain may appoint in one or more of the ports of the said zone, or shall be handed over to a Spanish man-of-war, provided the captain is willing to take charge of the prize.

Article VII.

Every merchant-vessel belonging to one or other of the High Contracting Parties which may have been searched and detained at sea in virtue of the provisions of the present Treaty shall be liable to condemnation on the production of evidence establishing, to the satisfaction of the national Tribunal, that the vessel has been engaged in an Act of Slave Trade in the course of the voyage during which it was detained.

Article VIII.

The authorities specified in Article VI shall proceed immediately to inquire into, and adjudicate on, the case of any vessel detained in accordance with the stipulations contained in Articles L to LIX of the General Act of the Brussels Conference; the general provisions of which Act are also applicable in all cases not specially provided for in the present Treaty.

Article IX.

The two High Contracting Parties have also agreed to insure the immediate liberation of all slaves found on board vessels detained in virtue of the foregoing stipulations.

Article X.

The present Treaty shall come into force on the same date as the General Act of the Brussels Conference, and shall remain in force during the continuance of that Act, the High Contracting Parties having agreed to abrogate their former Conventions on this subject, specially their Treaty of June 28, 1835.

Article XI.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications exchanged at Brussels at as early a date as possible. || In faith whereof the respective Plenipotentiaries have signed this Treaty, and have affixed thereto their seals. || Done at Brussels this 2nd day of July, in the year of Our Lord 1890.

Vivian.
John Kirk.
José Gutierrez de Aguera.

*) Anmerkung. Ratifizirt am 23. December 1890. Red.

Nr. 10720. GROSSBRITANNIEN, FRANKREICH, SPANIEN, SCHWEIZ, TUNIS. — Abkommen zum Schutze des industriellen Eigenthums*).

Madrid, April 14, 1891.

Nr. 10720. Grossbritannien, Frankreich, Spanien, Schweiz, Tunis. 14. April 1891.

Les soussignés Plénipotentiaires des Gouvernements des États ci-dessus énumérés, || Vu l'Article XV de la Convention Internationale du 20 Mars, 1883, pour la Protection de la Propriété Industrielle, || Ont, d'un commun accord, et sous réserve de ratification, arrêté l'Arrangement suivant: —

Article I.

Tout produit portant une fausse indication de provenance, dans laquelle un des États Contractants ou un lieu situé dans l'un d'entre eux, serait, directement ou indirectement, indiqué comme pays ou comme lieu d'origine, sera saisi à l'importation dans chacun des dits États. || La saisie pourra aussi s'effectuer dans l'État où la fausse indication de provenance aura été apposée, ou dans celui où aura été introduit le produit muni de cette fausse indication. || Si la législation d'un État n'admet pas la saisie à l'importation, cette saisie sera remplacée par la prohibition d'importation. || Si la législation d'un État n'admet pas la saisie à l'intérieur, cette saisie sera remplacée par les actions et moyens qui la loi de cet État assure en pareil cas aux nationaux.

Article II.

La saisie aura lieu à la requête soit du Ministère Public, soit d'une partie intéressée, individu, ou Société, conformément à la législation intérieure de chaque État. || Les autorités ne seront pas tenues d'effectuer la saisie en cas de transit.

Article III.

Les présentes dispositions ne font pas obstacle à ce que le vendeur indique son nom ou son adresse sur les produits provenant d'un pays différent de celui de la vente, mais dans ce cas l'adresse ou le nom doit être accompagné de l'indication précise et en caractères apparents du pays ou du lieu de fabrication ou de production.

Article IV.

Les Tribunaux de chaque pays auront à décider quelles sont les appellations qui, à raison de leur caractère générique, échappent aux dispositions du présent Arrangement, les appellations régionales de provenance des produits vinicoles n'étant cependant pas comprises dans la réserve statuée par cet Article.

Article V.

Les États de l'Union pour la Protection de la Propriété Industrielle qui n'ont pas pris part au présent Arrangement seront admis à y adhérer sur

*) Engl. Blaubuch Treaty Series Nr. 13. 1892 (6818).

leur demande et dans la forme prescrite par l'Article XVI de la Convention du 20 Mars, 1883, pour la Protection de la Propriété Industrielle. Nr. 10720. Grossbritannien Frankreich, Spanien, Schweiz, Tunis. 14. April 1891.

Article VI.

Le présent Arrangement sera ratifié, et les ratifications en seront échangées à Madrid dans le délai de six mois au plus tard. || Il entrera en vigueur un mois à partir de l'échange des ratifications, et aura la même force et durée que la Convention du 20 Mars, 1883. || En foi de quoi, les Plénipotentiaires des États ci-dessus énumérés ont signé le présent Arrangement à Madrid, le 14 Avril, 1891.

*Pour le Brésil—
Luis F. D'Abreu.
Pour l'Espagne—
S. Moret.
Marqués de Aguilar.
Enrique Calleja.
Luis Mariano de Larra.
Pour la France et la Tunisie—
P. Cambon.
Pour la Grande-Bretagne—
Francis Clare Ford.
*Pour le Guatémala—
J. Carrera.
*Pour le Portugal—
Comte de Casal Ribeiro.
Pour la Suisse—
Ch. E. Lardet.
Morel.

Anmerkung. * Haben nicht ratifizirt.

Nr. 10721. GROSSBRITANNIEN UND BELGIEN. — Erklärung zur Vermeidung von Konflikten in der Nordseefischerei*).

Bruxelles, 2 Mai, 1891.

Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Belges, voulant faciliter la procédure pour le réglement des conflits entre pêcheurs Anglais et pêcheurs Belges dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, et atténuer autant que possible les dommages qu'ils peuvent éprouver lorsque leurs appareils de pêche viennent en contact, sont convenus des dispositions suivantes: — Nr. 10721. Grossbritannien und Belgien. 2. Mai 1891.

*) Engl. Blaubuch Treaty Series Nr. 1. 1892 (6587).

Nr. 10721. Grossbritannien und Belgien. 2. Mai 1891.

Article I.

Chaque fois qu'une plainte entraînant une réclamation du chef de dommages sera formulée par un pêcheur de l'un des deux pays contre un pêcheur de l'autre pays elle sera transmise pour enquête préliminaire — en Belgique, à une Commission composée de deux fonctionnaires, au moins, désignés par le Ministre des Chemins de Fer, Postes et Télégraphes; dans le Royaume-Uni, à une Commission composée également de deux fonctionnaires, au moins, désignés par le Board of Trade; ces fonctionnaires feront leur enquête à l'endroit où les allégations des plaignants pourront être le plus facilement vérifiés.

Article II.

Aucune plainte ne sera transmise, suivant le cas, soit au Gouvernement Britannique, soit au Gouvernement Belge, à moins: — || 1. Qu'elle ne soit reconnue fondée par la Commission; || 2. Que les pêcheurs désignés par la Commission ne s'engagent à comparaître personnellement dans le cas où ils seraient appelés à donner leur témoignage.

Article III.

Les plaintes seront accompagnées — || 1. D'un Rapport de la Commission d'Enquête; || 2. D'un certificat émanant de cette Commission et constatant l'appartenance de l'appareil de pêche perdu ou endommagé; || 3. D'un certificat dressé par un expert nommé, suivant le cas, soit par le Board of Trade, soit par le Ministre des Chemins de Fer, Postes et Télégraphes de Belgique, et portant estimation de la valeur du dommage. || Ces certificats, transmis par la voie diplomatique, feront foi jusqu'à preuve du contraire.

Article IV.

Lorsqu'un pêcheur s'embarrassera d'une façon quelconque dans l'appareil de pêche d'un autre pêcheur ou traversera cet appareil, il prendra toutes les mesures nécessaires pour réduire au minimum les dommages qui peuvent en résulter pour l'appareil ou le bateau de l'autre pêcheur.

Article V.

Dans le Royaume de Belgique, le Tribunal saisi d'une infraction à la Convention du 6 Mai, 1882, sur la pêche dans la Mer du Nord, ou à l'Article 4 de la présente Déclaration, pourra adjuger des dommages-intérêts à la requête de la partie lésée, et sur la poursuite du Ministère Public. || L'exécution des condamnations aux dommages-intérêts sera poursuivie à la requête du Ministère Public par l'Administration de l'Enregistrement, qui fera l'avance des frais, et s'en remboursera suivant les formes de droit sur les condamnés. || Dans le Royaume-Uni, le Tribunal devant lequel des poursuites sont intentées du chef des infractions ci-dessus pourra, à l'intervention du Ministère Public, sur la requête de la partie lésée, adjuger des dommages-intérêts, et le Ministère

Public recouvrera, à ses propres frais, sur les parties responsables, la somme ainsi allouée, ou la partie de cette somme qu'il sera possible de recouvrer. || Le montant des dommages-intérêts recouvrés, comme il est stipulé ci-dessus, sera transmis sans frais à la partie lésée par la voie diplomatique.

Article VI.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs Législatures respectives, les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Déclaration, et notamment pour faire punir, soit de l'emprisonnement, soit de l'amende, soit de ces deux peines, ceux qui contreviendraient à l'Article IV.

Article VII.

La présente Déclaration sera ratifiée. Les ratifications seront échangées à Bruxelles dans le plus bref délai possible.

Article VIII.

La présente Déclaration entrera en vigueur à l'époque dont conviendront ultérieurement les Hautes Parties Contractantes. || Elle restera en vigueur pendant trois ans à dater de cette époque, et dans le cas où aucune des Hautes Parties Contractantes n'aurait notifié douze mois avant l'expiration de la dite période de trois ans son intention d'en faire cesser les effets, elle continuera à rester en vigueur une année, et ainsi de suite d'année en année. || En foi de quoi les soussignés, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande à Bruxelles, et Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté le Roi des Belges, ont dressé la présente Déclaration en double, et l'ont revêtue du cachet de leurs armes.

Vivian.

Le Prince de Chimay.

Protocole.

Les Soussignés se sont réunis à l'effet de procéder à l'échange des ratifications de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et de Sa Majesté le Roi des Belges, sur la Déclaration signée, le 2 Mai, 1891, entre la Grande-Bretagne et la Belgique, en vue de faciliter la procédure pour le réglement des conflits entre pêcheurs Anglais et pêcheurs Belges dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, et de réduire les dommages qu'ils peuvent éprouver par l'effet du contact de leurs appareils. || Ces actes ont été trouvés exacts et concordants et l'échange en a été opéré. || Les Soussignés, dûment autorisés, sont de plus convenus, de commun accord, que la Déclaration précitée sera mise en vigueur le 15 Septembre, 1891. || En foi de quoi, les Soussignés ont dressé le présent procès-verbal qu'ils ont signé et revêtu de leurs cachets.

Vivian.

Le Prince de Chimay.

Die Neufundländer Fischereifrage*).

(Vgl. Band 56, 54, 52.)

Nr. 10722. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an das auswärtige Amt. — Frankreich verlangt dauernde Garantien für die Ausführung der Verträge.

Paris, June 4, 1891. (June 5.)

Nr. 10722. Grossbritannien. 4. Juni 1891.

(Extract.) || When I saw M. Ribot yesterday at the Quai d'Orsay, I found him in receipt of your Lordship's letter of the 1st instant to M. Waddington relative to the measures necessary to insure the execution of the arbitral decision as to the Newfoundland Lobster fisheries. || His Excellency said, that this communication did not remove (in fact, he added, it rather increased) the embarrassing uncertainties of the position in which the French Government is placed by the substitution of temporary Colonial legislation, limited to a period of three years, for the permanent Act to which Her Majesty's Government had undertaken to obtain the assent of the Imperial Parliament for enforcing the award of the Arbitrators. || So long as the French Government had a well-founded assurance, that the Government of Her Majesty possessed not only the will, but also the power, to insure the permanent enforcement of the award, it was, of course, in no wise concerned with the nature of any arrangements made for that purpose between the Imperial Government and the Government of Newfoundland. But no such assurance was to be found in the present temporary arrangement, whereby the duty of providing for the protection of French rights was practically transferred from the Imperial Government, which acknowledged them, to the Colonial Government, which denied and contested them. He warmly recognized and appreciated the scrupulous loyalty with which Her Majesty's Government had acted towards France in this matter up to the present moment; and, in illustration of it, he laid stress upon an assurance which, he said, M. Waddington had received from your Lordship, that you were prepared to make a Cabinet question of the passage through Parliament of the Bill now abandoned. || France could desire no stronger guarantee for the fulfilment of our engagements towards her than would have been furnished by that Bill, had it become law. But, instead of that Bill, she was now asked to be satisfied with a temporary Act, extorted with great difficulty, and only under the strongest possible pressure, from a Colonial Legislature notoriously reluctant to pass it, and supplemented by a Resolution of the House of Commons worded in the most general terms. If the New-

*) Die nachfolgenden Dokumente Nr. 10722 bis 10756 sind entnommen den englischen Blaubüchern „New-Foundland Fisheries“ 1891/92 und „New-Foundland“ 1893.

foundland Government was acting in good faith towards France, why did it object to a permanent measure? It could only object to such a measure because it was resolved that, so far as in it lay, nothing in the nature of French rights should have permanent protection or existence in Newfoundland. || The undisguised object of the Newfoundland Government was to evade the Treaty rights of France, and the terms of the modus vivendi, by every means in its power; to get rid altogether of the surveillance of the naval officers by whom these rights and terms were enforced, and to transfer the police of the fisheries entirely to the jurisdiction of the Colonial Courts. But in the impartiality of these Courts the French Government had no faith, and it could not assent to any arrangement which would have the effect of making the interpretation and enforcement of French rights dependent upon their decision. || I reminded M. Ribot that, if the Newfoundland Government failed in the fulfilment of any obligations undertaken by it, Parliament stood pledged to the adoption of whatever measure the Imperial Government might, in that case, deem necessary for their enforcement. || To this, however, his Excellency replied, that the Newfoundland Government and Parliament made no secret of the calculation on which they acted in passing the three years' Act. Before the expiration of that Act a change of Government in England might bring into power the party which had espoused the cause of the Newfoundlanders against the present Cabinet, and thereby (notwithstanding all conventional disclaimers) against France. || That party had committed itself to the view put forward by the Newfoundland Government, that the jurisdiction exercised by naval officers in Newfoundland waters is an intolerable nuisance to the Colony, and that the police of the fisheries should, as soon as possible, be made over exclusively to the Colonial Courts. || The House of Commons is pledged, it was said, to the adoption of any Imperial Act which the English Government for the time being may hereafter introduce for the fulfilment of its international obligations in Newfoundland. But who could say what sort of an Act a future English Cabinet might deem necessary or sufficient for that purpose, or what interpretation might be placed on those obligations by a Cabinet whose members had, in opposition, committed themselves to the Newfoundland view of them? || On an international question of this kind, it was impossible for the French Government to place itself in a position of which all the permanent conditions were left indefinite and dependent upon the precise terms of an Act of Parliament not in existence. || In these circumstances, therefore, he could not now attempt to obtain the assent of the French Parliament to the arbitration arrangement. Such an attempt was rendered hopeless by the action of the English Parliament, and nothing seemed left to do but to prolong the modus vivendi, if possible, till more substantial guarantees could be obtained for giving permanent effect to the award of the Arbitrators. || From some words addressed by your Lordship to M. Waddington, which M. Ribot quoted to me, but which do not occur in your Lordship's

Nr. 10722. Grossbritannien. 4. Juni 1891.

reply to the French Ambassador's note, his Excellency appeared to have derived an impression that her Majesty's Government had in contemplation some arrangement with the Newfoundland Government for doing away with the surveillance of the naval authorities, and placing the police of the fisheries entirely under the jurisdiction of the Colonial Courts. || I cannot recall the exact words read to me by his Excellency from a document which I supposed at the time to be your Lordship's note to M. Waddington of the 1st instant, but I told him that they did not appear to me to bear the construction he put on them. Hitherto, the action often incumbent on Her Majesty's naval authorities in Newfoundland waters for enforcing the terms of the modus vivendi had been insufficiently protected by law. It was therefore necessary to legalize the scope of the powers exercised by them for the abovementioned purpose, and whether this result was effected by Colonial or Imperial legislation was a matter that could not concern the French Government. || M. Ribot said, that was undoubtedly the case. But the French Government would be seriously concerned by the transfer of judicial functions in reference to fishery disputes, under the modus vivendi or the arbitral award, from the naval authorities to the Colonial Courts, and he trusted that no such proposal would be entertained by Her Majesty's Government. || I gathered from the whole tenour of his remarks, that this is the point on which his mind is most exercised.

Nr. 10723*). FRANKREICH. — Der Botschafter in London an das englische auswärtige Amt. — Derselbe Gegenstand.

Londres, le 7 Juin, 1891. (8. Juin.)

Nr. 10723. Frankreich. 7. Juni 1891.

M. le Marquis, || J'ai l'honneur de vous accuser réception de la lettre que votre Seigneurie a bien voulu m'écrire le 1er Juin et que j'ai communiquée sans retard à M. le Ministre des Affaires Étrangères. M. Ribot vient de m'inviter à vous faire part des observations que la lecture de cet important document lui a suggérées. || M. Ribot se rend parfaitement compte des difficultés en présence desquelles s'est trouvé le Gouvernement de Sa Majesté pour assurer l'exécution de l'arrangement du 11 Mars; mais il ne peut s'empêcher de regretter aussi bien que votre Seigneurie que le Bill présenté par Lord Knutsford et voté par la Chambre des Lords n'ait pas reçu force de loi par le vote de la Chambre des Communes. En effet c'est la première fois qu'en Angleterre on s'écarte de l'ancienne et constante pratique de confier au Gouvernement des pouvoirs permanents pour l'exécution des arrangements internationaux. Sans chercher à examiner ici l'origine première ou la portée actuelle de lois importantes telles que le "Mutiny Bill", qui sont renouvelées annuellement, je me bornerai à faire remarquer à votre Seigneurie que ces actes du Parlement, si importants qu'ils soient, sont tous d'ordre intérieur. Au contraire, il a toujours été reconnu que les Conventions internationales, souvent si difficiles à

*) Vgl. Nr. 10412 und 10410. Anm. der Red.

conclure, doivent être sanctionnées une fois pour toutes, et que les Gouvernements doivent être munis de pouvoirs permanents pour les exécuter. En effet il est de l'intérêt évident des deux pays contractants de ne pas renouveler périodiquement des débats qui peuvent soulever des questions irritantes. || M. Ribot, en présentant l'arrangement du 11 Mars à l'approbation du Sénat, avait pu affirmer l'engagement catégorique pris par les Ministres de la Reine d'assurer, d'une façon permanente, l'exécution de notre accord. Il est nécessaire qu'il puisse faire la même déclaration à la Chambre des Députés à laquelle l'arrangement est actuellement soumis. || Il est vrai que la Résolution votée à l'unanimité par la Chambre des Communes a consacré l'engagement pris par le Gouvernement de Sa Majesté vis-à-vis du Gouvernement de la République, et la haute assemblée s'est déclarée prête à soutenir le Gouvernement de Sa Majesté dans toutes les mesures nécessaires pour assurer l'exécution des Traités et des Arrangements conclus avec la France. Il va sans dire que nous apprécions à toute sa valeur une résolution conçue dans ces termes et que nous la considérons, suivant l'expression même de votre Seigneurie, comme un engagement d'honneur. Mais il n'en reste pas moins une grave question d'interprétation à résoudre et je suis persuadé qu'il est de l'intérêt des deux pays de ne point la laisser dans la vague. Cette question je l'ai déjà posée à votre Seigneurie; mais M. Ribot m'invite à la préciser: Devons-nous comprendre la Résolution votée par la Chambre des Communes et acceptée par le Gouvernement de Sa Majesté en ce sens, que le Parlement Impérial s'est engagé à voter, à défaut du Parlement Colonial, un Bill identique en ses effets à celui dont l'avait saisi Lord Knutsford, c'est-à-dire, à donner au Gouvernement Anglais seul les moyens permanents de faire exécuter les Traités avec la France et l'Arrangement du 11 Mars. || En effet, ainsi que j'ai déjà eu l'honneur de vous le faire remarquer, nous ne pouvons reconnaître aux autorités ou aux Tribunaux de Terre-Neuve le droit de se mêler d'affaires internationales. C'est avec le Gouvernement Anglais seul que nous avons traité et c'est de lui seul que nous attendons, en ce qui le touche, l'exécution de nos accords. || Je prie votre Seigneurie de me fournir sur ce point spécial les explications qui sont nécessaires à M. Ribot, afin de se mettre en mesure de demander les plus tôt possible à la Chambre des Députés l'approbation de notre Arrangement du 11 Mars. Waddington.

Nr. 10723. Frankreich. 7. Juni 1891.

Nr. 10724. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Die englische Regierung wird keine Kabinetsfrage aus der Neufundlandangelegenheit machen.

Foreign Office, June 8, 1891.

My Lord, || I have received and laid before the Queen your Excellency's despatch of the 4th instant, reporting your conversation with M. Ribot on the previous day respecting the Newfoundland Fisheries question. || M. Waddington

Nr. 10724. Grossbritannien. 8. Juni 1891.

Nr. 10724. Grossbritannien. 8. Juni 1891.

informs me, that, as soon as he has received M. Ribot's reply to the note which I addressed a week ago to the Ambassador, he will come to me to explain the views of his Government. || Under these circumstances, I will not at present reply to your Excellency's despatch. || But there is one misconception into which M. Ribot has fallen, and which it is desirable I should correct without delay. He stated to your Excellency, that I had undertaken that Her Majesty's Government would make a Cabinet question of the Bill on the Newfoundland arbitration, which was introduced by Lord Knutsfort into the House of Lords. In this his Excellency is entirely mistaken. The only statement of mine which can have given rise to such a misunderstanding was a remark to M. Waddington, to the effect that we should look upon the approval of Parliament to the Convention which we were about to sign as indispensable to the existence of the Ministry. That approval we have received in the most formal manner. But I never pledged myself to attach that character to the passage of a particular Bill. Salisbury.

Nr. 10725. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Botschafter über die Ausführung des Schiedsspruches.

Foreign Office, June 10, 1891.

Nr. 10725. Grossbritannien. 10. Juni 1891.

My Lord, || The French Ambassador called upon me to receive my answer to the letter of which a copy has been forwarded to your Excellency. || I stated to him, that it appeared to me at first sight that M. Ribot had entered upon the discussion of matters which were not properly the subject of international controversy at all. England had undertaken to execute the Award of the Arbitrators. To that undertaking, in any circumstances, and under any Government, she was bound, and France had the fullest right to require from her a performance of her pledge. But France had no right to investigate the municipal arrangements by which the performance of that international duty was secured. It was for us to make what arrangements we pleased, and in discussing those arrangements the members of our Legislature were at liberty to use what language they pleased. The machinery we employed, the political principles we followed, the doctrines we defended or attacked among ourselves, were purely a question for our own discretion, with which no other nation had any right to interfere. One right, and one right only, France had acquired by the Convention, and that was a right to the substantial and honest performance of the Award. || M. Waddington answered me, that it was impossible France could omit to take notice of the unusual procedure which had been followed in England, of the statements which had been made in both Houses of Parliament, and especially the language that had been employed by the Opposition. They could not help deducing from it an intention on our part not to execute the Treaty or the Award ourselves, but to dele-

gate the performance of it to a colonial Tribunal; and then when, as would certainly happen, colonial prejudice was allowed to interfere with the full performance of the Treaty, we should take refuge behind a Tribunal, and plead our Constitutional inability to influence its decisions. He insisted, that France had to do with no Colony or Tribunal, but with us alone, and that, before they went on further with the arbitration, he had the right to receive an assurance that we concurred in that opinion. || I pointed out to his Excellency, that, waiving for the moment our right to treat as unauthorized any foreign criticism upon the conduct of our own procedure in the framing of our own laws, his reasoning was open to the objection that is confounded together two very different considerations. I could understand, without in any way justifying it, the objection which France entertained to the decision upon these claims being left to any colonial authority. I thought, that an Imperial authority would be more satisfactory. But his Excellency's words went much further than this objection. He did not merely demur to a colonial Tribunal, but to the intervention of any Tribunal at all. He appeared to require, that the somewhat rough and ready procedure which our naval officers had hitherto been instructed to pursue was the one which France was entitled permanently to insist upon. We fully admitted, that France had a right to require from us that we should fulfil the clause of the Convention engaging us to execute the Award. But we objected to the claim of the French Government to read the words, "by military law", into that engagement. What France, in fact, was requiring of us was that, for the purpose of insuring the rights of her subjects, we should maintain a permanent state of siege upon the Treaty Shore. This was a privilege which we gave to no rights of any persons in any parts of the world, and there was nothing in the Convention which justified France in claiming it.

Nr. 10725. Grossbritannien. 10. Juni 1891.

Salisbury.

Nr. 10726. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Frankreich zweifelt, dass England seine Verpflichtungen erfüllen kann.

Foreign Office, July 15, 1891.

(Extract.) || I asked M. Waddington, how the Newfoundland arbitration stood. He replied, that France had never thrown the slightest doubt upon the good faith of the British Government, but had only doubted its power to fulfil its engagements; and he asked me for some particulars with respect to the Bill which was being discussed with the Newfoundland Government upon the subject of the appointment of Tribunals for the Treaty Shore, I replied that it was very doubtful whether any Bill would be agreed upon between Her Majesty's Government and that of Newfoundland, and that in 1893 I thought it would probably be necessary for the Government of the day to pass an Imperial Act to carry out the engagements with France. But I entirely

Nr. 10726. Grossbritannien. 15. Juli 1891.

Nr. 10726. Grossbritannien. 15. Juli 1891.

demurred to the right of the French Government to look behind the engagement of Her Majesty. We had the will and we had the power to execute our engagements; but the mode in which we did so was not a matter concerning which we could enter into explanations. At the same time, I pointed out to him again, as I had already observed in my letter to him, that the action of the House of Commons was in truth in fuller satisfaction of our engagements under the Convention of March than any Bill could have been. An Act when passed is always liable to be repealed; and there is nothing in its passage which makes that repeal dishonourable or unusual. But a Resolution such as that passed by the House of Commons is an honourable pledge, and from a pledge of that kind the House of Commons has never been known in its history to recede. The security to the French Government is therefore greater than if we had passed the Bill which we carried through the House of Lords.

Nr. 10727. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Will die französische Regierung den modus vivendi erneuern?

Foreign Office, March 19, 1892.

Nr. 10727 Grossbritannien 19. März 1892.

Sir, || You are aware that the arrangement for referring to arbitration the questions in dispute respecting the catching and preservation of lobsters on the Treaty Shore of Newfoundland has received in principle the approval of the British Parliament. It has also received the sanction of the French Senate, but it has not yet been brought before the Chamber of Deputies. || I understand, that the French Government are deferring any steps for the latter purpose until they have been able to satisfy themselves that adequate legal provision has been made by the Newfoundland or Imperial Legislature for carrying into effect the Arbitral award. || A measure for this purpose is about to be laid before the Newfoundland Chambers; but, in the meanwhile, the fishing season is rapidly approaching, and some provisional arrangements will again be requisite before the arbitration can be brought to an issue. || I should wish you to draw M. Ribot's attention to the matter, and to inquire whether the French Government desire that the modus vivendi of last year should be renewed for the ensuing fishing season, in which case it would be desirable that the renewal should be speedily settled and made public.

Salisbury.

Nr. 10728. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Auswärtige Amt. — Ablehnung des Vertragsentwurfs durch die Legislatur in Neufundland.

Downing Street, May 17, 1892.

Nr. 10728. Grossbritannien. 17. Mai 1892.

Sir, || I am directed by Lord Knutsford to transmit to you, for the information of the Marquis of Salisbury, copies of two telegrams from the Governor of Newfoundland respecting the proceedings in the Legislative

Assembly on the motion for the second reading of the Treaties Bill. || The Governor has been desired by telegraph to send home as soon as possible a full report of the debate and proceedings on the motion for the second reading. Nr. 10728. Grossbritannien. 17. Mai 1892.

John Bramston.

Anlage.

Gouverneur von Neufundland an das Kolonialamt.

May 14, 1892.

(Telegraphic.) || Treaties Bill rejected last night by 23 to 8.

Nr. 10729. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Die Gesetzgebung von Neufundland beschliesst die Verlängerung des Provisoriums.

Received May 17, 1892.

(Telegraphic.) || 17th May 1892. — Am requested by Adress from House of Assembly to forward following for information of Her Majesty's Government:— || Whereas the Legislature of this Colony did, on the 24th day of March 1891, appoint five of its members as a delegation to proceed to England to lay before the British Parliament and people the reasons of this Colony for opposing the legislation brought forward by the Imperial Government in reference to the French Treaties question; and whereas it was resolved by this Legislature that when a majority of the said Delegates should agree to any basis of arrangement and settlement the said Delegation should recommend it to the Legislature, and that each member of the Delegation should be bound by the decision of a majority; and whereas a difference of opinion has arisen between the said Delegates, and the Legislature has had a majority and minority Report presented for its consideration; and whereas the Bill now before the House does not provide for the payment by Great Britain of compensation due to persons who may suffer by the enforcement of the Treaties, the modus vivendi, and the arbitration award, provision for which compensation was insisted upon by the Marquis of Salisbury when speaking in the House of Lords on the 29th day of May 1891, to be a condition precedent to the enactment of any permanent Act by this Legislature; and whereas the Bill now before the House is not acceptable to this House in other respects; and whereas the Legislature did, on the 30th day of May last, pass a temporary Bill to enable Her Majesty's Government to carry into effect engagements with France respecting fisheries in Newfoundland during the period of negotiations for the settlement of difficulties concerning the Treaty Shore; and whereas it is provided, that the said Act shall continue in force only until the end of 1893 and no longer; and whereas the said negotiations may occupy a longer period that at first anticipated: Be it resolved, that this House undertakes to extend

Nr. 10729. Grossbritannien. 17. Mai 1892.

Nr. 10729. Grossbritannien 17. Mai 1892.

the operations of the Act entitled "An Act for the purpose of carrying into effect engagements with France respecting Fisheries in Newfoundland" for a further period of two years from the expiration thereof, so as to afford time for further negotiations: Be it also resolved, that the further consideration of the French Treaties question be referred to a Joint Select Committee of both Houses with a view to aiding Her Majesty's Government in procuring a satisfactory solution of all existing difficulties.

Nr. 10730. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Unterredung mit dem französischen Botschafter über die Ausführung des Schiedsgerichts.

Foreign Office, May 24, 1892.

Nr. 10730. Grossbritannien. 24. Mai 1892.

My Lord, || M. Waddington called my attention to the rejection by the Newfoundland Legislature of the Bill for establishing a jurisdiction upon the "Treaty Shore" for the execution of the Treaties between France and England, and he urged that as the effort to obtain the requisite legislation from the Newfoundland Assembly had failed, we were bound to fall back now upon Imperial legislation. || I replied, that I could not admit that anything in the Arbitration Agreement of last year gave to the French Government the right to ask for any fresh legislation in respect to the Tribunals by which the Treaty rights would be carried out. They were entitled to demand that we should carry into execution whatever the Arbitrators should determine to be the sense of the Treaties between the two countries; but they had no right to inquire into the machinery, legislative or forensic, by which this obligation was to be fulfilled. At the same time, I fully admitted that some such proposal as that which we had made last year was a matter of high expediency; and I much regretted that the House of Commons had not been disposed to carry through the legislation which we proposed. I feared, that the state of public business was such as to make it exceedingly problematical whether any such legislation could be possible during the present Session. The Act, however, of the Newfoundland Legislature which was passed last year had provided for the execution of the modus vivendi up to the end of 1893, and therefore it would be possible next year to deal with the question of Imperial legislation, and no serious injury would be the consequence of deferring Parliamentary action to that time. || His Excellency was nevertheless very earnest that if it were possible we should make an effort to pass the required Bill during the present Session, and I promised to ascertain from my colleagues in the House of Commons whether there was any likelihood that such an effort would be successful.

Salisbury.

Nr. 10731. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. — Unterredung mit Ribot über denselben Gegenstand.

Paris, May 25, 1892.

Nr. 10731. Grossbritannien. 25. Mai 1892.

My Lord, || M. Ribot complained to me to-day, in somewhat earnest terms, of the unwillingness manifested by Her Majesty's Government to apply to Newfoundland those coercive measures which were necessary to render effective the agreement to arbitrate which had been arrived at between France and England last year. He said, that M. Waddington had informed him that your Lordship had dwelt upon the difficulties of introducing into the House of Commons so important a measure as that indicated upon the eve of a dissolution, and that he did not fail to appreciate the difficulties of your Lordship's Parliamentary position. But, for all that, he considered that he and his Government had reason to complain of the manner in which the question had been handled, as well as of the unsatisfactory result which had been reached. || I remarked, that the legislation he referred to was of a very serious character, and that no Bill embodying the necessary provisions would have a chance of even reaching the preliminary stage under existing circumstances, and that your Lordship could not be expected to embark upon what would certainly be a futile and useless line of action, however anxious you might be to give effect to the arrangements contemplated by the Convention of 1891.

Dufferin and Ava.

Nr. 10732. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an den Botschafter in Paris. — Derselbe Gegenstand. Frankreich hat nicht das Recht, die englischen Maassregeln zu kritisiren.

Foreign Office, May 31, 1892.

Nr. 10732. Grossbritannien. 31. Mai 1892.

My Lord, || M. Waddington has urged upon me once or twice the importance of procuring the enactment during the present Session of Parliament of the Newfoundland Bill which we introduced last year, and which was suspended in the hope that some satisfactory colonial legislation might be substituted for it. || Although I regret that, for causes which are sufficiently known, it was not possible to pass that Bill through the House of Commons in the year 1891, I cannot admit that the French Government have any right of complaint upon that ground. The Bill was a valuable measure, and the enactment of some such provision by the Imperial Government may very probably prove to be necessary. But the French Government have no right to require it. As I observed more than once to the French Ambassador at the time, and to your Excellency's predecessor, the French Government do not derive from the Agreement of the 11th March, 1891, any title to inquire into the administrative machinery, or the legislative provisions, by which we propose

Nr. 10732. Grossbritannien. 31. Mai 1892.

to give effect to our engagements under that Convention. We have engaged to execute the decisions of the Commission of Arbitration. If we fail to do so, the French Government will have a just and strong right to make remonstrance and to obtain redress. But until we fail in the engagement we have made, they have no right to assume that we shall not keep it, or to criticise the preparations we are making for doing so. || We are perfectly ready to go on with the Arbitration so soon as it shall be ratified by the French Chamber. If the Arbitrators should decide in our favour, we can have no difficulty in executing their decisions. If the Arbitrators shall decide against us, Her Majesty's Government will scrupulously observe the Agreement which they have signed; and the legislative arrangements, if any, necessary to enable them to do so will receive the sanction of Parliament. We should have a right to make this assumption in any case; but in the present case we can make it with increased certainty, inasmuch as an undertaking to that effect has been placed upon its journals by the House of Commons. || I do not think it is probable that any legislation on this subject can be passed during the present Session; but as there is no chance of the Arbitration being finished before the conclusion of the Session, the obligation under which we lie under the Agreement of the 11th March will not arise. Salisbury.

Nr. 10733. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Fordert Bericht über die Anschauung der neufundländischen Regierung.

Nr. 10733. Grossbritannien. 7. Febr. 1893.

(Telegraphic.) || 7th February 1893. — It is necessary, that Her Majesty's Government should know, as soon as possible, intentions of your Ministers and Legislature as to permanent legislation to enable Her Majesty to carry out Treaty obligations. Telegraph reply.

Nr. 10734. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatsekretär der Kolonien. — Antwort auf das Vorige.

Received February 14, 1893.

Nr. 10734. Grossbritannien. 14. Febr. 1893.

(Telegraphic.) || In reply to your Lordship's telegram of 7th February, I am requested by my Ministers to transmit the following Minute of Committee of the Executive Council. Begins: — „The Treaties Bill introduced into House of Assembly by Sir W. Whiteway in the Session of 1892 was defeated by a majority of 23 to 8. Only two members of the Executive Council, Sir W. Whiteway and Mr. Harvey, supported it. My responsible advisers wish to call the attention of the Secretary of State for the Colonies to the resolutions of the 14th May last, transmitted in the telegram of the 17th May as indicating the action proposed by the House of Assembly. The Legislature meets on the 7th March. (Signed) W. V. Whiteway, in the absence of the Colonial Secretary." — Ends.

Nr. 10735. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Beschleunigung der gesetzlichen Maassnahmen ist wünschenswerth.

(Telegraphic.) || 16th February 1893. — Referring to your telegram of 14th February permanent legislation absolutely necessary to enable arbitration to proceed. French Government would not enter on negotiations for purpose indicated by Resolutions of Legislature till after arbitration. || If Houses of Legislature will not fulfil pledges given by delegates on their behalf, Her Majesty's Government will have no alternative but to introduce Imperial legislation; consequently, we hope that your Ministers will be prepared to introduce and press on Legislature satisfactory permanent measure during next Session. Draft must be arranged with Her Majesty's Government. Telegraph reply.

Nr. 10735. Grossbritannien. 16.Febr.1893.

Nr. 10736. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Antwort auf das Vorige.

Received February 27, 1893.

(Telegraphic.) || Referring to your telegram of 16th February, matter is before Select Committee, whose report will be submitted to Houses of Legislature meeting on 7th March. Till then my responsible advisers feel they cannot move.

Nr. 10736. Grossbritannien. 27.Febr.1893.

Nr. 10737. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Uebersendet den Entwurf einer Note an den französischen Botschafter.

Foreign Office, February 27, 1893.

Sir, || I am directed by the Earl of Rosebery to request you to inform the Marquess of Ripon, that, as the result of personal communication with the French Ambassador, it has been decided that the „modus vivendi" in Newfoundland waters should be renewed for the present season. || I am accordingly to enclose, for Lord Ripon's consideration, the draft of a note to this effect which, with his Lordship's concurrence, Lord Rosebery proposes to adress to Monsieur Waddington.

P. W. Currie.

Nr. 10737. Grossbritannien. 27.Febr.1893.

Anlage.

Foreign Office, (March 4,) 1893.

M. L'Ambassadeur, || In accordance with the agreement arrived at in our conversation on the 22nd ultimo, I have the honour to state, that Her Majesty's Government are willing that the modus vivendi of 1890, relative to the catching and preparation of lobsters on the Treaty Coast of Newfound-

Nr. 10737. Gross-britannien 27. Febr. 1893.

land, which was renewed during the fishing seasons of 1891 and 1892, should again be renewed for the fishing season of the present year. || On receiving from your Excellency formal notice that your Government desire this agreement, Her Majesty's Government will consider this exchange of notes as an agreement between the two Governments, and will give the necessary directions to carry the agreement into execution on behalf of Great Britain.

Nr. 10738. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das Auswärtige Amt. — Billigt den Entwurf.

Downing Street, March 2, 1893.

Nr. 10738. Gross-britannien. 2. März 1893.

(Extract.) || I am directed by the Marquess of Ripon to acknowledge the receipt of your letter of the 27th ultimo, respecting the renewal of the modus vivendi with France respecting the lobster factories in Newfoundland, and to state that his Lordship concurs in the draft note. || I am to request that a copy of the note when sent may be communicated to this Department for transmission to the Governor of Newfoundland.

Nr. 10739. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Beschluss der neufundländischen Kommission über das Schiedsgericht und den modus vivendi.

Received March 9, 1893.

Nr. 10739. Gross-britannien. 9. März 1893.

(Telegraphic.) || Report of Committee presented last evening, will be discussed to-day. Prime Minister informs me, that he intends to oppose because it is not in accordance with facts stated in correspondance, and misleading, but in his belief it will be adopted. It is as follows: Houses of Legislature unwilling it should be considered there was ever any intention on their part to repudiate proposals made by Delegates. Bill rejected last year was not in accord with those proposals, and did not contain principles agreed upon by Delegates and Her Majesty's Government. In reply to your telegram of 16th February, both Houses beg to intimate their readiness, in interests of Empire, to enact legislation fulfilling proposals by Delegates, and to agree with Her Majesty's Government upon draft of measure for that purpose. They regard it as essential that such legislation should provide for Courts and compensation as proposed in Delegates' letter 1st May 1891, and referred to by Lord Salisbury in Lords, 29th May 1891. Legislature most earnestly protests against Imperial legislation for enforcement Treaties and Award of Arbitration which does not contain provision for compensation and for Courts constituted as agreed upon by Her Majesty's Government and Delegates from this Colony. Partial Arbitration now pending was agreed upon in opposition Colony's repeated protests. Legislature earnestly desires, that Arbitration should not proceed unless scope extended so as to include all questions arising

under Treaties, or at least French use of St. Pierre and Miquelon. Legislature urgently requests that, while negotiations for extension Arbitration and joint application Canada and this Colony for British Consul are pending, the Arbitration regarding lobster question shall not be proceeded with. A measure extending till end 1895 present Act for enforcing Treaties and modus vivendi will be enacted, if Her Majesty's Government desire it, pending result negotiations. Report Joint Select Committee and Address by both Houses will be forthwith sent by mail. Nr. 10739. Grossbritannien. 9. März 1893.

Nr. 10740. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Government House, St. John's, March 13, 1893. (Rec. March 27, 1893.)

My Lord Marquess, || Referring to my telegram of this day's date I have the honour to forward, at the request of both Houses of Assembly, the report of their Joint Committee on the question of Treaty Shore legislation, which was adopted in the Legislative Council by a majority of five to three, and in the Lower House by seventeen to five. || I would further observe, that the intention of presenting an address to Her Majesty therein alluded to has been abandoned. I regret, that I am unable to forward copies of the debates on this matter, but, as has been already reported in previous years, they are not published till days after they take place. Nr. 10740. Grossbritannien. 13. März 1893.

T. O'Brien, Lieut.-Colonel, Governor.

Nr. 10741. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Uebersendet den Bericht über die Verhandlugen des Parlaments in Neufundland.

13. März 1893. (Erhalten 27. März.)

House of Assembly of Newfoundland, || To His Excellency Sir J. Terence N. O'Brien, Lieut.-Colonel, Knight, Commander of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, Governor and Commander-in-Chief in and over the Island of Newfoundland and its Dependencies. Nr. 10741. Grossbritannien. 13. März 1893.

May it please your Excellency, || The Legislative Council and the House of Assembly have adopted the accompanying report of a Joint Select Committee of both Houses of Legislature on the French Treaties question, and request that your Excellency will be pleased to cause the said report to be transmitted by mail to Her Majesty's Secretary of State for the Colonies.

E. D. Shea, President.
Geo. H. Emerson, Speaker.

Nr. 10741. Grossbritannien. 13. März 1893.

Report of Joint Select Committee of both Houses of Legislature on French Treaties Question.

St. John's, Newfoundland, March 8, 1893.

The Joint Select Committee of both Houses upon the French Treaties question beg leave to lay before your honourable House the following preliminary report: —

(1.) They have had submitted to them for their consideration the correspondence*): — || (*a.*) Telegrams from the Secretary of State for the Colonies to Governor O'Brien dated February 7th, 1893. || (*b.*) Telegram from Governor O'Brien to Secretary of State for the Colonies dated February 14th, 1893. || (*c.*) Telegram from Secretary of State to Governor O'Brien dated February 16th, 1893. || (*d.*) Telegram from Governor O'Brien to Secretary of State for the Colonies dated February 25th, 1893.

(2.) The purport of that correspondence is as follows: — || (*a.*) Her Majesty's Government wish to know the intention of the Government and Legislature of this Colony as to permanent legislation to carry out Treaty obligations — (telegram, February 7th). || (*b.*) The Government reply, that the Bill introduced last Session was defeated by 23 to 8, and that the resolution adopted by the Assembly on May 14th, 1892, indicates the proposed action of the Assembly — (telegram, February 14th). || (*c.*) Her Majesty's Government consider permanent legislation absolutely necessary. French Government will not negotiate for purposes indicated by Assembly's resolution of May 14th till arbitration completed. If Legislature will not fulfil the pledges given by Delegates, Her Majesty's Government will introduce legislation into Parliament. Hope expressed, that Government of Colony will introduce and press a satisfactory permanent measure during this Session. The draft of such a Bill must be arranged with Her Majesty's Government — (telegram, February 16th). || (*d.*) The Government reply, that matter now before Joint Select Committee, which will report when Legislature meets. Meantime Government cannot move — (telegram, February 25th).

(3.) Your Committee find, by reference to the Minutes of both Houses, that in May 1891 the following resolution was adopted: — || "Resolved — That this Legislature will adopt such legislation as may be necessary to carry into effect the proposals made to Imperial Government and Parliament by the Delegates."

(4.) By reference to the correspondence and documents then before the Legislature, the Committee find that the Delegates made the following proposals in reference to legislation of a continuing character: — || (*a.*) That it should provide for the creation of a Court to adjudicate upon complaints arising in the course of the enforcement of the Treaties and the award of the proposed arbitration upon the lobster question, the Judges of which Court should be

*) Nr. 10733—36. Red.

appointed by the Government of the Colony, with the approval of Her Majesty in Council, and from whose judgments there should be a right of appeal to the Supreme Court of this Colony, and thence to the Judicial Committee of the Privy Council. || (*b.*) That compensation should be provided for those persons, if any, whose property might be injured or disturbed in consequence of the enforcement of the award of the arbitration; provided it were found impossible to abandon arbitration altogether — (See letter of Delegates to Secretary of State for Colonies, dated May 1st, 1891).

(5.) That the proposals made by the Delegates were understood by Her Majesty's Government to be as above set forth is proven by the language of Lord Salisbury, in the House of Lords, on Friday, May 29th, 1891, when he said: — || "The information we have received from the Delegates is, that if by that time Her Majesty's Government should be agreed upon legislation with respect to the tribunals by which the Treaties are to be enforced, and compensation due to persons who may suffer under them, then in that case the Newfoundland Legislature will give permanence to the provision which we understand they have now adopted until the end of 1893."

(6.) In further proof, that the proposals of the Delegates were understood by Her Majesty's Government to be as above set forth, we draw attention to the fact, that the first Draft Bill discussed between the Delegates and Her Majesty's Government*), contained provisions for the appointment of Judges by the Government of Newfoundland, and for an appeal to the Supreme Court and the Privy Council.

(7.) The Committee find, that the Bill introduced into the House of Assembly last Session by the request of Her Majesty's Government, and refused a second reading after a protracted debate, did not contain any provisions for the appointment of Judges by the Government of this Colony, or for the compensation of persons who might suffer damage in consequence of the award of the arbitration; that it was not therefore in accord with the proposals made by the Delegates and ratified by both Houses of the Legislature; and consequently, that the Legislature was not in any manner bound to its enactment.

(8.) The provisions of the Bill submitted to the Legislature last Session**) were an absolute departure from the basis of the Act which the Legislature understood it would be called upon to enact. The tribunal contemplated by the Delegates and the Legislature was one which would hear and determine any complaint which the aggrieved party might consider necessary to bring before the Court, for the infringement of or interference with the fishery rights of the complainant, whoever he might be. Instead of such a Court the proposed Bill only provided: — || "Where a naval officer, holding the instructions

*) Anlage. Red.

**) 10426. Annexe. Red.

Nr. 10741. Grossbritannien. 13. März 1893.

of Her Majesty the Queen, given through the Commissioners of the Admiralty, for fulfilling the French Treaties and arbitration award, thinks it necessary to take any action against any persons or their property for carrying into effect or enforcing the said Treaties or award, or of maintaining peace and good order among the persons engaged in the fisheries on the Treaty Coast and waters, he shall bring the matter before the Judicial Commission Court, and before taking any action obtain a judgment of the Court directing such action." (Section 2.) || It will be observed, that the right of complaint and initial procedure is restricted to the Naval Officer, and then only "when he thinks it necessary to take any action against any persons or their property, &c." The result of this would be to legalise an authority heretofore usurped by Naval Officers, and practically to abolish any redress to the subject. And when, in connexion with the limited rights of the subject under section 2, the extraordinary and unheard-of powers conferred by sub-section 2 of section 6 on Naval Officers are considered, your Committee are of opinion, that Naval Officers are, by this Act, given more absolute control than has hitherto been attempted to be assumed by the most arbitrary of them. || We view with alarm the creation of a dual authority such as is indicated by section 1, by which Commissioners with unknown powers are to be appointed, and then (sub-section 2 of section 1) constituted a Commission Court with powers subject only to the review of the Privy Council. But even this right of appeal is subject to restrictions now unknown, and to be subsequently defined. Your Committee see no valid reason why these appeals should not be governed by the ordinary rules regulating appeals to and from the Superior Tribunals of Her Majesty's Colonies. The refusal of Her Majesty's Government to assure the Delegates, that the Commissioners would be lawyers of training and standing, and the want of that assurance in the proposed Bill, indicate that these Commissioners are likely to be the Naval Officers commanding cruisers in the Treaty waters.

(9.) Though the obligations of the Treaties while they continue to exist must be enforced, and though the conditions existing on the coasts to which they apply may make Special Courts seem desirable, the existence of any good and sufficient reason for departing from the principles and procedure which ordinarily govern Courts in the administration of British laws cannot be admitted. The Delegates stipulated, therefore, that the Judges of the Special Courts charged with the enforcement of the Treaties should be appointed in the same manner as the Judges of our Supreme Court, and that the right of appeal should be granted — (see Delegates' letter of May 1st, 1891). Mindful, too, of the fact that the lobster factories upon the coasts over which the French have rights were permitted to be erected, and to be operated, while British Naval Officers were professedly enforcing Treaty rights on that coast, under the instructions of Her Majesty's Government, and of the other fact, that the negotiations for arbitration upon the right to catch and pack lobsters

were commenced and concluded in opposition to the protests of this Colony, the Delegates conditioned, that provisions for the purpose of affording compensation to the owners of factories should be inserted in any measure legalising the award of the arbitrators — (see Delegates' letter of May 1st, 1891). Your Committee are of opinion, that the Legislature should never consent to any legislation which does not accord the right to appoint the Judges of the Special Courts, and provide for compensation for damages consequent upon the award, in the manner proposed by the Delegates.

(10.) It is evident, that the Delegates in making their proposals, and the Legislature in pledging itself to support them, were mindful of the duty of protecting the French in the exercise of their Treaty rights in the waters and on the coasts of Newfoundland, so long as those rights continued to exist. But neither Delegates nor Legislature had any thought of abandoning or abating the demand for the abrogation of those Treaties altogether, either by purchase, exchange, or otherwise, at the earliest possible opportunity. Those Treaties have become odious, through the changed conditions of the region to which they apply, and it is, and ever must be, the patriotic aspiration of the people of this Colony to have its soil and its waters free from every foreign claim. Your Committee think, therefore, that the Legislature, when notifying Her Majesty's Government of its readiness to fulfil the proposals of the Delegates, should make it plain that, as the Treaties were made in the interests, not of this Colony, but of the Empire at large, it was for the Empire's honour and advantage, that proposals were made by the Delegates, and will be fulfilled by the Legislature, and that the Colony will expect to be rewarded in due time by the entire abrogation of the Treaties, at the expense of that Empire on whose behalf they were made and enforced.

(11.) Your Committee recommend, that His Excellency the Governor be requested to transmit by wire the accompanying despatch*) to the Secretary of State for the Colonies, in reply to his telegram of February 16th, intimating that the Legislature abides by its promise to carry out the pledges of the Delegates when a Bill is agreed upon which shall contain the provisions as to Courts and compensation as stipulated by the Delegates, a draft of which Bill the Legislature is prepared to forthwith arrange with Her Majesty's Government; and protesting against Imperial legislation before such a Bill is agreed upon for submission to this Legislature as a breach of a well-understood agreement between the Delegates and Her Majesty's Government.

(12.) The permanent legislation asked for is desired not alone for the purpose of enforcing the Treaties relative to that portion of Newfoundland on the coasts of which the French have certain fishery rights, but also for the enforcement of the award of an arbitration relative to the lobster question agreed upon between Her Majesty's Government and the Government of France.

---

*) Nr. 10739. Red.

Nr. 10741. Grossbritannien. 13. März 1893.

From the outset such a piecemeal arbitration has been opposed by, and on behalf of, this Colony, and the agreement between the Governments of France and Great Britain relative to it was made not only without its consent, but in despite of the well-known and frequently expressed opposition of the Legislature and Government of this Colony. The chief ground of objection has been, that no arbitration should be consented to that did not include all the questions concerning this Colony at issue between the two nations, more particularly the manner in which the French exercise and exceed their rights in the Islands of St. Pierre and Miquelon. The correspondence proves, that the Delegates frequently expressed to Her Majesty's Government the desire of the Colony for "an unconditionl arbitration upon all points, that either party can raise under the Treaties and declarations", and especially urged, that the questions relating to St. Pierre and Miquelon should be included in the subjects to be passed upon by the proposed arbitration in Paris. Your Committee conceive the protest against any piecemeal arbitration to be an expression of the sentiment of the entire Legislature, and recommend, that an address to Her Majesty in Council should be adopted, praying that the proposed arbitration should not be allowed to proceed unless and until its scope is so enlarged as to make it obligatory upon the arbitrators to decide upon all questions arising under Treaty and other obligations, or at least to include the manner in which the French exercise and exceed their rights in St. Pierre and Miquelon.

(13.) St. Pierre and Miquelon have long been the centre for smuggling operations, to the detriment of this Colony and the Dominion of Canada, and the manner in which they are at present used is a menace to the good government of the adjacent countries. All requests for the appointment of a British Consul at St. Pierre have been heretofore peremptorily refused, and this colony has therefore not been able to adequately protect itself from the practices carried on with and from the aforesaid Islands. || The Committee understand, that a joint application has been made by Canada and this Colony for the appointment of a British Consul and Assistant Consul at St. Pierre, and are of opinion that Her Majesty's Government should treat the concession by the Government of France of the right to make such appointments as a condition precedent to any further progress with the proposed arbitration.

(14.) In view of all the circumstances, your Committee recommend, that the Legislature adopt an address to Her Majesty in Council drawing her attention to the fact, that the Assembly, on the 14th of May last, resolved, that it would, under certain conditions, extend until the end of 1895 the Act now legalising the enforcement of the Treaties and modus vivendi with France, and praying that Her Majesty's Ministers will not introduce into Parliament any legislation for the purpose of legalising any arbitration not including all questions at issue under the Treaties, or at least that relative to St. Pierre and Miquelon, and pledging the Legislature, in case such an extended arbi-

tration is agreed upon, to the adoption of permanent legislation, provided it includes provisions for the creation of Courts and compensation as stipulated for by the Delegates. Nr. 10741. Grossbritannien. 13. März 1893.

R. Bond, Chairman. Philipp Cleary. M. Monroe.
G. T. Rendell. Geo. Skelton. Geo. H. Emerson. M. H. Carty.
A. B. Morine. J. Sinclair Tait. Frank Morris.

Anlage.

A Bill.

Entitled, &c. || (Recite the Treaties, Declarations and Agreement for Arbitration.) || Whereas it is necessary, that tribunals should be established on the Treaty Coast of Newfoundland as referred to in the said Treaties, declarations and agreement for the purpose of adjudicating upon all questions arising from time to time as between the persons fishing and curing their fish upon the said coast. || Be it enacted by the Governor, Legislative Council and House of Assembly, in Legislative Session convened: || 1. That it shall and may be lawful for the Government of Newfoundland, by and with the approval of Her Majesty, to appoint Judges, either stationary or itinerant, upon the said Treaty Coast to hold Court as occasion may require, to determine all questions arising between persons fishing and curing or drying their fish upon the said coast. || 2. That all such questions as aforesaid shall be heard and determined in a summary manner before the Court without a jury. 3. That the said judges shall have power to make such rules as may be deemed necessary for the forms and procedure of the Court, which rules shall, after having been approved of by Her Majesty in Council and published in the "Royal Gazette", be legal and binding as if embodied herein. || 4. That the judgments, orders and decrees of the said Courts shall be executed by officials to be oppointed as occasion may require by the Government of Newfoundland, subject to the approval of Her Majesty. || 5. When any party shall consider himself aggrieved by the adjudication, &c. || [Right of appeal to the Supreme Court of Newfoundland and from thence to the Privy Council.] || 6. No judgment or decree of the said Court shall be questioned for want of form. 7. This Act shall be cited as, &c., &c.

Nr. 10742. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Der französische Botschafter hat eine Note über die Erneuerung des modus vivendi überreicht.

Foreign Office, April 6, 1893.

Sir, || With reference to your letter of the 2nd ultimo, I am directed by the Earl of Rosebery to transmit herewith a copy of a note from the French Ambassador agreeing on behalf of his Government to the renewal, Nr. 10742. Grossbritannien. 6. April 1893.

Nr. 10742. Grossbritannien. 6. April 1893.

during the ensuing fishing season, of the modus vivendi of 1890 relative to the catching and preparation of lobsters on the Treaty Coast of Newfoundland. || I am to request, that you will move the Marquess of Ripon to take all necessary steps for carrying the terms of this arrangement into execution. || Lord Rosebery would be glad also to be favoured with Lord Ripon's observations on the latter part of Monsieur Waddington's note, in which he urges Her Majesty's Government to obtain the necessary powers from Parliament to enable them to carry into execution any award which may be given in the arbitration agreed upon between the two Governments.

T. H. Sanderson.

Nr. 10743. FRANKREICH. — Botschafter in London an das englische auswärtige Amt. — Frankreich stimmt der Erneuerung des modus vivendi für 1893 zu.

Ambassade de France, Londres le 4 Avril 1893.

Nr. 10743. Frankreich. 4. April 1893.

M. le Comte, || En réponse à votre lettre du 4 Mars j'ai l'honneur de vous déclarer que le Gouvernement de la République consent au renouvellement pour l'année 1893, du "modus vivendi" de 1890, relatif à la pêche et à la préparation des homards sur le "French Shore" à Terre-Neuve. || A cette occasion, je suis chargé par mon Gouvernement d'insister auprès de votre Seigneurie pour qu'elle obtienne du Parlement les pouvoirs nécessaires pour donner suite à l'arbitrage convenu, et assurer d'avance l'exécution de la décision des arbitres. La Chambre des Communes avait voté une résolution par laquelle elle s'engageait à donner au Gouvernement de Sa Majesté les moyens d'exécuter décisions, dans le cas où la législature de Terre-Neuve se refuserait à voter elle-même un bill analogue au bill présenté par Lord Knutsford et voté par la Chambre des Lords. Les derniers incidents qui se sont produits à la législature de Terre-Neuve démontrent jusqu'à l'évidence qu'il n'y a rien à attendre de ce côté, et que jamais elle ne consentira à passer un bill garantissant au Gouvernement de Sa Majesté les pouvoirs que lui assurait le bill de Lord Knutsford. Je dois rappeler encore une fois à votre Seigneurie que dans une question essentiellement internationale, puisqu'il s'agit de l'interprétation et de l'exécution de traités solennels, le Gouvernement de la République ne peut avoir à faire qu'au Gouvernement de Sa Majesté, et ne pourrait en aucun cas reconnaître ni des fonctions exécutives ni des pouvoirs judiciaires institués par la colonie. Aussi en consentant au renouvellement du "modus vivendi" pour 1893, le Gouvernement de la République a la ferme espérance que le Gouvernement de Sa Majesté pourra bientôt mettre fin d'une façon satisfaisante à la situation provisoire qui existe depuis trop longtemps.

Waddington.

Nr. 10744. GROSSBRITANNIEN. — Kolonialamt an das auswärtige Amt. — Bemerkungen über den neufundländischen Beschluss und Waddingtons Depesche.

Downing Street, April 15, 1893.

Nr. 10744. Grossbritannien. 15. April 1893.

Sir, || With reference to your letter of the 6th instant, I am directed by the Marquess of Ripon to transmit to you, to be laid before the Earl of Rosebery, copies of two telegrams and of a despatch from the Governor of Newfoundland respecting the Report of the Joint Committee of the Colonial Legislature on the subject of the French Treaties Bill. || It is obvious from these papers, that the wish of the Colonial Legislature is to postpone any action in this matter until after the general election, and, in view of the probable opposition to an Imperial Bill in the House of Commons, Lord Ripon would propose, if Lord Rosebery concurs, to invite the Colonial Legislature to renew the temporary Act for two years; and as soon as the result of the election is known to invite the Colonial Government to settle with Her Majesty's Government the terme of permanent legislation. || I am at the same time to enclose the draft of a telegram which, if Lord Rosebery concurs, it is desirable to send off as soon as possible as the Session of the Legislature will close at an early date. || With regard to M. Waddington's note, Lord Ripon can only suggest, that he should be informed that Her Majesty's Government are equally anxious with the French Government to put an end to the present unsatisfactory position of affairs, and that they are in communication with the Colonial Government with that object.

John Bramston.

Nr. 10745. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Unterhandlungen über ein allgemeines Abkommen sind vorläufig unmöglich.

Nr. 10745. Grossbritannien. 19. April 1893.

(Telegraphic.) || 19th April 1893. Her Majesty's Government has received and considered the Report of the Joint Committee of the Legislature enclosed in your Despatch of 13th March. || Arbitration confined to lobster question was accepted by the Delegates, and your Ministers appointed a member of the Court. It cannot be abandoned; and negotiations for general settlement are impossible until that arbitration has been concluded. || Her Majesty's Government cannot admit the interpretation placed by the Committee on the arrangements with the Delegates as to permanent legislation, nor can they commit themselves without further discussion to the alterations desired; but they are willing to renew discussion with Colonial Government as to appointment of Judges, provided the selection remains with Her Majesty's Government, and to leave the question of an appeal to Supreme Court for further consideration. It is impossible to settle details on these and other points on which

Nr. 10745. Grossbritannien. 19. April 1893.

your Ministers lay stress in time for legislation in Newfoundland this Session, and your Ministers should therefore procure the extension of the temporary Act as proposed. || If this is agreed to Her Majesty's Government will postpone question of Imperial legislation.

Nr. 10746. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Antwort auf Nr. 10744; stimmt dem Kolonialamt zu.

Foreign Office, April 19, 1893.

Nr. 10746. Grossbritannien. 19. April 1893.

Sir, || In reply to your letter of the 15th instant, relative to the legislation necessary to give effect to the Treaty engagements between this country und France respecting the fishery question on the Treaty Shore of Newfoundland, I am directed by the Earl of Rosebery to state that he concurs in the course recommended by the Marquess of Ripon, and in the terms of the telegram which he proposes to address to the Governor of Newfoundland on this subject. || I am at the same time to enclose copy of a note which has been addressed to the French Ambassador in reply to his communication of the 4th instant. || It is presumed, that Lord Ripon has communicated with the Lords Commissioners of the Admiralty respecting the renewal of the "modus vivendi" of 1890 during the approaching fishing season.

T. H. Sanderson.

Nr. 10747. GROSSBRITANNIEN. — Minister des Auswärtigen an den französischen Botschafter in London. — Antwort auf Nr. 10743.

Foreign Office, April 19, 1893.

Nr. 10747. Grossbritannien. 19. April 1893.

M. L'Ambassadeur, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of the 4th instant, stating that your Government agree to the renewal during the ensuing fishing season of the "modus vivendi" of 1890 relative to the catching and preparation of lobsters on the Treaty Coast of Newfoundland. || I have lost no time in requesting the proper Department of Her Majesty's Government to take steps for carrying the arrangement into effect. || With reference to the latter part of your Excellency's note, in which you urge that the necessary legislative powers should be obtained for the purpose of proceeding with the arbitration already agreed upon between the two Governments, I have to state, that Her Majesty's Government are equally anxious with that of France to put an end to the present unsatisfactory position of affairs, and that they are in communication with the Government of Newfoundland with that object, but that circumstances do not admit of any immediate progress being made.

Rosebery.

Nr. 10748. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Die neufundländische Regierung will das Provisorium um 1 Jahr verlängern.

(Telegraphic.) || 26th April 1893. I am desired by my Government to state, that they are prepared to comply with the request of Her Majesty's Government that they should re-enact the temporary Bill for one year, but that they do so without in any way departing from or prejudicing the position as set forth by the Legislature and the Government in relation to the question of the Treaty Shore. The Bill will be introduced at once.

Nr. 10748. Grossbritannien. 26. April 1893.

Nr. 10749. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Verlangt Verlängerung um 2 Jahre.

(Extract.) || 27th April 1893. In reply to telegram of the 25th April, Her Majesty's Government cannot accept as satisfactory an extension of the Act for one year; and in view of the concessions proposed in my telegram of the 19th instant, they must insist, that, as proposed in your telegram of the 9th ultimo and in the enclosure of your Despatch of the 13th ultimo, the temporary Act be continued to the end of the year 1895.

Nr. 10749. Grossbritannien. 27. April 1893.

Nr. 10750. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Die Verlängerungsbill soll eingebracht werden.

Received May 2, 1893.

(Telegraphic.) Consulted with Bond, who is introducing prolongation of temporary Act. Some difficulties expected, as some of the delegates state that, when engagement to submit to arbitration was given, promise of compensation to those affected was made by Her Majesty's Government. It is expected, that close of Legislative Assembly takes place next week.

Nr. 10750 Grossbritannien. 2. Mai 1893.

Nr. 10751. GROSSBRITANNIEN. — Auswärtiges Amt an das Kolonialamt. — Bemerkungen über die neufundländischen Beschlüsse.

Foreign Office, May 2, 1893.

Sir, || I am directed by the Earl of Rosebery to return to you herewith the reports of the debates in the Newfoundland Legislature on the question of legislation for enforcing British Treaty obligations towards France, which were forwarded for his Lordship's consideration in your letter of the 26th ultimo*). || I am to observe that, as Lord Ripon is no doubt aware, the state-

Nr. 10751. Grossbritannien. 2. Mai 1893.

*) Not printed.

Nr. 10751. Gross-britannien. 2. Mai 1893.

ments made by Mr. Monroe in the Legislative Council on the 10th of March as to what passed in the Conferences of the Delegates with Mr. Bramston and Sir T. Sanderson respecting the appointment and payment of the Judicial Commissioners are altogether incorrect. || The idea of those Commissioners being appointed by the Colonial Government was never for one moment entertained by Her Majesty's Government or by any one speaking on their behalf, and the most that was ever admitted for consideration was that after appointment by Her Majesty's Government, a commission should be issued to them by the Governor of the Colony.

P. W. Currie.

Nr. 10752. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Antwort auf Nr. 10750.

Nr. 10752. Gross-britannien. 6. Mai 1893.

(Telegraphic.) || 6th May 1893. Referring to your telegram of 2nd May, undertakings of Her Majesty's Government contained in my telegram of the 19th April are dependent on the extension of temporary Act for two years by Newfoundland Legislature during their present Session. If this is not done those undertakings fall to the ground.

Nr. 10753. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Beschluss der Kommission über die Verlängerung.

Received May 16, 1893.

Nr. 10753. Gross-britannien. 16. Mai 1893.

(Telegraphic.) I have communicated to the Legislature your Lordship's telegram of the 19th April, and am now requested to forward to you verbatim the following resolution: — "The Joint Select Committee on the French Treaties question, referring to resolutions adopted by the Assembly in 1892, and to the report of the Committee which was adopted this year, desire that you should be informed that they will recommend the Legislature to pass a Bill extending the Act for two years, provided that compensation be definitely assured to those who will be affected by the award (of the) pending Arbitration on the Lobster question. The Legislature will be prorogued this week, and a prompt reply is necessary if the Bill is to be passed during the present Session."

Nr. 10754. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Antwort auf das Vorige.

Nr. 10754. Gross-britannien. 19. Mai 1893.

(Telegraphic.) || 19th May 1893. To prevent any misunderstanding on the question of compensation, you should inform your Ministers, that Her Majesty's Government are prepared to repeat the assurance made in the letter of 4th May 1891 § from the Colonial Office to the Delegates in the following

words: — "They will also carefully consider the question whether compensation should properly be given to those persons whose property may be disturbed by the award of the arbitrators, although they see no grounds for admitting any liability on the part of the Imperial Government to pay such compensation." || Despatch follows giving further explanations. Nr. 10754. Grossbritannien. 19. Mai 1893

Nr. 10755. GROSSBRITANNIEN. — Staatssekretär der Kolonien an den Gouverneur von Neufundland. — Uebersicht über die Verhandlungen; Nothwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich.

Downing Street, May 19, 1893.

Nr. 10755. Grossbritannien. 19. Mai 1893.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of your telegram of the 26th of April, and your Despatch of the 13th of March, forwarding the Report of the Joint Committee of the Houses of the Legislature on the permanent Bill for carrying out the Treaty engagements with France which was agreed upon by Her Majesty's late advisers with the Delegates of the Colonial Legislature. || Her Majesty's Government observe with satisfaction the intimation in the Report that "the Legislature abides by its promise to carry out the pledges of the Delegates." This is the more satisfactory, inasmuch as the statement in the speech of Mr. Morine, one of the Delegates, on the motion for the second reading, that "the majority of the Delegates never contemplated that a permanent measure should be accepted", and the further statement of the Colonial Secretary that "the Legislature having been deceived into a promise to pass legislation, the promise given by the Delegates to Her Majesty's Government and endorsed by the Legislature could not be considered as binding", appeared to throw some doubt on the point. || As, however, both these gentlemen have signed this Report, Her Majesty's Government are willing to believe that the words quoted were used inadvertently in the heat of debate, and that they had no intention of advising the Legislature to repudiate the undertaking given on its behalf by its duly authorised Delegates. || With regard to the nature and extent of these pledges, Her Mejesty's Government regret, that the Joint Committee appear to be disposed to place upon them an interpretation which the facts, as set forth in the correspondence, do not warrant. || To remove any possible misapprehension on this point, it may be convenient that I should here summarise as briefly as possible the main points in the communications which passed between the Delegates and Her Majesty's Government. || In the letter addressed by the Delegates to Lord Knutsford on 21st April 1891, and in the address delivered on the same date on behalf of the Delegates, at the Bar of the House of Lords, on the motion for the second reading of the Imperial Bill, the proposals of the Delegates were stated as follows:—

"First: — || (*a.*) The Newfoundland Legislature to pass immediately an Act authorising the execution for this year of the modus vivendi, the award

Nr. 10755. Grossbritannien. 19. Mai 1893.

of the Arbitration Commission regarding the lobster question, and the Treaties and Declarations under instructions from Her Majesty in Council. || (*b.*) The further progress of the Bill now before Parliament to be deferred until the passing of the above Act and the Bill then to be withdrawn. || (*c.*) The terms of an Act to empower courts and provide for regulations to enforce the Treaties and Declarations to be discussed and arranged with the Delegates now in this city as rapidly as possible, and to be enacted by the Legislature of the Colony as soon as agreed upon."

"Second:— || (*a.*) The present arbitration agreement not to be allowed to operate further than the lobster question, without prior consent of the Colony, and in this case the Colony to be represented on the Commission. (*b.*) The Colony desires an agreement for an unconditional arbitration on all points that either party can raise under the Treaties and Declarations; and if this be arranged between Great Britain und France, Newfoundland will ask to be represented upon such arbitration, and will pass an Act to carry out the award."

In the debate, which followed, these proposals were not discussed by Her Majesty's then Ministers, but the Earl of Kimberley, the leader of the then Opposition in the House of Lords, speaking on behalf of those with whom he acted, said: — "I should suppose, that by special courts the Delegates mean special Imperial Courts which would act independently of the ordinary courts of the Colony." The views of Her Majesty's present advisers on this important point are in accordance with this statement. || Again, in the letter of the 1st of May, which the Delegates subsequently addressed to this Department, they said: "(*a.*) If the Bill now before the Lords be not further proceeded with and, if Her Majesty's Government admit the principle of a measure for the creation of courts to adjudicate upon complaints arising in the course of the enforcement of the Treaties and Declarations relative to French Treaty rights, and engage to discuss and arrange with us, as rapidly as possible, the terms of a Bill embodying that principle, we will with all possible speed procure the enactment by the Colonial Legislature of a measure giving power to Her Majesty in Council during the current year to enforce, in the same manner as heretofore, Her rules and regulations for the observance of the modus vivendi, the award of the arbitration, and the Treaties and Declarations with France, which temporary Act the Colonial Legislature will replace by a permanent measure for securing the enforcement of the Treaties under the Orders of the special courts referred to above, provided that, if, as the result of the enforcement of the awards of the arbitration, the property of Her Majesty's subjects is disturbed, they shall be entitled to compensation." || The Delegates went on to outline the details of the permanent measure which they proposed, including the method of appointing the judges, the procedure, the right of appeal and other details. || In the same letter they also stated more fully their proposals with regard to the arbitration in the following

passage: — || "If it be possible to abandon arbitration upon the lobster question, we strongly urge that it be done, for we fear grave complications as its result. But if it be not possible now to withhold that question, we ask an assurance: — (1.) That no further questions shall be submitted to the Arbitration Commission without prior consultation with the Government of the Colony. || (2.) That the opinion of the Colonial Government will not be disregarded in the absence of some paramount consideration involving the welfare of the Empire; and || (3.) That compensation will be given to those persons, if any, whose property may be disturbed by the award of the arbitration."

* * *

"If the arbitration upon the lobster question is unavoidable, and Her Majesty's Government convey to us the assurance we have requested, it will be advisable for the Colony to be represented upon the arbitration, and we would advise the acceptance of the invitation already made to the Colonial Government to appoint a Delegate arbitrator from the Colony." || The reply to this letter, dated the 4th May, did not touch upon the question of the principle of the proposed legislation, but, after pointing out that the proposals were insufficient to warrant the withdrawal of the Imperial Bill, it replied to the other conditions of the Delegates as follows: — || "As regards the further proposals made in your letter, Her Majesty's Government desire me to state that the arbitration upon the sole question now to be submitted to the Commission cannot be abandoned, but they are willing to give an assurance that no further questions shall be submitted to the arbitrators without full consultation with the Colonial Government, and that the opinion of the Colonial Government will not be disregarded in the absence of pressing considerations affecting the interests of the Empire. || They will also carefully consider the question whether compensation should properly be given to those persons whose property may be disturbed by the award of the arbitrators, although they see no grounds for admitting any liability on the part of the Imperial Government to pay such compensation. || Her Majesty's Government still entertain the hope, that the Colonial Government will assent to the proposal that the Colony should be represented by a Delegate at the approaching arbitration, and they heartily join in the hope expressed by you, that the relations between France and Newfoundland may speedily be placed upon a more satisfactory basis."

Further correspondence and discussion took place with regard to the withdrawal of the Imperial Bill and the duration of the temporary Act to be passed by the Newfoundland Legislature; and finally on the 27th of May the Delegates wrote that they were prepared to recommend the Legislature, that a temporary Act should extend to the end of 1893 on condition that Her Majesty's Government would: — || (1.) "Withdraw the Bill now before the House of Commons after its second reading." || (2.) "Will also give an assurance that the terms of a permanent Bill to be passed by the Colonial Le-

Nr. 10755. Grossbritannien. 19. Mai 1893.

gislature, based upon the principle of the establishment of Courts Judges or Magistrates instead of under Naval Officers, for the adjudication of questions arising under the Treaties, modus vivendi, and award of the present arbitration, be forthwith discussed with the Delegates, and arranged. Such permanent Act when passed by the Colonial Legislature might at once supersede the present proposed Colonial temporary Act." || They further went on to say: "In case no such permanent Act can be arranged and passed, which we cannot conceive as probable, of course it will be competent for Parliament to pass such an Act before the end of the year 1893 as it may deem necessary for the carrying out of the Treaties, &c. || Replying upon the assurances contained in your previous correspondence with us, especially with reference to the limitation of the present arbitration to the lobster question, and compensation to be made under the modus vivendi, we are of opinion that the Newfoundland Legislature will accede to our proposition made herein."

On the following day the Delegates were able to report, that the temporary Act had been passed by the Legislature, and added: "we presume that nothing now remains to be done by us or by the Newfoundland Legislature in order to obtain from your Lordship the withdrawal of the Bill now before the House of Commons after its second reading, and that your Lordship will give such directions for the immediate arrangement with the Delegates of the terms of a permanent Act, based on the principle as mentioned in our letter of yesterday." On the same day a reply was sent, announcing that the Imperial Bill would be withdrawn, and that "Her Majesty's Government are prepared forthwith to discuss and arrange with you the terms of a permanent Bill to be passed by the Colonial Legislature upon the general principle referred to in the second paragraph of your letter of the 27th instant, and I am to add that the views of Her Majesty's Government in respect to the other points mentioned in that letter have been stated in the previous correspondence." || From these communications it is clear, that, so far as the permanent legislation with regard to the Treaties was concerned, all that the Delegates remaining in England (one of them, Mr. Morine, having left for the Colony on the 11th of May) then asked for, and all that was accepted by Her Majesty's Government, was (in the words of their letter of the 27th of May) "that the terms of a permanent Bill to be passed by the Colonial Legislature based upon the principle of the establishment of Courts under Judges or Magistrates, instead of under Naval Officers", should be discussed and arranged with them. || In connexion with this it is important to observe, that when the Legislature passed the resolution of the 9th of May, "that this Legislature will adopt such legislation as may be necessary to carry into effect the proposals made to the Imperial Government and Parliament by the Delegates", the only information it had respecting these proposals was the summary contained in the telegram sent by the Delegates on the 6th of May as follows: — || "We propose Legislature pass temporary Bill enforcing modus

arbitration award in present manner for this season, provided Imperial Bill dropped; compensation secured to possible sufferers under award, and principle admitted creating courts to discharge judicial functions now performed by Naval Officers; details to be arranged and made into permanent Bill to replace temporary Act."

As soon as the provisions of the measure came to be discussed, the Delegates were informed, that the selection of the judges must rest with Her Majesty's Government. || Sir William Whiteway stated to the Assembly in his speech on the second reading of the Bill, that the four Delegates then in this country were informed by my predecessor at his interview with them on the 6th of June, that this was a position from which Her Majesty's Government could not recede. On this point I think it well to enclose a copy of a letter received from the Foreign Office. || If the Delegates had been of opinion, that they had no power to discuss the terms of the Bill, which did not provide for the appointment of the judges by the Colony, they could of course have stated so at once, and have terminated a discussion which they would, in those circumstances, have had no authority to continue. As, however, after this frank avowal on the part of Her Majesty's Government, the negotiations were continued with the full knowledge on the part of the Delegates of the views of Her Majesty's Government on this point and without protest from any of them, that it was beyond their powers to accept this provision, the conclusion is irresistible, that they recognised that the provision, however much they may have disliked it, was not inconsistent with the pledges given by them to Her Majesty's Government, and was also within their competence to accede to. || The Delegates, as a whole, had, it must be remembered, pledged themselves to arrange with Her Majesty's Government the terms of a permanent Bill, and though it is true, that one Delegate had left England before the discussions began, and that two other Delegates left for the Colony before the negotiations were concluded, they did not leave before Her Majesty's Government had informed them of the finality of their decision on the question of the selection of the judges, and in any case, as they allowed their two remaining colleagues to continue the discussion, they bore an equal responsibility for the subsequent action of these latter; a proof, that, this important question having been settled, they were prepared to accept whatever their colleagues who remained agreed upon with Her Majesty's Government as to the other provisions of the draft measure. Your Ministers, too, though they were in constant communication with the Delegates, never questioned their power to continue and to conclude the discussion, nor, in the objections to the draft measure which were communicated on their behalf to my predecessor, did they give any hint, that they regarded any of the provisions to which exception is now taken, as so vital as to render it necessary for them to refuse their support to a measure in which those provisions were embodied. || I need not add, that if Her Majesty's Government had entertained the least

Nr. 10755. Gross-britannien. 19. Mai 1893.

doubt as to the authority and competence of Sir William Whiteway and Mr. Harvey to continue the discussion on behalf of their colleagues, they would at once have declined to proceed. || The reasons for which Her Majesty's Government felt compelled to insist on this special provision in regard to the appointment of the judges were explained in the letter from this Department to Sir W. Whiteway of the 3rd of August 1891, which was transmitted to you in my Despatch of the following day. As I have already pointed out, Her Majesty's Government's present advisers, when in opposition, expressed their concurrence in the views of their predecessors on this point; and, though they are not unwilling to meet the wishes of the Legislature so far as may be possible, and perhaps even to agree, that the formal appointment of the judges should be vested in the Colonial Government, they must retain in their own hands the selection of those judges who will be paid by the Imperial Government. || The other main objection urged to this Bill is, that no intermediate appeal to the Supreme Court from the decision of the Judicial Commissioners is provided for. The reasons for this were stated in the letter of 3rd August to Sir W. Whiteway, already referred to; but the point is one upon which I have no doubt an arrangement could be arrived at by further discussion. || The exception taken in the eighth paragraph of the Report to the second section of the Bill, which empowers the Naval Officers to bring matters before the Court, appears to overlook the terms of the Declaration of 1783, under which His Majesty undertook to take the most positive measures to secure the French from molestation in the exercise of their rights. || It cannot be fairly argued, that it is sufficient compliance with the terms of that promise to merely provide the courts and to leave the French fishermen to seek their protection when their rights are infringed, and I have no doubt, that on further consideration the Legislature will recognise, that the provision is absolutely necessary for the fulfilment of the international obligations of Her Majesty. || I need scarcely add, that, for any interference with the fishery or other rights of British subjects, a remedy exists in the local courts already established. || The further statement in this paragraph, that "the refusal of Her Majesty's Government to assure the Delegates, that the Commissioners would be lawyers of training and standing, and the want of that assurance in the proposed Bill, indicates, that these Commissioners are likely to be the Naval Officers commanding cruisers in the Treaty waters", is absolutely unwarranted. Her Majesty's Government can only express their surprise, that the Legislature should, without any grounds whatever, have made such an extraordinary charge against Her Majesty's Government, more especially after the explanations given in my predecessor's letter of the 3rd of August. || With regard to the question of compensation, the Delegates, as will be seen from the passage in their letter of the 27th of May already quoted, accepted the assurances given by Her Majesty's Government in the letter from this Department of the 4th of May as satisfactory. || There never was any sugge-

stion, that a provision on this subject should be inserted in the permanent Bill, and indeed such a provision would obviously have been altogether futile, as an Act of the Newfoundland Legislature cannot impose a charge upon Imperial funds, which I understand to be the wish of the Committee. || On this point I may observe, that the statement in paragraph 9 of the Report, "that the lobster factories upon the coasts over which the French have rights were permitted to be erected and to be operative, while British Naval Officers were professedly enforcing Treaty rights on that coast under the instructions of Her Majesty's Government", would seem to imply, that such factories were erected with the knowledge and consent of Her Majesty's Government. || In answer to this it is only necessary for me to refer to my predecessor's despatch of the 23rd of December 1887, in which it was pointed out that under certain circumstances these establishments might infringe the Treaty rights of the French, and the Colonial Government were requested to obtain legislation to empower Her Majesty's Government to deal with such cases. || Her Majesty's present advisers adhere unreservedly to the declaration made by their predecessors in the Colonial Office letter of the 4th of May 1891, and accepted by the Delegates, as follows:— || "They will also carefully consider the question whether compensation should properly be given to those persons whose property may be disturbed by the award of the arbitrators although they see no grounds for admitting any liability on the part of the Imperial Government to pay such compensation."

I must, however, point out that, as the assurance was given on the understanding, that the Colonial Legislature would pass satisfactory permanent legislation, it can be no longer considered as binding if, owing to the failure of the Colony to fulfil its part of the contract, it should become necessary to resort to Imperial legislation. || It may be desirable, moreover, in order to avoid all future misunderstanding, that Her Majesty's Government should state at once, that they could not entertain any proposals for granting compensation from Imperial funds without reserving to themselves the right of appointing an Imperial officer to assess the amount of compensation in each individual case, whose decision, as far as they are concerned, will be final. || With regard to the arbitration, the proposals of the Delegates on the subject are stated in the quotations already cited. They were informed by Her Majesty's late advisers, that the arbitration on the lobster question could not be abandoned, but that it would be restricted to that question as desired in the alternative proposal of the Delegates. That assurance was accepted by the Delegates in their letter of the 27th May as satisfactory, and also by your Ministers, who, as announced in your telegram of the 19th of June, expressed their wish to be represented on the Commission, and appointed Sir William Whiteway as their representative. || The Committee do not, I understand, repudiate the obligation to proceed with the arbitration, but their desire is that Her Majesty's Government should not now proceed with it, and should rather

Nr. 10755. Grossbritannien. 19. Mai 1893.

negotiate for an arbitration embracing all the points at issue with regard to the French Treaties. || Her Majesty's Government are bound, however, by the engagements of their predecessors, and until those engagements have been fulfilled by the completion of the arbitration already agreed to, they would not be in a position to propose either the complete arbitration desired by the Colony or a negotiation for a general settlement of the fishery question, even if they were not assured (as you have already been informed in my telegram of 16th February), that the French Government would decline to entertain any such proposals. || So, with regard to the question of appointing a Consul at St. Pierre, the Government of France have, as you are already aware, declined to consider this question until the arbitration has been disposed of. || The present position then is, that the arbitration agreed upon by the Governments of England and France, and accepted by the Government of Newfoundland, cannot at present proceed, as no permanent provision has been made for the execution of the arbitration award and the enforcement of French Treaty rights, and that, until that arbitration is concluded, Her Majesty's Government cannot make any attempt to meet the wishes of the Colony by negotiating, either for a complete arbitration, or a general settlement, or press further for permission for a British Consular Officer to reside at St. Pierre. || While Her Majesty's Government are anxious to forward the wishes of the Colony in regard to these matters, they must guard themselves against admitting the statement of the Committee, that "as the Treaties were made in the interests, not of this Colony, but of the Empire at large, it was for the Empire's honour and advantage that proposals were made by the Delegates, and will be fulfilled by the Legislature, and that the Colony will expect to be rewarded in due time by the entire abrogation of the Treaties at the expense of that Empire on whose behalf they were made and enforced."

The true position of the Colony in regard to the Treaties was clearly stated by the present Lord Chancellor in his speech on the second reading of the Imperial Bill, when he pointed out, that "the rights under the Treaties which we are considering, whatever those rights may be, are ancient, and came into existence at a time when there was no inhabitant population on the coasts in question. These Treaty obligations were not imposed on an existing community, but the community which has since grown up has come into being subject to the existence of these Treaty rights. I think, that is beyond the possibility of question. The liability of the inhabitants of Newfoundland to the burden of these Treaty obligations does not depend upon any connexion of the Colony with the British Crown. If that link were severed, the inhabitants of Newfoundland would be not one whit less under the Treaty obligations; those obligations would be in no degree less binding upon them. I think it is essential this should be borne in mind: that they would then find themselves still subject to the Treaties, face to face with the French nation insisting upon their performance, and they would be subject to the entire pressure of the

force existing in the French people. I am quite sure, under those circumstances, the inhabitants of Newfoundland will feel, that these ancient Treaty obligations, resting as they do upon us, bring a serious burden, attendant with manifold risks and responsibilities, and that the Government of this country is deserving of consideration at their hands in the difficult position in which they must often find themselves placed when called upon to enforce these Treaties." || It would be impossible for me to express more lucidly the nature and origin of the Treaty obligations and their bearing on the relations of Newfoundland to the Empire at large. || But Her Majesty's Government, while they think it necessary to place on record their dissent from the views expressed by the Committee on this point, fully recognise, that in the interests of the Empire as a whole no less than of Newfoundland in particular, and indeed, of peace, as removing a constant risk of friction with a friendly Power, a final settlement of the fishery question is much to be desired. They would gladly avail themselves of any favourable opening to conclude such an arrangement. But whether such a settlement be at any future time practicable or not, it certainly would not be entertained by any French Government until the present Agreement has been carried into effect. || The necessary preliminary to any such happy conclusion is, that the Colonial Legislature of Newfoundland should show, that it is prepared to fulfil the Treaty conditions which were in existence before it was itself created, and by which it is necessarily bound, — Treaty conditions which through its Delegates in 1891, and now again, by the report under consideration, it has declared itself willing to carry out by furnishing Her Majesty with the powers which are absolutely necessary for the due execution of Her International obligations. || As the session of the Legislature is so near its close and a general election is impending in the Colony, your Ministers may prefer not to resume the discussion of the permanent Bill at present; and, as I informed you in my telegram of the 19th ultimo, Her Majesty's Government, relying on the promise of the Legislature to extend the temporary Act for a further period of two years, will be prepared to postpone further action till the new Legislature has assembled, and in the meantime to refrain from introducing a measure in the Imperial Parliament conferring on Her Majesty the necessary powers. || Upon the assembly of the new Legislature it will be the duty of your Government as soon as possible to take the matter up and carry it to an issue, as required alike by honour and good faith and the best interests of the Colony.

Ripon.

Nr. 10755. Grossbritannien. 19. Mai 1893.

Nr. 10756. GROSSBRITANNIEN. — Gouverneur von Neufundland an den Staatssekretär der Kolonien. — Annahme der Verlängerung.

Received May 23, 1893.

(Telegraphic.) || Extension of Temporary Act two years passed Lower House last night by majority of thirteen to five.

Nr. 10756. Grossbritannien. 23. Mai 1893.

Aktenstücke zur Geschichte des Ursprungs des Krieges von 1870.

(Vgl. St.-A. Bd. 19, 20, 21. 26.)

Nr. 10757[1]. FRANKREICH. — Bericht des Generals Lebrun an den Kaiser über seine Verhandlungen mit Kaiser Franz Joseph und Erzherzog Albrecht über einen Feldzugsplan gegen Preussen[2]).

Paris, 30. Juni, 1870.

II.

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

Première entrevue avec l'Archiduc Albert. — Objection faite par Son Altesse Impériale au plan présenté a son appréciation.

L'archiduc me reçut, pour la première fois, le 7 juin, au matin, au château de Baden, sa résidence d'été. Après avoir remis aux mains du Prince la lettre que j'étais chargé de lui porter, de la part de l'Empereur,. je fus aussitôt invité par Son Altesse Impériale à lui faire part des propositions ou du plan dont il était question dans la lettre de Sa Majesté. || Après m'avoir permis de lui exposer complètement le plan qui avait été imaginé à Paris, et m'avoir entendu, avec grande attention, dans tous les développements que je croyais nécessaires de donner, l'archiduc me dit que lui et moi n'étant point des hommes politiques, nous discuterions, si je le voulais, les propositions dont il était question, au point de vue militaire seulement, au point de vue académique, pour me servir de l'expression même du Prince. || Entrant ensuite dans l'examen même de ces propositions, Son Altesse me déclara, tout en protestant de son grand respect pour les considérations qui avaient été prises pour bases du plan dont il s'agissait, qu'Elle croyait devoir loyalement y faire des objections qui lui paraissaient très fondées, „ne voulant, disait-Elle, à aucun prix, que l'Autriche s'engageât à faire et promît aujourd'hui ce qu'elle ne pourrait point tenir dans l'avenir, quand viendrait pour elle le moment de s'exécuter." || En premier lieu, il convenait de ne pas perdre de vue

[1]) Die beiden folgenden Aktenstücke sind dem Buche Lebrun, Souvenirs militaires 1866—70, Paris 1895 entnommen. Red.

[2]) Der erste Theil des Berichts, das Itinerar des Gesandten, ist hier fortgelassen. Red.

que la France d'un côté, l'Autriche et l'Italie d'autre part, ne se trouvaient pas placées dans des conditions identiques pour mobiliser et concentrer leurs armées. || La France pouvait mobiliser très vite, plus vite que la Prusse. Il fallait, au contraire, beaucoup de temps à l'Autriche et à l'Italie pour mettre leurs troupes sur un pied tel qu'elles pussent entrer en campagne. Cela tenait à ce que la France avait un réseau de voies ferrées très développé et un gouvernement dans lequel le ministère de la guerre avait pu faire adopter certaines mesures propres à faciliter beaucoup la mobilisation des armées, entre autres, celle d'après laquelle l'Etat avait toujours chez les agriculteurs une partie considérable des chevaux et mulets dont l'artillerie et les transports militaires auraient besoin pour passer du pied de paix au pied de guerre. Rien de pareil n'avait pu être fait en Autriche et en Italie. Les voies ferrées étaient rares en Autriche et on serait condamné à y éprouver de grandes difficultés, si tout à coup on devait se trouver dans la nécessité d'acheter un très grand nombre d'animaux pour les divers services de l'armée. || La célérité avec laquelle la France pouvait appeler ses réserves, les habiller, les équiper, les armer dans les dépôts, puis les diriger sur les portions actives de l'armée, enfin concentrer les divisions et corps d'armée sur sa frontière, cette célérité était impossible à obtenir chez les autres puissances. Il suffisait de quinze jours pour l'obtenir; et le seizième jour après la mobilisation commencée en France, les corps d'armée pouvaient franchir la frontière, réunis et concentrés pour former des armées. En Prusse, il fallait quinze jours entiers pour mobiliser un corps d'armée dans sa circonscription propre, c'est-à-dire sur place; et si l'on suppose que la Prusse veuille, après avoir mobilisé tous ses corps d'armée sur place, en quinze jours, concentrer plusieurs corps d'armée sur un des points de sa frontière, il lui faudrait pour chaque grande ligne de voie ferrée convergeant de l'intérieur du royaume vers ce point de la frontière, autant de semaines qu'elle voudrait y faire arriver de corps d'armée. || En outre des quinze jours donnés à la mobilisation, pour faire venir deux corps, il faudrait y employer deux semaines, c'est-à-dire que trois corps seraient alors concentrés en quatre semaines, quatre corps en cinq semaines, et pour concentrer sur le même point de la frontière sept corps d'armée, il faudrait cinq semaines dans le cas tout à fait avantageux et exceptionnel où trois corps, venant de l'intérieur sur ce point, emploiraient une grande ligne ferrée, et trois autres corps, venant également de l'intérieur, une deuxième grande ligne ferrée; savoir: quinze jours pour la mobilisation sur place et trois semaines pour transport simultané sur deux voies distinctes. || Ces calculs pouvaient être considérés comme tout à fait exacts, assurait l'archiduc; ils étaient les résultats des expériences constatées sous ses yeux en 1866, dans les efforts, faits par l'armée prussienne pour se mobiliser et se concentrer le plus rapidement possible; c'était aussi le résultat des études qu'il avait faites plus récemment pour apprécier ce que la Prusse pourrait faire en ce moment par suite de nouveaux travaux auxquels ses officiers se sont livrés pour obtenir la plus

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

grande célérité possible dans la concentration des armées. || Au gouvernement autrichien, il fallait absolument six semaines pour mobiliser et compléter l'armée active; et, dans l'opinion de l'archiduc, il faudrait au moins le même temps, au gouvernement italien. Il suffisait d'indiquer ces différences pour que l'on pût se convaincre qu'il était absolument impossible de baser un plan de campagne concerté entre la France, l'Autriche et l'Italie sur l'idée que ces trois puissances feraient entrer dans l'Allemagne du sud simultanément, et au jour même, qui serait celui où la France serait prête, trois armées de 100,000 hommes, formées l'une par la France; la deuxième, par l'Autriche; la troisième, par l'Italie. Quelles que pussent être d'ailleurs toutes les autres conditions du plan de campagne dont il s'agissait, celle qui vient d'être indiquée ne pouvant être mise à exécution, ni par l'Autriche, ni par l'Italie, il paraissait impossible qu'on ne renonçât pas au plan lui-même. || On ne pouvait songer à envahir utilement l'Allemagne du sud qu'à la condition de s'y jeter très rapidement, comme la France seule pouvait le faire. || Dès qu'il était reconnu que l'Autriche et l'Italie étaient impuissantes à se joindre à la France avec cette condition de rapidité, il convenait de rechercher un autre plan qui fût pratique. Au surplus, ajoutait le Prince, les exemples du passé et ceux que l'on pourrait trouver dans les guerres du premier Empire, tout particulièrement, n'étaient pas faits pour que l'on songeât sans appréhensions à réunir trois armées de nationalité différente, sur un même point, pour les faire concourir vers un but commun. Il ne fallait guère compter que l'on pût mettre les trois armées sous le commendement d'un seul chef; et si les trois commandants des trois armées demeuraient indépendants l'un de l'autre, il était bien à craindre, que ces trois commandants ne pussent demeurer constamment unis de volonté et d'intelligence. || Ces objections faites, l'archiduc exposa succinctement le plan de campagne dont il avait précédemment entretenu l'Empereur à Paris. || Dans la deuxième entrevue que j'eus avec lui, le lendemain 8 juin, il le développa, mettant à l'appui de ses propositions les conditions et les calculs qu'on trouvera plus loin, quand j'aurai d'abord donné dans son ensemble, le plan proposé par l'archiduc, tel que j'ai cherché à l'indiquer fidèlement dans le chapitre qu'on va lire.

III

Plan de campagne proposé par l'archiduc Albert.

L'archiduc Albert, ayant proposé de rédiger et d'envoyer à Paris, le plan de campagne, dont il avait précédemment entretenu l'Empereur, plan qu'il croyait devoir être avantageusement substitué à celui dont on lui avait donné les bases, on se contentera d'indiquer ici l'ensemble de ce plan, sans entrer dans les détails qu'on trouvera dans le travail du Prince. Les motifs et considérations donnés à l'appui du plan seront exposés ensuite. || Les propositions de l'archiduc peuvent être résumées ainsi qu'il suit: || La France, l'Autriche et l'Italie devront se tenir prêtes pour agir de concert, avec toutes leurs forces

actives disponibles, dans une campagne de printemps. || Elles auront à mobiliser leurs armées vers la mi-mars au plus tard, afin que les premières opérations puissent commencer avec le mois d'avril. Dans le mois qui précédera la mobilisation, on prendra toutes les dispositions de préparation que l'état de paix peut permettre ou que l'on peut mettre à exécution secrètement. || L'ordre de mobiliser sera donné le même jour, chez les trois puissances coalisées. (En Danemark peut-être aussi; on le suppose, du moins.) || La France aura mobilisé ses forces actives dans un délai de quinze jours. Elle aura, à l'expiration de ce délai, ses corps d'armée organisés et disposés, concentrés sur ses frontières est et nord-est, prêts à franchir ces frontières. Les troupes seules qu'elle appellera d'Algérie, en Europe, seront encore en mer ou en marche à l'intérieur pour rejoindre les corps d'armée dont elles devront faire partie. || Dans le seizième jour qui suivra en France l'ordre de mobilisation, les armées françaises commenceront leurs opérations pour prendre l'offensive contre la Prusse. Ce jour-là, elles franchiront la frontière. Les puissances alliées, quoi qu'elles puissent faire pour mobiliser leurs armées dans le moins de temps possible, ne pourront pas, sans employer six semaines à la mobilisation et à la concentration de leurs forces actives, être prêtes à prendre elles-mêmes l'offensive. Elles seront forcées de conserver, pendant ces six semaines, vis-à-vis de la Prusse l'attitude de la neutralité; elles auront à accentuer leurs préparatifs de guerre de façon que leurs armées, pendant ces six semaines, attirent forcément l'attention de la Prusse, et obligent cette puissance à prendre vis-à-vis d'elles, avec une partie de ses forces, des mesures préventives qui suivront les premières opérations des armées françaises. || La France aura deux armées pour entreprendre et poursuivre la guerre au delà de ses frontières, savoir: || Une première armée, ou armée principale, destinée à opérer en Allemagne sur la rive droite du Rhin. || Une deuxième armée, ou armée secondaire, destinée à opérer sur la rive gauche du Rhin sur ou au delà de la Sarre, dans le Palatinat. || L'Autriche aura une grande armée destinée à se joindre à la première armée française, pour agir avec elle de concert contre la Prusse. Cette grande armée autrichienne sera concentrée sur la frontière de Bohême dans les six semaines qui suivront l'ordre de mobilisation. A l'intérieur de l'Empire, pour le maintien de l'ordre et la garde des places fortes importantes, l'Autriche emploiera des troupes de dépôt et des bataillons en formation; elle aura un corps d'observation peu considérable en Moravie, et sur la frontière de Gallicie. || La première armée française sera composée de cinq corps d'armée, comprenant seize divisions d'infanterie. || La deuxième armée française, de trois corps d'armée, comprenant neuf divisions d'infanterie. || L'armée autrichienne de Bohême élèvera progressivement ses forces à partir du jour de la mobilisation jusqu'à la dernière période de la campagne. Dans cette seconde période, elle comprendra jusqu'à 23 ou 24 divisions d'infanterie. || Il est difficile de dire aujourd'hui ce que l'Italie pourra donner des forces actives de son armée, pour les joindre aux forces actives des puissances alliées. On

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

compte sur une armée de 100,000 hommes, dont la moitié seulement sera concentrée à Vérone, et prête à agir par le Tyrol, et à déboucher en Bavière, pour y joindre l'armée française ou se rapprocher de cette armée à l'expiration des six semaines qui seront nécessaires à sa mobilisation et à sa concentration. || La première armée française franchira le Rhin sur plusieurs points à la fois, à Strasbourg ou sous Strasbourg et vers Neuf-Brisach. Le premier but de ses opérations sera d'aller faire sa jonction avec l'armée autrichienne de Bohême et de détacher en même temps, aussi vite que possible, les puissances de l'Allemagne du sud de la Confédération du nord et plus particulièrement de la Prusse. || Pour cela, elle marchera rapidement vers Stuttgard et de là sur Nuremberg, par où elle fera jonction avec l'armée autrichienne, soit que de Nuremberg, elle prolonge son mouvement pour se rapprocher de la frontière de Bohême, soit que l'armée autrichienne franchisse cette frontière pour venir à elle. L'archiduc calcule que la tête de l'armée française sera arrivée à Nuremberg le quarante-cinquième jour qui suivra l'ordre de mobilisation en France, le vingt-neuvième jour après qu'elle aura franchi le Rhin, en admettant bien entendu, que l'armée marchera par étapes et se servira peu ou point des voies ferrées qui existent sur une faible étendue dans le parcours qu'elle aura à suivre. || Le Prince établit qu'à dater de ce quarante-cinquième jour, il y aura depuis deux ou trois jours, pour l'armée autrichienne, possibilité de se mettre en mouvement dans la direction de Nuremberg ou de Bayreuth. || L'armée italienne aura pu, de son côté, commencer les opérations en même temps que l'armée autrichienne de Bohême, et marcher sur Munich. Si elle peut exécuter son premier mouvement en utilisant la voie ferrée de Brenner, elle sera en peu de jours à quelques journées de marche de l'armée française et en mesure de faciliter les mouvements de celle-ci. || L'idée sur laquelle l'archiduc fait reposer toutes les combinaisons du plan qu'il propose, c'est que les grandes armées françaises et autrichiennes opèreront leur jonction vers Nuremberg d'une manière très certaine au moyen du mouvement que la première fera pour se porter du Rhin sur Nuremberg, que cette jonction se fera sans que l'armée prussienne puisse contrarier son mouvement, et sans que l'armée française coure aucun risque d'être menacée sérieusement sur son flanc gauche, ou d'être forcée d'accepter une bataille; pour combattre à forces inférieures ou à forces égales. Il faut absolument que dans son mouvement, l'armée française n'ait à livrer ni à accepter une grande bataille; car un intérêt majeur veut qu'elle opère sa jonction avec l'armée autrichienne avant d'avoir été affaiblie. Une bataille, heureuse fût-elle, l'affaiblirait considérablement et ralentirait la marche infailliblement, ce qui serait un autre inconvénient contre lequel il convient de se mettre en garde. || Pour appuyer cette opinion, l'archiduc dit, qu'en raison de la célérité que la France peut apporter dans la mobilisation et la concentration de ses armées, ce en quoi la Prusse ne peut l'égaler, cette puissance aura pu tout au plus concentrer des forces insuffisantes du côté du bas ou du haut Mein avec l'intention de les opposer à

l'armée française, au centre de l'Allemagne du sud, que déjà cette armée sera à Nuremberg. || Le Prince n'admet pas d'ailleurs que les forces bavaroises et wurtembergeoises, qui, dans les premiers moments de la lutte, se joindront à des corps d'armée prussiens venant en hâte sur le Mein, puissent en rien modifier cette appréciation de sa part. Les armées des puissances de l'Allemagne du sud seront bien moins prêtes à agir activement que celles de la Prusse, dans le moment où l'armée française franchira le Rhin et traversera le Wurtemberg. Elles seront mobilisées très lentement, et si elles se concentrent, ce sera vraisemblablement, presque certainement, pourrait-on dire, dans la place d'Ulm, où elles ne pourraient prendre qu'une attitude défensive. || C'est en s'appuyant, pense-t-il, sur un motif des plus sérieux que l'archiduc s'est déterminé pour la concentration d'une grande armée autrichienne en Bohême, et pour la jonction de cette armée avec la grande armée française dans les parages de Nuremberg. Le Prince, s'inspirant de ce que l'Empereur Napoléon a si bien fait contre la Prusse dans sa magnifique campagne de 1806, dit qu'il convient aujourd'hui, comme il convenait à l'époque rappelée, d'attaquer la Prusse par la ligne la plus courte qu'il y ait pour la frapper au coeur de ses intérêts politiques et militaires, par la ligne la plus courte qui aille des frontières de la Prusse à Berlin. || Cette ligne est celle qui part de la frontière de Bohême, et qui, passant par Dresde, conduit en onze étapes à cette capitale. Pour l'armée française qui serait à Nuremberg ou en Franconie, ce serait la ligne suivie par Napoléon en 1806 et qui, par Leipzig, convergerait avec celle qu'on vient d'indiquer, passant par Dresde. Si l'on suppose que les deux armées alliées aient fait leur jonction par Nuremberg, elles n'auront plus qu'à s'avancer en se tenant coude à coude par les deux lignes et au moment où elles seront réunies, ne formant qu'une seule armée dans les plaines de la Saxe, vers Leipzig ou Weissenfelds, où se sont jouées si souvent déjà les destinées de l'Empire et les intérêts de l'Allmagne; une première grande bataille pourra être livrée, dans laquelle les armées alliées combattront avec un nombre de baïonnettes double au moins de celui que l'armée prussienne pourra leur présenter. A partir des frontières de Bohême et du Thuringenwald, le plan des opérations des alliés ne sera autre que celui qui fut si heureusement adopté à la Prusse par Napoléon en 1806. || Dans le plan imaginé par l'archiduc, il faut admettre que dans une lutte engagée en commun par la France, l'Autriche et l'Italie contre la Prusse, cette dernière puissance ne pourra pas songer à prendre elle-même l'offensive du côté de la France, par la rive du Rhin, pour tenter une invasion qui, par la Sarre, la Moselle, la Lorraine et la Champagne, la conduirait jusqu'à Paris. Pour que la Prusse renonce à toute velléité pareille, il lui suffira de remarquer que la distance est grande de Mayence à Paris, si on la compare à celle qui sépare la frontière de Bohême de Berlin. Il faudrait d'ailleurs que la Prusse n'eût pas moins de huit corps d'armée à sa disposition pour oser s'avancer offensivement sur la Sarre. Qu'aurait-elle alors à opposer en Saxe, à l'armée autrichienne de Bohême?

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

Il est bien plus logique de penser qu'elle comprendra tout d'abord qu'une armée française secondaire sur la Sarre suffira pour ralentir sinon pour arrêter court l'armée avec laquelle elle voudrait agir sur la rive gauche du Rhin. Elle verra clairement que le moindre temps d'arrêt ou de ralentissement de ses forces sur la Sarre, tandis que sa frontière de Saxe, vis-à-vis la frontière de Bohême sera dégarnie, ce sera la signal d'un mouvement de l'armée autrichienne sur Berlin; que de Berlin, cette armée pourra, en huit jours, pousser un de ses corps jusqu'à Stettin, ce qui aurait pour résultat de mettre en sa possession un ligne très courte (Dresde-Stettin) qui coupe en deux le territoire du royaume de Prusse, laissant au nord les provinces de l'ancienne Prusse, et au sud-ouest, les provinces nouvellement acquises et moins dévouées que les premières. Pour éviter de pareils dangers, la Prusse renoncera à soutenir la guerre dans le Palatinat. || Pour les mêmes motifs, ou pour des motifs analogues, elle n'entreprendrait pas de concentrer la masse de ses forces sur le Mein, avec intention d'en user pour arrêter le mouvement de l'armée française sur Nuremberg. || Il lui faudrait pour cela sept ou huit corps d'armée sur le Mein. || Pour concentrer ces sept ou huit corps, elle aura besoin de beaucoup plus de temps qu'il n'en faudra à l'armée française pour gagner Nuremberg ainsi qu'il a été déjà dit. || L'armée prussienne concentrera donc toutes ses forces, à n'en pas douter, derrière le Thuringenwald et principalement en Saxe, faisant face aux défilés de la Thuringe et de la Bohême. || Si, contrairement à tous les calculs faits par l'archiduc pour appuyer le plan qu'il propose, il arrivait que dans son mouvement sur Nuremberg, l'armée française fût menacée sur son flanc gauche, par une armée prussienne, venant du Mein ou concentrée en Franconie, comme il est de tout intérêt pour les puissances coalisées que cette armée ne combatte pas avant d'avoir fait sa jonction avec l'armée autrichienne, afin de ne pas être affaiblie avant la jonction, elle renoncerait à poursuivre sa marche sur Nuremberg. Elle se déroberait à l'armée prussienne et elle irait franchir le Danube soit en amont soit en aval de la place d'Ulm. Dès qu'elle serait concentrée sur la rive droite du Danube, elle marcherait, par cette rive, sur Donauwerth et Ingolstad, pour aller faire sa jonction avec l'armée autrichienne à Ratisbonne. || L'armée autrichienne viendrait à sa rencontre par un corps considérable qu'elle aurait préalablement concentré à Pilsen. La jonction serait retardée de quelques jours; mais le résultat final ne serait pas moins atteint. L'armée prussienne du Mein qui aurait obligé l'armée française à s'arrêter dans sa marche, pour passer le Danube, ne pourrait s'avancer vers le centre de l'Allemagne du sud et s'approcher du Danube, en se mettant dans les traces de l'armée française; car si elle osait le faire, elle se compromettrait beaucoup en prêtant le flanc à l'armée autrichienne, et d'un autre côté, elle s'éloignerait trop des forces prussiennes déjà réunies en Saxe. Pour appuyer le mouvement de l'armée française qui aurait franchi le Danube près d'Ulm, l'armée italienne déboucherait du Tyrol et marcherait, par l'Inn ou l'Isar, pour se joindre à l'une ou l'autre des armées alliées. Son objectif

serait Munich qu'elle occuperait finalement pour contenir la Bavière et le Wurtemberg, pendant que la grande armée franco-autrichienne poursuivrait ses opérations décisives en Saxe, vers Berlin. || La 2e armée française, sur la Sarre, n'aura rien de sérieux à entreprendre dans le Palatinat. Au commencement des opérations de la 1re armée, elle prendra une vigoureuse offensive au delà de la Sarre, qu'elle franchira le jour où l'armée principale franchira elle-même le Rhin. Tout sera arrêté pour cette offensive, en vue de tromper la Prusse sur les intentions réelles de la France. Une partie des forces destinées à l'armée principale sera concentrée sur des points de la frontière choisis de telle façon, que l'ennemi puisse se persuader qu'elle appartient à l'armée de la Sarre. On cherchera, en un mot, à faire croire à l'ennemi que l'armée de la Sarre est l'armée importante de la France, et que son premier objectif, c'est Mayence et la conquête du Palatinat. On attirera ainsi sur la rive gauche du Rhin le plus de forces prussiennes possible, puis aussitôt que ce résultat sera atteint, ce qui aura lieu au moment où la grande armée française commencera à s'avancer vers la capitale du Wurtemberg, l'armée secondaire de la Sarre n'aura que faire d'agir très activement, parce que la majeure partie des forces prussiennes, venues dans le Palatinat, quitteront ce terrain pour se porter de l'autre côté du Rhin, sur le Mein ou en Saxe, où seront véritablement les plus grands dangers pour la Prusse. || Si les choses se passent, en réalité, du côté de la Sarre, comme on le suppose ici, il y aura à examiner si l'on ne pourrait pas, quand le mouvement de retraite des forces prussiennes du Palatinat sera bien connu, tirer quelques divisions de l'armée de la Sarre pour les diriger, comme renfort, sur l'armée française d'Allemagne. || Du côté des frontières maritimes de la Prusse, ou du côté des duchés, la France agira avec sa flotte, n'ayant à bord, comme corps de débarquement, que les troupes que pourront fournir les régiments d'infanterie de marine. || Ces troupes auxquelles pourront se joindre les forces du Danemark, 30 à 40,000 hommes, opéreront une diversion utile. Enfin, le plan de l'archiduc établit qu'on ne peut songer à une campagne d'automne contre la Prusse. || Le Prince est d'avis que les puissances alliées ont tout intérêt à commencer la guerre au printemps. C'est le seul moyen pour elles d'avoir à leur disposition six mois pendant lesquels leurs armées pourront conduire leurs opérations jusqu'au résultat désirable. Il faut se persuader qu'il ne suffira pas peut-être d'une seule grande bataille heureuse pour briser l'orgueil national prussien et pour obliger la Prusse à demander la paix. Après une bataille en Saxe, peut-être aura-t-on à poursuivre l'armée prussienne qui aurait pris position derrière l'Elbe, franchir ce fleuve et aller au-devant d'une nouvelle ou de nouvelles batailles. || Si on commençait la guerre à la fin de l'été le temps pourrait manquer, c'est-à dire le temps favorable. Les journées très courtes en Prusse, parce que dès le mois d'octobre, il y faut compter dix-sept ou dix-huit heures de nuit sur vingt-quatre heures, obligeraient à diminuer la longueur des marches. || Pendant la nuit les armées alliées seraient exposées à de nombreuses surprises au

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

milieu de populations excitées peut-être à un haut degré et soulevées contre elles. Enfin le climat très froid, très humide de la Prusse serait pernicieux pour les soldats français et autrichiens, tandis qu'il serait mieux supporté par les soldats prussiens.

IV.

Objections que l'on peut faire au plan de l'archiduc.

L'archiduc est convaincu que le mouvement qu'il demande à l'armée française, ce mouvement qui la porterait du Rhin jusqu'à Nuremberg, pour aller faire sa jonction avec la grande armée autrichienne de Bohême, que ce mouvement, disons-nous, ne pourra être ni menacé, ni gêné par une armée prussienne qui voudrait se concentrer sur le Mein, pour tomber sur son flanc gauche. Son opinion repose sur des calculs qu'il a faits avec soin dit-il, et qui lui ont donné la preuve que l'armée française sera à Nuremberg, bien avant le jour où l'armée prussienne pourrait réunir 7 ou 8 corps d'armée dans l'Allemagne du Sud. Il se fonde aussi pour appuyer son opinion sur ce que la Prusse, trop menacée du côté de la Bohême, ne pourra songer à concentrer 7 à 8 corps d'armée sur le Mein ou dans la Franconie, pour agir activement du côté de Stuttgard, ou de Nordlingen. || Aux calculs du Prince, on ne peut répondre que par des calculs que le dépôt de la guerre est en mesure de faire avec toute l'exactitude et tout le soin désirables, et qui démontreront si l'archiduc n'exagère point un peu le temps dont l'armée prussienne aurait rigoureusement besoin pour mobiliser et concentrer ses corps d'armée à la frontière. C'est aussi par des calculs dont il a déjà tous les éléments, que le dépôt de la guerre pourra reconnaître si, par hasard, les calculs de l'archiduc ne prêtent pas à l'armée française une célérité qu'elle ne pourrait atteindre réellement dans la mobilisation et la concentration de ses corps d'armée à la frontière. A priori, on est disposé à penser que quinze jours suffiraient pour la mobilisation et la concentration de l'armée française à la frontière, étant connus préalablement les points de concentration ainsi que les corps de troupes désignés pour former les divisions et les corps d'armée à concentrer. Par exception, seulement, il y aurait un léger retard pour les corps appelés d'Algérie à l'intérieur. Le second motif exposé par le Prince, de ce fait que la Prusse menacée du côté de la Bohême renoncerait à avoir une grande armée dans l'Allemagne du Sud, ce second motif paraît être très controversable. Il y a probabilité, mais non certitude, ainsi qu'on le dit dans le chapitre IV. || L'objection la plus sérieuse que l'on puisse faire au plan de l'archiduc, c'est celle qui est relative à la situation que ferait ce plan au gouvernement de l'Empereur, le jour où la France seule déclarerait la guerre à la Prusse et l'entraînerait vigoureusement sur la rive droite du Rhin, tandis que les deux

puissances alliées se tiendraient encore pour un certain nombre de jours dans le rôle de la neutralité. || La France pourrait-elle, quelque sûr que son gouvernement pût être de la sincérité de ses alliés, agir seule pendant vingt-deux ou vingt-cinq jours, sans que l'opinion s'en émût et ne lui fût peut-être hostile?

V

Deuxième et troisième entretiens avec l'archiduc, les 8 et 9 juin.

Considérations données par le Prince à propos du plan dont il a entretenu l'Empereur, et qu'il propose encore aujourd'hui, comme lui paraissant réunir les conditions désirables. || Dans le deuxième entretien que j'eus avec l'archiduc Albert, à Vienne, le 8 juin, Son Altesse Impériale mît sous mes yeux le document dont Elle m'avait parlé la veille, et que je reproduis textuellement.

VI

Forces des armées belligérantes.

Il y a plusieurs manières de compter la force d'une armée; mais trois seulement donnent un résultat exact; savoir: || 1° Pour subvenir aux besoins de l'armée, les dispositions de transport, de marche et de cantonnements; le nombre d'hommes, de bêtes et de voitures; || 2° Pour apprécier la force réciproque d'après les différentes armes: le nombre d'hommes d'infanterie et de cavalerie destinés au combat, ainsi que les pièces de campagne; par exemple: 18,000 hommes, 2,000 chevaux, 42 pièces veulent dire: 18,000 fantassins, 2,000 chevaux, 42 pièces destinés au combat; || 3° L'effectif pour le combat même résulte du deuxième chiffre, quand on en déduit les manquants, les malades, les éclopés, les détachés pour une raison quelconque, enfin les portions de troupes entières, qui détachées ou de service derrière les lignes, ne peuvent pas prendre part au combat. Pour éviter tout malentendu, tous les chiffres qui suivent comprendront uniquement les hommes destinés au combat selon le numéro 2, sans y compter les troupes destinées uniquement aux garnisons, comme les landwehr, les gardes mobiles et les troupes de dépôt.

I. — Armée de la Confédération du Nord.

L'armée de la Confédération du Nord, y compris les Hessois, se compose de 368 bataillons, 304 escadrons, 1,212 pièces, soit:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
	377 200	47 500	1 212
Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870. Dans le courant de l'année, elle doit se renforcer de 2 régiments de cavalerie et de 12 batteries à cheval. Elle comprendra donc 368 bataillons, 312 escadrons et 1 284 pièces. (Dans les armées allemandes, le bataillon est de 1 025 hommes, le régiment de cavalerie a 4 escadrons actifs et la batterie 6 pièces.) La force totale sera donc de	377 200	48 750	1 284
L'armée bavaroise compte 58 bataillons, 40 escadrons, 32 batteries, 16 escadrons, soit	59 450	6 250	192
Le Wurtemberg, 19 bataillons, 16 escadrons, 9 batteries, soit . . .	19 475	2 500	54
Bade, 18 bataillons, 12 escadrons, 7 batteries, soit	18 450	1 875	42
Les armées du Midi donnent ainsi	97 375	10 625	288
et on a pour toute l'Allemagne . . .	474 575	59 375	1 572

N.-B. — Pour plus de sûreté de calcul, les troupes de Bavière et de Wurtemberg sont ajoutées au total des forces ennemies. Reste à savoir si l'action diplomatique ne les neutralisera pas avant le commencement des hostilités. Si le cas nous est favorable, il n'est pas douteux qu'elles se joindront à nous pour la deuxième partie de la campagne.

II. — Armée française.

Elle compte 344 bataillons en France, 28 en Algérie, soit 372 bataillons, 270 escadrons et 164 batteries. Le bataillon, déduction fait des fourriers, des tailleurs, cortonniers et domestiques, est de 870 hommes; le régiment de cavalerie à 5 escadrons est de 686 chevaux, le régiment à 4 escadrons de 550 chevaux. Le régiment d'artillerie montée et à cheval a 8 batteries (48 pièces). Les régiments de la Garde à 6 batteries, soit 36 pièces par régiment. Les batteries de montagne, sans valeur en Allemagne, le Tyrol excepté. Ne sont pas compris dans le calcul: Les bataillons de dépôt d'infanterie de ligne et des zouaves, ni les dépôts de la Garde impériale, des chasseurs à pied, du régiment étranger, des spahis, des tirailleurs indigènes, et un escadron de dépôt par régiment de cavalerie. || L'armée française peut donc compter en combattants:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
	—	—	—
De ces chiffres, il faut déduire:			
A. Le régiment étranger et 2 autres régiments laissés en Algérie, puis les 3 bataillons d'infanterie légère d'Afrique;	323 640	37 080	984
B. Quelques cinquièmes escadrons;			
C. Au moins 2 batteries montées laissées en Algérie;			
D. Les escadrons d'escorte pour les quartiers généraux.			
Soit en tout 16 bataillons, 14 escadrons, 2 batteries.			
L'armée d'Europe, au maximum, sera de	309 720	35 185	972

III. — Armée autrichienne.

L'armée autrichienne (y compris les troupes des confins, mais sans les dépôts ni les landwehr) compte 503 bataillons, 287 escadrons, 156 batteries à 8 pièces, non compris les 10 batteries de montagne, soit:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
	—	—	—
(Le bataillon de ligne a 917 et 920 hommes; le bataillon de chasseurs a 930; l'escadron a 150 chevaux combattants; 41 états-majors de cavalerie à 9 combattants.)	461 726	43 419	1 248
De ce chiffre, il faut défalquer au début de la campagne:			
A. Les 4e et 5e bataillons des régiments ex-vénitiens, qui ne sont pas encore au complet, et quelques cinquièmes bataillons de régiments qui ont beaucoup souffert en 1866; puis les 4e bataillons des régiments des confins restant en garnison, soit 41 bataillons.			
B. Quelques divisions d'infanterie restant dans les places et camps retranchés, soit 70 bataillons, 6 escadrons, 15 batteries.			
Nota. — En 1871, l'infanterie autrichienne disposera d'un 20e bataillon de			
A reporter . . .	461 726	43 419	1 248

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
Report . . .	461 726	43 419	1.248
Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870. plus et laissera moins de bataillons dans les places. En 1872, la force atteindra 492 bataillons. C. Il faut encore défalquer les 7 escadrons formés au moment de la mobilisation, l'augmentation en chevaux dans les autres escadrons, les détachements d'escortes et les chevaux restant aux dépôts, soit par régiment 384 chevaux. Il faut donc déduire, en somme, des chiffres indiqués ci-dessus, ce qui est représenté par 111 bataillons, 47 escadrons et 5 batteries, c'est-à-dire en combattants	101 807	16 419	120
Donc, au début de la campagne, seulement.	360 019	27 000	1 128
Mais après quelques semaines on aura en plus, venant des ressources dont il est question en B	64 220	1 209	120
En somme, dans la 2e partie de la campagne, on aura	424 239	37 269	1 248

IV. — Armée italienne.

L'armée italienne compte 365 bataillons, 114 escadrons, 90 batteries; le bataillon de ligne a 650 hommes, le régiment de cavalerie a 670 chevaux. Il est peu probable que plus de la moitié pourra franchir les Alpes, le reste étant nécessaire en Italie pour maintenir l'ordre. || Le maximum à espérer est de 116 bataillons en 12 divisions; 96 escadrons en 60 batteries, soit: 136 280 hommes, 10 730 chevaux, 360 pièces, dont la moitié six semaines après le rappel général des hommes de réserve, soit donc: 68 640 hommes, 5 360 chevaux, 180 pièces.

En somme, dans les deux premiers mois de la campagne, on aura:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
Français	309 720	35 180	972
Autrichiens	360 019	27 000	1 128
Italiens	68 640	5 360	180
Total	739 279	67 540	2 280

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
Report . . .	739 279	67 540	2 280
Deux mois plus tard ce chiffre peut s'élever, par les renforts autrichiens et Italiens, de	132 860	15 620	300
ce qui donnerait alors	872 139	83 160	2 580

V. — Armée danoise.

Elle compte 31 bataillons à 840 hommes combattants, 16 escadrons à 125 chevaux, 12 batteries à 6 pièces, ce qui représente:

	Hommes.	Chevaux.	Pièces.
	26 040	2 000	72
Total général des forces alliées pour la 1re période de la campage.	765 319	69 540	2 353
Et pour la 2e période (y compris 3 500 hommes d'infanterie de marine de France) ces chiffres augmentés de.	136 360	15 620	300
Total général . . .	901 679	85 160	2 652

Temps nécessaire pour les armements.

En Prusse, on compte trois semaines pour mobiliser les corps d'armée, chacun dans son rayon, à partir du jour où les hommes sont appelés sous les drapeaux. || La réunion de plusieurs corps d'armée sur la frontière nécessite une semaine de plus par corps et par grande ligne de chemin de fer. || Le 8e corps, par exemple, pourrait être réuni en trois semaines derrière la Sarre; après quatre semaines les 7e et 11e corps l'y auraient rejoint; après cinq semaines, les 10e et 4e. || Comme la Prusse ne pourrait entreprendre une invasion en France avec moins de huit corps, c'est-à-dire avec moins de 270 bataillons, il s'ensuit qu'un mouvement offensif au delà de la Sarre n'est redoutable que sept semaines après le rappel des hommes. || En 1866, après deux mois de préparatifs plus ou moins secrets, le rappel des hommes fut ordonné les 3 et 5 mai et pour la dernière partie de la landwehr le 12 mai. Le 16 juin, après quarante-quatre et quarante-deux jours, trois divisions de l'armée de l'Elbe entrèrent en Saxe, où on savait ne pas trouver un seul Autrichien. Du 22 au 26 juin, on dépassa la frontière autrichienne. Il y eut donc sept semaines entre le rappel et l'entrée réelle en campagne. La Hesse et Bade, bien que la dernière soit en dehors de l'Allemagne du nord, doivent être considérées comme parties intégrantes de l'armée prussienne, malgré la profonde aversion de leurs populations. Leurs troupes sont prêtes à marcher en trois semaines, celles de Bade probablement dans et autour de Rastadt. || Les armées de Bavière et de Wurtemberg, aux ordres de la Prusse, par suite de traités secrets,

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

seront bien plus lentes à se mobiliser. On peut compter au moins cinq semaines pour la première et quatre pour la deuxième. Le maximun de célérité avec laquelle on puisse obtenir qu'une grande armée française soit prête à passer la frontière de l'est, sera de trois semaines, à compter de l'ordre de rappel des hommes de la réserve et des chevaux mis chez les cultivateurs, pourvu qu'on se soit préparé secrètement et dans toutes les directions un mois avant ce rappel, c'est-à-dire pourvu qu'on rapproche le plus possible de leurs forces actuelles les troupes de la frontière et des points de ralliement de corps d'armée, pourvu qu'on tienne aussi tout prêts les transports dans les ports de l'Algérie; qu'on fasse, en même temps, de grands achats en chevaux et en mulets, etc., de manière qu'en définitive, l'ordre de rappel étant donné, on puisse, dans l'espace de quinze jours, obtenir les résultats suivants: || a) Tous les hommes et les chevaux rappelés seront rentrés dans les dépôts de leurs régiments, et après y avoir été équipés, auront rejoint ces derniers, les uns et les autres par le chemin de fer; || b) Transport des troupes d'Afrique par mer et par chemin de fer pour la France; || c) Concentration des troupes en attendant leurs renforts et marchant le plus possible par étapes au point de ralliement des corps d'armée. || La troisième semaine sera consacrée à concentrer l'armée sur la frontière, pendant que les chemins de fer amèneront les retardataires, les provisions. || En Autriche, le rassemblement des troupes est bien plus lent, vu sa position géographique, son moindre développement en moyens de transports, vu aussi une organisation politique différente et enfin le manque d'une loi pour s'assurer les chevaux nécessaires. || Il faut six semaines, après l'ordre donné pour le rappel des hommes, pour rassembler l'armée entière sur l'une des extrémités du vaste empire, sans compter encore quelques semaines de préparatifs secrets, principalement pour s'assurer des chevaux et pour le transport des approvisionnements. || L'Italie est tout à fait incalculable sous ce rapport. La faiblesse du gouvernement, le mauvais vouloir des populations, les désarrois de l'armée et l'épuisement des finances seront autant d'entraves qui ne feront pas tenir ce qu'on aura promis. Un mois de préparatifs secrets (?) et quatre semaines avant que la 1re division, quatre autres semaines avant que la 10e division, c'est-à-dire la moitié des forces totales puisse être organisée à Vérone. || Le Danemark aura mobilisé ses forces en trois ou quatre semaines. || Aux appréciations et aux chiffres donnés par l'archiduc Albert, dans le document qu'on vient de lire, chiffres qui paraissaient exacts en général, on devait cependant objecter, près de Son Altesse Impériale, que, dans le cas prévu d'une guerre en Europe, ce n'étaient point deux régiments d'infanterie de ligne, mais bien huit régiments de ligne, non compris le régiment étranger, qui devaient être envoyés en Algérie. || On représente aussi au Prince que, dans son travail, il supposait que dans la même éventualité l'artillerie montée laisserait deux batteries montées en Algérie, tandis qu'en fait il avait été arrêté qu'elle en laisserait six, avec obligation seulement, pour le régiment stationné en Algérie, de fournir trois batteries de montagne pour

les armées en Europe. Toutefois, ajouta-t-on, peut-être serait-il possible de modifier la décision prise et de ne laisser que 2 batteries, montées à Alger, s'il était reconnu que des batteries de montagne ne fussent plus nécessaires dans une guerre en Allemagne. C'était une question secondaire à examiner. L'archiduc, répondant à ces objections, ne dissimulait pas que, dans son opinion, l'armée que l'Empereur avait l'intention de laisser en Algérie, si Sa Majesté devait soutenir une guerre en Allemagne, lui paraissait comprendre un effectif exagéré: 54 000 hommes. Dans les idées du Prince, les grands intérêts de la France, si elle devait se trouver engagée dans une lutte avec la Prusse, ses intérêts seraient, non plus du tout en Algérie, mais bien là où se joueraient les destinées de l'Empire et de la dynastie napoléonienne, aussi bien que ceux de l'Empire autrichien et de la dynastie des Hapsbourg. L'Algérie, disait le Prince, ne serait point perdue pour la France, quand bien même elle serait momentanément et vraisemblablement, mais pour quelque mois seulement, dans une situation un peu exposée, n'ayant plus pour y protéger ses établissements et ses colons que des troupes réduites au minimum possible, et les gardes organisées avec les milices. Le point essentiel, c'était de pouvoir présenter à l'ennemi redoutable, celui qu'on trouverait au delà du Rhin, toutes les forces vives des deux grandes puissances alliées. L'Empereur, victorieux en Allemagne, tout rentrerait aussitôt dans l'ordre en Algérie, à supposer que l'ordre pût être un instant menacé dans la colonie au début de la guerre en Europe. || L'archiduc, montrant sur la carte quelle était la configuration de l'Allemagne du nord, faisait remarquer que si la Prusse est vulnérable sur l'un des points de sa frontière, c'est surtout du côté de la Bohême, et c'était sur cette remarque qu'il avait, de son côté, imaginé le plan de campagne dont il avait entretenu l'Empereur à Paris. Des frontières de Bohême, d'Egra, ou même de Prague, de Pilsen jusqu'à Berlin, la distance était très courte; d'Egra ou Schlackenwerth à Berlin, 18 ou 17 étapes; de Prague à Berlin, 19 étapes; de Pilsen, par Dresde, à Berlin, 28 étapes. || L'immense faute qui avait été commise en 1866 par l'Autriche, c'est qu'elle avait concentré ses forces en Moravie, au lieu de les concentrer en Bohême; que si de la Bohême elle avait menacé elle-même la Prusse, par le côté où cette puissance est réellement exposée, c'est-à-dire par la ligne qui, partant des défilés de l'Erzegebirge et celui de l'Elbe, permet à une armée de se jeter en moins de vingt jours sur Berlin, jamais les armées prussiennes n'eussent songé à s'avancer sur Vienne. De plus on peut remarquer que le territoire de la Prusse est découpé suivant la forme d'une abeille, dont la taille Berlin, le centre politique et le coeur de la monarchie, se trouve vers le milieu de la ligne très courte qui va de la Bohême, par Dresde, jusqu'à Stettin. Une armée ennemie qui s'emparerait par cette ligne de Berlin d'abord, puis ensuite de Stettin, ce qu'elle ferait en 28 journées d'étapes en tout, aurait du même coup coupé la Prusse en deux parties, dont l'une, celle qui se trouve au sud-ouest, est composée des provinces les moins bien soumises au pouvoir central. || Dans une guerre contre

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

la Prusse, il convenait que l'Autriche ne renouvelât point la faute qu'elle avait commise en 1866, et dans une action qui serait commune à la France et à l'Autriche contre la même puissance, il était très désirable que l'on pût s'entendre pour diriger les efforts communs sur le point faible des frontières de la Prusse qu'on vient d'indiquer. || On réussirait, c'était hors de doute aux yeux de l'archiduc, pourvu qu'une armée française fortement organisée vint, après avoir franchi le Rhin à Strasbourg et à Brisack, par Stuttgard et Nordlingen, se joindre vers Nuremberg, Bayreuth, Bamberg, à une grande armée que l'Autriche aurait elle-même concentrée en Bohême. Le Prince était d'ailleurs très convaincu que ce mouvement, qu'il indiquait pour une grande armée française, serait sans aucun danger pour celle-ci; que dans sa marche sur Nuremberg, elle n'aurait jamais à courir le risque de voir apparaître sur son flanc gauche une armée prussienne capable de l'inquiéter, au moins capable d'essayer à couper ses derrières. Si l'on parvenait, ce qui était très facile aux yeux de l'archiduc, à opérer la jonction des deux armées, avant que l'une ou l'autre put être forcée à recevoir une grande bataille, le succès final était assuré; car réunies vers le haut Mein, elles n'auraient plus, dans tout le cours de la campagne, qu'à se conformer au plan qu'adopta Napoléon dans sa lutte contre la Prusse en 1806, plan qui fut couronné par de si éclatants succès, précisément parce que l'Empereur avait fait concentrer et converger toutes les forces dont il disposait, non sur un point en Bohême, puisqu'il n'avait pas l'alliance de l'Autriche pour lui, mais aussi près que possible de la Bohême, c'est-à-dire en Franconie, d'où elles pouvaient marcher sur Berlin par la ligne qui se rapproche le plus de celle qu'on a indiquée ci-dessus et partant de la Bohême.|| On franchirait les passages de la Bohême et ceux de la Thuringe avec des forces écrasantes de supériorité, eu égard à celles que la Prusse pouvait présenter aux deux armées réunies. On pénétrerait en Saxe, et ce serait vraisemblablement dans les plaines de Leipzig ou de Weissenfelds que pourrait être livrée la première grande bataille décisive. On avait pour soi toutes les chances de succès possible; car en joignant, dans ce moment de la campagne, les forces italiennes aux forces franco-autrichiennes, on avait 739 008 baïonnettes à opposer à 474 000 baïonnettes prussiennes; et si l'on admet, d'une part, que l'armée italienne laissée à Munich n'ait pas suivi en Saxe les deux armées alliées, que d'autre part les contingents bavaro-wurtembergeois n'aient pas suivi non plus l'armée prussienne, on aurait à opposer 669 000 baïonnettes à 377 000 baïonnettes prussiennes. || L'archiduc Albert se montre très convaincu qu'une armée imposante par le nombre de ses baïonnettes peut, sans avoir de risques à courir du côté de ses flancs et de ses derrières, entreprendre la marche qu'il indique dans son plan de campagne pour aller se joindre à l'armée autrichienne, qu'on concentrerait en Bohême, vers Nuremberg-Bayreuth. A l'appui de son opinion, le Prince fait remarquer que quinze jours après l'ordre de mobilisation l'armée dont il s'agit peut avoir, comme il l'a écrit dans sa note rapportée ci-dessus, ses corps d'armée concentrés et prêts

à franchir le Rhin. Dans le même moment, après 15 jours donnés à la mobilisation et quelque soit la célérité apportée dans l'exécution des dispositions arrêtées à l'avance, la Prusse n'aura encore obtenu d'autres résultats que d'avoir chacun de ses corps d'armée mobilisé et concentré dans sa circonscription. Dans ce même moment encore la mobilisation et la concentration des armées autrichiennes seraient commencées depuis 15 jours. || L'Autriche et l'Italie ne seraient point prêtes encore à déclarer diplomatiquement ou de fait leur alliance offensive et défensive, ou leur action commune avec la France. La France, au contraire, serait mise dans l'obligation de déclarer la guerre à la Prusse; car le 16e jour après la mobilisation de ses armées serait celui qu'elle devrait choisir pour franchir ses frontières et commencer ses opérations. || Mais, si au point de vue politique il y a un certain inconvénient à ce que la France commence la lutte à elle seule, on peut regarder comme certain que la Prusse ne se trompera pas sur les dispositions secrètes des deux puissances alliées. Voyant celles-ci mobiliser et concentrer leurs armées, elle n'hésitera pas à prendre vis-à-vis d'elles, au moins vis-à-vis de l'une d'elles, l'Autriche, les dispositions défensives qu'il lui serait par trop imprudent de ne pas prendre. Dès qu'elle saura d'autre part que la France, ayant une armée considérable sur la Sarre, a fait franchir le Rhin et diriger vers le centre de l'Allemagne du Sud une autre armée importante aussi, sinon plus importante que la première, elle mettra en toute hâte ses forces en mouvement, pour en faire la répartition sur le Rhin, sur le Mein et sur le bas Neckar, en Saxe et en Silésie, de telle sorte qu'aussitôt que possible, elle puisse concentrer le plus de corps d'armée possible en face des points par où elle se trouvera menacée de plus près ou le plus sérieusement. || L'archiduc est d'avis que l'armée française, destinée à entrer dans l'Allemagne du Sud pour aller faire sa jonction avec l'armée autrichienne, doit être de beaucoup supérieure en force à celle qui doit opérer sur la Sarre. Il fait reposer en grande partie, sur l'hypothèse qu'il en sera ainsi, et c'est sur cette hypothèse aussi qu'il imagine quelles seront les dispositions arrêtées par la Prusse dans la répartition de ses forces au début de la guerre sur ses frontières du Rhin, en Saxe et en Silésie. Suivant lui, la Prusse ne songera pas un seul instant à prendre elle-même l'offensive sur la rive gauche du Rhin. L'offensive qu'elle prendrait de ce côté serait désastreuse pour elle, elle l'obligerait à trop s'affaiblir du côté de la Saxe, de ce côté où la concentration de l'armée autrichienne de Bohême menacerait Berlin, bien autrement que ne pourrait menacer Verdun ou Paris une armée prussienne qui entreprendrait une invasion par la Sarre et la Moselle. || Cette armée prussienne serait faible encore, si elle tentait une pareille entreprise avec 7 ou 8 corps d'armée. Comment le reste de l'armée prussienne s'y prendrait il pour couvrir efficacement Berlin, si l'on tient compte surtout du nombre d'étapes qu'il y a du Rhin à la Sarre, de la Sarre à Paris, et celui qu'on compte de la frontière de Bohême à Berlin? L'archiduc était primitivement d'avis que l'armée française de la Sarre pouvait être composée

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

faiblement, tant il était convaincu qu'elle n'aurait pas à supporter de luttes sérieuses dans le Palatinat; que cette armée devait se borner à prendre une position défensive sur la Sarre, s'emparer tout au plus de Saarbrük, de Sarrelouis, de Neukirchen, Hombourg et peut-être Kaiserlautern, sans chercher à pousser plus loin vers Neustad ou Mayence. Le motif donné par le Prince c'est qu'il y aurait, au début de la guerre, à ménager les populations allemandes du Palatinat, de la Hesse et de la Bavière rhénane, afin de les attirer à soi et obtenir qu'elles fassent défection à la Prusse. || L'archiduc changea d'avis quand il lui fut répresenté que s'il était un moyen de faciliter le mouvement de l'armée française d'Allemagne, tel qu'il le demandait, c'était de tromper la Prusse, aussitôt après la mobilisation des armées françaises, en faisant paraître d'abord le plus de forces possible sur la Sarre, et de faire prendre à ces forces, pour un certain nombre de jours, une offensive très décidée en avant de la Sarre, en les poussant si loin dans le Palatinat que l'ennemi pût être convaincu que l'armée principale française se trouvait sur la rive gauche du Rhin, marchant résolûment sur Mayence. On attirerait vraisemblablement ainsi une partie plus considérable de l'armée prussienne sur le Rhin et dans le Palatinat. Quand ce résultat aurait été obtenu, il serait temps encore de prendre dans le Palatinat une attitude plutôt défensive qu'offensive, afin de diriger sur la grande armée d'Allemagne toutes les forces qui ne seraient point absolument nécessaires sur la rive gauche du Rhin. || Quoiqu'il en soit des opérations poussées plus ou moins loin dans le Palatinat par l'armée française de la Sarre, il est bien certain que l'armée prussienne, aussitôt qu'elle saura qu'une armée française considérable a franchi le Rhin se dirigeant vers Stuttgard et la Franconie, gardera très faiblement la rive gauche du Rhin, pour porter ses forces principales vers l'est, sur le Bas-Mein ou le Haut-Mein d'une part et, d'autre part, en Saxe, faisant face à la frontière de Bohême. On peut imaginer que la Prusse répartira alors ses corps d'armée de la manière suivante:

Sur le Rhin et dans le Palatinat	2 corps
Sur le Bas-Mein, entre Manheim et Wurtzbourg .	4 —
En Saxe	4 —
En Silésie	2 —
Dans les Duchés	1 —
Total . . .	13 corps.

Ou bien encore si l'on veut pousser à l'extrême, en admettant que la Prusse comprendra qu'au moment dont il s'agit elle n'aura encore rien à redouter de l'armée autrichienne de Bohême, non plus que de celle de Silésie, elle adoptera la répartition suivante:

Sur le Rhin	2	corps
Sur le Mein	7	—
En Saxe	2	—
En Silésie	1	—
Dans les Duchés	1	—
Total	13	corps*).

Admettant donc que la Prusse dût répartir ainsi ses forces, l'archiduc Albert établissait, par ses calculs, que le mouvement de l'armée française, qui se portera du Rhin sur Nuremberg, ne pourra être contrarié en aucune façon par l'armée prussienne se concentrant sur le Mein. En effet, disait le Prince, pour avoir trois corps seulement réunis sur le Mein, la Prusse aura besoin de quatre semaines, savoir: deux semaines pour mobiliser chacun de ces quatre corps dans leur circonscription propre et les y concentrer, puis il faudra une semaine pour amener sur le Mein le 2e de ces corps venu de l'intérieur de la Prusse, une autre semaine encore pour y amener le 3e corps. Pour que la Prusse pût avoir quatre corps sur le Mein, il lui faudrait cinq semaines; pour cinq corps, six semaines; enfin pour sept corps, huit semaines, à compter du jour où l'ordre de la mobilisation aurait été donné. Si l'on supposait, d'un autre côté, que l'armée française destinée à l'Allemagne serait composée de 5 corps d'armée dont deux à quatre divisions d'infanterie, deux à trois divisions et le corps spécial de la Garde impériale formant le 5e à deux divisions, on regardait, comme possible, que cette armée eût ses corps d'armée mobilisés et concentrés sur le Rhin, vers Strasbourg et Brissach, le 15e jour qui suivra l'ordre de mobilisation, de manière que le Rhin pût être franchi le 16e jour, c'est-à-dire de façon que l'on fût en état de s'emparer de la rive droite du Rhin et de jeter les ponts nécessaires sur les points de passage indiqués. || Si l'on suit alors la marche de cette armée française, qui ne s'élèvera pas à moins de 240 000 à 250 000 hommes, depuis son point de départ du Rhin jusqu'à Nuremberg, on reconnaîtra, disait l'archiduc, que dans aucune de ses journées d'étapes, elle ne sera exposée à être attaquée sur son flanc gauche par une armée prussienne venant du Mein; car cette armée prussienne sera toujours trop inférieure en forces pour oser se mesurer avec elle. Marchant toujours de manière à ce que ses 5 corps d'armée soient en mesure de se concentrer sur un même point en trois fois vingt-quatre heures, ce qui ne paraît pas difficile à obtenir, elle aura sa tête arrivée à Nuremberg le 45e jour qui suivra celui où l'on aura donné l'ordre de mobilisation. Ce même jour, la Prusse n'aura pu réunir que cinq corps d'armée sur le Mein. Si l'on recherche enfin quelle sera la situation de chacune des deux armées française et prussienne, non plus vers le 45e jour, mais le 25e, par exemple, on recon-

*) Ces 13 corps sont ceux dont la Prusse peut disposer, y compris le 12e corps que la Saxe doit fournir et le 13e corps qui est la garde.

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

naîtra que la tête de l'armée française étant ce jour-là à hauteur de Stuttgart et occupant nécessairement avec sa cavalerie des points importants tels que Ludweibourg et Stadhaufen, sur le Neckar hall, en avant d'elle, l'armée prussienne n'aura encore que trois corps concentrés sur le Mein. || L'archiduc n'a pas tenu compte ici des contingents badois, bavarois et wurtembergeois qui, dans le premier moment des opérations de l'armée française d'Allemagne, pourraient se joindre aux forces prussiennes sur le Mein, ainsi que cela a été dit déjà par le Prince, les puissances de l'Allemagne du sud, malgré le désir (très problématique) qu'on pourrait leur prêter de vouloir tenir leurs engagements vis-à-vis de la Prusse, mobiliseront certainement leurs forces beaucoup plus lentement que la Prusse et l'Autriche, et surtout plus lentement que la France. La célérité de l'armée française les mettra, bien plus encore qu'elle ne mettra la Prusse, dans l'impossibilité de rien faire de sérieux, avant que l'armée française eût fait jonction avec l'armée autrichienne. Il est plus que probable que le contingent badois se bornera à occuper Rastadt et à se montrer autour de cette place, que les contingents wurtembergeois et bavarois se renfermeront dans Ulm. On peut même espérer que l'armée française ne se montrant pas en ennemi dans l'Allemagne du Sud, les gouvernements du Wurtemberg et de la Bavière montreront peu d'empressement à seconder la Prusse. Ils ne regretteront pas de se trouver impuissants devant l'armée française, et à coup sûr leurs armées n'iront pas se joindre aux Prussiens sur le Mein. Dans tous les cas, si l'on voulait supposer, par impossible, que les contingents de Bade, Wurtemberg et Bavière iront se joindre aux Prussiens sur le Mein, cette augmentation de forces, pour ceux-ci, ne changerait rien à ce qui a été dit ci-dessus, l'armée française arriverait toujours à opérer sa concentration vers Nuremberg, avant que l'armée prussienne eût pu se présenter avec des forces suffisantes sur son flanc gauche. L'archiduc entend bien, d'ailleurs, quand il exprime cette opinion, que dans les opérations des armées française, prussienne et autrichienne qui suivront leur mobilisation et à partir du jour où l'armée française aura franchi le Rhin, et de celui où l'armée prussienne aura concentré des corps sur le Mein, tous les mouvements de troupes seront exécutés par les voies ordinaires, par étapes et non plus par les voies ferrées. || Ces dernières auront été coupées par l'une ou l'autre des deux armées et très probablement par toutes les deux. Si d'un côté ou de l'autre, on se sert encore des chemins de fer, ce ne sera plus que sur les derrières des armées ou très accidentellement pour des fractions de troupes peu considérables que l'on porterait en avant. || Autre exemple encore: A la date du 35e jour, qui suivra l'ordre de mobiliser, la tête de l'armée française sera arrivée à Nordlingen en trois jours, elle pourra être concentrée sur ce point. La Prusse aura, de son côté, réuni quatre corps sur le Mein, et il lui faudra trois jours au moins pour que cette armée de quatre corps puisse venir menacer le flanc gauche de l'armée française très supérieur en forces. L'armée prussienne descendra-t-elle, quoique très inférieure, vers le centre de l'Allemagne du sud

pour essayer d'arrêter l'armée française? Elle n'osera y songer; car, dès le 35e jour, qui suivra la mobilisation ordonnée en Autriche, une armée prussienne, qui serait sur le haut Mein ou concentrée près de Nordlingen, en face de l'armée française, serait très exposée du côté de celle-ci, mais très menacée aussi du côté de l'armée autrichienne de Bohême*). || Ce serait alors pour l'Autriche et l'Italie le moment de dénoncer leur neutralité, au lieu d'attendre 42 jours après l'ordre de mobilisation pour déclarer la guerre et joindre leurs forces à celles de la France. Le feraient-elles? l'archiduc laisse espérer que l'Autriche n'hésiterait pas. || Dans le plan qu'il a imaginé, l'archiduc Albert tient peu de compte de la place d'Ulm occupée par les troupes de Wurtemberg et de Bavière. Le Prince est convaincu que ces troupes ne pourront tenir la campagne dans les environs de la place pour contrarier le mouvement de l'armée française. Il considère, en outre, que l'importance de la forteresse d'Ulm a été fort exagérée, que parmi les forts qui constituent le camp retranché de la place, les deux principaux, dont celui de Willembourg, sur la rive gauche du Danube, pourraient être trés menacés et seraient probablement enlevés en peu de jours par un corps d'armée française qui s'établirait sur les hauteurs qui avoisinent ces deux forts, hauteurs qui sont à la même cote que ces forts et à la distance de 1 800 à 2 000 mètres. Rien ne semble préparé à Ulm en vue d'un armement qu'on voudrait exécuter très promptement. Les communications entre une armée prussienne du Mein et le corps wurtembergeois ou bavarois, qui serait à Ulm au début des hostilités, seraient interceptées à coup sûr par l'armée française, avant que l'armement eût pu être à demi-achevé. On pourrait objecter à l'archiduc Albert que, si l'on devait avoir et si l'on avait en effet grande confiance dans les calculs qu'il avait faits et dans les études auxquelles il s'était livré relativement au temps qu'il fallait à la Prusse pour mobiliser, concentrer et mettre ses forces en mouvement au delà de ses frontières, cette confiance toutefois ne pouvait être tellement absolue, qu'on ne vît point de danger pour une armée française qui exécuterait le grand mouvement que S. A. I. indiquait, mouvement pendant toute la durée duquel cette armée serait constamment menacée sur son flanc gauche et sur ses derrières, sur son flanc gauche, par une armée prussienne concentrée sur le Mein, et plus forte, peut-être, qu'on ne le supposait, et sur les derrières par un corps prusso-badois concentré à Rastadt. La prudence conseillait, sans aucun doute, de prêter à la Prusse plus de célérité que ne lui en concédait le Prince pour la mobilisation ou le transport de ses forces sur les points de concentration choisis par elle au début des hostilités. Dans les idées mêmes du Prince, il fallait que l'armée d'Allemagne fît sa jonction avec l'armée autrichienne de Bohême avant d'avoir eu une bataille à recevoir, d'où elle sortirait affaiblie, fût-elle même victorieuse. Il fallait dès lors être

*) Il faut remarquer que, dès le 25e jour, un corps autrichien, dont la concentration serait presque achevée, serait à Pilsen sur Amberg.

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

très certain que, pendant le grand mouvement qu'on lui demandait, l'armée prussienne ne pourrait jamais lui présenter sur sa gauche, vers Stuttgart, cinq ou six corps, au lieu de trois qu'admettait l'archiduc; à Nordlingen, sept ou huit au lieu de quatre, entre Nordlingen et Nuremberg peut-être neuf, alors que l'armée autrichienne serait encore incapable de marcher à sa rencontre pour lui donner la main. || Dans une note spéciale, qui avait été rédigée pour exprimer un certain doute à ce sujet, il était dit que dans la difficulté où l'on se trouvait d'avoir une appréciation très exacte de ce que pourrait faire la Prusse, eu égard aux études persévérantes auxquelles se sont livrés ses officiers pour obtenir la plus grande célérité possible dans la concentration des armées, il paraissait indispensable que le cas fût prévu où une armée française, marchant sur Nuremberg, après son passage du Rhin, serait arrêtée tout à coup dans son mouvement, ayant sur son flanc une armée prussienne égale, sinon supérieure en forces. On ajoutait que, dans un cas pareil, l'armée française n'aurait point à hésiter un instant. Elle devait renoncer sur-le-champ à poursuivre sur Nuremberg, éviter une grande bataille, et se dérobant à l'armée prussienne au moyen d'un mouvement tournant qui la ferait pivoter sur celui de ses corps qui serait le plus rapproché d'Ulm, passer sur la rive droite du Danube. Le passage du fleuve se ferait soit en amont soit en aval d'Ulm, suivant la situation présente de l'armée. Une fois concentrée sur la rive droite du Danube, l'armée marcherait par cette rive sur Donauwert et Ingolstadt pour aller se joindre à l'armée autrichienne. || Mais en prévision de ce mouvement, qui serait peut-être imposé à l'armée française, il était indispensable que, pendant sa concentration en Bohême, l'armée autrichienne eût, au moins, trente jours après l'ordre de mobilisation, 40 à 50 000 hommes à Pilsen, tout prêts à se porter à ce moment sur Ratisbonne pour s'y joindre à l'armée française arrivant soit à Ratisbonne, soit à Ingolstadt par la rive droite du Danube. || Il y avait à dire encore que, dans le mouvement dont il s'agit ici, l'armée française se verrait condamnée à perdre pour un certain temps, sinon pour toujours, sa ligne d'opération sur le Rhin. Un corps d'armée prussien pouvait, en se joignant aux troupes badoises, se jeter sur Rastadt sur les derrières de l'armée française et couper ses communications avec Strasbourg et même Brissach. Il est bien vrai que l'armée française ne serait pas perdue pour cela. Sa jonction avec l'armée autrichienne en éprouverait un certain retard, du fait du mouvement qu'elle aurait exécuté sous les murs d'Ulm, pour franchir le Danube, elle se ferait quelques jours plus tard et sur un autre point que celui que le Prince avait imaginé; mais les quelques jours de retard que l'on subirait devaient mettre l'Autriche en situation de jeter le voile vis-à-vis de la Prusse, au cas où elle se serait crue jusque-là forcée de garder les apparences de la neutralité, la concentration de son armée de Bohême n'étant point encore assez avancée. On devait penser que, du moment où l'armée française serait sur la rive droite du Danube, les armées alliées d'Autriche et d'Italie commenceraient leurs opérations. || L'armée italienne, ayant

le passage libre par le Tyrol autrichien, du fait de la déclaration de guerre de l'Autriche à la Prusse, marcherait aussitôt sur Munich. Maîtresse de ce point, elle dominait la Bavière, et permettait à l'armée française de se servir éventuellement de la voie ferrée du Brenner, reliée par le chemin de fer italien de Véronne, Milan, Turin, avec le Mont-Cenis, comme ligne de communication avec l'intérieur. On devait compter qu'aussitôt la jonction faite entre les armées alliées, l'armée française pourrait rétablir et assurer fortement sa ligne d'opérations sur le Rhin et par Brissach. || Aux observations et aux propositions dont il vient d'être parlé, l'archiduc, opposant les calculs qui lui avaient donné la conviction que l'armée prussienne ne pouvait rien faire pour contrarier le mouvement de l'armée française sur Nuremberg, convenait cependant que, pour mettre de leur côté, une prudence qu'il regardait, pour son propre compte, comme exagérée, il donnait son approbation complète à la combinaison qui lui était soumise. Il admettait d'autant plus volontiers cette combinaison, que si, par impossible, on devait la mettre à exécution, on dérouterait, selon lui, tous les plans de l'ennemi, par le mouvement tournant de l'armée française, se dérobant tout à coup pour passer le Danube sous les murs d'Ulm. Pendant ce mouvement, que l'armée prussienne ne pourrait contrarier, cette armée ne risquerait même pas à se mettre dans les traces de l'armée française et ne s'approcherait pas d'Ulm; car elle serait trop menacée par l'armée autrichienne de Bohême. Ses corps d'armée, surtout s'ils étaient nombreux, venus du Mein, vers Stuttgart ou le Moyen-Neckar, quitteraient l'Allemagne du sud en toute hâte, pour se porter en Saxe, sur la frontière de Bohême, et derrière les défilés de la Thuringe. Il serait presque à désirer, disait l'archiduc, que l'armée française se vît ou se crût forcée de passer le Danube, comme on l'a dit; le résultat ou l'objet principal de ses premières opérations, c'est-à-dire la jonction des armées alliées, devant en être la conséquence très assurée.

Il pouvait être intéressant d'examiner la question de savoir si, dans l'opinion de l'archiduc, il serait favorable aux puissances alliées de songer à une campagne d'automne contre la Prusse. Sur ce point, le Prince est d'avis que ce n'est qu'au printemps qu'il est possible d'entreprendre une guerre contre cette puissance. Les raisons principales sont qu'il faut prévoir le cas où la lutte se prolongerait, une grande bataille heureuse pour les alliés pouvant ne pas suffire pour abattre l'orgueil national prussien; que, dans ce cas, il serait bien désirable que l'on eût devant soi de longs mois et de longs jours pendant lesquels les armées alliées trouveraient de grandes facilités pour marcher utilement et pour suivre leurs premiers succès; qu'il convenait au contraire de redouter les jours courts de l'automne et de l'hiver, dans un pays où, peut-être, la population insurgée exposerait aux surprises de nuit; que d'ailleurs il convenait de redouter, pour les soldats des armées alliées, un climat trop froid et un sol marécageux que les soldats prussiens supporteraient beaucoup mieux qu'eux. || Dans le plan de campagne imaginé par l'archiduc, le Prince demandait

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

que la France ayant deux armées, l'une destinée à l'Allemagne et à se joindre à l'armée autrichienne, l'autre sur la rive gauche du Rhin, la première fût constituée, aussi fortement que possible; la deuxième, au contraire, se composant de ce qui serait rigoureusement nécessaire, sur la Sarre ou dans le Palatinat, Son Altesse Impériale étant d'ailleurs convaincue, pour les motifs exposés déjà, que la France n'aurait à craindre aucune agression sérieuse de ce côté du Rhin. Il était impossible de ne pas représenter à l'archiduc que la France était tenue à ne pas trop dégarnir ses frontières du nord est et du nord; que, dans une guerre avec la Prusse, elle aurait nécessairement à observer la Belgique, à agir dans le Palatinat, et à se préoccuper aussi de la place de Luxembourg, nonobstant ce qu'on pouvait dire du traité qui l'a neutralisé récemment au grand déplaisir de la Prusse. || Afin que le Prince ne pût pas s'exagérer ce que pourrait faire la France en vue de condescendre à ses désirs, une note lui fut remise dans laquelle on présentait une composition rigoureusement possible des deux armées françaises dont il s'agissait, en utilisant toutes les forces actives disponibles de l'armée telle qu'elle existe en ce moment. || Aux observations relatives à la Belgique et à la place de Luxembourg, l'archiduc répondait, en répétant que dans un conflit engagé avec la France et l'Autriche, la Prusse ne pourrait songer à prendre l'offensive sur la rive gauche du Rhin, trop menacée qu'elle serait du côté de Berlin par l'armée de Bohême; que sa perte la plus certaine serait qu'une armée prussienne mît le pied sur le sol de la Belgique, qu'en ce qui concernait particulièrement la place de Luxembourg, la Prusse n'avait aucun intérêt à y jeter une partie de ses forces, puisqu'elle ne pouvait songer à prendre l'offensive pour envahir la France par ce côté, tandis que pour elle, ce serait s'affaiblir que d'occuper le Luxembourg avec des troupes qui, inutiles là, lui seraient si nécessaires ailleurs, du côté du Mein ou du côté de la Bohême; qu'enfin, à ce point de vue de la question, qui était relatif aux frontières de la France du côté du nord, le plan imaginé par le Prince offrait cet avantage qu'il localisait forcément la guerre, ne donnant ni à la France, ni à la Prusse, aucun prétexte ou aucune nécessité pour ne pas respecter la neutralité de la Belgique et du Luxembourg. Comme il était représenté à l'archiduc qu'on serait désireux qu'il voulût bien permettre qu'on soumît à son approbation, la rédaction du plan de campagne auquel il donnait la préférence sur celui qu'on lui avait exposé, afin de n'en rien omettre afin aussi, que l'on pût mettre à l'appui les considérations qu'il avait fait valoir, et qu'on a cherché à reproduire ci-dessus, quand le moment serait venu de les faire connaître à Paris, où, sans aucun doute, elles rencontreraient quelque opposition, l'archiduc proposa de rédiger le tout lui-même, sous peu de jours, et d'en faire l'envoi à Paris par voie sûre. || Enfin, sur la proposition qui était faite au Prince de ne pas s'en tenir à l'étude d'un seul plan de campagne, parce qu'il semblait qu'il y eût utilité à étudier plusieurs plans, il fut admis par S. A. I. que l'Autriche, proposant le plan qu'il avait imaginé, plan qu'elle considérait comme le seul qui dût ou pût être mis à exécution,

étudierait deux autres plans, afin que les officiers qui, forcément, seraient appelés à faire les études nécessaires, ne pussent savoir celui des trois plans auquel on se serait arrêté uniquement. || L'archiduc accédait d'autant mieux à cette proposition qu'il lui paraissait que des études, dont il s'agit, il ressortirait clairement que le plan qu'il avait proposé, n'exposerait à aucun danger et réunissait tous les avantages désirables.

VII.

Note remise à l'archiduc Albert, le 13 juin.

Forces actives de l'armée française disponibles pour une guerre en Europe.

1° Infanterie.

Nombre des bataillons actifs	338 b^{ons}
Nombre des divisions d'infanterie que l'on pourrait former à 13 et 12 bataillons	26 1/2 d^{ens}

En effet, il faut laisser en Algérie 8 régiments d'infanterie, le régiment étranger et 3 bataillons d'infanterie légère d'Afrique. Il reste alors pour composer les divisions d'infanterie en Europe, savoir:

98 régiments de ligne à 3 bataillons	294 b^{ons}
20 bataillons de chasseurs à pied de ligne	20 —
7 régiments d'infanterie de la Garde à 3 bataillons . . .	21 —
3 bataillons de chasseurs à pied de la Garde	3 —
Total égal en bataillons à celui indiqué ci-dessus	338 b^{ons}
Et fournis, savoir:	
Par les régiments de ligne	314 b^{ons}
Par la Garde impériale	24 —

Avec les bataillons de la ligne, on pouvait former:

20 divisions à 13 bataillons dont un bataillon de chasseurs à pied	260 b^{ons}
4 divisions à 12 bataillons	48 —

Divisions dans lesquelles on placerait les zouaves et les tirailleurs algériens.

La Garde impériale donnerait:

Une division de grenadiers et de zouaves	11 —
Une division de voltigeurs (y compris le bataillon de chasseurs à pied)	13 —
Total, 26 divisions d'infanterie	332 b^{ons}

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

Il resterait comme disponibles encore 2 régiments non employés, c'est-à-dire une brigade de 6 bataillons . . . . . 6 bons

Cette brigade pourrait provisoirement être considérée comme la brigade laissée dans les États Pontificaux . . . . . 338 bons

On pourrait destiner à l'armée française (armée d'Allemagne), armée principale; savoir: || 4 corps d'armée formés avec l'infanterie de ligne. || 1 corps spécial, celui de la Garde impériale, qui serait dirigé sur l'armée aussitôt que possible, et qui pourrait être considéré comme une réserve de cette armée. || L'armée française secondaire, armée du Rhin ou armée de la Sarre, comprend 3 corps d'armée. || Composition en infanterie, de l'armée principale, dit 1re armée ou armée d'Allemagne:

1er corps. — 4 divisions dont 2 à 13 bataillons et 2 à 12 bataillons	50 bons
2e corps. — Même composition que le 1er	50 —
3e corps. — 3 divisions à 13 bataillons	39 —
4e corps. — Même composition que le 3e	39 —
Garde impériale	24 —
Total de l'infanterie pour l'armée principale	202 bons
	155540 bttes

Composition de l'armée secondaire ou 2e armée:	
5e corps. — 3 divisions à 13 bataillons	39 bons
6e corps. — —	39 —
7e corps. — —	39 —
Total de l'infanterie de la 2e armée	117 bons
	90090 bttes

Il reste, comme disponibles, 19 bataillons, c'est-à-dire une division à 13 bataillons, division qui pourra, au début de la guerre, recevoir une distination spéciale, plus la brigade de 6 bataillons qui serait maintenue à Civita-Vecchia.

Répartition de la cavalerie dans les deux armées.

2° Cavalerie.

La France peut disposer de 57 régiments de cavalerie (y compris les 6 régiments de cavalerie de la Garde impériale) pour une guerre en Europe. 3 régiments de cavalerie légère et 3 régiments de spahis seraient employés en Algérie.

Armée principale. — 1re armée.

Au 1er corps (4 divisions d'infanterie) un régiment pour chaque division d'infanterie, soit	4 régts
Réserve de cavalerie du 1er corps. Une brigade à 3 régiments	3 —
Le 3e régiment de cette brigade donne les escortes au quartier général et aux divisions.	
Au 2e corps. — Comme au premier	7 —
Au 3e corps. — Un régiment par division d'infanterie . .	3 —
Réserve de cavalerie du corps, une brigade à 3 régiments	3 —
Les régiments étant à 5 escadrons plutôt qu'à 4 ou du moins 1 ou 2 régiments à 5 escadrons pour qu'on puisse y prendre les escortes.	
Au 4e corps. — Comme au 3e	6 —
Au grand quartier général de l'armée (tiré de la Garde) .	1 —
Réserve générale de l'armée.	
2 divisions à 4 régiments chacune et formant un corps de cavalerie	8 —
Total pour la cavalerie de ligne, 34 régiments, un régiment de la Garde	35 régts
5 régiments de la Garde	5 —
Total de la cavalerie pour l'armée principale	40 régts

Armée secondaire. — 2e armée.

Au 1er corps (3 divisions d'infanterie)	3 régts
Réserve du 1er corps.	1 —
Au 2e corps	4 —
Au 3e corps	4 —
Au grand quartier général	1 —
Réserve générale de l'armée (une division)	4 —
Total pour la cavalerie de la 2e armée	17 régts
Total de la 1re armée	40 —
Total général égal au nombre de régiments disponibles en France	57 régts

Repartition de l'artillerie entre les deux armées.

3° Artillerie.

Armée principale, 1re armée*)

1er corps. — 4 divisions d'infanterie, 12 batteries avec la brigade de cavalerie de réserve du corps.

*) On suppose que chaque régiment monté ou à cheval pourra donner 8 batteries, ce qui reste à examiner.

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

Une batterie qui pourra être abituellement à la réserve	23	bies
Réserve d'artillerie du corps	10	—
2e corps. — Comme le 1er	23	—
3e corps. — 3 divisions d'infanterie	9	—
Avec la brigade de cavalerie de réserve, dont la batterie sera à la réserve du corps	1	—
Réserve d'artillerie du corps	8	—
4e corps. — Comme le 3e	18	—
Réserve générale de l'artillerie de l'armée*)	16	—
Total de l'artillerie de la ligne de l'armée	98	bies
Artillerie de la Garde	12	—
Total général de l'artillerie de la 1re armée	110	bies
Soit.	660	pces
Artillerie de l'armée secondaire, 2e armée.		
Au 1er corps, 3 divisions d'infanterie	9	bies
Réserve du 1er corps	4	—
Au 4e corps, même composition	13	—
Au 3e corps, —	13	—
Artillerie de la réserve de Cie	1	—
Réserve de l'artillerie de l'armée	10 ou 9	—
Total de l'artillerie de l'armée	48	bies
Ou.	288	pce
Total de l'artillerie de la 1re armée	110	—
Total de l'artillerie des deux armées	158	bies
Soit.	948	pces

Les chiffres donnés dans cette note, donnent un aperçu de ce que l'on pourrait avoir de batteries en Europe, mais en admettant qu'on dût laisser 6 batteries en Algérie, et qu'on dût y prendre 3 batteries de montagne. On pourrait disposer de 948 bouches à feu, tandis que dans les projets arrêtés on ne compte pouvoir disposer que de 916 bouches à feu. On ne parle pas des mitrailleuses.

VIII.

Entrevue du général Lebrun avec l'Empereur François-Joseph, le 14 juin.

D'après les instructions qu'il avait reçues de l'Empereur François-Joseph, l'archiduc Albert me conduisit au château de Laxembourg le 14 juin, dans la soirée où je devais être présenté à Sa Majesté. || L'Empereur reçut S. A. I.

*) L'artillerie de la réserve générale de cavalerie sera de 4 batteries prises sur la réserve générale de l'artillerie de l'armée.

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

pendant qu'il se promenait dans les allées du parc. La présentation faite, et après quelques paroles gracieuses pour l'Empereur, l'Impératrice, le Prince impérial, Sa Majesté mît aussitôt la conversation sur l'objet de ma mission auprès de l'archiduc. || L'Empereur s'exprima textuellement dans les termes suivants: || "L'archiduc m'a rendu compte des questions qui ont été traitées entre Lui et vous. Je ne puis qu'approuver les moyens proposés pour l'exécution du plan dont il m'a parlé, au point de vue militaire. Mais je dois vous dire qu'avant tout, je veux la paix; si je fais la guerre, il faut que j'y sois forcé. Je me plais à espérer que l'Empereur Napoléon voudra bien tenir compte de ma situation personelle politique, tant à l'intérieur qu'à l'extérieur. Si je déclarais la guerre, en même temps que lui, il n'est pas douteux, qu'exploitant de nouveau l'idée allemande, la Prusse pourrait surexciter et soulever à son profit les populations allemandes, non pas seulement chez elle et dans l'Allemagne du sud, mais aussi dans l'Empire austro-hongrois, ce qui serait très fâcheux pour mon gouvernement. || Mais si l'Empereur Napoléon, forcé d'accepter ou de déclarer la guerre, se présentait avec ses armées dans le midi de l'Allemagne, non point en ennemi, mais en libérateur, je serais forcé de mon côté de déclarer que je fais cause commune avec lui. Aux yeux de mes peuples, je ne pourrais faire autrement que de joindre mes armées aux armées françaises. Voilà ce que je vous prie de dire de ma part à l'Empereur Napoléon, j'espère qu'il verra, comme moi, ma situation politique, intérieure et extérieure." || Je répondis à l'Empereur François-Joseph qu'à mon départ de Paris, je n'avais été autorisé, en aucune façon, à parler à Vienne de la question politique dont Sa Majesté venait de parler, mais que cependant je croyais pouvoir dire que si l'Empereur m'avait envoyé près de l'archiduc, après engagement pris entre lui et S. A. I., c'est que Sa Majesté avait sans doute considéré qu'il était prudent, eu égard à la situation politique de l'Europe, de chercher a établir, dès à présent, entre les deux souverains de France et d'Austro-Hongrie, une entente qui fît que d'un côté, comme de l'autre, on n'eût pas à craindre d'être pris en flagrant délit de non-préparation, si, sans vouloir ou sans désirer la guerre, on était tout à coup forcé de l'accepter ou de la déclarer soi-même. || L'Empereur François-Joseph dit qu'il approuvait fort un pareil motif de prudence, puis il continua la conversation sur des questions étrangères au sujet dont il venait d'être question jusque-là. En me donnant congé, il m'invita à porter à Paris près de l'Empereur et de l'Impératrice, l'expression de ses sentiments de bon souvenir et de sincère amitié.|| Le ton de l'Empereur François-Joseph, quelques-unes de ses paroles, suivant de près celles-ci: "Avant tout je veux la paix, pour faire la guerre, il faut que j'y sois forcé", ne m'ont laissé aucun doute, sur le sens que je devais donner à cette déclaration de Sa Majesté. L'Empereur a voulu que je comprisse bien, pour la rapporter à Paris, que s'il considérait la guerre comme possible, probable, désirable même, il fallait néanmoins que chez le peuple austro-hongrois, ainsi qu'à l'étranger, on fût convaincu ou que l'on pût dire,

Nr. 10757. Frankreich. 30. Juni 1870.

qu'il voulait la paix. Il a voulu faire entendre qu'il était à désirer que si un jour il déclarait la guerre à la Prusse, la nation austro-hongroise pût croire ou dire que ce faisant, il obéissait à un devoir impérieux vis-à-vis d'elle et vis-àvis de l'Allemagne du sud. || L'Empereur François-Joseph a fait deux fois la guerre malheureusement en 1859 et en 1866. Il n'ignore pas, m'a dit l'archiduc, que ses sujets s'en souviennent, et il doit penser que ceux-ci n'accepteraient volontiers les charges d'une troisième guerre que dans le cas où cette guerre paraîtrait commandée par une impérieuse nécessité.

L'aide de camp de l'Empereur,
Signé: Lebrun.

Nr. 10758. OESTERREICH-UNGARN. — Bemerkungen des Erzherzogs Albrecht über den Feldzug gegen Preussen.

I.

Plan rédigé de la main de l'archiduc Albert. Observations relatives au projet de commencer les grandes opérations sur la rive gauche du Rhin.

Nr. 10758. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

Le 10 juin 1870. — Pour bien tromper l'ennemi, il faut d'abord tromper les siens: l'armée, le pays et surtout les administrations de chemin de fer; car c'est de là que l'ennemi reçoit ses informations. || Si l'on veut arriver à Stuttgard sans obstacles sérieux, il faut que l'ennemi se persuade qu'il sera attaqué sur la rive gauche du Rhin, qu'on veuille faire le siège de Mayence. Tout doit contribuer à raffermir cette hypothèse.

Le 13e jour. — (A compter de l'ordre de rappel de la réserve), 12 divisions formant l'armée de la Sarre: 8 divisions à Thionville, Metz et à proximité de la Sarre comme si l'on s'attendait à une irruption prussienne de ce côté. || 1 division dans les places de la Meuse (celles de la Sambre ne sont pas menacées du tout). || 3 divisions échelonnées à Dieuze, Lunéville et Nancy (y compris la Garde).

Réserve.

3 divisions à Paris. || 1 division à Haguenau. || 4 divisions échelonnées à Strasbourg et Phalsbourg. || 3 divisions échelonnées de Neuf-Brisach à Belfort. || 2 divisions à Lyon. || 2 divisions en route de l'Algérie*). || Préparatifs ostensibles pour: || 1° Rassembler l'armée du Rhin à la Lauter: 8 divisions; || 2° La remplacer par 4 divisions venant du midi; || 3° Concentrer l'armée de la Sarre et la réserve de Paris, 15 divisions en Basse-Lorraine, c'est-à-dire 23 divisions dirigées vers Mayence et Coblentz.

Le 14e et le 15e jour. — Toute communication aux frontières interceptée; la division des places de la Meuse remplacée par les dépots, se concentre à

*) Ces emplacements d'après les données de M. le général Lebrun.

Thionville; les 8 divisions entre Metz et la Sarre se concentrent vers Forbach, marchant à pied; les 3 divisions échelonnées entre Nancy et Phalsbourg, en chemin de fer, vers Strasbourg, jusqu'à la bifurcation de la ligne sur Wissembourg*). Les trois divisions en Haute-Alsace se concentrent à Neuf-Brisach.

Le 3e jour au soir. — Il y a 8 divisions près de Forbach, l'avant-garde se présente devant Saarbrük et Saarlouis, et s'empare, si faire se peut, du premier. || 1 division à Thionville. || 1 en aval de Strasbourg. || De la cavalerie gardant la Lauter de Wissembourg à Lauterbourg. || 2 divisions à la bifurcation des lignes de Strasbourg et Wissembourg. || 4 divisions à Strasbourg. || 1 division, marchant à pied, a dépassé Saverne. || Des 3 divisions de Paris: 1 est arrivée a Strasbourg; || 1 en route; || 1 à Paris. || 3 divisions à Neuf-Brisach.

Dans la nuit du 15 au 16e jour. — Les quatre divisions du midi en route, la tête à Colmar. || Passages des avant-gardes à Haguenau, Strasbourg, Neuf-Brisach. || Établissement des ponts, etc.

Le 16e jour au soir. — L'armée de la Sarre occupe Saarbrük, l'avant-garde poussée vers Neukirch et Hombourg, la division de Thionville en marche vers la Sarre. || La division d'Haguenau a passé le Rhin, observe Rastadt. || Les 4 divisions de Strasbourg à Wildstett, Kehl, etc. || L'avant-garde occupe Appenmeyer et Offenbourg. || 3 divisions (de Nancy, etc.) à Strasbourg. || 2 divisions (de Paris) à Strasbourg. || 1 division (de Paris) en route. || 3 divisions en avant de Neuf-Brisach, l'avant-garde aux environs de Fribourg. || 1 division du midi à Neuf-Brisach. || 3 divisions (du midi) en route, leur tête à Colmar. || A partir du seizième jour, les troupes dirigées sur le Rhin forment la grande armée.

Le 17e jour au soir. — Neukirch et Hombourg occupés par l'avant-garde. L'armée de la Sarre à Saarbrük.

Nota. — Les mouvements de cette armée dépendront uniquement de ceux de l'ennemi.

Grande armée. — Une division devant Rastadt, l'avant-garde devant Kniébis ou l'occupant. || 4 divisions au pied des collines (sur le Bergstram). || 5 divisions ont passé le Rhin et campent à Kehl, Wildstett, etc. || 1 division arrivant à Strasbourg. || 3 divisions à Fribourg, l'avant-garde dans le Höllenthal. || 1 division entre Fribourg et Vieux-Brissach, 1 division à Colmar. || 2 divisions en route du midi.

Le 18e jour au soir. — 1 division devant Rastadt, l'avant-garde en avant de Freudenstadt, ses coureurs au delà de Horle, interceptant le chemin de fer. || 4 divisions à Kniébis. || 5 divisions à Appenmeyer, Renchen. || 1 division en avant de Kehl. || 1 division (du midi) arrivant à Strasbourg. || 2 divisions en arrière de Neustadt, occupée par l'avant-garde dont les coureurs ont intercepté le chemin de fer à Hüfingen et Donau Eschingen. || 1 division en route

*) Le débarquement et l'embarquement causeraient trop d'embarras et de perte de temps.

Nr. 1075S. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

sur Villingen. || 1 division à Fribourg. || 1 division à Vieux-Brissach. || 1 division en route du midi.

Les jours suivants. — Ces mouvements continuent. L'avant-garde le 21 devant Stuttgard, 4 divisions l'occupent le 22, 5 autres le 23, 1 division le 24. En somme 10 divisions le 24 à Stuttgard, le corps de l'aile droite, 3 divisions à Tubingen à deux étapes de Stuttgard le 23. || Si la résistance de l'ennemi occasionnait du retard dans la marche des premiers échelons, le résultat final, 15 divisions réunies le 26, n'en serait pas altéré. || Pourront se battre près de Stuttgard:

Le 25:	13	divisions	
Le 26:	15	—	171 000 baïonnettes
Le 27:	16	—	182 000 —
Le 28:	17	—	193 000 —

Le 28e jour. — L'avant-garde à Nordlingen, ses coureurs à Gunzenhousen, Donauwerth, Feutwang et Hall, le corps de l'aile droite masquant Ulm.

Le 35e jour au soir. — L'avant-garde, si elle n'a pas rencontré l'ennemi à Nuremberg, aura ses coureurs à Rottemburg, Forchhein, Sulzbach; le trente-septième jour, ces derniers à Wurzbourg, Bamberg, Bayreuth, Weiden. || Le gros se concentrera à Nuremberg entre le trente-septième et le quarantième jour. || Si l'ennemi est en forces imposantes, à Ansbach ou à Nuremberg, la grande armée gagnera d'Aalen et de Nordlingen, le Danube, le passera entre Günsbourg et Neubourg et marchera sur Ratisbonne. Dans le cas très invraisemblable (selon moi presque impossible), que l'ennemi eût pu rassembler plus de 100 000 baïonnettes entre Stuttgard et Carlsruhe, avant le 26, la grande armée pourra passer le Danube en amont d'Ulm et marcher par Augsbourg à Ratisbonne. Dans le premier cas, elle s'y rallierait entre le trente-neuvième et le quarante-deuxième jour, dans le deuxième cas, le quarante-deuxième et le quarante-sixième jour. || Dans ce dernier cas, l'armée autrichienne aurait déjà franchi la frontière bavaroise. || Selon le dire des Prussiens, il leur faut trois semaines pour rassembler un corps d'armée tout mobilisé sur un point quelconque de sa circonscription. Admettons que les divisions fussent prêtes à marcher après quinze jours et que les chemins de fer allemands ne mettraient que deux jours pour faire partir une division entière, il s'ensuit qu'il y aura:

Le 16e jour. — Deux divisions à peine sur la Sarre (du VIIIe corps. || La division badoise, si elle est réunie, à Rastadt et observant le Rhin. || La division wurtembergeoise, observant la Forêt-Noire. || Les deux corps bavarois en formation. || Peut-être une ou deux divisions prussiennes à Rastadt.

Le 20e jour. — Trois corps (six divisions) à la Sarre ou à Trèves, 76 750 baïonnettes.

Le 22e jour. — Quatre corps (huit divisions) à la Sarre ou à Trèves, 102 500 baïonnettes. || Contre lesquels sont restées dès le 15e jour: || Neuf divisions ou 102 500 baïonnettes françaises. || Stuttgard occupé par l'armée

française. || La division wurtembergoise et deux corps prussiens se concentrent derrière le Neckar, 64 à 65 000 baïonnettes. Nr. 10758. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

Le 26e jour. — Admettons l'arrivée d'un troisième corps prussien et d'un corps bavarois, 116 000 baïonnettes contre 171 000, et le 28e jour contre 193 000 baïonnettes françaises. || Notez bien que les quatre corps, qui pourraient se trouver le 22e jour derrière la Sarre, seraient en état de se tenir sur la défensive; mais que pour prendre l'offensive, il leur faudrait au moins six à huit jours de plus (compléter les transports, mobiliser et faire avancer les magasins). Ce n'est qu'après quatre semaines, qu'ils pourraient tenter une invasion de la Lorraine. || Il est incontestable que les préparatifs ostensibles pour une offensive vers Mayence; que l'agglomération d'une forte armée en Lorraine attireront l'attention des Prussiens de ce côté; que l'inattendu du commencement des opérations et la rapidité des mouvements pendant les huit premiers jours, permettront d'autant moins aux Prussiens d'y parer à temps, qu'il faut toujours des journées entières, et quelquefois même plus, pour changer complètement les dispositions données pour le transport en chemin de fer. || La combinaison des divers convois et du matériel de transport à disposition est toujours très compliquée, quand on a surtout affaire à une vingtaine d'administrations différentes. Plus qu'autrefois, chaque jour de gagné sur l'ennemi est precieux, comme tout ce qui lui impose la loi contrairement à ses projets.|| Supposons, en effet, qu'après les nouvelles reçues, on s'attende à Berlin à une pointe sur Mayence, que les ordres donnés par suite, et que les transports en chemin de fer commencent à être exécutés, quand, peu de jours après, la nouvelle du passage du Rhin, sur trois points, simultanément avec celle de l'offensive sur Neutkirch et Hambourg, vient changer la situation. Ce sont trois jours perdus au moins, et les hypothèses sus-indiquées des forces allemandes qui pourraient être réunies au Neckar, ne pourront pas même se réaliser (du 16e au 22e jour). || C'est la certitude qu'on peut avoir alors que: || 1° Une invasion de la Lorraine ne sera plus tentée; || 2° L'idée de défendre le Neckar, près de Stuttgard, avec une armée égale à celle de l'agresseur, quand même, adoptée d'abord, ne pourra plus être réalisée à temps. (Les mouvements en chemin de fer ordonnés le 16e jour au soir, ne commenceront avec le transport des masses que le 18e ou le 19e jour); || 3° Une pointe de Rastadt vers Fribourg pour couper les communications de l'armée française ne pourrait commencer que le 24e jour (quatre à cinq jours pour réunir ses troupes); || Cette pointe ne toucherait à la ligne de Kehl à Freudenstadt que le 25e ou le 26e jour, c'est-à-dire quand l'armée aura passé avec ses convois et réserves, et la ligne de Fribourg à Huningue, pas avant le 28d jour, opération très dangereuse, du reste; car qui garantit à l'ennemi que le gros de l'armée française faisant volte face en tombant sur sa gauche, ne le serrerait entre le Rhin et les collines? || C'est pourquoi il n'est point possible qu'on l'entreprenne avec l'énergie et les forces suffisantes; || 4° Si les Prussiens se décident à concentrer une forte armée au delà du haut Mein, c'est-à-dire à

Nr. 10758. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

Ansbach et Nuremberg, ils devront en revenir dès que l'attitude de l'Autriche et la concentration de son armée en Bohême ne leur laisseront plus de doutes sur le danger d'avoir une armée aussi forte presque sur leurs derrières. Dans ce cas, du reste, l'armée française a tout le loisir de passer le Danube et de marcher sur Ratisbonne; || 5° Il est bien plus probable qu'abandonnant des plans pour l'exécution desquels le temps manquera, la Prusse réunira le plus de troupes possible, huit corps, 205 000 baïonnettes au maximum, soit sur le haut Mein même, soit derrière le Thüringer Wald, dont les défilées seraient fortement occupés, laissant en outre, quatre corps en Saxe, à Dresde; || En ce cas, rien n'entravera la réunion des alliés, dont les avant-postes se toucheront déjà en Egra et Weiden. Les alliés chercheront, en prenant simultanément l'offensive, à gagner l'aile gauche de l'ennemi; || 6° Si la Prusse, jetant le gant à l'Autriche, entrait après quatre semaines avec huit corps en Bohême, l'armée autrichienne, dont un corps se formera dès les premiers jours du rappel à Pilsen, tâcherait de gagner du temps, d'éviter toute bataille, et chercherait à s'approcher de l'armée française; || 7° Dans les deux cas prévus aux paragraphes 5 et 6, la Prusse cherchera à rassembler le plus de troupes possible à Thüringen ou en Saxe. Dès le 35e jour, elle ne pourra plus se tromper sur les intentions des alliés, et il est très probable qu'elle ne laissera tout au plus qu'un corps sur la rive gauche du Rhin. || Que faire de l'armée de la Sarre? Doit-elle effaroucher les esprits en Allemagne par des conquêtes là-bas qui ne décident de rien? || Deux ou trois divisions, peut-être moins encore, suffiraient pour couvrir la frontière contre les incursions des partis, le reste, six à sept divisions, serait à transporter en chemin de fer, à partir du 28e jour (si l'ennemi ne menace pas avec des forces supérieures) à Strasbourg, pour marcher de là de manière à former un grand échelon en arrière de l'aile gauche de la grande armée. || Ce mouvement couvrirait en même temps les derrières et empêcherait les forces que la Prusse aurait laissées au Bas-Mein ou derrière le Bas-Neckar d'entreprendre quelque chose de sérieux. Du cinquantième au cinquante-cinquième jour, cette armée, renforcée par la division laissée devant Rastadt, se rallierait à Wurtzbourg, ou, si les positions et les mouvements de l'ennemi l'en empêchaient, à Ansbach. || Il y aurait alors vingt-quatre divisions autrichiennes (quatre couvrant la frontière austro-prussienne sur la frontière droite de l'Elbe), en tout 650 000 baïonnettes, coopérant sur une largeur de seize étapes, contre douze corps*), ou 300 000 baïonnettes. || 8° Les opérations des alliés réunis auraient à commencer le plus promptement possible, entre le cinquantième et le cinquante-cinquième jour, on passerait les frontières de la Sarre et de la Thuringe; dix jours plus tard, la jonction pourra être complète dans les plaines entre Weissenfelds, Altembourg et Leipzig. || La

*) Un corps prussien contre le Schleswig, des portions des corps en Silésie, sur le Rhin et le Bas-Mein; les Allemands du midi déjà détachés de l'alliance prussienne.

bataille décisive y pourra avoir lieu immédiatement. || 9° Bien qu'il faille tout faire pour abréger la guerre, autant que possible, il n'est pas permis d'y songer trop. || Qui sait si même une première défaite aura brisé l'armée prussienne et l'orgueil national à tel point que son gouvernement demandera de suite la paix? || Qui sait s'il n'espère encore des secours de la Russie, ou si l'armée n'a pas pu se retirer à temps derrière l'Elbe, pour y renouveler une défense opiniâtre? || Il serait trop hasardé de compter sur la paix, après deux mois seulement de campagne; il faut tenir compte des complications possibles, qui forceraient l'Autriche à se trouver subitement, avec une grande partie de ses forces, du côté de la Prusse avant la fin de la campagne. || C'est une raison de plus pour ne rien négliger pour être aussi fort et aussi vite que possible au centre de l'Allemagne et pour se préparer à marcher sans interruption jusqu'à Berlin et Stettin.

Nr. 10758. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

II.

Observations sur l'état de la composition possible des armées.

Le 13 juin 1870. — Un étranger ne peut pas se permettre un jugement sur la force et la composition des garnisons nécessaires à l'Algérie, néanmoins la réunion de toutes les forces possibles, dans une guerre d'Europe, est tellement indispensable, qu'il sera permis de revenir sur ces chiffres.

I. — 18 bataillons doivent quitter l'Algérie: 9 de zouaves, 8 de turcos (un est déjà à Paris) et un bataillon de chasseurs. On veut les remplacer, à ce qu'il paraît, par 6 bataillons d'infanterie de ligne (8 régiments au lieu de 6) et par l'excédent du pied de paix au grand pied de guerre, dans ces 24 bataillons de ligne et dans les 3 dépôts de zouaves. || Si la possibilité existe, comme le gouvernement général de l'Algérie l'a affirmé, d'augmenter de beaucoup le nombre des turcos, pourquoi ne pas remplacer les 8 bataillons de cette armée (7200 hommes) par 2 bataillons (5e et 6e) par régiment, soit 6 bataillons à 8 compagnies à 1200 hommes, total égal à 7200 hommes? || En augmentant en outre les dépôts de zouaves de quelques centaines d'hommes chacun, on obtiendrait 3 régiments de ligne de moins, c'est-à-dire 5 au lieu de 8. Un quatrième pourrait en outre être épargné en réduisant les garnisons au minimum possible et en faisant faire en partie le service des places des côtes par leur garde nationale.

II. — Ne comptant pas sur la garnison de Civita-Vecchia, qui peut-être pourrait être réduite de 7 à 4 bataillons (ces derniers sur le grand pied de guerre), ce qui permettait de laisser un régiment de ligne de plus en Algérie, on gagnerait une division de plus pour les armées actives, soit:

5 régiments de ligne et 1 régiment étranger en Algérie.
1 régiment — — en Italie.

Nr. 10758. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

Pour l'armée active:

94 régiments de ligne et 19 bataillons de chasseurs.
6 régiments de zouaves et de turcos.

100 régiments formant 25 divisions dont 19 à 13 bataillons et 6 à 12 bataillons.

soit:

319 bataillons de ligne, 24 bataillons de la Garde impériale.

343 bataillons au lieu de 338 bataillons dont 6 en Italie et à 13 à disposition,

c'est-à-dire 319 bataillons dans les armées actives; augmentation de 24 bataillons ou 21 600 baïonnettes.

III. — Ne pourrait-on pas de même laisser en Algérie les 5e et 6e escadrons des 4 régiments de chasseurs d'Afrique et des 3 régiments français. — Soit: 14 escadrons outre les 18 escadrons de spahis? || Si les chevaux de ces 7 régiments de cavalerie (chasseurs d'Afrique et régiments français) sont augmentés à temps et que les 5e et 6e escadrons soient portés jusqu'à 200 chevaux par escadrons, il n'y aurait pas de diminution de cavalerie en Algérie.

IV. — Cette augmentation des turcos et des chevaux de cavalerie en Algérie pourrait s'effectuer successivement et sans bruit durant l'hiver précédant la guerre.

V. — En ayant deux divisions d'infanterie et 3 régiments de cavalerie de plus on pourrait:

(a) Former les quatre premiers corps d'armée à égale force:

4 div. d'inf. à 13 ou 12 bat.	16 div. ou	202 bat.
Garde impériale	2 div. ou	24 bat.
18 div. ou	226 bat. ou	203 400 bettes.

(b) La deuxième armée resterait à trois corps à trois divisions chacune de 13 bataillons, soit 9 divis. = 117 bataillons soit 105 300 baïonnettes.

VI. — En augmentant de 3 (de 57 à 60) le nombre des régiments de cavalerie à l'armée et en ne détachant que le 5e escadron pour escorte, etc., etc. (en défalquant les 7 restant en Algérie, il en reste 23 à disposer, y compris. ceux de la Garde), on aura 42 régiments pour la 1re armée, 18 régiments pour la 2e armée.

Première armée.

7 corps par armée	28	régiments.
6 — de la Garde	6	—
8 — de réserve de cavalerie . .	8	—
	42	régiments.

Deuxième Armée.

4 corps par armée	12	régiments.
6 — de réserve de cavalerie . .	6	—
	18	régiments.

VII. — Répartition de l'artillerie.

Première armée.

3 batteries par division d'infanterie . .	12 batteries.		
1 batterie avec la cavalerie	1 —		
8 batteries à la réserve du corps . .	8 —		
	21 × 4 = 84 batteries.		
Cavalerie de réserve	4 bat.	28	—
Réserve d'armée	12 —		
Garde impériale	12 —		
		112 batteries.	

Deuxième armée.

3 batteries par division d'infanterie 4 bataillons réserve du corps . . .	13 × 3 = 39 batteries.		
Cavalerie de réserve	4	13	—
Réserve d'armée	9		
		52 batteries.	

VIII. Récapitulation.

		Bataillons	Escadrons	Batteries	Baïonnettes	Sabres	Pièces
1re armée	4 corps d'armée à . . .	51 et 50	28 „	21 „	45 900 et 45 000	4 200 „	126 „
	Soit	202	112	84	181 800	16 800	504
	1 corps de cavalerie . .	„	32	4	„	4 800	24
	Réserve d'artillerie . . .	„	„	12	„	„	72
	Garde impériale	24	24	12	21 600	3 600	72
	Total	226	168	112	203 400	26 200	672
		39	16	13	35 100	2 400	78
2e armée	3 corps d'armée à . . .	117	48	39	105 300	7 200	234
	Cavalerie de réserve . .	„	24	4	„	3 600	24
	Réserve d'artillerie . . .	„	„	9	„	„	54
	Total	117	72	52	105 300	10 800	312
	Total général .	343	240	164	308 700	36 000	984

Le 11 juin 1870. — Pour être sûr de la réussite, il faut localiser la guerre, empêcher la Russie d'y prendre part. Cette dernière ne terminera son grand réseau de voies ferrées qu'en 1872; maintenant elle a d'immenses difficultés à rassembler son armée mobilisée sur ses frontières, difficultés qui, en

Nr. 1075S. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

partie, deviennent insurmontables quand le dégel a mis fin au traînage, que les immenses boues ne sont pas encore séchées et les fleuves et canaux pas encore livrés à la navigation, c'est-à-dire du commencement d'avril jusqu'à la mi-mai. || Le carême russe ne se termine qu'à la fin d'avril; tenu strictement par le peuple russe, celui-ci et par suite tous les semestriers se trouvent immédiatement après très affaiblis, et sans forces à soutenir de grandes fatigues. || Il en résulte que difficilement avant le mois de juin, une forte armée russe puisse se concentrer en Pologne, ou que sa flotte apparaisse dans la Baltique danoise. || Si les coups décisifs des alliés sont portés au mois de mai, au plus tard, et si la Prusse est réduite à demander la paix, l'intervention armée de la Russie serait évitée. Plus on avance en été, plus le danger de cette intervention augmente; en juillet, toute l'armée russe est concentrée dans ses camps d'instruction, et elle supporterait, mieux que toute autre, une campagne d'automne ou d'hiver. || La Prusse, au lieu de rappeler ses conscrits en octobre, ne le fait, par économie, qu'en janvier. Ce contingent n'a donc pas encore terminé son instruction en mars, surtout dans les provinces du nord. La mobilisation de son armée, au commencement de mars, lui serait très défavorable. || En 1866, bien que se préparant de longue main à la guerre, elle n'a rappelé les réserves que dans les premiers jours de mai, elle n'avait terminé ses préparatifs de guerre qu'à la mi-juin. || Un autre moment défavorable à mobiliser pour la Prusse, serait le mois de juillet, à cause des récoltes; mais ce désagrément est contrebalancé par la plus grande instruction donnée à toute l'armée. Une campagne d'automne serait plus avantageuse pour cette puissance, ses soldats soutenant admirablement les rigueurs du climat. || L'Autriche et l'Italie, qui appellent leurs conscrits sous les armes en octobre, n'auraient aucun inconvénient à entrer en campagne au printemps, si ce n'est l'état moindre des chevaux à acheter; mais une campagne prolongée jusqu'en hiver remplirait les hôpitaux de leurs malades, jusqu'à réduire l'armée en état de ne pouvoir livrer bataille. || La France gagnerait un contingent de 90 000 hommes, à partir du 1er juillet; mais pour pouvoir en profiter de suite, il faudrait rappeler la réserve en août, ce qui retarderait la réunion des alliés jusqu'à la fin de septembre, et pourrait faire traîner la campagne jusqu'au coeur de l'hiver, ce qu'il faut éviter en tout cas. Outre les rigueurs excessives du climat et le manque d'une population dense, dans le Brandebourg et la Poméranie, il faut redouter les journées courtes et les nuits très longues qui retardent les marches et facilitent les surprises à subir dans un pays ennemi et peut-être insurgé. || Que pourrait effectuer d'ailleurs la flotte française en automne? || A la fin d'octobre, elle quitterait le Baltique à cause des glaces et serait réduite au blocus des ports de la Nordsée. || Partant du principe qu'il faut éviter, pour les raisons susmentionnées, et qui touchent tout aussi bien l'Autriche et l'Italie, une campagne d'automne ou d'hiver, il ne reste plus qu'à fixer le moment le plus favorable, militairement parlant, pour commencer, c'est-à-dire pour appeler les réserves sous les drapeaux. || Ce serait pendant la première moitié de mars,

à une époque où en France les transports de grandes masses ne seraient plus entravés par la neige et le froid. Le Rhin serait franchi vers la fin de ce mois, c'est-à-dire après la fonte des neiges et le dégel des fleuves. La réunion des alliés et le commencement de leurs opérations réunies, s'effectueraient vers la fin d'avril, et la première bataille décisive pourrait avoir lieu avant la mi-mai, donc bien avant que la Russie fût en état d'intervénir matériellement. Une prolongation même de la campagne permettrait de tirer tout le parti possible de la belle saison, de faire des marches plus rapides pendant les longues journées de juin, de gagner par suite en vitesse et en vigueur dans les mouvements.

Le 16 juin 1870. — On est convenu que les trois plans de campagne suivants seront étudiés par l'état-major à Paris, savoir:

Premier projet. — Celui que le général L. a apporté de Paris. || Réunion de 350 000 hommes (234 000 baïonnettes) sur la Sarre, pour faire une pointe sur Mayence, s'emparer de la rive gauche du Rhin; enfin passer ce fleuve entre Mayence et Genersheim, avec la majeure partie de cette armée, pour chercher à donner la main aux deux autres armées alliées en Bavière. || Réunion d'une armée intermédiaire formée de l'armée italienne, de 100 000 Français (soit 66 000 beïonnettes) et de 100 000 Autrichiens venant de la haute Autriche. Ces trois contingents opéreraient leur jonction à Memmingen, et se porteraient de là sur le Danube et le Mein (Wurtzbourg). Tout le reste de l'armée autrichienne rassemblé à Olmütz et en Bohême, destiné à marcher avec la majeure partie de ses forces en Bavière, à la rencontre des armées alliées.

Deuxième Projet. — Concerté ces derniers jours à Vienne. L'armé française, profitant de la rapidité de sa mobilisation (quinze jours), après avoir trompé l'ennemi sur le véritable point d'attaque, le repousserait de la Sarre avec un tiers, passerait avec les deux autres tiers le Rhin (le 16e jour après celui du rappel), pour atteindre au plus vite Stuttgard et de là Nuremberg (à peine six semaines après le rappel des hommes de la réserve). || En cas de grandes forces derrière le Neckar, ou aux environs de Nuremberg, elle s'effacerait à droite et passerait le Danube, dans le premier cas en amont, dans le deuxième en aval d'Ulm et marcherait sur Ratisbonne. || L'armée autrichienne se concentrerait en Bohême, un corps d'armée au moins tout d'abord à Pilsen; un autre entre Olmütz et la Bohême et y compléterait sa mobilisation, qui ne pourra être terminée avant six semaines à partir du rappel des hommes. || L'armée italienne, se concentrant à Vérone et à Udine, y attendra le moment où l'attitude de l'Autriche lui permettra de traverser ses provinces en chemin de fer pour atteindre Ratisbonne au plus vite. || Du moment que les avant-postes français et autrichiens se seront donné la main, soit entre Egra et Werden, soit entre Ratisbonne et Schwandorf (pour le cas où l'armée française aurait dû marcher sur Ratisbonne), les opérations réunies des deux grandes armées commenceront dans la direction des plaines de la Saxe, les deux armées s'entr'aidant pour se faciliter le passage de la Bavière et de la Bohême en

Nr. 10758. Oesterreich-Ungarn. 30. Juni 1870.

Saxe. || Si les Prussiens tombaient en Bohême avant que ces opérations réunies n'eussent commencé, l'armée autrichienne, évitant toute bataille décisive, chercherait à ne pas perdre le contact et la facilité de se réunir avec la grande armée française.

Troisième projet. — L'armée autrichienne se réunirait en Bohême et en Moravie pour commencer isolément ses opérations vers Berlin (six semaines après le rappel des hommes). L'armée française tomberait trois semaines plus tôt en Palatinat, tandis qu'une armée secondaire descendrait la vallée de la Moselle. Arrivée avec l'armée principale à Mayence, on chercherait à passer le Rhin à Manheim, après y être relevé par un corps de l'armée secondaire. || On s'avancerait, à partir de la septième semaine après le rappel, dans l'Allemagne du midi pour y donner la main à l'armée italienne et pénétrer dans la Hesse électorale ou dans la Thuringe, et de là vers l'Elbe en amont de Magdebourg. || L'armée italienne, se concentrant d'abord sur l'Inn, aurait à combattre les Bavarois et à chercher à gagner Ratisbonne.

Il est bien entendu, qu'entre ces trois projets, l'Autriche ne donnerait son consentement qu'au deuxième. || C'est le seul qui utilise suffisamment les quatre semaines qui restent entre la mobilisation terminée de l'armée française et celle des Autrichiens, et qui permette d'opérer réunies dès ce moment. || Le premier projet pourrait tenter par sa simplicité, par l'audace et par l'égalité apparente des conditions imposées à chacun des alliés. Mais il exige, en outre, l'impossible de l'Autriche, c'est de dégarnir ses provinces et sa capitale pour faire une marche de flanc à gauche, tandis que l'objectif de toutes les opérations, Berlin, se trouve droit devant elle. || La marche de flanc de l'armée française, remontant le Mein, présenterait des dangers sérieux dans un moment (sixième à septième semaine depuis l'ordre de mobilisation) où la concentration des armées prussiennes serait déjà terminée. || Ce serait une perte de temps irréparable et injustifiable. L'armée du centre, formée de trois contingents égaux, serait un expédient dangereux qui certainement réussirait bien mal, et ferait naître tout d'abord la discorde et la jalousie entre les trois armées. Le commandement en serait d'ailleurs impossible pour un général de quelque nation qu'il fût. || Agissant d'après le troisième projet, il faudrait abandonner tout espoir de réunir les deux grandes armées alliées pour une bataille décisive, et par suite d'assurer d'avance la victoire et une campagne glorieuse de courte durée. || Que faire si l'armée italienne, battue en Bavière, était forcée de se retirer derrière l'Inn et même au delà? || Que dirait-on du reste en France, si l'armée française, trouvant devant elle le gros des Prussiens, ne pouvait s'avancer que lentement après le passage du Rhin, ou même si elle était forcée de le repasser, tandis que les Autrichiens auraient peut-être la chance de battre l'armée secondaire prussienne et d'entrer seuls à Berlin?

Nr. 10759. ÖSTERREICH. — Beust an Andrassy. — Bericht über Oesterreichs Haltung im Jahre 1870*).

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1874.

London, 28. April 1874.

Mit dem gehorsamsten Berichte vom 24. d. Mts. Nr. 40. H. hatte ich um die Erlaubniss gebeten, unter Benützung des nächsten englischen Kuriers, welcher morgen von hier abgehen wird, Euerer Excellenz eine etwas ausführlichere Darlegung mit Bezug auf die sogenannten Enthüllungen von 1870 zu unterbreiten. Die alsbald darauf telegraphisch signalisirte Interpellation des Herrn Irany veranlasste mich, die nothwendigsten Daten mit Rücksicht auf eine eventuelle Beantwortung derselben durch mein gehorsames Schreiben vom 25. d. Mts. vorauszusenden, und ich unterlasse nunmehr nicht, dieselben zu vervollständigen. || Die nachstehende Aufzeichnung hat nicht den Zweck einer persönlichen Vertheidigung, nachdem eine Rechtfertigung nicht von mir erfordert worden ist und ich in keiner Weise damit den Wunsch einer publizistischen Erörterung verbinde. Allerdings ist es die Publicität, welche in mir das Bedürfniss einer retrospectiven Feststellung entstehen liess; allein wenn ich demselben in der gegenwärtigen Form Genüge zu leisten versuche, so geschieht es einerseits, um meiner eigenen Verantwortung vollständig bewusst zu werden, andererseits, um, soviel dies von mir aus möglich ist, Euerer Excellenz den vollen Einblick in einen Abschnitt österreichischer Politik zu bieten, über den sich zu äussern Hochdieselben mehr als einmal in den Fall kommen dürften. || Ich muss dabei im Voraus wegen Zweierlei um Entschuldigung bitten. Meine Ausführungen werden wegen ihrer Länge Geduld in Anspruch nehmen, und meine Person wird vielfach in den Vordergrund treten. Beides kann ich nicht vermeiden — das erstere nicht, weil nur die Vollständigkeit des Bildes eine zutreffende Ansicht desselben gewährt, und ebenso wenig das Zweite, nicht allein, weil ich in den betreffenden Episoden als handelnd erscheine, sondern auch deshalb, weil aus meiner früheren Vergangenheit irrige Voraussetzungen stammten, die nicht ganz einflusslos geblieben sind. || Nach dieser Einleitung werden Euere Excellenz hoffentlich nicht zu sehr erschrecken, wenn ich meinen historischen Rückblick nicht mit dem 1. Juli 1870, sondern mit dem 30. Oktober 1866 beginne.

Als Seine Majestät unser allergnädigster Herr mich in den Allerhöchsten Dienst zu berufen geruhten, glaubte man auf meiner Seite den Wunsch und das Bestreben einer Revanche gegen Preussen voraussetzen zu müssen, namentlich deshalb, weil der damalige Graf Bismarck mich aus dem sächsischen Staatsdienst entfernt habe. Diese letztere Kombination war schon an sich eine verfehlte; denn ich hatte am Tage, wo die Nikolsburger Friedenspräliminarien unterzeichnet wurden, dem König Johann meine Entlassung als eine

*) Nr. 10759 und 10760 sind entnommen dem Buche von Graf Beust, Aus dreiviertel-Jahrhunderten. 2. Bd. Stuttgart 1887. Red.

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1874.

gebotene bezeichnet, und da Seine Majestät die Entschliessung aus Gründen unvergesslichen Wohlwollens verzögerten, so brüsquirte ich selbst zuletzt die dringende Entscheidung, indem ich mit Genehmigung des Königs mich zur Leitung der in Berlin zu pflegenden Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preussen erbot, worauf dann die Erklärung des Grafen Bismarck, mit mir nicht unterhandeln zu wollen, vorausgesehenerweise erfolgte. Allerdings hat der Letztere nach der Besetzung Dresdens einige mich persönlich betreffende Maassregeln angeordnet, die vielleicht seiner nicht ganz würdig waren; allein wie ich überhaupt der Ranküne nicht sehr zugänglich bin, — so wird man insbesondere nicht wahrgenommen haben, dass ich persönlichen Gefühlen einen Einfluss auf meine politischen Aktionen je gestattet habe. || Die Voraussetzung des Gegentheils jedoch bestand, und so weiss ich, dass der mir keineswegs übelwollende Graf Mensdorff meiner Ernennung entgegengewesen war, weil er meine kriegerischen Rachegefühle fürchtete. In derselben Weise äusserte sich gegen mich Graf Belcredi in Prag. Dass ich auf des letzteren Entfernung hingearbeitet habe, ist, um hier gelegentlich einen vielfach verbreiteten Irrthum zu berichtigen, grundlos. Die Unvereinbarkeit unserer beiderseitigen Stellungen ergab sich daraus, dass, nachdem wir Beide gemeinsam mit den ungarischen Herren Bevollmächtigten die Grundlagen des Ausgleichs vereinbart hatten, ich, davon ausgehend, dass wir die Verpflichtung übernommen hätten, diese Grundlagen in der anderen Reichshälfte zur verfassungsmässigen Annahme zu bringen, für die Einberufung des engeren Reichsraths nach dem Februarpatent als den dazu allein führenden Weg mich entschied, während Graf Belcredi, der sich durch das Septembermanifest gegen die Landtage gebunden glaubte, an der Einberufung des ausserordentlichen Reichstags festhielt, von dem die Nichtannahme des Ausgleichs zu erwarten stand. || Was ich in dem mit Allerhöchster Genehmigung an die k. k. Missionen erlassenen Antrittscirkulare erklärte, war die Wahrheit, dass ich nämlich weder Neigungen noch Abneigungen aus meiner Vergangenheit in meine neue Stellung hinübernehme. Mein einziges Programm musste sein und war, den Vortheil Oesterreichs wahrzunehmen, wo ich ihn erkennen würde. || Dieser objectiven Auffassung gemäss wurde auch von mir gehandelt, und man fand in Berlin keine Veranlassung, über mich zu klagen. Ich verwendete mich dafür, dass die aufgehobenen Regiments-Inhaberschaften wiederhergestellt würden, ich leitete sofort die Verhandlungen wegen Erneuerung des durch den Krieg aufgehobenen Handelsvertrages ein und wusste der Entgegnung auf die Verlautbarung der süddeutschen Militärverträge, welche nichts Anderes waren als eine anticipirte Verletzung des Prager Friedens, eine Form zu verleihen, welche der Würde nichts vergab, aber den freundlichen Beziehungen zu Preussen volle Rechnung trug. Unserer Haltung und Vermittelung in der Luxemburger Frage wurde in Berlin dankende Anerkennung gezollt. Was damit geerntet wurde, war die Pester Depesche des Baron Werther, die dadurch zu unserer Kenntniss kam, dass das Berliner Kabinet deren Abschriften an seine Gesandtschaften

hatte gelangen lassen, wodurch die officielle Ableugnung der Depesche jeden Werth verlor. Die Wiener Presse verlangte laut die Abberufung Baron Werther's. Ich widerrieth jeden darauf bezüglichen Schritt. || Die Frage wird vielleicht nahe gelegt, warum man auf halbem Wege stehen geblieben, ob nicht das von Frankreich noch bedrohte Preussen damals vortheilhaft zu gewinnen gewesen wäre, nachdem das siegreiche Preussen sich Oesterreich so leicht angeschlossen hat. || Ich will nicht auf die eben erwähnte Erfahrung der Werther'schen Depesche hinweisen, deren Bedeutung in gleichzeitigen Berichterstattungen des Grafen Wimpffen eher eine Verstärkung als eine Abschwächung fand; ich will vielmehr in Kürze Dasjenige resumiren, was über diese Frage in einem Vortrage gesagt wurde, den ich Seiner Majestät kurz vor dem Zusammentritt der Delegationen im Jahre 1871 unterbreitete. || Wenn der aufrichtige Wunsch und das zweifellose Bedürfniss, dem Reiche die Fortdauer des Friedens möglichst lange zu erhalten, es thunlich machten, die Erinnerungen des kaum verflossenen Jahres 1866 durch freundlichen Verkehr zu verwischen, so hätte es dagegen einer Ueberwindung sehr begreiflicher und achtungswerther Gefühle bedurft, um einen Schritt in der eben angedeuteten Richtung weiter zu thun. Zu dieser Ueberwindung würde Seine Majestät sich dann allein entschlossen haben, wenn die politische Situation und das Interesse des Reichs einen solchen Weg vorgezeichnet hätten. Allein in diesem Falle befanden wir uns ja eben nicht. Die im ersten Rothbuch enthaltene, die Mission des Grafen Tauffkirchen betreffende Depesche dürfte die damalige Lage und die daraus erwachsende Unmöglichkeit einer Verständigung ziemlich zutreffend in den Worten gekennzeichnet haben, dass wir im glücklichen Falle gemeinsamen Sieges als Beutetheil ein Exemplar des Prager Friedens zu erwarten hätten.

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1874.

In der That galt es, den durch den Prager Frieden (freilich in Folge der vor Oesterreich geheim gehaltenen Militärverträge nur ostensibel) noch selbständig gebliebenen Süden von Deutschland an Preussen zu überantworten, ein Beginnen, welches damals selbst unter einem grossen Theil unserer deutschen Bevölkerung mehr als Erstaunen hervorgerufen hätte, und zwar ohne andere mögliche Gegenleistung als einen unsicheren Wechsel auf lange Sicht für den Orient, während wir die einzige Macht, die uns dort damals wirksam unterstützen konnte, nämlich Frankreich, uns zum unversöhnlichen Feinde machten. In den Akten des Ministerium des Aeusseren muss sich aus der Zeit der Luxemburger Verwickelung im Frühjahr 1867 eine Depesche an Fürst Metternich finden, worin eine vom Herzog von Gramont mitgetheilte Depesche beantwortet wird. Letztere bot uns die Allianz unter Offerirung von Süddeutschland oder Schlesien in ziemlich gelungener Weise an. In der Erwiderung machte ich darauf aufmerksam, dass der Kaiser mit zehn Millionen deutscher Unterthanen nicht wohl eine Allianz zu dem Zwecke einer Verminderung deutschen Landes schliessen könne. Ob ich in demselben Schriftstücke dem Gedanken Ausdruck gegeben habe, den ich — der Herzog von

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1874.

Gramont spielt selbst in seiner Antwort im Jahre 1873 darauf an — gegen letzteren mehrmals entwickelt habe, ist mir nicht genau erinnerlich, wohl aber der Gedanke selbst. Es konnte nicht unsere Aufgabe sein, Deutschland anzugreifen, aber ebensowenig unser Beruf, es zu schützen. Das Feld, wohin unsere Interessen hinwiesen und wo alle der Monarchie angehörigen Stämme ohne Abneigung kämpfen konnten, war der Orient. Eine Verständigung mit Russland war zu Anfang 1867 durch eine Revision des Pariser Vertrages versucht, aber, in Folge des Mangels allen Verständnisses dafür in Paris, fehlgeschlagen, und die zu jener Zeit in Fluss gekommene panslavistische Bewegung (Moskauer Ausstellung) brachte Russland mit jedem Tage tiefer in eine Oesterreich mehr als unfreundliche Stellung. Die Situation gestaltete sich aber infolge dessen so, dass wir im Orient Russland als Gegner uns gegenübersahen und daher trachten mussten, dort Hand in Hand mit Frankreich zu gehen. Bei der Passivität Englands konnte dies unter Umständen zu einem Konflikt zwischen Oesterreich und Frankreich gegen Russland führen, und wenn dann Preussen in den Fall kam, auf russische Seite zu treten, dann konnte ein französischer Krieg gegen Deutschland ein solcher werden, in den wir ohne alle innere Schwierigkeiten hätten eintreten können. Dies hat der Kaiser Napoleon nie begriffen und in unglaublicher Verblendung immer Russland von Preussen zu trennen gehofft. In den Korrespondenzen des Fürsten Metternich wird man diesen ihm so verderblichen rothen Faden bis in den Juli 1870 hinein fortgesponnen finden.

Die Beziehungen zu Frankreich hatten noch vor Ende 1866 durch den raschen Abschluss eines Handelsvertrages eine äusserlich sehr freundliche Gestalt gewonnen, und an den beiden Höfen hatten die beiderseitigen Botschafter die beste Stellung. Als einen ersten Versuch zu einer Allianz hat man sich gewöhnt die Salzburger Entrevue von 1867 zu betrachten, was wiederum eine unbegründete Voraussetzung war. || Das tragische Ende des Kaisers Maximilian drohte einen tiefen Riss in die Beziehungen zu Frankreich zu bringen. Ich erlaubte mir den Rath, auch hier die Politik den Gefühlen vorausgehen zu lassen und für das Verfahren des Kaisers Napoleon, indem seine Truppen Mexiko räumten, weil die Aufnahme eines Krieges mit den vereinigten Staaten für ihn eine Unmöglichkeit war, eine nicht ganz abzuweisende Entschuldigung in den Vorgängen des Jahres 1866 zu finden, wo Oesterreich selbst in ähnlicher Lage nicht anders handeln konnte, als jetzt geschah. Ich war daher entschieden dafür, dass Seine Majestät der Kaiser die beschlossene Reise zur Pariser Ausstellung nicht aufgebe; jedoch erschien es mir unerlässlich, dass es in der Gestalt eines Gegenbesuches geschehe. Fürst Metternich vermittelte den Besuch in Salzburg, und so hatte unser erhabener Monarch wenigstens die Genugthuung, der einzige europäische Souverän zu sein, der, nicht ohne zuvor den Besuch des französischen Herrschers empfangen zu haben, die Reise nach Paris unternahm. || Euere Excellenz waren bei der Salzburger Entrevue gegenwärtig und werden selbst gewiss bei der immer wiederkehrenden Schil-

derung gelächelt haben, wonach Sie gewissermaassen mich am Rockschoss halten mussten, damit ich mich nicht blindlings in die französische Allianz stürze. Ich kann ebensowenig für mich das Verdienst besonderer Vorsicht und Sprödigkeit in Anspruch nehmen; der Kaiser Napoleon und ich standen, wenigstens in den Unterredungen, die wir pflogen, uns gegenüber wie zwei Reiter, von denen jeder fürchtet, der andere werde ihm vorschlagen, über einen tiefen Graben zu setzen. Während der Kaiser ein vier Bogen langes Mémoire des Herzogs von Gramont zurückwies und, als der Letztere replicirte: „Mais il faudra le conserver", ihn mit den Worten beschied: „Non, il faut le brûler", ging derselbe ohne Zögern auf meine Gedanken ein und billigte eine entsprechende Aufzeichnung, welche die Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers unseres Allergnädigsten Herrn fand und von der Euere Excellenz auch damals in Ihrer Wohnung „im Schiff" Einsicht genommen haben. Darnach hatte man sich darüber geeinigt, dass, um den durch den Prager Frieden geschaffenen Status quo zu erhalten, Oesterreich nichts Besseres zu thun habe, als seine verfassungsmässigen Zustände im Geiste eines konservativen Liberalismus zu entwickeln, während Frankreich dagegen jeden Anschein einer Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und namentlich jede Bedrohung sorgfältig vermeiden müsse. Der übrige Theil galt der damals brennenden kretensischen Frage und möglichen Eventualitäten in Rumänien. || Der Besuch in Paris war eine lange Reihe von Huldigungen für unseren erhabenen Monarchen, und wir erreichten das, was wir allein wollten, nämlich dass Frankreich, welches in der kretensischen Angelegenheit, entgegen den Salzburger Verabredungen, sich einer Kollektiv-Erklärung von Russland, Preussen und Italien angeschlossen hatte, davon wieder zurück auf unsere und Englands Seite trat. Ein an die k. k. Missionen erlassenes Circular beruhigte über mögliche Konsequenzen des Pariser Besuches.

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1871.

Das Jahr 1868 brachte auf der einen Seite Verstimmungen mit Preussen und auf der anderen accentuirtere Suggestionen Frankreichs. || Zu den ersteren gehören die Affaire der hannoveranischen Pässe, in welcher das Berliner Kabinet eine offenbar rein persönliche Ungeschicklichkeit des damaligen Polizeidirektors Strobach, der den Hietzinger Hof als massgebende Autorität behandelt hatte, in sehr übelwollender Weise zu einer Staatsaktion hinaufschraubte, und dann die Verlautbarung der Usedom'schen „Stoss-ins-Herz-Depesche", welche ich ignorirt hatte, und worüber sehr ungeschickter Weise eine interpretirende Depesche von Berlin kam, die mir Veranlassung gab, dem Baron Werther zu sagen: „Wenn ich höre, dass Sie über mich einen schlechten Propos gehalten haben, so kann ich das ignoriren; wenn Sie aber kommen, mir zu sagen, dass es in guter Absicht geschah, so ist das eine Beleidigung; denn Sie halten mich für so dumm, es zu glauben." Dieser Anschauung hat auch eine Depesche Ausdruck gegeben, die nicht im Rothbuch erschien, welche aber, ich weiss nicht wie, theilweise in das „Mémorial diplomatique" ihren Weg fand. Allein das den Delegationen in Pest im November

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1874.

1868 vorgelegte Rothbuch wurde die Zielscheibe einer ganzen Batterie preussischer Pressorgane sehr ohne hinreichenden Grund, aber in solcher Weise, dass ich den Grafen Wimpffen veranlassen musste, lieber den Grafen Bismarck nicht aufzusuchen und unerquicklichen Erörterungen aus dem Wege zu gehen, als Dinge anzuhören, die er nicht hätte anhören können, welche Weisung später als Feindseligkeit ausgebeutet wurde. Ich will mich bei diesem unliebsamen Zwischenfall nicht aufhalten und nur daran erinnern, dass im gegenseitigen Einverständniss im August 1869 der Krieg zwischen offiziellen und offiziösen Federn eingestellt wurde, worauf meine Aufwartung bei der Königin Augusta in Baden und der Besuch des Kronprinzen von Preussen in Wien, sowie der Gegenbesuch des durchlauchtigen Erzherzogs Karl Ludwig in Berlin folgte. Seitdem kam keine weitere Irrung vor. || Es war während meines Aufenthaltes in Gastein im Juli 1868, als ich von Fürst Metternich ziemlich unverständliche Andeutungen über Vorschläge des Kaisers Napoleon erhielt. Da unser Botschafter ohnedies auf dem Punkte war, sich in Urlaub nach Johannisberg zu begeben, veranlasste ich ihn zu einem Rendez-vous in Salzburg, woselbst er mir den Gedanken des Kaisers Napoleon ausführlich entwickelte, welcher im Wesentlichen dahin ging, dass wir gemeinschaftlich eine Art Interpellation an Preussen wegen der in der letzten Zeit immer mehr hervorgetretenen Versuche einer Ueberschreitung der Mainlinie richten sollten. (Möglicher Weise ist dies der Ursprung der immer wieder auftauchenden Behauptung von einem im Jahre 1870 an Preussen zu richten gewesenen „Ultimatum“ wegen Aufrechterhaltung des Prager Friedens.) Es war mir nicht schwer, in einer Aufzeichnung, die sich bei den Akten befinden muss, nachzuweisen, dass das vorgeschlagene Verfahren das beste Mittel sein würde, der Ueberschreitung der Mainlinie in Süddeutschland Anhänger zu gewinnen. Dagegen machte ich dem Kaiser Napoleon einen anderen Vorschlag. Er solle, sagte ich, in irgend einer Form Folgendes manifestiren: Er, der Kaiser Napoleon, habe den Prager Frieden, obschon dieser allen traditionellen französischen Interessen zuwider sei, aufrichtig acceptirt, ja sogar dazu mitgewirkt. Er sei jetzt im Begriff — damals lebte noch, was wichtig ist zu konstatiren, Marschall Niel —, seiner Armee eine neue und verstärkte Organisation zu geben. Es sei offenbar das Interesse und der Wunsch der Bevölkerungen, eine Herabminderung der auf sie drückenden Militärlast zu erreichen. Er seinerseits wolle gern darin das Beispiel geben, sobald nur eine befriedigende Erklärung der preussischen Regierung über die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Prager Friedens ihn dazu in den Stand setze. Mit einer solchen Kundgebung, die leicht in die vortheilhafteste diplomatische Form gekleidet werden konnte, machte sich der Kaiser Napoleon in Frankreich wie in Europa eine vortreffliche Stellung und brachte die preussische Regierung in die Alternative, entweder eine Erklärung abzugeben, die sie nicht abgeben konnte noch wollte, oder die Agitation gegen das Militärbudget heraufzubeschwören. Wie alle guten Rathschläge blieb

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1874.

aber auch dieser unbeachtet, und Kaiser Napoleon hielt sich für den Klügeren, indem er meinte: „Avec le système de la Landwehr c'était faire un marché de dupe." Bald darauf kamen nun die ersten Anläufe zu dem Echange d'idées et de mémoires über ein französisch-österreichisch-italienisches Bündniss, der ein ganzes Jahr währte und mit den kaiserlichen Briefen vom September 1869 seinen Abschluss fand, und bei welchem Rouher auf der einen, ich auf der anderen Seite die sprechenden Personen, Fürst Metternich, Graf Vitzthum und Graf Vimercati die Zwischenträger waren, während auf besonderen Wunsch des Kaisers der Herzog von Gramont gänzlich in Unkenntniss erhalten blieb und nur im letzten Moment Marquis Lavalette und Fürst de la Tour d'Auvergne eingeweiht wurden.

Es liegt dieser Schriftenwechsel Euerer Excellenz vor, und ich erlaube mir nur einige Anmerkungen, theils um zu sagen, warum und wie ich auf diese Verhandlungen einging und was diesseits bei denselben vorzüglich im Auge behalten wurde. || Diese Verhandlung stellte insofern von Hause aus kein namhaftes positives Resultat in Aussicht, als kein greifbares Objekt des Bündnisses existirte; allein negativ war sie von grossem Werth. Die Gefahr, die uns bei dem uns bekannten Charakter und den Uebungen des Kaisers Napoleon vorschweben musste, war eine doppelte, dass er sich auf unsere Kosten in eine Verhandlung mit Preussen einlassen, und dass er zu unserem Schaden einen Krieg mit Preussen überstürzen werde. Wie sehr die erstere Befürchtung begründet gewesen, beweist die seitdem bekannt gewordene Verhandlung wegen Belgiens, die zweite hat der Krieg von 1870 in dem stärksten Maasse verwirklicht. Die erstere Gefahr wurde durch den Brief des Kaisers Napoleon entfernt, die zweite nicht; sie wäre es aber gewesen, wenn die beabsichtigte Vereinbarung ratifizirt wurde, dass nämlich in allen Fragen gemeinsame diplomatische Aktion einzutreten habe. Es ist gewiss keine Ueberhebung, zu behaupten, dass solchenfalls wir den Krieg von 1870 zu verhindern gewusst hätten. || Es giebt vielleicht kein schlagenderes Zeugniss dafür, dass man schon 1869 an den Krieg in Frankreich dachte, als das von dem Kaiser Napoleon selbst beliebte Abbrechen jener Verhandlung und deren Abschluss durch den kaiserlichen Brief, der für den Angriff eines Krieges freie Hand liess, während durch das beabsichtigte Abkommen diese Freiheit beschränkt und gleichwohl Oesterreich die Füglichkeit der Neutralitätserklärung vorbehalten war. Fest steht aber, was ich kurz in meinem Schreiben vom 20. d. M. hervorhob, dass irgend ein Uebereinkommen ausser dem in den kaiserlichen Briefen enthaltenen Verzicht auf Unterhandlung mit dritten Mächten nicht zu Stande kam, und dass zwar der Entwurf einer von den drei Monarchen allein zu unterzeichnenden Erklärung vorgelegen hat, allein von keinem der drei Monarchen unterzeichnet worden ist. || So kam denn wie mit Blitzesschnelle der hohenzollernsche Konflikt. Vergeblich sprachen wir, gleich anderen Mächten, beschwichtigend und mässigend in Paris, Madrid und Berlin. Telegramme und Depeschen können es bezeugen, wie dringend wir in Paris vom Kriege

Nr. 10759. Oesterreich. 28. April 1874.

abriethen. Privatbriefe von meiner Seite riethen vergeblich, sich jeden Schrittes gegen Preussen zu enthalten, sondern sich nur gegen den Prätendenten und die spanische Regierung zu wenden und eine Intervention Preussens abzuwarten; vergeblich war der dringende Rath, die Renunziation des Prinzen als diplomatischen Sieg auszunutzen. Herzog von Gramont hat nicht beweisen können und wird nicht beweisen können, dass vor der Kriegserklärung ein Wort gesagt oder geschrieben wurde, das Frankreich hätte berechtigen oder nur verleiten können zu glauben, es könne auf die bewaffnete Unterstützung Oesterreichs rechnen.

Als der Krieg einmal erklärt war, dann erst sind zwar keine bindenden Zusicherungen, wohl aber freundliche Kundgebungen nach Paris gegangen. Die französische Regierung zu entmuthigen, konnte ihr nichts mehr helfen, uns aber sehr viel schaden. Heute ist es leicht, darüber abzusprechen; damals aber vermochte das Niemand. Ich erinnere daran, wie die preussische Regierung selbst Sorge trug, durch die Presse auf die Wahrscheinlichkeit anfänglicher Niederlagen aufmerksam zu machen. Die Geneigtheit des Kaisers Napoleon zu einem möglichst raschen Friedensschluss war uns bekannt; dass dieser auf unsere Unkosten geschlossen worden wäre — denn unter den damaligen Umständen wäre schon die Ueberantwortung des südlichen Deutschlands eine Niederlage für Oesterreich gewesen —, ist gewiss, und welche Worte hätte man für den österreichischen Minister gehabt, der diesen Ausgang nicht vorhergesehen hätte? Dass bei dem damaligen Drange der Ereignisse in den betreffenden Schriftstücken, theilweise infolge persönlichen Uebereifers der Konzipienten, manches nicht genug abgewogene Wort übersehen wurde, darf ich nicht leugnen; aber es sind eben nur Worte, nicht Gedanken und Thaten, an welche der Gramont'sche Schwindel und die journalistische Hetze sich hängen. Ich nenne ohne Scheu das ganze Vorgehen Gramont's Schwindel; denn was ihn allein vor Mit- und Nachwelt entschuldigen könnte, nämlich dass er vor der Kriegserklärung eine Allianz hatte, kann er nie behaupten und noch weniger beweisen, und die angeblich aus den späteren Mittheilungen geschöpfte Ueberzeugung, dass er auf österreichische bewaffnete Unterstützung rechnen durfte, zieht ihm nur den neuen Vorwurf zu, dass er bei solchen Dispositionen es zu keiner Allianz hatte bringen können. Genehmigen etc.

Nr. 10760. OESTERREICH. — Graf Beust an Fürst Metternich. — Missbilligt Gramonts Auftreten gegen Preussen und räth zum Frieden.

Vienne, le 11. Juillet 1870.

Nr. 10760. Oesterreich. 11. Juli 1870.

Mon cher ami! || En observant ce qui se fait autour de Vous je me demande si je suis devenu imbécile que cela me passe. || Je me fais cependant l'effet d'avoir ma tête à moi. Examinons donc les choses de sang-froid et arrêtons-nous à deux considérations. || Parlons d'abord de notre coopération. || Gramont ayant à ce qu'il parait étudié notre dossier secret parle de certaines

stipulations comme si elles avaient passé de l'état de projet à l'état de traité. D'abord elles sont restées à l'état de projet et il n'y a pas de notre faute si telle est la situation. Mais lors-même qu'elles auraient force de traité, quelle singulière application on s'imagine pouvoir en faire. On était convenu — toujours à l'état de projet — de s'entendre partout et toujours sur une action diplomatique commune. Aujourd'hui sans nous consulter, sans seulement nous prévenir, sans crier gare on va hardiment en avant, pose et resout la question de guerre à propos d'une question qui ne nous regarde en aucune façon et présume comme une chose qui s'entend qu'il nous suffit d'en être informé pour que nous mettions notre armée sur le pied de guerre et réunissions un corps d'armée assez considérable pour paralyser l'armée prussienne. Et à l'heure qu'il est on ne nous a pas seulement dit où et comment l'armée française compte opérer. || Ensuite on nous parle du bon terrain où l'on se serait placé en abordant la question de guerre dans une question qui ne saurait intéresser ni exciter la nation allemande. || J'ai été le premier à le reconnaître au début de la discussion! Mais je vois avec un profond regret qu'à Paris on fait son possible pour changer ce bon terrain en un très-mauvais terrain et qu'on va tout droit à mettre contre soi l'esprit public en Allemagne aussi bien qu'en Espagne. || Je vous l'ai déjà dit, il fallait selon moi s'attaquer à la candidature Hohenzollern mais pas à la Prusse. Et si on voulait absolûment exiger du roi Guillaume qu'il renonce à la candidature du prince Léopold et qu'il l'empêche, il fallait user de tels procédés qui l'eussent mis dans son tort en cas de refus vis-à-vis de l'Europe et d'Allemagne en particulier. || Assurément l'Allemagne toute entière ne comprendra pas qu'elle doit se battre pour la Prusse voulant à toute force intromises un Prince en Espagne; mais elle défendra ses frontières si on l'attaque, et elle comprendra tout aussi peu qu'une puissance étrangère soit dans la nécessité de lui faire la guerre, parce le Roi Chef de la Confédération du Nord sous le coup de menaces refuse d'y céder et abandonne aux Cortès espagnoles de s'arranger comme elles voudront. || Il est possible que je me trompe dans mes appréciations. Peut-être réussira-t-on par la pression soutenue par les autres puissances, je ne demande pas mieux, Vous savez que nous aussi nous y appartons notre contigent. Mais si on n'y réussit pas qu'on ne nous rende pas solidaires de toutes les mauvaises chances que je signale et qu'on fait naître. Mille amitiés Beust.

Nr. 10760. Oesterreich. 11. Juli 1870.

Nr. 10761*). FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Unterredung mit Herrn von Werther.

Ems, le 9 juillet 1870, 1 h. 1/2 du soir.

Le Roi me fait savoir qu'il me retiendra à diner après mon audience. Je ne pourrai donc vous en rendre compte que dans la soirée. J'ai reçu la

Nr. 10761. Frankreich. 9. Juli 1870.

*) Die folgenden Aktenstücke bis 10768 sind entnommen aus Gramont, la France et la Prusse avant la guerre. Paris 1872. Red.

Nr. 10761. Frankreich. 9. Juli 1870.

visite de M. de Werther, qui m'a été évidemment envoyé pour me pressentir, ce qui explique l'heure tardive à laquelle le Roi a décidé de me recevoir. J'ai cru devoir saisir l'occasion qui m'était offerte pour indiquer exactement la résolution que nous attendons de la sagesse du Roi, et pour montrer qu'elle doit être immédiate et nette, afin de prévenir de nouveaux incidents qui pourraient aggraver l'état actuel des choses. Je me suis exprimé avec modération, en mettant ma confiance dans les sentiments personnels de Sa Majesté. M. de Werther m'a assuré qu'il n'a de son côté rien dissimulé au Roi, mais que Sa Majesté ayant été consultée par le prince de Hohenzollern, elle n'avait pas cru pouvoir mettre obstacle à son désir d'accepter la couronne d'Espagne, et qu'il lui est maintenant bien difficile, sinon impossible, de l'inviter à y renoncer. Il est donc constant maintenant que le Roi n'a rien ignoré, et qu'il a donné son assentiment. Le langage de M. de Werther me laisse fort incertain sur le succès de la mission que vous avez bien voulu me confier.

Nr. 10762. FRANKREICH. — Derselbe an denselben. — Der König von Preussen will nicht die Initiative in der Thronfrage ergreifen.

Ems, 9 juillet 1870, 8 h. du soir.

Nr. 10762. Frankreich. 9. Juli 1870.

Le Roi m'a fait demander à l'heure qu'il m'avait indiquée. M'inspirant des considérations développées dans votre dépêche et de celles que m'a suggérées notre entretien j'ai fait appel à la Sagesse et au coeur de Sa Majesté pour la déterminer à conseiller au prince de Hohenzollern de revenir sur son acceptation. Confirmant ce que m'avait dit M. de Werther, le Roi m'a appris qu'il avait autorisé le prince Léopold à accueillir la proposition du cabinet de Madrid; mais, comme vous l'aviez prévu, il a longement insisté sur ce point, c'est qu'il avait été saisi et qu'il était intervenu comme chef de la famille, et nullement comme souverain, et que son gouvernement était resté complètement étranger à cette négociation. J'ai fait remarquer que l'opinion ne se rendrait pas compte de cette distinction, et qu'elle ne voyait dans le prince de Hohenzollern qu'un membre de la maison régnante en Prusse. Le Roi est entré dans d'autres considérations qu'il serait trop long de vous transmettre par le télégraphe, et dont je vous rendrai compte dans un rapport. Il m'a assuré d'ailleurs qu'il s'était mis en communication avec le prince Léopold et son père pour connaître exactement la manière dont ils envisagent l'émotion provoquée par cette affaire, et regler lui-même sa conduite; il a ajouté que, s'ils étaient disposés à retirer leur acceptation, il approuverait cette résolution; qu'il attendait leur réponse, et qu'il s'expliquerait plus complètement avec moi dès qu'elle lui sera parvenue. J'ai vainement cherché à savoir à quel moment Sa Majesté recevrait cette réponse; le Roi m'a seulement dit qu'il ne pouvait traiter un point si délicat par le

télégraphe, en me donnant à entendre toutefois qu'il ne saurait tarder à connaître le sentiment des princes. || Faut-il conclure le langage que m'a tenu le Roi qu'il a résolu de se conformer à nos voeux, en laissant au prince de Hohenzollern l'initiative de sa renonciation au lieu de la lui conseiller, afin d'éviter ainsi de faire personnellement une concession qui pourrait être sévèrement appréciée en Allemagne; ou bien que veut-il que gagner du temps pour prendre, avant nous, les dispositions militaires, et laisser en même temps approcher la convocation des Cortès, afin de soutenir ensuite qu'il convient d'attendre le vote de cette assemblée? En ne considerant que son attitude, et ce que j'ai recueilli dans son entourage, j'inclinerais peut-être à apprécier comme plus vraisemblable la première de ces deux hypothèses, si nous n'étions autorisés à nous montrer incrédules, ou au moins défiants. || Si la réponse du Roi eût été simplement évasive, je ne me serais pas retiré sans le constater respectueusement; mais je ne pouvais rien objecter au désir de Sa Majesté de se concerter avec les princes de Hohenzollern avant de me faire connaître sa résolution, au moment surtout où elle me donnait l'assurance qu'elle ne tarderait pas à me mettre à même de vous en instruire. || Je reçois votre dépêche en date aujourd'hui, deux heures; je m'y conformerai. Nr. 10762. Frankreich. 9. Juli 1870.

Nr. 10763. FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Unterredung mit Herrn von Werther.

Ems, le 10 juillet 1870, 8 h. du soir.

J'avais déjà expédié mon dernier télégramme quand j'ai reçu ceux que vous m'avez adressés aujourd'hui à une heure vingt et une heure vingt-cinq. J'ai d'avance satisfait à vos ordres en vous envoyant le rapport que je vous ai annoncé, et qui arrivera demain à Paris, par la poste, avec le train de dix heures un quart du matin. Vous jugerez sans doute que ce rapport, rendant compte d'un entretien avec un souverain, ne peut être lu en entière devant la Chambre, et qu'il est préférable d'en communiquer le sens ou des extraits. Je n'ai du reste pas un mot à y retrancher, surtout en ce qui concerne la connaissance que le Roi a eue des propositions faites par le gouvernement espagnol au prince de Hohenzollern, et l'assentiment qu'il a donné à son acceptation, en lui déclarant qu'il ne croyait pas devoir y mettre obstacle. || M. de Werther vient de me faire espérer que le Roi pourrait me demander demain de reprendre notre entretien. Sa Majesté a reçu aujourd'hui des dépêches du prince Antoine de Hohenzollern; le prince Léopold n'étant pas auprès de son père, les informations parvenues à Sa Majesté sont encore incomplètes ou insuffisantes. Vous me permettrez d'ajouter qu'à mon sens, la guerre deviendrait inévitable si nous commencions ostensiblement des préparatifs militaires. Nr. 10763. Frankreich. 10. Juli 1870.

Nr. 10764. FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Unterredung mit dem König.

Ems, le 10 juillet 1870, 11 h. 30 du soir, partie du bureau télégraphique d'Ems à 11 h. 58 du soir, arrivée à Paris le lendemain 11 juillet à 7 h. 1/2 du matin.

Nr. 10764. Frankreich. 10. Juli 1870.

Je viens de rencontrer le Roi. Sa Majesté m'a arrêté pour me dire qu'elle n'avait aucune réponse du prince Léopold, qui n'a pas encore rejoint son père. Je lui ai répondu que nous touchions au moment où le gouvernement de l'Empereur ne pourrait plus ajourner les explications qu'il doit au Chambres et au pays. Je lui ai demandé la permission de lui exposer les nécessités de notre situation. Il me recevra demain matin. J'avais, un moment auparavant, développé à M. de Werther les considerations qui nous obligent à rompre le silence et les dangers d'un si long retard; il m'a promis de rendre compte au Roi de notre entretien. || Si vous prenez la parole à la Chambre, veuillez dire, en quelques mots, que j'ai plusieurs fois signalé les démarches faites pour assurer le succès de la candidature du prince de Hohenzollern, candidature qui avait été abandonnée et à laquelle on est subitement revenue en dernier lieu. Le Constitutionel se réunissant aux journaux de l'opposition pour m'attaquer, vous ne trouverez pas, j'espère, ma suggestion déplacée.

Nr. 10765. FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — König Wilhelm weigert sich, den Prinzen Leopold zum Rücktritt von der Kandidatur zu bewegen.

Ems, 11. Juli 1870.

Nr. 10765. Frankreich. 11. Juli 1870.

Je quitte le roi (une heure un quart de l'après-midi). Durant une audience que j'ai prolongée pendant une heure, j'ai invoqué tous les arguments imaginables pour déterminer Sa Majesté à me permettre de vous annoncer qu'elle invitera le prince de Hohenzollern à renoncer à la couronne d'Espagne, sans lui cacher cependant que je considerais ce conseil comme un ordre. Le roi s'y est refusé, me déclarant, qu'il devait laisser à son parent la plus entière liberté, après comme avant son acceptation. Restant sur le terrain, où il s'est placé, le roi a prétendu qu'il sortirait du rôle d'abstention qu'il s'est tracé depuis l'origine en déférant à la demande, et il m'a donné constamment à entendre que l'initiative de la renonciation devait venir du prince Léopold, qui a pris l'initiative de l'acceptation. J'ai combattu cette manière de voir, en représentant au roi nos nécessités intérieures. Je lui ai parlé de la défiance et de l'irritation des esprits en France, de l'obligation où nous sommes de donner publiquement des explications attendues avec impatience, des dangers nouveaux que créait chaque heure de retard, de la gloire qu'il recueillirait

personnellement en intreposant son autorité pour prévenir des terribles calamités. Sa Majesté a maintenu sa résolution. Après me l'avoir plusieurs fois demandé dans le cours de l'audience, le roi, avant d'y mettre fin, m'a vivement engagé à vous télégraphier en son nom, qu'il croyait recevoir ce soir ou demain une communication du prince Léopold, qui a dû rejoindre son père à Sigmaringen, et qu'il s'empresserait de me donner une réponse définitive. Vous jugerez de l'importance qu'il faut donner à cette déclaration du roi, et de la mesure dans laquelle il peut nous convenir d'en tenir compte. || Pendant que j'insistais sur la nécessité d'adopter une prompte résolution, il a échappé au roi de me dire: „Je n'ignore pas les préparatifs qui se font à Paris, et je ne dois pas vous cacher que je prends mes précautions pour ne pas être surpris." Sa Majesté a cherché ensuite à atténuer la portée de ces paroles. Je n'ai pas fait usage des informations qui vous sont parvenues de Madrid. Vous savez déjà que le roi prétend que nous sommes uniquement fondés à demander au gouvernement espagnol de revenir lui-même sur la combinaison qu'il a concue, et Sa Majesté n'aurait pas manqué de prendre prétexte de ce que je lui aurais dit pour insister dans ce sens. || Votre dernier télégramme est daté de cette nuit, à une heure.

Nr. 10765. Frankreich. 11. Juli 1870.

Nr. 10766. FRANKREICH. — Napoleon an den Herzog von Gramont. — Instruktionen zur Verhandlung mit Preussen.

Palais de Saint-Cloud, le 12 juillet 1870.

Mon cher duc, en réfléchissant à nos conversations d'aujourd'hui, et en relisant la dépêche du prince Antoine, je vois qu'il faut se borner à accentuer davantage la dépêche que vous avez dû envoyer à Benedetti en faisant ressortir les points suivants:

1. Nous avons eu affaire à la Prusse et non à l'Espagne; || 2. la dépêche du prince Antoine adressée à Prim est un document non officiel pour nous, que personne n'a été chargé en droit de nous communiquer; || 3. le prince Léopold a accepté la candidature au trône d'Espagne, et c'est le père qui renonce; || 4. il faut donc que Benedetti insiste, comme il en a ordre, pour avoir une réponse catégorique par laquelle le roi s'engagerait, pour l'avenir, à ne pas permettre au prince Léopold (qui n'est pas engagé) de suivre l'exemple de son frère, et de partir un beau jour pour l'Espagne; || 5. tant que nous n'aurons pas une communication officielle d'Ems, nous ne sommes pas censés avoir eu de réponse à nos justes demandes; || 6. tant que nous n'aurons pas cette réponse, nous continuerons nos armements; || 7. il est donc impossible de faire une communication aux chambres avant d'être mieux renseignés.

Recevez, mon cher duc, l'assurance de ma sincère amitié.

Napoléon.

Nr. 10766. Frankreich. 12. Juli 1870.

Nr. 10767. FRANKREICH. — Graf Benedetti an den Herzog von Gramont. — Erwartet, vom Könige zur Audienz berufen zu werden.

Ems, le 13 juillet, 1. h. 05 du soir.

Nr. 10767. Frankreich. 13. Juli 1870.

Je reçois à dix heures et demi et après vous avoir expédié encore mon dernier télégramme, celui que vous m'avez adressé cette nuit à 11 h. 45. J'attends que le roi me fasse demander pour me donner connaissance du message du prince Hohenzollern qui devrait arriver d'un instant à l'autre. Je profiterai de cette occasion pour insister sur ce que j'ai dit ce matin au roi et me conformer de nouveau aux ordres de l'Empereur. || On dit dans l'entourage du roi que M. de Bismarck s'étant trouvé très-fatigué en traversant Berlin, s'y est arrêté et qu'il n'arrivera pas aujourd'hui. || Veuillez, autant que possible, en m'expédiant vos télégrammes, m'accuser réception des miens.

Nr. 10768. FRANKREICH. — Herzog von Gramont an den franz. Botschafter in London. — Verhältniss Preussens zu Frankreich seit 1865.

Paris, le 27 juillet 1870.

Nr. 10768. Frankreich. 27. Juli 1870.

Monsieur le marquis, l'opinion publique à déjà fait justice de la manoeuvre de ceux qui ont livré à la publicité le prétendu projet de traité négocié à Berlin entre la Prusse et nous. Le document porte, dans sa forme même, l'empreinte de son origine et le fond ne pouvait tromper personne. Tous les hommes d'État qui ont suivi la politique européenne depuis l'avénement de M. de Bismarck au pouvoir savent de quel côté sont venues les suggestions qu'il nous attribue aujourd'hui. Je pourrais, s'il était nécessaire, retrouver dans la correspondance de mes prédécesseurs les nombreuses traces de ses efforts pour nous rallier à ses plans, en éveillant chez nous le désir d'agrandissements territoriaux. Dès l'année 1865, il essayait de diriger de ce côté la pensée de notre chargé d'affaires à Berlin, M. Lefèbvre de Béhaine, en lui disant que la Prusse reconnaîtrait volontiers à la France le droit de s'étendre eventuellement partout où l'on parle français dans le monde, désignant clairement certains cantons de la Suisse aussi bien que de la Belgique. || Le gouvernement de l'Empereur est demeuré sourd à ces excitations et l'année suivante, au l'endemain de la bataille de Sadowa, M. de Bismarck désirant assurer les conquêtes de la Prusse par une alliance avec nous, exprimait encore la même pensée à M. de Béhaine, qui se trouvait au quartier général à Brünn en l'absence de M. Benedetti en ce moment à Vienne. Je vous envoie ci-joint un extrait de la dépêche où ces informations sont consignées, afin que vous puissiez vous rendre compte de la spontanéité des ouvertures du ministre prussien. „Votre situation est bien simple, disait-il, il faut trouver le roi des Belges, lui dire que les inévitables agrandissements politiques et territoriaux de la Prusse vous paraissent inquiétants, qu'il n'y a guère qu'un moyen pour

vous de parer à des éventualités dangereuses et de rétablir l'équilibre dans des conditions rassurantes pour l'Europe et pour nous. Ce moyen, c'est d'unir les destinées de la Belgique aux vôtres par des liens si étroits que cette monarchie, dont l'autonomie serait d'ailleurs respectée, devienne au nord le véritable boulevard de la France, rentrée dans l'exercice de ses droits naturels." || M. Benedetti lui-même a reçu à plusieurs reprises, de M. de Bismarck, des ouvertures semblables. Rapportant le 26 juillet 1866, une conversation dans laquelle il avait examiné avec le président du conseil des ministres du roi Guillaume les modifications territoriales qui devaient être la conséquence de la victoire de la Prusse, notre ambassadeur écrivait: „Je n'apprendrai rien de nouveau à Votre Excellence en lui annonçant que M. de Bismarck est d'avis que nous devrions chercher un équivalent en Belgique et qu'il m'a offert de s'en entendre avec nous." || Le gouvernement de l'Empereur déclina encore une fois les pourparlers dans lesquels le ministre prussien cherchait à l'entraîner, et lorsqu'en présence des annexions qui s'opéraient en Allemagne au profit de la Prusse, le cabinet français parla un moment de garanties pour notre frontière, nous nous refusâmes expressément à introduire dans cet échange d'idées le nom de la Belgique. Il nous eût été facile à cette époque, si nous eussions nourri des projets semblables à ceux qu'on nous prête, d'obtenir pour les réaliser le concours de la Prusse, toute disposée à nous offrir son alliance sous la seule condition que nous ne mettrions pas obstacle à l'accomplissement des plans ambitieux qu'elle poursuivait elle-même. || Lors des négociations relatives à la forteresse Luxembourg, les mêmes insinuations ont pu nous être faites de nouveau; nous ne les avons accueillies, en tout cas, qu'avec une répugnance marquée, et quelle que soit la forme sous laquelle elles ont été produites, il est certain que l'Empereur les a catégoriquement repoussées. Je vous prie de ne laisser subsister aucun doute à cet égard dans l'esprit du gouvernement anglais, et de bien lui faire savoir que l'initiative des suggestions relatives à la Belgique appartient tout entière au cabinet de Berlin.

Nr. 10768. Frankreich. 27. Juli 1870.

Nr. 10769. HOHENZOLLERN. — Mittheilungen über die spanische Thronfrage*).

(1. März 1870.) Aus der Heimath gehen dem Fürsten weltbewegende Nachrichten zu: Don Salazar ist wiederum vom General Prim nach Deutschland entsandt worden, diesmal aber direkt nach Berlin. Er überbringt dem Könige von Preussen, dem Erbprinzen von Hohenzollern und dem Grafen Bismarck Briefe der spanischen Regentschaft, in denen die eindringliche Bitte ausgesprochen wird, dass Erbprinz Leopold die Krone Spaniens annehmen möge. || Der Fürst und der Erbprinz von Hohenzollern sind der Ansicht, dass

Nr. 10769. Hohenzollern.

*) Entnommen dem Buche: Aus dem Leben König Karls von Rumänien. 2. Bd. Stuttgart, Cotta, 1894.

Nr. 10709. Hohenzollern.

das Anerbieten abzulehnen sei; besonders der Erbprinz fühlt eine fast unüberwindliche Abneigung dagegen, und auch der Fürst ist nur dann geneigt, die Sache in ernstliche Erwägung zu ziehen, wenn ein höheres Staatsinteresse es erheischen sollte. — — —

(2. März.) Fürst Karl erfährt, dass sein Bruder, der Erbprinz Leopold, sich nach Berlin begeben hat, wohin in einigen Tagen sein Vater ihm folgen wird. Dann soll die spanische Frage endgültig entschieden werden, da Don Salazar nicht länger zuwarten kann. — — || Graf Bismarck plaidirt mit grosser Wärme für die Annahme der Krone durch den Erbprinzen; er hebt in einer Denkschrift an König Wilhelm die grosse Bedeutung hervor, welche die Berufung eines Hohenzollernprinzen auf den spanischen Thron für Deutschland haben würde: politisch unschätzbar würde es sein, im Rücken Frankreichs ein freundlich gesinntes Land zu haben, und auch wirthschaftlich würde es für Deutschland wie für Spanien selbst die grössten Vortheile nach sich ziehen, wenn dieses entschieden monarchisch gesinnte Land unter einem König aus deutschem Stamme seine Hülfsquellen zur Entwickelung brächte und sein Handel sich auf die Höhe höbe, die der Ausdehnung seiner hafenreichen Küsten entspräche. || Erbprinz Leopold vermag sich aber nicht über das Bedenken hinwegzusetzen, dass so viele Zweige der entthronten Königsfamilie ihre Ansprüche auf die ihm angetragene Krone noch geltend machen. || Auch König Wilhelm theilt die Auffassung seines Ministers nicht und spricht die schwersten Bedenken gegen die Annahme aus; die Entscheidung selbst überlässt er aber einzig und allein dem Erbprinzen, den er in keiner Richtung zu beeinflussen wünscht. || Der Kronprinz warnt den Erbprinzen, sich darauf zu verlassen, dass die preussische Regierung, wenn sie auch jetzt, vielleicht zur Erreichung eines bestimmten Zweckes, auf dieses Projekt einginge, ihm später ihre Unterstützung wirklich gewähren würde. —

(15. März.) In Berlin findet im Schlosse eine Berathung statt, bei welcher Graf Bismarck von Neuem mit grosser Wärme für die Annahme der spanischen Krone durch den Erbprinzen Leopold eintritt. Kronprinz Friedrich Wilhelm sieht dagegen viele Schwierigkeiten voraus und hält die Lage in Spanien für sehr unsicher.

(16. März.) Erbprinz Leopold erklärt dem Chef seines Hauses, dass er die Krone ablehnen müsse. — || Graf Bismarck besteht darauf, dass die Hohenzollern die spanische Kandidatur nicht fallen lassen dürften; so telegraphirt denn Fürst Karl Anton seinem dritten Sohne, dem Prinzen Friedrich, dass er seine italienische Reise abbrechen und nach Berlin zurückkehren solle, da nach der Ablehnung seines Bruders die Entscheidung nunmehr an ihn herantrete. —

Fürst Karl Anton berichtet seinem Sohne über die spanische Angelegenheit:

Berlin, 20. März.

Ich bin seit vierzehn Tagen in höchst wichtigen Familienangelegenheiten hier; es handelt sich um nichts geringeres, als um Annahme oder Ablehnung

Nr. 10769. Hohenzollern.

der spanischen Krone für Leopold, welche, allerdings unter dem Siegel eines europäischen Staatsgeheimnisses, von der spanischen Regierung offiziell angeboten worden ist. || Diese Frage präoccupirt hier sehr. Bismarck wünscht die Annahme aus dynastischen und politischen Gründen, der König aber nur dann, wenn Leopold dem Rufe gern folgt. Am 15. war hier eine sehr interessante und wichtige Berathung unter Vorsitz des Königs, bei welcher der Kronprinz, wir beide, Bismarck, Roon, Moltke, Schleinitz, Thile und Delbrück zugegen waren. Der einstimmige Beschluss der Rathgeber lautet auf Annahme, weil dieselbe eine preussische, patriotische Pflichterfüllung sei. Aus vielen Gründen, nach schweren Kämpfen, hat Leopold abgelehnt. Da nun aber in Spanien avant tout ein katholischer Hohenzoller gewünscht wird, so habe ich Fritz im Falle seines Einverständnisses vorgeschlagen. Derselbe ist augenblicklich zwischen Nizza und Paris, und der Telegraph hat ihn nicht erreichen und auffinden können. Dies wird übrigens in Kurzem der Fall sein, und ich hoffe, dass er sich dann dazu bestimmen lassen wird. || Doch ist alles erst im Werden, und das Geheimniss muss vorläufig gewahrt bleiben. || Deiner lieben Mutter wird es einen ungeheuren Kampf kosten; allein sie wird schliesslich nicht in den Gang der Weltgeschichte eingreifen wollen. Auch dieses sind ja unbegreifliche Fügungen der Vorsehung. || Ohne die sichere Gelegenheit, von der ich heute erst erfahren habe, hätte ich es Dir nicht schreiben können. || Don Salazar, den Du auf der Weilburg gesehen hast, war mit Schreiben von Prim nach Berlin gekommen; er ist wieder zurückgereist, weil es sonst hätte bekannt werden können, dass ein spanischer Abgeordneter hier ist, der viel mit Bismarck verkehrt u. s. w. || Auch für Deine politische Stellung ist die Lösung der spanischen Frage nicht gleichgültig. — —

(1. April.) Fürst Karl Anton schreibt seinem Sohne: Dein Bruder hat so wenig Ehrgeiz, dass ich nicht mehr an die Reussite der Thronkandidatur glaube; doch ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der König will nicht befehlen, Fritz aber will ohne Befehl sich nicht dazu entschliessen.

(1. April.) Fürst Karl schreibt seinem Vater: Ich wusste schon seit längerer Zeit, dass man in Spanien von neuem die Kandidatur eines katholischen Hohenzollern ins Auge gefasst hat. Strat schrieb mir den 12. v. M.: Je crois de mon devoir de signaler à V. A. comme une chose particulièrement flatteuse, et pour V. A. et pour notre pays, que la lettre du Régent d'Espagne en réponse à la notification du mariage de V. A. m'a été remise par l'Ambassadeur d'Espagne en personne qui contrairement à tous les usages, est venu hier me faire visite lui-même . . . Cette politesse outrée n'est pas tout à fait étrangère à certains bruits qui circulent de nouveau depuis quelques semaines, et qui attribuent aux hommes qui sont actuellement les maîtres des destinées de l'Espagne, l'intention de remettre sur le tapis la question d'offrir la couronne d'Espagne au prince Léopold. || Ich hoffe noch immer, dass Leopold sein letztes Wort in der spanischen Angelegenheit nicht gesagt hat. Aus Unterredungen, die ich mit Fritz gehabt habe, und nach dem, wie ich ihn kenne, schliesse

Nr. 10769. Hohenzollern. ich mit ziemlicher Bestimmtheit darauf, dass er eine derartige Aufgabe nicht wird auf sich nehmen wollen. Der Verstand dazu würde ihm keineswegs fehlen, wohl aber Erfahrung und Menschenkenntniss. — Gut berathen, würde er gewiss dieser grossen Mission gewachsen sein. Im Falle der Annahme der spanischen Krone müssten entschieden einige Bedingungen gestellt werden.

(3. April.) Aus Berlin erfährt der Fürst, dass Graf Bismarck die Annahme der spanischen Krone durch einen Prinzen von Hohenzollern wiederholt und mit grösster Entschiedenheit für eine politische Nothwendigkeit erklärt hat. || Fürst Karl Anton hat drei Bedingungen gestellt: || 1. Zweidrittel- bis Dreiviertelmajorität bei der Wahl seines Sohnes durch die Cortes. || 2. Sicherheit gegen den Staatsbankerott. || 3. Vorherige Durchführung aller antiklerikalen Gesetze. — || Lothar Bucher und Major v. Versen, vom preussischen Generalstabe, werden nach Spanien geschickt, um dort die Lage zu studiren. —

(22. April.) Es war abermals die einer nahen Entscheidung zutreibende spanische Frage, die mich hierhergeführt hatte. — Nachdem Leopold aus gewichtigen Gründen hatte ablehnen müssen, war die Kandidatur von Fritz in ernstliche Aussicht genommen. Die Entscheidung stand bevor, denn aus Madrid drängte man; da erklärt Dein Bruder auf das Entschiedenste, dass er die Aufgabe nicht übernehmen könne! Man muss die Sache also fallen lassen, ein grosser historischer Moment für das Haus Hohenzollern ist verloren gegangen, ein Moment, wie er noch niemals dagewesen, wohl niemals mehr wiederkehren wird! Hätte der König in der letzten Stunde befohlen, so würde Fritz gehorcht haben; da er ihm aber freie Entschliessung anheimgestellt hat, so lautet seine Entscheidung auf Nichtannahme! || Hiermit wäre diese Sache abgethan, und die interessanten Verhandlungen können bei den Akten ruhig schlafen, bis in ferner Zukunft einmal ein Historiker die Geschichte unseres Hauses schreiben wird. —

Brief des Fürsten Karl Anton vom 26. Mai.

Neues, das Dir nicht aus den Zeitungen bekannt wäre, giebt es wenig. Bismarck ist sehr unzufrieden mit dem Fehlschlagen der spanischen Kombination. Er hat nicht Unrecht! Doch ist die Sache noch nicht vollständig aufgehoben! Sie hängt noch an einigen schwachen Fäden, die aber wie Spinnweben sind!

(Anfang Juni.) Fürst Karl erfährt, dass sein Bruder, der Erbprinz Leopold, neuerdings nicht mehr auf dem früheren rein ablehnenden Standpunkte zur spanischen Thronfrage steht, sondern sich mit dem Gedanken vertraut gemacht hat, unter ganz bestimmten Bedingungen die Krone anzunehmen. Die seit dem ersten Auftauchen der Frage verflossene Zeit hat den Erbprinzen gelehrt, die schwierige, kaum einen Ausweg freilassende Frage richtiger zu würdigen, in welche das spanische Volk durch die endgültige Beseitigung der Kandidatur Hohenzollern versetzt werden würde; er scheut vor der ungeheuren Verantwortung zurück, seine Mitwirkung einem grossen Volke zu versagen,

Nr. 10769. Hohenzollern.

das nach langem Siechthum eine mannhafte Anstrengung gemacht hat, um seine nationale Kultur auf eine höhere Stufe zu heben! — Von dieser Sinnesänderung hat Fürst Karl Anton den preussischen Kronprinzen brieflich in Kenntniss gesetzt und ihm anheimgestellt, auch den Grafen Bismarck zu benachrichtigen. || Graf Bismarck hat in Folge dessen an den Fürsten von Hohenzollern ein Schreiben gerichtet, worin er darauf dringt, dass die spanische Frage wieder aufgenommen werde. Er räth dem Fürsten Karl Anton, ungesäumt auf den Erbprinzen einzuwirken, dass dieser sich aller Bedenken entschlage und im Interesse Deutschlands sich für die Annahme der spanischen Krone entscheide. || Uebrigens hat General Prim die vom Fürsten Karl Anton telegraphisch an Geheimrath Bucher übersandte Ablehnung nicht angenommen, sondern seine Hoffnungen aufrecht erhalten. || Geheimrath Bucher und Major v. Versen haben sehr zufriedenstellende Berichte über die Aussichten der Kandidatur Hohenzollern in den Cortes und im Lande zurückgebracht; man hat sie in Spanien ausserordentlich herzlich aufgenommen. — König Wilhelm meint, dass sie ihre Berichte durch die ihnen erwiesenen grossen Aufmerksamkeiten unwillkürlich hätten rosiger färben lassen, als es sonst der Fall gewesen sein würde. —

(4. Juni.) Der Erbprinz von Hohenzollern hat sich bereit erklärt, die spanische Krone anzunehmen, da ihm von der berufensten Seite vorgestellt worden ist, dass das Staatsinteresse dies erheische! — Er hat sich entschlossen, alle persönlichen Bedenken fallen zu lassen und sich der höheren Nothwendigkeit zu fügen; in diesem Sinne hat er dem König von Preussen geschrieben: er nehme die ihm angetragene Krone an, da er hoffen dürfe, seinem Vaterlande hierdurch einen grossen Dienst zu erweisen. — König Wilhelm hat ihm sogleich geantwortet, dass er mit seinem Vorhaben einverstanden sei. —

(29. Juni.) Fürst Karl kehrt nach Cotroceni zurück; hier erwarten ihn Nachrichten, die ihn in nicht geringe Erregung versetzen: die europäische Presse hat angefangen, von der Thronkandidatur des Erbprinzen Leopold zu sprechen! —

Am 23. Juni ist Don Salazar nach Madrid zurückgereist, um der spanischen Regentschaft zu melden, dass Prinz Leopold von Hohenzollern bereit sei, die Krone anzunehmen. || Auch der Erbprinz persönlich hat das vom General Prim im Februar an ihn gerichtete Schreiben nunmehr im bejahenden Sinne beantwortet. || Ein Missverständniss bei der Dechiffrirung einer von Berlin nach Madrid geschickten Depesche, welche das Datum der Rückkehr Don Salazars mittheilte, hat zur Folge gehabt, dass die Cortes, welche versammelt bleiben sollten, um sogleich die Wahl vorzunehmen, am 24. Juni geschlossen und bis zum 31. Oktober vertagt worden sind. — So ist durch einen Zufall Alles wieder in Frage gestellt! Die Wahl wird nun erst im Spätherbst stattfinden können, und das Ausland hat vollauf Zeit, in Spanien gegen die Kandidatur Hohenzollern zu intriguiren und zu wühlen! —

Nr. 10769. Hohenzollern.

(5. Juli.) Der Botschafter Freiherr v. Werther ist aus Paris nach Ems zum König von Preussen abgereist. — Bismarck bittet den letzteren telegraphisch, sich eine möglichst kühle Auffassung der Lage zu wahren.

(6. Juli.) König Wilhelm schreibt dem Fürsten Karl Anton, dass er nicht begreife, warum General Prim, noch ehe die Cortes befragt seien, dem französischen Botschafter Mittheilung von der Zusage des Erbprinzen gemacht habe. — Der König hält es für möglich, dass die französische Erregung sich noch wieder lege, bedauert es aber, dass man der früher geäusserten Meinung des Fürsten von Hohenzollern, man müsse sich der Zustimmung Frankreichs versichern, keine Folge gegeben habe, weil General Prim die Geheimhaltung gewünscht und Graf Bismarck geltend gemacht habe, dass jede Nation sich ihren König wählen dürfe, ohne andere zu befragen. —

(10. Juli.) König Wilhelm sendet dem Fürsten von Hohenzollern den Oberst Strantz, damit dieser ihm zur Klarlegung der Lage von allen ausgetauschten Noten Mittheilung mache; ausserdem hat er demselben einen Brief für den Fürsten mitgegeben, worin er schreibt, dass Frankreich augenscheinlich den Krieg wolle, und dass, falls Fürst Karl Anton den Rücktritt des Erbprinzen von der spanischen Kandidatur beschliessen sollte, er, als Chef des Hauses, jetzt ebenso damit einverstanden wäre, wie er vor einigen Wochen zur Annahme sein „Einverstanden“ ausgesprochen hätte.

(12. Juli.) Der Erbprinz von Hohenzollern hat offiziell seine Kandidatur zurückgezogen, um Frankreich jeden Vorwand zum Kriege gegen Deutschland zu nehmen. Fürst Karl Anton hat heute Mittag dem spanischen Botschafter in Paris, Olozaga, den Wortlaut der Depesche, die er an den Marschall Prim gerichtet hat, telegraphisch mitgetheilt. — Der Erbprinz ist im bairischen Gebirge auf einer Fusstour und ahnt noch nicht, welche Bewegung in Europa ausgebrochen ist; so hat sein Vater für ihn handeln müssen.

Brief des Fürsten Karl Anton vom 10. August.

Deinen Strat (diplomatischer Agent in Paris) muss ich entschieden in Schutz nehmen; denn er hat sich als einen anhänglichen und treuen Diener Deiner Person und sonach auch Deiner Familie gezeigt. || Er kam nach Sigmaringen in dem Moment der höchsten Exasperation der französischen Regierung. Von ihm erfuhr ich die wahrhafte Stimmung und Absicht in Paris — er trug dazu bei, dass ich die Renunziation Leopolds vielleicht vierundzwanzig Stunden früher bekannt machte, als es ohne seinen dringenden Rath geschehen wäre. Dadurch, dass ich im richtigen Augenblick den französischen Kriegsvorwand durch die Veröffentlichung der Entsagung neutralisirt habe, ist vielleicht der preussisch-französische Krieg populär, d. h. ein deutscher Krieg geworden. Durch einige Verzögerung meinerseits hätte der Krieg eine dynastische Färbung bekommen, und ganz Süddeutschland hätte Preussen im Stich gelassen. Ich bitte daher, Strat nicht zu tadeln, sondern seiner guten Absichten wegen um so mehr zu loben, als ihm bewusst war, dass Deine Gegner

in Rumänien den Krieg herbeigewünscht haben, um Dich zu stürzen. Strat wollte daher den Krieg à tout prix vermieden wissen; denn auch er, wie Niemand in ganz Frankreich, hatte nicht die entfernteste Ahnung von der ekrasanten Superiorität unserer Waffen. Nr. 10769. Hohenzollern.

Nr. 10770*). FRANKREICH. — Kaiser Napoleon an den Herzog von Gramont. — Ueber die Rückberufung der französischen Brigade aus Civita-Vecchia.

Palais de Saint-Cloud, 15 juillet 1870.

Mon cher duc, — La guerre qui va commencer est trop sérieuse pour que nous ne rassemblions pas toutes nos forces. Il est donc indispensable de rappeler la brigade de Civita-Vecchia. Mais avant de le faire, il faut avertir et demander en même tems (sic) des garanties pour la frontière. Nr. 10770. Frankreich. 15. Juli 1870.

Napoléon.

Nr. 10771. ITALIEN. — König Viktor Emanuel an Kaiser Napoleon. — Ueber die Haltung Oesterreichs und die römische Frage.

Florence, 17 juillet, 11 h. soir.

Sire, — Le retard de ma réponse à vos deux dépêches vient de ce que j'étais en voyage pour Florence. || Je désire de tout mon coeur être agréable à Votre Majesté, tout en cherchant le véritable intérêt de la nation italienne. Nr. 10771. Italien. 17. Juli 1870.

Je désirerais savoir quelles sont les dispositions de l'Autriche et s'il y a déjà des engagements de sa part. || J'attends l'arrivée de Vimercati, pour les détails, et j'écrirai une lettre à Votre Majesté, sur l'affaire de Rome. Mon amitié, Sire, ne vous fera jamais défaut.

Victor-Emmanuel.

Nr. 10772. FRANKREICH. — Herzog von Gramont an den Grafen Beust. — Haltung der deutschen Mittelstaaten und Oesterreichs.

Paris, 19. Juli 1870.

Mon cher comte, le prince de La Tour d'Auvergne doit partir ce soir; mais je crains qu'il ne mette plusieurs jours à se rendre à Vienne, attendu qu'il sera obligé de passer par l'Italie et que sa santé chancelante l'oblige à garder des ménagements. Ces retards me contrarient d'autant plus que la rapidité de nos décisions est, à mon avis, un grand élément de succès dans les circonstances présentes. || Au moment, où je vous écris, je suis encore incertain de ce qui se passe en Bavière; la Chambre paraît favorable à la neu- Nr. 10772. Frankreich. 19. Juli 1870.

*) Die folgenden Aktenstücke bis 10732 entstammen dem Archiv des Herzogs von Gramont und sind im „Figaro" 20. März publizirt. Red.

Nr. 10772. Frankreich. 19. Juli 1870.

tralité; mais le comte de Bray déclare à Cadore, en le priant de me soumettre cette idée, que la Bavière ne pourrait être neutre qu'à la condition que la France et la Prusse prissent l'engagement de respecter la neutralité du Sud de l'Allemagne, Bade compris; or, ce serait pour nous, rendre toute campagne impossible, et, d'ailleurs, la Prusse, en plaçant ses troupes à Radstadt et à Mayence, a rendu cette clause impossible. || J'en conclus donc que les Etats marchent avec la Prusse, mais sans entrain et (comme nous disons en langue vulgaire) en se faisant tirer l'oreille. || Le grand-duc de Hesse nous a fait dire que si ce n'était le canon de Mayence qui l'incommode, il serait tout à notre dévotion, et qu'il n'attend que le jour où l'Empereur lui ayant rendu son indépendance, il pourra nous montrer ses sympathies. (Très confidentiel.) || Quant au Wurtemberg, vous savez comme moi que, dans ce pays, du petit au grand, on ne peut compter sur personne: leurs vrais sentiments ne se feront jour qu'après une victoire; et vous connaissez assez Varnbühler pour savoir quelle tendresse il éprouvera soudain pour le vainquer. Cette situation ne m'effraie nullement, je l'avais parfaitement pressentie et, à dire vrai, la neutralité de tous ces Etats serait, pour nous, une gêne considérable au point de vue stratégique. || Jetez, en effet, les yeux sur la carte et dites-moi par où nous pourrions attaquer la Prusse, s'il nous faut respecter la Belgique, le Luxembourg, le Palatinat, Bade, le Wurtemberg et la Bavière. Le fait considérable et avantageux consiste, pour nous, dans le peu d'entrain et d'élan que témoignent les Chambres bavaroises. || Je viens de voir le prince de Metternich qui m'à donné de bonnes paroles. J'espère que bientôt nous aurons davantage; il m'a informé que vous paraissiez disposé à accepter comme base d'entrée en matière, de concert avec l'Italie, une proposition de médiation faite en commun à la Prusse et demandant que celle-ci garantisse définitivement le statu quo territorial actuel. Je trouve certainement que cette idée est très convenable, comme base de médiation ou de Congrès; mais je ne crains qu'une chose, c'est que, pour gagner du temps, on ait l'air de l'accepter en principe, quitte à ne plus s'entendre quand on serait occupé à la discuter. Je crois donc qu'il serait nécessaire d'accentuer davantage les propositions et d'y ajouter, par exemple, la résiliation des traités militaires de 1866, avec les Etats du Sud de l'Allemagne, lesquels traités sont, après tout, contraires à l'esprit et à la lettre du traité de Prague. || Metternich a ajouté que je ne devais pas m'alarmer si dès l'abord vous commencez par poser avec quelque éclat votre neutralité, attendu que cette neutralité ne tarderait pas plus tard à se convertir en coopération. Nous armons déjà, a-t-il ajouté. Et cependant, mon cher comte, je ne dois pas vous cacher que les renseignements pleins d'autorité qui m'arrivent de Vienne aujourd'hui même établissent (en donnant à l'appui des indices que j'appellerais des preuves, si votre assertion ne les contredisait) que l'Autriche ne fait pas de préparatifs de guerre, qu'elle reste neutre dans toute l'étendue du mot et que, dans l'armée, on dit, tout en le regrettant, qu'il a été irrévocablement décidé que

l'Autriche n'agirait et ne ferait quelque chose que dans le cas où la Russie se déclarerait pour la Prusse. || Rien ne me paraîtrait plus regrettable que de voir le cabinet de Vienne dirigé par une semblable pensée; car bien loin de pousser la Russie vers la Prusse, il semble nécessaire au contraire de trouver le moyen d'assurer sa neutralité. Des rapports que j'ai reçus de Saint-Pétersbourg montrent l'Empereur Alexandre indécis, plutôt porté vers le roi de Prusse, mais cependant très accessible à un ordre d'idées qui, en lui présentant quelques avantages pour la Russie, le désintéresserait dans la question. || J'en ai causé avec l'Empereur: il est d'avis que l'initiative devrait partir de Vienne, comme devant, par votre entremise, produire plus d'effet encore que par la nôtre. On pourrait proposer à la Russie trois choses: 1° de ne pas soulever la question polonaise; 2° en ce qui touche les principautés danubiennes, d'en régler plus tard les conditions par une entente commune à nous trois, France, Autriche-Hongrie et Italie; 3° revision du traité de 1856, en ce qu'il a de blessant pour lés intérêts et la dignité de la Russie, particulièrement dans la mer Noire. Cette dernière idée vous appartient, comme vous le savez, et vous savez aussi qu'il a fallu vaincre quelques difficultés pour la faire figurer au programme que je vous envoie. Vous pourriez dire à Saint-Pétersbourg que vous êtes assuré ou que vous vous assurerez de notre assentiment à ces trois propositions et demander en échange une neutralité complète. J'observerai cependant qu'il faut absolument en garder le secret vis-à-vis de l'Angleterre, attendu que cette puissance attache beaucoup de prix au traité de 1856 qu'elle a toujours défendu avec beaucoup d'opiniâtreté. Il faudrait donc qu'elle n'apprît son abandon qu'au moment de la paix et alors qu'elle ne pourrait y résister sans avoir l'air de compromettre la fin des hostilités. || Le prince de La Tour d'Auvergne vous développera toutes ces idées dont je ne fais ici qu'indiquer les principaux traits. J'espère qu'il rencontrera auprès de vous la bienveillance que j'y ai trouvée et, en même temps, cet esprit d'initiative et d'action que j'ai si souvent admiré, sans prévoir alors qu'un jour j'aurais à y faire un appel aussi direct. || Encore un mot sur les principautés: pour le moment, je suis d'avis que le prince Charles est encore ce qu'il y a de mieux; il nous fait de très belles promesses, nous offre sa neutralité et nous assure de ses sympathies.

Nr. 10772. Frankreich. 19. Juli 1870.

Agréez . . .

Gramont.

Nr. 10773. ITALIEN. — König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. — Die römische Frage.

Florence, 21 juillet 1870, 8 h. soir.

Je fais partir, ce soir, la lettre au sujet de l'évacuation. || Que votre Majesté ne s'étonne pas des termes généraux dans lesquels elle est conçue; car pour arriver à la réalisation de nos projets, je suis obligé de ménager les susceptibilités d'un ministère ferme dans un but pacifique et que la rapidité

Nr. 10773. Italien. 21. Juli 1870.

Nr. 10773. Italien. 21. Juli 1870. des événements m'a empêché d'amener aussi promptement que je l'aurais désiré à la réalisation de nos anciens projets. || Vimercati part ce soir pour Vienne; Turr est attendu. || Que Votre Majesté ait confiance en moi qui suis et serai toujours son meilleur ami.

Victor-Emmanuel.

Nr. 10774. ITALIEN. — König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. — Aufrechterhaltung der Septemberkonvention.

Florenz, 21. Juli 1870.

Nr. 10774. Italien. 21. Juli 1870. Votre Majesté m'annonce son désir de faire exécuter la convention du 15 septembre, dont mon gouvernement accomplit exactement les obligations. L'Italie, comptant toujours, de la part de Votre Majesté, sur la détermination qu'elle veut bien prendre aujourd'hui, n'a jamais dénoncé la Convention du 15 septembre. Votre Majesté ne peut donc pas douter qu'elle ne continue à en remplir les clauses, confiante dans une juste réciprocité de la France, à en remplir les engagements.

Victor-Emmanuel.

Nr. 10775. OESTERREICH. — Fürst Metternich an den Herzog von Gramont. — Haltung Russlands. Oesterreichs Rüstungen.

Paris, 24. Juli 1870.

Nr. 10775. Oesterreich. 24. Juli 1870. Mon cher duc, — Je crois devoir compléter les informations que je viens de vous communiquer par des renseignements très confidentiels puisées dans les lettres particulières du comte Beust. || Le chancelier croit que l'on se berce peut-être d'illusions à Paris en ce qui concerne la Russie. Il a, à cet égard, des données assez positives et se réserve d'en parler à fond avec le prince de La Tour d'Auvergne. Il sait de source sûre que la Russie s'est engagée envers la Prusse de paralyser par un déploiement de forces imposant l'action de l'Autriche, si celle-ci faisait mine d'unir ses armées à celles de la France. || Le prince de La Tour d'Auvergne était attendu avec impatience. Le chancelier ne peut assez dire combien il est charmé d'avoir en lui un ambassadeur avec lequel il a déjà entretenu de si bonnes relations personnelles et qui est au courant de tous nos pourparlers secrets. || A cette occasion, le chancelier ne dissimule pas combien ses rapports avec le chargé d'affaires actuel sont difficiles. M. de X . . . paraît à M. de Beust avoir un caractère assez susceptible et semble témoigner d'une aigreur regrettable. || Le comte de Vitzthum m'écrit que „ce serait nous demander l'impossible que de demander d'entrer en campagne avant le commencement de septembre. C'est une conséquence de la surprise . . . || L'Empereur, l'archiduc Albert, Beust pensent comme vous et moi, et les paroles que l'Empereur m'a adressées n'ont pas été

discutées, parce qu'elles sont indiscutables. Soyez persuadé que le Conseil présidé par Sa Majesté, lundi dernier (le lendemain de mon arrivée), n'était pas facile à diriger, et c'est le tact de notre chef qui a amené cette unanimité avec laquelle on a résolu de faire des préparatifs d'armement, tout en prononçant la neutralité comme un starting point. || On a à Paris d'étranges illusions sur la Russie et X . . . me semble s'être laissé berner comme un novice qu'il est. || Je repartirai avec Vimercati, qui arrive, pour Florence, pour arranger les affaires. Nr. 10775. Oesterreich. 24. Juli 1870.

Mille amitiés. Metternich.

Nr. 10776. FRANKREICH. — Kaiser Napoleon an den Herzog von Gramont. — Die römische Frage.

Palais de Saint-Cloud, 24 juillet 1870.

Mon cher duc, j'ai oublié de vous parler de l'affaire de Rome. Il serait bon d'avertir le Vatican de nos intentions. Quitte à ne donner l'ordre d'évacuation que lorsque j'aurai reçu la lettre du Roi d'Italie. || Croyez à ma sincère amitié. Napoléon. Nr. 10776. Frankreich. 24. Juli 1870.

Nr. 10777. ITALIEN. — König Victor Emanuel an Kaiser Napoleon. — Oesterreich schlägt einen österreichisch italienischen Neutralitätsvertrag vor.

Florence, Pitti, 26 juillet 1870.

Je m'empresse de renseigner Votre Majesté que l'Autriche nous propose un traité préalable de neutralité armée entre l'Autriche et l'Italie, ce qui faciliterait, en cas d'événement, notre concours dans cette triple alliance. || De cette manière, on dispose aussi l'opinion publique d'une manière favorable. Victor-Emmanuel. Nr. 10777. Italien. 26. Juli 1870.

Nr. 10778. OESTERREICH. — Fürst Metternich an den Herzog von Gramont. — Die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Italien.

Ce 28 juillet 1870.

Mon cher duc, Beust me télégraphie: „C'est le chevalier Artom qui nous a suggéré l'idée de prêter nos bons offices à l'Italie dans la question romaine. || Vimercati a réclamé également nos bons offices au nom du Roi. Il n'a jamais été question de l'entrée des Italiens à Rome, mais de chercher un moyen qui leur permette de remplir leurs engagements et d'assurer la paix à l'intérieur à la veille d'une action au dehors.“ || Le chancelier ajoute qu'il m'envoie une dépêche explicative par le courrier de demain. Vous voyez que j'avais raison lorsque je vous disais que l'affaire partait de Florence. Nr. 10778. Oesterreich. 28. Juli 1870.

Mille amitiés. Metternich.

Nr. 10779. ITALIEN. — Visconti Venosta an Nigra. — Aufrechterhaltung der Septemberkonvention.

Au ministre d'Italie à Paris. — Florence, le 29 juillet.

Nr. 10779. Italien. 29. Juli 1870.

Je vous autorise à déclarer au ministre des affaires étrangères que, dès lors que la France rentre de son côté dans l'exécution de la convention du 15 septembre, l'Italie, qui n'a pas dénoncé cette convention, en exécutera entièrement les clauses, confiante dans une juste réciprocité de la France à remplir ses engagements. Visconti Venosta.

Nr. 10780. FRANKREICH. — Herzog von Gramont an La Tour d'Auvergne. — Räumung des Kirchenstaats angekündigt.

Paris, 30. Juli 1870.

Nr. 10780. Frankreich. 30. Juli 1870.

Nous nous sommes trouvés en présence d'assertions difficiles à concilier, mais il n'y a plus lieu de rechercher davantage le mot de l'énigme (si c'en est une); l'incident est complètement terminé, en ce qui touche l'Autriche, par votre dernier télégramme et, en ce qui touche l'Italie, par la déclaration de M. Visconti Venosta que j'ai reçue hier matin et dont je vous enverrai la copie. En conséquence, nous nous trouvons de plain pied sur le terrain de la convention du 15 septembre. On ne nous demande rien de plus et nous l'exécuterons. Notre corps d'occupation évacuera les Etats pontificaux le 5 août prochain. Gramont.

Nr. 10781. OESTERREICH. — Herr v. Vitzthum an den Herzog von Gramont. — Die Idee eines Kongresses 1870.

20. April 1878.

Nr. 10781. Oesterreich. 20. Apr. 1878.

Il était de mon devoir, de vous parler de l'entretien que j'avais eu le 15, au matin, à Saint-Cloud, avec l'empereur Napoléon qui m'avait chargé de soumettre à l'Empereur, mon maître, l'idée d'un Congrès dont l'Autriche devait prendre l'initiative, afin d'empêcher la guerre, si c'était possible.

Nr. 10782. FRANKREICH. — Herzog von Gramont an Herrn von Vitzthum. — Die Kongressidee stammt von Gramont.

Nr. 10782. Frankreich.

Vous semblez ignorer, que cette idée d'un Congrès dont vous avait entretenu S. M. l'Empereur était précisément due à mon initiative, qu'elle était

de moi, que c'était moi qui l'avais proposée, développée et fait accepter la veille, 14 juillet, au Conseil des ministres. Nr. 10782. Frankreich.

Nr. 10783. FRANKREICH. — Der Herzog von Gramont an einen Ungenannten. — Bei Ausbruch des Krieges hatten sich Frankreich, Oesterreich und Italien geeinigt, aber den Vertrag noch nicht unterzeichnet.

Folkestone, le 21. avril 1878.

Mon cher H...., || Je réponds à la question que vous me posez de la part de M. de Chandordy, savoir: „Est-il vrai qu'avant et pendant les premiers temps de la guerre de 1870 l'Autriche et l'Italie avaient, de concert avec l'empereur Napoléon, préparé entre elles un traité de neutralité armée destinée d'après les circonstances à se changer en alliance contre l'Allemagne?“ Réponse: „Oui, c'est vrai.“ || Maintenant la question est posée de telle façon que ce oui ne dit pas tout ce qu'il pourrait dire, et comme ces lignes ne vous parviendront pas par la poste, je vais ajouter quelques informations. || D'abord la neutralité armée convenue, d'accord avec l'empereur Napoléon, entre l'Autriche et l'Italie n'était pas destinée a se changer en alliance contre l'Allemagne d'après les circonstances, ce qui aurait impliqué qu'il pourrait y avoir des circonstances où la neutralité armée resterait à l'état de neutralité armée. Ensuite ce n'était pas en alliance contre l'Allemagne, mais en coopération effective avec la France contre la Prusse que devait se changer la neutralité armée. Le traité fut négocié par le prince de Metternich et le comte de Vitztûm pour l'Autriche, par le chevalier Nigra et le comte Vimercati pour l'Italie, par moi pour la France. || Nous étions précisément à discuter ce traité avec ces messieurs au ministre des affaires étrangères, quand on vint m'y chercher pour aller à la commission de la chambre des députés, et c'est pour ne pas interrompre cette conférence que je fus obligé de me faire attendre quelque temps par la commission, ce dont je m'excusai en lui disant la raison qui m'avait retenu, d'une manière vague et sans rien préciser. M. de Talhouet a parlé de ces explications dans sa déposition devant la commission d'enquête. || Il serait trop long et encore prématuré d'entrer dans de plus grands details sur ces négociations; mais je dirai sommairement qu'elles aboutirent à un traité en trois articles qui fut, après avoir été approuvé à Vienne et Florence, porté à l'empereur à Metz par le comte Vimercati, lequel en revint avec l'approbation de l'empereur, sauf une légère modification qui fut d'ailleurs consentie par les deux autres puissances; en sorte que ce traité sur lequel on était tombé d'accord n'attendait plus pour être parfait que les signatures des contractantes, lorsque survinrent nos premières défaites. C'est là un fait positiv. Si nous avions tenu campagne quelques jours de plus sans être battus, le traité était signé. Cela n'eût pas changé grand'chose à la situation, mais cela eût obligé les alliés à déchirer un traité conclu au lieu de n'avoir qu'à répudier un traité con- Nr. 10783. Frankreich. 21. Apr. 1878.

Nr. 10783. Frankreich. 21. Apr. 1878.

venu. || Or un des articles de ce traité disait que la neutralité armée que l'Autriche et l'Italie déclaraient d'un commun accord était destinée à être transformée en une coopération éffective de leurs forces militaires avec celles de l'empereur Napoléon contre la Prusse. L'époque de cette coopération était fixé d'autre part au moment qui avait été déjà indiqué pour l'entrée en campagne de l'Autriche, c'est-à-dire la première quinzaine de septembre. || Voilà, mon cher, la vérité pure. || Sur cela je vous envoie mes amitiés.

Votre affectionné

Gramont*).

*) Der Brief ist veröffentlicht im „Figaro" 17. April 1895. · Red.

Die Friedensverhandlungen zwischen China und Japan. März-April 1895*).

Nr. 10784. **JAPAN.** — Der japanische Bevollmächtigte an den chinesischen Bevollmächtigten. Zeigt seine Ernennung an.

Shimonoseki, March 19th, 1895.

Nr. 10784. Japan. 19. März 1895.

His Imperial Japanese Majesty's Minister of State for Foreign Affairs has the honour to announce to His Excellency the Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, that His Majesty the Emperor of Japan has appointed His Excellency Count Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State and the undersigned as His Plenipotentiaries to conclude with the duly authorized Plenipotentiary of China, a Treaty of Peace, and has confided to them Full Powers for that purpose.

Viscount Mutsu Munemitsu (L. S.). || His Imperial Majesty's Minister of State for Foreign Affairs.

Nr. 10785. **CHINA.** — Der chinesische Bevollmächtigte an den japanischen. Zeigt seine Ernennung und Ankunft an.

Shimonoseki, March 19th, 1895.

Nr. 10785. China. 19. März 1895.

His Excellency || Vicount Mutsu Munemitsu. || His Majesty the Emperor of Japan's Minister of State for Foreign Affairs. || Excellency, || The undersigned Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China has the honour to acknowledge the receipt of your Excellency's note of this date, wherein Your Excellency informs the undersigned of the appointment of His Excellency Count Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State, and of Your Excellency, as Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, to conclude with the duly authorized Plenipotentiary of China a Treaty of Peace, and has confided to them Full Powers for that purpose. || The undersigned has the honour, on his part, to inform Your Excellency that he has been duly appointed by His

*) Anm. d. Red. Die nachfolgenden Aktenstücke Nr. 10784—10799 entstammen der Broschüre Documentary History of the Peace Negotiations between China and Japan. Officially revised. The Tientsin Press. 1895.

Nr. 10785. China. 19. März 1895. Majesty the Emperor of China as His Ambassador Plenipotentiary to conclude with the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan a Treaty of Peace, and that he is clothed with Full Powers for that purpose. || The undersigned has further to advise Your Excellency of his arrival at this port in the forenoon of this day, and that he awaits the pleasure of the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan to fix an early date for a meeting in order to exchange the respective Full Powers and to enter upon negotiations with a view to the conclusion of Peace between the two nations. || The undersigned avails of this occasion to assure Your Excellency of his highest consideration.

Li Hung-chang (L. S.). || Ambassador Plenipotentiary, Senior Tutor of the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of Chihli and Earl of the First Rank.

Nr. 10786. CHINA. — Vorschlag eines Waffenstillstandes.

Shimonoseki, March 20th, 1895.

Nr. 10786. China. 20. März 1895. The Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China proposes, as a preliminary to the opening of negotiations for peace, that an Armistice be agreed upon and immediately put in operation for a certain period, during which time all hostile operations both on land and at sea shall be completely suspended by the armed forces of China and Japan. || The Ambassador Plenipotentiary in presenting this proposition recalls the fact that some months ago when a proposition of a similar character was submitted through the medium of the Ministers of the United States in Peking and Tokio the Japanese Government replied, that the question could be considered when negotiations between accredited Plenipotentiaries of the two Governments had been entered upon. || The Ambassador Plenipotentiary has been clothed with full powers to negotiate and sign a Treaty of lasting peace and friendship. He is animated by a sincere desire to effect the object of his high mission, and he feels that it is an important preliminary to successful negotiations that an agreement be made for an Armistice.

Nr. 10787. JAPAN. — Japan stellt Bedingungen für den Waffenstillstand.

Shimonoseki, March 21st, 1895.

Nr. 10787. Japan. 21. März 1895. The Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan cannot regard the conclusion of an armistice as an essential prerequisite to successful negotiations for peace at this distance from the seat of all warlike operations. Nevertheless they will consent to a suspension of hostilities upon conditions that will guarantee an equality of benefit to the two Powers. || Having in view the actual military situation as well as the relative consequences of an inter-

ruption of warlike operations, the Imperial Japanese Plenipotentiaries announce as such conditions, the occupation by Japanese Troops of Taku, Tientsin and Shan-hai-kuan as well as the Fortresses and Fortifications at those places; the surrender by the Chinese Forces at these places of all arms and munitions of war; the control by the Japanese Military Authorities of the Railway between Tientsin and Shan-hai-kuan, and the payment by China of a war contribution, commensurate, in amount with the length of the armistice. || If these conditions are acceded to, the time when the armistice is to take effect, its duration, the lines of demarcation between the Japanese and Chinese armies and other details may be at once elaborated. || In view of the present answer of the Imperial Japanese Plenipotentiaries, and in order to prevent any future misunderstanding, it would seem to be important to point out that the reply made by the Imperial Government of Japan to the earlier proposition of the Chinese Government for an armistice, does not bear the exact significance attached to it by His Excellency the Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China. The words employed on the occasion by the Government of Japan were as follow: "The conditions of an armistice, in the event the Japanese Government should conclude to grant one, will be made known at the meeting of the Plenipotentiaries." Nr. 10787. Japan. 21. März 1895.

Nr. 10788. **CHINA.** — Ablehnung der japanischen Bedingungen.

Shimonoseki, March 24th, 1895.

The Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China regrets, that the conditions of armistice, as contained in the memorandum of the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, are of such a character that it is not possible for him to accept them. || Having come to Japan to ask for peace and with a sincere desire for its attainment, he feels that the suspension of hostilities for a brief period during the negotiations, as proposed in his memorandum of the twentieth instant, would be alike honourable to and consistent with the interests of both countries. || Notwithstanding his failure to secure the acquiescence of the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan in a proposal which he regards as both reasonable in its terms and sustained by international practice, he will continue unabated his efforts to bring the negotiations to a successful issue. Nr. 10788. China. 24. März 1895.

Nr. 10789. **JAPAN.** — Bewilligung einer bedingungslosen Waffenruhe.

Memorandum from Viscount Mutsu.

Shimonoseki, March 28th, 1895.

His Imperial Majesty, in view of the deplorable occurrence of the 24th instant*), which I need scarcely assure Your Excellency occasioned His Majesty Nr. 10789. Japan. 28. März 1895.

*) Verwundung Li Hung Tschangs durch einen Japaner. Red.

Nr. 10789. Japan. 28. März 1895.

deep grief, has commanded His Plenipotentiaries now to consent to an unconditional armistice for a definite period and within certain defined limits, which was at first denied by the Imperial Japanese Government. || My Colleague, Count Ito, as Your Excellency is aware, is now absent from Shimonoseki; but I shall be prepared, at any time which may be convenient to Your Excellency, to enter upon an examination and adjustment of the necessary details, with a view to the early conclusion of a convention of armistice.

Nr. 10790. CHINA und JAPAN. — Waffenstillstand.

Made at Shimonoseki, March 30th, 1895.

Nr. 10790. China und Japan. 30. März 1895.

His Majesty the Emperor of Japan, having, in view of the untoward event which temporarily interrupted the depending negotiations for peace, commanded His Plenipotentiaries to consent to a temporary armistice: || The undersigned Li Hung-chang, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Senior Tutor to the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of the Province of Chihli and Earl of the First Rank; and Count Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State, and Viscount Mutsu Munemitsu, Junii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs, the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, have concluded the following convention of Armistice: —

Article I.

The Imperial Governments of China and Japan agree to enforce an armistice between their respective military and naval forces in the Provinces of Fêng-tien, Chihli and Shantung, subject to the provisions contained in the following articles:

Article II.

The Forces affected by this Armistice shall have the right to maintain the positions respectively occupied by them at the time hostilities are actually suspended, but they shall not under any circumstance during the existence of this Armistice advance beyond such positions.

Article III.

The two Governments engage during the existence of this Convention not to extend, perfect or advance their attacking works or to re-inforce or in anywise to strengthen, either for offensive or defensive operations, their confronting military lines. But this engagement shall not prevent either Government from making any new distribution or arrangement of troops not intended to augment or strengthen the armies now actually in the field and engaged in military operations.

Article IV.

The movement of troops, and the transportation of military supplies and all other contraband of war by sea shall be subject to the ordinary rules of war and shall consequently be liable to hostile capture. Nr. 10790. China und Japan. 30. März 1895.

Article V.

This Armistice shall be enforced by the Imperial Governments of China and Japan for the period of 21 days from the date of the signature of this Convention. || In those localities occupied by the troops of the two Governments to which there is no telegraphic communication, the quickest possible means shall be employed in issuing the orders for the armistice and the respective Commanders of the two countries shall, upon the receipt of such orders, announce the fact to each other and take steps to enforce the armistice.

Article VI.

This Armistice shall terminate without notice on either side, at mid-day on the 26th day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 20th day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 20th, 1895). If in the meantime the depending negotiations for peace are broken off, this Armistice shall in that case terminate at the same time such negotiations cease. || Inwitness where of the Plenipotentiaries of China and Japan have hereunto set their hands and affixed their seals.

Done at Shimonoseki, Japan, this 5th day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 30th day of the 3rd month of the 28th year of Meiji (March 30th, 1895).

Li Hung-chang. (L. S.) || Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Senior Tutor of the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of the Province of Chihli and Earl of the First Rank.

Count Ito Hirobumi. (L. S.) Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan.

Viscount Mutsu Munemitsu. (L. S.) Junii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan.

Nr. 10791. JAPAN. — Erster Entwurf eines Friedensvertrages.

Shimonoseki, April 1st, 1895.

His Majesty the Emperor of Japan and His Majesty the Emperor of China, desiring to restore the blessings of peace to their countries and subjects and to remove all cause for future complications, have named as their Plenipotentiaries for the purpose of concluding a Treaty of Peace, that is to say: || (Here insert names and titles of Plenipotiaries.) || Who after having Nr. 10791. Japan. 1. Apr. 1895.

Nr. 10701. Japan. 1. Apr. 1895.

exchanged their Full Powers, which were found to be in good and proper form, have agreed to the following Articles: —

Article I.

China recognizes definitively the full and complete independence and autonomy of Corea, and in consequence the payment of tribute and the performance of ceremonies and formalities by Corea to China in derogation of such independence and autonomy, shall wolly cease for the future.

Article II.

China cedes to Japan in perpetuity and full sovereignty the following territories together with all fortifications, arsenals and public property thereon: || (a). — The southern portion of the Province of Sheng-king within the following boundaries. || The line of demarcation begins at the mouth of the River Yalu, and ascends that stream as far as San-cha-tsu, thence it runs directly North to Yü-shu-ti-hsia; thence it runs directly West until it strikes the River Liao; it follows from thence the course of that river southward to the 41° North latitude; from thence it coincides with that parallel of latitude to the westward as far as 122° longitude East of Greenwich and from that point of intersection it follows the same meridian of longitude southward to the coast of the Bay of Liao-tung where it terminates. || This cession includes all Islands appertaining or belonging to the Province of Sheng-king situated in the eastern portion of the Bay of Liao-tung and in the northern part of the Yellow-Sea. || (b) — The Island of Formosa together with all Islands adjacent or belonging to the said Island of Formosa. || (c) — The Pescadores Group, that is to say all Islands lying between the 119° and 120° longitudes East of Greenwich and 23° and 24° North latitudes.

Article III.

The alignments of the frontiers described in the preceding Article and shown on the annexed map, shall be subject to verification and demarcation on the spot by a Joint Commission of Delimitation consisting of two or more Japanese and two or more Chinese Delegates to be appointed immediately after the exchange of the ratifications of this Act. In case the boundaries laid down in this Act are found to be defective at any point either on account of topography or in consideration of good administration it shall also be the duty of the Delimitation Commission to rectify the same. || The Delimitation Commission will enter upon its duties as soon as possible and will bring its labours to a conclusion within the period of one year after appointment. || The alignments laid down in this Act, shall, however, be maintained until the ratifications of the Delimitation Commission, if any are made, shall have received the approval of the Governments of Japan and China.

Article IV.

China agrees to pay to Japan as a war indemnity the sum of 300,000,000 Kuping taels. The said sum to be paid in five instalments; the first instalment

being 100,000,000 taels and the four remaining instalments being 50,000,000 each. The first instalment is to be paid within six months after the exchange of ratifications of this Act and the four remaining instalments are to be respectively paid on or before the same date of the four succeding years. Interest at the rate of 5 per cent per annum shall begin to run on all unpaid portions of the said indemnity, from the date the first instalment falls due.

Article V.

The inhabitants of the territories ceded to Japan who wish to take up their residence outside the ceded districts shall be at liberty to sell their real property and retire. For this purpose a period of two years from the date of the exchange of the ratifications of the present Act shall be granted. At the expiration of that period those of the inhabitants who shall not have left such territories shall, at the option of Japan, be deemed to be Japanese subjects.

Article VI.

All Treaties between Japan and China having come to an end in consequence of war, China engages immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, to appoint Plenipotentiaries to conclude with the Japanese Plenipotentiaries a Treaty of Commerce and Navigation and a convention to regulate Frontier Intercourse and Trade. The Treaties, Conventions and Regulations now subsisting between China and European Powers shall serve as a basis for the said Treaty and Convention between Japan and China. From the date of the exchange of the ratifications of this Act until the said Treaty and Convention are brought into actual operation the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by China most favoured nation treatment. || China makes in addition the following concessions to take effect six months after the date of the present Act:—

1st.—The following cities, towns and ports, in addition to those already opened, are opened to the trade, residence, industries and manufactures of Japanese subjects, under the same conditions and with the same privileges and facilities as exist at the present open cities, towns and ports of China; || 1.—Peking. || 2.—Shashih in the Province of Hupeh. || 3.—Siangtan in the Province of Hunan. || 4.—Chung-king in the Province of Szechuen. || 5.—Wu-chow in the Province of Kwang-si. || 6.—Su-chow in the Province of Kiang-su. || 7.—Hang-chow in the Province of Chekiang. || The Japanese Government shall have the right to station Consuls at any or all the above named places:

2nd.—Steam navigation for vessels under the Japanese flag for the conveyance of passengers, and cargo shall be extended to the following places: || 1.—On the Upper Yangtsze River from Ichang to Chung-king. || 2.—On the Siang River and Lake Tung Ting from the Yangtsze River to Siangtan. || 3.—On the West River from Canton to Wu-chow. || 4.On the Woo-sung River and the Canal from Shanghai to Su-chow and Hang-chow. || The Rules and

Nr. 10791. Japan. 1. Apr. 1845.

Regulations which now govern the navigation of the inland waters of China by foreign vessels shall, so far as applicable, be enforced in respect of the above named routes, until new Rules and Regulations art conjointly agreed to.

3rd.—All goods imported into China by Japanese subjects, upon the payment, either at the time of entry or subsequently at the option of the importer or owner, of a commutation tax or duty of two per cent upon the original cost, shall thereafter in every part of China, be exempt from all taxes, imposts, duties, charges and exactions of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind. In like manner and to the same extent but without the payment of any commutation tax or duty whatever, an equal immunity from every kind of taxation shall be accorded by China in respect of al Chinese goods and produce purchased in China by Japanese subjects and declared to be for export, such immunity from taxation shall exist from the date of such declaration up to the time of actual exportation. All Chinese goods and produce intended for home consumption, when conveyed in Japanese vessels from one open port to another open port in China, shall, upon the payment of the coasting trade dues existing at this time be, in the same manner and to the same extent, exempt, during the whole process of such conveyance, from all kinds of taxation, including import and export duties. It is, however, understood, that the foregoing stipulations do not in anywise affect any arrangement for the time being in force regarding the taxation of imgorted Opium.

4th.—Japanese subjects purchasing goods or produce in the interior of China or transporting imported merchandise into the interior of China, shall have the right temporarily to rent or hire warehouses for the storage of the articles so purchased or transported, without the payment of any taxes or exactions whatever and without the interference of any Chinese officials.

5th.—The Kuping tael shall be taken to be the tael in which all taxes, duties and fees are payable by Japanese subjects in China and all such taxes, duties and fees may be paid in standard Japanese silver yen at their face or representative value.

6th.—Japanese subjects shall be free to engage in all kinds of manufacturing industries in China and shall be at liberty to import into China all kinds of machinery, paying only the stipulated import duties thereon. All articles manufactured by Japanese subjects in China, shall in respect of inland transit and internal taxes, duties, charges and exactions of all kinds, and also in respect of warehousing and storage facilities in the interior of China stand upon the same footing and enjoy the same privileges and exemptions as merchandise imported by Japanese subjects into China.

7th.—China engages to at once proceed under the advice of experts to remove the Woo-sung bar at the mouth of the Huang Pu River in such a manner as to maintain constantly a clear channel of at least twenty feet in

depth at low water. || In the event additional Rules and Regulations are necessary in connection with these concessions, they shall be embodied in the Treaty of Commerce and Navigation provided for by this Article. Nr. 10791. Japan. 1. Apr. 1895.

Article VII.

Subject to the provisions of the next succeeding Article, the evacuation of China by the Armies of Japan shall be completely effected within three months after the exchange of the ratifications of the present Act.

Article VIII.

As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Act, China consents to the temporary occupation by the military forces of Japan of the following places:— || Feng-tien Fu (Moukden) in the Province of Sheng-king. || Wei-hai-wei in the Province of Shantung. || Feng-tien Fu shall be evacuated by Japan upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for, and Wei-hai-wei shall be evacuated upon the payment of the final instalment of said indemnity. It is however expressly understood, that no evacuation shall take place until after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation. || All expenses connected with this temporary occupation shall be defrayed by China.

Article IX.

Immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, all prisoners of war then held shall be restored and China undertakes not to ill-treat or punish prisoners of war so restored to her by Japan. China also engages to at once release all Japanese subjects accused of being military spies or charged with any other military offences. China further engages not to punish in any manner nor to allow to be punished those Chinese subjects who have in any manner been compromised in their relations with the Japanese army during the war.

Article X.

All offensive military operations shall cease upon the exchange of the ratifications of this Act.

Article XI.

The Present Act shall be ratified by their Majesties the Emperor of Japan and the Emperor of China and the ratifications shall be exchanged at ..... on the ..... day of the ..... month of the 28th year of Meiji, corresponding to ..... || In Witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at Shimonoseki in duplicate, this ..... day of the ..... month of the 28th year of Meiji, corresponding to .....

Nr. 10792. CHINA. — Entgegnung auf das vorige.

Shimonoseki, April 5th, 1895.

In the brief time agreed upon within which I was to make my examination and reply to the draft of Treaty proposed by Their Excellencies the Japanese Nr. 10792. China. 5. Apr. 1895.

Nr. 10792. China. 5. Apr. 1895.

Plenipotentiaries I have given to the important subject the most earnest study and care which it has been possible to devote to it, in view of the physical disability under which, unfortunately for my country, I am now suffering. If, therefore, this Memorandum should not be as complete as might be desired, I can only plead these causes in excuse, and trust that within a few days I shall be able to answer fully and specifically all the points desired by the Japanese Plenipotentiaries. || Without taking up every Article in detail, I have sought to group together my views under the four important questions involved in the negotiations and embraced in the draft of Treaty, namely; 1st, Corea; 2nd, Cession of Territory; 3rd, Indemnity, and 4th, Commercial Privileges.

1.—Corea.

The Chinese Government some months ago indicated its willingness to recognize the full and complete independence and guarantee the complete neutrality of Corea, and is ready to insert such a stipulation in the Treaty; but in due reciprocity, such stipulation should likewise be made by Japan. Hence the Article will require to be modified in this respect.

2.—Cession of Territory.

The preamble to the proposed draft of Treaty sets forth that the object of making it is "to remove all cause for future complications". But this Article, in place of promoting that object, contains provisions which, if insisted upon and enforced, will be the sure and fruitful source of complications which may be transmitted through many generations. || It is the duty of the Plenipotentiaries of the two Governments, and it is a part of wise statesmanship, to negotiate such a peace as will make true friends and allies of these two great nations of the Orient, who are and must remain neighbours, and who have in common so many things in their history, literature, art and commerce. Territory long held by a nation, through many centuries and dynasties, becomes a priceless heritage. Nothing will so arouse the indignation of the people in China and create in them a spirit of undying hostility and hatred, as to wrest from their country important portions of their territory. || This will be especially the case with that portion of territory described in clause (a) of this Article, because it gives Japan a foot-hold and base for military and naval operations within easy reach of and constantly threatening the capital of the Empire, and because it takes from the present dynasty of China a portion of its ancient possessions. In this clause China hears Japan saying, "I am going to be your ever-threatening and undying enemy, with my army and navy ready to pounce down upon your capital when it suits me; and I propose to humiliate your Emperor by taking from him a valuable portion of his ancestors' home." || It further means a line of fortifications along the whole co-terminous frontier; large standing armies and navies near at hand at great expence to both nations, and constant danger from frontier broils and from the lawless on both sides of the dividing line. || Japan, in inaugurating the

war, announced her object to be to secure the complete independence of Corea, and her diplomatic Ministers in Europe and America declared that it was not the purpose of their Government to wage a war of conquest. If it should be consistent with these declarations, it is entirely possible to so modify Article II, and other Articles to be specified, as to make a lasting peace and one which will in the future make the two great peoples of the East sincere friends, and thus stand as an immovable bulwark against the encroachments of hostile nations. But if a peace is to be exacted by Japan through the successful fortunes of war, which will necessarily awaken in the Chinese people a spirit of hostility and revenge, it may well be anticipated that both nations, without any bond of sympathy or interest, will fall a prey to outside enemies.

3.—Indemnity.

China does not think it is just to require her to pay an indemnity for the expenses of a war in which she does not regard herself as the aggressor, and during which she has not invaded Japanese territory; hence it seems illogical for China to pay an indemnity. But in view of the fact that my Government, desiring to bring the unfortunate war to a close, so as to relieve the people from suffering, in October last promised through the American Minister to pay indemnity, and in view of the further fact that an indemnity was one of the conditions mentioned among the terms announced by Japan, on the 17th of February last, through the Minister of the United States in Peking, I am prepared to insert in the Treaty a provision for a reasonable indemnity. || In the first place, it is to be noted that Japan stated the object of the war was to secure the complete independence of Corea. On November 22nd of last year it was announced to the Foreign Governments that China was ready to acknowledge the independence of Corea; and the expenses of the war beyond that time ought not to be included in the indemnity. || In requiring an indemnity of China it should not be fixed at a sum beyond her ability to pay, as her failure to pay would be held by Japan to be a violation of the Treaty and might lead to a renewal of the war. The amount demanded is beyond the ability of China to pay under her present system of taxation. To increase the internal or domestic taxes at this time would lead to great discontent, and probably to insurrection, especially when added to the dissatisfaction of the people with the Emperor and his Government for making what they will style a humiliating and dishonourable peace. The Customs Tariff on imports and exports cannot be increased, because of treaties with Foreign Governments which require ten years' notice and the unanimous consent of the Governments concerned. || This latter source of revenue is the only available fund which can be hypothecated or pledged to bankers or capitalists in negotiating foreign loans. It is already so fully pledged for war loans that only a part of it can be made available for a loan to pay off the indemnity. From a statement prepared by the Commissioner of Maritime Customs at

Nr. 10792. China. 5. Apr. 1895.

Shanghai, March 1st last, it appears that the Customs revenues of China were on that date pledged for the payment of war loans, in 1895, of Haikuan Taels 3,937,420; in 1896, of Hk. Taels 6,281,620; in 1897, of Hk. Taels 5,142,238; and that upon these war loans it will be necessary within twenty years to pay Hk. Taels 78,017,103 out of the Customs revenues. It is to be noted, that since March 1st the amount of these loans has been considerably increased. || The credit of the Chinese Government and its ability to negotiate a loan have been greatly injured by the war. It has been compelled to pay 7 and even $8^1/_2$ per cent interest, and the lowest rate it has obtained abroad (and that for a small sum only), was 6 per cent with a heavy discount on the face value of the bonds. It is claimed by prominent and experienced bankers, that the best rate which can be obtained at the conclusion of peace is $6^1/_2$ to 7 per cent on the full value of the bonds. || The average annual total revenue received from Chinese Customs including transit dues and opium likin, from 1890 to 1893 inclusive, amounts to Haikuan Taels 22,548,150; and of this sum it has heretofore been customary to pay over to the Provincial Authorities six tenths. If this important sum of ready cash is diverted to pay the indemnity, new taxation will have to be imposed in the Provinces and the people would complain. If a foreign loan is sought to be made to meet the indemnity asked by Japan, it would require in principal and interest, at $6^1/_2$ per cent, if redeemable in twenty years, the enormous sum of Haikuan Taels 690,000,000, an amount entirely beyond the possibility of the Chinese Government to negotiate, and beyond its ability to meet by taxation. || This will be apparent to any one at all acquainted with Chinese revenues, when it is remembered that the indemnity to Japan is not the only financial burden which has been brought upon China by the war, and which must be immediately provided for. As already mentioned, the terms of peace when made known will cause the present dynasty and the Government to become unpopular with many of the Chinese people, and local discontent and discorder may be expected. Besides, there have been called into the field large numbers of raw and undisciplined troops, which with the conclusion of peace must be disbanded, and there is great danger that they will commit acts of robbery and lawlessness which will seriously tax the Government to suppress. The energies of the Government will be tried to the utmost to preserve the peace, and without peace and order it will be impossible to raise even the usual revenues. It will, therefore, become necessary, in order to preserve internal tranquillity, to organize and equip an army according to modern methods of warfare, and to rebuild the Navy which has been practically destroyed by the war. These will require large and immediate expenditures of money; but it will be impossible to raise the money for these purposes if this heavy indemnity is to be paid. The Government is contemplating various reforms and improvements in the country; but all these will be paralyzed if Japan does not largely reduce her demand. || The indemnity is termed in the draft of pro-

posed Treaty "a war indemnity", which it is supposed means and indemnity to pay the expenses incurred by Japan in the prosecution of the war. But if that is the case, I think the Japanese Plenipotentiaries must admit that the sum demanded is largely in excess of that amount. It is not possible for one not possessed of the official details to know the exact amount of the war expenses of Japan up to the present time, but there are certain official and public data and statements which would seem to fix the limits within which that sum may be approximately estimated, and the Japanese Plenipotentiaries will be able to confirm or correct it. It is understood, that there was in the Public Treasury of Japan, at the opening of the war, about 30,000,000 yen. How much of this sum was used for war purposes is not known to the public, but it may be assumed that all of it was appropriated for that purpose. Soon after the opening of hostilities a war loan of 150,000,000 yen was authorized. According to the report in the public press of Japan, the prime Minister, His Excellency Count Ito, made a speech in the Lower House of the Japanese Parliament on the 20th of February last, in which after referring to the failure of negotiations at Hiroshima early in that month, he used this language: "From the subsequent state of the war and under the present circumstances it is difficult to tell when peace will be restored, and it is not improbable that the war fund may become insufficient." He thereupon asked the Parliament to authorize an additional war loan to meet the emergency of a considerable prolongation of the war. || It seems fair to infer from this speech, that the first war loan had not been exhausted and would not be unless the war was continued for some time. The Japanese vernacular newspapers, in referring to this speech and the action of the Parliament on the subject, stated that "the actual need of the fund will be some time in June or July next, and the Government is said to have submitted it to the Diet, not because the money is in urgent need, but because the Diet is just now sitting" (see Asahi, quoted in the Yokohama Gazette, February 23rd); and to following; "of the first war loan there remains 50,000,000 yen to be raised, and of the 80,000,000 already floated a considerable sum has still to be paid up" (see Kekumin, as quoted in the Japan Mail of February 23rd). In addition, account is to be taken of some popular contributions. But if these statements are to be accepted as approximately correct, it would seem reasonable to believe, that the total money expenditure of Japan in the war up to the present time does not exceed 150 million yen. || In estimating the war expenditure of Japan, it should not be forgotten, that victory has given that country many valuable spoils of war, such as the captured naval vessels and the large amount of military material and supplies, which should fairly be deducted in fixing the gross amount of the indemnity. || To charge China with interest on the deferred payments of the indemnity is an onerous and unreasonable provision, and becomes doubly so when the enormous amount demanded is considered.

Nr. 10792.
China.
5. Apr. 1895.

4.—Commercial Privileges.

In the very brief time allowed for an examination and reply to the Treaty draft, it has not been possible to study fully the complex and detailed questions to which the commercial privileges and stipulations asked for give rise. The following must be taken as merely an expression of views, and full reservation is made to add to or correct them hereafter. It is hoped, however, that the following statement may aid the Japanese Plenipotentiaries in understanding some of the clauses to which China is disposed to agree and some respecting which modifications will be asked. || War having suspended the operation of the late Commercial Treaty, a new agreement is recognized by China as necessary and she is ready to accept the existing treaties with Foreign Powers as the basis of negotiations; it will require, however, in due reciprocity that a stipulation be added to the introductory paragraph of the Article, granting favoured nation treatment to China in Japan. || Reply is for the present reserved on the 1st and 2nd Clauses. || The 3rd Clause provides for a reduction of the transit dues on Japanese imported goods to two per cent, or a practical decrease of one half of one per cent; and it is proposed to abolish altogether the existing transit dues on goods exported. When it is remembered, that this same Treaty draft contains an Article demanding of China the payment of an indemnity beyond her present power to make, it seems most inappropriate to ask China to give up any of her existing sources of revenue. Rather ought Japan, in view of what has been stated respecting the Customs revenues, to agree to an increase of that tariff. At the same time that Japan is negotiating with Foreign Powers to secure an increase of her own tariff, it is hardly consistent to demand of China a reduction of her already low tariff. || The effect or object of the 3rd clause appears to be to exempt foreign goods from any dues or likin tax whatever after they have passed out of the hands of the importer or foreign owner. This is a subject which has been often considered with foreign diplomatic representatives at Peking, and the fairness of such a claim has never been shown. There is no Government which more jealously guards its commercial privileges than Great Britain, and her subjects engaged in the Chinese trade have often moved her Ministers to secure relief from the likin tax, but without success. Lord Elgin, who accompanied the British army to Peking and exacted from China after the occupation all the commercial privileges which he deemed just on the part of the victor, rejected the claim as now proposed and said he "did not see his way clear to further protection of imports against taxation once they have passed into the hands of a Chinese purchaser". (British Government Blue-book on Revision of Treaty of Tientsin, 1871, p. 443.) The British Board of Trade, having official supervision of foreign commerce, examined this subject at the request of the British Office of Foreign Affairs, and decided that "to insure the sale of the (imported) goods to their ultimate consumer with no enhancement of cost derived from taxation * * * * is a view which cannot

be entertained by Her Majesty's Government. There is nothing in the Treaty which appears to my Lords to justify such a sweeping demand, and in view of the internal taxation to which native goods are subject in China, it would be in their opinion both unjust and inexpedient to enforce such a demand, even if it were warranted by the terms of Treaty stipulations" (Ib. p. 347). Sir Thomas Wade, so familiar with Chinese trade, and so long the able representative of Her Majesty's interests at Peking, said the likin tax "is not in its nature more open to objection than our income tax, nor, indeed, to any extraordinary tax by which a State short of money may recruit its finances". And again, referring to the abuse to which the privilege asked for in the 3rd clause would give rise, he said, "it is hard enough on the Provincial Governments that they must give up their tolls on goods that are foreign-owned; but it will be harder still if Chinese, armed with foreigners' certificates, are to carry Chinese-owned goods toll-free from one end of the Empire to the other" (Ib. p. 444 and 447). In view of these declarations, so well founded in justice and propriety, I feel sure the Japanese Plenipotentiaries will be willing to modify their proposition so as to secure the protection of imported goods only so long as they remain in the possession of the foreign owner. This will be secured by granting to Japan favoured nation treatment, and Japan should be satisfied with that. || It may be remarked on the 4th clause, that, laying aside for the present the consideration of the justice of this claim, its prudence may be seriously questioned. To allow foreign merchants to temporarily establish themselves at great distances from the Treaty ports, beyond the protection and control of their Consuls, would seem to be inconsistent with the practice of extraterritoriality, and greatly embarrassing to the Chinese Authorities. Sir Thomas Wade, in discussing a similar proposition presented by British merchants, said, "I am decidedly against any sweeping demand with reference to it. * * * * We are bound to ask nothing from her (China) except when we see our way to a fair provision for the control of the extraterritorialized foreigner". And again, "if our merchants are to congregate in any number in a Chinese town or surburb inland, I shall be much mistaken if we do not soon find the necessity of a land concession forced upon us" (Ib. pp. 435 and 449). || The 6th clause refers to the privilege of importing machinery into China to convert Chinese raw materials into manufactured goods, a question which has been much discussed with the Diplomatic corps at Peking, and which has been settled against the privileges asked for in this clause. The prohibition of foreigners from engaging in China in manufacturing industries has been one of long standing and in which Foreign Governments have acquiesced, as a prohibition which properly belongs to the sovereignty and independence of a nation. To allow foreigners to enter and establish factories for converting the natural products into manufactured goods would tend to destroy the livelihood of the Chinese and work a serious injury to native industries which it is the duty of the Government to protect. The

Nr. 10792. China. 5. Apr. 1895.

regulation is one which has been in existence for many years and one which has been adopted by other nations, and should not now be abolished. The provision inserted in the 6th clause exempting all articles manufactured by Japanese in China from all internal taxation is most objectionable and unduly discriminating. Besides, if these privileges are granted to Japanese subjects, they must necessarily be extended to all nations which have treaties with China, and the ruin of the native industries would be swift a certain. || The provisions contained in Article VIII, making the evacuation of the places named therein dependent upon the conclusion of the Treaty of Commerce provided for in Article VI, seems an unnecessary and unreasonable provision. By the terms of the latter Article Japan is at once guaranteed the most favoured nation treatment, and thereby placed on an equality in respect to commerce with all competitors. || The foregoing embraces a review of all the important and essential provisions contained in the draft of Treaty submitted for my consideration, and to which I have made a frank and as complete a reply as has been possible under the circumstances. A few Articles of minor importance or of mere detail have not been noticed, but it is believed that if an accord should happily be reached on the four questions above discussed, the Articles not treated of may be arranged in due time. || I trust I may be pardoned for saying, that I have served my country for half a century, and it may be that I am nearing the end of my days. This mission is probably the last important service I will be permitted to render my Sovereign and His subjects. It is my sincere desire and my highest ambition to reach such a conclusion of our negotiations as will bring lasting peace and friendship to the people and Governments which we represent. || We should listen to the voice of reason; we should be so controlled by the highest principles of statesmanship as to safeguard the interests and the future welfare of these two great peoples, whose destinies and happiness for many generations are now in our hands. || It matters little to Japan, in this time of her abounding prosperity and greatness and in the abundance of able men, whether she to-day receives a larger or smaller indemnity, or whether she enlarges her boundaries by the annexation of a greater or smaller portion of the territory now within the reach of her armies; but it is a matter of vast moment to her future greatness and the happiness of her people, whether or not by the negotiations now in hand her Plenipotentiaries make of the Chinese nation firm friends and allies or inveterate foes. As their representative I stand ready to join hands with Their Excellencies the Plenipotentiaries of Japan, in making such a peace as will leave no seeds of enmity to spring up and curse us in future generations, and such a peace as will bring honour to us and blessing and enduring friendship to the two great nations of the Orient.

Li Hung-Chang,
Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China.

Nr. 10793. JAPAN. — China soll seinen Vorschlag formuliren.

Shimonoseki, April 6th, 1895.

Nr. 10793. Japan. 6. Apr. 1895.

At the meeting of the 1st day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 1st, 1895), the Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan proposed, that in presenting the conditions of peace, a mode of procedure should be adopted by which the draft Treaty of Peace would be presented Article by Article and the Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China should express his acceptance or non-acceptance of the several articles one by one, thus disposing of each article in succession. || In view, however, of a desire repeatedly expressed by the Chinese Plenipotentiary that the draft Treaty might be presented to him en bloc, the Japanese Plenipotentiaries finally complying with his wishes, presented to him the draft Treaty in its entirety under an assurance that he would, within the space of four days' time, either signify his acceptance of the Treaty as a whole or indicate the particulars in which it was unacceptable. || In now examining the memorandum presented by the Chinese Plenipotentiary, the Japanese Plenipotentiaries are disappointed to find that the communication is confined to an elaborate recital of the domestic difficulties of the Empire of China coupled with a request to the Japanese Plenipotentiaries for a reconsideration of the conditions of peace. || The memorandum not only cannot be taken as a reply to the draft Treaty presented by the Japanese Plenipotentiaries, but it fails even to definitely express the wishes or desires of the Chinese Plenipotentiary. || In conclusion, reminding the Chinese Plenipotentiary that the domestic difficulties of China do not properly fall within the sphere of the present discussion and that demands arising as a consequence of war cannot be regarded as matters for negotiation in the ordinary acceptation of that term, the Japanese Plenipotentiaries beg to express their desire, that the Chinese Plenipotentiary will, without additional delay, definitively announce his acceptance or non-acceptance of the draft Treaty of Peace already presented, either en bloc or severally article by article, and in case any alterations are desired, that he will present them in concrete form.

Nr. 10794. CHINA. — Gegenentwurf eines Friedensvertrages.

Shimonoseki, April 9th, 1895.

Nr. 10794. China. 9. Apr. 1895.

His Majesty the Emperor of China and His Majesty the Emperor of Japan, desiring to restore the blessings of peace to their countries, and to establish upon a solid basis relations of friendship and intercourse which shall confer reciprocal benefits upon the subjects of both, and assure the harmony and mutual confidence which should subsist between good neighbours, have named as their Plenipotentiaries for the purpose of concluding a Treaty of Peace, that is to say: || His Majesty the Emperor of China ..... and His

Nr. 10794. China. 9. Apr. 1895.

Majesty the Emperor of Japan ..... who, after having exchanged their Full Powers, which were found to be in good and proper form, have agreed to the following Articles:—

Article I.

China and Japan recognize definitely the full and complete independence and autonomy and guarantee the complete neutrality of Corea, and it is agreed that the interference by either in the internal affairs of Corea in derogation of such autonomy, or the performance of ceremonies and formalities by Corea inconsistent with such independence, shall wholly cease for the future.

Article II.

China cedes to Japan in full sovereignty the following territories together with all towns and cities, public offices, granaries, barracks and public buildings therein. || (a) One prefecture, one sub-prefecture, and two districts in the South of the Fêng-tien Province, namely, || 1.—The district of An-tung. || 2.—The district of Kung-tien. || 3.—The prefecture of Fêng-hwang. || 4.—The Sub-prefecture of Hsiu-yen. || The boundaries of the above-mentioned prefecture, sub-prefecture and districts shall be taken in strict accordance with the Chinese official surveys. || (b).—The Pescadores group of islands, lying within the 23rd and 24th parallels of latitude and the 119th and 120th degrees of latitude East.

Article III.

(Japanese text accepted without change.)

Article IV.

China agrees to pay to Japan as a war indemnity the sum of 100,000,000 Kuping Teals. The said sum is to be paid in five instalments, the first instalment being 28,000,000 Kuping Teals, and the four remaining instalments being 18,000,000 Kuping Taels each. The first instalment is to be paid within six months after the exchange of ratifications of this Treaty, and the four remaining instalments are to be respectively paid within each of the four succeeding years which terminate six months after the exchange of ratifications of this Treaty; but China shall have the right to anticipate at her pleasure any or all of said instalments.

Article V.

The inhabitants of the territories ceded to Japan, who wish to take up their residence outside the ceded districts, shall be at full liberty to sell their real and personal property and retire, without their being subjected, on this account, to any contribution, tax, or charge whatever. For this purpose a period of two years from the date of the exchange of the ratifications of the present Treaty shall be granted. At the expiration of that period those of the inhabitants who shall not have left such territories shall be deemed Japanese subjects. || The property in the ceded territories, real and personal, owned by non-resident Chinese shall be respected by the Japanese Government, and shall enjoy the same guarantees as if belonging to Japanese subjects.

Article VI.

All Treaties between China and Japan having come to an end in consequence of war, China and Japan engage immediately upon the exchange of the ratifications of this Treaty, to appoint Plenipotentiaries to conclude a Treaty of commerce and navigation and a Convention to regulate frontier intercourse and trade. The Treaties, conventions and regulations now subsisting between China and European powers shall serve as a basis for the said Treaty and convention between China and Japan, and as regards all the open ports, navigation, taxation, storage of goods, the mode of taxation &c, Japan will be treated in the same way as the most favoured nation. From the date of the exchange of the ratifications of this Treaty until the said Treaty and Convention are brought into actual operation, the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by China most favoured nation treatment. || And reciprocally from the date of the exchange of the ratifications of this Treaty until the said Treaty and Convention are brought into actual operation, the Chinese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by Japan most favoured nation treatment.

Article VII.

Subject to the provisions of the next succeeding Article, the evacuation of China by the armies of Japan, shall be completely effected within one month after the exchange of the ratifications of the present Treaty.

Article VIII.

As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Treaty, China consents to the temporary occupation by the military forces of Japan of Wei-hai-wei in the province of Shan-tung. Upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for, one half of the Japanese forces stationed there shall be withdrawn and upon the payment of the final instalment of the said indemnity, the said place shall be evacuated by the remaining Japanese forces.

Article IX.

(Japanese draft accepted without change.)

Article X.

All offensive military operations shall cease upon the signing of this Treaty by the Plenipotentiaries of both countries.

Article XI.

In order to avoid future conflict or war between China and Japan, it is agreed, that should any question hereafter arise as to the interpretation or execution of the present Treaty of Peace, or as to the negotiation, interpretation or execution of the Treaty of commerce and navigation, and the convention for frontier intercourse provided for in Article VI of this Treaty,

Nr. 10794. China. 9. Apr. 1895.

which cannot be adjusted by the usual method of diplomatic conference and correspondence between the two Governments, they will submit such question to the decision of an arbitrator to be designated by some friendly Power to be selected by mutual accord of the two Governments, or, in case of failure to agree as to the selection of said Power, then the President of the United States shall be invited to designate the arbitror; and both Governments agree to accept, abide by and carry out in good faith the decision of said arbitrator.

Article XII.

The present Treaty shall be ratified by Their Majesties the Emperor of China and the Emperor of Japan, and the ratifications shall be exchanged at ..... on the ..... day of the ..... month of ..... || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms.

Nr. 10795. JAPAN. — Antwort auf den Gegenentwurf.

Shimonoseki, April 10th, 1895.

Preamble.

Nr. 10795. Japan. 10. Apr. 1895.

The Japanese Plenipotentiaries cannot consent to any amendment of the Preamble.

Article I.

The Japanese Plenipotentiaries find it necessary to adhere to this Article as originally presented to the Chinese Plenipotentiary.

Article II.

The Japanese Plenipotentiaries find it impossible to accept the amendment hereunder, proposed by the Chinese Plenipotentiary. They consent, however, to modify this original demand so that it shall read as follows: || "China cedes to Japan in perpetuity and full sovereignty the following territories together with all fortifications, arsenals and public property thereon: || (a)—The southern portion of the Province of Sheng-king within the following boundaries: || The line of demarcation begins as the River Yalu and ascends that stream to An-ping-ho-kou; from thence the line runs to Feng-huang; from thence to Hai-chêng, and from thence to Ying-kou where it terminates. The places above named are included in the ceded territory. || This cession also includes all Islands appertaining or belonging to the Province of Sheng-king situated in the eastern portion of the Bay of Liao-tung and in the northern part of the Yellow-Sea. || (b)—The Island of Formosa together with all islands adjacent or belonging to the said Island of Formosa. || (c)—The Pescadores Group, that is to say, all Islands lying between the 119° and 120° longitudes east of Greenwhich and the 23° and 24° North latitudes."

Article IV.

The Japanese Plenipotentiaries cannot accede to the proposal of the Chinese Plenipotentiary hereunder. They will, however, consent to amend their

original demand as follows: || "China agrees to pay to Japan as a war indemnity the sum of 200,000,000 Kuping Teals. The said sum to be paid in eight instalments. The first instalment of 50,000,000 Taels to be paid within six months and the second instalment of 50,000,000 Taels to be paid within twelve months after the exchange of the ratifications of this Act. The remaining sum to be paid in six equal annual instalments as follows. The first of such equal annual instalments to be paid within two years; the second within three years; the third within four years; the fourth within five years; the fifth within six years; and the sixth within seven years after the exchange of ratifications of this Act. Interest at the rate of 5 per centum per annum shall begin to run on all unpaid portions of the said indemnity from the date the first instalment falls due. China shall, however, have the right to pay by anticipation at any time any or all of said instalments."

Article V.

The Japanese Plenipotentiaries cannot consent to the amendments proposed to this Article.

Article VI.

The Japanese Plenipotentiaries are unable to give their adhesion to the counter proposal hereunder, of the Chinese Plenipotentiary. They will, nevertheless, consent to the following modifications of the original Article: "All Treaties between Japan and China having come to an end in consequence of war, China engages, immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, to appoint Plenipotentiaries to conclude with the Japanese Plenipotentiaries a Treaty of Commerce and Navigation and a Convention to regulate frontier intercourse and trade. The Treaties, Conventions and Regulations now subsisting between China and European Powers shall serve as a basis for the said Treaty and Convention between Japan and China. From the date of the exchange of the ratifications of this Act until the said Treaty and Convention are brought into actual operation the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall in every respect be accorded by China most favoured nation treatment. || China makes in addition the following concessions to take effect six months after the date of the present Act.

1st.—The following cities, towns and ports, in addition to those already opponed, shall be opened to the trade, residence, industries and manufactures of Japanese subjects, under the same conditions and with the same privileges and facilities as exist at the present open cities, towns and ports of China. || 1.—Shashih in the Province of Hupeh. || 2.—Chung-king in the Province of Szechuen. || 3.—Su-chow in the Province of Kiang-su. || 4.—Hang-chow in the Province of Chekiang. || The Japanese Government shall have the right to station Consuls at any or all the above named places.

2nd. — Steam navigation for vessels under the Japanese flag for the conveyance of passengers and cargo shall be extended to the following places:— ||

Nr. 10795. Japan. 10. Apr. 1895.

1.—On the Upper Yangtsze River from Ichang to Chung-king. || 2.—On the Woo-sung River and the Canal from Shanghai to Su-chow and Hang-chow. || The Rules and Regulations which now govern the navigation of the inland waters of China by foreign vessels shall, so far as applicable, be enforced in respect of the above named routes, until new Rules and Regulations are conjointly agreed to.

3rd. — Japanese subjects purchasing goods or produce in the interior of China or transporting imported merchandize into the interior of China, shall have the right temporarily to rent or hire warehouses for the storage of the articles so purchased or transported, without the payment of any taxes or exactions whatever and without the interference of any Chinese officials.

4th.—The Kuping tael shall be taken to be the tael in which all taxes, duties and fees are payable by Japanese subjects in China and all such taxes, duties and fees may be paid in standard Japanese silver yen at their face or representative value.

5th.— Japanese subjects shall be free to engage in all kinds of manufacturing industries in China, and shall be at liberty to import into China all kinds of machinery paying only the stipulated import duties thereon. || All articles manufactured by Japanese subjects in China, shall in respect of inland transit any internal taxes, duties, charges and exactions of all kinds and also in respect of warehousing and storage facilities in the interior of China, stand upon the same footing and enjoy the same privileges and exemptions as merchandize imported by Japanese subjects into China. || "In the event additional Rules and Regulations are necessary in connection with these concessions they shall be embodied in the Treaty of Commerce and Navigation provided for by this Article."

Article VII.

The Japanese Plenipotentiaries are unable to accept the amendment hereunder.

Article VIII.

The Japanese Plenipotentiaries cannot accept the substitute proposed hereunder, but they will agree to amend the original Article as follows: || As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Act China consents to the temporary occupation by the Military forces of Japan of Wei-hai-wei in the Province of Shantung. || Upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for and the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation, the said place shall be evacuated by the Japanese forces, provided the Chinese Government consents to pledge under suitable and sufficient arrangements, the Customs Revenue of China as security for the payment of the principal and interest of the remaining instalments of said indemnity. In the event no such arrangements are concluded, such evacuation shall only take place upon the payment of the final instalment of said indemnity. || It is, however, expressly understood,

that no such evacuation shall take place until after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation. || All expenses connected with the temporary occupation shall be defrayed by China."

Nr. 10795. China. 10. Apr. 1895.

Article X.

The Japanese Plenipotentiaries find it necessary to adhere to this Article as originally drafted by them.

Article XI (New).

The proposal hereunder cannot be accepted by the Japanese Plenipotentiaries.

Nr. 10796. JAPAN. — Ultimatum.

Shimonoseki, April 11th, 1895.

Nr. 10796. Japan. 11. Apr. 1895.

His Excellency || Count Li Hung-chang, || His Imperial Chinese Majesty's Plenipotentiary.

Excellency, || I deem it advisable to confirm in writing the substance of the observations which I had the honour to verbally address to Your Excellency yesterday, in connection with the modified conditions of peace which I then presented to you. || I informed Your Excellency and I now desire to repeat, that those modified demands must be regarded as final and that a categorical reply will be expected within the space of four days from yesterday. || I acquainted Your Excellency, that the Japanese Plenipotentiaries had not failed to take into serious consideration the remarks which Your Excellency had made respecting the demands of the Imperial Japanese Government as originally formulated, and I stated that a reduction in those demands to the lowest possible point of concession had been made in consequence of those remarks in which Your Excellency had pointed out the difficulties that would confront China if the full measures of Japanese original conditions were insisted upon. || The reduction of the indemnity by one-third; the adoption of easier terms of payment; the acceptance of one place instead of two for temporary occupation; the opportunity of substituting a financial in place of a territorial guarantee; the suppression of the clause regarding commutation and other internal taxation and the withdrawal of the claim for the removal of the obstruction to navigation at the mouth of the Huang Pu River, would, I explained, relieve China of those financial embarrassments, which in Your Excellency's estimation rendered the full realization of Japan's monetary demands extremely difficult. || I also made it clear to Your Excellency's appreciation, I trust, that the same spirit of conciliation had also contributed to bring about the very large abridgment of Japan's territorial demands. || In conclusion I permit myself to repeat what I have frequently endeavoured to impress upon Your Excellency's mind, that war is progressive in its consequences as well as its operations and that it is not to be expected that conditions of peace which Japan is

Nr. 10796. Japan. 11. Apr. 1895.

now happily able to accept will be possible later on. || I renew to Your Excellency the assurance of my distinguished consideration.

Ito Hirobumi,
H. J. M. Plenipotiary.

Nr. 10797. CHINA. — Letzter Protest.

Shimonoseki, April 12th, 1895.

Nr. 10797. China. 12. Apr. 1895.

His Excellency, || Count Ito Hirobumi, || Plenipotentiary of His Majesty, || The Emperor of Japan.

Excellency, || The note which your Excellency did me the honour to address to me yesterday respecting the progress and incidents attending the Peace negotiations makes it necessary, in justice to my Government and myself, that I should submit thereto a brief reply. || It is to be borne in mind that I was required to present in writing a categorical reply to the terms of peace demanded by Japan before I should be granted any conference with the Japanese Plenipotentiaries for discussing the terms of peace, and at the first conference granted me for that purpose I was met by the Japanese final proposal, as now urged by Your Excellency, before any oral discussion had taken place. Under such circumstances it can hardly be claimed that Japan's final proposal had been reached after a full opportunity had been afforded me to make known the views of my Government. || While it is gratifying to know that the enormous indemnity originally demanded has been somewhat reduced, it still remains an amount far greater than the cost of the war and constitutes a burden too heavy for China to bear, and one which would make it impossible to carry out much-desired reforms and improvements in the country. || It has not been possible for me to understand how the conditions of peace have been made much less onerous by what Your Excellency terms "the very large abridgment of Japan's territorial demands". The line of demarcation in the final proposal includes, with slight exceptions, all the territory in the Province of Sheng-king which has ever been occupied by the Japanese forces; and in addition the final proposal has demanded the cession of a rich, populous and important part of the Empire (Formosa) whereon no Japanese soldier has as yet set foot. Such a demand is not in accord with the practice of nations negotiating for peeace. || While I cheerfully recognize the action of the Japanese Plenipotentiaries in abating some of their objectionable commercial demands, the final proposal still remains unprecedented and unreasonable in its terms in this regard and highly derogatory to the sovereignty of an independent nation. It requires the negotiation of a Commercial Treaty and frontier regulations under the duress of retaining Chinese territory, and refuses to submit any question of variance to the arbitration of a friendly Power. Pending the negotiation of the Commercial Treaty it demands favoured nation treatment for Japanese in China, and refuses the same guarantee or any stipulation for

Chinese in Japan. It claims the privilege for Japanese to rent warehouses and import and purchase goods and produce at any place in the interior of China away from the Treaty ports, without the interference of any official; also, that the Japanese should have the right to engage in manufacturing industries anywhere in China and without the payment of any domestic taxes on the goods manufactured and that Japanese coin be made receivable at its face value for payment of duties and taxes. || I have written the foregoing not with the view of provoking further discussion, but with the object of concisely repeating what I said to your Excellency when the final proposal was presented to me at the only conference afforded me for discussing terms of peace, and in the hope that the objections here set forth may be carefully considered by Your Excellency and that I may be informed of the result thereon at the next conference promised me by Your Excellency, at which I expect to submit the reply to the final proposal which my Emperor shall authorize me to make. || I renew to Your Excellency the assurance of my high consideration.

Nr. 10797. China. 12. Apr. 1895.

Li Hung-chang,
Ambassador Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China.

Nr. 10798. JAPAN. — Antwort auf das vorige.

Shimonoseki, April 13th, 1895.

His Excellency || Count Li Hung-chang, || His Imperial Chinese Majesty's Plenipotentiary.

Nr. 10798. China. 13. Apr. 1895.

Excellency, || I have had the honour to receive Your Excellency's note of yesterday, which professes to be in reply to mine of the day previous. || The object of my communication of the 11th instant, was, by repeating in writing what I had previously verbally declared, to make Your Excellency fully alive to the actual situation. I wished Your Excellency to understand, that full consideration had been accorded to Your Excellency's representations and that the modified demands of the Imperial Government must be regarded as final, admitting only of a categorical reply. || I fear, from the note now under acknowledgment, that my purpose was misinterpreted, since Your Excellency, while disclaiming any wish to provoke a discussion, criticises the final demands of the Imperial Government, as well as the course of procedure which has been followed, and expresses the hope that Your Excellency's objections may be taken into consideration. || It only seems necessary for me to say in response to Your Excellency's note, that the demands which I handed to Your Excellency on the 10th instant, being final, are no longer open to discussion. || Demands arising as a result of war are not proposals in the ordinary sense of that word and the Japanese Plenipotentiaries by permitting the demands of the Imperial Government to be made the subject of discussion, went to the extreme limit of concession in the interest of peace, and if their spirit of conciliation has been misunderstood they have the right to disclaim all responsibility for

Nr. 10798. Japan. 13. Apr. 1895.

the consequences. || It only remains for me to add, in order to prevent future misunderstanding, that my refusal at this time to enter upon a new examination of Japan's demands, does not imply an acquiescence on my part, in Your Excellency's observations or conclusions. || I renew to Your Excellency the assurance of my distinguished consideration. Ito Hirobumi,

Plenipotentiary of His Majesty, The Emperor of Japan.

Nr. 10799. CHINA UND JAPAN. — Friedensvertrag. Abgeschlossen am 23. April, Austausch der Ratifikationen in Chefoo (China) am 8. Mai 1895.

Nr. 10799. China und Japan. 23. Apr. 1895.

His Majesty The Emperor of China and His Majesy the Emperor of Japan, desiring to restore the blessing of peace to their countries and subjects and to remove all cause for future complications, have named as their Plenipotentiaries for the purpose of concluding a Treaty of Peace, that is to say: || His Majesty the Emperor of China, Li Hung-chang, Senior Tutor to the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of the Province of Chihli and Earl of the First Rank; and Li Ching-fong, Ex-Minister of the Diplomatic Service, of the Second Official Rank; || And His Majesty the Emperor of Japan, Count Ito Hirobumi, Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State, and Viscount Mutsu Munemtisu, Junii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs; || Who, after having exchanged their Full Powers, which were found to be in good and proper form, have agreed to the following Articles.

Article I.

China recognizes definitively the full and complete independence and autonomy of Corea, and in consequene, the payment of tribute and the performance of ceremonies and formalities by Corea to China in derogation of such independence and autonomy, shall wholly cease for the future.

Article II.

China cedes to Japan in perpetuity and full Sovereignty, the following territories together with all fortifications, arsenals and public property thereon: — || (a.) — The southern portion of the Province of Fêng-Tien within the following boundaries: || The line of demarcation begins at the mouth of the River Yalu and ascends that stream to the mouth of the River An-ping; from thence the line runs to Fêng-Huang; from thence to Haicheng; from thence to Ying-kow, forming a line which describes the southern portion of the territory. The places above named are included in the ceded territory. When the line reaches the River Liao at Yingkow, it follows the course of that stream to its mouth where it terminates. The mid-channel of the River Liao shall be taken as the line of demarcation. || This cession also includes all islands appertaining or belonging to the Province of Fêng-Tien situated in

the eastern portion of the Bay of Liao-Tung and in the northern part of the Yellow Sea. || (b.) — The Island of Formosa together with all the islands appertaining or belonging to said Island of Formosa. || (c.) — The Pescadores Group, that is to say, all islands lying between the 119th and 120th degrees of longitude east of Greenwich and the 22rd and 24th degrees of north latitude.

Article III.

The alignments of the frontiers described in the preceding Article and shown on the annexed Map, shall be subject to the verification and demarcation on the spot, by a Joint Commission of Delimitation consisting of two or more Chinese and two or more Japanese Delegates to be appointed immediately after the exchange of the ratifications of this Act. In case the boundaries laid down in this Act are found to be defective at any point, either on account of topography or in consideration of good administration, it shall also be the duty of the Delimitation Commission to rectify the same. || The Delimitation Commission will enter upon its duties as soon as possible, and will bring its labours to a conclusion within the period of one year after appointment. || The alignments laid down in this Act, shall, however, be maintained until the ratifications of the Delimitation Commission, if any are made, shall have received the approval of the Governments of China and Japan.

Article IV.

China agrees to pay to Japan as a war indemnity, the sum of 200,000,000 Kuping Taels. The said sum to be pay in eight instalments. The first instalment of 50,000,000 Taels to be paid within six months, and the second instalment of 50,000,000 Taels to be paid within twelve months after the exchange of the ratifications of this Act. The remaining sum to be paid in six equal annual instalments as follows: The first of such equal annual instalments to be paid within two years; the second within three years; the third within four years; the fourth within five years; the fifth within six years; and the sixth within seven years, after the exchange of the ratifications of this Act. Interest at the rate of 5 per centum per annum shall begin to run on all unpaid portions of the said indemnity from the date the first instalment falls due. || China shall, however, have the right to pay by anticipation of any time any or all of said instalments. In case the whole amount of the said indemnity is paid within three years after the exchange of the ratifications of the present Act, all interest shall be waived and the interest for two years and a half or for any less period if then already paid, shall be included as a part of the principal amount of the indemnity.

Article V.

The inhabitants of the territory ceded to Japan, who wish to take up their residence outside the ceded districts, shall be at liberty to sell their real property and retire. For this purpose a period of two years from the date of the exchange of the ratifications of the present Act, shall be granted. At

Nr. 10799. China und Japan. 23. Apr. 1895.

the expiration of that period those of the inhabitants who shall not have left such territories shall at the option of Japan, be deemed to be Japanese subjects. || Each of the two Governments shall immediately upon the exchange of the ratifications of the present act, send one or more Commissioners to Formosa to effect a final transfer of that Province and within the space of two months after the exchange of the ratifications of this Act, such transfer shall be completed.

Article VI.

All Treaties between China and Japan having come to an end in consequence of war, China engages immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, to appoint Plenipotentiaries to conclude, with the Japanese Plenipotentiaries, a Treaty of Commerce and Navigation and a Convention to regulate Frontier Intercourse and Trade. The Treaties, Conventions and Regulations now subsisting between China and European Powers shall serve as a basis for the said Treaty and Convention between China and Japan. From the date of the exchange of the ratifications of this Act until the said Treaty and Convention are brought into actual operation, the Japanese Government, its officials, commerce, navigation, frontier intercourse and trade, industries, ships and subjects shall, in every respect, be accorded by China most favoured nation treatment. || China makes in addition the following concessions, to take effect six months after the date of the present Act:

1st.—The following cities, towns and ports, in addition to those already opened, shall be opened to the trade, residence, industries and manufactures of Japanese subjects, under the same conditions and with the same privileges and facilities as exist at the present open cities, towns and ports of China. || 1.—Shashih in the Province of Hupeh. || 2.—Chung-king in the Province of Szechuan. || 3.—Su-chow in the Province of Kiang-Su. || 4.—Hang-chow in the Province of Chekiang. || The Japanese Government shall have the right to station Consuls at any or all of the above named places.

2nd.—Steam navigation for vessels under the Japanese flag for the conveyance of passengers and cargo, shall be extended to the following places: || 1.—On the Upper Yang-tsze River, from I-chang to Chung-king. || 2.—On the Woo-sung River and the Canal, from Shanghai to Su-chow and Hang-chow. The Rules and Regulations which now govern the navigation of the inland waters of China by foreign vessels, shall, so far as applicable, be enforced in respect of the above named routes, until new Rules and Regulations are conjointly agreed to.

3rd.—Japanese subjects purchasing goods or produce in the interior of China or transporting imported merchandise into the interior of China, shall have the right temporarily to rent or hire warehouses for the storage of the articles so purchased or transported, without the payment of any taxes or exactions whatever.

4th.—Japanese subjects shall be free to engage in all kinds of manufact-

uring industries in all the open cities, towns and ports of China, and shall be at liberty to import into China all kinds of machinery paying only the stipulated import duties thereon. || All articles manufactured by Japanese subjects in China, shall in respect of inland transit and internal taxes, duties, charges and exactions of all kinds, and also in respect of warehousing and storage facilities in the interior of China, stand upon the same footing and enjoy the same privileges and exemptions as merchandise imported by Japanese subjects into China. || In the event additional Rules and Regulations are necessary in connection with these concessions, they shall be embodied in the Treaty of Commerce and Navigation provided for by this Article.

Article VII.

Subject to the provisions of the next succeeding Article, the evacuation of China, by the armies of Japan, shall be completely effected within three months after the exchange of the ratifications of the present Act.

Article VIII.

As a guarantee of the faithful performance of the stipulations of this Act, China consents to the temporary occupation by the military forces of Japan, of Wei-hai-wei in the Province of Shantung. || Upon the payment of the first two instalments of the war indemnity herein stipulated for and the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation, the said place shall be evacuated by the Japanese forces, provided the Chinese Government consents to pledge, under suitable and sufficient arrangements, the Customs Revenue of China as security for the payment of the principal and interest of the remaining instalments of said indemnity. In the event no such arrangements are concluded, such evacuation shall only take place upon the payment of the final instalment of said indemnity. || It is, however, expressly understood, that no such evacuation shall take place until after the exchange of the ratifications of the Treaty of Commerce and Navigation.

Article IX.

Immediately upon the exchange of the ratifications of this Act, all prisoners of war then held shall be restored and China undertakes not to ill-treat or punish prisoners of war so restored to her by Japan. China also engages to at once release all Japanese subjects accused of being military spies or charged with any other military offences. China further engages not to punish in any manner, nor to allow to be punished, those Chinese subjects who have in any manner been compromised in their relations with the Japanese army during the war.

Article X.

All offensive military operations shall cease upon the exchange of the ratifications of this Act.

Article XI.

The present Act shall be ratified by their Majesties the Emperor of China and the Emperor of Japan and the ratifications shall be exchanged at

Nr. 10799. China und Japan. 23. Apr. 1895.

Chefoo on the 14th day of the 4th month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 8th day of the 5th month of the 28th year of Meiji (May 8th, 1895). || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms. || Done at Shimonoseki, in duplicate, this 23rd day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 17th day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 17th, 1895).

Li Hung-chang (L. S.), || Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Senior Tutor of the Heir Apparent, Senior Grand Secretary of State, Minister Superintendent of Trade for the Northern Ports of China, Viceroy of the Province of Chihli and Earl of the First Rank.

Li Ching-fong, || Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of China, Ex-Minister of the Diplomatic Service, of the Second Official Rank.

Count Ito Hirobumi (L. S.), || Junii, Grand Cross of the Imperial Order of Paullownia, Minister President of State, Plenipotentiary of his Majesty the Emperor of Japan.

Viscount Mutsu Munemitsu (L. S.), || Junii, First Class of the Imperial Order of the Sacred Treasure, Minister of State for Foreign Affairs, Plenipotentiary of His Majesty the Emperor of Japan.

Separate Articles.

I.

The Japanese Military Forces which are, under Article VIII of the Treaty of Peace signed this day, to temporarily occupy Wei-hai-wei, shall not exceed one Brigade and from the date of the exchange of the ratifications of the said Treaty of Peace, China shall pay annually, one fourth of the amount of the expenses of such temporary occupation that is to say, at the rate of 500,000 Kuping Taels per annum.

II.

The territory temporarily occupied at Wei-hai-wei shall comprise the Island of Liu-kung and a belt of land 5 Japanese Ri wide along the entire coast line of the Bay of Wei-hai-wei. || No Chinese Troops shall be permitted to approach or occupy any places within a zone of 5 Japanese Ri wide beyond the boundaries of the occupied territory.

III.

The Civil Administration of the occupied territory shall remain in the hands of the Chinese Authorities. But such Authorities shall at all times be obliged to conform to the orders which the Commander of the Japanese Army of occupation may deem it necessary to give in the interest of the health, maintenance, safety, distribution or discipline of the Troops. || All military offences committed within the occupied territory shall be subject to the jurisdiction of the Japanese Military Authorities. || The foregoing Separate

Articles shall have the same force, value and effect as if they had been, word for word, inserdet in the Treaty of Peace signed this day. || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms. || Done a Shimonoseki, in duplicate, this 23rd day of the 3rd month of the 21st year fo Kuang Hsü corresponding to the 17th day of the 4th month of the 28th year of Meiji (April 17th, 1895). || [Signatures (4) and titles, same as in Treaty.]

Convention to Prolong Armistice.

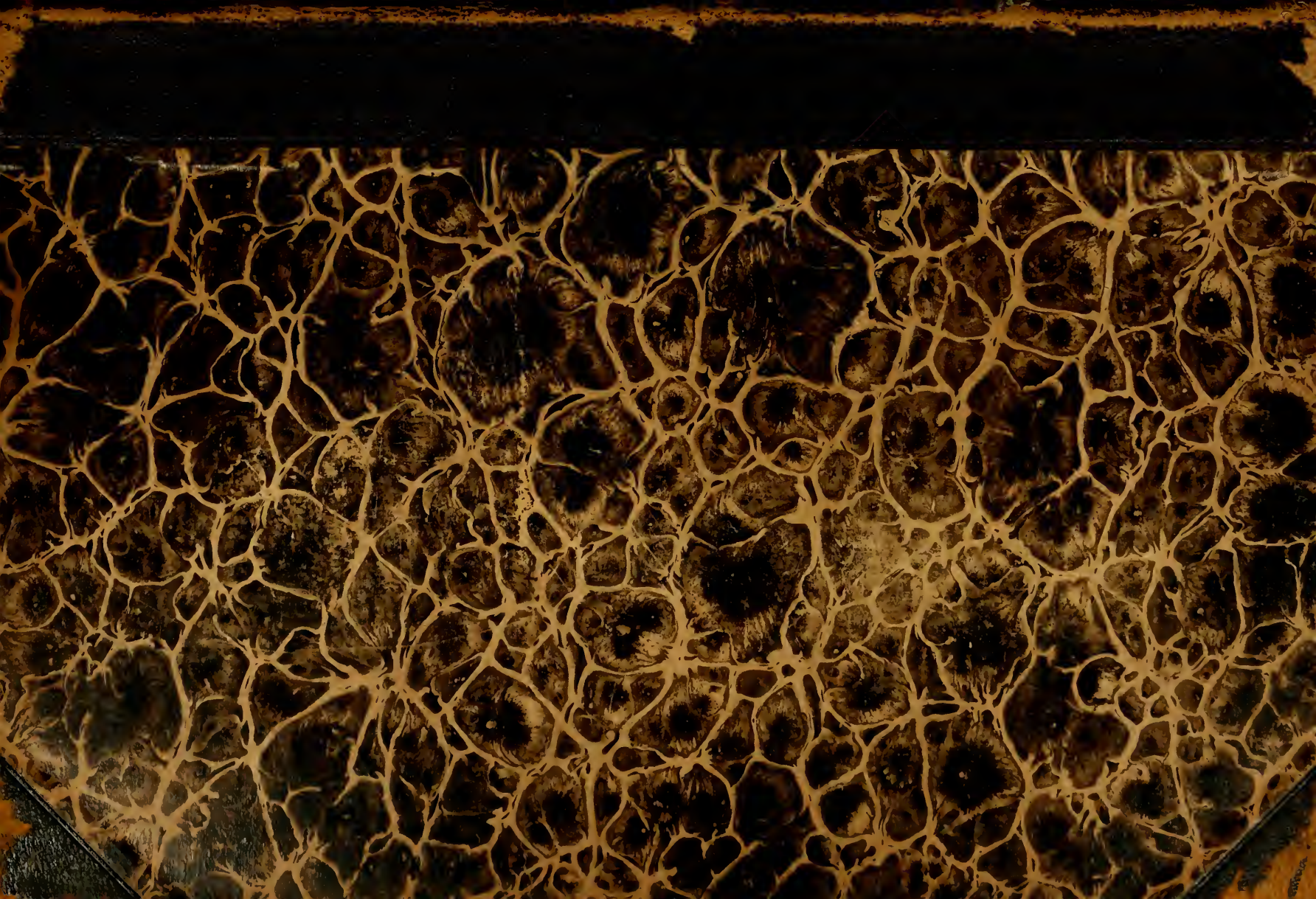
The undersigned (insert here names and titles of the two Chinese Plenipotentiaries, as in Preamble of Treaty) Plenipotentiaries of his Majesty the Emperor of China, and (insert here names and titles of two Japanese Plenipotentiaries as in preamble of Treaty) Plenipotentiaries of His Majesty the Emperor of Japan, having concluded a Treaty of Peace, have, in order to provide for the peacefull exchange of the ratifications of said Treaty, agreed upon and signed the following Articles:

I.

The Convention of Armistice concluded on the 5th day of the 3rd month of the 21st year of Kuang-Hsü, corresponding to the 30th day of the 3rd month of the 28th year of Meiji, is prolonged for the period of 21 days from this date.

II.

The Armistice which is prolonged by this Convention, shall terminate, without notice on either side, at midnight on the 14th day of the 4th month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 8th day of the 5th month of the 28th day of Meiji. The rejection in the meantime, however, of the said Treaty of Peace, by either High Contracting Party, shall have the effect of at once terminating this Armistice without previous notice. || In witness whereof the Plenipotentiaries of China and Japan have hereunto set their hands and affixed their seals. || Done at Shimonoseki, this 23rd day of the 3rd month of the 21st year of Kuang Hsü, corresponding to the 17th day of the 4th month of the 28th year of Meijei (April 17th, 1895). || [Signatures (4) and titles, same as in Treaty.]

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

UNIVERSITY OF FLORIDA
3 1262 08553 3361
321.08
S175
v.57